This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

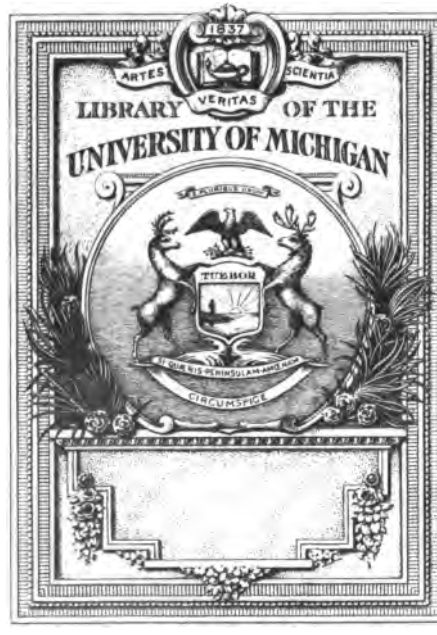
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


MDCCCXXXVII
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

D
2
.D49

Deutscher Geschichtskalender 1906

2

Königl. Ministerium
der
öffentlichen Arbeiten
Bibliothek

2. K. 5.
1.

Deutſcher
Geſchichtskalender
für 1906

Sachlich geordnete Zuſammenſtellung

der

politiſch wichtigſten Vorgänge im In- und Ausland

Von

Profeſſor Dr. Karl Wippermann

Zweiter Band

F. Bz. 72/74

Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten Bibliothek

Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow
1907

Inhalt.

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt: Der Kaiser.

	Seite
Trinkspruch in Drontheim	1
Handschreiben an den Kultusminister v. Studt, betr. Volksschulgesetz	2
Handschreiben an den Finanzminister v. Rheinbaben, betr. Steuerreform	2
Antwort an die in Südwestafrika angesiedelten Deutschen	2
Antwort auf eine Ansprache in Aalesund	3
Botschaft zur Jubiläumsfeier der Universität Greifswald	3
Ansprache bei der Enthüllung des Landgrafendenkmals in Homburg	4
Antwort an eine Versammlung von Katholiken in Essen	6
Geschenk an die Königin der Niederlande	7
Erwiderung auf eine Ansprache des Oberbürgermeisters von Breslau	7
Trinkspruch beim Paradediner in Breslau	8
Rede bei Enthüllung des Denksteins auf dem Pfaffenberge in Schlesien	8
Rede in Breslau bei der Tafel für die Provinz Schlesien	9
Antwort auf Empfangsreden in Liegnitz	11
Trinkspruch in Karlsruhe beim Ehejubiläum des Großherzogs	12
Telegramm an den Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst in Böhmen	13
Antwort für einen Gruß der Vertreter der nationalliberalen Partei	14
Erwiderung an die Hauptversammlung des Evangelischen Bundes	14
Antwort an das Komitee für ein Denkmal auf dem Schlachtfelde von Jena	14
Order wegen Einführung des Kronprinzen in die Zivilverwaltung	14
Empfang des Danks der französischen Regierung für einen Kranz auf Soldatengräber in Mainz	14
Erwiderung auf einen Trinkspruch des Prinz-Regenten in München	15
Erlaß zum Jubiläum der Begründung der Sozialreform	15
Ansprache zu Ehren des Präsidenten der nordamerikanischen Union	16
Trinkspruch auf das dänische Königspaar in Berlin	16
Unterredung mit dem Schriftsteller Ganghofer in München	17
Telegramm zur Enthüllung des Andrassy-Denkmals in Budapest	19
Trinkspruch auf das Königspaar von Norwegen in Berlin	19

Zweiter Abschnitt: Verfügungen und Erlasse.

I. Verfügung zur Regelung der Lehrerbesoldungsfrage	20
II. Verfügung betr. Turnunterricht durch Sozialdemokraten	21
III. Gnadenerlaß	22

Seite

Dritter Abschnitt: Soziale Angelegenheiten.

I. Das Reichsgericht über den Boykott 22
II. Bewegung in den Bergarbeitervereinigungen 23
III. Nationale Arbeiterverbände 25
IV. Zum Jubiläum der Begründung der Sozialpolitik 26
V. Gesellschaft für soziale Reform 29

Vierter Abschnitt: Parteibewegung.

I. Versammlungen deutscher Katholiken 30
II. Alldeutscher Verband 38
III. Reichsverband der nationalliberalen Jugend 40
IV. Deutsch-hannöversche Partei 41
V. Sozialdemokratische Partei 43
VI. Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 50
VII. Deutsche Volkspartei 52
VIII. Christlich-soziale Partei 53
IX. Verband junger Arbeiter Deutschlands 54
X. Nationalliberale Partei:
1. Meinungsverschiedenheiten 56
2. Parteitag 57
XI. Evangelischer Bund 59
XII. Freikonservative Partei 62
XIII. Einigung der linksliberalen Parteien 63
XIV. Parteibewegung in den polnischen Landesteilen:
1. Deutscher Ostmarkenverein 64
2. Die deutschen katholischen Geistlichen in den Sprengeln Posen und Gnesen 66
3. Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft 66
4. Großpolnische Agitation und Schulkinderstreik wider deutschen Religionsunterricht 67
XV. Die Parteien über einzelne Fragen und Vorgänge:
1. Ueber die Frage der Informierung des Kaisers 76
2. Ueber die Rede des Kaisers vom 8. September in Breslau . 78
3. Ueber die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe 83
XVI. Verstimmung der Parteien 86
XVII. Konservative Partei 91

Fünfter Abschnitt: Auswärtige Angelegenheiten.

I. Beziehungen zu Großbritannien 92
II. Besuche von Diplomaten 93
III. Verhältnis zu Dänemark 94
IV. Beziehung zu China 94
V. Beziehung zu Nordamerika 95

Sechster Abschnitt: 2. Tagung des 11. Reichstags.

I. Auswärtige Angelegenheiten:
1. Die internationale Lage 96
2. Die Algecirasakte 104

Seite

II. Zollangelegenheiten 106
III. Gesetzgebung über Handel und Verkehr:
1. Aenderung der Gewerbeordnung 106
2. Zur Ausführung des Handelsvertrags mit Schweden . . . 107
IV. Justizangelegenheiten:
1. Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie 108
2. Schulstreik in der Provinz Posen 109
V. Fleischteuerung 110
VI. Kolonialangelegenheiten:
Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat und zum Etat der Schutzgebiete für 1906 110

Siebenter Abschnitt: Die Parteien im November und Dezember.

I. Ueber die Reichstagsreden des Reichskanzlers vom 14. November:
1. Die Beziehungen zum Auslande 119
2. Die Frage eines persönlichen Regiments 120
3. Die Behandlung von Kolonialfragen 128
II. Zur Auflösung des Reichstags 133
III. Bewegung für die Wahlen zu einem neuen Reichstage . . . 136

Achter Abschnitt: Patriotische Kundgebungen 141
Neunter Abschnitt: Katholische Kirche 141
Zehnter Abschnitt: Veränderungen im höhern Beamtentum 143
Elfter Abschnitt: Totenliste 143

Die nichtpreußischen deutschen Bundesstaaten.

Bayern.
I. Landtag:
1. Militäretat 145
2. Etat des Auswärtigen 146
3. Verkehrsangelegenheiten 147
4. Finanzielle Angelegenheiten 148
5. Wahlgesetz 148
6. Frage einer Nachsession 149
II. Rede des Prinzen Ludwig von Bayern 149

Sachsen.
I. Landtag 150
II. Die königliche Familie 151

Württemberg 152

Baden.
I. Landtag 153
II. Großherzogliche Familie 156

Seite

Heſſen-Darmſtadt 157
Mecklenburg-Schwerin 158
Sachſen-Weimar 159
Oldenburg 159
Braunſchweig 160
Die übrigen deutſchen Staaten 167

Oeſterreich-Ungarn.

A. Oeſterreich.
I. Reichsrat. Erſte Tagung 168
II. Parteibewegung 169
III. Reichsrat. Zweite Tagung:
1. Die Wahlreform 170
2. Artilleriefrage 173
3. Ueber den Wechſel im Reichsminiſterium des Aeußern . . 174

B. Ungarn.
I. Reichstag 175
II. Parteibewegung 177
III. Kundgebungen 178

C. Gemeinſame Angelegenheiten.
I. Erſte Tagung der Delegationen 179
II. Handelsvertragsfrage unter den Reichshälften 181
III. Wechſel von Reichsminiſtern 182
IV. Zweite Tagung der Delegationen 182

Rußland.

I. Die Reichsduma 184
II. Revolutionäre Reformbewegung und Maßregeln der Regierung 187
III. Die baltiſchen Provinzen 197
IV. Finnland 199

Frankreich.

I. Erſte Tagung der Kammern:
1. Amneſtiefrage 201
2. Die direkten Steuern 202
3. Geſetz über die Sonntagsruhe 202
4. Rehabilitierung von Dreyfus und Picquart 203
II. Der kirchenpolitiſche Streit 204
III. Miniſterium Clemenceau 208
IV. Sozialiſtenkongreß 209

Seite

V. Die Kammern zur Zeit des Ministeriums Clemenceau:
1. Programm des Ministeriums 210
2. Ein neues Arbeitsministerium 211
3. Militärisches 212
4. Auswärtige Angelegenheiten:
Verhältnis zu England 214
Frankreichs Marokkopolitik 214
5. Ueber das Trennungsgesetz 215
VI. Beziehungen zum Auslande:
1. Streit mit der Türkei 219
2. Haltung in der Marokkofrage 220

Großbritannien und Irland.

I. Parlament. Erste Tagung:
1. Militärische Angelegenheiten 221
2. Unterrichtsgesetz 225
3. Ueber die Kolonien 225
4. Ueber auswärtige Fragen 226
II. Heeresreform und Flottenfragen 228
III. Auswärtige Angelegenheiten:
1. Beziehungen zum Deutschen Reiche 230
2. Vertrag bezüglich der Neuen Hebriden 232
3. Betreffend den Kongostaat 233
IV. Kolonien:
1. Südafrika 233
2. Ostindien 234
3. Australien 235
4. Neufundland 235
V. Parlament. Zweite Tagung:
1. Auswärtige Fragen 236
2. Ueber die Kriegsflotte 237
3. Kolonialfragen 238
4. Unterrichtsgesetz 238
5. Thronrede zum Schluß 239

Italien.

I. Parlament. Erste Tagung 239
II. Das parlamentarische Programm der Regierung 240
III. Auswärtige Angelegenheiten:
Ueber Vorgänge im Somalilande 241
IV. Parteibewegung:
1. Die christliche Demokratie 241
2. Sozialistenkongreß 242

Seite

V. Parlament. Zweite Tagung:
Kirchenpolitik 244
Finanzen 244
Mißstände im Eisenbahnbetriebe 244
Auswärtige Politik 244
VI. Papst:
Rundschreiben an die Bischöfe Italiens 245
Rundschreiben an die Bischöfe Frankreichs 246
Schreiben des Papstes an den Kardinal Fischer in Köln . . 247
Ansprache im Konsistorium 247
Protest gegen das Verfahren wider den Nuntius in Paris . 248
Rundschreiben bezüglich des französischen Trennungsgesetzes . 248
Weihnachtsansprache im Konsistorium 248

Spanien.

I. Ministerium Moret 249
II. Kirchliches 249
III. Cortes I. 250
IV. Fernere Ministerien 250
V. Cortes II 251

Portugal 251

Belgien.

I. Die flämische Sprachenfrage 252
II. Das Parlament über die Kongofrage 252

Niederlande.

I. Die Kammern 254
II. Die Kolonien 255

Dänemark.

I. Reichstag 255
II. Island 256

Schweden 256

Norwegen 257

Schweiz 257

Osmanisches Reich.

I. Die Einfuhrzölle 258
II. Bulgarien:
1. Zollunion mit Serbien 258
2. Griechenfeindliche Vorgänge 259
3. Sobranje 259

Seite
III. Samos 260
IV. Kreta 260
V. Tunis 262

Serbien 262

Rumänien.

I. Die Kammern 263
II. Jubiläum des Königs 264
III. Streit mit Griechenland 264

Griechenland 265
Montenegro 266
Marokko 266
Kongostaat 267
Abessinien 268
Persien 269
China 269

Nordamerikanische Union.

I. Tagung des Kongresses 270
II. Soziales 274
III. Parteiwesen 274
IV. Präsident Roosevelt 277
V. Die Philippineninseln 279
VI. Auswärtige Angelegenheiten:
1. Beziehungen zum Deutschen Reiche 279
2. Verhältnis zur Republik Panama 281
3. Beziehungen zu China 281
4. Beziehungen zu Japan 282
5. Verhältnis zu den Republiken Südamerikas 282
VII. Neue Tagung des Kongresses 282

Kuba.

Unruhen 286
Provisorische Regierung Nordamerikas 287

Mexiko 288
Mittelamerika 289
Haiti 289
Ecuador 289
Venezuela 289
Peru 290

Seite

Brasilien 290
Argentinien 291
Paraguay 291
Chile 292
Panamerikanischer Kongreß 292

Internationale Kongresse im Jahre 1905.

I. Landwirtschaftliches Institut in Rom 294
II. Eisenbahnkongreß in Washington 296
III. Arbeiterschutzkonferenz in Bern 298
IV. Schiedsgerichte 298
V. Konferenz für internationales Privatrecht im Haag 299
VI. Friedenskonferenz in Luzern 300
VII. Verein für Sozialpolitik in Mannheim 301
VIII. Seerechtskonferenz in Brüssel 302

Internationale Kongresse im Jahre 1906.

I. Sozialistisches Bureau in Brüssel 302
II. Bergarbeiterkongreß in London 303
III. Interparlamentarische Konferenz in London 303
IV. Kongreß zur Durchsicht der Genfer Konvention in Genf . . . 306
V. Institut für internationales Recht in Gent 307
VI. Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Genf 308
Personenverzeichnis 309

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt.

Der Kaiser.

8. Juli. Bei einem Festmahle in Drontheim wird der Kaiser von dem neuen König Hakon VII. von Norwegen, zugleich namens seiner Gemahlin, mit folgender deutschen Ansprache begrüßt:

Es ist uns beiden als König und Königin von Norwegen eine große Freude, Eure Majestät hier willkommen zu heißen in dem Lande, dem Eure Majestät, wie uns allen bekannt, ein so großes Interesse entgegenbringen, und dem Eure Majestät so viele Beweise von freundlicher Gesinnung und Sympathie gegeben haben. Es war uns allen deshalb sehr lieb, daß Eure Majestät gerade hier im Lande die frohe Nachricht der Geburt des Sohnes des Kronprinzen empfingen, eines für Deutschland so segensreichen Ereignisses. Indem ich die Hoffnung ausspreche, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Norwegen immer ein gutes bleiben möge, und daß Eure Majestät immer auf Ihren Reisen hier im Lande sich wohl befinden mögen, wo das Volk eine so große Sympathie für Eure Majestät hegt, erhebe ich mein Glas auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers, Ihrer Majestät der Kaiserin und der Kaiserlichen Familie.

Der Kaiser antwortet mit folgenden Worten:

Gestatten Mir Eure Majestät, Meinen tiefgefühlten Dank auszusprechen für die gnädigen Worte, die Eure Majestät soeben an Mich gerichtet haben, den zu Herzen gehenden Empfang der Bevölkerung Drontheims und den heutigen schönen Tag. Wie Eure Majestät richtig erwähnten, ist es Mir immer eine große Freude, wenn Ich einige Wochen an den Küsten Norwegens verleben kann als Erholung von schwerer Arbeit und um neue Kräfte zu sammeln. Es ist Mir eine besondre Genugtuung, Eure Majestät hier als König besuchen zu dürfen in der schönen und ehrwürdigen Stadt Drontheim mit ihrer großen Vergangenheit. Eure Majestät treten ein in eine Reihe von Monarchen, die hoch hinauf reichen in die Geschichte, und deren Taten in der Literatur fortleben. Als Ich heute mit Eurer Majestät in dem erhabnen Bauwerk des Domes

stand, habe Ich heiße Gebete zum Himmel emporgesandt, daß er Eure Majestät schützen und es Eurer Majestät gelingen möge, das norwegische Volk zu herrlicher und schöner Zukunft zu führen. Alle Meine Wünsche für das Wohlergehen Eurer Majestät und des Mir so außerordentlich sympathischen norwegischen Volkes fasse Ich zusammen in den Ruf: Ihre Majestäten der König und die Königin und das norwegische Volk hurra, hurra, hurra!

8. Juli. Aus Drontheim richtet der König an den preußischen Kultusminister Dr. v. Studt folgendes Handschreiben:

„Nachdem der Entwurf des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, die verfassungsmäßige Zustimmung der Landesvertretung gefunden hat, kann Ich es Mir nicht versagen, Ihnen zu diesem Erfolge Meinen wärmsten Glückwunsch auszusprechen. Wenn es durch dieses Werk nunmehr gelungen ist, die seit einem halben Jahrhundert vorbehaltne Ordnung der Unterhaltung der Volksschulen in einer ersprießlichen und allen billigen Anforderungen Rechnung tragenden Weise gesetzlich festzulegen, so ist dieses glückliche Ergebnis in erster Linie Ihrer aufopfernden und hingebenden Tätigkeit und dem geschickten Eingreifen zu verdanken, durch das Sie die Verhandlungen und Arbeiten in ihren einzelnen Phasen gefördert haben. Für Ihre Mir und dem Vaterlande geleisteten treuen Dienste verleihe Ich Ihnen den hohen Orden vom Schwarzen Adler, dessen Abzeichen Ich Ihnen hierdurch zugehen lasse."

Gleichzeitig richtet der König an den preußischen Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben folgendes Handschreiben: „Die Verabschiedung der Gesetze über die Reform der Steuern im Reiche sowie über die Abänderung des Einkommensteuer- und des Ergänzungssteuergesetzes in Preußen gibt Mir willkommnen Anlaß, Ihnen Meinen wärmsten Dank auszusprechen. Sie haben sich um das Gelingen dieser Gesetzeswerke, welche für die Sicherung einer geordneten, segensreichen Weiterentwicklung des Reichs und des Staates von größter Bedeutung sind, hervorragende Verdienste erworben. In Anerkennung derselben und um Ihnen einen neuen Beweis Meines Vertrauens und Meines Wohlwollens zu geben, habe Ich Ihnen das Kreuz und den Stern der Komture des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen. Es gereicht Mir zur Freude, Sie hiervon unter Beifügung der Ordensabzeichen in Kenntnis zu setzen." (Nordd. Allgem. Ztg. vom 13. Jan.)

24. Juli. Die „Nordd. Allgem. Ztg." teilt folgendes mit: Dem Kaiser ist auf Bitte der im Süden des südwestafrikanischen Schutzgebiets angesiedelten Deutschen durch den Gouverneur v. Lindequist aus Windhuk folgende Kundgebung telegraphisch übermittelt worden:

„Euer Majestät gestatten sich die heute aus Anlaß der Ablehnung des Eisenbahnbaues zusammengekommnen Einwohner von Keetmanshoop ehrfurchtsvoll zu huldigen und auch weiterhin um Eurer Majestät gnädigen Schutz für den großen Süden des Schutzgebiets zu bitten. Im Auftrage: Dr. Forkel, Dr. Merensky, Busch, Britze, Wittmann." — Seine Majestät der Kaiser hat darauf dem Gouverneur aus Molde in Norwegen folgendes Antworttelegramm zugehen lassen: „Ich beauftrage Sie, der deutschen Bevölkerung des Südens für die Bekundung patriotischer Gesinnung Meinen Kaiserlichen Dank auszusprechen und hinzuzufügen, daß Ich der Wohlfahrt und den Interessen seiner Bewohner auch fernerhin Meine Fürsorge widmen werde."

Der Kaiser läßt die erkrankte Königin Wilhelmine der Niederlande telegraphisch begrüßen.

25. Juli. Zu Aalesund in Norwegen festlich begrüßt, antwortet der Kaiser auf eine Ansprache des Bürgermeisters: Es sei ihm ein Herzensbedürfnis, auszusprechen, wie lieb ihm Norwegen sei, an dessen gastlichen Gestaden er alljährlich Ruhe und Erholung von der Last der Arbeiten fände. Schon bei seinem Besuch vor zwei Jahren habe er den Eindruck gewonnen, daß die Bevölkerung Aalesunds in festem Gottvertrauen und froher Zuversicht in die Zukunft sich in angestrengter Arbeit und mit Anspannung aller Kräfte an den Wiederaufbau der Stadt machen werde. Hierin habe er sich nicht getäuscht; denn in der kurzen Frist von zwei Jahren sei die Stadt aus der Asche erstanden. Der Kaiser schließt mit einem dreifachen Hurra auf König Hakon.

28. Juli. Zu Odde in Norwegen erläßt der König zur Feier des 450jährigen Jubiläums der Universität zu Greifswald eine in der dortigen Nikolaikirche vom Prinzen August Wilhelm von Preußen verlesene Botschaft, die nach Angabe der „Vossischen Zeitung" also lautet:

„Der Universität Greifswald entbiete Ich zu der Jubelfeier ihres 450jährigen Bestehens Meinen Königlichen Gruß. Gern gedenke Ich dabei der Verdienste, die diese älteste unter den preußischen Hochschulen sich um die Pflege deutscher Bildung an der Nordgrenze des Reichs erworben hat. Als eine Gründung pommerscher Herzöge, fast 200 Jahre deren Zepter untertan, sodann mehr als 150 Jahre zur Krone des stammverwandten Schweden gehörig und nunmehr fast 100 Jahre unter dem Schutze des preußischen Adlers stehend, hat die Universität Greifswald sich in allem Wechsel der Zeiten als eine Pflegestätte deutscher Wissenschaft und deutscher Gesittung erwiesen. Getreu den ihr von ihren Gründern Wratislaw und Rubenow zugewiesnen Aufgaben hat sie an dem weitern Ausbau der Wissenschaften mit wachsendem Erfolge gearbeitet und sich als Unterrichts- und Bildungsstätte rühmlichst bewährt. So hat sie in großer Anzahl der Kirche treue und fromme Diener, dem Staate gründlich und all-

seitig vorgebildete Beamte, der leidenden Menschheit geschickte und hilfreiche Aerzte zugeführt. Von ihr ist ausgegangen Johannes Bugenhagen, der Reformator des Nordens, dessen Werk die Universität durch ihre Arbeit an der Befestigung der evangelischen Lehre in Pommern erfolgreich fortgesetzt hat. Aber die Academia pomerania hat sich nicht nur bewährt als Stätte der Lehre und Forschung, sie hat sich, wie einer ihrer besten Bürger Ernst Moritz Arndt vor einem halben Jahrhundert ihr zurief, in gleichem Maße dadurch ausgezeichnet, daß sie die alte Treue und Tapferkeit des Volks und die herrliche Lust an der Tugend und Kraft des Mannes und der Ehre und Macht des Königs und Vaterlandes allezeit gehegt und gepflegt hat. Mögen die überlieferten Tugenden der altehrwürdigen Hochschule, ihr wissenschaftliches Forschen, der Geist der Frömmigkeit und der Liebe zum Vaterlande sich fortpflanzen bis in die fernsten Zeiten zum Ruhme der Universität Greifswald. Das walte Gott!"

15. August. Zusammenkunft des Kaisers mit dem **Könige Eduard** von Großbritannien und Irland in Schloß Friedrichshof bei Cronberg am Taunus.

16. August. Bei der Enthüllung eines „Landgrafendenkmals" in **Homburg v. d. Höhe** hält der Kaiser folgende **Ansprache**:

„So oft Ich in Homburg vor der Höhe Aufenthalt genommen, stets habe Ich es freudig empfunden, daß die hiesige Bevölkerung das Andenken an das Landgräfliche Haus Hessen-Homburg treu und liebevoll im Herzen bewahrt und gern alles dessen gedenkt, was Homburg der landesväterlichen Fürsorge seiner Landgrafen zu verdanken hat. Nachdem in den schönen Kuranlagen Meinen unvergeßlichen Eltern und Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater als Ausdruck der ihnen gezollten pietätvollen Dankbarkeit treffliche Denkmäler gewidmet sind, war es Mir ein Bedürfnis des Herzens, Meinerseits diesem echt deutschen Fürstengeschlechte hier in unmittelbarer Nähe der Heilquellen, die alljährlich so vielen Tausenden von nah und fern Gesundheit und Lebensmut von neuem spenden, ein Zeichen inniger Verehrung und treuen Gedenkens zu errichten. Und wahrlich! die Homburger Landgrafen haben es verdient, daß ihre Persönlichkeiten und ihre Ruhmestaten im Herzen der Nachwelt einen Ehrenplatz behalten. Ist es nicht eine herrliche Reihe reckenhafter Heldengestalten, die an unserm geistigen Auge vorüberziehen? Mit einer stattlichen äußern Erscheinung waren bei ihnen alle Vorzüge eines edeln Geistes und eines reinen Charakters verbunden.

Im Jahre 1622, als Tillys Scharen Westdeutschland verheerend durchzogen, von Friedrich I. begründet, einem Enkel Philipps des Großmütigen von Hessen, regierte das Landgräfliche Haus fast zweieinhalb Jahrhunderte lang zum Segen Homburgs und nicht ohne

Einfluß auf die Geschicke Preußens und Deutschlands, getreu seinem Wahlspruch »Schlicht und recht, das behüte mich.« Mit Meinem Hause waren die Homburger Fürsten in treuer Waffenbrüderschaft verbunden, und stets haben sie ihren Heldenarm geliehen, wenn in schicksalsschwerer Zeit Hilfe willkommen war. Als der Große Kurfürst nach den schreckensvollen Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges seinen Staat wieder aufbaute, trat Friedrich mit dem silbernen Bein mit seinem Reiterregiment Landgraf von Homburg in brandenburgische Dienste. Der 18. Juni 1675, der ruhmreiche und für die Größe des Hohenzollernstaats entscheidende Tag von Fehrbellin, an dem die neugebildeten Regimenter die Feuertaufe erhielten, schmückte auch sein Haupt mit wohlverdientem Lorbeer. Und wie er als todesmutiger Reiterführer, der selbst nach dem Verluste eines Beines seinem Heldenberufe treu bleibt, für alle Zeiten die höchste Bewunderung verdient, so hat er auch als Landesherr zum Wohle seines Landes und Volkes Großes getan. Er ist der Erbauer des jetzigen Schlosses. Den um ihres Glaubens willen vertriebnen französischen Reformierten und Waldensern schenkt er eine neue Heimat — die blühenden Dörfer Friedrichsdorf und Dornholzhausen geben davon noch heute beredtes Zeugnis —, Ackerbau und Gewerbe werden von ihm mit landesväterlicher Weisheit gefördert.

Den Enkel dieses Helden, Friedrich Karl, sehen wir fast noch im Knabenalter in das preußische Heer eintreten — und unter den Fahnen Friedrichs des Großen in den Schlesischen Kriegen ruhmreiche Taten vollbringen. Und als Preußens Stern unter dem Wetterschlage von Jena und Auerstädt unterzugehen droht und nach trüben Jahren der Fremdherrschaft die Volkskraft sich aufrafft, die Schmach zu sühnen, da ist es Landgraf Friedrich Ludwig, der sechs herrliche Söhne für Deutschlands Freiheit ins Feld sendet. Der hoffnungsvolle Prinz Leopold fällt bei Großgörschen, und in der Völkerschlacht bei Leipzig, an der die übrigen fünf Brüder ruhmvollen Anteil nehmen, netzen zwei von ihnen das Schlachtfeld mit ihrem Heldenblute. Unvergessen wird es bleiben, daß der edle Fürst lieber die Ungnade des mächtigen Bedrückers auf sich nimmt, als seinem Befehle nachkommt, die Söhne aus dem österreichischen und preußischen Heere zurückzurufen, und in den Jahren tiefster Entmutigung und Erniedrigung unerschütterlich an der Hoffnung festhält: »Die deutsche Nation wird wieder aufleben und die Fesseln abwerfen, sie wird immer das Herz von Europa bleiben.«

Auch der letzte der Landgrafen, Ferdinand, weiß sich, obwohl erst im späten Alter nach einem tatenreichen und ruhmvollen Soldatenleben zur Regierung gelangt, die Liebe und Dankbarkeit seines Volkes in hohem Maße zu erwerben; die allgemeine freudige Teilnahme an

der Feier seines achtzigsten Geburtstags tröstet ihn über das tragische Geschick seines Hauses.

Das herrliche Bild, das uns der Rückblick auf das Heldengeschlecht gewährt, wäre nicht vollständig, wenn Ich nicht auch der edeln Frauen des Landgräflichen Hauses gedächte. Sie haben sich durch echte Frauentugenden, Frömmigkeit, Herzensgüte und Charakterstärke ausgezeichnet und mehrfach zuzeiten der Unmündigkeit der Thronerben die Geschicke des Landes musterhaft geleitet. Ich erinnere an die Landgräfin Elisabeth, eine Tochter des Königs Georg III. von England, wie sie, eine echte Landesmutter, zum Segen ihres Landes gewirkt und gesorgt hat. Ihrer wird auch noch heute im Herzen der Homburger mit treuer Dankbarkeit und Verehrung gedacht. Ich erinnere ferner an jene anmutige Frauengestalt, die Prinzessin Marianne, Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preußen, eine Fürstin, die, wie Stein von ihr schreibt, mit allem Glanze äußerer Schönheit ein herrliches, für jedes Edle und Große empfängliches Gemüt verbindet.

In den schwersten Zeiten des Vaterlandes war sie dem tiefgebeugten Königspaar ein Trost und dem Lande ein Segen. Als der Gram über ihres Volkes Not das Herz der edeln Königin Luise gebrochen hatte, sorgte Prinzessin Wilhelm für die verwaisten Königlichen Kinder in liebevoller mütterlicher Weise. Sie war es, die ihren Neffen, den spätern großen Kaiser Wilhelm, den Trost warmer Verwandtenliebe empfinden ließ, als er am Abend seines Konfirmationstages in kriegsbewegter Zeit vereinsamt war. Sie war es, die 1813 den »Aufruf der Königlichen Prinzessinnen an die Frauen im Preußischen Staat« zur Gründung des ersten Frauenvereins erließ, der sich die Linderung der Not im Vaterlande durch opferwillige Werke barmherziger Nächstenliebe zur Aufgabe setzte. Welch ein Segen hat auf dem Wirken dieser Frau geruht! Und so übergebe Ich der Stadt Homburg vor der Höhe dieses Denkmal. Möge es allezeit in Ehren gehalten werden! Möge das Andenken an das erloschne Fürstengeschlecht wie die Liebe zu König und Vaterland, Kaiser und Reich ein unvergängliches Erbe der Homburger Bürgerschaft bleiben!“ (Nordd. Allgem. Ztg. Nr. 191 vom 17. August.)

20. August. Von der Versammlung deutscher Katholiken in Essen erhält der Kaiser die telegraphische Bitte, „den einmütigen Ausdruck ihrer vollkommnen Ergebenheit und unerschütterlichen Treue entgegennehmen zu wollen. Ausschließlich geleitet von dem Geiste der Liebe und Gerechtigkeit wird die Generalversammlung im Sinne und nach dem Vorbilde Eurer Majestät der Versöhnung der konfessionellen und sozialen Gegensätze zu dienen bestrebt sein zum Wohle des geliebten deutschen Vaterlandes.“ — Die Ant-

wort lautet: „Schloß Wilhelmshöhe. Ich habe den freundlichen Gruß der dort versammelten deutschen Katholiken gern entgegengenommen und Mich aufrichtig über die Versicherung gefreut, daß die Generalversammlung der Versöhnung der Konfessionen und sozialen Gegensätze zu dienen bestrebt sein wird. Für diese Kundgebung treuer Ergebenheit spreche Ich der Generalversammlung Meinen wärmsten Dank aus."

29. August. In Potsdam findet die Taufe eines am 4. Juli gebornen Sohnes des Kronprinzen auf die Namen Wilhelm Friedrich Franz Joseph Christian Olaf statt.

31. August. Der Königin Wilhelmine der Niederlande läßt der Kaiser als Geburtstagsgeschenk Statuetten von Oranierfürsten überreichen.

6. September. Der Kaiser trifft mit Gemahlin und drei Söhnen in Breslau ein und erwidert auf eine bei seinem Empfange vom Oberbürgermeister Dr. Bender gehaltene Ansprache:

„Ich sage Ihnen Meinen herzlichsten Dank für die treuen Worte, die Sie soeben namens der Stadt ausgesprochen haben. Ich sage Ihnen ebenso den innigsten Dank der Kaiserin und Meinen für die wundervolle Ausschmückung der Stadt und den herzlichen warmen Empfang, den die Bürgerschaft Uns bereitet hat. Daß die Breslauer immer an Unserm Hause fest und treu gehalten haben, das weiß Ich. Aber Ich bin hocherfreut, es von Ihnen wiederum zu hören, zumal wir jetzt an der Schwelle einer Hundertjahrfeier stehen voll schmerzlicher Erinnerungen. Aber wir dürfen auch daran gedenken, was an Tatkraft auf Schlesiens Boden entsprossen ist, und wie oft Schlesiens Söhne für ihren König gefochten haben. Von hier aus ist der Aufruf ergangen, der das ganze Vaterland zu gemeinsamer Erhebung und neuem Wirken führte. Es ist Mir eine Freude, daß es Mir vergönnt gewesen ist, nach langer Arbeit und langer Ueberlegung der Provinz Hilfe geben zu können gegen die starken klimatischen Gefahren, die ihr drohen, und die so oft des Landes Gedeihen hinderten. Ich hoffe, daß von den Arbeiten, die in der Beziehung gemacht werden, dem Lande der größte Vorteil erwachsen möge. Was die Technische Hochschule betrifft, so gehört sie nach Breslau, weil die Provinz Schlesien nächst der Provinz Westfalen die größte Industrie hat. Ich wünsche, daß die Hochschule der Stadt und der Provinz zu reichstem Segen gereichen möge, und daß sie führende und treibende Geister für das Land und die Industrie hervorbringen möge. Nochmals sage Ich Ihnen Meinen herzlichsten Dank, den Ich Sie bitte, der Bürgerschaft zu übermitteln." (Nordd. Allgem. Ztg. Nr. 210 vom 8. September.)

7. September. Auf einem Exerzierplatze bei Breslau findet eine Parade des manövermäßig verstärkten sechsten Armeekorps unter General v. Woyrsch vor dem Kaiser statt. Bei der Abendtafel im sogenannten Zwinger, an der der Großherzog von Mecklenburg, Erzherzog Friedrich von Oesterreich, der Herzog von Connaught, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, der Herzog und die Herzogin zu Schleswig-Holstein und die anwesenden Mitglieder der engern Kaiserlichen Familie teilnehmen, bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus: „Ich kann Meiner Zufriedenheit, der Ich heute schon nach der Parade Ausdruck verliehen habe, nichts Neues hinzufügen und kann nur nochmals Meine Freude aussprechen, daß das sechste Korps unter Ihnen, Mein lieber Woyrsch, am heutigen Tage sich glänzend vor Mir bewährt hat. Wer heute die seit sechsunddreißig Jahren zum erstenmal auf Kriegszustand gebrachten Bataillone im ehernen Tritt ihren sturmgepeitschten neuen Fahnen folgen sah, der konnte ermessen, daß jedenfalls die letzten zehn Jahre Friedensarbeit nicht umsonst gearbeitet worden ist, und daß, soweit aus der Parade auf Ausbildung und Haltung der Regimenter zu schließen ist, das Korps in vorzüglicher Verfassung sich befindet. In ihm stehen Regimenter mit hohen und herrlichen Namen, Chiffren ihres Königs tragend, vor allem das älteste Regiment der Armee, Mein Leibkürassierregiment. Sie dienen in Garnisonen auf historisch geweihtem Boden! So mögen denn die Regimenter des Korps im Manöver zeigen, was sie auf der Parade versprochen haben. Mir aber ist es eine besondre Freude, gerade in diesem Jahre einen Beweis dafür zu besitzen, daß in Meiner Armee frisch und flott gearbeitet wird. Hundert Jahre sind es her, seit unter den furchtbaren Prüfungen, die der Himmel uns auferlegte, das Vaterland zusammenbrach, und die alte friderizianische Armee zugrunde ging. Der heutige Tag hat gezeigt, daß wir nicht vergessen haben, daß wir arbeiten müssen, und daß, wenn wir Gelegenheit haben, das halten werden, was wir in drei Feldzügen versprochen haben. So erhebe Ich Mein Glas auf das Wohl dieses Armeekorps, auf das Wohl seiner Regimenter und begreife in diese ein die königlich sächsischen Regimenter, welche Seine Majestät der König die Gnade gehabt hat, zum Korps zu kommandieren, vor allem Mein neues Ulanenregiment. Die Regimenter sollen leben! Hurra, hurra, hurra!

8. September. Auf dem Pfaffenberge bei Königszelt (im schlesischen Kreise Schweidnitz) wird ein Denkstein zur Erinnerung an das Bunzelwitzer Lager Friedrichs des Großen feierlich enthüllt. Dabei hält der Kaiser folgende Rede:

„Als Nachfolger Meines soeben gefeierten großen Ahnen liegt es mir als Herzog von Schlesien am Herzen, Meinen Schlesiern

Meinen Dank auszusprechen für die herrliche Ehrung des großen Königs, für das Gelübde der Treue, welches nun schon 150 Jahre lang durch gute und böse Tage von den Schlesiern unentwegt Meinem Hause entgegengebracht worden ist. Mögen von diesem Steine und vom heutigen Tage wiederum frische und tiefe lebendige Quellen der Treue fließen, von den Alten genährt, von den Jungen gepflegt, und mögen zwei Aussprüche dazu die Unterlage bilden, der eine auf einer kurbrandenburgischen Standarte: Auf Gott vertrau, dich tapfer wehr, darin besteht dein Ruhm und Ehr'; denn wer's auf Gott herzhaftig wagt, wird nimmer aus dem Feld gejagt. Der zweite ist ein Ausspruch des großen Königs: Es kommt niemals so gut, wie man es hofft, aber auch niemals so schlimm, wie man es befürchtet! Und so hoffe Ich, daß im festen Vertrauen auf die göttliche Fürsorge und Führung nicht nur meine Schlesier, sondern Mein ganzes Volk sich den Aufgaben widmen wird, die es dem Himmel gefällt, ihm zu stellen, und daß von dem hiesigen Stein und dem Lager von Bunzelwitz die Ueberzeugung auf das preußische Volk übergehen möge, daß, wenn auch wir einmal in ähnlicher Lage sein sollten, so Gott es will, wir auch in derselben Weise uns aus dieser Lage herausfinden werden, indem wir nicht nur auf ihn vertrauen, sondern auch fest zusammenstehen und die Gaben, die uns verliehen sind, aufs äußerste ausnützen und vor allem in der Liebe und Hingabe an unser Vaterland gemeinsam wirken! Dann wird auch die Zukunft für unser Volk und Land gut bestellt sein, das sei Mein Wunsch und Mein Gebot an Meine Schlesier, und nun dem Andenken des großen Königs, das wir hier gefeiert haben, ein dreifaches Hurra!"

Am Abend findet im „Zwinger" zu Breslau eine Tafel für die Provinz Schlesien statt. Dabei hält der Monarch folgende Rede:

„Mein lieber Oberpräsident! Mit tiefbewegtem Herzen ergreife Ich heute das Wort, um als souveräner Herzog von Schlesien zu Meinem Schlesien zu sprechen. Denn die Eindrücke, die in der kurzen Zeit, in der Ich unter Ihnen weile, auf mich einstürmten, sind so gewaltiger und packender Natur, daß die Worte mangeln, um ihnen Ausdruck zu geben und die rechte Form zu finden für den Dank, den Ich Meinen Schlesiern aussprechen möchte. Nicht bloß am gestrigen Tage, der den Jubel des Einzugstages womöglich noch übertönte, und nicht nur von seiten der alten Soldaten im schwarzen Rock mit den Kriegsdekorationen auf der Brust, die da erzählen können: Wir haben mitgetan zu der Zeit, wo Geschichte gemacht wurde, und die sich rühmen dürfen, Kriegsgefährten des großen Kaisers und seines erhabnen Sohnes, Meines Vaters, zu sein, von dem Ihnen allen bekannt ist, wie hoch sein Herz für

Schlesien schlug — sondern auch heute auf Meiner Fahrt durch die grünen schlesischen Lande nach Bunzelwitz, Schweidnitz und Rogau und zurück: überall habe ich dieselbe Wärme, dieselbe flammende, lodernde Begeisterung gefunden. Es ist die alte schlesische Treue, die zum Durchbruch kommt, und die beweist die Anerkennung seitens der Bevölkerung für das, was das Haus Hohenzollern für sie getan hat. Diese Treue wächst auf einem ganz besonders durch die Historie geweihten Boden. Denn wer wollte leugnen, daß der schlesische Boden, wie kaum einer, mit der Geschichte unsers Vaterlandes und unsers Hauses in engster Verbindung steht! Und wie könnte man von der Entwicklung Schlesiens überhaupt ein Wort reden, ohne zunächst und vor allem der einen gewaltigen Figur zu gedenken, von der die Grenadiere sangen vom Rhein bis an die Oder: Fridericus Rex, unser König und Herr!

Wo der Blick über Schlesiens Fluren schweift, tauchen die Erinnerungen an ihn auf, an die unvergleichlichen Kämpfe, unter denen er Preußen seine Weltmachtstellung schuf, aber auch an die herrliche Friedensarbeit, in der er versuchte, das schwer heimgesuchte Land zu heben und zu stärken. Und wiederum in späterer Zeit war es gerade Schlesien vorbehalten, einen neuen Hoffnungsstrahl für den schwergeprüften Hohenzollernkönig Friedrich Wilhelm III. zu senden, als ihm die lodernde Begeisterung der ersten Freiwilligen in Breslau entgegenschlug, als die ersten Schilderhebungen hier erfolgten, und als Lützows wilde, verwegne Jagd ihr Treiben am Zobten vor dem Feind begann. Und so ist es seither gegangen. Schlesiens Söhne haben gefochten, wo es darauf ankam, für das Vaterland einzutreten und ihr Blut einzusetzen. Und so kann man wohl sagen, die Geschichte Unsers Hauses ist unlöslich verknüpft mit dieser, einer der schönsten Provinzen. Und wir können, wenn wir diese reiche Geschichte überblicken, sie mit einem Wort kennzeichnen, welches einst Mein hochseliger Herr Großvater sprach, als nach heißem Ringen die Kaiserkrone mit des Himmels Willen sich auf sein Haupt senkte: »Gott war mit uns, und ihm sei die Ehre!« Und wenn Ich daran denke, wie heut die Fahnen der Kriegervereine in stolzem Schritt bei Mir vorbeizogen, so glaube Ich, wir können das auch auf die Jetztzeit übertragen, und wir können Gott danken, wie er alles zum Wohl und Nutzen dieser Provinz und unsers Landes gefügt hat, vor allem, daß es uns vergönnt gewesen ist, in Frieden unsre Arbeit zu tun. Wenn aber Gott mit uns gewesen ist, so liegt wohl die ernste Frage nahe, ob wir seiner Hilfe auch würdig waren. Hat ein jeder unter uns nun auch das seinige dazu getan, unter Drangabe von allen seinen Sinnen, von Gesundheit und Leibeskräften das fortzuführen und auszubauen, was die Vorzeit uns hinterlassen

hat? Wenn ein jeder an sein Herz schlägt und sich ehrlich diese Frage vorlegt, so wird wohl bei manchem die Antwort schwer sein. Nun wohl, Meine Herren, lassen Sie uns aus der großen Persönlichkeit des großen Königs die Einsicht und die Entschlüsse schöpfen, wo es gefehlt hat an der Arbeit, wo der Mut hat sinken wollen, wo schwarze Gedanken und Befürchtungen das Haupt umrauschten. Hinweg damit! So wie der große König von dem alten Alliierten niemals im Stich gelassen worden ist, so wird auch unser Vaterland und diese schöne Provinz seinem Herzen nahe bleiben. Und so wollen wir ein neues Gelübde aus dem schönen Schatz der Erinnerungen und der goldnen Treue, die Mir hier entgegenschlug, prägen: Uns von nun an mit Aufbietung aller geistigen und körperlichen Kräfte nur der einen Aufgabe zu widmen, Unser Land vorwärts zu bringen, für Unser Volk zu arbeiten, ein jeder in seinem Stande, gleichviel, ob hoch oder niedrig, unter Zusammenschluß der Konfessionen, dem Unglauben zu steuern, und uns vor allen Dingen den freien Blick für die Zukunft zu bewahren und niemals an uns und unserm Volke zu verzagen. Den Lebenden gehört die Welt, und der Lebende hat Recht. Schwarzseher dulde Ich nicht, und wer sich zur Arbeit nicht eignet, der scheide aus, und wenn er will, suche er sich ein besseres Land. Ich erwarte aber von Meinen Schlesiern, daß sie mit dem heutigen Tage sich von neuem in dem Entschluß zusammenfinden werden, den großen Zielen und Vorbildern nachgehend, ihrem Herzog zu folgen in seiner Arbeit und vor allem in seiner Friedensarbeit für sein Volk. In dieser Hoffnung leere Ich Mein Glas auf das Wohl der Provinz Schlesien und aller treuen Schlesier." (Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 212 vom 10. September.)

Auf diesen Trinkspruch antwortet der Oberpräsident Graf v. Zedlitz mit einer Rede, in der er sagt: „Es wäre unwahrhaftig und unwürdig, sich hinwegtäuschen zu wollen darüber, daß ernste und schwere Gefahren in unsrer Zeit vorhanden sind, daß Feinde unsre nationale Eigenart antasten, die vielhundertjährigen Errungenschaften unsrer Kulturentwicklung unter dem ruhmreichen Hause Hohenzollern, die Untertanentreue und das monarchische Bewußtsein untergraben, das bei uns, Gott sei Dank, immer bestanden hat. Da ist es nötig und in hohem Maße dankenswert, dieses königliche Wort aus Allerhöchstem Munde zu hören, das uns zur Pflicht ruft, das uns ins Gewissen redet."

10. September. In Liegnitz wird der Kaiser festlich empfangen. Auf die Begrüßungsreden des Regierungspräsidenten von Seherr-Thoß und des Oberbürgermeisters Oertel antwortet der Kaiser, indem er zunächst auf seine am 8. September in Breslau gehaltene Rede hinweist, er habe schon einmal die Freude gehabt, in den Mauern der Stadt Liegnitz zu weilen, und er habe jetzt gefunden

daß die Stadt sich vortrefflich entwickelt habe. Der Kaiser erinnert sodann an die umliegenden historischen Stätten; wie seine Vorfahren es sich hätten angelegen sein lassen, den Schlesiern die Treue zu halten, ebenso habe auch Liegnitz immer treu zu seinem Herrscherhause gestanden. Bei seiner Fahrt durch die Vorstädte habe er sich außerordentlich gefreut, wie die Bewohner in ihrer schlichten Weise ihre Häuser so schön geschmückt hätten. Die Stadt selber gleiche ja förmlich einem Garten in ihrer Fülle von Blumen. Der Kaiser beauftragt den Oberbürgermeister, seinen herzlichsten Dank der Bürgerschaft zu übermitteln. (Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 213 vom 12. September.)

20. September. Bei der Festtafel zum goldnen Ehejubiläum des großherzoglichen Paares von Baden bringt der Kaiser in Karlsruhe folgenden Trinkspruch aus:

„Lieber Onkel und liebe Tante! Zu den vielen Gratulationen und herzlichen Wünschen, die Euch aus Euerm Lande und auch von ferne am heutigen Tage zu Füßen gelegt worden sind, möchten wir auch, die wir die Ehre haben, bei Euch das Fest mitfeiern zu dürfen, unsern Tribut beitragen. Ich wage es, diesen zunächst in die Form des Dankes zu kleiden, des Dankes gegen Gott, der Euch so herrlich geführt hat und erhalten hat und der Euch uns zum Vorbild hat sein lassen. Wie wir in so herrlichen Worten schon in der Kirche vernommen haben, ist es Euch beschieden gewesen, in so vielen schönen Festen und in so vielen ernsten Zeiten Eurem Lande und uns andern ein Vorbild zum Nacheifern zu sein. Und diesem Dank gegen Gott möchte Ich den Dank hinzufügen dafür, daß es durch Eure Güte uns vergönnt ist, heute an Eurer Seite und unter Euerm Dache dieses unvergleichliche Fest mitzumachen. So wollen Wir wünschen, daß der liebe Gott, der Euch bis hierher geleitet hat, auch ferner Eure Lebensbahn segnen möge. Wie der Geistliche so treffend bemerkte, fehlen allerdings aus der frühern Zeit, aus der alten Generation, so viele teure Häupter; es ist dies aber nur ein Beweis dafür, daß unser Lebensweg an den Denkmalen unsrer Lieben vorbeiführt, und daß Prüfungen Euerm Leben nicht erspart geblieben sind. Wenn ich nun namens der jüngern Generation, welche die Ehre hat, eingerückt zu sein an die Stellen, wo früher erhabnere Häupter gestanden haben, unsre feste Absicht Euch zu Füßen legen darf, alles zu tun, was in Unsern Kräften steht, um denen nachzuleben, die einstens hier gestanden haben, und die zu Deiner Generation sich gerechnet haben, so darf Ich wohl auch in diesem intimern Kreise mit einem Blick die große Zeit unsers Vaterlandes streifen, wenn Ich daran erinnere und die Hoffnung ausspreche, daß, solange ein deutsches Herz in deutschem Busen schlägt, niemals der Mann

vergessen sein wird und vergessen werden darf, der der Erste war, der seine Stimme erhob, um der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Wiedererrichtung des Deutschen Reiches die Wege zu ebnen und die Ziele zu weisen und den neuerstandnen Kaiser zu begrüßen, den unser Volk so lange ersehnt hatte — der Mann, der es miterlebte und mit daran arbeitete, daß wieder in den Lüften entrollt ist des Reiches wehende Standarte. Alle unsre Wünsche, die wir auf dem Herzen haben, fassen wir dahin zusammen: Möge Gott im Himmel Euch noch lange erhalten für Euer Land und für uns andre zu heiligen Vorbildern, denen nachzustreben ein jeder von uns für seine heiligste Pflicht halten möge. Gott segne, schütze und erhalte Euch beide!"

Hierauf erwidert der Großherzog mit folgendem Trinkspruche:

„Gestatten Ew. Majestät, daß ich auf die wundervollen Worte, auf die schönen Gedanken, die Ew. Majestät ausgesprochen haben, meinen Dank in Kürze sage. Alles, was Sie die große Güte hatten, über uns zu äußern, wird weit übertroffen dadurch, daß wir den Vorzug hatten, die beiden Majestäten hier bei uns zu besitzen, eine Auszeichnung, die wir sehr hoch schätzen, hoch schätzen persönlich, aber auch bezüglich ihrer großen politischen Bedeutung. Ew. Majestät haben selbst dargelegt, welche Bedeutung es hat, wenn Kaiser und Kaiserin persönlich bei einem Feste erscheinen und so dessen nationale Bedeutung hochhalten. Und diese nationale Bedeutung ist es, um derentwillen ich an Ew. Majestät die Bitte richte, uns das Vertrauen und das Wohlwollen, das Sie uns bisher immer zuteil werden ließen, auch künftig zu bewahren. Wir werden trachten, uns dieses Vertrauens würdig zu erweisen. Wir werden auch immer von neuem trachten, die hohe Stellung, die Ew. Majestät in unserm Deutschen Reiche besitzen, durch die Hilfe aller derjenigen, welche mitzuwirken haben, zu stärken, zu schützen und zu bewahren. Und in dieser Gesinnung dankbarster Verehrung bitte ich die anwesenden Gäste, mit uns einzustimmen: Ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin des Deutschen Reiches! Sie leben hoch! (Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 222 vom 22. September.)

9. Oktober. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 237 teilt mit, daß der Kaiser in bezug auf Auszüge in der Stuttgarter Zeitschrift „Ueber Land und Meer" aus den vom frühern Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe hinterlassenen Denkwürdigkeiten an dessen Sohn, den Fürsten Philipp zu Hohenlohe-Schillingsfürst auf Schloß Podjebrad in Böhmen folgendes Telegramm gerichtet habe: „Lese soeben mit Erstaunen und Entrüstung die Ver-

öffentlichung der intimsten Privatgespräche zwischen Deinem Vater und Mir, den Abgang des Fürsten Bismarck betreffend. Wie konnte es zugehen, daß dergleichen Material der Oeffentlichkeit übergeben werden konnte, ohne zuvor Meine Erlaubnis einzuholen? Ich muß dieses Vorgehen als im höchsten Grade taktlos, indiskret und völlig inopportun bezeichnen, da es unerhört ist, daß Vorgänge, die den zurzeit regierenden Souverän betreffen, ohne seine Genehmigung veröffentlicht werden."

10. Oktober. Der Kaiser läßt aus Berlin dem Rechtsanwalt Bassermann in Mannheim antworten, daß er „für den freundlichen Gruß der nationalliberalen Partei bestens danke". — Auf das von der Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Graudenz gesandte Huldigungstelegramm läßt der Kaiser folgende Erwiderung senden: „Se. Majestät der Kaiser und König lassen der dort tagenden Generalversammlung des Evangelischen Bundes für den treuen Gruß und Segenswunsch bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl von Lucanus."

14. Oktober. An das Denkmalskomitee für das Schlachtfeld von Jena läßt der Kaiser, nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. Oktober, aus Cronberg folgende Antwort erteilen: „Se. Majestät der Kaiser und König haben mit größter Befriedigung von der auf dem Schlachtfelde von Jena in Gegenwart deutscher Fürsten stattgehabten heutigen Gedächtnisfeier zum ehrenden Andenken an die tapfern gefallnen Krieger Kenntnis genommen und lassen Eure Exzellenz ersuchen, den Beteiligten für die patriotische Kundgebung und die Versicherung treuer Anhänglichkeit Allerhöchst Ihren besten Dank zum Ausdruck zu bringen. Auf Allerhöchsten Befehl v. Eisenhart-Rothe, Geh. Regierungsrat."

24. Oktober. An den Oberpräsidenten von Trott zu Solz in Potsdam ergeht laut „Reichsanzeiger" folgende königliche Order bezüglich der Einführung des Kronprinzen in die Zivilverwaltung der Monarchie: „Es ist Mein Wille, daß Mein Sohn, der Kronprinz, kaiserliche und königliche Hoheit, entsprechend seinem Wunsche und der hergebrachten Sitte Meines Hauses gemäß, während des bevorstehenden Winterhalbjahres in die Kenntnis der Zivilverwaltung Meiner Monarchie durch Sie eingeführt werde. Das von Ihnen entworfne Programm, mit welchem der Kronprinz einverstanden ist, ist Mir vorgelegt worden und hat Meine volle Billigung gefunden. Ich beauftrage Sie, demgemäß das Weitere zu veranlassen."

4. November. Der Kaiser empfängt den französischen Militärbevollmächtigten in Berlin, Marquis Laguiche, der im Auftrag seiner Regierung den Dank der französischen Nation abstattet für die Nieder-

legung eines mit ehrenden Widmungsworten versehenen Kranzes an den französischen Soldatengräbern von 1870—71 bei einer Feier am 30. Oktober in Mainz.

13. November. Das in München mit großen Festlichkeiten empfangne Kaiserpaar nimmt mit dem Prinzregenten Luitpold von Bayern teil an der Grundsteinlegung für ein dort zu errichtendes „Deutsches Museum der Meisterwerke der Naturwissenschaften und Technik". Bei einem aus diesem Anlasse vom Prinzregenten in der Residenz gegebnen Festmahle erwidert der Kaiser auf einen Begrüßungstrinkspruch des Regenten:

„Eure Königliche Hoheit! Es fehlen Mir die Worte, um den richtigen Ausdruck zu prägen für den herzlichsten Dank Meiner Gemahlin und Meiner selbst für den unvergleichlich schönen Aufenthalt, den Sie Uns bereitet haben. Der heutige Tag reiht sich würdig an die Seite des Nürnberger Tages. Der Empfang seitens der Bevölkerung Eurer Königlichen Hoheit Residenz war getragen von einem großen nationalen Gedanken und spielte sich ab auf einem wunderbaren Hintergrund köstlicher Kunst. Ich bitte, Meinen innigsten und herzlichsten Dank zu Füßen legen zu dürfen für die Begrüßung seitens Eurer Königlichen Hoheit und für den Jubel und Enthusiasmus der Münchner. Die schönste Weihe des Festes war aber für uns alle, daß wir Eurer Königlichen Hoheit erlauchte und erhabne Person in so voller Frische dem Feste haben vorstehen sehen können, und Ich glaube, aus dem Herzen eines jeden Anwesenden, eines jeden Bayern sprechen zu dürfen, wenn ich rufe: Ich bitte Gottes Segen auf das Haupt Eurer Königlichen Hoheit und sein erlauchtes Haus. Seine Königliche Hoheit der Prinzregent', er lebe hoch! hoch! hoch!"

17. November. Der Kaiser richtet aus Donaueschingen an den Reichskanzler folgenden Erlaß:

„Der heutige Tag, an welchem vor 25 Jahren der in Gott ruhende Kaiser und König Wilhelm der Große Seine unvergeßliche Botschaft erließ, gibt Mir willkommnen Anlaß, mit dem deutschen Volke in ehrfurchtsvoller Dankbarkeit dieses Friedenswerkes zu gedenken, durch welches Mein erlauchter Ahnherr zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen der Gesetzgebung neue Bahnen wies.

Nach Seinem erhabnen Willen ist es unter freudiger Zustimmung der verbündeten Regierungen und der verständnisvollen Mitwirkung des Reichstags gelungen, den schwierigen und weitverzweigten Ausbau der staatlichen Arbeiterfürsorge auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung zu fördern, daß die Hilfsbedürftigen in den Tagen der Not einen Rechtsanspruch auf gesetzlich geregelte Bezüge besitzen. Die Arbeiter haben damit dank den umfassenden Leistungen des Reichs und ihrer Arbeitgeber sowie auf

Grund ihrer eignen Beträge eine erhöhte Sicherheit für ihren notwendigen Lebensunterhalt und für den Bestand ihrer Familien erreicht. Die großen und werbenden Gedanken der Kaiserlichen Botschaft haben diesen Erfolg aber nicht nur in unserm eignen Vaterlande gezeitigt, sondern wirken auch weit über dessen Grenzen hinaus vorbildlich und bahnbrechend. Leider wird die Erreichung des höchsten Zieles der Kaiserlichen Botschaft gehemmt und verzögert durch den andauernden Widerstand gerade von der Seite, welche glaubt, die Vertretung der Arbeiterinteressen vorzugsweise für sich in Anspruch nehmen zu können. Gleichwohl vertraue Ich auf den endlichen Sieg gerechter Erkenntnis des Geleisteten und auf wachsendes Verständnis für die Grenzen des wirtschaftlich Möglichen in allen Kreisen des deutschen Volkes. Dann wird sich auch die Hoffnung Kaiser Wilhelms erfüllen, daß sich die Arbeiterversicherung als dauernde Bürgschaft innern Friedens für das Vaterland erweisen möge. In dieser Zuversicht ist es Mein fester Wille, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhe und in Erfüllung der vornehmsten Christenpflicht auf den Schutz und das Wohl der Schwachen und Bedürftigen fortgesetzt bedacht sei.

Durch gesetzliche Vorschriften und Leistungen allein ist indes die Aufgabe im Geiste der Kaiserlichen Botschaft und ihres erlauchten Schöpfers nicht zu lösen. Ich erkenne es an dem heutigen Tage gerne an, daß es im deutschen Volke nie an Männern und Frauen gefehlt hat, die freiwillig und freudig ihre Kraft in den Liebesdienst am Wohle des Nächsten stellten, und sage allen, die sich dem großen sozialen Werke unsrer Zeit selbstlos und opferwillig widmen, Meinen Kaiserlichen Dank. Ich beauftrage Sie, diesen Erlaß zur allgemeinen Kenntnis zu bringen."

18. November. Beim Festmahl im Königlichen Schlosse zu Berlin aus Anlaß der Anwesenheit des Königspaares von Dänemark bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Leuchtende Augen, freudiger Widerhall in der Bevölkerung, der Danebrog am Brandenburger Tor und auf den Zinnen von Berlin, so begrüßt Berlin und so begrüßt mein Volk Eure Majestät. Gestatten Eure Majestät Mir den herzlichsten Dank zu Füßen legen zu dürfen für die Freundschaft dieses Besuches. Ich ersehe darin die Fortsetzung der guten und innigen Beziehungen der beiden Länder zueinander, welche schon durch Seine hochselige Majestät Eurer Majestät von mir so hochverehrten Vater zu Mir gepflogen worden sind, und Ich betrachte es als eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn Ich hier besonders von ganzem Herzen Meinen Dank ausspreche für die innige und warme Art und Weise, in der Ich im Familienkreise und im Lande Eurer Majestät aufgenommen worden bin. Ich hege

die feste Ueberzeugung, daß die innigen und guten Beziehungen, die zwischen unsern Häusern und Ländern befestigt und hergestellt sind, auch fürderhin zum Heil und Segen beider Völker fortleben und fortdauern werden, und daß der Segen Gottes auf ihnen ruhen werde, ebenso wie Ich ihn herbeiflehe auf Eurer Majestät Haupt, auf das Haupt Ihrer Majestät der Königin und Eurer Majestät gesamtes erlauchtes Haus. Ich trinke auf das Wohl Ihrer Majestäten des Königs und der Königin von Dänemark!"

König Friedrich VIII. antwortet mit folgendem Trinkspruch: „Eure Kaiserliche Majestät wollen mir gnädigst gestatten, gerührtesten Herzens meinen und der Königin wärmsten und innigsten Dank auszusprechen für die uns gewidmeten so gnädigen und gütigen und so schönen Begrüßungsworte, die uns tief gerührt haben, und nicht weniger für den so schönen und glänzenden Empfang, der uns hier in Eurer Majestät Haupt- und Residenzstadt zu teil geworden ist. Die Verhältnisse gestatteten mir leider nicht, schon früher hierher zu eilen; desto mehr drängt es mich, nun heute die Gelegenheit zu benutzen, Eurer Majestät nochmals aus der Fülle meines Herzens den wärmsten Dank darzubringen für die warme und herzliche Teilnahme, womit in den schmerzlichen Tagen Eure Majestät zu uns eilten, um sich den Meinigen anzuschließen, um unserm unvergeßlichen Vater die letzte Ehre zu erweisen. Wie von mir und meinem Hause, so auch von dem dänischen Volke sind Eure Majestät mit innigem Dank begrüßt worden. Ich knüpfe hieran die freudige Hoffnung, daß Eure Majestät einen Teil der meinem in Gott ruhenden Vater dargebrachten Freundschaft auch auf mich übertragen möchten, und daß damit auch die freundschaftlichen Beziehungen unsrer Völker sich immer herzlicher gestalten mögen. Mit diesem heißen Wunsche erhebe ich mein Glas, indem ich nochmals von ganzem Herzen für den gütigen und gnädigen Empfang danke, und trinke auf das Wohl Seiner Majestät des Kaisers und Ihrer Majestät der Kaiserin und des ganzen Kaiserlichen und Königlichen Hauses!" (Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 273 vom 21. November.)

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen folgenden, am 20. November von der halbamtlichen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" abgedruckten Bericht über eine Unterredung des Kaisers mit dem Schriftsteller Dr. Ganghofer in München nach der Festvorstellung im Hoftheater am 12. November:

Der Kaiser unterhielt sich mit Ganghofer außerordentlich lebhaft zunächst über Arbeiten des Dichters. Was Mir an dem Werk „Hoher Schein" besonders gefällt, das ist, so drückte sich der Kaiser aus, der daraus hervortönende optimistische Klang sowie die Predigt, die den Glauben an das Leben und die Versöhnung mit den Schatten des Daseins, das Vertrauen auf die Zukunft und das Vertrauen auf die Menschheit fordert. Das machte auf Mich, sagte der Kaiser, einen solchen Eindruck, weil Ich ein Optimist durch und durch bin und Ich Mich durch nichts abhalten lassen werde, dies bis an Mein Lebensende zu sein. Der Kaiser nannte sich selbst einen Mann, der von seiner Arbeit erfüllt ist und an seine

Arbeiten glaubt, und fügte hinzu: Ich will vorwärts kommen. Ich würde Mich sehr freuen, wenn man das, was Ich will, auch verstehen wollte und mich dabei unterstützen würde. Im Anschluß hieran sprach der Kaiser auch über die schwere Stellung, die man bei jeder Arbeit dem Mißtrauen gegenüber habe. Er berief sich dabei wieder auf eine Stelle aus Ganghofers „Schweigen im Walde", die auch seinen Empfindungen besonders entsprochen habe, weil sie seine eignen Anschauungen dem Leben gegenüber wiedergebe. Die Stelle lautet: Der Mißtrauische begeht ein Unrecht am andern und schädigt sich selbst. Wir haben die Pflicht, jeden Menschen für gut zu halten, solange er uns nicht das Gegenteil beweist. Nach diesem Grundsatz, sagte der Kaiser, habe Ich von jeher jeden Menschen genommen, mit dem Ich zu tun hatte. Man macht manchmal auch schlechte Erfahrungen, aber dadurch darf man sich nicht abhalten lassen. Man muß immer wieder mit neuem Vertrauen an die Menschheit und an das Leben herantreten. Im weitern Verlauf des Gesprächs sagte der Kaiser, man komme doch mit einem gesunden Stück Optimismus und mit einer hellern vollen Lebensanschauung sowohl im eignen Leben wie bei den Berufsarbeiten viel weiter, als wenn man alle Dinge mit pessimistischem Auge ansehe, und in der Politik sei das auch nicht anders. Das deutsche Volk habe doch eine Zukunft, und da sei es ein Wort, das ihn immer kränke, so oft er es höre, das sei das Wort „Reichsverdrossenheit". Lieber arbeiten und vorwärts schauen. Ich arbeite ja auch unverdrossen und glaube, daß Ich dabei doch vorwärts komme. Der Kaiser sprach ferner von der Fülle und Schwere der Pflichten und Arbeiten, die auf ihn hereinstürmen, und von der Notwendigkeit, sich durch Reisen, speziell der Nordlandsreisen, zu erholen. Alles was Mich trifft, ist da auf einige Wochen von Mir abgelöst, und das, was Mich freut, das verübeln Mir vielfach die Leute. Ich weiß, daß man Mich den Reisekaiser nennt, aber das habe Ich immer heiter genommen. Ich lasse Mir dadurch die Freude an der Welt nicht nehmen. Die Reisen machen auch Freude, und gerade auch innerhalb der Heimat. Ich glaube, dadurch wird das Gefühl der Zusammengehörigkeit noch gestärkt, und, fügte er hinzu, viele Deutsche wissen gar nicht, wie schön unsre Heimat ist, und wie viel es da zu sehen gibt. Ich freue Mich immer, wenn Ich ein neues Stück Deutschlands kennen lerne. Nachdem der Kaiser noch besonders seiner Reisen in Süddeutschland gedacht hatte, sagte er: Oft möchte Ich Mich am liebsten in ein Automobil setzen und ein paar Tage flott hinausfahren und zufrieden und arbeitsfroh wieder nach Hause kommen. Und solche Erfrischungen braucht man gerade in Meinem ernsten Beruf sehr notwendig, doppelt notwendig, weil man gegen viele

Mißverständnisse zu kämpfen hat; denn man ist da immer in einer undankbaren Lage, weil man uns keine Selbständigkeit zubilligt. Gelingt Mir etwas, so fragt alle Welt: „Wer hat ihm das geraten?“ Und mißlingt Mir etwas, so heißt es: „Er hat es nicht verstanden.“ Was man bei andern Fürsten als selbstverständlich betrachtet, da fragt man bei Mir immer „warum?“, und die einzige Antwort kann doch nur sein: „Weil Ich für das Deutsche Reich und für das deutsche Volk das Gute will.“

4. Dezember. Der Kaiser richtet an den Kaiser Franz Joseph in Budapest folgendes Telegramm:

„Zur heutigen feierlichen Enthüllung des Denkmals für den Grafen Andrassy, den großen Sohn Ungarns und hervorragenden Staatsmann, dessen Name mit der Gründung unsers Bundes so eng verknüpft ist, sende Ich Dir in freundschaftlicher Teilnahme herzlichste Grüße.“ — Kaiser Franz Joseph antwortet: „Ich danke Dir herzlichst für die freundschaftlichen Grüße aus Anlaß der heutigen Enthüllung des Denkmals für Graf Andrassy, diesen für Ungarn und die Monarchie hervorragenden Staatsmann. Wie Du so richtig betonst, bleibt sein Name mit unserm Bunde eng verknüpft.“

15. Dezember. Besuch der norwegischen Königsfamilie am Königshofe in Potsdam. Bei der Galatafel in Schloß Friedrichskron, dem frühern Neuen Palais, bringt der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

„Es gereicht Mir zu besondrer Freude, Eure Majestät hier begrüßen zu dürfen, und Ich spreche im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und Meinem Unsern herzlichsten Dank aus für den freundlichen Besuch Eurer Majestäten. Zu gleicher Zeit möchte Ich auch den herzlichsten und innigsten Willkommensgruß des gesamten deutschen Volks zum Ausdruck bringen. Die Beziehungen, die Ich persönlich mit dem schönen, von Eurer Majestät regierten Lande seit langen Jahren pflege, sind innige, und nichts stärkt das gegenseitige Vertrauen besser als gemeinsam getragnes Leid. Wie Ich und Mein Volk über Eurer Majestät Untertanen denken, haben Eure Majestät daraus ersehen, wie Deutschland zugesprungen ist, als das schwere Unglück über Aalesund hereinbrach. Mein Wunsch ist, möge es Eurer Majestät vergönnt sein, lange in Frieden und Freude Eurer Majestät Land zu regieren, und möge es noch manchem Deutschen beschieden sein, sich an der herrlichen Natur von Eurer Majestät schönem Reich zu erfreuen. Die Empfindungen, die wir im Herzen haben, fassen Wir in dem Wunsche zusammen, daß Gott Eure Majestät und Ihre Majestät die Königin und den Prinzen Olaf segnen und behüten möge.“

Hierauf erwidert der König von Norwegen:

„Ich sage Eurer Majestät Meinen aufrichtigsten Dank für die überaus freundliche Weise, in der Eure Majestät auf Mein und der Königin Wohl getrunken haben. Ihre Worte stimmen in der Tat mit den Beweisen der Freundschaft überein, die Wir bereits von Ihnen erhalten haben. Die Anwesenheit Eurer Majestät in Trondhjem im letzten Juli ist der Markstein des ersten Besuches, mit dem Wir nach Unsrer Krönung im Juni von einem Souverän beehrt wurden. Es gereicht Mir daher zum besondern Vergnügen, Meine Würdigung dieser Auszeichnung dadurch bezeugen zu können, daß Ich nicht verfehlt habe, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um Eurer Majestät einen Gegenbesuch zu machen. Ich kann nicht unterlassen, dem tiefen Gefühl Ausdruck zu geben, das Mich bei Wahrnehmung des Wohlwollens und der Freundschaft, die der Deutsche Kaiser und die deutsche Nation Meinem Lande Norwegen immer erwiesen haben, beseelt. Eure Majestät haben während vieler Jahre unsre Fjelds und Fjords durchstreift und haben in ungezwungner Weise inmitten des norwegischen Volks geweilt. Im Namen aller Norweger möchte Ich daher Eurer Majestät die Versicherung geben, daß Wir die aufrichtigste Freude empfinden an dem guten Einverständnis, das zwischen Deutschland und Norwegen existiert. Ich trinke auf das Wohl Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin und der ganzen Königlichen Familie." (Nordd. Allgem. Ztg. vom 16. Dezember.)

Zweiter Abschnitt.

Verfügungen und Erlasse.

I.

Regelung der Lehrerbesoldungsfrage.

Anfang Juli. Der Minister für Kultus und Unterricht richtet an die Bezirksregierungen folgende Verfügung über die Regelung der Lehrerbesoldungsfrage:

Durch den Staatshaushalt für das laufende Etatsjahr sind unter Kapitel 121 Titel 34 neue Mittel zu laufenden widerruflichen Staatsbeihilfen für leistungsschwache Schulverbände zu dem Zwecke bereitgestellt worden, tunlichst eine Erhöhung des Mindestgrundgehalts der ersten und alleinstehenden Lehrer auf 1100 Mark, der übrigen Lehrer auf 1000 Mark, der Lehrerinnen auf 800 Mark und des Mindestsatzes der Alterszulagen für sämtliche Lehrer auf 120 Mark und der Lehrerinnen auf 100 Mark herbeizuführen.

Die Maßnahme zielt darauf ab, auf dem Gebiete des Besoldungswesens der Volksschullehrer und -Lehrerinnen eine größere Gleichmäßigkeit und Stetigkeit herzustellen und der Landflucht der Volksschullehrer entgegenzuwirken. Daraus folgt, daß die Königlichen Regierungen und die ihnen unterstellten Organe in der Besoldungsfrage keine Schritte unternehmen dürfen, die dieses Ziel in Frage stellen könnten. Wenn demnächst Schulverbände, insbesondre Stadtgemeinden, eine weitere Erhöhung des Grundgehalts und der Alterszulagen ihrer Volksschullehrerer und -Lehrerinnen

beschließen sollten, so ist von der Königlichen Regierung vor der Bestätigung des Erhöhungsbeschlusses sorgfältig zu prüfen, ob dadurch das von der Staatsregierung verfolgte Ziel gefährdet werden würde. Gelangt die Königliche Regierung zu der Ueberzeugung, daß der Beschluß in dieser Beziehung erheblichen Bedenken unterliege, so ist der Fall mir vorzutragen.

Die Zahlung der staatlichen Beihilfen darf erst erfolgen, wenn der Schulverband die Uebernahme des gesamten, mit der Erhöhung verbundnen Mehraufwandes bedingungslos und unabhängig von der in Aussicht gestellten staatlichen Beihilfe beschlossen hat oder eine dahingehende rechtskräftige Feststellung im Beschlußverfahren getroffen worden ist. Im übrigen sind bei der beabsichtigten Aufbesserung des Grundgehalts auch die Lehrerstellen zu berücksichtigen, mit denen ein Kirchenamt dauernd verbunden ist, insofern und insoweit das reine Lehrergrundgehalt hinter den oben gedachten Mindestsätzen zurückbleibt. Es erscheint indes eine Berücksichtigung dieser Stellen dann nicht erforderlich, wenn diese bereits mit einem auskömmlichen Gesamtgrundgehalt der vereinigten Stelle derartig hoch ist, daß nach Abrechnung einer reichlich bemessenen durchschnittlichen Grundgehaltserhöhung für die kirchliche Mühewaltung von 400 Mark mindestens die Sätze des Lehrergrundgehalts von 1100 Mark bezw. 1000 Mark verbleiben.

II.

Verfügung über die Erteilung von Turnunterricht durch Sozialdemokraten an jugendliche Personen.

Anfang Juli. Der Unterrichtsminister betont in einer Verfügung, daß ein solches Recht nicht den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, sondern, soweit es sich um Privatunterricht handle, der Kabinettsorder von 1834 und der Ministerialinstruktion von 1839 unterliege, einerlei, ob ein Unterricht gegen oder ohne Entgelt in Frage komme. Danach bedarf es zu der Erteilung des Turnunterrichts an jugendliche Personen in jedem Falle der Erlaubnis der Ortsschulbehörde. Diese Erlaubnis könne aber nur dann erteilt werden, wenn der Bewerber seine sittliche Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung genügend nachweist. In dem Einzelfall, der diese Entscheidung herbeiführte, war der Bewerber ein anerkannter Anhänger der Sozialdemokratie. Der Minister erklärt nun: „Das Vorhandensein der sittlichen Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung ist bei allen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei zu verneinen, da die Ziele und Bestrebungen dieser Partei im geraden Gegensatz stehen zu den Grundlagen des Staatswesens und zu den Aufgaben des Schulunterrichts, die Kinder zur Achtung und Ehrfurcht vor den bestehenden Gesetzen, zur Gottesfurcht, Vaterlandsliebe und Königstreue zu erziehen.“ Es sei daher keinem Mitgliede der sozialdemokratischen Partei die Erlaubnis

zur Erteilung von Turnunterricht an jugendliche Personen zu gewähren, vielmehr sei ihnen die Abhaltung solchen Unterrichts wegen mangelnder Tüchtigkeit für Unterricht und Erziehung überall zu versagen.

III.

Gnadenerlaß.

24. August. Auf Schloß Wilhelmshöhe erläßt der König Gnaden wie folgt:

Wir Wilhelm usw. wollen, da Uns durch Gottes Gnade ein Enkel geschenkt ist, der in wenigen Tagen die heilige Taufe empfangen soll, und dieser Tag dazu auffordert, empfangene Unbill zu verzeihen und Vergebung zu üben, allen den Personen, die bis zum Abschlusse des heutigen Tags durch Urteil eines preußischen Zivilgerichts wegen einer gegen Unsre Person begangnen Majestätsbeleidigung oder wegen Beleidigung eines Mitglieds Unsers Königlichen Hauses im Sinne der Paragraphen 95 und 97 des Strafgesetzbuchs zu Freiheitsstrafen rechtskräftig verurteilt sind, diese Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, und die noch rückständigen Kosten in Gnaden erlassen. — Ist wegen einer solchen und wegen einer andern strafbaren Handlung auf eine Gesamtstrafe erkannt, so ist der wegen der erstern Handlung verhängte Teil dieser Strafe im vollen Umfange als erlassen anzusehen. — Auf die von einem mit andern Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gericht erkannten Strafen findet dieser Erlaß Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Begnadigungsrechts in dem betreffenden Falle Uns zusteht. — Unser Justizminister hat für die schleunige Bekanntmachung und Ausführung dieses Erlasses Sorge zu tragen.

Dritter Abschnitt.

Soziale Angelegenheiten.

I.

Das Reichsgericht über den Boykott.

12. Juli. Der Rechtsunsicherheit über die Frage der Zulässigkeit des Boykotts als Kampfmittel wird vom Reichsgericht ein Ende gemacht. Es erklärt ihn in ausgedehntem Maße für zulässig aus folgenden Gründen:

1. Boykott oder Streik im Lohnkampf sind nicht rechtswidrig. Die Unternehmer können Ersatz der Verluste, die sie infolge derselben erlitten haben, nicht verlangen. — 2. Darin, daß ein Verein von Arbeitnehmern, der in einen Lohnkampf zur Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten ist, in Gemäßheit seiner Satzungen denen seiner Mitglieder, die sich am Kampf nicht beteiligen würden, lediglich den Verlust ihrer Mitgliedschaft in Aussicht stellt, ist eine Drohung im Sinne des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung nicht zu finden. — 3. Es ist keine durch Paragraph 153 der Gewerbeordnung verbotne Drohung, wenn die Partei, die durch an sich erlaubte Kampfmittel günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen strebt, den Gegnern die bevorstehende Anwendung dieser Kampfmittel ankündigt und dadurch auf deren Entschließung über die Streitfragen einzuwirken sucht. — 4. Es verstößt nicht gegen die guten Sitten, wenn Arbeitnehmer zur Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Beseitigung von Zuständen und Einrichtungen, durch die sie sich beschwert fühlen, die Mitwirkung weiter Kreise des Publikums durch die Presse oder durch Flugblätter anrufen.

II.

Bewegung in den Bergarbeitervereinigungen.

30. August. Eine Anzahl Mitglieder des christlichen Gewerkvereins, der polnischen Berufsvereinigung und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins veröffentlicht einen Aufruf an die Bergarbeiter Deutschlands zur Verschmelzung der Bergarbeiterverbände.

12. Oktober. Eine Siebenerkommission läßt dem Bergbaulichen Verein in Bochum und allen unter ihrem Einflusse stehenden Bergarbeitervereinigungen folgende Forderungen überreichen:

1. Daß die Löhne aller unter und über Tage auf den zugehörigen Werken beschäftigten Arbeiter durchschnittlich um mindestens 15 Prozent erhöht werden, gegenüber dem Stand der Löhne in den letzten drei Monaten, und daß die Löhne im Gedinge eine bessere Regelung insofern erfahren, als nach erfolgter fünfzehnprozentiger Lohnerhöhung nicht mehr so tief unter dem Durchschnitt stehende Löhne vorkommen, als es bisher der Fall war. 2. Daß die vielfach bestehende Sperre zwischen den betreffenden Werken beziehungsweise Revieren aufgehoben wird, damit auch für die im Bergbau tätigen Arbeiter die durch das Sperrsystem entzogne Freizügigkeit endlich wieder gänzlich hergestellt und garantiert wird.

Zugleich wird beschlossen eine Aufforderung an die englischen Bergarbeiterverbände, dafür zu sorgen, daß den deutschen Bergarbeitern der Lohnkampf nicht durch die Mehreinfuhr englischer Kohle erschwert werde.

22. Oktober. Zu jenen Forderungen der Siebenerkommission nimmt der Bergbauliche Verein dahin Stellung, daß als Vertreter der Belegschaften nicht die Verbände, sondern nur die durch

das vorjährige Gesetz geschaffnen Arbeiterausschüsse anzusehen seien, und daß anderseits der Bergbauliche Verein nicht zuständig sei, über die Lohnfestsetzung Erklärungen abzugeben. Es wird beschlossen, den Zechen zu empfehlen, mit den Arbeiterausschüssen zu den eingereichten Forderungen Stellung zu nehmen, wobei nachgewiesen werden soll, daß seit Jahresfrist die Löhne bereits in rapider, sprunghafter Weise um 10 bis 15 Prozent gestiegen seien und sich noch in fortdauernder Steigerung befinden. Insbesondre in der letzten Zeit habe die Lohnsteigerung noch besonders zugenommen, was daraus hervorgehe, daß die Durchschnittslöhne im September dieses Jahres sich um mehr als sieben Prozent höher stellen als die Löhne im Durchschnitt des zweiten Quartals. Die Kohlenpreissteigerung, die im letzten Jahre durchschnittlich nur vier Prozent betragen habe, werde damit von der Steigerung der Löhne bei weitem überholt. Was die Forderung der Aufhebung der sogenannten Sperre betreffe, so könne angesichts eines Belegschaftswechsels von rund 27000 Mann im September gleich 120 Prozent der gesamten Belegschaft auf das Jahr gerechnet von einer Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter wohl nicht die Rede sein. Dieser Wechsel sei so bedeutend, daß er geradezu als eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter angesehen werden müsse, und eine gewisse Beschränkung des fortwährenden Wechsels der Arbeitsstätte von seiten der Arbeiter dringend erforderlich sei. Die Zechenverwaltungen würden sich auch nicht das Recht nehmen lassen, die ihnen geeignet erscheinenden Bergarbeiter anzunehmen oder abzulegen.

26. Oktober. In der Siebenerkommission zu Essen wird berichtet:

Von fünf Unternehmern und vierundneunzig Bergwerksdirektionen, siebenundzwanzig Steinkohlen- und sechsundzwanzig Braunkohlenwerken seien ablehnende Antworten eingegangen. Die Verbandsvorstände protestieren energisch gegen den Standpunkt der Organisationen der Werkleitungen, die mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen nicht verhandeln und damit auch das gesetzliche Organisationsrecht der Arbeiter nicht anerkennen wollen. Sie halten an der prinzipiellen Forderung unter allen Umständen fest, daß die Verhandlungen von Organisation zu Organisation zu führen seien, da nur hierdurch der wirtschaftliche Friede in der Bergwerksindustrie aufrechtzuerhalten sei und die Interessen der Arbeiter so am wirksamsten vertreten werden könnten.

21. November. Die in Essen zu gemeinsamer Beratung mit der Siebenerkommission versammelten Vorstände der verschiednen Verbände, im ganzen etwa 400, vertagen die Entscheidung auf unbestimmte Zeit.

III.

Nationale Arbeiterverbände.

10. August. Ein neugegründeter „Nationaler Arbeiterwahlausschuß“ mit dem Sitze in Essen erläßt einen Aufruf, in dem auf das starke Anwachsen der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften und der evangelischen Arbeitervereine hingewiesen wird. Die Tätigkeit der evangelischen Arbeiter dürfe sich nun nicht mehr allein auf wirtschaftliche Fragen beschränken, sondern auch auf politischem Gebiete müsse Einfluß erlangt werden. Die bewilligten Reichstagsdiäten ermöglichten auch Arbeitern die Ausübung eines Mandats. In bezug auf die Wahlen 1908 heißt es:

In zwei Jahren finden die allgemeinen Reichstagswahlen statt. Wir halten es im nationalen wie auch im sozialen Interesse für dringend nötig, daß durch die Wahl 1908 eine entsprechende Anzahl christlich-nationaler Arbeiter in den Reichstag gewählt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zentrumspartei mehrere unsrer katholischen Kollegen in den Reichstag sendet. Wie aber steht es auf evangelischer Seite? Nach den bisher gemachten Erfahrungen haben nur wenige Parteien ernstliche Anstrengungen gemacht, um Arbeitnehmer ins Parlament zu bringen. Wir müssen uns rühren und diese Forderung laut und nachdrücklich erheben.

10. September. Vier christlichnationale Arbeiterverbände, nämlich der Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, der Verband der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erlassen einen gemeinsamen Aufruf an die christlichnationale Arbeiterschaft Deutschlands, in dem es heißt:

Die christlichnationale Arbeiterbewegung will als Kulturbewegung betrachtet und gewertet sein. Zur Erfüllung dieser gewaltig ausgedehnten kulturerzieherischen und -reformerischen Aufgabe hat sich eine Arbeitsteilung unter verschiednen Organisationen als unumgänglich nötig erwiesen. Die Vertiefung des religiösen Gedankens und sittlichen Wertes eines Arbeiters, die allgemein soziale und speziell sozialpolitische Schulung wie überhaupt die harmonische Ausbildung der Geistes- und Gemütskräfte der Arbeiter erheischen die Sammlung und die Arbeit in besondern Organisationen — den konfessionellen (katholischen und evangelischen) Arbeitervereinen. Anderseits ist das speziell berufswirtschaftliche Interessengebiet der Arbeiter so eigenartig und in seinen Beziehungen so ausgedehnt, daß zu dessen wirksamer Wahrnehmung eine möglichst umfassende und starke beruflich gegliederte Gewerkschaftsorganisation unbedingt vonnöten ist. Das geschichtliche Werden und die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat der christlichnationalen Arbeiterschaft die Sammlung in besondern Organisationen, den christlichen Gewerkschaften nahe gelegt. Nur von ihnen kann hier die Rede sein. Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften sind somit zur Erreichung der Ziele, die sich die christlich nationale Arbeiterschaft gesteckt hat, unentbehrlich. Sie sind zwei Armen zu vergleichen, die der christliche Arbeiter zur Hebung seiner Standeslage gleicherweise gebrauchen muß. Nun

besteht die Tatsache, daß, wie die Mitgliederverhältnisse der konfessionellen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften ausweisen, ein großer Teil der christlichnationalen Arbeiterschaft Deutschlands sich der Notwendigkeit beider Standesorganisationen bis heute nicht bewußt geworden ist. Dieser Zustand muß in steigendem Maße, und zwar auf beiden Seiten als mißlich, als Schwächung der Stoßkraft der Bewegung angesehen werden. Ihm abzuhelfen haben sich die unterzeichneten Verbände der konfessionellen Arbeitervereine beider Konfessionen und der christlichen Gewerkschaften zu einem gemeinsamen Vorgehen geeinigt.

14. Oktober. In Essen tagt eine Versammlung der evangelischen Arbeitervereine, die sich für den Anschluß der evangelischen Arbeitervereine an die christlichen Gewerkschaften ausspricht mit der Begründung, daß es eine christliche Pflicht jedes Arbeiters sei, sich zur Vertretung seiner Wirtschaftsinteressen zu organisieren, und daß von allen bestehenden Gewerkschaftsrichtungen grundsätzlich nur die auf christlichnationaler Grundlage beruhenden christlichen Gewerkschaften in Frage kommen könnten. Die Versammlung beschließt ferner, die in dem obenerwähnten Aufruf beschlossene Aktion der gegenseitigen Propaganda in weitgehendster Weise zu unterstützen und zu fördern. Vor allem wird der Grundsatz betont, daß alle evangelischen und katholischen Arbeiter mit allen nur möglichen Mitteln von jeder Arbeiterorganisation außerhalb der christlichen Gewerkschaften streng abzuschließen seien. Mit der bisherigen Halbheit müsse gebrochen werden. — Im Anschluß an diese Tagung findet eine Sitzung des nationalen Arbeiterwahlausschusses statt, in der der Generalsekretär Behrens über den Erfolg des obigen Aufrufs berichtet. Ihre Zustimmung zur Aufstellung von Arbeiterkandidaten hätten gegeben die christlichsoziale, die deutschsoziale Partei sowie wirtschaftliche Organisationen aus dem Kreise des Mittelstandes und der Landwirte, endlich habe die konservative Partei an den Ausschuß die Anfrage gerichtet, ob er eine geeignete Arbeiterkandidatur zu stellen in der Lage sei. Bisher seien dem Ausschuß sechs Arbeiterkandidaturen für die Reichstagswahlen zugesagt. Auch einige Landtagswahlkreise stünden in Aussicht. Es gelte nun, diese Kandidaturen zu unterstützen.

IV.

Zum Jubiläum der Begründung der Sozialpolitik.

17. November. Kaiserlicher Erlaß an den Reichskanzler, betreffend den fünfundzwanzigsten Jahrestag der kaiserlichen Botschaft über die Sozialreform (S. 15).

18. November. In Berlin versammeln sich 5000 nationalgesinnte Arbeiter, um durch eine Kundgebung den fünfundzwanzigjährigen Gedenktag der sozialen Boschaft Kaiser Wilhelms I. vom 17. November 1881 zu begehen, um dankbar anzuerkennen, was in Erfüllung dieser Botschaft bisher geschehen ist, und bei gleichzeitiger energischer Verurteilung der sozialdemokratischen Verächtlichmachung dieser Sozialreform die weitere Arbeit auf dem sozialreformatorischen Wege im Sinne Kaiser Wilhelms zu fordern.

Liz. Mumm eröffnet die Versammlung mit einer Ansprache. Mit Worten tiefen Dankes gedenkt er des „Königs der Armen", der diese Botschaft sozialen Friedens hat ausgehen lassen, und wendet sich dann zu Kaiser Wilhelm II. und seinem sozialen Erlasse vom 17. dieses Monats (S. 15), der die Botschaft bekräftigt. Diese Versammlung hier sei eine Antwort auf den Erlaß. Wieder streckt er der Arbeiterschaft die Hand entgegen. Er spreche wohl leise von dem andauernden Widerstande, den er in der Arbeiterschaft selbst findet; aber in der nationalen Arbeiterbewegung sei die Hand erwachsen, die freudig in die kaiserliche Hand einschlägt. „Rauh ist die Arbeiterhand, aber sie ist treu. Darum ist bei dem rechten christlich nationalen Arbeiter keine Revision des monarchischen Bewußtseins möglich. Er steht und fällt mit der Treue für Kaiser und Reich." Dies zu bekräftigen, bringt die Versammlung ein dreifaches Hoch aus. Es folgt ein Hoch auf Graf Posadowsky, den Lokomotivführer der nationalen sozialen Reform. Reichstagsabgeordneter Stoecker führt sodann aus, daß Worte selten Taten seien, auch die von Königen und Kaisern, aber die kaiserliche Botschaft sei eine Tat. Während der großen Berliner Bewegung sei in Berlin kein Sozialdemokrat gewählt worden. Die furchtbaren Folgen der Gründerjahre hätten die Arbeiter mit Recht erbittert gemacht, damals hätten allein 30000 Metallarbeiter auf der Straße gelegen. Der Arbeiter aber habe, wie Fürst Bismarck mit eigner Hand geschrieben habe, begründeten Anspruch an die Hilfe des Staates; er vermisse noch den Aufbau der in der Botschaft genannten Korporationen, noch seien die Grundlagen des christlichen Volkslebens erschüttert, aber eine neue Kulturzeit breche an, hervorgerufen durch die Botschaft. — Der Reichstagsabgeordnete Giesberts führt aus: Die christlichnationale Arbeiterschaft sei dazu berufen, die soziale Gesetzgebung weiter zu fördern. Die Versicherungsgesetze seien reformbedürftig, die Witwen- und Waisenversicherung solle bis 1910 fertig werden. Die christlichnationale Arbeiterschaft sei bereit, hierzu Beiträge zu liefern an Geld, falls Arbeitgeber und Kommunen dasselbe tun. Leider gehe ein arbeiterfeindlicher Zug stellenweise durch die Industrie. Was hätte man aus den wirklich frommen Bergleuten gemacht, und wie hätte der preußische Landtag durch Unkenntnis in dieser Frage versagt! Der Paragraph 153 der Gewerbeordnung, auf Grund dessen schwere Strafen beim Streik ausgesprochen werden könnten, müsse beseitigt werden. Die christlichen Arbeiter seien manchen Arbeitgebern verhaßt, ein christlicher Arbeiter sei vier Wochen in Untersuchungshaft genommen, weil er bei einem Streik nur interveniert hätte. — Geheimrat Professor Wagner legt dar, welch ein Fortschritt in der sozialpolitischen Anschauung die Botschaft bezeichnete in einer Zeit, da man der Ansicht war, den Staat gehe es gar nichts an, wenn sich Arbeitgeber und Arbeiter die Köpfe einschlügen, das seien Privatsachen. Um so anerkennenswerter sei die Botschaft, als der Kaiser und sein Kanzler doch selber in ähnlichen Anschauungen aufgewachsen waren. „Das Wichtigste der Botschaft ist, daß hier zum erstenmal in der Weltgeschichte anerkannt wird, daß die arbeitenden untern Klassen einen Rechtsanspruch haben auf die Hilfe des Staates." Wagner redet einer Weiterentwicklung der Sozialreform das Wort, mahnt aber auch die Arbeiter, daran zu denken, daß ohne Unabhängigkeit und garantierte Sicherheit unsers Staatswesens keine Sozialpolitik möglich ist, und daß sie darum für die nationalen Aufgaben einstehen sollen. — Arbeitersekretär Richter erklärt, daß die Versammlung ein öffentlicher Protest der christlichnationalen Arbeiterschaft sei gegen die sozialdemokratische, das Volk vergiftende Agitation.

Beschlossen wird sodann: Die Versammlung der christlichnationalen Arbeiter- und Gehilfenschaft Berlins erklärt:

„1. Wir erkennen dankbar an, was der Staat und die Parlamente in Erfüllung der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 durch die gesetzliche Arbeiterversicherung und die Arbeiterschutzgesetze bisher an Sozialreform für die deutsche Arbeiter- und Gehilfenschaft geschaffen haben. 2. Wir verurteilen, daß seitens der Sozialdemokratie der bisher geleisteten Sozialreform keine Anerkennung wird, sondern diese systematisch versucht, die Früchte der gesetzlichen Sozialreform zu verkleinern und verächtlich zu machen. Ein solches Verhalten schädigt nicht nur die Arbeiterinteressen, sondern hindert auch den Fortschritt der Sozialreform. 3. Wir stellen bei aller Anerkennung dessen, was bisher geschehen ist, fest, daß der Inhalt der kaiserlichen Botschaft und der kaiserlichen Erlasse vom Jahre 1890 erst zum Teil erfüllt ist. Einen Weg zu dieser Erfüllung sehen wir in den Forderungen der christlichnationalen Arbeiter- und Gehilfenschaft Deutschlands, insbesondre in der Ausdehnung der Versicherungsgesetzgebung auf die Hausindustrie, in der Durchführung eines bessern, positiven Koalitions- und Versammlungsrechts, in der Errichtung von Arbeitskammern usw. Alle diese Forderungen sind trotz zugesicherten Entgegenkommens der Regierung erst zum Teil erfüllt. 4. Wir richten deshalb den dringenden Appell an Regierung und Parlamente, im Sinne der kaiserlichen Botschaft und der kaiserlichen Erlasse die deutsche Sozialreform tatkräftig fortzuführen."

Ein Telegramm der Versammlung an den Kaiser lautet: „5000 nationale Arbeiter danken Ew. Majestät für den erneuten Ausdruck des festen Willens, die gesetzliche Sozialreform auf christlicher Grundlage fortzuführen. Wir stehn in unwandelbarer Treue zum sozialen Kaisertum der Hohenzollern."

21. November. Ueber den kaiserlichen Erlaß vom 17. November sagt die „Braunschweigische Landeszeitung": Vor allem fällt bei diesem Erlaß die gänzliche Uebergehung des geistigen Urhebers dieser vom Kaiser mit Recht gerühmten Politik, des Fürsten Bismarck, auf. Daß der letztere es war, welchem der Gedanke der Arbeiterfürsorge entsprang und ihn dem Kaiser unterbreitete, den letztern auch dazu veranlaßte, die Botschaft an das deutsche Volk zu richten, ist nachgerade als eine unumstößlich feste politische Tatsache zu betrachten, für die genügend historische Beweisstücke vorliegen.

Die „Hamburger Nachrichten" vermissen in dem Erlasse vom 17. November die Erinnerung daran, daß die kaiserliche Botschaft von 1881 die doppelte Forderung enthalte, die Repression der sozialistischen Ausschreitungen und die Heilung sozialistischer Schäden, die erstere Seite stehe sogar im Vordergrunde.

Daß sie jetzt zu vermissen sei, stimme damit überein, daß der Weg der Repression gegen die Sozialdemokratie seit sechzehn Jahren verlassen worden ist. Die Folgen davon aber stehn uns in den drei Millionen Stimmen, welche die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen erhalten, und in der widersinnigen Machtstellung, die sie im deutschen Reichstag erlangt hat, nur zu klar vor Augen. Der Optimismus hat eben auch hier getäuscht. Man glaubte, die Arbeiter versöhnen zu können, und hat sie, wie wir schon so oft nachgewiesen haben, lediglich in ihrer Gegnerschaft gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bestärkt, sie der Sozialdemokratie erst recht in die Arme getrieben. Wo das enden soll, weiß niemand.

V.

Gesellschaft für soziale Reform.

3. Dezember. Die dritte Generalversammlung findet unter Vorsitz des Ministers a. D. von Berlepsch in Berlin statt. Dieser sagt in seiner Eröffnungsrede: Groß seien die Erfolge auf dem Gebiete des internationalen Arbeiterschutzes gewesen. Dagegen sei wenig erreicht auf dem Gebiete der Selbsthilfe der Arbeiter in Deutschland. Es gebe leider noch immer Unternehmer, die es prinzipiell ablehnen, mit den Organisationen der Arbeiter zu verhandeln.

4. Dezember. Geheimrat Wagner aus Berlin führt aus:

In dem mit Leidenschaft geführten Kampfe zwischen Unternehmer und Arbeiter habe auch der Konsument ein Wörtlein mitzusprechen. Die Lösung des Problems, wie die Arbeit zu entlohnen sei, und wie die beiden Kampfparteien sich in den Reinertrag teilen, erfolge auf Kosten des Publikums. Arbeitgeber und -nehmer müßten sich als Glieder einer großen Gemeinschaft, des deutschen Volkes, vertragen. In den Geschäftsgewinn teilten sich oft Leute, die nur mit ihrem Gelde spekulieren. Der oft kolossale, in gar keinem Verhältnis zur Leistung stehende Gewinn möge in formaler Hinsicht ein rechtmäßiger sein, nach moralischem Recht sei er es nicht. Die Ergebnisse der Einkommensteuer zeigten eine Höhe des Privateinkommens, wie es noch vor einem Menschenalter unmöglich gewesen sei. Der Unternehmer schöpft den goldnen Schaum ab. Kampf sei demnach notwendig, aber er müsse zwischen legalen Organisationen geführt werden. Sonst fresse die Wut, der Haß immer weiter um sich. Die Agitation der Sozialdemokratie lehre, was zu tun sei. Der Standpunkt mancher Großunternehmer, daß sie in ihren Betrieben machen könnten, was sie wollen, sei falsch; denn wenn ein Mann für Tausende von Arbeitern zu sorgen habe, sei er eben kein Privatmann mehr, sondern er sei ein volkswirtschaftlicher Funktionär im Dienste der Allgemeinheit. Deutschland brauche die Tätigkeit der Unternehmer, denn man könne nicht alles verstaatlichen, aber die Arbeitgeber sollten den Arbeitervertretern in der Erkenntnis, daß diese nicht nach ihrer Pfeife zu tanzen haben, versöhnlich die Hand reichen.

Vierter Abschnitt.

Parteibewegung.

I.

Versammlung deutscher Katholiken.

19. August. In Essen versammelt sich eine größere Anzahl deutscher Katholiken. 400 Vereine sowie 15 Arbeiterversammlungen veranstalten einen Festzug, bei dem der Kardinal Fischer, Erzbischof von Köln, erscheint. Der protestantische Oberbürgermeister Holler sagt in seiner Begrüßungsrede: Hier in Essen stehen die christlichen Konfessionen im friedlichen Wettbewerb in der Verbreitung christlichen Geistes und christlicher Liebe. Für die Zukunft unsers Landes ist es von größter Bedeutung, daß der Wettstreit von Konfessionen sich in maßvollen Bahnen bewegt. Es bedarf aber auch der Einigung der christlichen Konfessionen gegen die Elemente, welche die Segnungen des Christentums vernichten wollen. Ich bin überzeugt, daß wie früher auch jetzt die Verhandlungen vom Geiste der Toleranz getragen werden. In diesem Sinne heiße ich Sie herzlich willkommen. — Darauf erwidert der Landgerichtsrat Laarmann: Wir versprechen, daß nichts vorkommen soll, was die christlichen Brüder der andern Konfessionen verletzen könnte, wie es auch auf den frühern Katholikentagen nicht vorgekommen ist. Wir betrachten unsre evangelischen Landsleute als Glaubensgenossen, die zwar eine andre Konfession, aber mit uns das gemeinsame Band der Taufe haben.

20. August. Die von 3000 Personen besuchte erste Sitzung findet unter dem Vorsitze des Reichstagsabgeordneten Gröber aus Heilbronn statt. Dieser bemerkt, es sei behauptet, daß die auf der vorigen Versammlung in Regensburg vorgenommnen Satzungsänderungen den parlamentarischen Formen widersprächen und es Leuten, die nicht mit allen Anträgen einverstanden seien, unmöglich machten, ihre gegenteilige Meinung zum Ausdruck zu bringen. Er betone demgegenüber ausdrücklich, daß der Katholikentag keine politische Parteiversammlung sei und daher andern Verhandlungsformen unterliege. Man sei niemals ein Parteitag gewesen und wolle auch keiner sein. Wenn das Zentrum etwas wünsche, so hole es seine Abgeordneten zusammen und werde dann auch fertig. Man brauche dazu nicht erst die Generalversammlung einzuberufen. Diese sei nur dazu berufen, die Glaubenseinigkeit zu betonen, die Glaubensfestigkeit zu er-

höhen, und daraus folge, daß sie gezwungen sei, alle Kontroversen aus den Versammlungen auszuscheiden.

Hierauf begründet der Reichstagsabgeordnete Porsch den Antrag zur römischen Frage. Wir hoffen, wünschen und beten, so führt er aus, daß dem Papste die schweren Sorgen, in denen er sich befindet, nach Möglichkeit erleichtert werden; wir hoffen, daß an der Stelle, wo das Papsttum seit mehr als zwei Jahrtausenden besteht, endlich eine Lage geschaffen werde, mit der der Papst sich einverstanden erklären kann, und die seiner würdig ist. Die nächste und für den Katholikentag doppelte Pflicht ist, durch die Spendung des Peterspfennigs, und zwar eines reichlichern als bisher, den Papst zu unterstützen. — Die Versammlung spricht hierauf dem Papste den Wunsch aus, daß er volle Unabhängigkeit und volle Freiheit genießen möge.

Zur Eröffnung der ersten öffentlichen Versammlung hält Gröber eine Ansprache.

Er erinnert an die Geschichte Essens, in der auch der Markgraf von Brandenburg eine Rolle spiele, allerdings ein solcher, der in Maria sein Heil erblickt und fromm zu ihr und dem Sohne gebetet habe. Was die erhabnen Fürsten jener Tage getan haben, das tun wir Katholiken heute noch. Wir stehn auch nach wie vor in treuester Anhänglichkeit zum Heiligen Stuhle und dem hochwürdigsten Episkopat. Wir schließen uns damit eng an an die gottbegnadete Macht der Kirche. Immer und überall leitet uns der Gedanke, die Einheit und Einigkeit mit unsern andersgläubigen Mitbürgern zu pflegen und damit dem Vaterlande zu dienen. Weiterhin begrüßt der Redner die Jugend, die akademische, die kaufmännische, namentlich aber die Arbeiterjugend, die „unsre Freude, unser Trost und unsre Hoffnung" ist. Möge diese Jugend sich eifrig an unsern Verhandlungen beteiligen. Auch die Frauen begrüßt er in dieser Versammlung. Man könne ihnen freilich heute noch nichts andres bieten als einen besondern Raum, allein die katholische Frauenbewegung sei fortgesetzt im Wachsen, und er erhoffe von der Teilnahme der Frauen einen segensreichen Einfluß auf ihre Männer, Söhne und Töchter. Er richte weiterhin ein Begrüßungswort an die Presse. Die Zulassung nichtkatholischer Berichterstatter sei ein Beweis für die Lauterkeit und Friedfertigkeit der Absichten der Generalversammlungen. „Wir Katholiken haben es nicht nötig und auch nicht die Absicht, hinter geschlossenen Türen für die Glaubensgenossen Vorträge halten zu lassen. Bei unsern Generalversammlungen ist es noch niemals vorgekommen, daß Staatsanwälte und Richter im Schweiße ihres Angesichts sich abmühen mußten, über den Begriff der objektiven und subjektiven Oeffentlichkeit Untersuchungen anzustellen. Gott sei Dank, daß die Katholikentage nicht mehr zu ignorieren sind. Die Zeiten sind ein für allemal vorbei. Leider ist die Lage der Katholiken immer noch so, daß die deutschen Staatsmänner und das Publikum immer wieder daran erinnert werden müssen, daß zu den deutschen Landeskindern auch die Katholiken gehören, die dieselbe Berücksichtigung finden müssen wie die übrigen Hausföhne. Zu vermeiden sind alle Zersplitterungen auf unsern Generalversammlungen; lassen wir keinen Antrag zu, der auch nur von weitem so aussieht, als könnte er Zwiste heraufbeschwören. Wir haben die Einigkeit zu fördern, zu pflegen und zu stärken. Die Kirche muß frei sein. Das

ist der große Grundgedanke, der alle Reden dieses Katholikentages durchziehen wird."

Ueber die Schulfrage berichtet der Reichstagsabgeordnete Porsch.

Er gibt ein ausführliches Bild der verschiednen Schulvorlagen und Bemühungen preußischer Staatsmänner, die Schulfrage auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Er geht die einzelnen Entwürfe bis zu der Goßlerschen und Zedlitzschen Schulvorlage durch und sagt: Die Nationalliberalen waren zur Mitarbeit bereit, sie waren auch bereit, den konfessionellen Charakter der Volksschule auszusprechen und die Beschulung der konfessionellen Minderheiten zuzugestehen, dafür aber wollten sie die Anerkennung der bestehenden Simultanschulen. So kam das Kompromiß zu stande, in dem sich ein großer schmerzlicher Fleck befand, daß die bestehenden Simultanschulen gesetzlich erhalten bleiben sollten. Dieses Kompromiß trug eine Zentrumsunterschrift deshalb nicht, weil sie nicht gegeben worden war. Den Zusatz nämlich, daß Ausnahmen von der konfessionellen Regel aus nationalen und historischen Gründen zugelassen werden könnten, lehnte das Zentrum ab. Aber die Schulvorlage sichert uns die von uns längst verlangte Beschulung der konfessionellen Minderheiten. Sie gibt auch den Vertretern der Kirche in der ganzen Monarchie die Gelegenheit zur Anteilnahme an der Schulverwaltung. Daß wir die Vorlage mit sehr geteilten Gefühlen aufnahmen, zeigt, wie töricht das Gerede ist, daß dem Zentrum die Schule ausgeliefert worden sei, daß wir die Zustimmung nur durch geheime Zugeständnisse etwa in der Flottenfrage gegeben hätten. Wir haben das bei den Wahlen gegebne Versprechen, für eine Lösung der drückenden Schullasten zu sorgen, einfach eingelöst. Von unserm katholischen Standpunkte betrachte ich es als einen Gewinn, daß die konfessionelle Volksschule, also für unsre katholischen Kinder die katholische, gesetzlich sichergestellt ist. Das aber konnte nur erkauft werden durch das Zugeständnis, daß die bestehenden Simultanschulen fortbestehen sollen. Es ist daher ein Gewinn, daß die Konfessionsschule festgelegt ist, wenn es auch mit dem Zugeständnis erkauft worden ist. Neue Simultanschulen dürfen nur gegründet werden aus ganz besondern Gründen.

21. August. Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland. Der Verein zählte Ende Juni 1905 470000, jetzt rund 510000 Mitglieder. Sie sitzen hauptsächlich im Rheinland, in Westfalen, Württemberg, Schlesien, Hannover, Bayern und Baden. Posen zählt nur noch fünf Mitglieder. Der Vorsitzende, Brandts aus München-Gladbach, führt aus, das soziale Wirken des Volksvereins fließe unmittelbar aus der christlichen Idee. Der Verein bemühe sich, das ganze Kulturleben immer mehr auf den Boden des Glaubens zu stellen, von dem es fast vollständig abgekommen sei. Unsre ganze Zeit müsse wieder von christlicher Religiosität erfüllt werden.

Gröber feiert den Volksverein als den größten und zugleich wichtigsten Verein Deutschlands und fordert ebenfalls alle Katholiken zum Beitritt auf. Die soziale Frage könne nur auf dem Boden der christlichen Welt- und Lebensauffassung gelöst werden. — In der zweiten öffentlichen Versammlung wird ein Antrag angenommen, in

dem sie die Aufmerksamkeit der deutschen Katholiken auf die zum Zwecke der religiösen, sittlichen, sozialen und wirtschaftlichen Förderung der schulentlassenen Jugend gegründeten „Vereine katholischer Jugendfreunde" lenkt und ihre Einführung in Stadt und Land, namentlich in Großstädten, empfiehlt.

22. August. Die Versammlung begrüßt den Kardinal Vannutelli, den der Papst geschickt hat, um der Versammlung den Segen zu erteilen. — Hierauf redet der Reichstagsabgeordnete de Witt über „den Katholizismus im öffentlichen Leben". Er führt aus:

Was wollen wir Katholiken auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens? Die Herrschaft eines herrschsüchtigen Klerus, Deutschland zu einer Provinz der päpstlichen Universalmonarchie zu machen, so schallt es mit der Monotonie eines Leierkastens seit Jahrzehnten aus dem gegnerischen Lager. Wenn die Katholiken während des Kulturkampfes für eine starke politische Vertretung sorgten, so war das ihr gutes Recht. Ebenso ist es unser gutes Recht, für die Verwirklichung des modernen paritätischen Rechtsstaates und seine Durchführung einzutreten. Wir verwahren uns gegen die Unterstellung, daß wir dem Phantom des mittelalterlichen kirchlichen Staates zustreben. Wir sind die eifrigsten Verfechter des modernen Staatslebens und gegenüber der Sozialdemokratie wahrhaft staatserhaltend. Wohl gibt es viele Leute, die lieber in dem roten als in dem schwarzen Meer untertauchen. Der sozialdemokratische Sirenengesang ist nicht wirkungslos auf dem katholischen Volksteil geblieben, aber in seiner Gesamtheit ist das katholische Volk ein wirkungsvoller Damm gegen die Sozialdemokratie geblieben. Solange das katholische Volk sich am öffentlichen Leben betätigt und für eine richtige parlamentarische Vertretung sorgt, so lange braucht das deutsche Volk nichts zu befürchten für seinen Bestand und für seine wirtschaftliche Ordnung, so lange können die Regierungen unbesorgt sein, weil dann die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Und da mögen unsre Gegner nun noch so viel über die ultramontane Gefahr zetern. Wir Katholiken haben unser Blut auf den Schlachtfeldern ebenso geopfert wie die andern. Wir haben ebenso für die Schaffung des Reichs mitgewirkt wie andre. Wir beanspruchen dafür, daß wir unsre Pflicht getan, nicht Dank und Anerkennung der Gegner, aber wir werden uns nicht abhalten lassen, von unsern verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch zu machen. Wenn man uns den Vorwurf „vaterlandsloser Ultramontaner" macht, so trösten wir uns, daß wir Katholiken im Deutschen Reich Heimatrecht haben, das durch tausendjährigen Besitz geheiligt ist. Wir sind weit entfernt, die Rechte Andersgläubiger zu beeinträchtigen, wir lassen einen jeden nach seiner Fasson selig werden. Wir beanspruchen keine Privilegien, wir verlangen nur, daß die Konsequenzen aus dem paritätischen Rechtsstaat angewendet werden auch zugunsten der Katholiken einschließlich der Orden, einschließlich der Jesuiten.

Der Jesuitenpater Sailer aus Feldkirch in Vorarlberg redet über die soziale Frage:

Die Lösung des Rassenkampfes soll nicht durch den rauhen Mund der Kanonen, sondern durch die sanfte Stimme der Kirche erfolgen. Die Partei des Umsturzes ist es, die die Egalité als Grundsatz des menschlichen Lebens proklamiert. Nichts ist unwahrer als diese Egalité. Gott hat

die Menschen ungleich erschaffen. Es ist der Fluch unsrer Zeit, daß trotz Bildung und Glanz gerade die Symptome der Frivolität, ja man kann fast sagen, der Räubermanie überhandnehmen. Autorität und Solidarität, das sind die großen Grundgesetze einer friedlichen Verständigung, einer Verständigung zwischen Fürst und Volk, zwischen Hoch und Niedrig. Welche kulturelle Macht wird die Welt retten? Sie muß von Himmels Höhen kommen: es ist die heilige katholische Kirche. Die heutige Welt zittert vor der Arbeiterfrage. Wie wird es werden, wenn die Millionen, die an Gott nicht glauben, die Faust erheben und ihre Forderungen in die Welt schleudern? Wer wird diesen Riesenmassen entgegentreten? Es sind zwei Dinge: die Justitia und die Charitas. Redner appelliert an die Arbeiterschaft: Seid einig, schart euch um das Banner des Kreuzes, seid maßvoll und gerecht in euern Forderungen. Unsern evangelischen Mitbrüdern reichen wir die Hand als friedlichen Mitstreitern. In den heutigen sozialen Kämpfen muß alles zurückstehen, was uns trennt, vielmehr muß das, was uns eint, die Losung sein.

Der Reichstagsabgeordnete für Essen, Arbeitersekretär Giesberts aus München-Gladbach, redet über „Aufgabe der Katholiken bei der Lösung der sozialen Frage". Er führt u. a. aus:

Die Kirche ist eine Kulturmacht ersten Ranges, das ist, ihre Glieder sollen sich auf den praktischen Gebieten betätigen. Die Kirche besitzt ungeheure Schätze, und diese den Armen, Schwachen, Bedrückten zugänglich zu machen, muß unsre vornehmste Aufgabe sein. Aller Revolutionsromantik der Sozialdemokratie zum Trotz vollzieht sich die Aufwärtsbewegung in der Arbeiterschaft nicht auf dem Wege der blutigen Revolution, sondern auf dem friedlicher Reformen. Trotz aller Klassenkampftheorie sind die breiten Arbeitermassen durch die sozialistischen Gewerkschaften immer mehr den utopistischen Ideen entrückt und der praktischen Arbeit zugeführt worden. Alle Arbeiterbewegungen unsrer Zeit vollziehen sich so, daß immer noch die christliche Arbeiterbewegung gestärkt wurde. Die Mündigkeit und Selbständigkeit des Arbeiters ist in unsrer Zeit ein unabweisbares Bedürfnis. Mit der veralteten Auffassung, daß der Arbeiter selbst nicht in der Lage sei, im öffentlichen politischen und sozialen Leben mitzuwirken, muß endgiltig aufgeräumt werden. Ein Blick auf unsre christliche Arbeiterbewegung zeigt, welche Kräfte in der Arbeiterschaft schlummern. Niemand kann leugnen, daß es ein heldenmütiger Akt war, als sich unsre christlichen Arbeiter mutvoll von der sozialdemokratischen Gedankenwelt emanzipierten und auf den Boden der christlichen Grundsätze stellten.

Die Versammlung ruft sodann die Katholiken Deutschlands zur energischen Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit auf und empfiehlt die Einrichtung von Fürsorgestellen für Alkoholkranke im Anschluß an die Ortsgruppen des Kreuzbündnisses und Annabundes. Aufgabe desselben sei, bei der Unterbringung in Heilanstalten mitzuwirken und nach der Entlassung aus denselben ihnen gesellschaftlichen Anschluß im Kreuzbündnis zu bieten. Sie wendet sich ferner an die akademischen Kreise mit der Bitte, an der Bekämpfung des Trinkzwanges sich mehr zu beteiligen. — Prof. Einig aus Trier spricht über Gottesglaube und Wissenschaft. Er wendet sich namentlich gegen Haeckel und befürwortet ein Zusammengehn von Theologen und Professoren, Katholiken, Protestanten und Juden, „denn Gott ist in Gefahr. Doch nein, nicht Gott ist in Gefahr; sondern ohne Gott sind wir in Gefahr."

23. August. Zur sozialen Frage wird beschlossen, die jungen auswärtigen katholischen Handwerker und Arbeiter, die entweder ständig oder nur an Werktagen in der Stadt wohnen, der besondern Fürsorge der katholischen Vereine jener Orte zu empfehlen, um durch Vermittelung geeigneter Schlafstellen und Anschluß an gute Gesellschaft und katholische Vereine diese gefährdeten Söhne unsers Vaterlandes der Kirche und dem Staate zu erhalten.

Der Kardinalbischof Serafino Vannutelli hält eine Rede in lateinischer Sprache. Er sagt u. a.:

Der Heilige Vater hat mir den Auftrag gegeben, Ihnen zu sagen, welch großes Wohlwollen er Ihnen entgegenbringt, wie hoch er Ihre jährlichen Versammlungen schätzt, und wie er Sie mit unter die wichtigsten Angelegenheiten rechnet, wie er Sie deshalb mit den besten Wünschen und seinem besondern Gebet begleitet. Denn er weiß wohl, wie viel Nutzen aus diesen alljährlich bei Ihnen wiederkehrenden Versammlungen für die katholische Sache hervorgeht. Er beachtet und verfolgt mit Aufmerksamkeit die Beratungen und Beschlüsse derselben. Er betrachtet die Fortschritte, die in dem edeln deutschen Vaterlande zum Schutze unsrer heiligen Sache gemacht werden, als ebenso viele Triumphe der Kirche. Er wird getröstet durch das, was er hört über Ihre zeitgemäßen Entschließungen, mögen sie sich beziehen auf die Regelung des Lebens nach den christlichen Grundsätzen, oder auf die Betätigung dieser im öffentlichen Leben, oder auf die Hebung des in diesen Gegenden so zahlreichen Arbeiterstandes, oder endlich auf andre Dinge, die zur Förderung der Religion und des Wohles der bürgerlichen Gesellschaft dienen. Daher umfaßt der Heilige Vater die katholischen Söhne Deutschlands mit ganz besondrer Liebe. Er hat immer vor Augen die deutsche Festigkeit, die durch diese seit mehr als fünfzig Jahren gefeierten Versammlungen erprobt und wahrhaft würdig ist, andern Völkern als Beispiel vorgehalten zu werden. Von der Warte des Vatikans aus schaut er auf Ihre bewunderungswürdig organisierte Schar, dieses Heer von mutigen Männern, die im Gegensatz zu der Gleichgiltigkeit so vieler andrer nicht bloß gern, sondern mit Hochherzigkeit und Tatkraft der Fahne Christi folgen. Was ich, kaum in die Stadt eingetreten, mit meinen eignen Augen gesehen und mit meinen Ohren gehört habe, werde ich dem Heiligen Vater berichten; es wird mir ein großer Trost sein, den von so vielen Sorgen bedrückten, durch den Abfall so vieler Söhne betrübten Vater aufzurichten, indem ich ihm von den Beispielen christlicher Würde und Mannhaftigkeit erzähle, die mich bei meinem Hierherkommen so tief bewegt haben.

Nach dem offiziellen Festblatte des Katholikentages und nach übereinstimmender Wiedergabe sämtlicher größern katholischen und nichtkatholischen Blätter hat Kardinal Vannutelli in einer zweiten Ansprache zu der Versammlung noch gesagt: „Sie stehn groß da in den Augen des Heiligen Vaters, weil Sie, mit solcher Klugheit geschmückt, gern und bereitwillig auf das Wort Ihrer Bischöfe hören und in Ihrem ganzen Vorgehn, möge es sich auf die Religion, bürgerliche oder soziale Angelegenheiten beziehen, ihrer und des Heiligen Stuhls Autorität sich unterordnen.“ — Dagegen sagt die „Kölnische Volkszeitung“ (Zentrum), die Uebersetzung könne nicht dem Wortlaut entsprechen. Niemand werde be-

streiten, daß es eine Menge Angelegenheiten bürgerlicher und sozialer Art gebe, in denen ihrer Natur nach „das Wort der Bischöfe" und „die Autorität des Heiligen Stuhls" nicht entscheiden könne und nicht entscheiden wolle; der Kardinal habe von einem Vorgehen in bürgerlichen und sozialen Angelegenheiten mit der ausdrücklichen Einschränkung: „soweit es die Religion berührt", gesprochen.

31. August. Die „Kölnische Volkszeitung" teilt mit, daß die nachträgliche Einschiebung des Satzes quatenus religionem attingit in die Forderung der Unterordnung auch in bürgerlichen und sozialen Dingen durch den Kardinal selbst veranlaßt sei. Sie erläutert das folgendermaßen: „Allem Anschein nach hat der Redner, der sehr rasch und lebhaft sprach, sich nicht etwa wörtlich an eine schriftliche Vorlage gehalten, sondern zum Teil frei gesprochen." (Später, am 11. Oktober, versichert Justizrat Bachem in einer Versammlung der Windthorstbünde Düsseldorfs, der Kardinal habe jenen Zusatz wirklich gemacht, der damals auf der Rückseite des Manuskripts in die Druckerei gewandert sei. — Siehe unten das Schreiben des Papstes vom 30. Oktober.)

Zum Schlusse der Versammlung sagt der Präsident: Wir versprechen, uns des hohen Lobes des Papstes auch weiterhin immer würdig zu erweisen. Ein Ueberblick über die diesjährige Tagung zeige, daß Gott und die Gottesmutter geholfen haben. Dank sage er dem Episkopat, dem er das Versprechen ablege, daß das katholische Volk Deutschlands immer geschlossen hinter ihm stehn werde. Es sei im alten Kulturkampf nicht gelungen, einen Zwiespalt in den katholischen Volksteil hineinzutragen, dies werde auch in einem etwaigen künftigen Kulturkampf niemals gelingen. Rühmen könne er auch das Verhalten der nichtkatholischen Presse dem Katholikentag gegenüber. Er habe nichts gefunden, was zu irgendwelchen Ausstellungen Anlaß gäbe. Weiterhin empfiehlt der Redner eine christliche Mittelstandspolitik und fordert die Freiheit der Kirche. Wenn die Kirche ihre kulturelle Arbeit richtig vollziehen soll, so müßten die Glieder der Kirche frei und unbehindert sein. Es sei ferner der konfessionelle Friede zu wahren. — Kardinal-Erzbischof Fischer fordert darauf ebenfalls zum konfessionellen Frieden auf mit den Worten:

In der Zeit des Unglaubens und des Umsturzes müßten alle, die an Gott glauben, ohne Unterschied des Bekenntnisses, fest und einmütig zusammenstehn. Die deutschen Katholiken haben neben ihrem Glauben sich bewahrt ihre Liebe zum Vaterland und zur Heimat. Sie fühlen sich durch nichts beengt, ihren katholischen Glauben zu verbinden mit deutschem Wesen und deutscher Ueberzeugung. Leider muß es gesagt werden, daß es Deutsche gibt, die in die Welt hinausposaunen, daß deutsch und katholisch Gegensätze seien und sich nicht vereinen ließen. Haben wir nicht in letzter Zeit

erlebt, daß deutsche Brüder lieber statt mit ihren katholischen Mitbürgern zu gehen, mit den Umstürzlern einen Pakt eingegangen sind und damit den Ast abzusägen suchten, auf dem sie selbst sitzen? Das tut bitter. Aber wir wollen nicht Böses mit Bösem vergelten und die, die uns Unrecht tun, nicht hassen. Beten wir für sie. An alle Deutschen aber, die nicht unsers Glaubens sind, die den von Gott gewollten Spalt nicht wollen weiter werden lassen, die aber mit uns an Gott Vater und an seinen menschgewordnen Sohn glauben, richte ich den warmen Appell, daß sie gemeinsam mit uns Front machen gegen die unheimlichen Mächte der Finsternis, die rütteln an der Kultur, auf der das Wohl unsers deutschen Vaterlandes ruht. Das zu tun ist patriotisch und christlich.

25. August. Zu der Essener Katholikenversammlung bemerkt der Berliner „Reichsbote" (konservativ):

Wenn wir all die schönen Friedenstöne, die zuletzt auch Kardinal Fischer anschlug, noch so sehr anerkennen, so können wir die gewaltigen Tatsachen nicht übersehn, die im schroffsten Gegensatz zu diesen Friedenstönen stehen. Diese Töne erschallen fast nur auf den Katholikentagen oder bei gewissen festlichen Gelegenheiten mit der unverkennbaren Tendenz, einen für die katholische Kirche günstigen Eindruck hervorzurufen. Dahinter steht aber die große Hierarchie mit ihrer feindseligen Bekämpfung der evangelischen Kirche, ihrer Pflege des Aberglaubens, wie sie jetzt wieder in der Anlegung von Lourdesstationen und Klöstern hervortritt. Dazu kommt die Verquickung des hierarchischen Herrschaftsstrebens mit der Politik. Das Zentrum leugnet zwar, daß es eine konfessionelle Partei sei, aber diese Katholikentage sind der schroffste Gegensatz gegen diese Behauptungen.

Die „Frankfurter Zeitung" sagt zu den Schlußworten des Kardinals Fischer:

Diese Schlußworte: „die uns hassen, wollen wir lieben", stimmen nicht zu dem Verhalten der Klerikalen, denen Liebe für den Andersdenkenden und gar für den Gegner gewiß nicht innewohnt. Fischer hat bei dieser Gelegenheit auch einen kleinen Exkurs in das rein politische Gebiet gemacht, indem er unter Anspielung auf die letzten Wahlen sein Bedauern aussprach, daß „manche der deutschen Brüder lieber, als mit den katholischen Mitbrüdern zu gehn, mit Vertretern des Umsturzes einen Pakt eingingen". Weiß der Kardinal wirklich nicht, daß die katholischen Mitbrüder darin mit dem Beispiel vorangegangen sind?

Die Betrachtungen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" gelten der Macht des Klerikalismus, deren Methode man nicht nachahmen könne, deren Bedeutung man aber zugeben müsse:

Trotz alledem eine Massenversammlung, eine Begeisterung, eine Befriedigung ohnegleichen. Wie erklärt sich das? Für die meisten Teilnehmer ist der Besuch ein gutes Werk, eine Handlung von religiöser Bedeutung. Diese Leute glauben und empfinden auch die Not des armen Gefangnen im Vatikan. Dazu kommt die ununterbrochne Bearbeitung und Organisierung durch die Geistlichkeit in Vereinen, Sodalitäten und Kongregationen. Das muß man bewundern, das hat keine andre kirchliche Gemeinschaft oder Partei bisher nachmachen können. Keiner andern ähnlichen Vereinigung stellen sich solche Agitatoren und Offiziere selbstlos und unermüdlich zur Verfügung.

Der „Schwäbische Merkur“ spricht sich über die Versammlung in Essen also aus:

Mit dem besten Willen kann man nicht behaupten, daß die Essener Versammlung bei den draußen Stehenden ein tiefer gehendes Interesse geweckt habe. Man ist wohl erstaunt darüber, welche gewaltigen Massen die Arrangeure des Festes auf die Beine zu bringen verstehn; man kann nicht leugnen, daß in geschickt ausgeklügelter Weise auch die Schaulust zu ihrem Rechte kommt durch Inszenierung eines gigantischen Festzugs, durch Aufbietung des sinnenfälligen Glanzes, mit dem die katholische Hierarchie in ihren höchststehenden Vertretern zu erscheinen pflegt, und durch die Möglichkeit der Beteiligung an einer Wallfahrt; aber man vermißt doch immer mehr die geistige Bewegung, den frischen Zug, der nur da vorhanden ist, wo ein Kampf der Meinungen zugelassen ist. Gerade die Kontroverse ist vollständig ausgeschlossen, wie das ja auch Gröber ausdrücklich betont hat. Den Reformkatholiken hat man es gründlich verleidet, jemals wieder auch nur den Versuch zu machen, mit ihren etwas freieren Anschauungen zum Wort zu kommen. Stärker noch als bei andern Katholikentagen, mit einer fast aufdringlichen Absichtlichkeit, wurde in Essen betont, daß man an der Versöhnung der konfessionellen Gegensätze arbeiten wolle. Man fühlt das Bedürfnis, zuzeiten im Festgewande der Toleranz aufzutreten. Das Alltagsgewand sieht anders aus. Wie kann eine Kirche von der Absicht einer Versöhnung der konfessionellen Gegensätze reden, wenn ihre Hierarchie, von Canisiusenzyklika und ähnlichem ganz zu schweigen, den Grundsatz verkündigt und in die Praxis umsetzt, daß ein katholischer Friedhof durch die Beerdigung eines Protestanten „besudelt“ wird?

Ende Oktober. Das Ortskomitee des Katholikentags hält ein Mahl, bei dem der Kardinal Fischer sagt:

Der katholische Geist habe die Versammlungen beherrscht, aber auch die patriotische Gesinnung deutscher Katholiken hätte ihren treffenden Ausdruck gefunden. Der Geist der Liebe und des Friedens, insbesondre des konfessionellen Friedens, der uns heute am meisten nötig sei, habe die Versammlungen durchweht. Wenn der Appell an die Versöhnlichkeit und die gegenseitige Achtung auch nicht überall verstanden worden sei, so könne er doch sagen, daß man an hochangesehener Stelle mit vollster Befriedigung diese Bestrebungen entgegengenommen habe. Mit großer Genugtuung möchte er hervorheben die noble Haltung, die die Andersgläubigen bei dieser Gelegenheit gezeigt hätten.

II.

Alldeutscher Verband.

2. September. Die Jahresversammlung findet in Dresden statt. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Claß aus Mainz, hält eine längere Programmrede:

Daß die deutsche Marokkopolitik mit einem Mißerfolg geendet hat, ist die Anschauung weitester Kreise. Die Konferenz von Algeciras hat die englisch-französische Freundschaft vertieft und die Annäherung Italiens an die Westmächte weitergehn lassen. Wir haben uns darüber nicht gewundert und messen auch der Haltung Italiens in diesem Falle keine

besondre Bedeutung bei, da nach unsrer Ueberzeugung der Dreibund längst nur noch ein Stück Papier ist. Wie traurig es in Wahrheit mit der äußern Politik des Deutschen Reichs bestellt ist, geht daraus hervor, daß ihm nur die angeblich unbedingte Freundschaft und Zuverlässigkeit Oesterreich-Ungarns geblieben ist, jener Macht, wo beide Reichshälften im Entscheidungskampfe um die Vorherrschaft sich befinden, wo Slawen und Magyaren an der Arbeit sind, sich zum Kampfe gegen das deutsche Volk zu verbünden. Wir können den Leitern unsrer Politik nur raten, bei einigermaßen urteilsfähigen Deutschen Oesterreichs anzufragen, was sie von dieser Treue halten. Wir stehn allein, und unsre Diplomatie muß heute da anfangen, wo einst Bismarck begonnen hatte. Dabei haben unsre Staatsmänner ein fast wunderbares Glück: der äußere und innere Zusammenbruch Rußlands, die dadurch herbeigeführte tatsächliche Sprengung des Zweibunds, das Ruhebedürfnis Englands, das Interesse, das Frankreich und die Vereinigten Staaten den ostasiatischen Dingen zuwenden müssen — alles das wirkt für uns entlastend, wird unsre Diplomatie dereinst aber nicht entschuldigen können. In Rußland steht das Deutschtum vor dem Kampfe ums Dasein; wer will sagen, wie dort die Dinge sich gestalten werden? Aber wir haben heute ein doppeltes Recht, einmal auszusprechen, daß der Vernichtung des Deutschtums dort das deutsche Volk nicht kaltblütig zusehen darf, sondern daß ihm Hilfe gebracht werden muß, zum andern müssen wir aussprechen, daß die volksverräterische Haltung der reichsdeutschen Sozialdemokratie gegen das Baltentum, während die slawischen und jüdischen Nihilisten und Anarchisten verherrlicht werden, unser ganzes Volk schändet. Auf dem Gebiete der innern Reichspolitik ist von Erfolgen auch nichts zu sehen. „Nur keine Konflikte!“ bleibt das Merkwort des gegenwärtigen Kurses. Wir sind berechtigt, zu sagen, daß die innere Politik des heutigen Regiments nicht zu trennen ist von der äußern, daß die Fehler der einen sich wiederfinden bei der andern, daß ihre Folgen sich insoweit decken, daß, wie nach außen das Ansehen des Deutschen Reichs gemindert ist, im Innern die Achtung vor der Majestät des Staats und seiner Einrichtungen geschmälert erscheint.

Ueber die Frage der Abrüstung redet Graf Reventlow:

Trotz persönlicher Monarchenbegegnungen bleibt unsre Lage so, daß politisch nichts mehr daran zu verderben ist. Das Wort Bismarcks ist bekannt, seine ganze politische und diplomatische Kunst wäre umsonst gewesen, hätte er nicht eine starke und schlagfertige Armee als Rückhalt gehabt. Wir müssen uns unsrer militärischen großen Macht bewußt sein, und sie sollte unsrer Politik den Geist der Aktivität, Initiative und Stetigkeit einhauchen. Davon hat man bis jetzt wenig bemerkt, und das beschämendste Beispiel der jüngsten Vergangenheit bietet die Marokkoaffäre und ihr Ende, das Satyrspiel von Algeciras.

Ueber die Kolonialpolitik redet Generalleutnant v. Liebert:

Wir haben gegenwärtig einen Apostel in Deutschland, der es versteht, alle vierzehn Tage dem deutschen Publikum einen Teelöffel voll kolonialen Gifts einzuträufeln. Es ist ein Jesuitenkniff, in dieser Weise vorzugehn. Anstatt auf einmal alles, was man weiß, in die Oeffentlichkeit zu bringen, wird dem deutschen Volke immer eine Pille nach der andern versetzt. Schön kann ich das nicht nennen. Wir müssen es aber ertragen, weil die Partei dieses Herrn gegenwärtig bei uns Trumpf ist. Ich habe, als ich in die Kolonien ging, gesagt, ich wäre bereit, draußen zu sterben, die Herren Diplomaten haben mich aber nicht sterben lassen, sondern viel früher wieder

weggeholt, weil ich es wagte, die Wahrheit zu sagen. Was Erzberger dem deutschen Publikum mitteilt, habe ich schon vor Jahren gesagt. Für uns handelt es sich nur darum, aus den Kolonien wirtschaftlichen Gewinn zu ziehen. Das ist die Hauptsache, alles andre Spiegelfechterei und Nebensache! Eine Aenderung in dem gegenwärtigen Zustande kann aber nur eintreten, wenn das komplizierte Drum und Dran bei den Kolonien wegfällt. Ich weiß, daß aus Dar-es-Salam jährlich drei große Kisten voll Rechnungen an den Reichsrechnungshof in Potsdam zur Prüfung gesandt werden. Eine Vereinfachung des Rechnungswesens ist deshalb dringend notwendig.

III.

Reichsverband der nationalliberalen Jugendvereine.

7. September. In Hannover eröffnet der Rechtsanwalt Fischer aus Köln die Vertreterversammlung.

Nach dem Jahresbericht zählt der Verband 64 Vereine mit 10190 Mitgliedern, eine Zunahme des Verbands zeigt sich besonders in Mitteldeutschland. In der Besprechung der politischen Lage stellt der Bericht fest, daß der Rückgang der Stimmen bei den letzten Nachwahlen seinen Grund habe in der Entfremdung zwischen der Wählerschaft und ihren Vertretern. Besonders haben die Reden einiger Redner bei der Berggesetznovelle sowie die Haltung der Fraktion bei der Beratung des Volksschulgesetzes und der Reichsfinanzreform hierzu mitgewirkt. Man müsse freie Bahn schaffen für eine gemeinsame Arbeit aller Angehörigen der nationalliberalen Partei.

Der Abgeordnete Bassermann gibt zu, daß Unwille über die Fahrkartensteuer und die Verteurung des Ortsportos vorhanden sei, und glaubt, daß die Wähler nicht sobald aus dem allgemeinen Mißbehagen herauskommen würden. Hoffentlich würden die Verstimmungen bis zu den Wahlen von 1908 ausklingen. Wir haben bei der ganzen Reform alles abgewogen und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir nicht anders handeln konnten; wir haben keine Grundsätze des Liberalismus oder des Parteiprogramms verletzt. Wenn Sie darüber klagen, daß wir etwas Unpopuläres getan haben, so dürfen Sie nicht vergessen, daß wir das aus großen nationalen Momenten heraus getan haben.

Rechtsanwalt Zöphel aus Leipzig: Die Rolle, die die Partei bei der Finanzreform gespielt hat, war nicht angenehm, die Führung darin hatte das Zentrum, aber der Name, der an der Spitze eines jeden der unbeliebten Steueranträge prangte, war der eines unsrer Abgeordneten. — Abgeordneter Schiffer: Der organisatorische Teil des Schulgesetzes dürfte nirgends Widerspruch finden. Nur der konfessionelle Teil ist beanstandet worden. Da muß ich doch sagen, daß mit dem Wort „Simultanschule" ein großer Unfug getrieben worden ist. Wir können denen die Simultanschule nicht aufdrängen, die sie nicht haben wollen. Man glaubt vielfach, mit dem neuen Schulgesetz sei die Schulfrage für uns erledigt. Das Gegenteil ist richtig. Wir haben nun die Aufgabe, die Schule von der Kirche loszulösen. — Rechtsanwalt

Marwitz aus Berlin: Das Schulkompromiß war die Wurzel alles Uebels. Mit den Erklärungen Bassermanns und Schiffers ist die Mißstimmung der Wähler nicht aus der Welt geschafft. Wann kritisiert die Fraktion einmal unsre innere Verwaltung, wann erhebt sie ihre Stimme in Sachen der auswärtigen Politik? Weshalb mußten wir die Aufdeckung der Kolonialschäden versäumen?

8. September. Die Versammlung beschließt folgende Erklärungen:

1. Das Reichstagswahlrecht hat sich bewährt und entspricht dem heutigen geistigen und materiellen Kulturzustande unsers Volks. Die nationalliberale Jugend tritt daher für dessen Unantastbarkeit ein, sie fordert grundsätzlich seine Einführung in den Einzelstaaten und wird jede entschiedne Wahlrechtsverbesserung in den Einzelstaaten, die dem Ziele der Einführung des allgemeinen und direkten Wahlrechts näher führt, begrüßen.

2. Die nationalliberale Jugend erkennt die Lösung der Wohnungsfrage als eine der dringendsten und wichtigsten sozialen Aufgaben an. Nicht allein alle Bestrebungen auf Heilung lokaler Schäden sind mit Nachdruck zu vertreten, sondern das weitere Ziel der organischen Heilung muß immer das höhere und erstrebenswertere bleiben. Alle Wege, die auf eine Einschränkung der ungesunden Grundspekulation durch rechtliche oder wirtschaftliche Abschwächung der privatkapitalistischen Bodenmonopole hinzielen, sind prinzipiell anzuwenden, so vor allem die Genossenschaftsgründungen, eine bodenreformerisch-soziale Steuerpolitik und eine sozial gerichtete staatliche und städtische Bodenpolitik. Das eigentliche ausführende Spezialorgan für die Wohnungsreform muß die Gemeinde sein.

IV.

Deutsch-hannoversche Partei.

8. September. Auf Veranlassung des welfischen Volksschriftenvereins vereinigen sich über 2000 hannoversche Veteranen aus allen Teilen der Provinz Hannover zu einer Gedenkfeier an die Schlacht von Langensalza auf dem Schlachtfelde. Der Vorsitzende des Vereins fordert zu einem stillen Gebet auf; weiteres zu seinen Landsleuten an diesem Orte zu reden, verhindere das Gesetz, das seine Zunge bände. In der Festpredigt äußert Pastor Harms, man habe gesagt, der Krieg von 1866 sei notwendig gewesen, damit der Protestantismus über den Katholizismus das Uebergewicht gewinne, und habe jetzt den Atheismus bekommen. In dem Kampfe für das Recht müsse man feststehn, nicht mit geballter Faust in der Tasche, aber in fester Treue und unbeugsamem Willen.

26. September. 1500 Welfen versammeln sich in Hannover, um in Anwesenheit der sämtlichen Abgeordneten der welfischen Partei den einundsechzigsten Geburtstag des Herzogs von Cumberland zu feiern. Es kommt wieder zu geharnischten Reden

gegen Preußen, beſonders gegen Bismarck und deſſen „ungerechte“ Politik dem Königreich Hannover gegenüber. Nach Abſingung welfiſcher Lieder folgen die Toaſte auf die einzelnen Mitglieder der Familie des Herzogs. v. Hodenberg bringt den Trinkſpruch auf ihn aus und berührt dabei die „braunſchweigiſche Frage“. Er bedauert ſehr, daß der braunſchweigiſche Landtag unerwartet eine ſolch merkwürdige Stellung eingenommen habe. Der Herzog werde allein wiſſen, was er zu tun und zu laſſen habe. v. Scheele toaſtet auf den Prinzen Georg Wilhelm zu Braunſchweig und ſagt unter anderem: Der Kaiſer hat im Jahre 1898 bei einem Feſtmahle im Ständehaus zu Hannover geſagt, es ſei ihm eine Beruhigung ſeiner Seele geweſen, im Andenken an ſeine ſelige Großmutter der Königin Marie einen Gefallen erweiſen zu können. Redner hofft, daß der Kaiſer dieſe ſeine Worte in die Tat umſetzen werde, denn eine Beruhigung ſeiner Seele könne der Kaiſer doch nur finden, wenn das Unrecht an Hannover geſühnt würde. „Weder der Herzog noch Prinz Georg Wilhelm werden ſich etwas vergeben bei der braunſchweigiſchen Frage, beide treten in die Fußtapfen ihrer Ahnen und werden nichts unternehmen, was zum Nachteile Hannovers ſein könnte, ſie werden als treue Hannoveraner handeln!“ Baron v. Lenthe-Schwarmſtedt toaſtet auf die Kinder des Herzogs und ſagt: „Wenn ſich jemand finden würde, der dem Könige von Preußen die Wahrheit über Hannover ſagen würde, dann würde der König Macht genug haben und gern bereit ſein, dem Herzog von Cumberland zu ſeinem Rechte zu verhelfen.“ v. Wangenheim betont, daß die braunſchweigiſche Frage mit der hannoverſchen Frage eng zuſammenhänge und nur in eins zu löſen ſei. Jetzt nach Ablauf von 40 Jahren ſei die welfiſche Stimmenzahl bei den Reichstagswahlen ſtärker angewachſen als je zuvor. — An den Herzog von Cumberland wird telegraphiert, man hege das feſte Vertrauen zu Gott, daß er auch in dieſen Tagen uns allen die rechte Treue zum Kampf um das Recht verleihen möge! (Siehe Braunſchweig.)

Anfang Dezember. In einer Verſammlung der Hamburger „Rechtspartei“ erklärt Freiherr v. Hodenberg zur braunſchweigiſchen Frage: Bei aller Ehrerbietung gegenüber unſerm Herzog würden wir nach ſeinem etwaigen Verzicht die preußiſche Forderung, den Kampf einzuſtellen, in niederſächſiſchem Eigenwillen zurückweiſen mit einem feſten: „Nun erſt recht nicht!“ Aber jämmerliche Lügen ſind alle Zeitungsberichte, die von einer Verzichtleiſtung des Herzogs, die nie erfolgen wird, reden.

V.

Sozialdemokratische Partei.

1. Juli. Durch das Hauptblatt der Partei tritt ein Streit des Parteivorstandes mit der „Generalkommission der Gewerkschaften" zutage. Es handelt sich um die Frage des „Massenstreiks", über den Bebel auf dem Parteitage in Jena am 22. September v. J. (Bd. 2 v. 1905, S. 53) sich in einer Weise geäußert hatte, die nur als Empfehlung aufgefaßt werden konnte, während beide Teile am 16. Februar d. J. sich dahin geeinigt hatten, daß der Parteivorstand einen Massenstreik nach Möglichkeit verhindern werde. Nunmehr behaupten beide Teile eine andre Lesart dieses Beschlusses.

24. Juli. Die Leipziger Sozialdemokraten beschließen in einer Versammlung folgendes zum politischen Massenstreik und der Taktik der Gewerkschaften:

Die wirtschaftliche und politische Lage hat sich seit den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Amsterdam und des Parteitags in keiner Weise verändert, was eine veränderte Stellungnahme in der Frage des politischen Massenstreiks notwendig machte. Im Gegenteil verschärfen sich die Kämpfe zwischen der herrschenden Gesellschaft und dem Proletariat auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete zusehends, sodaß das im politischen Massenstreik durch die Beschlüsse anerkannte Kampfesmittel nach wie vor dem Waffenarsenal des Proletariats einverleibt zu bleiben hat und propagiert werden muß. Die Versammlung verurteilt deshalb alle Versuche, dieses Kampfmittel anders als auf dem legalen Wege der Beschlußfassung der internationalen Kongresse wie der nationalen Parteitage ausschalten und diese Kongreßbeschlüsse aufheben zu wollen.

30. Juli. Gegen die Geheimabmachungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Sachen des Massenstreiks erhebt in Berlin eine öffentliche, von 2000 Personen besuchte Gewerkschaftsversammlung Einspruch.

Zuvor erklärte ein Mitglied, daß der Parteivorstand mit den „Genossen" ein unwürdiges Doppelspiel treibe. Wer Bebels Rede in Jena und seine jetzige Haltung vergleiche, müsse sagen, daß hier eine Komödie gespielt sei. Ein andrer bezeichnet Bebel als einen „unzuverlässigen Charakter", der ein Brillantfeuerwerk in Szene gesetzt habe, um die Massen zu blenden. Man sollte jetzt die Konsequenzen ziehen und aus der sozialdemokratischen Partei austreten. Der mit fast allen Stimmen gefaßte Beschluß geht dahin, daß die Versammlung die Sonderabmachungen mit der Generalkommission verwirft, weil sie eine Durchbrechung des Jenaer Beschlusses bedeuteten. Sie hält die Düpierung der Massen für verwerflich und betont, daß die „Einigkeit" wegen der bekannten Veröffentlichungen Anerkennung und nicht Angriffe verdiene.

29. August. Der Parteivorstand veröffentlicht den Jahresbericht:

Hinsichtlich der parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie in den einzelnen Landtagen stellt der Bericht fest: In Bremen ist die Sozialdemokratie durch 18, in Hamburg durch 13, in Bayern und

Baden durch je 12, in Rudolstadt, Württemberg, Hessen und Meiningen durch je 7, in Koburg-Gotha durch 6, in Reuß j. L. durch 5, in Oldenburg und Lübeck durch je 4, in Altenburg und Lippe durch je 3, in Weimar und Anhalt durch je 2, in Sachsen, Elsaß-Lothringen und Reuß ä. L. durch je einen Genossen vertreten. In den Landtagen von Preußen, den beiden Mecklenburg, Braunschweig, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Schaumburg-Lippe ist die Sozialdemokratie nicht vertreten. — Ueber den Stand der sozialdemokratischen Presse sagt der Bericht: Der „Vorwärts" hat am Ende des Berichtsjahres einen Abonnentenstand von 112000 erreicht. Er hat aus Abonnementsgeldern eine Einnahme von rund 900000 Mark gehabt. Die „Gleichheit", das Organ der Genossinnen, hat einen Gewinn von fast 4000 Mark erbracht; ihr Abonnentenstand ist von 28000 auf 44000 gestiegen. Das sozialdemokratische Witzblatt „Der wahre Jakob" hat einen Gewinn von fast 44000 Mark abgeworfen; sein Abonnentenstand hat die Zahl 200000 überschritten. Die Einnahmen der Parteikasse betrugen 810917 Mark, die Ausgaben 880496 Mark, darunter 172966 für allgemeine Agitation. (Nach Mitteilung des Vorsitzenden der Berliner Wahlvereine in einer Versammlung im fünften Berliner Wahlkreise haben im vorigen Jahre die Berliner „Genossen" 307000 Mark für die russische Revolution aufgebracht.)

Mitte September. Der pommersche Parteitag der Sozialdemokraten erklärt:

In Erwägung dessen, daß die Wahlrechtsaktion vom 21. Januar und 18. März nur einen vollen Wert gehabt hätte, wenn sie in dem unerschütterlichen Entschluß, auch schärfere Mittel als Volksversammlungen und Flugblattverbreitungen zur Anwendung zu bringen, unternommen worden wäre, fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, in Zukunft mit größerer Energie den politischen Massenstreik zu propagieren, und zwar im Sinne einer Verwirklichung desselben zur Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in den deutschen Bundesstaaten. Der Parteitag erwartet vom Parteivorstand, daß er schon der nächsten Wahlrechtsdemonstration einen Charakter gibt, der geeignet ist, die Massen auf die Verwirklichung des politischen Massenstreiks vorzubereiten. Mit aller Entschiedenheit spricht sich der Parteitag insbesondre gegen das Bestreben aus, den politischen Massenstreik als ein Kampfmittel hinzustellen, das erst in ferner Zukunft in Frage kommen kann.

22. September. Der allgemeine Parteitag beginnt in Mannheim mit einer Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. Der Reichstagsabgeordnete Molkenbuhr begrüßt die Proletarierfrauen im Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Frau Zetkin dankt allen erschienenen ausländischen Genossinnen, insbesondre der Vertreterin der russischen Sozialdemokratinnen. „Immer muß es heißen: Euer Kampf ist unser Kampf, euer Sieg ist unser Sieg. Besonders unsern russischen Genossinnen rufen wir zu: Ihr in euerm furchtbaren Kampfe könnt immer auf unsre Unterstützung rechnen." — Dem von der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands, Baader, erstatteten Geschäftsberichte ist zu entnehmen:

Das Beispiel des heroischen Freiheitskampfes der Brüder und Schwestern in Rußland habe die Arbeit gefördert. Es entzündete Be-

geisterung und Kampfesmut in mancher Proletarierbrust und erweckte Kampfesfreudigkeit in mancher Proletarierin. Um die Lage im Dienste der sozialistischen Idee zu nützen, haben die sozialdemokratischen Agitatoren bis zur Erschöpfung gearbeitet. In unzähligen Versammlungen haben sie die Ursachen der leiblichen und geistigen Not der ausgebeuteten Klassen dargelegt und den Weg gezeigt, der zur Erlösung führe. Die Schar der Anhängerinnen sei unaufhörlich gewachsen. Die Soldatenmißhandlungen und die Bluturteile militärischer Gerichtshöfe hätten Anlaß geboten, eine kräftige Agitation gegen den Militarismus zu entfalten. Ebenso eifrig wie für die politische Aufklärung der Frauen sei auch für die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen gewirkt worden, auch habe die Frauenbewegung wiederum in neuen Gegenden festen Fuß gefaßt. Aber trotz allem Erreichten sei noch gar viel zu tun, gar viel gelte es noch im weiblichen Proletariat zu erwecken, zu belehren und heranzubilden. Die Zahl der Vertrauenspersonen sei von 190 auf 825 gestiegen. Fräulein Baader sagt zum Schluß: Die Proletarierfrauen müssen ihre Gesundheit, ihre Kraft, ihre Mutterschaft den Unternehmern hingeben, diesen frechen Unternehmern, denen jede Bestrafung nur eine neue Ermunterung zu ungesetzlichem Tun ist. Was schert sie ein Mensch, wenn es ihrem Geldbeutel nur gut tut. Und jene brutale Vergewaltigung an dem Jahrestage der russischen Revolution! An dem Tage, an dem der Zarismus in Rußland gestorben war, haben wir mit unsrer Arbeit eingesetzt.

Ueber „die Dienstbotenbewegung" berichtet Frau Grünberg aus Nürnberg.

Sie verwirft die Gesindeordnung als mittelalterliche Einrichtung und stellt einen längern Antrag, in dem gefordert werden: Abschaffung der Gesindeordnung und der Gesindedienstbücher, Unterstellung der Dienenden unter die Gewerbeordnung, Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Dienenden, Koalitionsrecht, Regelung der Sonntagsnachtarbeit, Bestimmungen über den Fortbildungsschulunterricht, paritätischer Stellennachweis. Außerdem wird den Dienstboten anempfohlen, sich zu Organisationen zusammenzuschließen, die gleich den freien Gewerkschaften auf dem Boden des Klassengegensatzes stehen und nur die Interessen der Dienenden vertreten. Dieser Antrag wird angenommen.

Frau Zetkin führt über das Frauenstimmrecht aus:

Die Auflösung des alten Haushalts schreitet unaufhaltsam fort; von sieben Millionen erwerbstätigen Frauen in Deutschland waren allein 5¼ Millionen Proletarierinnen. Für diese ist das Wahlrecht eine soziale Lebensnotwendigkeit. Sie bedürfen des Stimmzettels zur Wahrung ihrer ökonomischen und kulturellen Interessen. Wir fordern das Stimmrecht als staatsrechtliche Mündigkeitserklärung. Die Proletarierin aber bedarf dieses Rechtes zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Wir wollen diese kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht stützen, sondern stürzen und zerschmettern. Die einzige wahre Vertreterin des Frauenstimmrechts ist nur die Sozialdemokratie. Durch die Bildung von Frauenvereinen bereiten wir unsern Sieg vor, indem wir Hunderttausende von Köpfen revolutionieren.

Hiernach wird auf den Antrag der Frau Zetkin beschlossen:

Bei dem Kampf, den das deutsche Proletariat für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts führt, muß das Frauenwahlrecht gefordert und in der Agitation grundsätzlich und mit

allem Nachdruck vertreten werden. Die Genossinnen sind verpflichtet, sich mit aller Energie an den politischen Wahlrechtskämpfen zu beteiligen und ihnen die Massen der Proletarierinnen als Mitstreiterinnen zuzuführen.

23. September. In Mannheim wird der eigentliche sozialdemokratische Parteitag unter starker Beteiligung eröffnet. Abgeordneter Dreesbach versichert in der Begrüßungsrede, das Band, das die Partei mit der Gewerkschaftsbewegung verknüpfe, werde befestigt werden. Dann eröffnet Bebel den Parteitag mit einer Rede, in der er den badischen Nationalliberalismus und dessen Führer Bassermann wegen seiner Haltung in der Zoll- und Schulpolitik scharf angreift. Er führt aus:

Man hält uns für Schwarzseher; freilich, wir malen schwarz, was schwarz ist, aber im Vertrauen, daß das deutsche Volk die Macht hat, die Zustände früher oder später zu beseitigen. Die Polenpolitik sei vollständig zusammengebrochen. Karnickelhaft habe sich das radikale Polentum vermehrt. Man spreche jetzt viel von der Enteignung der Polen. Wir werden uns dieses System merken, wenn wir einmal die Macht haben sollten. In bezug auf das Wahlrecht besteht ein Gegensatz zwischen Nord und Süd. Unser Verhältnis zum Ausland ist nicht weniger als erfreulich. Marokko wird noch manchem im Magen liegen. Fürst Bülow war durch seine Erkrankung außerstande, seine Politik zu verteidigen. Er hätte es sowieso nicht vermocht. Deutschland ist isoliert. Alle die Reisen, alle die Reden, alle die Deklamationen, die wir im Laufe der letzten fünfzehn Jahre zu hören bekommen haben, hatten das einzige Resultat, daß sich alles von Deutschland zurückzog. Das ist ein Resultat, wie es beschämender und bescheidner nicht gedacht werden kann. Die Folgen der russischen Revolution liegen auch unsern herrschenden Klassen schwer auf dem Herzen.

24. September. Die „Genossin" Balabanoff überbringt Grüße von den russischen Genossen:

Die deutschen Sozialdemokraten haben von jeher unsern Kampf unterstützt, und das schon, als man noch die russische Bewegung als phantastisch ansah. Sie haben stets ihren russischen Kampf- und Leidensgefährten ihre Hilfe angedeihen lassen. In der tiefsten Erniedrigung haben uns die deutschen Genossen mit Treue beigestanden. Sie kennen unsre Leiden. Wir werden trotz aller Schwierigkeiten mit voller Selbstverleugnung und mit vollem Bewußtsein festhalten an dem sozialdemokratischen Endziel. Auch auf Ihren Parteitagen machen sich Bestrebungen geltend, die uns zum Siege helfen. Wir wollen die letzten Kräfte anspannen zum Kampfe gegen den Despotismus. Sei doch auch Deutschland besonders eng mit dem Schicksal des russischen Kampfes verknüpft.

Auf Antrag von Singer fordert die Versammlung die Parteigenossen auf, den im Jahre 1907 zum erstenmal in Deutschland stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung ihrer Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu beschicken.

26. September. Die Versammlung berät über die Frage des politischen Massenstreiks. Bebel kommt auf seinen bezüglichen

Streit mit der Gewerkschaftskommission (S. 48) zu reden und behauptet, daß im Frühjahr unter keinen Umständen an einen Generalstreik zu denken gewesen sei, weil unrettbar eine glänzende Niederlage bevorgestanden habe:

Ein Generalstreik in Preußen ist etwas ganz andres als ein Generalstreik in irgendeinem andern Lande der Welt. Uns stehen an Gewalten Königtum, Junkertum und Industriebarone gegenüber. Jeder Versuch des Generalstreiks würde auf das brutalste und rücksichtsloseste niedergeschlagen werden. Solange unsre Organisationen nicht besser sind, wäre ein solcher Versuch auch gewissenlos, und wir könnten eine Verantwortung dafür nicht übernehmen. Den Feldherrn, der ohne Not seine Armee, den sichern Untergang vor Augen, in die Schlacht führt, würde man für wahnsinnig erklären oder binnen 24 Stunden nach Kriegsrecht erschießen. Man verweist immer wieder auf das Beispiel andrer Länder, in denen ein Generalstreik stattgefunden hat. Aber selbst inmitten einer revolutionären Periode wie jetzt in Rußland sind die Massen der Parole der Partei nicht gefolgt, weil sie den Augenblick für ungünstig hielten. Das passiert in Rußland mitten in der Revolution, in einem Kampf um die ursprünglichsten Menschenrechte! Und die Zustände in Deutschland sind mit jenen doch nicht zu vergleichen. Dazu kommt, daß wir im Falle eines Massenstreiks um das preußische Wahlrecht nur auf Deutschland angewiesen wären. Denn über einen Sympathiestreik der Süddeutschen dürfen wir uns doch keinen Täuschungen hingeben. Also, täuschen wir uns nicht über die Sachlage! Mögen sich die Gegner über das Eingeständnis freuen. Wir müssen es offen aussprechen; denn wir wollen ja keine Zukunftsmusik treiben, sondern mit den realen Verhältnissen rechnen. Ich erkläre offen, im gegebnen Moment sind wir nicht in der Lage, für den Massenstreik einzutreten.

Der Redner wendet sich von diesem Standpunkt aus gegen eine Reihe von Erklärungen, die zu der Frage des Massenstreiks beantragt sind. Zu einem Antrage für Empfehlung eines Massenstreiks bei Ausbruch des Kriegs sagt er, das sei ein ganz kindlicher Gedanke. „In einem solchen Augenblick einen Massenstreik zu proklamieren, wäre kopflos und geradezu unverantwortlich."

Der zweite Referent, Gewerkschaftsführer Abgeordneter Legien, führt u. a. aus:

Jahrzehntelang haben wir gelernt, daß man die soziale Frage nicht mit Gewaltakten lösen kann. Und was wir lange Zeit anerkannt hatten, konnten wir nicht plötzlich über den Haufen werfen. Ich bin mit Bebel ganz einverstanden, daß wir nicht sagen können, in Deutschland kämen wir nie in ein revolutionäres Zeitalter hinein. Aber dann, in revolutionären Zeiten, ist die Entscheidung sehr rasch getroffen. Dann entscheiden die Massen auch ohne und gegen die Führer. Dann gibt es keinen Beschluß über den politischen Massenstreik mehr, dann ist er da. Was soll sich denn ergeben aus diesen ganzen Erörterungen in bezug auf die Möglichkeit des Massenstreiks? Sie zwingen uns, trotz unsers Widerstrebens zu diskutieren und dabei zu erörtern, ob das Mittel anwendbar ist oder nicht. Damit zwingen Sie uns, unsre eigne Schwäche klarzustellen. Jetzt ist vor aller Welt gezeigt, wie schlecht es mit unsrer Organisation bestellt ist. Ist das der Partei dienlich?

Es folgen längere Verhandlungen, an deren Schluß Bebel sagt:

Die Konzentration des Kapitals macht die Konzentration aller Arbeiter notwendig. Wie die Bourgeoisie sich ein Reich, ein Heer geschaffen hat, so müssen auch die Arbeiter eine große einheitliche Arbeiterorganisation haben. Gegenüber der gewaltigen Macht des Unternehmertums sind die örtlichen Organisationen schon wegen ihrer Kleinheit ganz unwirksam. Eine bewaffnete deutsche Intervention in Rußland ist undenkbar. Sollte aber das für unmöglich Gehaltene eintreten, so wird die deutsche Sozialdemokratie selbstverständlich kraft ihrer nationalen Verpflichtung und ihres glühenden Wunsches, ein großes Volk in seinem Kampfe gegen den Despotismus zu unterstützen, alles aufbieten, um einen solchen Plan zu durchkreuzen. Dasselbe gelte von einem europäischen Kriege, in den wir auch nicht Hurra hoch! hineingehen würden. Da ließen wir nicht mit uns reden. Da wäre es unsre Verpflichtung, mit unsern Parteifreunden im Auslande uns zu verständigen.

28. September. Nach längern Verhandlungen über die bezüglich des Massenstreiks abzugebende Erklärung wird mit 223 gegen 62 Stimmen auf Antrag von Bebel und Legien beschlossen:

Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenauer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt. Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktion erfolgreich durchzuführen. Die Gewerkschaften sind unumgänglich notwendig für die Hebung der Klassenlage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei, die den Kampf für die Hebung der Arbeiterklasse und ihre Gleichberechtigung mit den andern Klassen der Gesellschaft auf politischem Gebiet zu führen hat, im weitern aber über diese ihre nächste Aufgabe hinaus die Befreiung der Arbeiterklasse von jeder Unterdrückung und Ausbeutung durch Aufhebung des Lohnsystems und die Organisation einer auf der sozialen Gleichheit aller beruhenden Erzeugungs- und Austauschweise, also der sozialistischen Gesellschaft, erstrebt, ein Ziel, das auch der klassenbewußte Arbeiter der Gewerkschaft notwendig erstreben muß. Beide Organisationen sind also in ihren Kämpfen auf gegenseitige Verständigung und Zusammenwirken angewiesen. — Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen sich die Zentralleitungen der beiden Organisationen zu verständigen suchen. Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfs bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geist der Sozialdemokratie erfüllt werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.

29. September. Rechtsanwalt Liebknecht stellt einen Antrag auf Bildung eines ständigen Ausschusses zur systematischen Entfaltung einer antimilitaristischen Propaganda. Gegen diesen Antrag

wendet sich Bebel aufs entschiedenste. Der Parteivorstand werde sich nie und nimmer auf derartiges einlassen. Der Antrag wird abgelehnt. — Ein Beschluß bezüglich der russischen Revolution lautet:

Der Parteitag bestätigt die Resolution des Jenaer Parteitages, durch die derselbe seiner freudigen Zustimmung über das größte welthistorische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, und seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung für die Kämpfe der russischen Revolution Ausdruck gibt. Der Parteitag bringt angesichts der Fortdauer der russischen Revolution und des Umstandes, daß die Unterdrückungsmaßregeln von seiten des russischen Despotismus einen immer brutalern und barbarischern Charakter angenommen haben, aber auch die Aufopferung und Begeisterung der Kämpfer für die Revolution, insbesondre der Genossen und Genossinnen im Zarenreich ohne Unterschied der Nationalität und Abstammung sich immer glänzender bewährten, aufs neue seine höchste Anerkennung und Bewunderung aus, den Trägern des fluchwürdigen Systems aber, die nicht davor zurückschreckten, die von ihnen selbst einberufne Duma durch einen Staatsstreich wieder aufzuheben, seine tiefste Verachtung aus. Der Parteitag erklärt sich namens der Partei fernerhin bereit, die Genossen in Rußland in ihren furchtbaren opferreichen Kämpfen moralisch und tatkräftig zu unterstützen und jeder Einmischung von außen in die innern russischen Angelegenheiten aufs entschiedenste entgegenzutreten.

In einem Schlußworte bemerkt der Vorsitzende Singer, es habe sich gezeigt, daß sich Partei und Gewerkschaften nicht auseinander bringen lassen, weder von außen noch von innen. „Die Wünsche unsrer Gegner sind zuschanden geworden, und die Hoffnungen unsrer Freunde haben sich erfüllt. Wie der Main und der Neckar in den mächtigen Rheinstrom zusammenfließen, so sind Partei und Gewerkschaften Teile des einen großen Stromes, in dem sich alle Wege der proletarischen Arbeiterbewegung zusammenfinden. Wir mögen uns in den einzelnen Fragen lebhaft bekämpfen. Aber in dem Augenblick, wo uns zum Bewußtsein kommt, daß es sich um die großen Güter der Partei, um den Befreiungskampf der Arbeiter handelt, steht der politisch organisierte Parteigenosse mit dem gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen Schulter an Schulter. Das ist es, was diesem Parteitag den Stempel aufgedrückt, was ihm seine Weihe gegeben hat. Dieses brüderliche Zusammenstehen hat unserm Parteitage die Weihe gegeben; der Parteitag wird eingegraben sein in der Geschichte der Partei und der Gewerkschaften. Wir sind einig über ein gemeinsames Zusammenarbeiten. Unsre Verhandlungen werden von der Bourgeoisie mit Entsetzen und von den Arbeitern mit großer Freude gelesen werden."

30. September. Es wird ein geheim versandtes Flugblatt des Parteivorstandes veröffentlicht, in dem bezüglich der nächsten Reichstagswahlen gesagt wird:

Wir werden das nächstemal einen Wahlkampf bekommen, wie wir bisher noch keinen zu führen hatten! Unsre Gegner rüsten schon mit

aller Macht für den nächsten Wahlkampf. Alle sind einig darüber, daß es nunmehr gilt, koste es, was es wolle, die Sozialdemokratie zurückzudrängen und ihr namentlich die Wahlkreise zu entreißen, die sie im Jahre 1903 entweder nur mit geringer Mehrheit oder erst in der Stichwahl, mit Hilfe eines Teils der Stimmen der bürgerlichen Parteien eroberte. Wir wissen aus bester Quelle, daß der Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bei dem nächsten allgemeinen Wahlkampf seine ganzen Kräfte auf die oben bezeichneten Wahlkreise wirft, um dieselben uns zu entreißen. Er hat die Rechnung aufgestellt: er hoffe, der Partei das nächste mal dadurch 20 bis 25 Wahlkreise zu entreißen. Es wird Sache der Parteigenossen und mit in erster Linie Sache der betreffenden Abgeordneten sein, daß diese Rechnung zuschanden wird.

1. Dezember. Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, der „Vorwärts", veröffentlicht einen Aufruf, in dem die „Parteigenossen" zu Geldsammlungen aufgefordert werden, deren Ertrag dazu dienen soll, die russische Sozialdemokratie bei den Dumawahlen zu unterstützen. Die revolutionären Elemente Rußlands werden in dem Aufrufe als „unsre Parteigenossen" bezeichnet, und weiter wird ausgeführt, das Interesse der Sozialdemokratie aller Länder gebiete, sie in dem gewaltigen Kampfe gegen die größte Despotie Europas zu unterstützen.

VI.

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

31. Dezember 1905. Ein Ueberblick über die Tätigkeit des Verbandes auch in der zweiten Jahreshälfte lehrt, daß er sich fortgesetzt günstig entwickelt. Seine Mitgliederzahl hat ständig zugenommen, und es wird eine umfassende Organisation geplant. — In einem umfangreichen Flugblatte machte v. Liebert auf die Aufgaben des Verbandes und das schon von ihm Erreichte aufmerksam. Es heißt hier:

Vielleicht dämmert es infolge der großen Rede des Reichskanzlers vom 9. Dezember nun allmählich in einigen Köpfen, daß die Wahlen von 1908 über das Schicksal und die Zukunft Deutschlands entscheiden werden insofern, als eine Zunahme der sozialdemokratischen Mandate im Reichstage der Regierung jede Aussicht auf eine nationale Mehrheit rauben würde. — In Norddeutschland, wo politische Angelegenheiten als Machtfragen aufgefaßt und behandelt werden, hat sich schon ein scharfes Abrücken aller Parteien von der Sozialdemokratie kundgegeben, das Resultat scheint erreicht zu sein, daß die bürgerlichen Parteien in ernsten Momenten, bei Wahlkämpfen, den Hader untereinander auf Zeit zurückdämmen und sich des gähnenden Abgrundes bewußt werden, der sie insgesamt von der Umsturzpartei trennt. In Süddeutschland ist man leider von der staatsmännischen Auffassung politischer Fragen weit entfernt, man verquickt Gefühl und Gemüt

mit der Politik, und wir haben infolgedessen das Schauspiel erlebt, daß nicht nur das Zentrum, sondern sogar die badischen Nationalliberalen mit den Roten Wahlkartelle abschließen. Wie oft ist das Bürgertum schon gegen die beständig anwachsende innere Gefahr auf die Schanzen gerufen worden, aber noch verharrt es in seiner überwiegenden Mehrheit in geistigem oder vielmehr in politischem Schlaf. Der alte Trost: die Regierung wirds schon machen, völlige Gleichgiltigkeit gegenüber dieser neuen politischen und sozialen Bewegung, Furcht vor irgendeiner geschäftlichen Beeinträchtigung, endlich Liebäugeln mit dieser mächtigen „freiheitlichen" Richtung — das sind die hauptsächlichen Aeußerungen der Volksseele gewesen. Diesem geringen Verständnis für die politische Gefahr ist das Anwachsen der „Mitläufer" zuzuschreiben und dadurch wieder die Zunahme der sozialdemokratischen Wähler bedingt. Gelingt es, die Parteien von der wachsenden Gefahr, die sie alle von jener Seite her bedroht, zu überzeugen, so ist der Kampf siegreich zu führen, und alles Rühmen mit den bisherigen Wahlerfolgen der Sozialdemokratie und ihrer wachsenden Anhängerzahl ist eitel. Nur die Gleichgiltigkeit der bürgerlichen Wähler und das gehässige Bekämpfen der bürgerlichen Parteien untereinander hat jene Erfolge ermöglicht. Hier ist also einzusetzen. Dieses ist infolge des traurigen und beschämenden Ausfalls der Reichstagswahlen von 1903 geschehen. Da die politischen Parteien ihr Programm und ihren Besitzstand streng verteidigen, da eine neue Partei zu den unzähligen alten nicht gebildet werden sollte, so blieb nichts übrig, als eine neutrale Stelle zu schaffen, die sich allen bürgerlichen Parteien entgegenzukommen und ihre Interessen zu wahren bestrebte, ihnen allen aber den gemeinsam zu bekämpfenden Feind wies. Auf dieser Grundlage entstand nach längern Vorbereitungsverhandlungen am 9. Mai 1904 der „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie", der gegenwärtig gegen 90000 Mitglieder in allen Teilen des Reiches zählt, und dem in erfreulich steigender Weise Gelder zufließen, um die schwere, von ihm übernommene Arbeit durchzuführen. — Seitdem die Erfahrung gelehrt hat, daß das allgemeine Wahlrecht langsam aber andauernd die besitzenden Klassen und die Intelligenz aus dem Parlament verdrängt, muß jenes Recht, als verfassungsmäßig gegeben, zwar ertragen werden, es liegt aber kein Grund vor, dieses Danaergeschenk auf andre Gebiete zu übertragen, in denen es noch keine Geltung hat. Mindestens ist vorher die politische Macht der Sozialdemokratie zu brechen und das Bürgertum zur gewissenhaften Ausübung der Wahlpflicht zu erziehen.

1906. In einem andern Flugblatte führt der Verband aus, daß es eine unaufschiebbare Notwendigkeit ist, gegenüber der andauernden unausgesetzten Organisation der Sozialdemokratie eine Gegenorganisation aller nationalen Kräfte zu schaffen.

Die sozialdemokratische Bewegung und Organisation würde niemals den Grad von Bedeutung und Gefahr haben erreichen können, wenn sie nicht über so reiche, zum großen Teil durch Terrorismus erzwungne Geldmittel verfügte. Nach dem Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes an den Parteitag in Jena betrugen die Einnahmen der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1905 723069,14 Mark, die Ausgaben 499118,54 Mark. Die Summe von 224587,29 Mark wurde kapitalisiert. Angesichts dieser Tatsache kann der Reichsverband seine Aufgabe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie auch nur dann voll erfüllen, wenn die Angehörigen der bürgerlichen Parteien eine gleiche Opferwilligkeit zeigen und ihm die gleichen Kampfmittel zur Verfügung stellen.

In einem Flugblatte des Verbandes wird sodann ausgeführt, daß für die Arbeiterversicherung bisher 4041210515 Mark aufgebracht sind, und daß die Versicherten bis 1903 schon 2188 Millionen Mark mehr erhalten haben, als sie selbst einzahlten, daß aber die Sozialdemokraten im Reichstage gegen alle grundlegenden Arbeiterversicherungsgesetze gestimmt haben. — Endlich teilt der Verband in einem besondern Flugblatt eine Reihe weiterer Anerkennungen seiner bisher erfolgreichen Tätigkeit mit.

15. November. In einem Blatte des Verbandes wird durch die Darlegung des Streits zwischen zwei sozialdemokratischen Blättern ein unerquicklicher Blick in den Zukunftsstaat gegeben; es wird gezeigt, wie hier Arbeitgeber und Arbeiter auf recht gespanntem Fuße miteinander leben und Intriguen, Neid, Verleumdung, Anmaßung in einem bestimmten Geschäft herrschen. In einem andern Aufsatze wird ausgeführt, wie die Sozialdemokratie selbst vor der Erziehung von Denunzianten nicht zurückschreckt, wenn es gelte, dem Reichsverbande einen Hieb zu versetzen. Das Verbandsblatt weist auch auf den unwahren Satz eines sozialdemokratischen Blattes hin, es lasse sich niemals verkennen, daß aller Arbeiterschutz und alle Sozialreform das direkte und indirekte Werk der Sozialdemokratie seien. Ferner weist das Verbandsblatt auf die Mißerfolge der sozialdemokratischen Agitation auf dem Lande und auf den Wahlspruch der Sozialdemokratie: „Los mit den Arbeitern von Haus und Hof und Grundbesitz" hin. Endlich wird an die größere Glocke gehängt, daß einer der bedeutendsten Führer der sozialdemokratischen Partei Italiens, Labriola, kürzlich auf dem Parteitage in Rom gesagt habe: „Der Zweck des Sozialismus ist nicht, die Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern, damit die Arbeiter sichs wohl sein lassen. Der Zweck des Sozialismus ist vielmehr, den Kapitalismus zu entwurzeln."

VII.

Deutsche Volkspartei.

30. September. Der Parteitag wird in München eröffnet. Dr. Goldschmidt aus Frankfurt erstattet den Geschäftsbericht, in dem er die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller liberalen Elemente zum Kampf gegen die Reaktion betont. Die Verhältnisse in Preußen bezeichnet er als wenig erfreulich, der jungdemokratischen Bewegung spricht er volle Anerkennung aus. Es folgt ein Vortrag des Abgeordneten Haußmann aus Stuttgart über „Politische Desorganisation". Er bemerkt u. a.:

Der politische Geist Deutschlands ist nicht organisiert, sondern desorganisiert. Es fehlt eine Kraft- und Wärmequelle im Mittelpunkte. Die Akkumulatoren, die bei der Reichsgründung und durch die Energie ihres willensmächtigen Schöpfers geladen wurden, sind seither nicht neu gefüllt worden. Die Methode, die für eine durch Sieg und staatliche Neuschöpfung geistig reich genährte Generation genügte, genügt nicht für die neue Generation, deren Geist- und Rechtsbewußtsein jungen Stoff verlangt. Worte, Lebensmittelteuerung, Manöver, Flottenvereinsreden, koloniale Unfähigkeit, Verkehrssteuern und internationale Vereinsamung reichen nicht aus, um dem deutschen Aar die Schwingen zu heben. Es muß anders gemacht werden als

bisher, das fühlen alle Parteien. Ueber das Reich ist niemand verdrossen, aber die Reichspolitik ist neurasthenisch.

Die Versammlung beschließt einstimmig folgende Erklärung: „Durchdrungen von der Notwendigkeit, die freiheitlichen Kräfte Deutschlands zu rücksichtslosem Kampfe gegen die Reaktion zusammenzufassen, erklärt die Deutsche Volkspartei im Verfolg ihrer Heilbronner Beschlüsse das Frankfurter Mindestprogramm als eine geeignete Grundlage für ein dauerndes Zusammengehen der liberalen Linken. Sie ist ihrerseits bereit, unter Aufrechterhaltung ihrer Selbständigkeit und ihres demokratischen Programms, mit andern Richtungen zusammenzuwirken, die ihrerseits das Frankfurter Mindestprogramm für sich als bindend anerkennen. Die Deutsche Volkspartei erneuert ihre Aufforderung an alle freiheitlichen Politiker, sich unter Zurückstellung trennender Momente auf dieser Grundlage zu gemeinsamer Arbeit für die nächsten Wahlen zu vereinigen."

VIII.

Christlich-soziale Partei.

30. September. Auf dem Parteitage in Weimar hält der Liz. Mumm aus Berlin eine Ansprache über die Grundkräfte der christlich-sozialen Bewegung. — Reichstagsabgeordneter Stöcker redet über die politische Lage.

Er zeigt, wie sich durch das Eintreten von Amerika und Japan in die Weltpolitik große Wandlungen anbahnen, wie sich die Lage durch die Zusammenbrüche Rußlands verändert habe, und kennzeichnet Deutschlands Stellung in der Welt, die im allgemeinen wenig erbaulich sei. Dennoch schöpft er aus der gegenwärtigen Lage, daß sich ein Zusammenstoß mit England vermeiden und ein Zusammenklingen der Interessen der beiden großen germanischen, im wesentlichen evangelischen Völker wieder werde erreichen lassen. Im Innern sei leider ein Nachlassen des christlich-sittlichen Geistes festzustellen. Man kann da nicht ohne Sorge an die Zukunft Deutschlands denken. Wir müssen uns wieder zum Glauben der Väter, zur Größe der Reformation, zu den alten deutschen Ursprüngen zurückfinden. Da liegen große wichtige Aufgaben der innern Politik. Freilich, an der groß gewachsnen Gefahr der Sozialdemokratie hat unsre Politik ein großes Teil Schuld. Man hat sie ruhig tun und treiben lassen und sich um die Massen nicht bekümmert, bis dann die Attentate auf Kaiser Wilhelm I. die Nation erschreckten. Die Christlich-Sozialen haben zuerst den Kampf gegen diese dunkle Macht aufgenommen. Aber noch heute gibt es viele Leute, auch in Regierungskreisen, die keine Vorstellung davon haben, um welche Entscheidungen es sich dabei handelt. Mit Schaudern sieht man wohl auf die Sozialdemokratie, hat aber keine Lust, die nationale Arbeiterbewegung zu fördern. Die schlechten Mächte sind aber nur zu überwinden durch die guten, der schlechte Geist durch den guten deutschen Geist in Gestalt der Kirche und der Reformation und ihrer Güter. Die gilt es zu stärken und nicht so zu untergraben.

Nach einem Vortrage des Gewerkschaftssekretärs Jaworsky über die Reform der deutschen Arbeiterversicherung wird beschlossen: „Der Parteitag begrüßt die Ankündigung einer Vereinheitlichung unsrer Arbeiterversicherung durch den Staatssekretär Grafen v. Posadowsky am 2. März 1905."

2. Oktober. Die Versammlung beschließt ferner folgende Erklärungen:

1. Die Partei hält fest an dem Wahlrecht des Reichs und betont die starke Reformbedürftigkeit unsers Landtagswahlrechts, das in seiner gegenwärtigen plutokratischen Form die christlich-soziale Partei ebenso wie die Arbeiterschaft völlig vom Landtag ausschließt. Wir fordern eine Aenderung des Landtagswahlrechtes, die dem Arbeiterstande eine Vertretung in allen einzelnen Landtagen sichert. Vor allem und zunächst fordern wir geheime Wahl und Verhältniswahl. 2. Der Kollektiv- oder Tarif-Lohnvertrag gewinnt immer mehr neben dem alten individuellen Lohnvertrag an Bedeutung. Die segensreiche, den sozialen Frieden fördernde Tendenz des Tarif-Lohnvertrages tritt immer deutlicher hervor. Zugleich machen sich jedoch auch Tendenzen geltend, die darauf hinauslaufen, durch den Tarif-Lohnvertrag einen Koalitionszwang herbeizuführen oder bestimmte Gruppen von Arbeitern von der Arbeitsgelegenheit auszuschließen. Die Wirkung dieser Tendenz ist ebenso unsittlich wie die von gewissen Unternehmern angewandte „Sperre". Angesichts dieser Tatsache ist eine gesetzliche Regelung des Tarif-Lohnvertrages dringend nötig.

IX.

Verband junger Arbeiter Deutschlands.

30. September. Der Verband junger Arbeiter Deutschlands tritt zu seiner ersten Generalversammlung in Mannheim zusammen. Neben den Vertretern der Ortsvereine sind der deutsche Arbeiterabstinentenbund, die Arbeiterbildungsschule in Berlin und die belgische junge Garde durch Delegierte vertreten. Der Vorsitzende, Maler Wagner, bemerkt nach Erstattung des Geschäftsberichts:

Die sozialdemokratischen Jugendvereine sind eine um so größere Notwendigkeit angesichts der katholischen und evangelischen Jünglingsvereine. Die junge Garde in Belgien zählt 13000 Mitglieder. Die junge Garde Deutschlands will keineswegs in Opposition zu den Alten treten, sondern die sozialdemokratische Partei in ihrem Kampfe nach Möglichkeit unterstützen. Der Verband junger Arbeiter betrachtet es als seine Aufgabe, für die Partei Rekruten zu werben und dieser klar zu machen, daß der Erbfeind, von dem die herrschenden Klassen sprechen, ein Märchen ist, das man Arbeitern vorzugaukeln sucht. Die Arbeiter haben keinen Erbfeind, sie haben nur einen Feind, das ist der internationale Kapitalismus in Deutschland und allen andern Ländern. Diesen Feind, der das internationale Proletariat knechtet und ausbeutet, haben die Proletarier aller Länder zu bekämpfen. Wir wollen unsern jungen Genossen ferner sagen: Wenn ihr Soldaten seid, dann vergeßt nicht, daß die Arbeiter im Kittel oder in der Bluse eure Brüder sind, und daß ihr, wenn eure Dienst-

zeit vorüber ist, mit euern Brüdern zusammen arbeiten müßt. Wir wollen ferner den jungen Leuten sagen: Wenn man euch bedeutet, ihr seid verpflichtet, auf Vater und Mutter zu schießen, wenn dieses euch befohlen wird, dafür habt ihr den Eid geleistet, so muß eure Antwort sein: Diesem Kommando werden wir nicht nachkommen. Die uns in der Schule gelehrten Gebote: „Du sollst nicht töten", „Du sollst Vater und Mutter ehren", gelten uns höher als der Eid, den wir nur gezwungen geleistet haben. Wir wollen weiter den jungen Leuten sagen: sie sollen den Aushebungstag nicht mit Alkohol „begießen" und auch nicht als Freudentag betrachten. Sie sollen sich nicht freuen, daß sie zukünftige Besieger Frankreichs oder eines andern Landes werden könnten, sondern nicht vergessen, daß die Arbeiter aller andern Länder ihre Brüder seien. Sie sollen außerdem darüber nachdenken, daß, obwohl ihnen in der Schule gelehrt wurde: „Du sollst nicht töten", sie zwei Jahre in die Kaserne gesperrt und zur Ausübung des Mordhandwerks erzogen werden. Die junge Garde Deutschlands will keineswegs, wie in Frankreich und Italien, anarchistische Agitation treiben und eine anarchistische antimilitaristische Liga bilden. Wir wollen auf dem Boden der Lehren von Marx im Anschluß an die Gesamtpartei tätig sein und die Jugend für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen suchen. Wir wollen den Weg ebnen zum Kampfe gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung und für eine bessere neue Weltordnung, in der es keine Ausbeutung geben und Recht und Gerechtigkeit herrschen wird. Der Verband junger Arbeiter Deutschlands, der am 11. Februar d. J. in Karlsruhe gegründet wurde, zählt 3000 Mitglieder. Die meisten Mitglieder hat der Verband in Baden, Hessen und in der Pfalz. — Der Verband wolle gemäßigt vorgehn, sich im Rahmen der sozialdemokratischen Parteibewegung halten und die Partei in ihrem Kampfe unterstützen, ihr aber nicht den Kampf erschweren.

Die Satzungen des Verbandes gelangen zur Annahme. Danach bezweckt der Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die heranwachsende Jugend zu tüchtigen Mitkämpfern für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu erziehen. Zum Beitritt berechtigt ist jede der Schule entlassene Person. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfennige, der monatliche Beitrag ebenfalls 20 Pfennige. — Rechtsanwalt Frank aus Mannheim berichtet dann über den deutschen Parteitag und die Jugendbewegung:

Lange Zeit sei die Bildung einer selbständigen Jugendorganisation von den Parteitagen abgelehnt worden. Allein ebenso wie beim politischen Massenstreik sei auch betreffs der Jugendorganisation ein vollständiger Umschwung in der Partei eingetreten. Es sei ein großer Fortschritt, daß der Parteitag in Mannheim die Notwendigkeit einer selbständigen Jugendorganisation anerkannt habe. Man habe eingesehen, daß zur Schaffung des Zukunftsgebäudes eine festgegliederte proletarische Jugendorganisation unerläßlich notwendig sei. Der Parteitag lege Wert darauf, daß die Jugendorganisation den Kampf führe gegen die Ausbeutung der Jugend, für die Aufklärung und Erziehung der Jugend und gegen den Militarismus. Im weitern müsse sich die Jugendorganisation die Weckung des Klassenbewußtseins der jungen Arbeiter mit aller Kraft angelegen sein lassen.

Im Anschluß an diesen Vortrag wird beschlossen: „Die Generalversammlung fordert alle Ortsvereine auf, Lehrlingsschutz-

kommissionen zu bilden, die die Durchführung der zum Schutze der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erlassenen Gesetze und Verordnungen zu überwachen haben. Die Gewerkschaften werden ersucht, die Lehrlingsschutzkommission in ihrer Tätigkeit zu unterstützen und, wenn nötig, solche Schutzkommissionen selbst zu gründen."

X.

Nationalliberale Partei.

1.

Meinungsverschiedenheiten.

Ein Teil der Partei, namentlich die Jungliberalen, zeigt in wichtigen Fragen der letzten Reichs- und Landtagstagung andre Ansichten, als die betreffenden Fraktionen vertreten haben. Es ist dies namentlich der Fall hinsichtlich des preußischen Schulunterhaltungsgesetzes und der Frage der Reichsfinanzreform.

15. September. Im Parteitage zu Hannover wird an den „Alten" der Partei eine scharfe Kritik geübt. Insbesondre wird von den „Jungen" der Vorwurf erhoben, daß mit ersterm Gesetze die Geschäfte der Zentrumspartei gemacht seien, und daß die Fühlung mit dem Volksempfinden verloren sei.

16. September. Auf dem Vertretertage der Partei des Rheinlandes in Bonn und auf dem der Partei Sachsens in Chemnitz kommt es zu lebhaften Aussprachen zwischen Alten und Jungen. In Bonn bringt besonders Professor Hinzmann aus Elberfeld die Mißstimmung der Wählerschaft zum Ausdrucke, und der Vorstand beantragt eine Erklärung, die vor einer Unterstützung der reaktionären Regierungspolitik warnt und eine stärkere Betonung des Liberalismus fordert; die Erklärung wird jedoch schließlich abgelehnt. Abgeordneter Friedberg hatte erklärt: „Die Regierung ist schlapp, sehr schlapp, aber reaktionär ist sie nicht, weil sie nicht stark genug dazu ist." — Auf dem Parteitage in Chemnitz verurteilt die Mehrheit des Landesausschusses die Haltung der Reichstagsfraktion bei der Reichsfinanzreform als völlig verfehlt und das Vertrauen der Wähler zur Partei schwer erschütternd. Darauf wird beschlossen: Der Landesausschuß erkennt die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform an, kann sich aber mit der Zustimmung der Fraktion zu der Erschwerung des Verkehrs- und Wirtschaftslebens nicht einverstanden erklären. Er hofft, daß die für Sachsen so wichtigen Interessen des Handels, der Industrie und des Gewerbes innerhalb der nationalliberalen Reichstagsfraktion künftig mehr berücksichtigt werden.

2.

Parteitag.

6. Oktober. Der Parteitag findet in Goslar statt. Die Vorsitzenden sind Bassermann, Friedberg und Geiger. Hieber aus Stuttgart hält einen Vortrag über „Politische Rückblicke und Ausblicke“:

Es wäre töricht, zu verkennen, daß sich die Partei gegenwärtig in einer schwierigen Lage befindet. Die Parteifreunde sollten aber mit ihrer Kritik etwas zurückhaltender sein und bedenken, wem sie mit dieser rückhaltlosen Kritik die meiste Freude machen. Wenn wir die politische Lage Deutschlands betrachten und uns der auswärtigen Politik zuwenden, so werden wir zugeben müssen, daß etwas wie eine Isolierung Deutschlands offenbar vorliegt. Die uns unfreundlichen Bündnisse mehren sich, und am Dreibund und dessen Weiterbestand zweifeln nicht wenige. Bei Rußland weiß man nicht, wann es aus den Wirren herauskommen wird. Im Deutschen Reiche ist die Notwendigkeit einer Stärkung unsrer Flotte immer klarer zum Bewußtsein gekommen. Von der Kolonialpolitik war im letzten Jahre viel die Rede. Gewiß sind viele Fehler begangen worden, allein die deutsche Presse scheint nichts Besseres zu tun zu haben, als ihre Spalten nur mit den Fehlern auf kolonialem Gebiete zu füllen. Man tut aber immer besser, die schmutzige Wäsche innerhalb der Familie zu waschen. Was das politische Gefüge des Deutschen Reichs anlangt, so zeigt sich eine gesunde und innere Festigkeit. Die frühern Gegensätze sind zum größten Teil überwunden, besonders im Bundesrate sind die Gegensätze zwischen Nord und Süd nicht mehr vorhanden. Ueberall erkennt man, daß das Reich das unveräußerliche Gemeingut aller Deutschen geworden ist. Man hat vielleicht vergessen, immer rechtzeitig mit dem Volke Fühlung zu nehmen, allein das ist doch nicht ganz so einfach. Es fehlt unserm Volke nur zu sehr das Nationalgefühl, der Staatsgedanke, den andre Völker so sehr in den Vordergrund stellen. Wenn auch hier und da von uns Fehler gemacht worden sind, so wird man uns doch das Zeugnis nicht versagen können, daß wir Nationalliberalen in nationalen Fragen noch zu keiner Zeit versagt haben. Es ist immer geklagt worden über die Schwäche des Liberalismus. Man hat uns unsre Zollpolitik vorgehalten. Wir glauben, daß wir mit dieser Politik recht getan haben. Wegen des Inkrafttretens der Handelsverträge sind eine Unmenge Befürchtungen laut geworden. Jetzt haben wir die Handelsverträge schon ein halbes Jahr, und bisher haben sich diese Befürchtungen nicht bewahrheitet. Durch die Reichsfinanzreform sind wir in eine unangenehme Lage gekommen. Einige Steuern sind besonders unpopulär. Aber die Kunst, 200 Millionen Mark, die aufgebracht werden mußten, durch populäre Steuern zu decken, hat noch kein Steuerpolitiker, auch der findigste, entdeckt. Die Partei hat bei der Reichsfinanzreform das Staatsinteresse über alle Interessen gestellt. Vielleicht kommen wir über diese Steuern eher zu einer Einheit auf dem Gebiete der deutschen Eisenbahnen. Redner beklagt die Haltung der Jungliberalen und wirft ihnen Disziplinlosigkeit vor. Das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag kann nicht mehr geändert werden. Es gibt auf dem Wege zum Konstitutionalismus stets nur einen Schritt nach vorwärts, niemals nach rückwärts.

Paasche redet über die Reichsfinanzreform: Diese Reform war eine Sache, die mit dem Worte „unangenehm“ nicht zu

charakterisieren ist. Die Lage war eine verzweifelt unangenehme. Das entscheidende Wort hatte das Zentrum zu sprechen. Am schlimmsten ist die Verteuerung des Ortsportos. Diese gebe ich ganz preis. — In der Beratung über diese zwei Berichte sagt der Oberamtsrichter Koch aus Mannheim: Ich habe als Süddeutscher die Pflicht, dem Mißbehagen Ausdruck zu geben, das die Haltung der Reichstagsfraktion erregt hat nicht nur bei den Jungliberalen, sondern auch in weiten Kreisen der alten Parteigenossen. Freilich war die Lage der Fraktion sehr schwierig, aber eine liberale Fraktion darf sich auf Verkehrssteuern nicht einlassen, außer wenn es sich um eine nationale Notlage handelt. Diese war hier nicht vorhanden. — Direktor Hiltmann aus Elberfeld führt aus, das Schulkompromiß sei ein Schritt der Landtagsfraktion gewesen, der von den breitern Massen nicht verstanden würde. „Man darf aber die Kritik nicht allzu tragisch nehmen. Wenn die Jungliberalen etwas beschließen, so ist das ganz gut, aber es ist kein parteierschütterndes Ereignis. Man gibt ihnen eins, wenn ich so sagen darf, auf den Schnabel, und alles ist wieder gut."

Stresemann aus Dresden: Das Liberale tritt hinter dem Nationalen allzusehr zurück. Was uns fehlt, ist der „Hunger nach Macht". — Abgeordneter Bassermann: Wenn das politische Leben nicht reicher erblüht, so ist das die Schuld der nationalliberalen Wählerschaft, die nicht zu den Versammlungen kommt, sich um das politische Leben zu wenig kümmert. Es sind nationalliberale Resolutionen in die Welt hinausgesandt worden, die geradezu ungehörig sind. Das sind Dinge, die die Arbeitsfreudigkeit nicht erhöhen und das Zusammengehn nicht stärken. Mißstimmung im Volk ist vorhanden wegen der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist der Klassenkampf, gegen den es kein Rezept gibt. Die Geschäfte des Reichs werden weitergeführt durch Konzessionen an die Zentrumspartei, die den großen konfessionellen Gedanken vertritt. Es sieht ja beinahe so aus, als wenn Fahrkartensteuer und Ortsporto der Angelpunkt unsrer ganzen innern Politik wären. — Abgeordneter Krause meint, die Jungliberalen hätten bei ihrer Kritik nicht immer die nötige Sachkenntnis gehabt. — Abgeordneter Beumer will von Vereinsvertretern die Aeußerung gehört haben, der nationalliberalen Bande verdanke man allein die Steuern. Diese Aeußerung könne nur von einem Manne aus einem Wahlkreise, wo es an der nötigen Aufklärung gefehlt hat, kommen. — Falk aus Köln meint, man solle den Riß in der Partei nicht zukleistern, sondern ihn durch offne Kritik beseitigen. In der liberalen Idee liege ein Stück Menschheitsgeschichte. Die Schäden unsrer Zeit seien nicht mehr der nationale Partikularismus, sondern der wirtschaftliche und der religiöse Partikularismus. Seiner Ansicht nach hat das preußische Schulgesetz den Konfessionalismus in die Gesetzgebung eingeführt. In vielen Kreisen der Partei herrsche die Ansicht, daß die Fraktionen des Reichstags und des Landtags den Anschluß an die Konservativen suchen.

7. Oktober. Zum Schlusse dieser Versammlung wird auf Antrag des Oberbürgermeisters Struckmann aus Hildesheim die Erklärung beschlossen, daß unter vollster Wahrung der nationalen Interessen auch den liberalen Interessen mit Entschieden-

heit zum Siege verholfen werde. — Daran schließt sich auf Antrag des Justizrats Neumeier aus Kaiserslautern der Beschluß:

Der Vertretertag spricht die Erwartung aus, daß die nationalliberale Partei sich auch fernerhin im Sinne positiver Mitarbeit an den politischen Aufgaben des Reiches und der Einzelstaaten beteiligen werde. Der Vertretertag fordert die Parteigenossen auf, einmütig und entschlossen den Kampf für die bewährten Grundsätze der Partei zu führen, und betrachtet es nach wie vor als die Aufgabe der Partei, den Sammelpunkt für alle liberalen Elemente unsers Volkslebens zu bilden, indem er von der Ueberzeugung ausgeht, daß Engherzigkeit und Uneinigkeit nur zur Zersplitterung und Schwächung führen muß.

XI.

Evangelischer Bund.

7. Oktober. Die Jahresversammlung findet in Graudenz statt. Nach dem Jahresbericht beträgt die Zahl der Mitglieder 328219, die Einnahmen der Kasse 317830 Mark. — Seminaroberlehrer Braun aus Schwerin redet über den Evangelischen Bund in der Ostmark.

8. Oktober. Professor Prediger Scholz aus Berlin hält eine Rede über „das Einheitsband der evangelischen Deutschen. Seine Voraussetzung — gemeinsame evangelische Güter". Darin führt er u. a. aus:

Von den gemeinsamen Gütern der evangelischen Deutschen ist zu reden. Viel weiter noch ging der letzte Katholikentag in Essen. Er sprach von einem Zusammengehn aller Gläubigen, aller Frommen, die Juden sogar nicht ausgenommen, zum Zweck der Erhaltung des gefährdeten Gottesglaubens. Er streckte die Friedenshand aus und versicherte in einem Telegramm an den Kaiser sogar, das friedliche Zusammenwirken der Konfessionen zu befördern, sei die wichtigste Aufgabe seiner Tagung. Man bewies, daß, solange das katholische Volk und das Zentrum zur Stelle sei, auch das Bestehn des Vaterlandes und die Einheit des Reiches gesichert seien, daß die katholische Ethik für jeden Fortschritt zu haben sei. Aber es ist etwas andres, neutrale Gebiete anzuerkennen oder, dem Katholikentag folgend, ein Zusammengehn der Konfessionen als solcher zu befürworten, noch dazu zur Bekämpfung des Unglaubens. Denn da ist sofort die Frage, was Unglaube sei. Dabei sei erinnert an die Behandlung der Reformkatholiken in Essen, deren Ringen nach Klarheit in den letzten Fragen des Lebens von Gröber als „solches Zeug" bezeichnet sei. Wehe den Deutschen, wenn sie den tiefsten Zug des deutschen Gemüts nach innerer religiöser Gewißheit jemals lächerlich finden sollten, wovon man in Essen nicht weit entfernt war. Die Friedensliebe Roms ist keineswegs eine ganz freiwillige, sondern weil in Frankreich der Kulturkampf entbrannt ist, und Rom den Kampf gegen zwei Seiten vermeiden will, liegt ihm soviel daran, den deutschen Boden zu behaupten, daher auch das Bedürfnis nach dem Zusammengehn der Konfessionen. Wir ehren wie bisher jeden recht-

schaffnen Katholiken, wir sind bereit, auf neutralem Boden mit ihm zu arbeiten, warnen aber vor dem jesuitischen Geist und bekämpfen die ultramontane Politik nach besten Kräften. Abzulehnen ist auch der von nichtkatholischer Seite erhobne Ruf, ausschließlich Kulturinteressen zu treiben und Rom auf politischem Gebiet zu bekämpfen. Wir gestehn gern zu, daß auch auf katholischer Seite die geradezu rohen Angriffe auf die Führer unsrer geistigen Bildung verstummt sind. Aber noch regiert die jesuitische Dressur, noch führt der Papst die Sprache des Verdammens über unsre ganze protestantische Bildung, und jene andersartige Stellung wird dem Umgang mit dem Protestantismus verdankt. Das letzte gemeinsame Gut für alle evangelischen Deutschen ist das Vaterland. Selbstverständlich wollen und dürfen wir unsern wohlmeinenden katholischen Mitbürgern die Vaterlandsliebe nicht absprechen. Aber sie haben es schwerer als wir, denn sie müssen „zween Herren" dienen.

Darauf hält Pfarrer Niemöller aus Elberfeld einen Vortrag über „die Stärkung des Einheitsbandes durch Wachsamkeit". Er führt u. a. aus:

Wachen ist notwendig, um Unheil zu verhüten, und das hat die evangelische Christenheit heute besonders zu beachten, denn Feinde und Gefahren stehn ringsherum. Unter diesen steht Rom voran, das im Reichstag, an den Höfen, in den Parlamenten, den Stadtverwaltungen, im Adel herrscht. Der ultramontane Geist ist Deutschlands böser Geist. Seitdem das Papsttum in den romanischen Ländern abgewirtschaftet hat, wandte es sich den deutschen zu, um sie seinen Zwecken dienstbar zu machen. Aus Deutschland schöpft der Papst Trost und Hoffnung, wie noch auf dem letzten Katholikentag versichert wurde. Da wollen wir die Worte von der Entscheidungsschlacht auf dem märkischen Sande zwischen Rom und Wittenberg nicht vergessen. Von Rom droht zuerst eine politische Gefahr, da die Kirche das Reich Gottes sein will und die geistliche Gewalt sich über die weltliche stellt, wie es noch in Essen ausgesprochen ist. Entweder entbrennt ein Kampf bis aufs Messer zwischen Staat und Kirche, oder er muß sich gefallen lassen, eine päpstliche Domäne zu werden. Es ist weit gekommen, wenn das Zentrum die Achse ist, um die sich alles dreht. Dazu kommt die religiöse Gefahr, da nicht bloß durch Rom die Reformation, sondern auch die biblische Wahrheit bedroht ist. In Essen hat man gesagt, daß man nur durch die Mutter zum Sohn kommen kann. Wir wollen nicht, daß das reine Evangelium mit unreinen Quellen vertauscht werde. Ferner bringt der Ultramontanismus dem deutschen Volke eine soziale Gefahr, da er einen Riß durch die Schmähungen des Protestantismus und Luthers hineingetragen hat. Wenn im römischen Normalkatechismus gesagt werde, daß nur die römische Kirche den heiligen Geist habe, alle andern vom Geist des Teufels seien, so ist es doch wohl nicht möglich, mit jenen gegen den Unglauben zu kämpfen. Zur Ausbreitung seiner Ideen steht Rom eine wohldisziplinierte Armee, die von einem einheitlichen Geiste geleitet wird, zur Verfügung. Notwendig ist die Mahnung zur Wachsamkeit, weil man uns einzulullen versucht. Von Essen sind Friedenstöne herüber geklungen, aber nirgends ist Rom gefährlicher, als wenn es die Friedenshand uns schütteln will. Das paßt schlecht zu Bonaventuras Aufforderung zum heiligen Krieg, zu den Angriffen auf den Protestantismus, zu dem Geheimerlaß des Kardinals Fischer, in dem er den Syllabus als Prüfstein der Wahrheit preist, nach dem der Protestantismus keine Existenzberechtigung hat. Mahnt Rom zum Frieden, dann heißt es für uns „Wachet"!

9. Oktober. Es folgt ein Vortrag des Bundesdirektors Everling über „Parität als Schlagwort und als Prinzip". Redner führt aus, mit diesem Worte würde Götzendienst getrieben, und die Verwirrung dieses Begriffs richte verhängnisvolle Folgen an. Bei der grundsätzlichen Verschiedenheit der römischen und der evangelischen Kirche würde die gleiche rechtliche Behandlung beider Religionsgemeinschaften zur größten Ungerechtfertigkeit werden.

10. Oktober. Die Versammlung faßt einstimmig folgenden Beschluß:

Der Essener Katholikentag hat die Losung ausgegeben: Zusammenschluß der Gott- und Christusgläubigen aller Konfessionen zum Kampfe wider den Unglauben und Umsturz. Demgegenüber geben wir zur neunzehnten Tagung des Evangelischen Bundes versammelten Protestanten folgende Erklärung ab: Mit den Christen aller Kirchen und Konfessionen, die in dem Herrn Christus allein das Heil sehen, fühlen wir uns im Geiste eins. Jene Essener Losung ist indessen nur eine Wiederholung der seit Gründung der konfessionellen Zentrumspartei immer von ihr erlassenen Aufforderung zum politischen Zusammenschluß der „gläubigen Christen". Dieses Ansinnen weisen wir als verhängnisvoll für unser Vaterland und unsre evangelische Kirche zurück. Wir erachten es vielmehr als Gewissenspflicht, unsre evangelischen Volksgenossen und insbesondre die von jener Seite als „gläubig" angesprochnen Kreise vor einem Eingehn auf das angebotne Bündnis zu warnen. Denn bei aller Anerkennung der Ehrlichkeit, mit der viele fromme Katholiken meinen, uns auf diese Weise die Hand zu bieten, können wir doch in jener Tendenz des Katholikentages nichts andres erkennen als den geschickten Versuch, die Macht der die römischen Interessen in erster Linie vertretenden Zentrumspartei zu stärken und „jene Freiheit der Kirche" erobern zu helfen, die unvereinbar ist mit den Grundlagen des souveränen, nationalen Staates und eine beständige Bedrohung des konfessionellen Friedens bedeutet. Unsre evangelische Losung dagegen ist: Freie Entfaltung der Lebenskräfte der Reformation, die sich von jeher als volks- und staatserhaltend erwiesen haben; Zusammenarbeiten mit allen Schaffensfreudigen, die dem Vaterlande dienen wollen, auf allen Gebieten der christlichen Gesittung und Volkswohlfahrt. Aber kein Bündnis mit dem Zentrum und keinerlei politische Unterstützung dieser parlamentarischen Interessenvertretung der römischen Kirche. Denn die römische Kirche ist kein Bollwerk gegen Revolution und Umsturz, und „noch jeder politische Verbündete des Ultramontanismus war schließlich der Betrogne".

Zu den Erwiderungen des Bundes auf die Friedensversicherungen der Versammlung von Katholiken in Essen sagt das Hauptblatt der Zentrumspartei, die „Germania":

Daß der Evangelische Bund die dargereichte Friedenshand annähme, ist ganz undenkbar. Er will ja grundsätzlich den Krieg. Für die konfessionelle Hetze ist er gegründet worden, und von ihr allein lebt er. Den katholischen Glauben stellt man als heidnischen Aberglauben hin, und den Katholiken glaubt man das „Evangelium" erst bringen zu müssen. Heißt das etwa den Katholizismus als berechtigte Erscheinung des Christentums anerkennen? Man stellt den Protestantismus als allein berechtigt hin und beschwert sich dann, daß die Katholiken das ihrerseits vom Katholizismus täten.

5. November. Die vom Evangelischen Bund auf den Ausspruch der Katholikenversammlung in Essen erteilte Antwort gibt dem Abgeordneten Gröber in Stuttgart Anlaß, in einer Rede zu sagen:

Die Herren in Graudenz haben übersehen, daß der Tag von Essen keine Zentrums-, sondern eine Katholikenversammlung war. Hat denn dieselbe ein politisches Bündnis gewünscht? Durchaus nicht, sondern ein gegenseitiges Sichvertragen und Zusammenarbeiten. Haben wir nicht ein gemeinsames Vaterland? Haben wir nicht in Deutschland gemeinsame Güter zu verteidigen in der Erziehung der christlichen Jugend und in ihrer Bewahrung vor dem sittlichen Schmutz und der schlechten Kunst?

6. November. Andrerseits erklärt das Blatt des Vatikans, der „Osservatore Romano", die Katholiken müßten bei jeder politischen wie sozialen Aktion immer den konfessionellen Charakter betonen, sonst erfolge Konfusion. Gott, seine Gesetze, seine Kirche, seinen Statthalter müßten sie auch in der Politik immer vor Augen haben. Nicht eine beliebige Ordnung sollten sie fordern, sondern nur die, die von Gott und dem Papst ausgeht. Ihr Programm und Glauben solle daher sein: katholisch, immer katholisch, nicht anders als katholisch.

XII.

Freikonservative Partei.

18. Oktober. In Breslau tritt unter dem Vorsitz des Herzogs von Ratibor ein Parteitag, der erste öffentliche allgemeine an Stelle der bisher nur üblichen provinzialen Parteitage, zusammen. Es sind vor allem fast alle Mitglieder der Fraktion in den Parlamenten erschienen. Abgeordneter v. Kardorff erinnert in längerm Vortrage an die Entstehung der Partei, wozu er bemerkt: „Unsre Partei hatte sich die Aufgabe gestellt, die nationale Politik des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zu unterstützen und eine Verständigung herbeizuführen zwischen den gemäßigten liberalen Elementen und den konservativen Anschauungen im Lande." Redner berührt die bisherige Teilnahme der Partei an der Gesetzgebung und spricht sich über die gegenwärtige politische Lage des nähern aus. Dabei sagt er: Wenn wir in Betracht ziehn, daß die Sozialdemokratie imstande war, bei den letzten Reichstagswahlen über drei Millionen Stimmen zu verfügen, so müssen wir zugeben, daß auch jetzt eine ernste Gefahr vorliegt, daß das deutsche Volk die Eigenschaften verloren haben

könnte, um sich auf seiner heutigen Höhe zu erhalten. Den Mannheimer Parteitag kann ich nicht als eine Niederlage, sondern nur als einen glänzenden Sieg Bebels ansehen. Aller Zwist innerhalb der Sozialdemokratie ist zu Boden gedrückt. — Abgeordneter v. Zedlitz berichtet über die Tätigkeit der Fraktion im Abgeordnetenhause. Er sagt u. a.:

Wir müssen uns die Frage vorlegen, ob das Reich das jetzige Wahlrecht auf die Dauer wird vertragen können. Wenn die Stunde kommt, in der wir die Ueberzeugung gewinnen, daß das Reichstagswahlrecht mit dem Bestande des Reichs unvereinbar ist, den Bestand des Kaisertums und die nationale Stellung Deutschlands in der Welt gefährdet, ist es die patriotische Pflicht eines jeden, auf Mittel und Wege zu sinnen, um das Reichstagswahlrecht mit den Existenzbedingungen des Reichs in Einklang zu bringen. Dann werden wir auch in der Lage sein, das preußische Wahlrecht in die Wagschale zu werfen und in Preußen der Handarbeit größere Rechte einzuräumen. Anderseits aber werden wir in Preußen beizeiten dafür zu sorgen haben, daß Kautelen eingeführt werden, die Zustände verhindern, wie sie gegenwärtig im Reiche eingerissen sind, und es für alle Zeiten ausschließen, daß der preußische Staat unter die Herrschaft des internationalen Proletariats gerate. Im Abgeordnetenhause hatte die freikonservative Partei hauptsächlich die Aufgabe, die Bildung einer konservativ-klerikalen Mehrheit und das Abrücken der Nationalliberalen nach links zu verhindern. Beides ist gelungen. Man kann der Krone keinen bessern Dienst erweisen, als indem man sie vor Entgleisungen nach der absolutistischen Seite schützt.

Ausführlich beschäftigt sich der Parteitag mit der Polenfrage in Oberschlesien und beschließt hierzu folgende Erklärung:

Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß die Regierung der großpolnischen Bewegung große Aufmerksamkeit zuwenden und alle zur Bekämpfung derselben geeigneten Mittel kräftig zur Anwendung bringen wird. Insbesondre soll die Regierung festhalten an der bisherigen deutschen Schulpolitik unter Zulassung der Muttersprache in den durch die gegenwärtigen Bestimmungen gezognen Grenzen. Ferner soll sie das Volksschulwesen ausbauen durch Herabminderung der Klassenfrequenzen, durch Beseitigung des Lehrerwechsels und Lehrermangels, durch weitere dem Bedürfnis entsprechende Vermehrung der Lehrerbildungsanstalten und durch Festsetzung auskömmlicher Lehrergehälter. Schließlich soll die Regierung Kleinkinderschulen einrichten und obligatorische ländliche Fortbildungsschulen, die Anstalten für Volksbildung und Volkswohlfahrt fördern und besonders die wirtschaftliche Stärkung des deutschen Mittelstandes betreiben.

XIII.

Einigung der linksliberalen Parteien.

11. November. Unter dem Vorsitze von Payer aus Stuttgart tagt in Frankfurt a. M. eine Versammlung von Vertretern der Freisinnigen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Freisinnigen Vereinigung.

Es wird einstimmig beschlossen, daß auf ein Zusammengehn der linksstehenden bürgerlichen Parteien bei den kommenden Reichstagswahlen unter Wahrung der politischen Selbständigkeit der einzelnen Parteien hingewirkt, eine Verständigung über die Aufstellung von Kandidaten unter Mitwirkung der Wählerschaft in den für die liberale Werbearbeit in Betracht kommenden Wahlkreisen herbeigeführt und der Einfluß dahin geltend gemacht werden soll, daß eine Befehdung der liberalen Gruppen untereinander in Wort und Schrift unterbleibt. Zur Förderung dieses Zieles wird ein Ausschuß von Vertrauensmännern gebildet, der die Aufgabe hat, die für ein gemeinsames Vorgehn erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten und auf Beilegung dabei etwa entstehender Meinungsverschiedenheiten hinzuwirken. Die Vertreter der liberalen Parteien vereinbaren, nach Verständigung über alle in Betracht kommenden Angelegenheiten und im Einverständnis mit den Organisationen und parlamentarischen Vertretungen der einzelnen Gruppen, in einem gemeinsamen Aufruf auf die Notwendigkeit des Zusammengehns aller liberalen Kreise hinzuweisen und zur Durchführung einer entschiednen freiheitlichen Politik in Deutschland und zur energischen Bekämpfung der gemeinsamen Gegner zusammenzuwirken.

22. November. Die „Freisinnige Zeitung" in Berlin erklärt, daß die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei ihre Mitwirkung versagen würden, wenn der Versuch unternommen würde, den geplanten Ausschuß zu einer besondern, neben oder über den Parteien stehenden Organisation auszugestalten, ferner daß diese Partei nach wie vor entschlossen ist, auch den Kampf nach links nachdrücklich zu führen; sie erachte dies als ihre politische Pflicht nach ihrer ganzen Auffassung vom Wesen des Liberalismus und nach ihrer Ueberzeugung von der Verkehrtheit der marxistisch-kommunistischen Theorien wie des sozialistischen Klassenkampfes.

XIV.

Parteibewegung in den polnischen Landesteilen.

1.

Deutscher Ostmarkenverein.

25. August. In Marienburg ist der Deutsche Ostmarkenverein versammelt. Der erstattete Jahresbericht enthält folgendes:

Neu gegründet wurden 46 Ortsgruppen mit 2233 Mitgliedern, sodaß die Gesamtzahl der Ortsgruppen 405 und die Gesamtmitgliederzahl 40470 beträgt. Es ist neuerdings gelungen, in West- und Süddeutschland Ortsgruppen ins Leben zu rufen und damit das Interesse für die Polenfrage auch in Gegenden zu wecken, die dieser bisher gleichgiltig gegenüberstanden. Auch in den Ostmarken selbst ist innerhalb der deutschen Bevölkerung die Erkenntnis der Gefahr, die die nationalpolnische Bewegung für sie bedeutet, gewachsen, und mit dieser Erkenntnis war bei den meisten eine Stärkung des Nationalbewußtseins verbunden, das nicht nur in ihrer Gesinnung, sondern auch in ihrem Handeln zum Ausdruck kam. Ein Beweis

dafür ist die immer stärker hervortretende Tendenz, in deutschen Geschäften zu kaufen und polnische Gewerbetreibende nach Möglichkeit auszuschalten. Mit großer Befriedigung ist zu begrüßen, daß im vergangnen Jahre 56 Städte in allen Teilen Deutschlands dem Ostmarkenverein als korporative Mitglieder beigetreten sind. — Aus einer vom Verein aufgestellten Besitzwechselstatistik in den Ansiedlungsprovinzen geht hervor, daß die Deutschen in den Jahren 1896 bis 1903 an die Polen rund 50000 Hektar Land verloren haben, das macht etwa ein Prozent der Gesamtfläche.

Nach Reden von v. Bieler, des Majoratsherrn v. Wenzel und des Oberregierungsrats v. Heyer aus Breslau erklärt die Versammlung:

1. Der Verein ist der Ansicht, daß der preußischen Ansiedlungskommission schon heute das Enteignungsgesetz vom 11. Juni 1874 das Recht gibt, auf Grund einer Königlichen Verordnung zur Durchführung eines bestimmten Projekts einzelne Güter zu enteignen. Da aber dieses Recht von der Kommission noch nicht ausgeübt ist, hält es der Verein für wünschenswert, daß bei der demnächst notwendig werdenden Auffüllung des Ansiedlungsfonds ausdrücklich festgestellt wird, daß dieses Recht der Kommission zusteht. 2. Der Verein hält es für notwendig, daß durch gesetzliche Maßregeln eine Verschiebung des Grundbesitzes zu ungunsten der Deutschen verhindert wird. 3. Der Verein gibt wiederholt seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß der Verkauf deutschen Grund und Bodens an Polen als Verrat am Deutschtum anzusehen ist. Er dankt der nationalen Presse, daß sie bei Erörterung der leider wiederholt vorgekommnen Fälle solchen Verkaufs der gleichen Auffassung Ausdruck gegeben hat.

26. August. An die Verhandlungen schließt sich der „Deutsche Tag". Es treffen ein viele Abordnungen von Zweigvereinen des Ostmarkenvereins, des Deutschen Flottenvereins und des Deutschen Schulvereins sowie viele deutsche Gesang-, Turn- usw. Vereine, die sich an dem Festzug beteiligen. Die Vertreter der Vereine begeben sich auf die Marienburg, wo der Seminardirektor Wendt einen Abriß der Geschichte des Deutschordens gibt.

An den Kaiser gelangt folgendes Huldigungstelegramm zur Absendung: „Tausende deutscher Männer aus allen Teilen des Reiches, darunter zahlreiche Ansiedler, die in Marienburg, dieser durch das Andenken an die Kulturarbeit des Deutschen Ordens geweihten Stätte, zur Feier eines Deutschen Tages versammelt sind, bringen Eurer Majestät, dem erhabnen Schirmherrn der Ostmark, ihre Huldigung dar. Sie geloben treue Mitarbeit zur Erhaltung des Deutschtums auf der durch die Fürsorge preußischer Könige und der Väter Fleiß für alle Zeiten deutschen Erde. Kennemann, Tiedemann, Bieber." — An den Reichskanzler Fürsten Bülow gelangt ein Telegramm zur Absendung: „Dem unermüdlichen Vorkämpfer des Deutschtums." — Hierauf gehn folgende Antworten ein: „Ich habe den freundlichen Gruß des auf historischer Stätte versammelten Deutschen Ostmarkenvereins mit Freuden entgegengenommen und spreche

allen dortigen Patrioten Meinen wärmsten Dank mit der Versicherung aus, daß Ich die Treue und anerkennenswerte Arbeit auch ferner mit Meinen besten Wünschen begleiten werde. Wilhelm R." — Das Telegramm des Reichskanzlers lautet: „Ich danke dem Deutschen Ostmarkenverein für sein freundliches Begrüßungstelegramm. Fest entschlossen, an der bisherigen Ostmarkenpolitik festzuhalten, rechne ich auf die treue Mitarbeit der dortigen Deutschen, um die dem Deutschtum im Osten gesteckten Ziele zu erreichen."

2.

Die deutschen katholischen Geistlichen in den Sprengeln von Posen und Gnesen.

1. September. Der Domherr Klinke erklärt im Namen und Auftrage deutscher katholischer Priester der Diözesen Posen und Gnesen im „Dziennik Poznanski", daß dieses Blatt am 19. August einen Teil dieser Geistlichkeit durch die gemeinsten Vorwürfe, darunter den der judasmäßigen Bestechlichkeit, aufs tiefste, beleidigt habe und daher zur Erbringung des Beweises der Wahrheit der Behauptungen oder zu öffentlichem Widerrufe aufgefordert werde. Auch der Erzbischof v. Stablewski weist dieses seiner Geistlichkeit deutscher Nationalität zugefügte Unrecht als unbegründet entschieden zurück.

7. September. Gegen das Protestschreiben des Domherrn Klinke sagt der „Orędownik" in Posen:

Klinke ignoriere das preußische System und die dem polnischen Volke von der germanisatorischen Geistlichkeit drohende Gefahr. Die katholischen und nationalen Interessen des polnischen Volkes kenne er nicht, dafür sei er für sein persönliches Interesse und das der deutschen Geistlichkeit der Diözese sehr empfindlich. Solch ein junger deutscher Geistlicher, ohne tiefere Kenntnis der Verhältnisse, gehe so weit, daß er Einspruch dagegen erhebe, was die polnische Bevölkerung über ihr Leid und über die germanisierenden Geistlichen in der Presse sage. Die gesamte polnische Bevölkerung werde begreifen, was dieses dreiste Auftreten des Domherrn Klinke im gegenwärtigen Augenblick bedeuten könne. Dies sei ja eine Aufmunterung der deutschen Geistlichen zum engern Zusammenschluß gegenüber der polnischen Geistlichkeit. Dies sei der erste Keil, der zwischen die polnische und die deutsche Geistlichkeit der Diözese auf dem Gebiete des preußischen Systems und der Germanisierung durch die Kirche getrieben werden solle.

3.

Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft.

8. September. Die „Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft" und der „Hilfsausschuß für deutsche Rückwandrer" in Ostrowo wenden sich in einem Aufruf an die Landwirte des ganzen Deutschen

Reiches, in dem zur Selbsthilfe in der Landarbeiterfrage aufgefordert wird. Es heißt dort:

Deutsche Arbeiter müssen angesiedelt werden, um nicht nur den Osten, sondern bald auch weite Kreise des Westens unsers Vaterlandes vor der Gefahr der Verslavung zu bewahren. Hier im Osten müssen neue deutsche Landarbeitergemeinden geschaffen werden, in denen Stellen gegen geringe Anzahlung als Rentengüter zum Eigentum vergeben werden. Es werden Arbeiterstellen in geschlossenen Beständen eine neue Bevölkerungsschicht vorstellen, die gemeinsam vorzüglich gepflegt werden kann, die gemeinsame Interessen vertritt und gemeinsame Lasten williger trägt. Woher aber die Landarbeiter nehmen? Die Geschichte unsrer Tage selbst, wie sie sich vor unsern Augen vollzieht, gibt die Antwort. Die Revolution in Rußland hat dort entsetzliche Zustände hervorgerufen. Aber gerade sie bieten heute die Möglichkeit, den oben dargelegten Plan in großem Maßstabe zu verwirklichen. Schon jetzt strömen die unglücklichen Deutschen zu Hunderten über die Grenze. Nationale Feindseligkeit und Hunger hat sie teilweise ihrer Habe beraubt und treibt sie nun zu uns herüber. Alle erfüllt nur der eine Wunsch, in geordneten Zuständen ein friedliches Dasein zu führen. Es haben ganze Dörfer aus Wolhynien, dem Kaukasus und von der Wolga ihr Kommen angezeigt.

4.

Großpolnische Agitation und Schulkinderstreik wider deutschen Religionsunterricht.

7. September. Die „Gazeta Gdanska“ in Danzig spricht sich dahin aus:

Wir wissen nicht, was unser wartet, aber das wissen wir, daß die Zukunft Polens in Gottes Hand und in unsern Händen ruht. Denkt daran, daß sich die Polen nur in Verbindung mit den slavischen Brüdern und namentlich den Ruthenen und Tschechen ein glückliches Los sichern können. Deshalb müssen sich die Polen um die engste Verbrüderung mit den Slaven bemühen. Wenn sich die Polen weder um die Slaven kümmern noch sich mit ihnen werden verbinden wollen, dann werden sie wer weiß wie lange die Gefangenschaft tragen müssen.

15. September. Der Bürgermeister von Hohensalza klagt in einer Ansprache an den Oberpräsidenten v. Waldow über die wirtschaftlichen Nachteile durch den Boykott der Polen, „ohne daß sich die Deutschen durchweg zu einer wirksamern Unterstützung ihrer Volksgenossen aufgerafft hätten. Erwecken diese Umstände das Gefühl der Verbitterung, so kommt dazu noch die Enttäuschung darüber, daß sich alle Hoffnungen, die die Bürger in den letzten Jahren auf die Hilfe der Staatsregierung gesetzt, ganz und gar nicht erfüllt haben.“ — Die Versammlung des Strazvereins bezeichnet den in deutscher Sprache erteilten Religionsunterricht als schädlich.

16. September. In Pelplin, Exin und Kosten finden Protestversammlungen gegen die Einführung des deutschen Religionsunterrichts in den obern Volksschulen statt.

Anfang Oktober. In den Volksschulen der Provinz Posen breitet sich ein systematischer Streik der polnischen Schulkinder gegen den deutschen Religionsunterricht immer weiter aus. Es finden zahlreiche Versammlungen statt, die von den Eltern der Kinder und zum Teil auch von den polnischen Geistlichen besucht sind, und in denen beschlossen wird, die Kinder zum weitern Widerstande anzuhalten. — In einem Aufrufe heißt es:

Rettet, wer an Gott glaubt! Eltern! Erwachet! Wecket mit aller Gewalt auch eure Nachbarn! Seht ihr nicht das über euern Häuptern flammende Feuer? Sehr ihr nicht, was euern Kindern droht? Wenn ihr ihnen gestattet, weiterhin die Religion in deutscher Sprache zu lernen, so seid ihr Abtrünnige von euerm Glauben. Sehet ihr Blinden nicht, daß der lutherische Teufel dem katholisch-polnischen Kinde nicht nur die Sprache, sondern auch die Religion entreißen will?

5. Oktober. In der „Gazeta Opolska" heißt es in bezug auf die im Heere dienenden Polen:

Im Herbst eines jeden Jahres pflegt ein ganzer Haufe „Preußaken" vom Militär entlassen zu werden, und weil wir den Preußaken Dienste tun müssen, so kehren auch die Unsrigen nach Hause zurück. Ist es recht für einen Polen, wenn er freigelassen ist, noch in preußischer Uniform zu gehn? Nein! es ziemt sich nicht! Das ist eine schwere Sünde, begangen an Polen, unserm Vaterlande! Ueberall schikanieren sie, überall verfolgen sie dich. Und für dieses alles brüsten wir uns mit unsrer Zugehörigkeit zum preußischen Heere! Schämen wir uns! Für alle diese Wohltaten trägst du die preußische Mütze. Ei, Bruder, schäme dich!

10. Oktober. Eine polnische Abordnung bittet den Erzbischof v. Stablewski in Posen, zum „Schutze der bedrohten Kinder einzutreten". Er erwidert im Widerspruch mit dem am 20. August 1901 an die Bischöfe Böhmens und Mährens gerichteten Schreiben des vorigen Papstes, daß er ebenso wie die Eltern und die Bevölkerung um die Zukunft des Glaubens, der Kirche und der öffentlichen Ordnung besorgt sei, sofern nicht eine Aenderung beim Religionsunterricht eintrete. Hier handle es sich nicht um irgendwelche weltlichen Rücksichten, sondern lediglich um die Kirche, den Glauben und die Erlösung der Seelen. Wenn er eine Aenderung in dieser Hinsicht mit seinem Leben erkaufen könnte, so würde er es gern opfern, sowie er den bisherigen Schutz mit Opfern an Gesundheit und mit besorgtem Herzen erkauft habe. — Der Erzbischof empfängt Bittschriften in diesem Sinne aus 324 Orten mit 17190 Unterschriften.

14. Oktober. Der Erzbischof läßt von den Kanzeln aller Kirchen seiner Sprengel ein an seine Diözesanen gerichtetes Schreiben verlesen.

Hiernach habe er sich überzeugt, wie sehr die Kenntnisse in der Religion und das sittliche Gefühl in der jüngern Generation im Rückschritt begriffen seien. Daran knüpft er die Ueberzeugung für die Notwendigkeit der Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache. Nur dieser sei imstande, das kindliche Gemüt zur wahren Erkenntnis Gottes auszubilden. Er teile daher die Meinung der Geistlichen und der Eltern, und es bleibe „unter den gegebnen Verhältnissen nur übrig, den Religionsunterricht in der Schule durch einen solchen in Haus und Kirche zu ergänzen". Der Erzbischof bittet die Geistlichen, die schon Beweise opferwilliger Arbeit gegeben hätten, erneut mit noch größern Opfern sich der Katechisierung der Jugend zu widmen, und fordert die Eltern auf, die Kinder noch eifriger und sorgfältiger zu erziehen. (v. Stablewski wurde am 1. April 1873 aus seinem Dienste als Religionslehrer am Gymnasium in Schrimm entlassen, weil er im Widerspruch mit der Königlichen Behörde den Religionsunterricht nicht in deutscher Sprache erteilen wollte.)

Im Anschluß an diesen Hirtenbrief läßt die Posener Geistlichkeit von den Kanzeln einen Aufruf verlesen, der also beginnt:

Ihr habt das Wort des Erzbischofs vernommen, von dem erklärt wird, daß es eine Lehre der Kirche ist, daß der Religionsunterricht den Kindern in ihrer Muttersprache erteilt werden muß. Eure Pflicht ist es daher, an diesem Grundsatze unverbrüchlich festzuhalten und dafür zu sorgen, daß eure Kinder die Religion in polnischer Sprache lernen, daß sie polnische Katechismen und biblische Geschichten besitzen, und dabei Gott zu bitten, daß er den heutigen Stand der Dinge ändre.

Die Vereinsvorstände sämtlicher katholischer Polenvereine des Ruhrgebiets beschließen in Bochum einstimmig, an die kirchliche Oberbehörde die gemeinsame Forderung zu stellen, an die Spitze der einzelnen Polenvereine nur Geistliche polnischer Nationalität zu stellen und die Seelsorge für die Polen nur durch polnische Priester ausüben zu lassen. Die bisher Polnisch sprechenden Geistlichen deutscher Nationalität werde man nicht mehr als Leiter der Polen dulden.

16. Oktober. Eine von einem Geistlichen und 700 Polen besuchte Versammlung in Ostrowo wird polizeilich aufgelöst, als ein Redner zum Kampf gegen den deutschen Religionsunterricht auffordert und dabei betont, daß das polnische Volk sich auflehnen müsse, auch wenn dabei Blut fließen sollte. — Zu dem Hirtenbriefe des Erzbischofs sagt die „Schlesische Volkszeitung" (Zentr.):

Schon seit Jahren haben die Eltern gegen die Verdrängung der Muttersprache aus dem Religionsunterrichte in den einzelnen Schulen protestiert. Ebenso hat die Diözesanbehörde der Regierung die schrecklichen Folgen solcher unnötigen und die Bevölkerung in ihren heiligsten Gefühlen verletzenden Maßnahmen vor Augen geführt. Aber alles erfolglos. Nachdem die Leitung der Provinz der jetzige Oberpräsident v. Waldow, der aus einer rein protestantischen Gegend hierher kam und die katholischen Verhältnisse ganz und gar nicht kannte, übernommen hatte, begann mit verschärftem Tempo den Religionskampf. Nun hat man regierungsseitig die Sache so auf die Spitze getrieben, daß ein Schulstreik im Ausbruch begriffen ist, der die Schulbehörden bloßstellen muß.

Dagegen sagt die „Kölnische Zeitung“ zu dem Hirtenbriefe: „Das Fehlen jeglicher Mahnung zum Einstellen der Schulausstände macht den Brief zu einer scharfen Waffe in den Händen der polnischen Radikalen, die ihn wohl auch bald zum Kampf gegen die Regierung und das Deutschtum benützen werden. Daß die deutschen Kreise im Osten das Schreiben vom 14. Oktober als Stärkung der nationalpolnischen Propaganda scharf verurteilen, bedarf keiner Hervorhebung. Sie geben der Ansicht Ausdruck, das Verhalten Stablewskis widerspreche der Verpflichtung, die er durch seinen Eid übernommen habe. Es sei außerdem unpädagogisch und unkirchlich, da gerade dieses Vorgehen des Erzbischofs zur sittlichen Verwilderung der Jugend beitragen müsse.“ — Die „Germania“ (Zentr.) spricht sich also aus:

Mit großer Beunruhigung schauen die Katholiken Deutschlands auf die immer raschere Protestantisierung des früher allein katholischen Landstrichs. Sie sehen das Emporwachsen so vieler protestantischer Kirchen, die Tausende von protestantischen Ansiedlungen, das Zusammenschmelzen ganzer katholischer Gemeinden und fragen sich, auf welcher Rechtsgrundlage soll der Protestantismus das Vorrecht genießen, auch mit katholischem Gelde und auf Kosten des Katholizismus sich auszubreiten. Und nun will die protestantische Regierung auch noch das Anrecht der Kirchenbehörde und der Eltern auf die religiöse Erziehung der Jugend diesen beiden Autoritäten streitig machen, ein Anrecht, das sie den protestantischen Litauern anstandslos zuerkennt.

Ein Hinweis auf die höchst mangelhafte Eidestreue des Erzbischofs v. Stablewski veranlaßt die „Kölnische Volkszeitung“ zu der Bemerkung:

Mit vollem Recht erklärt der Erzbischof, indem er auf die Beschlüsse des Konzils von Trient und mehrerer Synoden auf deutschem wie auf polnischem Boden verweist, daß die Kirche den Religionsunterricht in der Volkssprache verlangt. Es ist lächerlich, wenn demgegenüber „deutsche“ Kreise im Osten meinen, das Verhalten des Erzbischofs widerspreche der Verpflichtung, die er durch seinen Eid übernommen habe. Kein Bischof kann eine Verpflichtung übernehmen, staatliche Maßregeln gutzuheißen, die unveränderlichen Gesetzen seiner Kirche widersprechen.

17. Oktober. Der polnische Schulstreik hat sich auf den ganzen Bromberger Bezirk ausgedehnt. — An die Adresse des Reichskanzlers und des Kultusministers richtet die „Gazeta Grudzionska“, herausgegeben vom Reichstagsabgeordneten Kulerski, folgende Anrede:

Ihr verdreht die pädagogischen Grundsätze, ihr tretet sie mit Füßen, ihr verschafft unsern polnischen Kindern die schrecklichsten Torturen und quälet sie sowohl physisch als geistig in grausamer Weise! Ihr tötet in unsern Kindern mit Hilfe des verbrecherischen Schulsystems die Intelligenz, um sie zu geistigen Krüppeln zu machen, um sie in der Jugend zu vernichten und sie für den Lebenskampf untauglich zu machen! Ihr vergiftet, mordet die Seelen unsrer Kinder, ihr mißbraucht den heiligen Religionsunterricht zur Germanisierung, zu politischen Zwecken. Ihr erweckt

in ihnen Haß zur Religion, ja ihr tötet in ihnen die Religion! Ihr begehet ein schändliches Verbrechen an den Seelen unsrer Kinder, und doch habt ihr nicht den Mut des gemeinen Raubmörders, der sein Opfer tötet und sich damit brüstet. Gott fürchtet ihr nicht, aber ihr fürchtet euch, vor dem Gericht der zivilisierten Völker zu stehn! Schämet euch, ihr fürchtet das Tageslicht! Den Geist und die Seele des polnischen Kindes zu töten, fürchtet ihr euch nicht, aber ihr wollt im Geheimen arbeiten wie Giftmischer, wie Meuchelmörder!

22. Oktober. Die „Kölnische Volkszeitung" (Zentr.) schreibt: Die polnische Angelegenheit ist an einem Punkt angelangt, daß die Regierung, falls sie auf dem betretnen Wege weiter gehn sollte, es nicht lediglich mit der Zentrumspartei, sondern mit dem gesamten Katholizismus Deutschlands zu tun bekäme.

23. Oktober. Der Parteitag der schlesischen Zentrumspartei in Neiße erhebt Einspruch gegen jede Verletzung des durch die staatlichen Organe etwa begangnen Rechts der Eltern auf Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen in der Muttersprache. (Unter Volksschule hatte das Konzil zu Trient in den Jahren 1545 bis 1563 nur den Gegensatz zur lateinischen Sprache gemeint.)

26. Oktober. In das Schulhaus zu Bendzitowo wird eine mit Petroleum gefüllte Bombe geworfen. Das Schulhaus brennt nieder.

27. Oktober. Die polnischen Vereine des Ruhrgebiets leiten umfangreiche Geldsammlungen unter den Polen des Ruhrgebiets ein zur Unterstützung der in der Provinz Posen entstandnen Kampfbewegung für die polnische Sprache im Religionsunterricht.

28. Oktober. Der Verband der deutschen Katholiken in den polnischen Landesteilen versammelt sich in Kosten. Der Vorsitzende Matschewsky sagt in einem Rückblick auf das letzte Jahr:

Bei der letzten Vertreterversammlung sei die Hoffnung berechtigt gewesen, daß die bischöfliche Behörde sich nunmehr freundlicher zu dem Verbande stellen werde. Der Vorstand habe sich aber sehr bald enttäuscht gesehen. Ganz neue unbegründete Behauptungen seien aufgestellt worden, auf die gestützt man dann wieder den geistlichen Mitgliedern die Zugehörigkeit zum Verbande der deutschen Katholiken untersagt habe. So unangenehm es gewesen sei, daß die Geistlichen aus dem Verbande ausscheiden mußten, so erfreulich sei es bei der Gelegenheit gewesen, daß nunmehr die deutschen Katholiken die wahre Gesinnung der gegnerischen Seite erkannt hätten und darum fester zusammenhielten, um ihre Pflichten und Rechte als Katholiken und treue Staatsbürger zu wahren und zu erfüllen.

Lehrer Mollik aus Hohensalza, der Schriftführer des Verbandes, erstattet den Jahresbericht. Dieser stellt eine sichere Weiterentwicklung des Verbandes fest und beschäftigt sich mit dem Verhältnis des Verbandes der deutschen Katholiken zum Erzbischof v. Stablewski. Die Versammlung telegraphiert an den König, sie bitte, „den Ausdruck tiefster Ehrfurcht und unverbrüchlichsten Gehorsams mit der Ver-

sicherung entgegennehmen zu wollen, daß wir bereit sind, jederzeit in Wort und Tat einzutreten für Thron und Altar sowie für deutsches Wesen und Volkstum".

29. Oktober. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" enthält halbamtlich folgendes: In Sachen des Posener Schulstreiks haben die Reichstagsabgeordneten v. Grabski und Graf Mielzynski nachstehendes Telegramm an den Kultusminister abgesandt:

Die polnischen Schulkinder werden mit Arrest täglich eine und mehr Stunden für Befolgung des Verbots seitens ihrer Eltern betreffs ihrer Teilnahme am deutschen Religionsunterricht bestraft. Wir Väter nehmen die ganze Verantwortlichkeit für unser Verbot auf uns und beantragen sofortige Beseitigung der kulturwidrigen Arreststrafen aus menschlichen und pädagogischen Gründen. Im Auftrage der in Gnesen heute tagenden Familienväter.

Die Antwort des Ministers lautet: „Die Aufhebung der Arreststrafen gegen Schulkinder, welche die bestehende Schulordnung verletzen, lehne ich ab. Kulturwidrig ist die Hetzarbeit, welche die Väter der Schulkinder dazu verführt, letzteren den Ungehorsam gegen Anordnungen der Schulbehörde zur Pflicht zu machen. Diese Anordnungen werden mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln durchgeführt werden." — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fügt hinzu: „Wir veröffentlichen diese Antwort, um zu zeigen, daß die Unterrichtsverwaltung nicht daran denkt, den polnischen Forderungen auch nur in einem Punkte nachzugeben. Die Staatsregierung wird ruhig, aber mit Nachdruck der polnischen Bevölkerung zum Bewußtsein bringen, daß in der deutschen Volksschule nicht leidenschaftliche Agitatoren das entscheidende Wort führen, daß vielmehr die wohlerwognen Anordnungen, die im Interesse der Bevölkerung und des Staatswohles notwendig sind, ohne Schwanken durchgeführt werden."

30. Oktober. Der polnische Schulkinderkrieg hat einen unerwarteten Umfang angenommen. Es streiken 40000 Schulkinder, hauptsächlich in den Bezirken Posen und Bromberg. Mehrfach werden Lehrer beschimpft und in ihrer persönlichen Sicherheit bedroht. Die katholischen Geistlichen im Dekanate Kempen machen von den Kanzeln bekannt, es sei heilige Verpflichtung, daß: 1. die Kinder den Katechismus, die biblische Geschichte und den Kirchengesang polnisch lernen; 2. daß sie polnisch beten, denn das Gebet sei ein Erfordernis der heiligen Religion; 3. daß die Kinder nur in polnischer Sprache mit den Worten: „Gelobt sei Jesus Christus" grüßen, denn dieser Gruß sei gleichfalls Sache der heiligen Religion. „Wollet jedoch nur mit gesetzlichen Mitteln alle diese Verpflichtungen erfüllen und betet zu Gott, auf daß dieser eure Forderungen erhöre." — In einer Auslassung der „Wiener Politischen Korrespondenz"

wird eine halbamtliche Kundgebung des Vatikans erblickt. Darin wird gesagt, zweifellos werde die Haltung Stablewskis keineswegs mißbilligt:

„Man rechnet im Vatikan auf die staatsmännische Einsicht und den versöhnlichen Sinn der maßgebenden preußischen Kreise den Katholiken gegenüber und ist überzeugt, daß die entscheidenden Stellen es zu verhindern wissen werden, daß das gute Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhle und dem Reiche, dessen Aufrechterhaltung beiderseits aufrichtig gewünscht wird, durch die obenerwähnten Schwierigkeiten und deren etwaige Folgen eine Störung erfahre."

2. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt eine ausführliche Darstellung der seit 1842 in Betracht kommenden Verhältnisse des sogenannten Schulstreiks und sagt sodann:

Der Umstand, daß Stablewskis Hirtenbrief jede Warnung vor ungesetzlichen Schritten unterläßt, gab der Presse und den Agitatoren willkommnen Anlaß zu der irreführenden Behauptung, als ob die kirchliche Oberbehörde den ebenso unpädagogischen wie unkirchlichen Schulstreik billige. Die Schulverwaltung hat der bedauerlichen Bewegung gegenüber Ruhe und Besonnenheit bewahrt. Das Ziel der polnischen Agitatoren, die Lehrerschaft nervös zu machen und sie zu Mißhandlungen der Kinder zu verleiten, ist bisher nicht erreicht worden und wird auch nicht erreicht werden. Man wird auch ferner tunlichst vermeiden, die Kinder zu Märtyrern für die Schuld andrer zu machen. Dagegen wird die Schulzucht nachdrücklich aufrecht erhalten. Die an dem Religionsunterricht in deutscher Sprache auf Grund des Verbots ihrer Eltern oder infolge der Aufreizungen in der Presse nicht teilnehmenden Schüler werden in den betreffenden Stunden anderweit, möglichst mit deutschem Sprachunterricht, beschäftigt. Ist die Zahl der widerspenstigen Kinder in der Schule erheblich und ergeben sich Schwierigkeiten für die Wahrung der Disziplin, so werden jene von den willigen Kindern abgesondert behufs eingehenderer erziehlicher Beeinflussung. Die dadurch in vielen Fällen notwendige Neuanstellung von Lehrern und die Beschaffung weiterer Schulräume erfolgt auf Kosten der Gemeinden.

4. November. In Moschin bei Posen wird eine in der Angelegenheit des Schulstreiks berufne Versammlung polizeilich verboten. Darauf sammelt sich eine sehr erregte Menschenmenge an, die schwere Ruhestörungen verursacht, worauf mit der Waffe gegen sie eingeschritten wird.

5. November. Nachdem zehn polnische Geistliche in Sachen des Schulstreiks eine Volksversammlung nach Kattowitz ausgeschrieben haben, macht es der Kardinal-Fürstbischof Kopp von Breslau dem Hauptbeteiligten, Pfarrer Skovronski, zur Pflicht, das Komitee aufzulösen mit dem Wunsche, daß die Versammlung unterbleibe.

6. November. Auch in Ausführungen der Polenblätter „Kur. Poznanski" und „Dziennik Kujawski" wird nunmehr zugestanden, daß der polnische Religionsunterricht und der Schulstreik ein wichtiges Agitationsmittel für die polnischen National-

bestrebungen sind; dadurch würden die nationalen Leidenschaften erweckt, und die preußische Regierung würde in Polen wie im Auslande verhaßt gemacht.

8. November. Der Landrat des Kreises Mogilno enthebt 48 Dorfschulzen und Schöffen des Amts, weil sie sich für den polnischen Religionsunterricht verwandt hatten. — Die „Kreuzzeitung" veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Katholische Wühlarbeit für Großpolen" eine Zuschrift, in der gesagt wird:

Die Berichte über den Sprachenstreit in der Provinz Posen haben wiederholt hervorgehoben, welch bösen Unterschied die „polnische" Geistlichkeit zwischen den Ländern diesseits und jenseits der deutschen Grenze macht. Diesseits wird es als Glaubenssache hingestellt, daß die Kinder den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache erhalten sollen. Jenseits der deutsch-russischen Grenze unterdrückt die „polnische" Geistlichkeit auch im Religionsunterricht die andern Sprachen zugunsten der polnischen. Es ist nun eine eigentümliche Tatsache, daß da, wo die Mischung der deutschen Sprache mit einer andern in Betracht kommt, die katholische Geistlichkeit regelmäßig als Gegnerin der deutschen Sprache auftritt. Aus vielen Tatsachen geht zur Genüge hervor, daß die katholische Geistlichkeit keineswegs grundsätzlich auf Religionsunterricht in der Muttersprache besteht, sondern „auch anders kann", und daß ihr „anders können" sich zumeist gegen die deutsche Sprache richtet. Unbestreitbar stellt sich also ihre jetzige Tätigkeit in der Provinz Posen als großpolnische Wühlarbeit dar, nicht als Glaubenseifer: Politik, nicht Religion.

9. November. Wegen seines obigen Versuchs, die Hinübertragung des polnischen Schulkinderstreiks nach Oberschlesien zu verhüten, wird Kardinal Kopp von der polnischen Presse Oberschlesiens heftig angegriffen. Insbesondre sagt das Blatt in Beuthen:

Die Tatsachen beleuchten in grellster Weise nicht nur das Verhältnis der geistlichen Behörde und besonders des Kardinals Kopp zu uns Polen, sondern auch sein Verhältnis zu den Geistlichen, die der polnischen Nationalität wohlgesinnt sind. Das Recht war auf der Seite unsrer Geistlichen. Ehre diesen trefflichen Priestern, die hinausgingen, ihre Schafe zu suchen und zu achten, daß sie die Wölfe nicht fressen. Auf dem halben Wege trat ihnen der höchste Priester der Diözese entgegen. Mit schwerem Herzen sind ihm die Priester gefolgt. Als wir die Nachricht erhielten, waren wir erstarrt vor Schmerz und Entrüstung. Wie, fragten wir uns, ist es schon so weit gekommen, daß wir auch schon vor dem Kirchenfürsten als Bürger zweiter Klasse gelten? Fängt die Kirchenbehörde auch an, der weltlichen Macht zu folgen und uns und unsre Priester als kleine starrköpfige Kinder zu behandeln! Kardinal Kopp, dieser Mann, der für seine Schäfchen die liebende Hand eines Tröster haben sollte, hat schmerzlich die Herzen des polnischen Volks verwundet.

10. November. Erzbischof v. Stablewski empfängt eine große Polenabordnung aus der ganzen Provinz, die ihm für seine Stellungnahme im Schulstreik dankt. Der Erzbischof dankt für die Huldigung und versichert, daß er kein Mittel unversucht lassen würde, um seine Pflicht bezüglich der „religiösen" Erziehung der

Jugend zu erfüllen; er erachte dies als seine einfachste Hirtenpflicht. Gott werde in dieser schwierigen Zeit seinen Trost sowohl der Kirche als auch den Eltern und den Schulkindern senden. — Im oberschlesischen Dorfe Kandrzin (Kreis Kosel) wird ein Zentrumsverein der oberschlesischen katholischen Geistlichkeit gegründet, der die Haltung der oberschlesischen Großpolenblätter scharf mißbilligt. — Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Ostmarkenvereins „gibt der Entrüstung Ausdruck über die von den polnischen Agitatoren betriebnen maßlosen Verhetzungen der polnischen Schuljugend sowie über den frevelhaften Mißbrauch, der zu politischen Zwecken mit der Religion getrieben wird".

15. November. Es wird eine vom Domkapitel zu Gnesen an den König gerichtete Bittschrift veröffentlicht. Darin heißt es, die Anordnung der Schulverwaltung „hat uns in eine unangenehme Lage versetzt, da die Religion und der Unterricht darin nach der Natur der Sache nur in der Muttersprache richtig verstanden werden kann, bei dem Fehlen eines solchen Verständnisses laufen unsre Kinder Gefahr, in einen unmoralischen Lebenswandel zu verfallen". Die Bitte geht dahin, „den entstandnen Streit zwischen der Schulbehörde und den gewissenhaften katholischen Eltern und Kindern, die einmütig die Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache verlangen, gemäß unserm uns angebornem Recht und den Vorschriften der katholischen Kirche zu unsern Gunsten zu entscheiden". Die Eingabe wird vom Kultusminister in Auftrag abschlägig beschieden.

Kardinal Kopp verfügt die Auflösung des polnischen Vereins der Oberschlesier im fürstbischöflichen Konvikte zu Breslau. Der „Katolik" sagt dazu: „Erst heute erkennen wir das wahre Gesicht dessen, der durch göttliche Zulassung unser Bischof wurde. Sein Gesicht ist drohend, nicht das eines Freundes, sondern das eines harten und rücksichtslosen Machthabers."

22. November. Der Erzbischof v. Stablewski empfängt eine große Abordnung bäuerlicher Besitzer als Vertreter des polnischen Bauerntums der ganzen Provinz, die ihm für seine Bemühungen wegen des Religionsunterrichts der polnischen Kinder dankt.

23. November. Ausschreitungen zum Teil sehr bedenklicher Art gegen Lehrer werden dem Posener Tageblatte aus manchen Orten der Provinz gemeldet. — Die schlesischen Blätter „Górnoślązak" in Kattowitz und „Dziennik Slaski" in Beuthen enthalten eine Aufforderung zum Kampf, in der es heißt:

Unsre Feinde wollen uns im öffentlichen Leben das Recht des Gebrauchs der polnischen Sprache nehmen, wozu sie die Verfassung ändern wollen; sie wollen die polnischen Zeitungen unterdrücken, die einzige Verteidigung, die uns

geblieben ist. Landsleute! Werdet ihr etwa schweigen auf die Angriffe eurer Feinde? Werdet ihr euch nicht furchtlos in den Kampf um eure wichtigsten Rechte stürzen? Zur rechten Zeit rufen wir euch zum Kampfe. Zum Kampfe, unblutig wahrlich, aber nicht weniger erhebend, nicht minder heilig.

9. Dezember. Eine Polenversammlung in Bochum stellt eine Reihe von Forderungen auf, in denen es heißt:

Den Kindern polnischer Eltern muß als Vorbereitung zur heiligen Kommunion Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werden. 1. Kindertaufen, Trauungen und Begräbnisse bei Polen dürfen nur unter Anwendung der polnischen Sprache begangen werden. 2. Die Seelsorger für die Polen müssen aus den polnischsprechenden Provinzen stammen. (Diese Forderungen sind bei der vor zwei Jahren in Fulda abgehaltnen Bischofskonferenz entschieden zurückgewiesen worden.)

Die „Kölnische Zeitung" schreibt hierzu: „Wenn die Polen in Rheinland und Westfalen polnische Geistliche aus dem Osten erhalten — nicht etwa deutsche Geistliche, die der polnischen Sprache mächtig sind —, dann werden sie an diesen Leuten, ebenso wie im Osten, auch politische Führer erhalten. Das würde sie in ihrem Streben, in unserm kerndeutschen Westen polnische Enklaven zu schaffen, ganz wesentlich kräftigen. Es ist erfreulich, daß die Polen bei solchen Unternehmungen bei den deutschen Bischöfen keine Unterstützung finden. Eine dauernde Beseitigung der polnischen Gefahr im Westen können wir aber nur von der nationalen Einsicht unsrer Industriellen erwarten."

XV.

Die Parteien über einzelne Fragen und Vorgänge.

1.

Ueber die Frage der Informierung des Kaisers.

6. Juli. An diesem Tage morgens soll, wie französische Blätter melden, der Kaiser von der „Hamburg" aus im Hafen von Bergen in Norwegen den Schokoladefabrikanten und französischen Abgeordneten Menier auf der Jacht „Ariadne" besucht und lange mit ihm über den verstorbnen französischen Staatsmann Waldeck-Rousseau gesprochen und dem Pariser „Matin" zufolge dort noch folgendes über die Presse gesagt haben:

Man hat meine Absichten mißverstanden und meine Gedanken entstellt. Wenn ich jemand beschuldigen wollte, wäre das die Presse. Sie ist an viel Schlechtem schuld. Die Unverantwortlichkeit, die im Journalismus herrscht, ist sehr sonderbar. In allen andern Berufszweigen muß jemand genaue Bedingungen erfüllen. Der Arzt kann den

Kranken nur pflegen, wenn er ein Examen bestanden hat, das ihn oft viele Arbeitsjahre gekostet hat. Der Advokat kann erst plädieren, wenn er Jura studiert hat. Nur der Journalist braucht weder Examina noch Studien. Ein junger Mann von zweiundzwanzig Jahren kann in dem größten, geachtetsten Blatte der Welt einen Artikel schreiben, der den stärksten Widerhall finden und den mächtigsten Eindruck auf die Zeitgenossen machen kann. Täglich befinden sich in den Zeitungen Kommentare und Kritiken, deren Verfasser gewiß ehrliche Männer sind, die aber oft der Kenntnisse ermangeln. Diese Männer sind Leiter der öffentlichen Meinung, sie üben den größten Einfluß aus und sind oft am wenigsten dazu geeignet.

Diese angeblichen Aeußerungen geben, wenngleich unter den berührten Journalisten zunächst französische gemeint zu sein schienen, der deutschen Presse Anlaß zu im wesentlichen folgenden Bemerkungen:

16. Juli. Ein großer Teil der deutschen Presse glaubt sich nunmehr auf die Frage hingewiesen zu sehen über die Art, wie der Kaiser durch seine Beamten unterrichtet wird. Hierzu schreiben zunächst die „Hamburger Nachrichten“:

Wir haben schon seit langer Zeit den Eindruck, als ob es mit dieser Informierung des Kaisers nicht zum besten stehe. So manche Stellungnahme und Aeußerung des Monarchen erschien nur dann erklärlich, wenn man annahm, daß ihm von seinen amtlichen und außeramtlichen Beratern und Informatoren ein Bild der Sachlage, um die es sich in dem betreffenden Falle handelte, gegeben worden sei, das der Wahrheit nicht in allen Punkten entsprach. Welche schweren Nachteile für Reich, Staat und Volk aus einer solchen falschen, einseitigen oder unvollständigen Informierung des Kaisers entstehen können, und ein wie großes öffentliches Interesse daran besteht, daß der hier offenbar vorliegende Uebelstand baldigst beseitigt wird, bedarf nicht erst der nähern Ausführung. Wen die Schuld für die falsche oder unzureichende Information des Monarchen trifft, läßt sich natürlich sehr schwer feststellen. Die Vermutung spricht aber dringend dafür, daß sowohl amtliche wie höfische Stellen und außerdem Privatpersonen in Betracht kommen, die das Ohr des Kaisers haben und diesen Umstand zu benutzen wissen. Oftmals mag der Fall vorkommen, daß man, um ihm nicht eingestehn zu müssen, auf irgendeinem Gebiete eine falsche Politik getrieben oder dem Monarchen zu einer solchen geraten zu haben, sich dem Kaiser gegenüber mit Verlegenheitsdarstellungen zu helfen sucht, die der Wahrheit nicht ganz entsprechen.

Der „Hannov. Courier“ macht den Beratern des Kaisers und dem Reichskanzler Vorwürfe:

Es muß auf den hier immer wieder hervortretenden Mißstand gerade von denen in aller Offenheit hingewiesen werden, die die Aufrechterhaltung des vollen Ansehens der monarchischen Institutionen in unsrer Zeit für eine der wichtigsten Aufgaben der verantwortlichen Staatslenker halten. Dieses Ansehen wird nicht gefördert, wenn Auslassungen des Monarchen wiederholt eine begründete Kritik herausfordern. Sache der verantwortlichen Berater des Kaisers, der selbst unmöglich alle Einzelheiten übersehen kann, ist es, dem vorzubeugen, und sie müssen diese Pflicht erfüllen, wenn es ihnen auch durch äußere Verhältnisse wie durch innere Momente noch so erschwert wird.

1. August. Der „Reichsbote" in Berlin (kons.) bringt einen Aufsatz „Der Kaiser und die deutsche Presse". Darin wird gesagt:

Dieses Thema fährt fort, die Oeffentlichkeit zu beschäftigen. Unsre Anregung, daß sich der Kaiser ein eignes Preßkabinett schaffen möge, das ihm in planmäßiger Sachlichkeit, unabhängig von allen Tendenzen, den jeweiligen Tagesstoff gewissermaßen als objektiven Auszug aus den öffentlichen Erörterungen, geistigen Kämpfen und Anregungen der Presse darbietet und bereit hält, war mehrfach Gegenstand bald zustimmender, bald ablehnender Besprechung. Die jetzigen Zustände sind unzureichend. Teils entgeht dem Kaiser bei seinen vielseitigen Regentenpflichten, Neigungen und häufigen Reisen trotz aller geistigen Begabung und trotz seines Dranges, sich überall selbst zu unterrichten, naturgemäß genug Wissenswertes, das nur eine unablässige Berufsarbeit und interne Kenntnis der deutschen Presse vermitteln kann, teils empfängt er durch den offiziösen Apparat eine eigentümliche Destillation der öffentlichen Meinung, die man eigentlich nur mit dem Kreislauf des Wassers vergleichen kann. Durch Beeinflussung einer großen Anzahl von Zeitungen aller Parteirichtungen läßt man zunächst die ministerielle Weisheit als Regen auf die Erde niederfallen, dann steigt dasselbe Naß wieder meist als öffentliche Meinung in den bekannten aufgeklebten Ausschnitten zu den Wolken, an den Thron des Herrschers empor. Dabei kommt natürlich weder eine allseitige noch eine eindringende persönliche Information desselben zustande. Die Folgen sind nur zu oft Mißverständnisse oben und unten, die bei gegenseitiger besserer Kenntnis leicht vermieden werden könnten.

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt:

Auch sonst ist der Kaiser über das Wesen der deutschen Presse in einer Weise unterrichtet, die schwere Vorwürfe gegen seine amtlichen Ratgeber begründet. Die Presse hat sich im letzten halben Jahrhundert zu einem Machtfaktor entwickelt, über dessen Bedeutung für die innere und die internationale Politik bei niemand mehr ein Zweifel ist. Da ist es Pflicht der Ratgeber eines Monarchen, diesen über das Wesen und die innere Struktur dieser Institution aufs genaueste zu informieren. Wo gibt es ein Blatt, das sich zu den „größten und geachtetsten der Welt" zählen dürfte, in dem zweiundzwanzigjährige Männer den Ton angeben und Artikel schreiben könnten, die „auf die Zeitgenossen den mächtigsten Eindruck machen können"? Wo sind solche Herren „Leiter der öffentlichen Meinung"? Dergleichen Blätter gibt es nicht.

2.

Ueber die Rede des Kaisers in Breslau.

10. September. Ueber die Rede, die der Kaiser, nach der Behauptung der politischen Blätter aller Parteien, bei der Galatafel im Breslauer Zwinger am 8. September abends gehalten haben soll (S. 9—11), spricht sich die Presse aller Parteien in sehr lebhafter Weise aus. — Zunächst sagt die Berliner „Tägliche Rundschau":

Wer eine Rede nur nach dem Buchstaben aufzufassen vermag, und wem Worte alles bedeuten, der wird an der Ansprache Grund zu mächtiger Empörung und Anlaß zu langen kritischen Auseinandersetzungen haben. Wer aber den Kaiser als ganze Persönlichkeit nimmt und seine Rede als Ausfluß eines Temperaments und einer durch die Ereignisse dieses Sommers verletzten idealen Gesinnung, der wird sich der Rede freuen, trotzdem er einzelne Worte bedauert.... Es sollten jene, die in den nächsten Tagen in ihrem verletzten Staatsbürgerbewußtsein die volle Schale des Zorns und der Entrüstung über die Kaiserrede ausgießen werden, sich doch fragen, ob der Kaiser nicht, wenn man die im raschen Redeflusse unglücklich gewählten Worte preisgibt, durchaus das Richtige trifft und als Warner vor einer Volkskrankheit den Dank verdient.

Die „Köln. Zeitung" hebt hervor, in liberalen Kreisen werde die Mahnung des Kaisers freudigen Widerhall finden; aber, heißt es weiter:

Die Mißdeutung der Kaiserworte wird beginnen, wenn es gilt, das Mittel, das der Kaiser dazu angibt, den Zusammenschluß der Konfessionen, um dem Unglauben zu steuern, in gangbare Münze für den politischen Tagesumlauf umzusetzen. Dieses Wort vom Zusammenschluß der Konfessionen zur Bekämpfung des Unglaubens klingt vielleicht unbeabsichtigt an einen der hauptsächlichsten Programmpunkte des eben erst verhallten Essener Katholikentages an, wo ein solcher Zusammenschluß als die idealste Zukunftstaktik des Ultramontanismus gepriesen wurde. Sollte der politische Konfessionalismus das Breslauer Kaiserwort dahin auslegen, daß er berufen sei, als Macht im Staate zu gelten, so lehnen wir von vornherein diese Deutung ab und werden sie auf das entschiedenste selbst dann bekämpfen, wenn der kaiserliche Schild sie decken sollte. Denn wir erblicken in diesem Konfessionalismus, vor allem in dem katholischen, wie ihn der Ultramontanismus politisch so erfolgreich verkörpert, einen der schlimmsten Feinde des nationalen modernen Staats, er ist mit diesem Staatsrecht schlechterdings nicht zu vereinbaren, und da wo er es praktisch versuchen sollte, muß er der Bahnbrecher der Sozialdemokratie und der Revolution werden.

Weiter erklärt die „Kölnische Zeitung" zu der Aeußerung des Kaisers: „Schwarzseher dulde ich nicht":

Wer im Mittelpunkt des politischen Lebens steht, gewinnt den Eindruck, als ob der Kaiser nicht genügend darüber unterrichtet werde, welchen Umfang die Stimmung, die er als Schwarzseherei bezeichnet, bei uns angenommen hat. Wollte man aus dieser Erkenntnis heraus einmal praktisch die Folgerung aus seinen scharfen Worten ziehn, so könnte sich begeben, daß der Strom derer, die den Staub von den Füßen schütteln, ins Ungemessene wüchse, und daß der Träger der Krone, wenn er die Schar der Zurückgebliebnen musterte, zu der Erkenntnis käme, daß es nicht die schlechtesten waren, die ausgezogen auf der Suche nach einem bessern Lande. Die Zeiten sind so ernst, daß wir uns gestatten mögen, an einen besser zu unterrichtenden Kaiser zu appellieren. Die, die zu Beratern der Krone berufen sind, tragen heute schwer an ihrer Verantwortung. Mögen sie vor allem, denn das ist ihre Aufgabe und ihre Pflicht, den Ursachen der häßlichen Schwarzseherei und Verdrossenheit, die unser Volk ergriffen hat, nachgehn, mögen sie dem Kaiser offen und ohne Schminke dann das Ergebnis ihrer gewissenhaften Forschung unterbreiten,

und mögen sie auch aus ihren Kreisen die ausscheiden, die sich zur Arbeit nicht eignen. Man ist in den Kreisen der Schwarzseher überzeugt, daß der Schaden, der am nationalen Marke frißt, nicht nur im Volke wuchert, daß auch die Regierung und das System, das uns regiert, ihren voll gemessenen Anteil an der Schuld haben, und daß die dringend nötige Aufklärung darüber dem Kaiser vorenthalten wird.

Das „Berliner Montagsblatt" meint, diese Rede des Kaisers werde überall einen entmutigenden Eindruck machen wegen des Satzes über die „Schwarzseher", die der Kaiser nicht „dulden" wolle. Denn gerade Geduld sei es, die den Schattenseiten des nationalen Lebens gegenüber von seinem Herrscher das Volk erbitte, ja fordere. Sollte aber auch nur vom Kreise seiner nähern Umgebung der Kaiser die „Schwarzseher" ungnädig ausschließen wollen, so würde darin kein ersprießliches Prinzip zu erblicken sein. Denn damit würde gesagt sein, daß des Kaisers Ohr denen verschlossen bleibe, die sich durch äußern Glanz nicht blenden ließen, die von den dunkeln Punkten, von den Gefahren und Sorgen zu reden für Pflicht des treuen Dieners hielten. Von der Aeußerung des Kaisers über das Auswandern derer in ein „besseres Land", die sich „zur Arbeit nicht eignen", sagt das Blatt: Abgesehen von der Unmöglichkeit, hier zu sondern, fehle dem Kaiser auch die Macht zur Ausschließung aus der Volksgemeinschaft; nur verbitternd könnten solche Drohungen wirken. Und leider zeigten sie einen Rückfall in Stimmungen, die wir vor vierzehn Jahren noch der jugendlichen Erregung zuschreiben konnten. Im Februar 1892 sagte beim brandenburgischen Festmahle der Kaiser: „. . . Doch wäre es dann nicht besser, daß die mißvergnügten Nörgler lieber den deutschen Staub von ihren Pantoffeln schüttelten und sich unsern elenden und jammervollen Zuständen auf das schleunigste entzögen? Ihnen wäre ja dann geholfen, und uns täten sie einen großen Gefallen damit."

Die „Berl. Neuesten Nachr." schreiben zu der Schwarzseherstelle der Rede und ebenfalls im Hinblick auf die Rede von 1892:

Was liegt nicht alles zwischen diesen beiden Reden! Wer vermöchte überhaupt noch den Kurs zu erkennen, von dem 1892 geredet wurde! Es ging bald rechts, bald links; bald im Hasttempo vorwärts, dann wieder rückwärts. Und nun ist der Kaiser wieder dort angelangt, wo er vor vierzehn Jahren für die „Nörgler" nur noch den Rat der Auswanderung hatte.

11. September. Im Berliner „Reichsboten" (kons.) liest man: Ist der Pessimismus von Uebel, so ist es der Optimismus nicht minder, weil er blind macht gegen die offenbaren Fehler. Ein gewisser Optimismus, eine freudige Zuversicht, daß man mit seinen Bestrebungen auf dem rechten Wege sei, ist für ein frisches,

kraftvolles Wirken nötig; aber der falsche Optimismus sieht überall nur Sonnenschein, ist blind gegen die eignen Fehler, weist auch die ehrlichste Kritik zurück, legt alles, auch die Tatsachen der Geschichte, zu seinen Gunsten aus, vergreift sich gar oft in den Mitteln zur Erreichung seiner Zwecke und legt damit den Grund zu seinen Mißerfolgen. Wenn der Kaiser Erfolg erwartet zur Bekämpfung des Unglaubens durch einen Zusammenschluß der Konfessionen, so werden die Enttäuschungen nicht ausbleiben. Wenn die deutsche Geschichte etwas unwiderleglich lehrt, so ist es dies, daß alle deutschen Kaiser, die geglaubt haben, durch Gefälligkeit gegen die römische Hierarchie und deren Unterstützung das Wohl des Deutschen Reichs zu bauen, Mißerfolge erlitten haben. Diese politischen Romantiker waren alle in ihrer Art Optimisten, und ihr Optimismus hat viele schwere Zeiten über Deutschland gebracht.

„Wie zu erwarten war", sagen die „Hamb. Nachrichten", „beschäftigt die Schwarzseheräußerung des Kaisers die Presse aller Parteien. Die Grundstimmung sämtlicher Aeußerungen darüber ist von bemerkenswerter Einheitlichkeit: Befremdung und Ablehnung."

Die Berliner „Post" sagt: Wie 1892, so wird auch jetzt die äußerst scharfe Wendung des Kaisers im Volk vielfach ein wenig freundliches Echo wecken. Hätte sich der Kaiser von den Kleinmütigen, Verzagten, Taten- und Verantwortungsvollen losgesagt, so würde sein Wort im Volk freudigen Widerhall gefunden haben. Schlappmacher und Leisetreter sind es vor allen Dingen, die heute so vielfachen Schaden anrichten, und deren Wirken am Mark des Volkes zehren. Aber Schwarzseher? Leider finden wir heute gerade unter den besten und aufrichtigsten Patrioten Männer, die mit ernster Besorgnis in die Zukunft schauen. Und in der politischen Entwicklung der letzten Jahre liegt wahrlich Grund genug zu pessimistischen Anwandlungen.

Die „Germania" (Zentr.) hebt hervor: „Zu kritikloser Bewunderung und Verherrlichung unsrer Zustände liegt kein Grund vor, und wer auf Mängel und Mißstände hinweist, ist darum noch kein böswilliger Schwarzseher, der hinausgejagt zu werden verdiente."

Die „Rhein.-Westf. Ztg." in Essen bemerkt:

Des Kaisers Rede ist dem genius loci, dem großen Friedrich gewidmet, und aus dessen Regierungsapotheke möchten wir darum ein andres Mittel vorzeigen, das uns weit eher zur Hilfe geeignet scheint. „Ich will, absolument, daß so regiert werde, daß die Leute ins Land kommen, und nicht hinauslaufen." So meinte der Ahnherr; und auch wir möchten es mit dieser Weisheit halten. Die besorgten Mahner nicht hinausweisen, sondern durch Taten zum Schweigen, zur freudigen Mitarbeit bringen. Wenn

der Kaiser weiter den „alten Alliierten" zu Hilfe ruft, so wiederholt er auch nur den Hilferuf aus dem Jahre 1892. Es ist ein ernstes und gutes Ding um die Frömmigkeit auf den Thronen; aber in programmatischen, politischen Reden dünken uns andre Verbündete mehr am Platze. Kaiser Wilhelm mag wohl denken, daß der „alte Alliierte" bei Roßbach zwar auf unsrer Seite, bei Jena aber drüben stand.

Die demokratische „Frankfurter Zeitung" sagt zu demselben Thema:

Schwarzseher werden immer da sein, ob der Kaiser sie dulden will oder nicht. Nur durch Handlungen kann man der Schwarzseherei entgegenwirken, durch eine Politik, die in der Tat das Land vorwärts bringt. Aber davon sind wir nur zu weit entfernt. An der Zukunft des Volkes und des Landes wollen auch wir nicht verzagen und keine Schwarzseherei treiben. Wir hoffen, daß doch wieder einmal ein freier Luftzug wehen und alle schwarzen Schatten vertreiben wird; dann werden auch alle Kräfte zum Segen des Landes zur vollen Entfaltung kommen.

Die „Allgemeine Zeitung" in München erfreut sich am Inhalt der Rede und bedauert nur ihre Form:

Es ist schade, daß wieder einmal diese und jene Wendung in den Darlegungen des Kaisers es so schwer macht, freudig zuzustimmen, wo man in der Sache selbst dem kaiserlichen Warner so gern in allem beipflichten möchte.

Die „Köln. Volkszeitung" (Zentr.) sagt zu der Stelle der Rede über die Schwarzseher:

Es sind hohe Ziele verkündet und große Projekte gemacht, aber wie wenig davon hat sich entfaltet! Waren einige Jahre ins Land gegangen, so kam es oft ganz anders, als feierlich verkündet war, sodaß der Patriot sich sorgend fragte, warum man denn wenigstens nicht die sensationelle Ankündigung kommender großer Taten unterlassen hätte. Das ist so oft vorgekommen, daß sich darüber ganze Verzeichnisse anlegen ließen. Manche Wege mußten wieder verlassen werden, weil man sie ohne reifliche Ueberlegung eingeschlagen hatte. Ein Gedanke, der am Morgen aufgetaucht war, sollte oft am Abend schon ausgeführt werden, was unsrer Politik die Charakteristik eintrug, sie sei „plötzlich".

16. September. Die „Nordd. Allg. Ztg." läßt sich über die Rede des Kaisers und deren öffentliche Besprechungen also vernehmen:

In allen wahrhaft patriotischen Kreisen wird man mit lebhaftem Danke die kaiserlichen Worte vernommen haben, aus denen das Volk die frohe Gewißheit schöpfen darf, daß auch in der Gegenwart dem lähmenden Hauch pessimistischer Anwandlungen ein starker Wille gegenübersteht, der ihn zu bannen entschlossen ist. Seltsamerweise hat sich ein Teil der Presse bemüßigt gefühlt, über die Breslauer Kaiserrede Betrachtungen zum besten zu geben, die nicht ganz saisonmäßig waren, da sonst das Thema „Reichsverdrossenheit" mit seinen Abwandlungen den stoffarmen Hundstagen vorbehalten zu bleiben pflegt. Dieselben Leute, die sonst bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit zugunsten der freien Meinungsäußerung den Mund recht voll nehmen, wollen dieses Recht jedem zugestehn, dem Kaiser allein soll es verschränkt werden! Wie vor vierzig und mehr Jahren

sind sie auch heute noch in der Doktrin vom Scheinkönigtum befangen, das sich mit der Rolle eines dekorativen Schlußstückes am Staatsbau zu begnügen hätte. Aber diese Doktrin wurzelt nicht im Boden der Wirklichkeit. Glücklich können wir uns schätzen, daß in Preußen und in Deutschland überhaupt die Monarchie auf das eigne historische Recht gegründet ist, sich als sehr lebensvollen Faktor im nationalen Dasein geltend zu machen.

17. September. Die „Münchner Neuesten Nachrichten" sprechen sich also aus:

Leider ist der „Nordd. Allgem. Ztg." entgangen, daß die Worte des Kaisers viel schroffer gelautet und nicht die krankhaften und unmännlichen Schwarzseher, sondern die Schwarzseher überhaupt aus deutschen Landen verwiesen haben. Und dagegen verwahrt sich die öffentliche Meinung mit Recht. Der Kaiser war in seiner Ausdrucksweise nicht glücklich; vielleicht hat er etwas anders sagen wollen, aber gesagt hat er das, was zu schärfster und durch keine offiziöse Bemäntelung tot zu machender Kritik Veranlassung gegeben hat. Die Presse hat es bisher vermieden, auf die offen zutage liegenden Gründe hinzuweisen, die in den weitesten und zwar gerade den nationalsten Kreisen eine Schwarzseherei großgezogen haben, die seit anderthalb Jahrzehnten beständig und unwiderstehlich angewachsen ist. An der völligen Zerfahrenheit der Parteiverhältnisse hat doch auch die sprunghafte, energielose und nirgend ein festes Wollen verratende Politik der Regierung schuld. Die Regierung beseitige die Ursachen der Schwarzseherei, und sie wird in allen Kreisen der nationalgesinnten Männer, die jetzt vom Kaiser feierlich geächtet und verbannt worden sind, eine ganz anders wertvolle Unterstützung finden als in hochtrabenden Redensarten eines das Schwarze nicht sehenden Blattes.

3.

Ueber die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe.

9. Oktober. Die Zeitschrift „Ueber Land und Meer" in Stuttgart veröffentlicht Bruchstücke aus den vom frühern Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst hinterlassenen Denkwürdigkeiten, mit deren Herausgabe er seinen Sohn, den Prinzen Alexander, Bezirkspräsidenten des Oberelsaß in Kolmar, beauftragt hatte. Die Veröffentlichung jenes Kapitels erregt in allen politischen Kreisen großes Aufsehen, namentlich die Mitteilungen, die sich auf die Entlassung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck im Jahre 1890 beziehen. Die schon im Mai und September d. J. in der „Deutschen Revue" veröffentlichten Abschnitte hatten nicht solches Aufsehen erregt.

Die „Nationalzeitung" sagt zu der Veröffentlichung: Man sieht klar, was der letzte Grund des Bruches war: des alten Fürsten reife Erfahrung stimmte zu schlecht mit dem jugendlich raschen Drang des Kaisers nach Lorbeer und Erfolg; seine lange Gewohnheit, zu gebieten und zu lenken, zu schlecht mit dem Verlangen Wilhelms II., sein eigner Kanzler zu sein. Das tragische Verhängnis des Kanzlers war es, daß er die bessere Einsicht, aber

nicht mehr die Macht hatte, sich durchzusetzen. Man darf annehmen, daß auch Bismarck in der Behandlung des Kaisers schwere Fehler gemacht hat. Schließlich war er zu alt, um noch umzulernen.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben: Bismarck war kein Höfling, aber er hat nie ein respektloses Wort zum Kaiser gesprochen:

Die „abfälligen Urteile, die der Kanzler in der Unterhaltung über den Kaiser gefällt haben soll": wer hat sie dem Monarchen hinterbracht? Beflissene Höflinge, ehrgeizige Streber, unzufriedne Generale und Diplomaten, die, wie Stosch, nach der Entlassung Bismarcks „froh wie ein Schneekönig waren, daß sie jetzt offen reden konnten, und daß der große Mann nicht mehr zu fürchten ist". Die großen und kleinen Meister der Intrigue haben auf den Kaiser gewirkt; sie haben auf Friedrich den Großen hingewiesen, der niemals einen Bismarck neben sich hätte dulden können; sie haben das widerliche und empörende Wort des alten Mommsen vom Hausmeiertum dem Monarchen immer wieder ins Ohr gezischelt, und sie haben immer wieder getuschelt von einer Dynastie Bismarck. Mit den Worten: „Man sagt auch" deutet Fürst Hohenlohe immer wieder auf die Wirkungen hin, die der Klatsch in dieser Tragödie gespielt hat.

Zu dem vom Kaiser gegen die Veröffentlichung gerichteten Proteste (S. 13) sagt der „Reichsbote", dieser Protest stelle des Kaisers hochherzige und edle Gesinnung in eine schöne Beleuchtung: obgleich er weiß, daß man ihn vielfach ungünstig beurteilt hat, will er doch durch solche Briefe kein ungünstiges Licht auf Bismarck fallen und dem deutschen Volke das Bild Bismarcks, wie er früher einmal sagte, nicht verdunkeln lassen. — Die „Hamburger Nachrichten" sagen: „Wir müssen gestehn, daß wir noch nie ein ähnliches Werk von einem Diplomaten und Staatsmann, der doch Fürst Hohenlohe immerhin war, in die Hand bekommen haben, das ein so hohes Maß von Urteilslosigkeit darüber bekundet hätte, was man öffentlich sagen kann und was nicht. Man gerät bei der Lektüre der Aufzeichnungen aus einer peinlichen Ueberraschung in die andre." Fürst Hohenlohe habe nicht gewußt, was er tat, als er seine Niederschriften zur Veröffentlichung bestimmte. — Die „Vossische Zeitung" bemerkt zu dem Telegramm an den Fürsten Philipp Hohenlohe:

Es ist gut, wenn Staatsoberhäupter aus der Veröffentlichung dieser Aufzeichnungen erfahren, wie jedes ihrer Worte weitergetragen und aufbewahrt oder gar in kurzer Zeit auch veröffentlicht wird, und wie sie daher alle Veranlassung haben, sich die größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Es ist vielleicht schon manche Verstimmung gegen Kaiser Wilhelm II. und Deutschland dadurch entstanden, daß Aussprüche, die er in der Unterhaltung tat, in veränderter Betonung oder verschärfter Form an Stellen gebracht wurden, für die sie nicht bestimmt waren. Schwarz auf weiß gewinnen sie eine ganz andre Bedeutung, als sie in mündlicher Rede hatten oder haben sollten.

Die „Augsburger Abendzeitung" hält die Entrüstung des Kaisers für vollständig berechtigt. Sie schreibt:

Der Kaiser hat damals das begreifliche Bedürfnis gehabt, sein übervolles Herz wenigstens einigen ihm besonders nahestehenden Persönlichkeiten auszuschütten. Zu diesen gehörte auch der Statthalter von Elsaß-Lothringen, der in der kaiserlichen Familie als „Onkel Chlodwig" wie ein Glied derselben geschätzt wurde, und von dem sich der Kaiser wahrlich keiner Indiskretion versehen konnte. Er durfte annehmen, daß alles, was er diesem im frischen Groll über Bismarcks „Unbotmäßigkeit" anvertraute, in dessen Brust auf immer begraben sein würde. Darin sieht sich nun Kaiser Wilhelm bitter getäuscht, und man versteht seine Erbitterung hierüber vollkommen.

Angesichts der inzwischen vollständig erschienenen, von Professor Curtius im Auftrage des Prinzen Alexander zu Hohenlohe herausgegebnen Denkwürdigkeiten nimmt die Besprechung in der gesamten Presse noch größere Ausdehnung an. — Nach dem christlich-sozialen „Reich" hat sich Fürst Hohenlohe kein besondres Ehrendenkmal gesetzt. — Die „Konservative Korrespondenz" sieht darin viel Kleinliches, der persönlichen Eitelkeit Dienendes. — Das „Berliner Tageblatt" fragt, ob sich denn die Herausgeber nicht überlegt hätten, was sie mit dieser Veröffentlichung intimer Aufzeichnungen anrichten mußten.

15. Oktober. Den „Berliner Neuesten Nachrichten" geben die Denkwürdigkeiten des dritten Reichskanzlers Anlaß zu sehr ernsten Betrachtungen:

Die Veröffentlichung sei nicht zu rechtfertigen, sie könne nur verwirrend und zersetzend wirken, sie würde, was man auch sagen möge, ihre Wirkung zum Vorteile der Sozialdemokratie tun. Dabei lähmt uns, heißt es weiter, die Sorge, daß der Zufall, der diese Indiskretionen brachte, eben doch kein Zufall gewesen ist. Nur in Zeiten des Niederganges passieren Monstrositäten, wie der Halsbandprozeß und wie jetzt die Taktlosigkeit des Hohenloheschen Vertrauensmannes. Wir sind mit diesen furchtbaren Enthüllungen wieder eine große Strecke hinabgeglitten. Wollte Gott, daß zum wenigsten jetzt der tiefste Punkt erreicht sei, daß die ohne Zweifel vorhandne Tüchtigkeit uns wieder herausreiße! Es ist nicht das konventionelle Haschen nach mehr oder weniger effektvollen Parallelen, das uns am Schlusse dieser Betrachtung einen Tag vor dem 14. Oktober 1906 den Namen Jena aufdrängt. Wie vor hundert Jahren trägt ein Hohenlohe die Schuld, daß das Königtum „eine Bataille verloren" hat.

Die „Allgemeine Zeitung" in München läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Diese Memoiren sollten endlich auch das Bürgertum aus dem Schlafe rütteln. Wer hat sich denn gerührt, als Bismarck fiel? Wer von den Konservativen und den Nationalliberalen? Gerade Organe, die jetzt so lebhaft klagen, haben es hingenommen und später jeden neuen Mann mit Vorschußlorbeeren gekrönt. Wie konnte da ein Monarch zu einem andern Urteil gelangen?

XVI.

Verstimmung der Parteien.

1. November. Der Reichstagsabgeordnete Bassermann spricht sich, dem „Rheinischen Kurier“ zufolge, in einer Versammlung der nationalliberalen Partei zu Wiesbaden also aus:

Solange ein großer Meister in der Staatskunst, wie Bismarck, die auswärtige Politik leitete, konnte man sich seiner Führung unterwerfen. Aber wie sich die Dinge in den letzten Jahren gestaltet haben, ist eine Befriedigung nicht zu verzeichnen, wohl aber viel Grund zur Besorgnis vorhanden. Der Angelpunkt unsrer ganzen politischen Weltentwicklung ist England! Der König von England reist auch, aber schweigsam, durch die Länder. Sein Ziel ist natürlich die Größe Englands und sein Mittel, dies zu erreichen, die Isolierung Deutschlands, und dieses Ziel wird mit eiserner Konsequenz verfolgt. Es ist keine Politik der Plötzlichkeiten, keine Politik der Schenkungen, da läuft man nicht heute dem und morgen jenem nach, sondern schreitet beharrlich weiter. So in Ostasien durch das Bündnis mit Japan, das sich, ebenso wie gegen Rußland, gegen das deutsche Territorium in China richtet, so durch das Einvernehmen mit Frankreich, das vielleicht heute schon zu einer Militärkonvention gediehen ist. Und dabei ist jetzt in Frankreich Clemenceau am Ruder, der Mann des Revanchegedankens, von dem dieser Tage ein französisches Blatt schrieb: Er hat eine zielbewußte Strategie: „Sein Angelpunkt ist England, sein Ziel ist Deutschland, und sein Lohn ist Elsaß-Lothringen!“ Und Italien, unser „braver Freund“, hat sich so entwickelt, daß wir nicht mehr wissen, ob das Bündnis mit ihm für uns noch einen Wert besitzt. Denn wenn Italien in einem Weltkampf sowohl gegen Frankreich wie gegen England versagt, sind wir eben nur noch die Rückendeckung für Italien gegen Oesterreich. Und Rußland! — Die Zeiten sind vorüber, wo wir mit derartigen Dingen hinter dem Berge hielten, und wir werden so frei sein, dies auch im Reichstag zur Sprache zu bringen. Wenn England an dem Deutschland am nächsten gelegnen Punkte eine neue Heimatflotte errichtet, und wenn zu gleicher Zeit ein deutscher Generaladjutant einem englischen Herzog einen Ehrensäbel überreicht, dann fehlt uns für solche Dinge das Verständnis, und da möchte man wünschen, daß einmal ein Staatsmann kommt, der den Einfluß hat, solche Dinge unmöglich zu machen. Wenn man auf unsern Diplomatenposten in den wichtigen Städten Leute mit Diminutivnamen wie Phili, Specki usw. hat, möchte man glauben, daß sie in solch leitender Stelle nicht die richtigen Leute sind. Zu wünschen bleibt noch eine größere Einigkeit in allen Volkskreisen. Wir dürfen die Verbitterung zwischen den Parteien und den Volksklassen nicht ins Maßlose auswachsen lassen. Ein jeder Deutscher muß sich sagen: Wie die Weltlage heute ist, können wir mit einem Schlage vor große Entscheidungen gestellt werden, wie in Algeciras. Diese Dinge können sich aus der englischen Politik von einem Tage zum andern entwickeln, und wenn dann die Nation siegen soll, darf sie im Innern nicht zerklüftet sein. Der einigende große Gedanke darf nicht in den Hintergrund treten. Möge das deutsche Volk über den Kampf des Tages, der geführt werden wird und geführt werden soll, dieses große nationale Ziel nicht vergessen. In den Kreisen aber, die uns zu leiten berufen sind, möge man nicht vergessen, daß die Stellen nicht nach dem Gefühl der obersten leitenden Stelle eines Staates in solchen schweren Zeiten besetzt werden. Es

ist die Lehre aus den schweren Tagen von Jena und Auerstädt vor hundert Jahren, daß das Mißtrauen in die äußere Politik Preußens damals unendlich geschadet hat, in die Kabinettspolitik des Königs, der an Stelle selbständiger Arbeiter Handlanger gesetzt hat! Dieses Mahnzeichen soll nach oben sprechen in diesen schweren Zeiten! Hoffen wir, daß wir in unsern deutschen Landen über diese kritische Zeit hinwegkommen und das Vaterland keinen Schaden nehmen wird!

Eine ähnliche Rede hält der genannte Abgeordnete in Saarbrücken.

2. November. In demselben Sinne spricht sich die „Kölnische Zeitung" also aus:

Es ist die höchste Zeit, daß der Reichstag wieder zusammentritt, um mit diesen Zuständen einmal gründlich abzurechnen. Wer es ernst meint mit unserm deutschen Vaterlande, der kann und darf nicht länger ruhig zusehen, wie eine Regierung, die Führer sein sollte im Kampf gegen die staatsfeindlichen, die bestehende Ordnung zersetzenden Mächte, durch ihre Tatenlosigkeit, Schlaffheit und Nichtachtung aller Volksregungen immer größere Bruchteile des Bürgertums in die Reihen der Sozialdemokratie treibt.

Auch in der „Nationalzeitung" tritt derselbe Gedanke hervor mit den Worten:

Seit Monaten haben wir eine latente Kanzler- und eine akute Ministerkrisis. In welchen sachlichen, bei der Unvollkommenheit alles Menschenwerkes unvermeidlichen Momenten unsrer politischen Entwicklung sie begründet wären, weiß niemand. Das deutsche Volk kennt als Grund dieser befremdlichen Erscheinung, die seine Gegenwart beunruhigt und seine Zukunft bedroht, nur ein car tel est notre plaisir. Das wird es — wir möchten das betonen — schließlich auch ruhig hinnehmen müssen. Der persönliche Wille des Trägers der Krone ist im monarchischen Verfassungsstaat eben auch ein Faktor des politischen Lebens, und bei weitem nicht der unbedeutendste. Wenn es aber auch ein unveräußerliches Recht der Krone ist, sich über die Bedürfnisse der Gegenwart sowie der nächsten Zukunft zeitweilig hinwegzusetzen: so ist es ein nicht minder souveränes Recht des Reichstags, dieser Art des Regierens seine Unterstützung zu versagen. Der Träger der Krone ist, mit Fug und Recht, niemand verantwortlich. Der Reichstag aber hat dem deutschen Volke gegenüber die konstitutionelle Pflicht, zu fordern: daß das Reich nicht länger nach persönlichen Stimmungen und unverantwortlichen Einflüssen, sondern nach sachlichen Motiven und konstitutionellen Grundsätzen regiert werde. Wollte der Reichstag diese dringende Pflicht versäumen, so würde er sich an seiner eignen wie an der Zukunft des Reiches auf das schwerste versündigen. Für die nationalliberale Partei kann die Parole nur lauten: Der Regierung, wie sie jetzt ist, und dem System, wie wir jetzt regiert werden — keinen Pfennig mehr!

3. November. Ebenso liest man in der „Vossischen Zeitung" (freisinnig) mit besonderm Bezug auf den Fürsten Bülow:

Der Erkenntnis wird sich niemand verschließen können, daß die Zustände, wie sie gegenwärtig herrschen, allenthalben Unbehagen, Unsicherheit und Verwirrung hervorrufen, und daß daher Klarheit darüber geschafft werden muß, ob Fürst Bülow die Zügel der Regierung weiterführt. Wird

diese Frage, wie wir glauben, bejaht, so wird er zu zeigen haben, daß er die Zügel nicht am Boden schleifen läßt. Und das zu beweisen, wird ihm billig obliegen, sobald der Reichstag wieder versammelt ist, und in den Maßregeln, die noch vor diesem Zeitpunkt getroffen werden müssen.

4. November. Auf dem nationalliberalen Parteitag der Pfalz in Homburg schließt der Abgeordnete Bassermann eine Rede also:

Die Bilanz des deutschen Volkes hat sich seit Bismarcks Weggang verschlechtert. Wir sind keine Schwarzseher, und wir werden auch nicht den Staub von unsern Pantoffeln schütteln; aber alles mit rosaroten Gläsern zu betrachten, dazu ist unsre Zeit nicht angetan. Wohl sind viele Lichtpunkte in unserm staatlichen Leben vorhanden, und deshalb verlieren wir auch nicht die Zuversicht auf die Zukunft. Allein in den schweren Zeiten, denen wir entgegengehn, müssen wir verlangen, daß die leitenden Männer nicht aus einem Moment der Laune heraus bestellt werden, sondern daß hierzu die tüchtigsten Männer berufen werden. Es heißt in unsrer Zeit, frei von der Leber weg zu reden, wie ich es heute getan habe, und wie wir es auch im Parlament tun werden.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bemerken zu obigen Aeußerungen nationalliberaler Blätter:

Wenn ein Blatt, das dem Herzen der Regierung nahe steht, sich plötzlich abwendet und Altäre stürzt, vor denen es lange im Staube gelegen hat, so ist zu vermuten, daß es Raum schaffen will, um sich andre Götzen aufzustellen. Und auch sonst deuten gar mancherlei Zeichen darauf hin, daß eine Krise besteht. Fürst Bülow ist verantwortlich für alle Handlungen und Unterlassungen der Regierung in Preußen wie im Reich, und eine Ablehnung dieser Verantwortlichkeit würde nichts andres bedeuten als das Zugeständnis, daß der jetzige Zustand, der zugleich Vielköpfigkeit und Kopflosigkeit ist, auch in Zukunft als normal gelten soll.

Ein Ton ganz wie in den vorerwähnten Kundgebungen tritt nach und nach in allen nationalliberalen Blättern hervor. So schreibt die „Braunschweigische Landeszeitung":

Die krasse Rücksichtslosigkeit gegenüber den Bedürfnissen und berechtigten Wünschen der Bevölkerung, die einseitige Politik, die bis ins Extreme getrieben, nunmehr selbst denen zum Schaden gereicht, denen sie zu dienen bestimmt war, das persönliche Regiment, das zum Zeitalter des „aufgeklärten Despotismus" zurücksteuert, die Verachtung des Zeitgeistes, der keine Geistesknechtschaft, am wenigsten eine konfessionelle Bevormundung vermittels der Politik duldet und dem Klerikalismus den Krieg erklärt hat, dieser und mancher andre Uebelstand in den öffentlichen Verhältnissen haben es verursacht, daß sich der Gesamtheit eine wahre Kampfstimmung bemächtigt hat, welche ihren Ausdruck bisher in der Presse nur unvollkommen fand, desto stärker aber im Reichstage explodieren wird.

Und die „Augsburger Abendzeitung" läßt sich also vernehmen:

In Breslau war es, wo der Abgeordnete v. Zedlitz, der wahrlich nicht zu den gewohnheitsmäßigen Nörglern gehört, unter dem lebhaften Beifall seiner Parteigenossen erklärte, daß man der Krone am besten diene, wenn man sie vor absolutistischen Entgleisungen schützt. Dieses Wort be-

leuchtet scharf und richtig die Stimmung, die gegenwärtig selbst auf der Rechten vorherrscht.

Das „Leipziger Tageblatt" ruft lebhaft aus:

Ganz Deutschland wimmelt von Schwarzsehern. Und wenn sie mit den „Nörglern" zusammen, freundlicher Aufforderung entsprechend, den Staub von den Pantoffeln schütteln wollten, würde ein Exodus eintreten, wie ihn die Weltgeschichte trotz der Flucht der Kinder Israels aus Aegypten noch nicht gesehen hat. Diese Tatsache ist nicht mehr wegzureden und wegzuschreiben. Und es ist schon ein auffälliges Zugeständnis an diese Lage, daß die üblichen Rosafärbereien kaum noch gewagt werden. Wir müssen gestehn, daß wir eine solche Radikalisierung der nationalliberalen Partei in unsern kühnsten Träumen nicht für möglich gehalten haben. Es ist keine Entdeckung von heute oder gestern, die uns Bassermann erst hätte offenbaren müssen. Seit anderthalb Jahrzehnten hat das deutsche Volk in wahrhaft rührender Geduld auf den moderierenden Einfluß der Zeit gehofft. Nur in Konventikeln inter pocula und von den ganz vorsichtigen nur in Monologen ist von den Angehörigen der bürgerlichen Gruppierungen ausgesprochen worden, was jetzt der Führer der immer noch opferbereitesten nationalen Partei in die Lande gerufen hat: Es ist die Lehre aus den schweren Tagen von Jena und Auerstädt vor hundert Jahren, daß das Mißtrauen in die äußere Politik Preußens damals unendlich geschadet, in die Kabinettspolitik des Königs, der an die Stelle selbständiger Arbeiter Handlanger gesetzt hat! Dieses Mahnzeichen soll nach oben sprechen in diesen schweren Zeiten! Kein Zweifel, es ist vorbei mit dem geruhigen Hoffen und mit dem Ergeben in den höhern Willen. Die kommenden Jahre müssen und werden im Zeichen eines schweren Kampfes stehn — um die Konstitution. Gegen die herrschende Auffassung vom Verhältnis zwischen Krone und Volk herrscht der Kampf.

Zu den Stimmen von nationaler und freisinniger Seite kommt nun auch die von konservativer Seite. Die „Kreuzzeitung" tritt in die Reihen der stark Verstimmten, indem sie sagt:

Das Gefühl beherrscht uns jetzt alle, daß wir vielleicht kritischen Tagen entgegengehn, und darum ist es wohl erklärlich, wenn das Volk vielfach mit einer gewissen nervösen Bedenklichkeit auf den Herrscher blickt. Wir schließen uns offen dem Wunsche an, daß unser König und Herr die psychologische Berechtigung dieser Stimmung anerkennen möge. Denn jene Fehler des deutschen Volkscharakters sind die Kehrseiten seiner Vorzüge, seines Idealismus, seiner Gründlichkeit, der Tiefe seines Gemütslebens. Mit jenen Eigenschaften des Volkes muß also der Monarch rechnen, sie umzuwandeln liegt nicht in der Macht eines Menschen, aber ebenso muß auch das Volk die Persönlichkeit des Monarchen als gegeben hinnehmen, es wäre ein unmögliches Verlangen, daß er sich gewisser Grundzüge seines persönlichen Wesens entäußerte. Es sind Gebiete außer Zusammenhang mit der Politik, aber jede Parteinahme der regierenden Gewalten zieht sie in das politische Treiben hinein, erweckt Mißtrauen auf beiden Seiten, und aus dem Mißtrauen entsteht eine politische Gegnerschaft. Diese Gebiete sind insbesondre die Angelegenheiten der Wissenschaft, der Kunst und der Technik. Haben die wissenschaftlichen und ästhetischen Urteile des Monarchen, wenn sie noch so gut und richtig sind, nur die Bedeutung persönlicher Meinungsäußerungen, so muß man wünschen, daß sie von den staatlichen Gewalten auch als solche aufgefaßt und nicht zu politischen

Verwaltungsprinzipien gemacht werden. Das erzeugt nur eine politische Gegnerschaft gegen die Person des Monarchen und ist praktisch doch ohne nachhaltige Wirkung. Man sollte denken, über diese Ursachen so manchen Abfalles in der Gefolgschaft des Kaisers würden ihn seine Ratgeber, auch seine künstlerischen Vertrauensmänner leicht unterrichten. Aber entweder ist der Monarch gerade in diesem Punkte schwer zugänglich, oder seine Umgebung unterschätzt die Bedeutung aller dieser Dinge.

6. November. In Duisburg hält der nationalliberale Abgeordnete Beumer eine Rede im Sinne der obigen Reden von Bassermann. — Die konservativen „Dresdner Nachrichten" schreiben:

Ja, es fehlt wirklich der überragende Steuermann für das deutsche Reichsschiff, und so unruhig schlingert es hin und her, daß die Insassen eine förmliche politische Seekrankheit befällt. Man hat sich seit beinahe zwei Jahrzehnten mit der Hoffnung getröstet, es würde doch einmal die Zeit der zielbewußten, selbstsichern, ruhigen Stetigkeit kommen; vergebliches Harren! Die Beobachtung, daß oft vom Kaiser bei den wichtigsten Entschlüssen unkontrollierbaren und unverantwortlichen Einflüssen ein größerer Spielraum gegönnt wird als den verantwortlichen Ratgebern, schafft eine fortwährende chronische Unsicherheit und Unruhe, weil man nie weiß, woran man eigentlich ist.

Die Zeitungsstimmen gegen ein persönliches Regiment mehren sich sehr stark. Zu den Bemerkungen der „Kreuzzeitung" sagt die agrarische „Deutsche Tageszeitung": Wenn tatsächlich die Persönlichkeit des Monarchen als gegeben hingenommen werden muß, so hat doch die Kritik an dem sogenannten persönlichen Regiment keinen Zweck, besonders dann, wenn ein gewisses Erhabensein über der Kritik zu den Grundzügen des persönlichen Wesens gehört. — Es erscheint, so mahnt die freikonservative „Post", als ein Gebot der Staatsklugheit, sorgsam darüber zu wachen, daß alles vermieden wird, was die Befürchtung eines persönlichen Regiments im mehr absolutistischen Sinne nähren könnte. Das wird vor allem auch die Aufgabe der parlamentarischen Körperschaften im Reiche wie in Preußen sein müssen. — Was die freimütige und sachliche Kritik angeht, so kommt es, sagt die „Germania", nicht allein darauf an, daß sie geübt wird, sondern auch darauf, daß der Träger der Krone von ihr Kenntnis erhalte. Hat man dafür irgendwelche Gewähr?

7. November. Wir entsinnen uns kaum einer Zeit, sagen die „Hamburger Nachrichten", in der eine derartige Unzufriedenheit geherrscht und so offen zum Ausdruck gebracht worden wäre, wie es jetzt der Fall ist.

Leute und Blätter, die es früher nie gewagt haben würden, der Kritik offen Ausdruck zu geben, die sie im Geheimen vielleicht an den Handlungen der maßgebenden Persönlichkeiten vornahmen, sprechen heute unumwunden

ihre Meinung aus und verlangen Abstellung des Uebels, unter dem das Deutsche Reich leidet. Die gesamte deutsche Presse hallt von Klagen und Beschwerden wider, die sich, und das ist das Schlimmste, auf das persönliche Regiment beziehen, darauf, daß sowohl die innere wie die auswärtige Politik durch subjektive Auffassungen beeinflußt werde, und daß wechselnde Stimmungen den ruhigen Gang einer amtlich erwognen und amtlich zu verantwortenden Politik erschwerten. Auf allen Seiten wird impulsive Stimmungspolitik als Ursache der Zustände bezeichnet, in die wir geraten sind, und die Beseitigung derselben verlangt; alle berufnen Faktoren, heißt es, sollten zusammenwirken, um dieses Ziel zu erreichen. Man verlangt eine starke nationale Opposition gegen die Fortsetzung der persönlichen Politik, als einziges Mittel, aus der jetzigen Lage herauszukommen. Nur einer solchen kraftvollen, von nationalem Ehrgefühl getragnen Opposition werde auch die allerhöchste Stelle nicht widerstehn können. Der Ruf nach einer solchen Opposition wird in der gesamten Presse, von Tilsit bis Freiburg, von Hamburg bis München laut.

XVII.

Konservative Partei.

30. November. Im Vertretertage der Partei führt der Vorsitzende v. Manteuffel über die allgemeine politische Lage folgendes aus:

Die konservativen Männer könnten sich damit, daß die innerpolitische Lage als befriedigend geschildert wird, keinenfalls einverstanden erklären. In weiten konservativen Kreisen sei man vielmehr der Meinung, daß in der Regierung Unsicherheit und Schwanken herrsche. Man habe den Eindruck, als wolle die Regierung auf eigne Initiative verzichten und sowohl die Zurückziehung von notwendigen Gesetzentwürfen als auch die Einbringung von Entwürfen überhaupt von der sogenannten Volksstimme abhängig machen. Das deutsche Volk, das gottlob in seiner Mehrheit noch christlich und monarchisch gesonnen sei, wolle eine feste, zielbewußte Regierung. Und in der Tat werde es einer ihrer Autorität bewußten und auch einmal gegen den Strom ankämpfenden Regierung viel leichter sein, sich Gefolgschaft zu verschaffen, als einer Regierung, die eben auf jeden künstlich hervorgerufnen Lärm reagiere. Es werde ja allerdings von liberaler Seite behauptet, unsre Regierung sei konservativ. Aber inwiefern und auf welchem Gebiete sei denn solcher Konservatismus zu spüren? Schon oft habe man davon gehört, daß angeblich ein Zug nach links durch das Volk gehe. Allerdings sei die Linke eifrig damit beschäftigt, sich zusammen zu tun, um gegen rechts Fortschritte zu machen. Aber darunter werde die konservative Partei sicherlich nicht leiden, sie werde diesen angeblichen Zug nach links, der schon oft verkündet worden sei, niemals aber sich eingestellt habe, getrost überwinden. Auch der Umstand werde die Konservativen nicht stören, daß die Nationalliberalen jetzt beweisen wollten, daß sie auch nein sagen könnten, weil sie glaubten, damit verlornen Boden im Volke wiederzugewinnen. Aber es gebe weiter links noch immer „zuverlässigere" Neinsager. Und daher sei es nicht zu verwundern, daß sich der hoffnungsfroh angekündigte Zug nach links immer innerhalb der Linksparteien selbst abgespielt habe, und das dürfte

auch mit dem neuen Zug nach links der Fall sein. Die Sozialdemokratie, die durch diesen Zug nach links allein gewinne, verspreche alles, kritisiere alles und leiste nichts. Diese Art Agitation erschwere namentlich den Konservativen den politischen Kampf. Die pflichtgetreuen und ihrer Verantwortlichkeit sich bewußten Politiker versprächen nur, was sie halten wollten und zu halten imstande seien. Es verursache tiefe Mißstimmung in konservativen Reihen, wenn man beobachten müsse, daß die konservative Partei schlechter behandelt werde als andre Parteien. Auf solche Weise werde das fortwährende Drängen nach Demokratisierung des Reichs ermutigt. Man habe besonders im deutschen Süden vergessen, was das Deutsche Reich Preußen verdanke, und was für Opfer Preußen zugunsten der Reichseinheit gebracht habe. Im Süden dringe die Sozialdemokratie immer mehr vor, und das sei eine Gefahr für das Reich und Preußen. Daher solle unter allen Umständen am preußischen Wahlrecht festgehalten werden.

Fünfter Abschnitt.

Auswärtige Angelegenheiten.

I.

Beziehungen zu Großbritannien.

15. August. Den in der ersten Hälfte des Jahres von mehreren Seiten angestellten Versuchen zur Herstellung eines bessern Verhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien schließt sich an eine Zusammenkunft des Kaisers mit seinem Oheime, dem König Eduard, in Schloß Friedrichshof bei Cronberg am Taunus, das der Lieblingssitz der Kaiserin Viktoria, der Schwester des Königs Eduard, in ihren letzten Lebensjahren war. Die deutsche Presse äußert sich über diesen Vorgang zum Teil zurückhaltend. Zwar Blätter wie die „Magdeburgische Zeitung“ glauben, daß der englische König mit seinem Besuche die bisherigen Versuche deutsch-englischer Annäherung gutheißen wolle; aber ein Blatt wie der „Schwäbische Merkur“ äußert:

Die antideutsche Sammelpolitik ist auf Hindernisse gestoßen, deren Beseitigung von unübersehbaren Umständen abhängt. Die Seele dieser feindlichen Koalition hält es daher für geboten, vorderhand einen modus vivendi mit Deutschland zu suchen. Es ist sicherlich eine bedenkliche Uebertreibung, wenn schon jetzt einige Blätter wieder in Verzückung darüber geraten, daß dieser Besuch „auch den letzten Schein einer deutsch-englischen Verstimmung beseitige“. Dazu hat der Groll zu tief gesessen, dazu hat gerade König Eduard zu viel Wasser in den Versöhnungswein gegossen, als daß eine Galatafel alles Geschehene vergessen machen könnte. Die politische Bedeutung des Zusammentreffens der Herrscher von Deutschland und Großbritannien liegt in dem Umstande, daß diese Begegnung nicht abermals unterbleibt. Als letzteres

im vergangnen Jahre der Fall war, zeigte sich damit am Horizont der europäischen Gesamtlage ein dunkler Schatten. Wäre auch jetzt das Zusammentreffen vermieden worden, so würde jener Schatten noch schwärzer erschienen sein.

20. August. Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" spricht sich also aus: „Die Begegnung des Kaisers mit dem König von England ist für beide Teile unter befriedigenden Eindrücken verlaufen. Der Verkehr zwischen den Monarchen trug das Gepräge freundlichen Entgegenkommens und verwandtschaftlicher Herzlichkeit. Jedes geflissentliche politische Ausbeuten der Zusammenkunft liegt uns fern; sie bildet aber mit den ungetrübten Erinnerungen, die sie hinterläßt, eine weitere Etappe auf dem Wege der durch den Aufenthalt von Vertretern deutscher Städteverwaltungen und der deutschen Presse in England angebahnten allmählichen Besserung in den Beziehungen zwischen den Völkern, Regierungen und Herrschern Deutschlands und Großbritanniens. In zwanglosen, freundschaftlichen Gesprächen sind auf Schloß Friedrichshof, wie kaum gesagt zu werden braucht, auch die großen Fragen der Politik erörtert worden, und wir wissen, daß dies in dem Geiste geschehn ist, wie es der Festigung des europäischen Friedens nur förderlich sein konnte.

24. August. In einer Betrachtung über die Bedeutung der Friedrichshofer Zusammenkunft schreiben die Leipziger „Grenzboten":

Sehen wir auf den Weg zurück, den die deutsch-englischen Beziehungen seit dem Kabinettswechsel im Dezember des vorigen Jahres eingeschlagen haben, so ist eine Besserung, ein Aufsteigen des politischen Thermometers über den Nullpunkt, unverkennbar; bis zu welchem Wärmegrad er sich weiter entwickeln wird, hängt nicht allein von uns ab. Die Entente mit Frankreich ist zum politischen Glaubenssatz der Engländer geworden; der Umstand, daß diese die Annäherung als das Werk ihres Königs ansehen, das er sein Leben lang sorgfältig hüten wird, hat ihm eine gewaltige Popularität und einen großen persönlichen Einfluß in England verschafft, weit über die eigentliche Stellung der Krone in Großbritannien hinaus. In Anbetracht dieses großen persönlichen Einflusses, den der König in der Politik seines Landes auch ferner haben wird, ist es im Interesse des Friedens nur erfreulich, wenn an Cronberg wenigstens die Hoffnung geknüpft werden darf, daß das persönliche Verhältnis zwischen den beiden Herrschern fortan zugunsten der deutsch-englischen Beziehungen in die Wage fallen wird. Im übrigen heißt es abwarten; die Entwicklung kann nur eine langsame sein.

II.

Besuche von Diplomaten.

18. Oktober. Der deutsche Staatssekretär des Aeußern von Tschirschky und Bögendorf beim italienischen Minister des Aeußern Tittoni in Rom.

27. Oktober. Der russische Minister des Aeußern v. Iswolsky in Berlin beim Kaiser und beim Reichskanzler.

31. Oktober. Staatssekretär v. Tschirschky beim König von Italien in San Rossore.

8. November. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Freiherr v. Aehrenthal beim Reichskanzler.

III.

Verhältnis zu Dänemark.

30. August. Zu einem freundschaftlichen Besuche in Kiel trifft ein aus drei Küstenpanzerschiffen und zwei Torpedobooten bestehendes dänisches Geschwader in Begleitung eines aus 7 Panzerschiffen, 2 Torpedokreuzern und 2 Torpedojägern bestehenden schwedischen Geschwaders ein.

18. November. König Friedrich VIII. von Dänemark, der am 30. Januar d. J. den Thron bestieg, hatte zunächst seinen Antrittsbesuch am schwedischen Hofe abgestattet und wendet sich nunmehr nach Berlin. Er und seine Gemahlin Luise, die Tochter des Königs Karl XV. von Schweden, werden von der königlichen Familie am Lehrter Bahnhofe in Berlin festlich empfangen, fahren von da vorbei an der zum Teil der Verherrlichung des deutschen Siegs über Dänemark gewidmeten Siegessäule und werden am Brandenburger Tore vom Berliner Magistrate begrüßt.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." begrüßt halbamtlich die königlichen Gäste.

IV.

Beziehung zu China.

3. April. Der Reichskanzler antwortet auf ein Schreiben der deutschen Vereinigung in Schanghai auf die dort laut gewordne Besorgnis, die deutschen Interessen in Schanghai könnten an amtlicher Stelle nicht die ihnen gebührende Berücksichtigung finden, folgendes: Es bedarf keiner besondern Versicherung, daß diese Annahme unzutreffend ist. Ich benutze indes gern diesen Anlaß, um ausdrücklich zu betonen, daß die Reichsregierung die Entwicklung des deutschen Handels in China mit lebhaftester Aufmerksamkeit verfolgt und sich den nachdrücklichen Schutz von Leben und Eigentum der dortigen Deutschen immer angelegen sein lassen wird. Schanghai und die andern deutschen Gemeinden in China können mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung der dort vertretnen deutschen Interessen immer darauf rechnen, daß ihnen jeder mögliche Schutz durch die amtlichen deutschen Vertreter und nötigenfalls durch die deutsche Flotte zuteil werden wird.

V.

Beziehungen zu Nordamerika.

27. Oktober. Im Berliner Universitätsgebäude eröffnet der Professor John William Burgeß die Theodor-Roosevelt-Professur in Gegenwart des Kaisers, des Kultusministers v. Studt, des nordamerikanischen Botschafters Tower und zahlreicher angesehener Männer mit der Verlesung des folgenden vom Präsidenten der nordamerikanischen Union an ihn gerichteten Briefs vom 12. Oktober, aus dem die guten Beziehungen zwischen beiden Reihen hervorgehn:

Mein lieber Professor Burgeß! Durch Ihre hochgeschätzte Vermittlung wünsche ich die Universität zu Berlin mit dem herzlichsten Wohlwollen zu begrüßen. Die historische Freundschaft, erst zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten, und dann, als Preußen das große Deutsche Reich begründete, zwischen diesem mächtigen Reiche und den Vereinigten Staaten, ist nie abgebrochen, sogar niemals im geringsten erschüttert worden. Sie nahm ihren Anfang in der gegenseitigen Hochschätzung und in dem gegenseitigen Wohlwollen, die zwischen Washington und Friedrich dem Großen schon bestanden, und wurde durch die Tatsache befestigt, daß Preußen allein unter allen europäischen Mächten sich willig zeigte, Handelsbeziehungen mit uns, während der Periode unsrer Not und Schwäche in den schweren Jahren zwischen 1783 und 1789, anzuknüpfen und einen Handelsvertrag mit uns zu schließen. Schon während der Kolonialperiode unsrer Geschichte gab es einen großen deutschen Bestandteil unter unserm Volke, und Männer deutscher Geburt und Abstammung leisteten uns, während der Periode der Revolution, große und erfolgreiche Dienste als Führer, sowohl im Kriege als im Frieden. Steuben schulte die Revolutionsarmee, und Mühlenberg war der erste Sprecher des Repräsentantenhauses. Seit der Revolution hat es fast unausgesetzt eine deutsche Einwanderung hierher gegeben, die sich von größter Wichtigkeit für die Bevölkerung unsrer Nordwestterritorien erwiesen hat. Die Männer deutscher Geburt und Abstammung waren beinahe insgesamt der Union mit Leib uud Seele ergeben und der Sklaverei äußerst feindlich. Durch ihre mächtige Hilfe wurden die Nordwestterritorien zu freien Staaten gemacht, die das Herz der Republik bildeten. Beim Ausbruch des Bürgerkrieges verdankten wir es den Männern deutscher Geburt oder Abstammung, daß Maryland, Missouri und sogar Kentucky fest zur Union hielten, und während dieser furchtbaren Periode leisteten sie uns in Rat und Tat Dienste, die nie zu vergessen sind. Seit dem Bürgerkrieg ist die große Auswanderung von Studenten aus den Nordstaaten unsrer Union nach den deutschen Universitäten eine der merkwürdigsten und

bedeutendsten Erscheinungen unsers geistigen Lebens, und es ist eine der bezeichnendsten Tatsachen unsrer amerikanischen Bildung, daß diese auf deutschen Universitäten erzognen Söhne unsrer Republik das höhere Erziehungswesen unsers Landes jetzt leiten und beherrschen. All dies hat mächtig darauf gewirkt, einen Austausch der Kultur zwischen den zwei Ländern zustande zu bringen, der in der Begründung der Professur, deren Inaugurierung Ihnen, Herr Professor, aufgetragen ist, gewissermaßen gipfelt. Mit Wiederholung meiner herzlichsten Grüße an die Universität und mit den besten Wünschen für Ihren Erfolg und den Ihrer Schüler verbleibe ich immer mit Treue und Aufrichtigkeit der Ihrige Theodore Roosevelt.

Nachdem Professor Burgeß seine Antrittsvorlesung über die Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten hieran geschlossen hat, hält der Kaiser folgende Ansprache: „Kommilitonen! Wir wollen dem Dank, der soeben in beredten Worten ausgesprochen ist, Ausdruck geben, indem wir die dargebotne Rechte, die uns von Amerika herübergereicht wird, ergreifen, indem wir auf den Mann, der die Inkarnation aller guten Eigenschaften seines Volkes ist, ein Hurra ausbringen, indem wir rufen: Präsident Roosevelt, hurra! hurra! hurra!"

Sechster Abschnitt.

Zweite Tagung des 11. Reichstags.

(13. November bis 13. Dezember.)

I.

Auswärtige Angelegenheiten.

1.

Die internationale Lage.

14. November. Bassermann (natl.) stellt die Anfrage: „Ist der Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben über unsre Beziehungen zu den übrigen Mächten und sich über die Besorgnisse zu äußern, die in vielen Kreisen des deutschen Volkes wegen der internationalen Lage bestehn?" Die Anfrage ist unterzeichnet von zahlreichen Mitgliedern der nationalliberalen Partei. — In der Begründung der Anfrage weist Bassermann auf das starke Gefühl der Unzufriedenheit und der Verstimmung hin, das sich seit den letzten Wochen im Reiche zeige. In dieser Richtung habe sich die Presse fast aller Parteien ausgesprochen. Insbesondre wecke die Veröffentlichung der Memoiren Hohenlohes über das vorzeitige Ausscheiden

Bismarcks aus dem Amt dieses Gefühl. Das Vertrauen, das zu Bismarcks Zeiten vorhanden war, beherrsche das deutsche Volk heute nicht mehr. Vielfach sei man der Meinung, daß die hohen Posten, die exponierten Stellungen in der Diplomatie nicht durchweg nach Leistungsfähigkeit besetzt würden, sondern daß Rücksichten auf die persona grata und gratissima ausschlaggebend seien. Die zielbewußte Friedenspolitik Bismarcks sei geschwunden. Zu jener Zeit sei Deutschland noch beliebt gewesen. Unser Verhältnis zu Italien habe sich langsam verschlechtert. Italiens öffentliche Meinung neige mehr zu Frankreich. Dazu komme eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien. Oesterreich habe auf der Konferenz von Algeciras nicht die Rolle des brillanten Sekundanten gespielt, sondern die des unparteiischen Richters. Die Verhältnisse in Rußland seien für uns nicht günstig; eine Einmischung in die innern Verhältnisse Rußlands sei ausgeschlossen. Der Angelpunkt der Politik liege in England, das zielbewußt auf die Isolierung Deutschlands hinarbeite. Die gegenwärtige Lage sei nicht rosig, wenn auch eine akute Gefahr wohl nicht vorhanden zu sein scheine, auch gegenüber dem Ministerium Clemenceau nicht. Wir lebten in einer Zeit, wo der Friede nur durch Bündnisse aufrecht erhalten werde. Deshalb scheine die Gefahr für Deutschland besonders groß zu sein. Die Unruhen in den Balkanstaaten und die Verständigung Englands mit Rußland über die asiatische Bewegung verlangten ebenfalls vollste Aufmerksamkeit. Unsre Politik lasse vielfach Ruhe und Stetigkeit vermissen. Eine augenblickliche Kriegsgefahr liege nicht vor. Eine offne Aussprache über die allgemeine Politik könne nicht schaden.

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow erwidert im wesentlichen folgendes: Was das Verhältnis zu Frankreich anlangt, so muß man unterscheiden zwischen dem, was vielleicht wünschenswert, und dem, was nach Lage der Dinge möglich ist. Der Gedanke eines engern Anschlusses oder Bündnisses mit Frankreich, der hie und da auftaucht, sei bei der Stimmung in Frankreich nicht realisierbar. Je weniger Illusionen wir uns in dieser Hinsicht hingeben, um so besser. Die Gründe hierfür liegen in den Ereignissen der Vergangenheit. Die Lebhaftigkeit des französischen Patriotismus, der hochgespannte starke Ehrgeiz des französischen Volkes rechtfertigen, daß wir militärisch en vedette sind, um nicht nur das erworbne Gut an den Vogesen zu wahren, das mit Strömen deutschen Bluts wieder erobert wurde, sondern auch die endlich so spät und mühsam errungne Einheit der Nation. Unsre endlich wieder errungne Machtstellung, unsre innere Einigkeit und Einheit nach außen werden noch wirksamer als der Erwerb von Metz und Straßburg verhindern, daß

künftig deutsches Gebiet wieder Tummelplatz fremder Kriegslaune werde. Auch Italien könne heute, als geeinte Großmacht und durch den Dreibund gestärkt, sich Frankreich nähern, ohne Besorgnis, von Frankreich abhängig zu werden. Man sagt manchmal, die Franzosen wünschten eine Annäherung an Deutschland, aber noch kein Minister, kein Deputierter ist unter für uns annehmbaren Voraussetzungen dafür eingetreten. Wir alle wissen, daß die Zahl derjenigen Franzosen, die den Angriffskrieg mit Deutschland grundsätzlich verwerfen, zunimmt. Wir hoffen weiter, daß auf wirtschaftlichem Gebiet ein gemeinsames Vorgehn zwischen beiden Nationen möglich sein wird. Wir wollen uns nicht in die Allianz zwischen Frankreich und Rußland eindrängen. Es ist zu begrüßen, daß auch französische Männer ausgesprochen haben, ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland sei notwendig für die Erfolge des Friedens. Zwischen Deutschland und England bestehn keine tiefern politischen Gegensätze. In geistiger Beziehung, in Kunst und Wissenschaft, stehn beide Völker einander nahe. Wirtschaftlich sind sie aufeinander angewiesen. Aus der Konkurrenz braucht kein politischer Gegensatz, kein Krieg hervorzugehn. Beide Völker müssen gegenseitig als gute Kunden sich einander erhalten. Bülow spricht sodann seine Befriedigung über die freundlichen Reden bei der Anwesenheit deutscher Bürgermeister und Journalisten in England aus. Es gibt keinen vernünftigen Menschen in Deutschland, der nicht gute Beziehungen zwischen Deutschland und England wünscht auf Grund gegenseitiger Loyalität. Die Sympathie der Deutschen für die Buren entsprang nur dem deutschen Idealismus. Der Gedanke, der Ausbau der deutschen Flotte sei ein Anlaß zur Verstimmung zwischen beiden Völkern, ist töricht. Die Besorgnis englischer Kreise vor einer gar nicht vorhandnen großen deutschen Flotte ist einfach unfaßbar. Wir denken gar nicht daran, eine Flotte zu haben, die so stark wie die englische wäre. Aber wir haben das Recht und die Pflicht, eine Flotte zu halten, die dem Umfange unsrer Handelsinteressen entspricht, die uns die Möglichkeit gibt, uns gegen fremde Interessen zu schützen und unsre Küsten zu verteidigen. Warum sollen wir nicht das Recht haben, Schiffe zu bauen und eine Flotte zu halten wie Italien, Frankreich, Rußland, Japan und England selbst? Von dem Verhältnis zwischen England und Deutschland gilt das, was Fürst Bismarck im Jahre 1860 über die Annäherung von Norddeutschland und Süddeutschland sagte, nämlich, daß die Früchte nicht rascher reifen, wenn man eine Lampe unter sie hält. Wenn die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundschaftlich und vertrauensvoll werden sollen, so ist vor allem Zeit und Geduld notwendig, denn eine lange Periode der

Mißverständnisse und Verstimmungen liegt hinter uns. Der Stand des politischen Barometers ist jetzt glücklich von Regen und Wind auf veränderlich gegangen. Forcieren läßt sich das nicht. Wenn es bald besser werden soll, müssen von beiden Seiten Reibungen und Trübungen vermieden werden. Vor allem müssen die Lebensinteressen des Volkes hoch über den persönlichen Verstimmungen und Empfindlichkeiten stehn. Es gilt natürlich für beide Länder. Man hat von den angeblichen Verstimmungen zwischen den beiden Souveränen gesprochen, die an der Spitze des deutschen und des englischen Volkes stehn, und ihnen eine große Bedeutung beigelegt. Ich sage demgegenüber, weder König Eduard noch Kaiser Wilhelm werden persönlichen Empfindlichkeiten Einfluß auf die sachliche Wahrnehmung der politischen Verhältnisse ihrer Länder einräumen. König Eduard ist bei uns mit der Achtung und Ehrerbietung aufgenommen worden, die ihm gebührt, und so hat die Begegnung in Cronberg die guten Beziehungen zwischen beiden Monarchen gekräftigt und gefestigt, daß sich das Wort des Königs erfüllen wird, daß die Fahnen beider Länder niemals feindlich gegeneinander wehen sollen.

Die Haltung der Presse Italiens in bezug auf die Konferenz in Algeciras entsprach nicht unsern Wünschen; von der Haltung der dortigen Regierung aber und ihres Vertreters kann ich das nicht sagen. Italien befand sich auf der Konferenz in schwieriger Lage. Zwischen Italien und Frankreich bestanden hinsichtlich Marokkos gewisse Verabredungen, von denen wir wissen, daß sie nicht im Widerspruche mit dem Dreibundvertrage standen. Als nun die Art und Weise, wie unsre Rechte und Interessen in Marokko verletzt wurden, uns zum Vorgehn zwang und sich daraus die Konferenz in Algeciras entwickelte, kam Italien in eine schwierige Lage. In dieser Lage hat die damalige italienische Regierung korrekt gehandelt. Solange Italien fest und loyal zum Dreibund steht, trägt es schon dadurch zur Aufrechterhaltung des Friedens bei. — Es ist mir unbegreiflich, wie man hat annehmen können, und zwar namentlich bei dem Besuch unsers Kaisers in Wien, wir wollten uns in die innern Verhältnisse der habsburgischen Monarchie einmischen. Wir mischen uns nicht in fremde Verhältnisse ein und geben auch keinen Rat, wenn er nicht erbeten wird. So was zu tun, ist taktlos, wie jede Aufdringlichkeit. Insbesondre bedarf der Monarch keines Rats, der nun schon seit so vielen Jahren und Jahrzehnten nicht ohne ernste Prüfungen und schwere Schicksalsschläge, aber immer pflichttreu, immer gerecht, die Völker und Länder am Donaustrom regiert. Auch in den Konflikt zwischen Cisleithanien und Transleithanien haben wir uns nie eingemischt. Wie war es nach allem Frühern,

namentlich nach dem Kaiserbesuche in Pest 1897, nur möglich, daß die ungarische Nation uns Einmischungsabsichten hat zutrauen können? — Hinsichtlich Rußlands bedaure ich, daß immer wieder versucht wird, uns die Absicht unterzuschieben, daß wir uns in innere russische Verhältnisse einmischen. Davon ist keine Rede. Wir intervenieren auch in Russisch-Polen nicht. Sollte der Brand über unsre Grenze greifen, so werden wir ihn löschen. An fremder Löscharbeit beteiligen wir uns aber nicht. So einfach ist unsre Stellung in Europa denn doch nicht, daß wir uns den Luxus gestatten dürften, uns unpolitischen Gefühlswallungen hinzugeben. Die Art, wie die Sozialdemokratie Partei ergreift, ist vom nationalen Standpunkt gerade so unsinnig und gerade so falsch, wie es das Verhalten der französischen Emigranten war, oder später das Verhalten der Heiligen Allianz und ihrer Anhänger auf dem Pariser Kongreß, oder das unheilvolle Verhalten in dem Streite zwischen Polen und dem Ordensstaate Preußen. Dieselben Ursachen, dieselben Leidenschaften und menschlichen Schwächen, dieselbe Art, die es unmöglich macht, das eigne Parteiinteresse dem Wohle des Ganzen unterzuordnen, sie bringen immer wieder dieselben Erscheinungen hervor.

Ich muß weit zurückgehn in meinen diplomatischen Erinnerungen, um eine Periode zu finden, wo die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland so normale und so korrekte waren wie heute; und dabei betone ich, daß die Begegnungen zwischen unserm Kaiser und dem Kaiser von Rußland wesentlich dazu beitrugen, zwischen beiden Reichen das volle Vertrauen aufrecht zu erhalten. Bei diesen Begegnungen zwischen beiden Monarchen ist von innern russischen Verhältnissen nicht die Rede gewesen. Zwischen Rußland und England schweben seit einiger Zeit Verhandlungen, die den Erfolg versprechen, daß über gewisse zentralasiatische Gebiete, wo alte englisch-russische Rivalitäten bestehn, namentlich über Tibet, Persien und Afghanistan, eine Verständigung erzielt wird. Wir haben, meine Herren, in Tibet und Afghanistan gar keine, in Persien nur wirtschaftliche Interessen. Wir haben kein Interesse daran, diese Verhandlungen zu stören.

Unsre Beziehungen zu Japan pflege ich aufs sorgfältigste. Japan hat sich durch die hervorragenden Leistungen seiner brillanten Armee und seiner tüchtigen Flotte seinen Platz unter den Großmächten errungen; darin ist es nur dem Beispiel andrer Völker gefolgt, namentlich dem deutschen Beispiele. Mit Eroberungs- oder Vergrößerungsplänen haben wir uns in Ostasien niemals getragen. In Ostasien haben wir nur wirtschaftliche Ziele, deren Erreichung im wesentlichen abhängig ist von der Aufrechterhaltung des Friedens,

der Integrität von China und des Prinzips der offenen Tür. — Deutschland und Amerika gehören zu den Völkern, die aus natürlichen wie aus historischen Gründen auf ein gutes gegenseitiges Verhältnis angewiesen sind. Die Grenzen beider Länder berühren sich nicht, die Interessen weisen aufeinander, die wirtschaftlichen Interessen machen zugleich beiderseitiges Entgegenkommen und gegenseitige Verständigung erforderlich. Es heißt oft, ich sei dem Auslande gegenüber zu liebenswürdig. Da scheint man sich nicht gegenwärtig zu halten, daß gerade auf dem Gebiete der auswärtigen Politik Höflichkeit und Festigkeit sich gar nicht ausschließen. Es kommt nur darauf an, die eine oder andre Eigenschaft im rechten Augenblick zur Anwendung zu bringen. Nun ist ja ein konsequenter und überhebender und anmaßender Ton schon manchmal in der Presse schädlich, viel schädlicher, als manche Leute sich einbilden. Das übermäßige Zitieren des Fürsten Bismarck ist bei uns nicht nur zu einer Manie, sondern beinahe zu einer Kalamität geworden. Friedrich der Große war der erste Staatsmann seiner Zeit; wenn aber Bismarck sich darauf beschränkt hätte, spezifisch preußische Politik zu treiben, so würde er die Einheit Deutschlands nicht begründet haben. Nicht, daß es von den Bahnen Friedrichs des Großen abwich, hat Preußen vor hundert Jahren nach Jena und Tilsit geführt, sondern daß es in falschem Sinne und in enger Weise in diesen Bahnen kleben blieb. Wenn die Entwicklung der Dinge es verlangt, daß wir über Bismarcksche Ziele hinausgehn, so müssen wir es tun, selbst wenn Bismarck seinerzeit unter scheinbar ähnlichen Verhältnissen anders geurteilt hat. Ich weiß sehr wohl, daß hier und da geklagt wird über den mangelnden Schutz Deutscher im Auslande. Aber bei den Recherchen, an denen wir es niemals haben fehlen lassen, hat sich immer ergeben, daß die Tatsachen falsch wiedergegeben waren, oder daß es sich um frühere Deutsche handelte, die ihre Staatsangehörigkeit längst aufgegeben hatten. Der Schutz des Reiches wird auch heute allen Deutschen ohne Unterschied des Standes, der Konfession und der Partei zuteil.

Vor Ueberkritik, namentlich über verwickelte internationale Beziehungen, muß man sich hüten, das schädigt nur unser Ansehen. Deutschland braucht sich gar nicht so sehr zu fürchten. Wären wir isoliert, wie wir es nicht sind, so brauchten wir auch noch keine Furcht zu haben. Ein Volk von sechzig Millionen mit einem Heer wie das deutsche Heer ist niemals isoliert, solange es sich selbst treu bleibt und sich selbst nicht aufgibt. Wir haben es nicht nötig, irgend jemand nachzulaufen oder sonst andern gegenüber entgegenkommender zu sein, wie diese uns gegenüber. Das wäre unser nicht würdig, das

wäre nicht einmal gut. Ich warne davor, nervös zu werden; wir sind in Deutschland alle zu nervös geworden, rechts und links, oben und unten. Wir haben uns mehr als einmal in Situationen befunden, wo die Gefahr einer allgemeinen Koalition gegen uns größer war als heute. Unsre Lage würde heute leichter sein, wenn wir nicht die überseeische Politik inauguriert hätten. Die Verhältnisse in Europa haben sich gegenüber den achtziger Jahren verschoben. Vor allem war Deutschland damals materiell weniger stark als heute. Hätten wir uns nicht so auf überseeische Bestrebungen eingelassen, so würden wir auf dem Kontinent nicht allzuviel zu fürchten haben. Dann wäre es auch leichter als heute, alle Reibungen mit England zu vermeiden. Die Lage in der Welt ist ruhiger geworden. Gewiß ist noch hier und da Unruhe vorhanden. Wie nach einem Sturm auf See, so zittert auch in der politischen Welt eine gewisse Unruhe nach, die zur Vorsicht mahnt.

v. Vollmar: Der Abgeordnete Bassermann ist unter die Schwarzseher gegangen, er hat ausdrücklich erklärt, daß er seinen Finger auf die wunden Stellen der deutschen Politik, besonders der Politik der Erscheinungen des persönlichen Regiments, legen wolle. Da wird er für seinen Finger sehr viel zu tun finden. — **Graf Limburg-Stirum** spricht sein Bedauern aus über die Aufhebung des Rückversicherungsvertrags mit Rußland. — **Spahn**: Eine Reichsverdrossenheit besteht; aber zum Teil wird sie dadurch geschürt, daß das Zentrum nicht duldet, daß man an das allgemeine Wahlrecht geht. — **Wiemer** (freis. Vp.): Es wäre interessant, zu erfahren, welche Einflüsse sich neben und vielleicht auch gegen den Reichskanzler geltend machen. In Deutschland gibt es seit einiger Zeit Staatsmänner, die es mehr als ihre höchste Aufgabe ansehen, gehorsame Diener eines höhern Herrn zu sein als staatsmännische Ratgeber der Krone. Heutzutage kann ein Monarch die Politik nicht selbst machen. Ein persönliches Regiment ist fehlerhaft auf dem Gebiete der innern Politik, noch bedenklicher aber auf dem der auswärtigen. Mit impulsiven Reden ist es nicht getan. Darunter leidet nachgerade auch unsre militärische Stellung und die Anforderung an die Steuerzahler. Der Reichskanzler hat sich mit vollem Recht gegen eine solche Politik gewandt; er sprach davon, daß einseitige Avancen nicht gemacht werden. Es scheint mir aber doch darin etwas zu viel getan zu werden. Ich erinnere an manche Geschenke, ich erinnere an manche Ordensverleihungen, gar nicht zu sprechen von Stöffel. Mit Hurrastimmung beseitigt man diese Erscheinungen nicht, sie gibt keinen Rückschluß auf die wahre Stimmung der Massen. Wir verlangen, daß die Minister nicht nur gefügige und geschmeidige Handlanger sind, sondern verantwortliche Ratgeber der Krone, die, wenn deren Handlungen sich mit ihren Ueberzeugungen nicht decken, die Konsequenzen zu ziehn und ihren Platz zu räumen wissen.

Der Reichskanzler Fürst v. Bülow weist in einer Erwiderung darauf hin, daß er den Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten widerholt und gerade in ernsten und kritischen Momenten einberufen habe. Der Kanzler tritt sodann für die angegriffnen Diplomaten ein und sagt auf die Bemerkungen wegen eines persönlichen Regiments:

Ich habe hier einmal gesagt: ein gewissenhafter, ein seiner moralischen Verantwortlichkeit sich bewußter Reichskanzler wird nicht im Amte bleiben, wenn er Dinge nicht zu verhindern vermag, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reichs wirklich und dauernd schädigen. Wären solche Dinge vorgefallen, so würden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen; denn was Sie auch über mich denken mögen, ein Kleber bin ich nicht, dessen können Sie sicher sein. Ich habe damals weiter gesagt, daß ich es nicht ablehnen würde, bei Kundgebungen des Kaisers, auf die sich streng genommen meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nicht erstreckt, die moralische Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung solcher Kundgebungen auf den Gang der großen Politik; denn ich sei dem Bundesrate und ich sei diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, die nicht den innern und den äußern Frieden des Reichs beeinträchtige. Wie sehr ich mir dieser Verantwortung bewußt bin, habe ich bei mehr als einer Gelegenheit gezeigt; ich erinnere nur an den Gang der lippischen Frage. Der große Irrtum, in den bei der Behandlung dieser Frage viele verfallen, ist, daß sie die Verhältnisse, wie sie bei uns verfassungsmäßig gegeben sind und sich historisch entwickelt haben, verwechseln mit den Zuständen in den Ländern, wo das rein parlamentarische Regierungssystem besteht. In solchen Ländern ist der Monarch nur der formale Inhaber der Staatsgewalt. Bei uns ist das parlamentarische Regierungssystem schon deshalb nicht möglich, weil bei uns keine der großen Parteien die absolute Mehrheit hat und voraussichtlich nach unsrer ganzen politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Struktur keine in absehbarer Zeit die Mehrheit haben wird. Auch abgesehen von diesem durchschlagenden faktischen und praktischen Grunde ist das parlamentarische Regierungssystem bei uns nicht Rechtens, und wir wollen doch alle auf dem Boden des Rechts bleiben. Bei uns in Deutschland sind die Minister nicht die Organe des Parlaments und seiner jeweiligen Mehrheit, sondern sie sind die Vertrauensmänner der Krone; die Regierungsanordnungen, die ergehn, sind nicht die Anordnungen eines tatsächlich von dem Monarchen unabhängigen und von der jeweiligen Mehrheit des Parlaments abhängigen Ministers, sondern es sind die Regierungsanordnungen des Monarchen. Die Korrektur dieser Zustände und die Gewähr für eine verfassungsmäßige Ordnung der Dinge liegt darin, daß die Regierungsanordnungen des Monarchen nur so weit wirksam sind, als er einen Minister findet, der sie unter seiner eignen Verantwortung ausführt, der sich weigern kann, diese Anordnungen auszuführen, der dem Monarchen erklären kann, daß, wenn er dieses oder jenes verlangen

oder tun oder sagen sollte, er — der Minister — nicht länger im Amte bleiben könne. Wie weit ein Minister das persönliche Hervortreten, die Meinungs- und Gefühlsäußerungen des Monarchen mit seiner Verantwortung decken will, das ist Sache des politischen Augenmaßes, des Pflichtgefühls gegenüber Krone und Land, das gehört in das Gebiet der politischen Imponderabilien. Ich kann mir sehr wohl denken, daß ein Minister finden kann, daß ein übertriebnes persönliches Hervortreten des Regenten, daß ein zu weit getriebner monarchischer Subjektivismus, daß ein zu häufiges Erscheinen des Monarchen ohne die ministeriellen Bekleidungsstücke, von denen die Weisheit des Fürsten Bismarck sprach, daß das dem monarchischen Interesse nicht zuträglich ist, und daß er dafür die Verantwortung der Krone, Land und Geschichte nicht übernehmen kann. Aber die Auffassung, als ob der Monarch in Deutschland keine eignen Gedanken über Staat und Regierung haben dürfe, als ob er nur mit dem Kopfe seiner Minister denken, als ob er nur sagen dürfe, was diese ihm aufgesetzt hätten, die ist grundfalsch. Sie widerspricht dem deutschen Staatsrecht, sie widerspricht auch den Wünschen des deutschen Volks. Das deutsche Volk will keinen Schattenkaiser, es will einen Kaiser von Fleisch und Blut. Das Auftreten und die Aeußerungen einer starken Persönlichkeit, wie es unser Kaiser ist, das bedeutet noch lange keine Verletzung der Verfassung. Nennen Sie mir doch einen einzigen Fall, wo sich unser Kaiser in Widerspruch gesetzt hätte mit der Verfassung! Sie werden mir niemals einen solchen Fall nennen können; denn ich bin überzeugt, daß unser Kaiser die Verfassung stets gewissenhaft beobachten wird, wie das seine Pflicht ist. Solange sich aber der Kaiser in den Schranken der Verfassung hält, so lange vermag ich in den Klagen über persönliches Regiment oder gar über Absolutismus nur den Ausdruck jener schon vorhin von mir gekennzeichneten, jetzt bei uns herrschenden Neigung zu Uebertreibungen zu erkennen.

15. November. (Forts.) Liebermann: Wir sind nicht eingeschlafen auf unsern Lorbeeren, darum ist ein neues Jena nicht zu befürchten. Der Reichskanzler mag die Unzufriedenheit im Volke beseitigen, die der eigentliche Anlaß zu dieser Besprechung ist, darum bittet ihn das deutsche Volk. — Gothein (freis. Vereinig.): Trotz der zweifellos sehr bedeutsamen Rede des Reichskanzlers ist das Gefühl der Unsicherheit und der Isoliertheit weit verbreitet.

2.

Die Algecirasakte.

6. Dezember. Beratung eines Gesetzentwurfs zur Ausführung der Generalakte der Konferenz von Algeciras.

Er bestimmt, daß die in dem Reglement über die Ueberwachung und Unterdrückung des Waffenschmuggels in Marokko enthaltnen Bestimmungen über die Verfolgung und Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen dieses Reglement auf die unter deutscher Gerichtsbarkeit stehenden Personen Anwendung finden, ferner, daß die von deutschen Kaufleuten in Marokko eingeführten Waren mit den in der Generalakte bezeichneten Abgaben und dem vorgesehenen Zuschlagszoll belegt werden dürfen. Die in dem Reglement über die marokkanischen Zollämter sowie die Unterdrückung des Zollbetrugs und des Schleichhandels enthaltnen Bestimmungen über die Verfolgung und Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen dieses Reglement finden auf unter deutscher Gerichtsbarkeit stehende Personen Anwendung. Schließlich ist bestimmt, daß für die Verhandlung und Entscheidung über die im Artikel 119 der Generalakte bei der Enteignung von Grundstücken vorgesehene Berufung das deutsche Konsulargericht in Tanger zuständig ist, sofern der Grundeigentümer ein Deutscher oder ein deutscher Schutzgenosse ist. In der Begründung heißt es: „Durch einzelne Bestimmungen der Akte werden Gegenstände berührt, die nach dem Artikel 4 der Reichsverfassung in den Bereich der Reichsgesetzgebung gehören. Die gesetzgeberische Sanktion dieser Bestimmungen soll durch den vorliegenden Entwurf herbeigeführt werden." Dem Entwurfe ist der Wortlaut der Algecirasakte vom 7. April 1906 (Bd. 1, S. 7) beigegeben.

Bassermann bittet um glaubhafte Mitteilungen über den Inhalt der kürzlich vom französischen und dem spanischen Gesandten dem Staatssekretär übergebne Note und ob sie die Zustimmung der Reichsregierung erhalten habe. — Staatssekretär **v. Tschirschky** erwidert: Die Erwägung einer möglichsten Beschleunigung der Wiederherstellung friedlicher Zustände hat Frankreich und Spanien dazu geführt, Kriegsschiffe vor Tanger zu legen. Beide Regierungen haben den mitbeteiligten Mächten gleichlautende Erklärungen abgegeben, dahingehend, daß der Zweck dieser Maßnahme lediglich der sei, auf die marokkanische Bevölkerung beruhigend zu wirken und die friedliche Entwicklung der von beiden Mächten einzurichtenden Polizei zu gewährleisten; es werde genau im Geiste der Akte verfahren werden. Die Ausschiffung der Truppen soll nur nach vorgängiger Verständigung mit den Vertretern der beteiligten Mächte in Tanger erfolgen. Nachdem jene beiden Regierungen ihren festen Willen zum Ausdruck gebracht haben, streng loyal im Geiste der Algecirasakte zu handeln, lag für die deutsche Regierung kein Anlaß vor, gegen das Vorgehn der beiden Mächte Einspruch zu erheben.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung genehmigt.

10. Dezember. Der Text der französisch-spanischen Marokkonote, die am 5. d. M. von den Botschaftern der beiden Mächte dem Berliner Auswärtigen Amt überreicht wurde, wird dem Reichstage zugestellt. Darin heißt es im wesentlichen:

Die neuerlichen Vorkommnisse im Bezirk von Tanger und die Zwischenfälle, die sich in dieser Stadt ereignet haben, lassen befürchten, daß die Fremden dort nicht mehr genügende Bürgschaften für ihre Sicherheit finden. Wenn sich die Lage so verschlimmern sollte, daß ernstere Unruhen ausbrächen,

so würde die Bildung der durch die Algecirasakte vorgesehenen Polizei zu dringender Notwendigkeit werden, und Frankreich und Spanien würden Maßregeln zu ergreifen haben, um deren Einrichtung zu beschleunigen, nach Maßgabe der Bedingungen, die von den an der Konferenz beteiligten Mächten angenommen worden sind. Von dieser Erwägung aus haben die beiden Regierungen beschlossen, nach Tanger Seestreitkräfte zu senden, die jeder Gefahr begegnen können. . . . Im Falle eines Angriffs mit bewaffneter Hand sollen die Gesandten Frankreichs und Spaniens, in Uebereinstimmung handelnd, befugt sein, die erwähnte Ausschiffung ohne weiteres zu verlangen, und sollen demnächst ihren Kollegen hierüber Rechenschaft ablegen.

Genehmigung obigen Gesetzentwurfs in dritter Lesung. (Gesetz vom 21. Dezember 1906.)

II.

Zollangelegenheiten.

6. Dezember. Speck stellt die Anfrage: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß ausländische Gerste, die unter Inanspruchnahme des für Futtergerste geltenden niedrigen Zollsatzes in das deutsche Zollgebiet eingeführt wurde, tatsächlich als „Malzgerste" Verwendung findet? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese Umgehung des im Zolltarif für „Malzgerste" festgesetzten Zollsatzes für die Zukunft unmöglich zu machen? — Zur Begründung spricht Speck über die Verwendung der als Futtergerste verzollten Gerste als Malz. Er weist darauf hin, daß die Einfuhr von Malzgerste seit Inkrafttreten des Zolltarifs abgenommen habe. Dadurch, daß die Zollbehörde die Versprechungen der Regierung bezüglich der Unterscheidung von Malz- und Futtergerste nicht in vollem Maße erfüllte, gingen der Reichskasse Millionen von Mark verloren. — Der Staatssekretär des Reichsschatzamts v. Stengel geht zur Beantwortung auf die Schwierigkeiten ein, die gerade die Zollbehandlung der Gerste den Behörden bereite, und versichert nach einer längern sich daranschließenden Verhandlung, er werde dafür Sorge tragen, daß einer mißbräuchlichen Verwendung von Gerste zu niedrigerm Zollsatz ein Riegel vorgeschoben wird.

III.

Gesetzgebung über Handel und Gewerbe.

1.

Aenderung der Gewerbeordnung.

19. November. Zweite Beratung des am 26. Januar 1906 an eine Kommission gewiesnen Gesetzentwurfs über Beschränkungen im Baugewerbe (Bd. 1, S. 106). Die Kommission schlägt Aenderungen vor und wünscht, daß besondre Beamte für die Baukontrolle angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden, daß den gewerblichen Lehrlingen, jugendlichen Arbeitern und Arbeitsburschen der Besuch der Fortbildungsschule zur

Pflicht gemacht, und daß das Recht zur Anleitung von Lehrlingen nur solchen Handwerkern gewährt wird, die zur Führung des Meistertitels berechtigt sind. Diesen Wünschen trägt die Reichsregierung schon jetzt zum Teil Rechnung, wie aus der Erklärung des Staatssekretärs Grafen Posadowsky hervorgeht, daß dem Bundesrate zwei Gesetzentwürfe zugehn würden, deren einer das Recht der Lehrlingshaltung an die Erwerbung des Meistertitels knüpfe und deren andrer den Titel „Baumeister" oder „Baugewerkmeister" gesetzlich schützen solle. Der Staatssekretär sagt ferner, daß ein Antrag Trimborn auf allgemeine Einführung obligatorischer Fortbildungsschulen wegen der damit verbundnen Kosten unannehmbar sei. Dagegen sei er bereit, bei den verbündeten Regierungen dahin zu wirken, daß die bestehenden fakultativen Fortbildungsschulen in obligatorische umgewandelt werden.

22. November. Geh. Rat Münchgesang tritt der Behauptung der Sozialdemokraten entgegen, nach der den Bauarbeitern ein nicht genügender Schutz zuteil werde. Die allgemeine Einführung von staatlich angestellten Baukontrolleuren sei, namentlich in den schwachbewohnten Landkreisen, zum Beispiel in Pommern und Westpreußen, unmöglich. — Nach längerer Besprechung nimmt der Reichstag den grundlegenden Artikel 1 an, der die Untersagungsbefugnis gibt, desgleichen Artikel 2, der den indirekten Befähigungsnachweis einführt. Die beantragten Erklärungen über den kleinen Befähigungsnachweis und über Bauarbeiterschutz sowie Zuziehung der Arbeiter zur Kontrolle werden angenommen; die Erklärung betreffend Fortbildungszwang wird abgelehnt, eine Erklärung, die die Regelung der Landesgesetzgebung vorbehält und tunlichst Einführung sowie Gleichmäßigkeit fordert, wird genehmigt.

10. Dezember. In dritter Lesung wird der „indirekte Befähigungsnachweis" mit der Bestimmung eingeführt, daß Mangel an theoretischer und praktischer Vorbildung als Tatsache zur Begründung der Unzuverlässigkeit nicht geltend gemacht werden kann gegenüber Bauunternehmern und Bauleitern, die die Meisterprüfung bestanden haben. (Gesetz vom 7. Januar 1907.)

2.

Zur Ausführung des Handelsvertrags mit Schweden.

7. Dezember. Speck und Genossen stellen die Anfrage: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß auf der Eisenbahn von den schwedischen Erzgruben nach dem Seehafen Narvik infolge Anordnung der schwedischen Regierung nur eine so geringe Menge Erz jährlich befördert werden darf, daß die Ausfuhr seit 1. November d. J. beträchtlich eingeschränkt werden mußte? Was gedenkt

der Reichskanzler zu tun, um dieser mit einer loyalen Auslegung der Bestimmung zu Artikel 10 des Schlußprotokolls zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag (Bd. 1, S. 108) nicht vereinbaren Maßregel der schwedischen Regierung wirksam entgegenzutreten?

Speck bemerkt, die schwedische Regierung lege den Handelsvertrag nicht loyal aus, indem sie die Ausfuhr von Eisenerzen aus Schweden durch die Erhebung höherer Eisenbahnfrachtsätze erschwere. Staatssekretär Graf Posadowsky schildert in Beantwortung der Anfrage die Verhandlungen in der schwedischen Kammer, die den neuen Verträgen zwischen der Regierung und den Gesellschaften, die die Ausnutzung der Erzgruben übernommen haben, ihre Zustimmung nicht erteilt habe. „Wir haben den Vertrag nach Prüfung mit Schweden abgeschlossen in der Erwartung, daß der für unsre Industrie außerordentlich wichtigen Ausfuhr von schwedischem Eisenerz keinerlei Erschwerungen zuteil werden. Wir hoffen, daß diese Ausfuhr keinerlei gesetzliche und tarifarische Beschränkungen erleiden wird." — Beumer greift die Haltung der schwedischen Regierung an. Die verbündeten Regierungen müßten auf Schweden einen Druck ausüben, damit es den Vertrag seinem Geist und Sinn nach erfülle.

IV.

Justizangelegenheiten.

1.

Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie.

23. November. Zweite Beratung des zuerst am 25. Januar d. J. beratnen Gesetzentwurfs (Bd. 1, S. 103). Die Kommission beantragt, dem Abschnitt über Voraussetzungen des Schutzes die Bestimmung hinzuzufügen, daß die Ueberlassung des Eigentums an dem Werk, soweit nichts andres vereinbart ist, die Uebertragung des Rechts des Urhebers nicht in sich schließt. In dem Abschnitt über die Befugnisse wird beantragt, die Bestimmung, daß für „amtliche" Zwecke Bildnisse ohne Einwilligung der Berechtigten sowie der Abgebildeten von Behörden vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden dürfen, dahin abzuändern, daß statt „amtliche" Zwecke gesetzt wird: „Für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit auf richterliche Anordnung." Ferner wird beantragt, die Dauer des Schutzes des Urheberrechts von 15 auf 10 Jahre herabzusetzen. Sodann beantragt die Kommission zwei Resolutionen, deren eine den Wunsch ausspricht, daß bei der Strafverfolgung wegen einer Handlung, die politischen Charakter an sich trägt, dem Beschuldigten ein angemessener Schutz gegen die Anfertigung, Vervielfältigung und Verbreitung seines Bildnisses ohne seine Einwilligung gewährleistet werde; und in der andern Erklärung soll der Reichs-

kanzler ersucht werden, der demnächst in Deutschland stattfindenden internationalen Urheberrechtskonferenz ein gemeinsames Vorgehn aller dem Berner Verband angehörenden Staaten zur Beseitigung der Härten der Urheberrechtsgesetzgebung in den Vereinigten Staaten von Amerika anzuregen. — Den Hauptgegenstand der Besprechung bildet der Antrag, wonach für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit photographische Aufnahmen von Personen nur „auf richterliche Anordnung" vorgenommen werden dürfen. Dieser Antrag wird nicht angenommen, weil, nach Erklärung des Staatssekretärs **Grafen Posadowsky**, die Vorlage sonst unannehmbar sein würde. Im übrigen werden obige Anträge angenommen.

10. Dezember. Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung dahin angenommen, daß in dem Satze: „Für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit dürfen von den Behörden Bildnisse ohne Einwilligung des Berechtigten sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden" die Worte „auf richterliche Anordnung" gestrichen sind. (Gesetz vom 9. Januar 1907.)

2.

Schulstreik in der Provinz Posen.

5. Dezember. Anfragen von v. Jazdzewski und Genossen und Graf v. Hompesch und Genossen betreffend den Religionsunterricht in den preußischen Schulen polnischer Landesteile und die Fürsorgeerziehung von Kindern, die im Religionsunterricht nicht in deutscher Sprache geantwortet haben. v. Jazdzewski schildert die Entwicklung des Religionsunterrichts in den polnischen Gebieten Preußens, insbesondre seit dem Jahre 1873, und betont, es sei Naturrecht jedes Volks, den Religionsunterricht in der Muttersprache zu empfangen, nach der Verfassung und der Missio canonica sei dieser Unterricht nicht Staats-, sondern Kirchensache. Den Eltern werde nun dieses Recht genommen; sie kämen in Gewissensnot, in der sie schließlich den Kindern das Deutschsprechen verbieten. Der Streit zwischen Eltern und Lehrern führe zu passivem Widerstand; wenn dabei Ungesetzlichkeiten und Ausschreitungen vorkommen durch Verfolgung von Lehrern, so nehme er und Genossen das in keiner Weise in Schutz. — Staatssekretär Nieberding weist nach, daß von einer Verletzung des Paragraphen 1631 B. G. B. nicht die Rede sein könne, dessen Bestimmungen in das öffentliche Recht der einzelnen Bundesstaaten nicht eingriffen. Die Entscheidung darüber, ob das Erziehungsrecht zu nehmen oder zu beschränken sei, träfe nicht die Verwaltung, sondern würde durch

die Gerichte gefällt. Mit der Entscheidung der unabhängigen Gerichte habe die preußische Regierung nichts zu tun; es gäbe keine Kabinettsjustiz mehr. Nur in wenigen Fällen hätten die Gerichte auf Antrag das Erziehungsrecht der Eltern beschränkt; den Betroffnen stünde die Anrufung der höhern Instanz frei. Im übrigen handle es sich um eine rein preußische Sache. — Es ergreifen noch mehrere Redner das Wort, wodurch viele Unruhe entsteht.

V.

Fleischteuerung.

11. Dezember. Auf zwei Anfragen wegen zu ergreifender Maßregeln antwortet der Staatssekretär **Graf Posadowsky**, daß die verbündeten Regierungen eine Revision der Gebühren für die sogenannte Auslandsfleischbeschau in Aussicht genommen haben, die zur wesentlichen Herabsetzung der Gebühren und damit zur Erleichterung der Fleischeinfuhr führen werde. Daneben soll durch Ermäßigung der Frachtsätze für den Fleischversand im Inlande der Versuch gemacht werden, einen Ausgleich der örtlich verschiednen Preise innerhalb Deutschlands zu erleichtern. Dagegen sei die Herabsetzung oder die Beseitigung der Vieh- und Fleischzölle gänzlich ausgeschlossen. — Der preußische Minister für Landwirtschaft **v. Arnim** sagt: Als Ursache der Fleischteuerung kommt die hohe Schlachtgebühr der Städte viel in Betracht. So haben zum Beispiel Koblenz, Metz, Breslau u. a. eine Schlachthaussteuer. Die Gesamteinnahme aus solchen Steuern, die in 125 Gemeinden bestehn, beträgt im ganzen 11 Millionen Mark. Gegen die Teuerung aber gibt es ein Mittel, das die städtische Bevölkerung bis jetzt sehr wenig angewandt hat, nämlich den genossenschaftlichen Zusammenschluß und den Ausschluß des Zwischenhandels.

VI.

Kolonialangelegenheiten.

Nachtragsetat zum Reichshaushaltsetat und zum Etat der Schutzgebiete für 1906.

28. November. Erste Beratung. Von diesen Etats fordert der eine 29220000 Mark als nachträgliche Ausgaben zur Stärkung der Schutztruppe sowie zur Heimbeförderung, der zweite Etat fordert

8900000 Mark als erste Rate für den Bahnbau Kubub—Keetmanshoop. Der Beratung liegen weiter zugrunde: zwei Denkschriften des Kolonialamts über die deutschen Kapitalinteressen in den Schutzgebieten (mit Ausnahme von Kiautschou) sowie über die finanzielle Entwicklung der Schutzgebiete im Vergleich mit Algier. In der Denkschrift über die deutschen Kapitalinteressen heißt es:

Als Ziel einer erfolgreichen Kolonisationspolitik dürfe man wohl die finanzwirtschaftliche Selbständigkeit der einzelnen Kolonialgebiete und im Zusammenhang damit ein höheres Maß von Selbstverwaltung hinstellen. Die Denkschrift betont sodann, als Maßstab der finanzwirtschaftlichen und verwaltungspolitischen Reife der Kolonien müsse das Verhältnis der Verwaltungsausgaben zu den eignen Einnahmen nach Abzug der Einnahmen aus den werbenden Kapitalanlagen des Reichs dienen. Die finanzwirtschaftliche Entwicklung habe schon das außerordentlich wünschenswerte Ergebnis zu verzeichnen, daß die Verwaltungskosten durch die eignen Kolonialeinnahmen nach Abzug der Einnahmen aus den Kapitalanlagen des Reichs gedeckt werden, trotzdem die Lokalverwaltung gerade in der ersten Zeit besonders hohe Ausgaben verursacht habe. Die Denkschrift gibt an der Hand von Ziffern eine Uebersicht über die Art und den Zweck der Kapitalanlagen und gibt sodann die Gesamtsumme der deutschen Kapitalinteressen in den deutschen Schutzgebieten (ohne Kiautschou) auf rund 370000000 Mark an. Zähle man hierzu den Kapitalwert der Exportproduktion in den einzelnen Kolonien, der sich auf rund 600000000 Mark beziffre, so ergebe sich, daß ein produktives Gesamtkapital von rund 1 Milliarde in den Schutzgebieten arbeite. Die Denkschrift bezeichnet sodann die vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtete Entwicklung unsrer Kolonien als überraschend günstig und schließt: „Die Opfer, die wir bisher für die Schutzgebiete bringen mußten, liegen nur zum geringsten Teil auf wirtschaftlichem Gebiet, zum weitaus größten Teil auf dem militärischen. Daß aber eine große militärische Expedition notwendig wurde, ist auf den einzigen, wirklich folgenschweren Fehler zurückzuführen, der bisher in unsrer Kolonialpolitik gemacht wurde: auf die zu langsame Erschließung der einzelnen Schutzgebiete durch reichsfiskalische Kapitalanlagen, insbesondre durch Eisenbahnen. Wenn in frühern Jahren für nur die Hälfte der Summe, die uns jetzt der Krieg in Südwestafrika gekostet hat, Eisenbahnen im Lande gebaut worden wären, dann hätten wir wohl niemals einen so großen Aufstand erlebt und hätten dafür jetzt eine rasch aufblühende Kolonie mit einem Eisenbahnnetz, ein fertiges »Neudeutschland« in Westafrika."

Reichskanzler Fürst Bülow: Die Kolonien haben uns die schwersten Opfer auferlegt, Opfer an Blut und Opfer an Gut. Trotz der über jedes Lob erhabnen Bravour unsrer Truppen ist es erst nach dreijährigen, schweren Kämpfen gelungen, den Widerstand des Gegners zu brechen, und wenn auch der Hauptwiderstand des Feindes gebrochen ist, so wird voraussichtlich doch noch einige Zeit vergehn, bis wieder völlige Ruhe und Sicherheit in unsre Schutzgebiete einziehn. Die Kriegführung auf so weite Entfernungen und unter so schwierigen und ungewöhnlichen Verhältnissen hat uns enorme Summen gekostet, weitere große Summen werden erforderlich sein für die Beendigung des Krieges, für die Wiederaufrichtung unsers Schutzgebiets

und für seine weitere wirtschaftliche Erschließung. Von einem Wiederaufgeben der Kolonien könne aber keine Rede sein. „Die Frage steht nicht so, ob wir kolonisieren wollen oder nicht, sondern wir müssen kolonisieren, ob wir wollen oder nicht. Der Trieb zur Kolonisation, zur Ausbreitung des eignen Volkstums ist in jedem Volke vorhanden, das sich eines gesunden Wachstums und einer kräftigen Entwicklung erfreut. Darum war das deutsche Volk seit seinem Eintritt in die Weltgeschichte, seit 2000 Jahren ein kolonisierendes Volk, und wir werden es bleiben, solange wir bestehn." Redner gibt eine geschichtliche Darstellung und sagt sodann, es sei das offne Bekenntnis erforderlich, daß Fehler in der Kolonialverwaltung begangen sind, und es sei der feste Wille erforderlich, diese Fehler nicht zu wiederholen und augenscheinliche Mißverständnisse zu beseitigen. Die Schaffung eines selbständigen Kolonialamts sei trotz der Ablehnung durch den Reichstag notwendig, auch seien Reformen an Haupt und Gliedern nötig. Wir müssen uns vor allem die Frage vorlegen, wie heben wir die wirtschaftliche Entwicklung dieser Kolonien, wie fördern wir das Interesse und das Verständnis für unsre Kolonien im deutschen Volke, wie beteiligen wir mehr als bisher unsern Handel und unsre Industrie, unsre Geschäfts- und Bankwelt an unsern überseeischen Unternehmungen? Er bedaure, daß einige der gegen die Kolonialverwaltung erhobnen Beschwerden und Anklagen sich als begründet herausgestellt haben. Vertuschung sei nicht getrieben, sondern es sei auf Verdachte sofort eingeschritten. Redner kommt auf die Sucht in der Presse, die Mißstände zu vergrößern, zu reden, was im Auslande schadenfroh aufgenommen sei.

Stellvertretender Kolonialdirektor **Dernburg**: Auf den Wunsch des Reichstags hin, die Monopolverträge zu lösen, sei der mit der Firma v. Tippelskirch gelöst, ohne daß ihr das Reich Entschädigung schulde, der Transportverkehr mit der Woermannlinie sei gekündigt. Bei allen diesen Monopolverträgen habe man früher den Fehler gemacht, daß man ohne Begrenzung und ohne Uebersicht über die Entwicklung der Kolonien Anschaffungen machte, die das Reich abzunehmen sich verpflichtet hatte. Dadurch, daß man die Verhältnisse nicht vorausschauend übersah, seien zu große Quanten bestellt worden, und die Preise, die damals in Aussicht genommen und annehmbar waren, hätten durch die erhebliche Erhöhung der Quanten an Raison verloren, wodurch das Reich zu einer außerordentlich hohen Gewinnzahlung an die Unternehmer gelangt sei. Der Vertrag wegen der Landung in Swakopmund und Lüderitzbucht sei am 31. Dezember 1907 abgelaufen. Eine Möglichkeit, ihn jetzt zu lösen, bestehe nicht, zumal weil das Reich nicht wisse, was es gegenwärtig an dessen Stelle zu setzen hätte. Die Landungsverhältnisse in diesen beiden Häfen setzten das vorsichtigste Studium voraus. Es seien zweifellos in der Vergangenheit auch hier erhebliche Fehler gemacht worden, und erhebliche Mißerfolge seien die Folge gewesen. Die Kolonialverwaltung müsse anerkennen, daß es mit dem gegenwärtigen Zustande nicht weiter gehn kann, daß ein gründlicher Wandel eintreten müsse, und daß die Rechte dieses Hauses auf eine beschleunigte Vorlegung geprüfter Rechnungen strikter gewahrt werden

müßten. Redners deshalbige Arbeit werde sich vorerst nach Maßgabe bestimmter Leitsätze bewegen müssen. Nötig sei die Schaffung eines in guten Traditionen aufgewachsnen, dem Heimatlande treu ergebnen Beamtenstandes; ein solcher sei nur erzielbar auf Grund einer gesetzlichen Festlegung der Rechte und Pflichten, einer auskömmlichen Dotierung und Versorgung gegenüber den aus dem Kolonialdienst sich ergebenden Gefahren und gesundheitlichen Schädigungen. Betreffs Anschuldigungen in einzelnen Fällen habe der Reichskanzler eine Kommission zur Untersuchung eingesetzt. Ferner sei ein gutes Einverständnis mit den Missionsgesellschaften nötig. Zölle und Steuern könnten eine wirtschaftliche Selbständigkeit begründen. Nach dieser Richtung sei bisher manches verfehlt worden. Schaffung von Verkehrswegen sei nötig.

Domkapitular **Schädler** aus Bamberg verwahrt das Zentrum gegen Kolonialfeindschaft. — **Ledebour** (Soz.) schildert die Kolonialpolitik als Mühlstein am Halse des deutschen Volks.

29. **November.** (Forts.) **Semler** (natl.): Es wird sich zeigen, daß es falsch war, ohne genügende Vorbereitung den Krieg zu führen. Fallen lassen dürfen wir die Kolonien jedenfalls nicht, denn sie sind dem Reiche stark verschuldet, und einen großen Schuldner läßt man nicht fallen. Redner wünscht einen großzügigen Bahnbauplan für Südwestafrika. — **v. Richthofen:** An den Mißständen in der Kolonialverwaltung ist der Reichstag mitschuldig. — Stellvertretender Kolonialdirektor **Dernburg:** Die zwei Denkschriften der Kolonialverwaltung bildeten nur Bausteine zu einem Programm, man könne nicht in zwei Monaten einen Plan ausarbeiten, wie ein Land mit Eisenbahnen ausgestattet werden soll, das fünfmal so groß ist wie Deutschland, und das man nie gesehen hat. Durch eine neue Verordnung sollen wir in Südwestafrika eine Landesverteidigung ersten Grades schaffen, damit solche Dinge nicht wieder vorkommen, wie sie vorgekommen sind. Dem Wunsche, daß das deutsche Kapital sich in größerm Umfange an den Kolonien beteiligen möge, schließe ich mich an. Allerdings: gegenwärtig ist das Kapital für die Kolonien sehr schwer zu gewinnen, nicht etwa, weil es kein Vertrauen in die Kolonien hätte, sondern weil es in der Heimat überreichliche Beschäftigung findet. Solange wir einen Bankdiskont von 6 v. H. mit der Aussicht auf Steigerung haben, geht das Kapital nicht in die Kolonien und legt sich zehn Jahre lang brach, um auf die Rente einer Eisenbahn zu warten. — **Kopsch** (freis. Vp.): Nach vierundzwanzigjähriger Kolonialpolitik hat endlich das deutsche Volk eine kolonialpolitische Bilanz gezogen, wobei eine erschreckende ideelle und materielle Unterbilanz sich herausstellte. Kläglich ist die bisher bestehende Systemlosigkeit zusammengebrochen. Die Reden des Reichskanzlers und des neuen Kolonialdirektors können das geschwundne Vertrauen nicht wiederherstellen. Die Rede des Kanzlers war zu reich an schönen Worten. Man will kaufmännische Prinzipien in der Kolonialverwaltung zur Geltung bringen. Aber Zahlenjongleur ist für uns nicht gleichbedeutend mit Kaufmann. Dank den Männern, die die Skandale aufgedeckt haben!

30. **November.** **Lattmann** meint, wir sollten von England eine Entschädigung fordern für die vielen Nachteile, die uns durch Lieferung von Waffen an die Aufständischen von seiten der Engländer zugefügt worden sind. Die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika habe im letzten Jahre 35 Prozent Dividende verteilt. Da sollte man sie doch stärker zu den Kriegskosten heranziehn. — **Schrader:** Die Plan- und Systemlosigkeit der bisherigen Kolonialpolitik hat viele an sich den Kolonien freundlich gesinnte Kreise kopfscheu gemacht. — **Erzberger** (Zentrum): So ungeschickt wie das letztemal hat der Reichskanzler noch nie gesprochen. Bei Erwähnung eines Falles griff er die Presse an. Früher sprach er der Presse das Recht zu, Mißstände aufzudecken.

Er beklagte sich über die Verallgemeinerungen, aber so, wie er, verallgemeinert niemand. Nach dem Reichskanzler soll die Kritik an den kolonialen Mißständen das Ansehen Deutschlands im Auslande geschädigt haben. Aber hat nicht etwa die scharfe Kritik der Soldatenmißhandlungen und der Weinfälschungen Deutschland von schweren Schäden befreit? Durch die Kündigung der Monopolverträge hat man unter den größten Teil meiner Kritik die offiziöse Unterschrift gesetzt. In den Denkschriften vermisse ich die Rubrik „fressendes Kapital". Mit der Unsitte, Ausgaben für die Kolonien im Reichsbudget unterzubringen, muß gebrochen werden; noch mehr aber mit dem Unfug der schwarzen Fonds und schwarzen Kassen, womit man jede Rechnungslegung über die Kolonien unmöglich macht und das Budgetrecht des Reichstags zu einer Komödie herabsetzt. Wir möchten gern etwas näheres über die Lösung des Vertrags mit Tippelskirch wissen. Den Landgesellschaften soll man mehr auf die Finger sehen. In den weitesten Kreisen der Kaufleute wird Klage geführt über die ungeheuern Landungsgebühren in Swakopmund und Lüderitzbucht. Die englische Presse verspottete die deutsche Verwaltung wegen ihrer Zahlung solcher Liegegelder. Redner greift sodann die Vorlage wegen der 29 Millionen zur Bewältigung des Eingebornenaufstands an. Ihm erwidern der Reichsschatzsekretär und der Kolonialdirektor. Dieser sagt, wegen des Vertrags mit Woermann möge man das System anklagen, das nicht ein genügendes Zutrauen zu den Kolonien gehabt habe, weil es sich nicht klar darüber gewesen sei, welche Mittel für die Entwicklung einer Kolonie aufgebracht werden müssen.

1. Dezember. Bebel geht auf die bisherigen sogenannten Kolonialskandale ein, bringt angebliche neue vor und greift dabei drei Mitglieder des Reichstags scharf an.

3. Dezember. Behauptungen von Bebel und Ablaß über die Pensionierung des Geheimen Rats Helwig und die Entlassung des Angestellten Pöplau tritt der Kolonialdirektor ausführlich entgegen. Roeren (Zentrum) tritt mit neuen Enthüllungen und Entrüstungen auf zugunsten eines frühern Bureauvorstehers in Togo und in Mitteilungen über in den Kolonien begangne Grausamkeiten. Der Kolonialdirektor erwidert mit andern Enthüllungen, wirft Roeren Vertuschungen vor und bezichtigt ihn des Versuchs, in unzulässiger Weise seinen Einfluß auf die Regierung auszuüben. Roeren wiederum wirft dem Kolonialdirektor rohe und plumpe Beleidigungen vor. Offen und rücksichtslos erklärt der Direktor der in Togo durch die Missionare etablierten Nebenregierung den Krieg. Ihre durch Roeren erneuten Versuche, auf die Verwaltung einzuwirken, ihr System, unbequeme und unfügsame Beamte mit allen Mitteln der Einschüchterung, Pression und Intrigue zu vergewaltigen und zu beseitigen, will er nicht mehr dulden. Das volle Licht der Oeffentlichkeit soll in die durch das Zentrum versumpfte Kolonialverwaltung dringen. Roerens Enthüllungen enthüllt er als Küstenklatsch und gehässige Weitergabe der Erzählungen kindischer oder verlogner Eingeborner durch die Missionare. Dann enthüllt er die Selbstlosigkeit und Unparteilichkeit des Zentrumsjuristen Roeren, wie sie aus amtlichen Schriftstücken und Protokollen hervorgehe. Das vernichtende Urteil für diese Selbstlosigkeit Roerens und damit des Zentrums sei sodann dessen eigne in einem amtlichen Protokoll festgelegte Drohung, daß das Zentrum überhaupt keine Mittel für die Kolonialpolitik mehr bewilligen werde, wenn der Fall Wistuba nicht „nach seinen Wünschen" erledigt würde. Roeren ist entrüstet über die Verlesung amtlicher Schriftstücke und bestreitet, daß er die Sache Wistubas zur Bedingung für die Haltung des Zentrums gemacht habe. Die Glaubwürdigkeit des betreffenden Protokolls bestreitet er, der Kolonialdirektor aber

beweist durch weitere Verlesung von amtlichen Dokumenten und eines Schreibens eines hohen katholischen Geistlichen die unanfechtbare Richtigkeit seiner eignen Darlegungen und die Haltlosigkeit der Ableugnungen Roerens. Der Direktor gibt eine Enthüllung der Schreckensherrschaft, die unter seinen Vorgängern Roeren und durch ihn das Zentrum in der Kolonialverwaltung und die Missionare in Togo ausgeübt hätten. „Solche Dinge werden nie mehr passieren," ruft er dem Zentrum zu, „diese Eiterbeule mußte aufgestochen werden, und sie ist aufgestochen!" — v. Loebell, der Chef der Reichskanzlei, weist den von Roeren dem Direktor gemachten Vorwurf des Vertrauensbruchs zurück und stellt fest, daß die Hauptstelle einer von ihm dem Roeren vertraulich gemachten Mitteilung am nächsten Morgen wortgetreu vom katholischen Hauptorgane wiedergegeben worden war.

4. Dezember. Roeren wird wegen seiner Art des Vorgehns gegen den Kolonialdirektor zur Ordnung gerufen und erklärt, daß er die Verhandlungen über die Kolonialsache, sowohl über Wistuba wie über die Mission in Togo, lediglich in seinem Namen geführt habe, ohne auch nur seine Fraktion in Kenntnis zu setzen. Deshalb trage er die Verantwortung dafür allein.

Der Reichskanzler Fürst Bülow erklärt sodann: „Es ist meine Absicht, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß ich die Haltung des stellvertretenden Kolonialdirektors und insbesondre seine Verteidigung grundlos angegriffner Beamten und seine Abwehr ungerechtfertigter Pression durchaus und nachdrücklich billige. Die Offenheit, mit der der stellvertretende Kolonialdirektor sich über diese Vorgänge ausgesprochen hat, war also lediglich eine Konsequenz der von mir erteilten generellen Instruktionen. Er war auch von mir ermächtigt, volle Aufklärung zu geben über den Fall Wistuba und über die damit zusammenhängenden Fragen, sofern der bedauerliche Gegensatz zwischen der Verwaltung und den Missionen in Togo und die Konsequenzen dieses Gegensatzes hier zur Sprache gebracht werden sollten. . . . Ich habe einen zweimaligen Wechsel an der Spitze der Kolonialverwaltung vorgenommen, und es ist jetzt eine gründliche Reorganisation der Kolonialverwaltung im Gange. Ich richte nochmals an dieses Haus die Bitte, das mit Klarheit und Festigkeit begonnene Werk der Reorganisation der Kolonialverwaltung nicht dadurch zu hemmen und aufzuhalten, daß immer wieder alte und neue Fälle der Vergangenheit hier zur Sprache gebracht werden. Bei den verbündeten Regierungen ist der feste Wille vorhanden, die vorgefallnen Verfehlungen unnachsichtlich zu ahnden, die vorhandnen Mißstände rücksichtslos zu beseitigen."

Die beiden Nachtragsetats für Deutschsüdwestafrika werden an die Budgetkommission gewiesen.

13. Dezember. Zweite Beratung. Den ersten Nachtragsetat, betreffend 29220000 Mark, hat die Budgetkommission abgelehnt. — Ablaß und Genossen (Frs. und D. Vp.) beantragen die

Bewilligung dieser Summe, indem sie gleichzeitig beantragen, dem Dispositiv der Ausgabe hinzuzufügen: „Mit der Maßgabe, daß die Heimsendung von weitern 4000 Mann im Laufe des Rechnungsjahres erfolgen soll und bis zum Ablauf des Rechnungsjahres die Vorbereitungen zu einer erheblichen weitern Verminderung der Gesamtstärke der Schutztruppen entsprechend der fortschreitenden Beruhigung des Schutzgebietes getroffen werden." — Graf Hompesch und Genossen (Zentrum) beantragen: Dem Dispositiv betreffs der Heimsendung von Verstärkungen hinzuzufügen: „die in der Weise zu erfolgen hat, daß spätestens bis zum 31. März 1907 neben der Heimsendung weiterer 4000 Mann die Vorbereitungen dazu getroffen sind, die Gesamtstärke der Schutztruppen auf die Zahl von 2500 herabzumindern." Bewilligt werden sollen nach einem Zentrumsantrag nur 20288000 Mark.

Reichskanzler Fürst Bülow: Die Vorlage geht davon aus, nur das Unerläßliche zu fordern. Es wird nur die Truppenstärke gefordert, die für die Niederwerfung des Aufstandes und die Beruhigung unsrer Kolonie unerläßlich ist. Wir werden die Truppe in Südwestafrika bis zum April künftigen Jahres auf rund 8000 Mann vermindern, je nach Fortschritt der Operationen und der Verbesserung der Etappen im Laufe des nächsten Etatsjahres weitere Ermäßigungen eintreten lassen und nach Beendigung der Operationen nur die notwendigsten Besatzungstruppen zurückbehalten. Ihre Kommission ist zu einem positiven Resultate nicht gelangt, hat vielmehr alle Anträge und die Regierungsvorlage abgelehnt. Der Vorschlag, uns schon jetzt für das Rechnungsjahr 1907 auf eine bestimmte gegenüber der jetzigen wesentlich verminderte Truppenanzahl festzulegen, ist für die verbündeten Regierungen unannehmbar. Es ist der Kommission von sachverständiger militärischer Seite dargelegt worden, daß die verlangte Truppenstärke wirklich notwendig und daß eine Verminderung tatsächlich unmöglich ist, weil dadurch die Durchführung der militärischen Operationen verhindert werden würde. Eine Einstellung der militärischen Aktion vor völliger Niederwerfung des Aufstandes würde aber schwerwiegende Folgen nach sich ziehn. Diese Folgen würden bestehn nicht nur in dem Verlust des Südens unsers Schutzgebiets, wir würden auch die Mitte und den Norden auf das schwerste gefährden. Wir würden binnen kurzer Frist neue Aufstände in allen Teilen unsers Schutzgebietes zu gewärtigen haben, deren Bewältigung uns die doppelten und dreifachen Opfer kosten würde, wie wir sie bisher schon gebracht haben. Solche Aufstände in unserm südwestafrikanischen Schutzgebiet würden naturgemäß auf unsre andern Kolonien überspringen. Wir würden eine allgemeine Auflehnung gegen die weiße Herrschaft er-

leben. Die geringe Anzahl unsrer Schutztruppen würde einer solchen Bewegung nicht gewachsen sein. Wir stünden dann vor der Frage, ob wir unsre Kolonien mit verhältnismäßigen Opfern und Kosten wiedererobern oder ob wir sie für immer verlieren wollen. Nicht nur die militärischen Autoritäten, sondern alle Sachverständigen stimmen darin überein, daß es sich um eine letzte Anstrengung handelt, um unsern Kolonien dauernde Ruhe und Sicherheit wiederzugeben. Wenn wir vor diesem letzten Opfer zurückscheuen sollten, so würden wir uns nach meiner Ansicht einer schweren Unterlassung, einer nationalen Versündigung schuldig machen. Ich kann nicht annehmen, daß dieses hohe Haus einen solchen in finanzieller und militärischer, in politischer und nationaler Hinsicht gleich bedauerlichen und bedenklichen Entschluß fassen wird. Sollte ich mich hierin täuschen, so würde ich als verantwortlicher Leiter der Reichsgeschäfte vor dem deutschen Volke und der Geschichte nicht in der Lage sein, eine solche Kapitulation zu unterschreiben.

Roeren nimmt seine Fehde mit dem stellvertretenden Kolonialdirektor wieder auf, der sodann feststellt, daß Roeren versucht habe, mit einer parlamentarischen Aktion und politischen Folgerungen in ein Disziplinarverfahren einzugreifen, daß derselbe ferner brieflich einen Günstling für sechs oder sieben höhere Stellen empfohlen habe, und daß nicht wegzudiskutieren sei, der Regierung habe das kaudinische Joch auferlegt werden sollen, endlich, daß Roeren versucht habe, sich in die Amtsgeschäfte des Direktors einzumischen. — Nach mehreren Rednern und nachdem der Oberstleutnant **Quade** ausgeführt hat, weshalb die Truppenführer die gewünschte Verminderung der Truppen nicht verantworten zu können glauben, erklärt der Reichskanzler **Fürst Bülow**:

Ich halte mich für verpflichtet, Sie nochmals und in letzter Stunde auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, welche Sie durch Ihre bevorstehenden Beschlüsse auf sich nehmen. Es handelt sich hier nicht um die Frage, ob für unsre Kolonien einige Millionen mehr oder weniger bewilligt werden sollen. Es handelt sich um die Frage, ob wir unsre Kolonien behaupten wollen oder nicht. Es handelt sich, wie ich als verantwortlicher Leiter der Reichsgeschäfte hinzufüge, um die Frage, ob wir unser Ansehen in der Welt, ob wir unsre Waffenehre, ob wir unser Ansehen gefährden wollen, um eine verhältnismäßig geringfügige Summe zu ersparen am Ende eines Feldzuges, der uns Hunderte von Millionen gekostet hat. Wollen wir in einer Stunde des Kleinmuts die Früchte jahrelanger tapfrer Anstrengungen gefährden? Sollen die Opfer, die schweren Opfer an Gut und Blut, die wir für unsre Kolonien gebracht haben, den Kolonien und dem Vaterlande zum Segen gereichen, oder sollen sie umsonst gebracht sein? Eine Regierung kann sich nicht von Parteien und Parlament vorschreiben lassen, wie viele Truppen sie für kriegerische Operationen

braucht. Wohin soll es führen, wenn sich bei uns die Gewohnheit einbürgerte, militärische Maßnahmen im Kriegszustande, deren richtige Durchführung entscheidend ist für Leben und Gesundheit unsrer Truppen, für unsre Waffenehre, unter Umständen Wohl und Wehe und Zukunft des ganzen Landes abhängen, von Fraktionsbeschlüssen oder Parteirücksichten abhängig zu machen? Was haben andre Völker für Kolonialkriege geführt! Engländer, Franzosen, Holländer, und haben nicht mit einer Wimper gezuckt! Soll das deutsche Volk kleiner sein? Kleiner dastehn als andre Völker? Das ist die Frage, auf welche die verbündeten Regierungen eine Antwort fordern, klipp und klar. Wir können bedauern, daß der Aufstand ausgebrochen ist, daß er so und soviel Menschenleben, so und so große Summen gekostet hat — wir können bedauern, aber zurück können wir nicht. Man hat mir das Wort in den Mund gelegt: nur keine innern Krisen. Ich habe das alberne Wort dementieren lassen. Es kehrt immer wieder zurück. In Wirklichkeit habe ich natürlich nie etwas derartiges gesagt. Es gibt Lagen, wo ein Zurückweichen vor einer Krisis ein Mangel an Mut, ein Mangel an Pflichtgefühl sein würde. Wenn Sie wollen, haben Sie die Krisis! Parteien können Forderungen annehmen oder ablehnen, denn sie tragen keine Verantwortung. Die Regierung darf aber nicht vor den Wünschen und Interessen einzelner Parteien zurückweichen, wenn ihre höchste Aufgabe, die nationale, in Frage steht. Man hat mir das Gerücht zugetragen, in dieser Frage schöbe ich nicht, sondern ich würde geschoben, ich führte nur die Direktiven der obersten Stelle aus; das ist eine dreiste Unwahrheit, niemand drängt mich, niemand schiebt mich. Ich brauche gar keine Direktiven, um die nationalen Notwendigkeiten zu erkennen, die hier vorliegen, und danach und lediglich danach zu verfahren. Es handelt sich eben in keiner Weise um eine Frage des innern Regiments. Es handelt sich auch nicht im entferntesten um einen Gegensatz zwischen persönlichem und parlamentarischem Willen. Es handelt sich lediglich um eine vom Reichskanzler nach gewissenhafter Ueberzeugung vertretne Auffassung der verbündeten Regierungen. Es handelt sich darum, ob wir unsre koloniale, ob wir unsre gesamte nationale Stellung behaupten wollen oder nicht. Es handelt sich darum, ob wir unsre Stellung in der Welt, ob wir unser Ansehen nach außen behaupten wollen oder nicht. Glauben Sie, daß so etwas ohne Rückwirkung auf das Ausland bleibt? Welchen Eindruck würde es im Auslande machen, wenn die Regierung in einer solchen Lage kapitulieren wollte, sich zu schwach bewährte, unsre nationale Pflicht zu erfüllen? Wir haben unsre Pflicht getan im Vertrauen auf das deutsche Volk!

Hierauf wird der obige Antrag Ablaß mit 176 gegen 171, die Regierungsvorlage mit 178 gegen 168 Stimmen abgelehnt und sodann der Reichstag aufgelöst.

Siebenter Abschnitt.

Die Parteien im November und Dezember.

I.

Ueber die Reichstagsreden des Reichskanzlers vom 14. November.

1.

Die Beziehungen zum Auslande.

15. November. Die bemerkenswertesten Eindrücke der ersten Rede des Reichskanzlers treten in folgenden Aeußerungen der Presse der politischen Parteien hervor:

Die „Deutsche Tageszeitung" äußert:

Erfreulich ist einzig und allein, was Fürst Bülow von unserm Verhältnis zu Rußland sagt. Wir haben eben die Vorteile verspielt, die wir früher besaßen. Wir haben sie verspielt durch eine Politik der Unstetigkeit und Nervosität, der Stimmungen und Verstimmungen, der Telegramme und Geschenke, der unerwiderten Liebeserklärungen und der donnernden Reden. Auf diese Erklärung unsrer Mißerfolge in der Bassermannschen Interpellation ist Fürst Bülow gar nicht eingegangen. Er leugnet ja Mißerfolge überhaupt. Bülows Worte waren mehr an das Ausland gerichtet, um diesem aufs neue zu versichern, daß wir durchaus friedfertig seien.

Die „Magdeb. Zeitung" äußert die Meinung:

Fürst Bülow übersieht den eigentlichen Kernpunkt, daß nämlich die Kritik und die von ihm gerühmte Nervosität, aus der sie zum Teil entspringt, nicht sowohl durch die unbefriedigenden Erfolge der auswärtigen Politik als durch deren Methode hervorgerufen ist. Der dilettantische Grundzug unsrer auswärtigen Politik vermindert das Vertrauen, und der Rest geht durch das augenscheinliche Bestreben verloren, gegen Mißerfolge nach Möglichkeit die Augen zu schließen.

Die „Germania" äußert:

Im großen und ganzen fehlte der Rede des Fürsten Bülow rein äußerlich genommen die Wucht einer großen staatsmännischen Aktion. Man konnte mitunter den Eindruck gewinnen, daß die ganze Rede mehr eine „Causerie", eine interessante Unterhaltung über die hohe Politik sei, wobei Fürst Bülow noch eine Reihe von Erinnerungen aus seiner frühern diplomatischen Zeit einzuflechten verstand.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben:

Es konnte wirklich wieder einmal der Eindruck erwachen, daß man in jenen Regionen, in denen der Kanzler weilt, noch immer nicht dahinter-

gekommen ist, was die Oeffentlichkeit zu wissen verlangt: Wie steht es jetzt mit der immer positiver auftretenden Behauptung, daß unsre gesamte Politik unter den Gesichtspunkt ausschließlich dynastischer Stimmungen und Verstimmungen gestellt wird?

Aeußerungen des „Schwäb. Merkur“:

Der Grundton, auf den die Rede Bülows gestimmt war, läßt sich auf den kurzen Ausdruck bringen: Die internationale Lage war zuzeiten schlimmer, als sie augenblicklich ist, aber sie ist immer noch ernst genug. Fürst Bülow hat diesem Gedanken in verschiednen Wendungen Ausdruck gegeben. Er sprach davon, daß das Barometer von Regen und Wind auf Veränderlich gegangen sei; er äußerte, daß die Unruhe, die sich jetzt noch zeige, der Unruhe der See gleiche nach beständnem schwerem Sturm. Aber übersehen wir das eine nicht: wenn der leitende Staatsmann in offnem Parlament von der Möglichkeit von Explosionen spricht, die durch Druck und Gegendruck erzeugt werden könnten, dann weiß oder sollte jeder wissen, welcher Art der Lauf der Zeiten ist.

Die „Hamburger Nachrichten“ lassen sich also vernehmen:

Bülows ganze Rede ist nichts als eine Ansammlung von Selbstverständlichkeiten und optimistischen Beschwichtigungsphrasen und kann in keiner Weise als befriedigende Antwort auf die Klagen betrachtet werden, die Bassermann zur Begründung seiner Anfrage vorgebracht hat. Jedes wirkliche Eingehn auf die schweren Anklagen blieb aus. Was man zu hören bekam, war ein ausgesprochnes Vorbeireden an allem, was den Kern der Bassermannschen Ausführungen gebildet hatte. Die ganze Rede bot ein geschichtsphilosophisches Quodlibet, keine Politik, sondern eine Sammlung von Gemeinplätzen und falschen Anwendungen an sich richtiger Lehrsätze. Die Ausführungen Bassermanns legten den besondern Nachdruck auf die Frage, welchen politischen Wert der Dreibund für Deutschland noch besitze, und wiesen in überzeugender Weise die sich leider vollziehende Einkreisung und Isolierung Deutschlands durch die Koalition andrer Mächte nach. Der Reichskanzler aber wich diesen beiden Hauptpunkten, die den eigentlichen Kern der Bassermannschen Interpellation bildeten, vorsichtig aus.

2.

Ueber die Frage eines persönlichen Regiments.

15. November. Veranlaßt durch die zweite Rede des Reichskanzlers vom 14. November schreibt die „Frankf. Zeitung“ über das Thema „Kaiser und Kanzler“:

Gegen starke Persönlichkeiten ist an sich gewiß nichts einzuwenden, aber wenn sie auf einem Throne sitzen, so hat ihnen die Verfassung mit gutem Bedacht einen verantwortlichen Minister an die Seite gestellt. Im Gerste dieser Verfassung liegt es, daß der Minister wichtige Entscheidungen nicht erst aus der Zeitung erfährt und dann nachträglich mit Mühe und Not das Geschehene zu decken sucht, sondern daß er von allen Akten, seien es Reden oder Handlungen, vorher Kenntnis nimmt und sie vorbereiten hilft. Erreicht er dies nicht, dann hat er zu gehn. Der verantwortliche Leiter der innern und äußern Politik eines großen Volks ist keine

Registriermaschine für kaiserliche Entschlüsse. Ein verantwortlicher Minister muß auch zu gehn verstehn; er hat seine Pflicht nicht lediglich darin zu erblicken, daß er bleibt, bis er verabschiedet wird. Daß es bei uns solche Minister nicht mehr gibt, das hat sehr viel dazu beigetragen, daß das persönliche Regiment eine so große Ausdehnung gewonnen hat. Fürst Bülow hat gesagt, er könne das Mißtrauen und die Beunruhigung der Engländer nicht begreifen. Hat er denn das Krüger-Telegramm vergessen, das den Buren die Hilfe Deutschlands gegen England in Aussicht stellte, oder glaubt er wirklich, daß dieses Telegramm nicht geeignet war, das Mißtrauen der Engländer zu erregen, und daß die Reden von der „gepanzerten Faust", „Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser" und dergleichen die Wirkung haben konnten, das einmal erwachte Mißtrauen zu beseitigen? Dann wurden die Völker Europas zur Wahrung ihrer heiligsten Güter gegen die Japaner aufgerufen und der Zar als „Admiral des Großen Ozeans" gefeiert; glaubt man, daß die Japaner dies so leicht vergessen werden? Hierauf warf sich der Kaiser zum Schirmherrn des Sultans und aller Mohammedaner auf; das hatte zur Folge, daß eine tiefe Bewegung sich der mohammedanischen Welt bemächtigte, was den Engländern und Franzosen, die viele Millionen mohammedanischer Untertanen besitzen, nicht gleichgültig sein konnte. In aller Erinnerung ist noch, daß durch das Telegramm, das den Grafen Goluchowski als „brillanten Sekundanten" feierte, die Italiener so schwer verletzt wurden, daß darüber der Dreibund ganz in die Brüche zu gehn drohte. Und was war denn der Erfolg aller dieser Taten? Wir haben die Buren im Stich gelassen, die Japaner haben den „Admiral des Großen Ozeans" besiegt, der Sultan wurde vor französischen und englischen Flottendemonstrationen nicht beschützt, die Marokkaner wurden preisgegeben, und der „brillante Sekundant" ist heute ein toter Mann. Das alles, und wir haben nur das Gröbste herausgegriffen, hat unser Ansehen in der Welt sehr geändert; wenn nicht das deutsche Volk durch seine Unternehmungslust, Tatkraft und Arbeitsamkeit viele Fehler seiner Leiter aufwiegen und wettmachen würde, dann stünden wir in der Welt noch ganz anders da.

Zu den Darlegungen des Fürsten Bülow über sein Verhältnis zum Kaiser sprechen sich die „Münchener Neuesten Nachrichten" also aus:

Diese Bismarcksche Methode wünscht man vor allem auf dem Gebiet, wo sie heute am schmerzlichsten vermißt wird, auf dem Gebiete höfischer Friktionen. Bismarck hat es wiederholt ausgesprochen, daß nichts ihm soviel Nervenkraft und Arbeit gekostet habe, wie gerade diese Seite seiner Tätigkeit. Aber nirgends hat er auch unbeugsamer und energischer durchgegriffen und gerade dadurch seinem Monarchen und dessen ganzem Hause die unschätzbarsten Dienste geleistet. Wir glauben, daß Fürst Bülows Darlegungen über das Eingreifen des Kaisers in die Politik allzuviel Glauben nicht finden werden, da jedermann in Deutschland in der Lage ist, jederzeit den Gegenbeweis führen zu können. Ebenso sicher ist allerdings, daß Fürst Bülow hierüber nichts andres sprechen konnte, als er tat, besonders nachdem er das große Wort Verfassungsverletzung mit dem Namen des Kaisers in Verbindung gebracht hatte.

Die „Nationalzeitung" weist auf Kaiser Wilhelm I. hin und schreibt:

Das deutsche Volk erinnert sich noch wohl eines Kaisers, der es nicht für notwendig hielt, über alles, was da ist, seine Meinung zu

sagen und der Kritik von Hinz und Kunz preiszugeben; der so wenig nur durch die Köpfe seiner Minister dachte, daß er sich niemals scheute, die eigne Meinung als ultima ratio in die Wagschale zu werfen, wo es nottat; der so weit davon entfernt war, ein Schattenkaiser zu sein, daß wir ihm als höchsten Ruhm nachsagen müssen: er, der selbst keiner von den Großen war, wußte die Großen zu ertragen; denn er war ein Mann vom Scheitel bis zur Sohle. Zu lebendig ist dem lebenden Geschlechte noch die Erinnerung an die Zeiten dieses wahren königlichen Herrschers, als daß es nicht zu lernen anfangen sollte, wenn wir uns des allzu schroffen Uebergangs zur unfrohen Gegenwart bewußt werden. Das ist vielleicht im letzten Grunde die Hauptursache des weit verbreiteten Mißvergnügens, das zu zerstreuen der Kanzler sich heute vergebens bemüht hat.

17. November. Die „Königsberger Hartungsche Ztg." spricht sich folgendermaßen aus:

An den Fall eines kaiserlichen Verfassungsbruchs werden die weiten Kreise, die je länger, desto weniger dieses „persönliche Regiment", dieses Gemisch von mystischer Romantik und allzumodernem Automobiltempo tragen mögen, überhaupt nicht gedacht haben. Uns will aber bedünken: das sind so unendlich ernste Dinge, daß man mit ihnen auch nicht einmal als rhetorische Floskel spielen sollte. Ist es denn der Sinn der Reichsverfassung, daß der erbliche Präsident unsers Bundesstaats, der den Titel Deutscher Kaiser führt, heute mit Herrn v. Tschirschky Politik macht, morgen in das eine Nachbarland fährt und übermorgen in das andre ein hochpolitisches Telegramm sendet, das wie eine Sensation wirkt? Mit einem rhetorischen Kunststückchen ist Fürst Bülow an den ernsten Bekümmernissen einer großen und gebildeten Nation vorübergeglitten. Die Unruhe und die Besorgnisse wird und kann er dadurch nicht zerstreuen.

Dagegen liest man im „Schwäbischen Merkur" folgende Einwendungen:

Es ist nicht richtig, daß Fürst Bülow um diesen Punkt herumgeredet habe; er hat sich im Gegenteil über das „persönliche Regiment" bzw. über seine Stellung zu amtlichen Aeußerungen des Kaisers mit einer Offenheit ausgesprochen, die alle Anerkennung verdient. Und will jemand behaupten, daß, wie nicht nur die persönlichen, sondern auch die staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland liegen, irgendein Reichskanzler eine andre Stellung einnehmen könnte?

Die „Dresdner Nachrichten" schreiben über dasselbe Thema:

Es sieht doch beinahe wie ein nicht mißzuverstehender Wink aus, wenn Fürst Bülow mit erhobner Stimme sagte: „Ich kann mir sehr wohl denken, daß ein Minister finden kann, daß ein übertriebnes Hervortreten des Regenten, daß ein zu weit getriebner Subjektivismus dem monarchischen Interesse nicht zuträglich ist, und daß er dafür die Verantwortung vor Krone, Land und Geschichte nicht übernehmen kann." Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, was hier unausgesprochen geblieben ist, wird in Verbindung mit dem andern Worte „Ich bin kein Kleber" wissen, daß ein eventueller späterer oder früherer Rücktritt Bülows wahrscheinlich nicht nur aus „Gesundheitsrücksichten" erfolgt.

Die „Kölnische Zeitung" läßt sich also vernehmen:

Das Heer der Schwarzseher schwillt an von Tag zu Tag, und mit Worten allein wird der Pessimismus sich nicht aufhalten lassen, seinen

Weg weiter zu gehn bis zur Verbitterung und Erbitterung. Die Rede des Reichskanzlers zeigt, daß die Stimme der Unzufriedenheit an sein Ohr gedrungen ist, daß er weiß, wie man in allen Kreisen sinnt und trachtet, ob und wie den unheilvollen Verhältnissen, denen wir zutreiben, vorgebeugt, der Zersetzung gesteuert werden kann. Auch ihm ist offenbar bekannt, daß laut und leise die Rede geht, wenn das Uebel weiter greife, müsse am Ende daran gedacht werden, ob nicht durch eine Verfassungsänderung Abhilfe gesucht werden müsse, denn auch der Reichskanzler hielt es für nötig, eine Kritik des parlamentarischen Regierungssystems, an unsern Zuständen gemessen, einfließen zu lassen. Bassermann hat neulich an andrer Stelle das Wort geprägt: „Wir verlangen von den Tüchtigsten der Nation regiert zu werden", und sein Ruf hat allenthalben ein so starkes Echo gefunden, weil man im Volk der Meinung ist, daß beim Kanzler in der Auswahl der Männer, die uns zu regieren berufen sind, nicht immer und allein das Maß von Tüchtigkeit und Fähigkeit entscheidet. Vertrauen um Vertrauen! Man breche mit einem System im Innern, das die Zersetzung fördert und die Einigung hindert, dann wird die Kräftigung unsers staatlichen Organismus sich auch nach außen geltend machen, und der Reichskanzler wird seine auswärtige Politik auf das volle Vertrauen der Nation stützen können, das ihr so notwendig ist, und das sie verdient.

20. November. An die verschiedenartigen Betrachtungen über den die Frage eines persönlichen Regiments betreffenden Teil der Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 14. d. M. knüpfen sich Aeußerungen über die vom Kaiser am 12. d. M. in München mit dem Schriftsteller Ganghofer gehabte Unterredung (S. 17).

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" sagen von der Unterredung: Es ist insofern ein Gewinn, als der Kaiser uns dadurch auch persönlich näher gebracht wird, um so mehr, wenn die sympathischen und tiefen Eindrücke von einer Persönlichkeit vermittelt werden, wie es unser bayrischer Landsmann Ganghofer ist. — Freudige Zustimmung finden die Worte des Kaisers im allgemeinen in der „Magdeburgischen Zeitung", wo ihnen ein besondrer politischer Augenblickszweck zugeschrieben wird:

Diese Selbstbekenntnisse des Kaisers, wie man sie wohl nennen kann, sind als eine Antwort auf die zum Teil sehr herben Angriffe aufzufassen, die in der letzten Zeit auf die Methode seiner Regierungsweise gerichtet wurden. Durch die obige Unterhaltung klingt ein bescheidner und frischer Ton, der sehr im Gegensatze steht zu jener barschen Weise, die in der vielbesprochnen Breslauer Rede (S. 9) zum Ausdruck kam und im Lande soviel Widerspruch wachrufen mußte. Der Kaiser läßt uns einen tiefen Einblick in sein Inneres tun, einen Einblick, der dem deutschen Volke lieb und willkommen sein wird. Daß der Kaiser sich zu einem so schönen Optimismus bekennt, entspricht ganz dem Bilde, das sich die Welt schon lange von ihm gemacht hat. Alle kräftigen Gestalten der Weltgeschichte haben an ihren Stern geglaubt. Aber diesem unbekümmerten Vertrauen zu sich selbst und zu allen Mitarbeitern muß sich doch auch immer eine starke Portion von gesundem Mißtrauen beigesellen, wenn man Irrwege vermeiden will.

Das Urteil der „Hamburger Nachrichten" lautet im wesentlichen also:

Man wird nicht fehlgehn, wenn man die Aeußerungen des Kaisers zu Ganghofer als eine Antwort auf die pessimistischen Auffassungen betrachtet, die in der letzten Zeit in der Presse wie im Reichstage laut geworden sind. Der Kaiser erklärt sich ihnen gegenüber ersichtlich demonstrativ als unbeugsamer Optimist. Seine Aeußerungen erweisen sich bei näherer Betrachtung als eine in der Form abgeschwächte Wiederholung der Breslauer Verurteilung der Schwarzseher. Der Ton ist zurückhaltender geworden, aber in der Sache selbst bleibt der Kaiser bei seiner Ansicht. Das ist bedauerlich, weil die Politik, in deren Bereich doch der kaiserliche Optimismus in erster Linie zum Ausdruck kommt, nach allen Erfahrungen nicht als ein Gebiet anzusehen ist, auf dem Optimismus besonders am Platze erscheint. Der Optimismus verstößt meist gegen die Vorsicht und verleitet leicht dazu, in schönem aber unbegründetem Vertrauen auf die Kraft der Ideen, die man vertritt, Wege einzuschlagen, die gefährlich sind, und die ebensogut, statt zu dem heißersehnten Ziele, in den Sumpf führen können. Keinenfalls kann ein Zweifel darüber bestehn, daß man sich in der Politik fast noch mehr wie im Privatleben durch Vertrauensseligkeit mehr schaden kann als durch reservierte Vorsicht. Da die Geschicke von Reich und Volk von dieser optimistischen Vertrauensseligkeit des Herrschers in hohem Maße berührt werden, so wird es nicht ausbleiben, daß die öffentliche Meinung in Deutschland dem Selbstbekenntnis des Kaisers gegenüber aufs neue kritisch Stellung nimmt.

Die „Rhein.-Westf. Zeitung" in Essen läßt sich also vernehmen:

Blindes Vertrauen zu allen Menschen ist unsers Erachtens ein größerer Fehler als berechtigtes Mißtrauen gegen unbekannte Personen. Doch mögen darüber die Meinungen auseinandergehn. Darüber aber dürfte ziemlich allgemeine Uebereinstimmung herrschen, daß man sich und seiner Sache durch Vertrauensseligkeit mehr schadet als durch ein gewisses Mißtrauen. Etwas Mißtrauen gegen Stablewski, Koscielski und so viele andre Leute, denen der Kaiser sein Vertrauen schenkte, würde ihn vor mancher bittern Erfahrung bewahrt haben. Das deutsche Volk, darin stimmen wir mit dem Kaiser überein, hat eine Zukunft. Aber die amtliche Politik hat seit 1890 alles getan, um es um seine Zukunft zu bringen. Ein tiefer Pessimismus gegen den neuen Kurs war deshalb die notwendige Folge.

Die „Kölnische Zeitung" schreibt zu der Aeußerung des Kaisers gegenüber Ganghofer:

Bei der vorbildlichen Arbeitsamkeit und Pflichttreue des Kaisers werden dessen Grundsätze überall dankbar begrüßt werden. Unterdessen aber wächst die Reichsverdrossenheit und die Unzufriedenheit, und das Mißtrauen schlägt immer tiefere Wurzeln. Nur wer mit dem Volke fühlt, wird heute sein Vertrauen haben. Möge das Vorbild des Kaisers bei seinen Ratgebern Nachahmung finden. Wenn sie vertrauensvoll dem Volke geben, was ihm an der Mitarbeit in der Regierung und der Verwaltung gebührt, so werden sie auch Vertrauen erwecken.

Der „Schwäbische Merkur" sagt über jene Unterredung:

Der Kaiser hat, obwohl er sich freudig zu einer optimistischen Weltauffassung bekennt, doch in einem Punkt seiner Rede allzu pessimistisch

geurteilt, und zwar über die Aufnahme, die seine Regierungshandlungen im Volke finden. Er sagt: Gelingt mir etwas, so fragt alle Welt: „Wer hat ihm das geraten?“ Und mißlingt mir etwas, so heißt es: „Er hat es nicht verstanden.“ Damit will er sagen: Alle Erfolge werden meinen Ratgebern, alle Mißerfolge dagegen mir zugeschrieben. Wir glauben, daß diese Auffassung doch nicht ganz zu Recht besteht. Der gut monarchisch gesinnte Teil des Volks hat immer rückhaltlos das Große anerkannt und gewürdigt, was aus der energischen persönlichen Initiative des Kaisers hervorgegangen ist.

21. November. In der „Frankfurter Zeitung“ liest man folgendes:

Aus den Aeußerungen zur Reichstagsdebatte über das persönliche Regiment kann der Kaiser am besten ersehen, wie die Stimmung in Wirklichkeit ist, und worauf sie sich stützt. Das Mißtrauen, über das er sich beklagt, ist doch nicht aus einem Nichts entstanden. Die Arbeit und das Vorwärtsstreben erkennt jeder an; aber wenn das, was er will, richtig verstanden und unterstützt werden soll, dann muß es eine festere Richtung zeigen und erst dann an die Oeffentlichkeit treten, wenn es die verantwortliche Deckung erfahren hat. In einem können wir dem Kaiser zustimmen: auch wir wollen mit immer neuem Vertrauen an die Menschheit und an das Leben herantreten und unverdrossen an der Erreichung unsrer politischen Ideale weiterarbeiten. Die Reichsverdrossenheit und der Pessimismus beziehn sich nur auf die Zustände, wie sie sich jetzt entwickelt haben.

Die freisinnige „Königsberger Hartungsche Zeitung“ beteiligt sich an diesen Betrachtungen mit den Worten:

Kaiser Wilhelm ist eine interessante Persönlichkeit, im einzelnen wie als ganzes genommen. Aber der Hang, überall im Vordergrunde zu stehn, sodaß das Deutsche Reich, der preußische Staat, das Volk völlig versinkt und nur der Kaiser, nur der Kaiser sichtbar ist — dieser anscheinende Hang kehrt die glänzenden Gaben des Kaisers um in ein Danaergeschenk des Schicksals. Nach dem Beispiel von oben gibt es ein tägliches Festieren mit Hurra und Tusch, ein Antelegraphieren und tägliches Erneuern des Treuschwurs, ein stündliches Hymnensingen auf die Hohenzollern, einen Kultus prunkender Oberflächlichkeit, ein Intrigieren und allmähliches Zerstören der Tugenden, um die man uns bisher beneidet hat. Protzenhafter Schein, Kriecherei und Heuchelei, Unbescheidenheit und Ruhmredigkeit, äußerer Glanz und ein Verkrüppeln des innern Menschen, das ist jetzt die Signatur unter Wilhelm II., der uns herrlichen Zeiten entgegenführen will. Führer ist der Kaiser, doch er führt keine „Männer“. Die Männer stehn abseits.

22. November. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt neuerdings:

Der Kaiser sagt, sein Streben sei, das Gefühl der Zusammengehörigkeit zu stärken, und er freue sich immer, wenn er ein neues Stück Deutschland kennen lerne. Aber lernt er dabei auch die Menschen kennen?

Die „Kölnische Volkszeitung“ (Zentr.) sagt:

Im Deutschen Reiche selbst findet der Kaiser immer ein herzliches Willkommen. Daß bei solchen Gelegenheiten des Pomps und der kostspieligen Feste nicht zuviel geschehe, ist allerdings ein sehr berechtigter Wunsch, dem auch der Kaiser selbst schon wiederholt, wenn auch kaum mit sonderlichem Erfolge, Ausdruck gegeben hat. Im übrigen werden reisende Fürsten gut tun, sich

immer vor Augen zu halten, daß sie bei festlichen Empfängen die Welt und die Menschen nur so selten zu sehen bekommen, wie sie wirklich sind. Schlimmer noch als solch festlicher Ueberschwang ist der Byzantinismus, der im täglichen Verkehr die Fürsten umgibt und vielfach verhindert, die Wahrheit zu sehen und ihrem Volke näherzukommen.

Im „Wiener Deutschen Tageblatt" wird gesagt:

Wir wissen jetzt nicht nur, daß Kaiser Wilhelm die Meinungsäußerungen seines Volkes in Scherz und Ernst genau kennt, sondern daß er sie auch achten gelernt hat. Sein Zäsarenstolz gibt endlich zu, daß auch ihm manches mißlungen ist, und fast erschreckt von der Erkenntnis der allzugroßen Verantwortlichkeit, die er allein auf seine Schultern lud, ergreift Deutschlands Kaiser aus dem schwülen Dunstkreise seiner Höflinge, seiner verschlagnen englisch-französisch-amerikanischen Lobhudler gleichsam die „Flucht in die Oeffentlichkeit" seines Stammvolks, um vor einem einfachen Volksdichter sein übervolles Herz auszuschütten. Und ich habs doch so gut gemeint! Wirds helle im Reiche des obrigkeitlich beschränkten Untertanenverstandes?

23. November. In den Leipziger „Grenzboten" wird ausgeführt:

Manche Kundgebungen des Monarchen, die als ein unstetes Eingreifen in den ruhigen Gang der auswärtigen Politik und als Ursache internationaler Verstimmungen empfunden wurden, haben in Wirklichkeit gar nicht diese Bedeutung gehabt; man glaubte es nur allgemein. Auch in der innern Politik wies man persönlichen Einflüssen eine Rolle zu, die sie in Wahrheit gar nicht gespielt haben. Aber es bleibt doch kein Zufall, daß gegenwärtig ganz nüchterne Leute dem nichtsnutzigsten Hintertreppenklatsch unbesehen Glauben schenken. Gerade in eine solche Zeit, in der man die peinlichen Eindrücke von Algeciras noch nicht überwunden hatte und sich über die Kolonialskandale sowie über die durch Herrn von Podbielski gegebnen Aergernisse Sorgen machte, fiel nun die Abwesenheit des Reichskanzlers infolge seiner Erkrankung, also eine scheinbare Ausschaltung des leitenden Staatsmanns, dem sich allmählich in steigendem Maße das Vertrauen der unterrichteten Politiker zugewandt hatte, und es schien, als ob im Dunkel eifrig gegen ihn gearbeitet würde. So wurde ein neues Moment der Unsicherheit in die Lage hineingetragen. Neben diesen besondern Ursachen der weitverbreiteten Unruhe und Verstimmung darf man freilich eines nicht vergessen, was hervorzuheben gerade um des Kaisers willen Pflicht ist. Die Nation konnte sich so schnell nicht daran gewöhnen daß die Zeiten Wilhelms des Ersten und Bismarcks vorüber sein sollten. Man hatte für ein gutes Recht des Volkes und für einen normalen Zustand genommen, was doch in Wahrheit ein Geschenk der Vorsehung war, wie es auch dem tüchtigsten Volke nur in vielen Jahrhunderten einmal für die kurze Spanne eines Menschenalters zuteil wird. Der Rückschlag mußte einmal kommen und dem deutschen Volke zum Bewußtsein bringen, daß von ihm die weltgeschichtliche Gegenleistung für das Geschenk des Genius verlangt wird. Es scheint, daß wir jetzt an dem Tiefpunkte dieser Rückwirkung angekommen sind. Ein solcher Tiefpunkt pflegt aber in einer ursprünglich gesunden Entwicklung zugleich einen Wendepunkt zu bedeuten. Bisher hatten wir es mit stumpfer Gleichgiltigkeit oder hämischer Unzufriedenheit zu tun. Jetzt aber sehen wir tüchtige Volkskreise sich aufraffen und ihr Recht zur Mitarbeit fordern. Leute, die es ehrlich meinen mit allem Guten, was uns die geschichtliche Entwicklung beschert hat, ehrlich mit Monarchie und Verfassung, ehrlich aber auch mit dem Bestreben, die im Dienste der Allgemeinheit wirkenden Kräfte nicht nach höfischen, sondern nach politischen Rücksichten tätig zu sehen, haben ein-

gesehen, welcher Fehler in dem Schweigen, Bemänteln und Beschönigen liegt, das nur den grundsätzlichen Feinden von Staat und Gesellschaft zugute kommt. Besserung ist nur von einer offnen und freien Kritik von nationaler Seite zu erwarten.

Zu dem Gespräche des Kaisers mit Ganghofer meint die „Kölnische Volkszeitung" (Zentrum):

Der Optimismus, der den Willen stählt, ist eine freudige Zuversicht, die im Innern des Menschen lebt und hier, wo die guten Pläne in der Stille reifen, seine beste Arbeit leistet. Wer diesen Optimismus besitzt, braucht nicht ständig davon zu sprechen, er tut sogar klug, ihn zu verbergen und nur dann hervorzuholen, wenn es nottut, eine verzagte Umgebung aufzurichten. Man kann nicht mit Gewalt alle andern Menschen zu Optimisten machen. Gerade zu häufige Bemühungen dieser Art machen mißtrauisch, und das um so mehr, je öfter die verheißenen Taten oder Erfolge ausbleiben. Man erinnert sich des Wortes von den „herrlichen Zeiten", denen der Markgraf seine Brandenburger entgegenführen wollte, und vergleicht damit die heutige Weltlage, die man nicht übertrieben schwarz zu malen braucht, um sie ernst und schwierig genug zu finden.

Die „Augsburger Abendzeitung" will den Grund des kaiserlichen Optimismus in den großartigen Empfängen des Kaisers erblicken. „Wird er nicht die lauten Hochrufe der Menge als Verleugnungen kritischer Preßstimmen und sonstiger Aeußerungen der Unzufriednen betrachten und darin die freudige Zustimmung zu den bestehenden politischen Zuständen erblicken? Das ist die sehr beachtenswerte Kehrseite solcher Empfänge, vielleicht auch die Hauptquelle des kaiserlichen Optimismus im Gegensatz zu der immer weitere Kreise ergreifenden Schwarzseherei!"

27. November. Die „Vossische Ztg." führt folgendes aus:

In der Tat ist der Herrscher Optimist durch und durch; das hat man aus vielen seiner Kundgebungen erfahren, deren Inhalt durch die spätern Ereignisse nicht bestätigt wurde. Das lebhafte sanguinische Temperament verleitet ihn nicht selten zur Unterschätzung der Schwierigkeiten, die der Erfüllung seiner Hoffnungen entgegenstehn. Er glaubt an sich und seinen Stern. Er hat das Vertrauen, daß seine Anordnungen, seine Ansichten sieghaft den Widerstand der stumpfen Welt überwinden müssen. Der Gedanke, daß unter seiner Regierung dem deutschen Volke eine große Zukunft beschieden sei, wenn es nur seinen Ideen entgegenkomme, kehrt in den Reden des Kaisers oft wieder. Es ist ihm nicht wenig schmerzlich, daß seinem persönlichen Optimismus die stetig wachsende Schwarzseherei und Verstimmung eines sehr großen Teils der Nation entgegentritt. Gerade jetzt treibt die herrschende Politik, die zu einer beispiellosen Verteuerung der Lebensmittel geführt hat, der Umsturzpartei wieder Anhänger in hellen Haufen zu. Kein Kirchenfürst hat dem Staate so viel zu schaffen gemacht wie der Posener Erzbischof Ledochowski. Er wurde vom königlichen Gerichtshof wegen Verletzung seines Treueids abgesetzt. Aber als der Kaiser nach Rom ging, erklärte er ihm, die Vergangenheit solle vergessen sein, und schenkte ihm eine goldne Dose mit seinem Bilde in Brillanten. Die Ernennung Stablewskis, die Auszeichnung Koscielskis, das Geschenk an Ledochowski waren Beweise einer optimistischen Auffassung der Polenfrage; aber dieser Optimismus hat durch die spätern Ereignisse eine nur zu schroffe Widerlegung

erfahren. Nicht viel anders ist es mit der Behandlung des Zentrums und des katholischen Klerus gegangen. Für Männer, die den schärfsten Kampf gegen die Regierung geführt hatten, Windthorst, Schorlemer, Franckenstein, fand der Kaiser die lobendsten Worte, Bischöfen wurden fürstliche Ehren erwiesen. Und was ist damit erreicht worden? Der Kaiser denkt, seine aufrichtig gemeinten Liebenswürdigkeiten, freundlichen Ansprachen, Trinksprüche, Besuche, Geschenke müßten unweigerlich moralische Eroberungen machen. Aber der Erfolg bleibt nur zu häufig aus, auch die Absicht des Monarchen wird zuweilen in ihr Gegenteil verkehrt. So ist es leider gekommen, daß man gegenwärtig von einer Vereinsamung Deutschlands redet.

3.

Die Behandlung von Kolonialfragen.

4. Dezember. Nach den Vorgängen im Reichstage vom 3. Dezember (S. 114) zeigt sich in der Presse aller Parteien sofort eine tiefe Ergriffenheit: die der Minderheit freudig gehoben und derart voll weiterer Hoffnungen, daß der noch soeben scharf hervorgetretne Mißmut vorerst zurückgestellt erscheint, die der Mehrheit zeigt sich schwer betroffen.

Die „Tägliche Rundschau" spricht sich also aus: „Die Eiterbeule ist aufgestochen!" Eine Reichstagssitzung ist unter höchster Erregung aller Anwesenden zu Ende gegangen, deren Wirkungen sich in ihrem vollen Umfange noch nicht übersehen lassen, die aber unter allen Umständen zu den größen innerpolitischen Ereignissen unsrer Zeit gehört. Die Regierung steht im offnen Konflikt mit einem Teil des Zentrums! Wie groß der Anhang sein wird, den der gestern schwer bloßgestellte Reichstagsabgeordnete Oberlandesgerichtsrat, Geh. Oberjustizrat Roeren in seiner Partei finden wird, darum handelt es sich jetzt! Der Kolonialdirektor traut sich Herkuleskräfte zu. Die größte und schwerste Aufgabe in seinem Reinigungswerk hat er mit unerschrocknem Mut angepackt, das hinterlistige Spionage- und Angebesystem einiger katholischer Missionare und Zentrumsabgeordneten, das sich so herrlich mit der Vertuschung der Vergehn der katholischen Beamten vereinigen ließ, hat er vor aller Welt aufgedeckt. Als er mit den Worten schloß: „Die Eiterbeule mußte aufgestochen werden, ich habe sie aufgestochen und bin gern bereit, die Konsequenzen zu tragen", da zischten einige Zentrumsherren und ihre roten Gesinnungsgenossen, da brach aber auch ein donnernder, sich immer wiederholender Beifall auf der ganzen Rechten und zum mindesten der nationalliberalen Linken los, der sich auf den Tribünen fortpflanzte. Das „Gefühl der Befreiung", daß den Kolonialdirektor erfüllte, als ihn die maßlosen Angriffe Roerens zwangen, in den schmutzigsten Winkel

des Augiasstalles den starken reinigenden Strom zu leiten, dieses Gefühl der Befreiung wird sich über das ganze deutsche Volk ausbreiten, wird alle die erleichtert aufatmen lassen, denen noch die politische Moral in unserm Vaterlande am Herzen liegt. Der Direktor sprach von den fortgesetzten Versuchen Roerens, in seiner Eigenschaft als Abgeordneter den Gang der Verwaltung zu beeinflussen und selbst in das Verfahren der Gerichte einzugreifen. Er wehrte sich gegen die „illegitimen Einflüsse", gegen die „Nebenregierung der Mission", er zeigte, daß alles Material Roerens von der Mission stammte. Er gab auch Kunde von dem Versuch dieses Parlamentariers, für seinen Schützling Wistuba eine Beförderung herauszudrücken, er deckte die schamlose Schacherei auf, die Roeren bei dieser Gelegenheit mit den Zentrumsstimmen zu treiben versucht hat."

Die „Germania" bemerkt: „Was den »neuen Herrn« dazu eigentlich veranlaßte, einen so scharfen persönlichen und sachlich ungerechten Zusammenstoß herbeizuführen, ist uns ein Rätsel."

Der „Vorwärts" meint: „Unter einem Führer wie Windthorst wären solch schmachvolle Kuhhandelspraktiken ausgeschlossen gewesen, unter ihm wäre deshalb dem Zentrum auch eine so furchtbare moralische Niederlage erspart geblieben!"

Nach der „Vossischen Zeitung" muß der Kampf mit dem Zentrum auf alle andern Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung hinübergreifen. — Nach der „Nationalzeitung" ist man seit undenklichen Zeiten eine solche energische und scharfe Sprache gegen eine führende Größe der Zentrumsfraktion nicht mehr gewohnt gewesen. — Das „Leipziger Tageblatt" schreibt:

Die ärgsten Vermutungen unsrer eignen häufigen Anklagen gegen dieses Gefälligkeitssystem gegenüber dem Zentrum sind unendlich weit übertroffen worden durch diese Feststellungen. Im Deutschen Reich hat das Zentrum regiert, nicht die Regierung. Der ganze Vorgang, die Bereitschaft der Akten, ist ja kaum erklärlich, wenn hier nicht eine vorbereitete Aktion der Regierung vorliegt. Also darf man wohl von einem Bruche der Regierung mit dem Zentrum sprechen.

Der Berliner „Reichsbote" (konservativ) läßt sich also aus:

„Ein Mann, endlich ein Mann!" Wer noch protestantisch und national fühlt, hat sicher so gerufen, als er die Reden las, in denen der Kolonialdirektor die letzten Hüllen von der Zentrumswirtschaft zog, unter der unser deutsches Vaterland schmachtet. Woran die besten unsers Volkes schier verzweifeln wollten, das ist geschehen: man hat die hintersten Winkel des Zentrumsturmes durchleuchtet. Ein Gericht, wie es am 3. Dezember an der „regierenden" Partei vom Regierungstisch aus vollzogen ist, hat in der parlamentarischen Geschichte des Deutschen Reichs kaum seinesgleichen. Es bedurfte wahrlich dieses Schauspiels, um dem ganzen Lande zu zeigen, wie weit schon die Herrschaft des Ultramontanismus vor-

geschritten ist, wie sehr sie die Regierung im Reich und in Preußen vor sich auf die Knie gezwungen hat. Bezeichnete der diesjährige Katholikentag mit dem aus Rom verschriebnen Renommierkardinal und dem Kaisertelegramm den Höhepunkt in der Machtstellung Roms, so kann der 3. Dezember den Anfang vom Ende seiner Herrschaft bedeuten, „kann" ihn bedeuten, wenn die Reichsregierung und das deutsche Volk ernstlich will.

Das „Berliner Tageblatt" bemerkt u. a.: „Zum erstenmal ist eine leise Möglichkeit gegeben, den Bund zwischen der Regierung und dem Zentrum zu zersprengen und zu einer neuen, gesündern Gestaltung unsrer politischen Verhältnisse zu gelangen."

5. Dezember. Ueber die Zentrumskamarilla schreibt die „Deutsche Zeitung":

Die breiteste Oeffentlichkeit wird es bis zur Beschämung deutlich erfahren haben, daß das Zentrum im Kolonialamt schlechthin Mitregent, daß es Kamarilla und Nebenregierung schlimmster Art war. Seit Jahren haben wir darauf hingewiesen; nicht nur die „schwarze Liste" des Prinzen Arenberg über alle der Mission mißliebigen Beamten in Togo und Kamerun haben wir bekannt gegeben, sondern in einem „Klagebrief aus Togo" haben wir am 7. Januar 1905 mit allen Einzelheiten auf die unglaubliche Vergewaltigung der kolonialen Beamten des Gouvernements, des Kolonialamts in Berlin und der deutschen Strafprozeßordnung schlechthin durch die katholische Mission von Togo und die ihnen verbündeten Zentrumsabgeordneten in Berlin hingewiesen. Widerrechtlich hat man Beamte versetzt, Gerichtsurteile verzögert und auf politischem Felde umgebogen, Missionare außer Verfolgung gesetzt — und was dergleichen mehr ist. Die ganze Küstenkaufmannschaft von Togo hatte schon im Jahre 1903 gegen die Mission Partei ergriffen. Trotzdem bekamen die Beamten nicht ihr Recht.

6. Dezember. Einige Blätter glauben angesichts der Erklärungen des Reichskanzlers am 4. Dezember an einen faulen Frieden. Die „Vossische Zeitung" meint, es habe jedermann den Eindruck, als sei die Parole ausgegeben worden: Der Mutige weicht einen Schritt zurück. Als bezeichnend hebt das Blatt weiter hervor, daß das Zentrum die Fiktion erregt habe: es handle sich um einen persönlichen Kampf, nicht um eine Kriegserklärung gegen das Zentrum. Deshalb habe Roeren seine Erklärung abgeben müssen. In Wirklichkeit aber hätte Roeren seine Rede im Auftrage des Zentrums gehalten, und auch bei der Betreibung der Wistuba-Angelegenheit und bei der Verhandlung über die Togomission habe er, obwohl er nachträglich die Verantwortung von seiner Partei auf seine Person übernommen hätte, sicherlich in Uebereinstimmung mit der Fraktion gehandelt. Es sei also Komödie, daß Roeren zum Sündenbock gemacht worden sei, und daß das Zentrum sich auf diese Komödie eingelassen habe, werde seine guten Gründe haben. — Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" drückt sich sogar schon also aus: „Es war nichts. Es war eine Halb-

heit. Der Tag, von dem man sich für unser innerpolitisches Weiterleben soviel versprach, hat enttäuscht, weil er anstatt eines frischfröhlichen Kampfes gegen die schwarze Zentrumsherrschaft einen faulen Frieden brachte." — Auch der „Hannoversche Courier" schreibt: „Entscheidend für den Rückzug des Zentrums war jedenfalls der Wunsch, die Möglichkeit, regierende Partei zu bleiben, nicht zu verscherzen. Herr Roeren wurde als Sündenbock in die Wüste geschickt. Der »Friedensschluß« erfolgte auf Grund einer Fiktion, die niemand ernst nehmen kann. Wir bedauern aufrichtig, daß der Reichskanzler im Interesse des Vermeidens innerer Krisen darauf eingegangen ist." — Die „Germania" betont wiederholt, daß es sich bei den Auseinandersetzungen um ein persönliches Rencontre gehandelt habe. — Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bemerken aber: „Der Wert des jüngst Erlebten wird unveränderlich bleiben. Er besteht darin, daß die politische Methode des Zentrums so hell und deutlich beleuchtet worden ist, daß selbst mit jesuitischer Logik das Mohrenkind nicht mehr als Engel ausgegeben werden kann. Der Sumpf bleibt bestehn und duftet weiter zum Himmel."

7. Dezember. Die „Kölnische Zeitung" teilt näheres mit über „die Nebenregierung der katholischen Mission in Togo" und die vom Prinzen Arenberg dabei gespielte Rolle. — Zu obiger Enttäuschung einiger Parteien bemerkt die „Nationalzeitung":

Wie die Parteiverhältnisse im Deutschen Reich liegen, ist eine antiultramontane Mehrheit im Reichstag nicht zu bilden ohne Kompromisse. Das war kaum je anders und wird in einem Menschenalter auch noch nicht anders sein. Die Kompromißpolitik aber ist das, was den Nationalliberalen von den Linksliberalen bisher immer als Todsünde angerechnet worden ist. Weil die Nationalliberalen bei dieser Politik auch mit den in Preußen nun einmal vorhandnen starken konservativen Strömungen rechneten, um nicht mit dem Zentrum rechnen zu müssen, wurden sie von einem Teil ihrer Freunde verlassen und verketzert. Durch den Riß, der hier klafft, drängte sich das Zentrum in die Regierungsmehrheit ein. Und es besteht auch nicht der Schatten einer Möglichkeit, es wieder auszuschalten, solange die linksliberalen Parteien Prinzipienreiterei treiben und es für die Hauptsache halten, theoretisch gegen das graue Schreckgespenst „der Reaktion" zu fechten, statt mit gegebnen Größen zu rechnen.

Im „Schwäbischen Merkur" wird gefragt: „Was bedeutet das »Duell« vom 3. Dezember für die allgemeine innerpolitische Lage?", und es wird darauf geantwortet:

Einen Augenblick ging ein Gefühl der Befreiung, der Erlösung von dem unleidlichen Druck der Zentrumswirtschaft durch das Land. Am Tage darauf kam die Ernüchterung. Roeren ging als Sündenbock in die Wüste, das Zentrum aber machte seinen Frieden mit dem Kanzler und der Kanzler mit ihm. Also kein Bruch zwischen der Regierung und der

„regierenden" Partei! Darin liegt die Lösung des Rätsels, daß dieser Vorgang sich überhaupt ereignen konnte: das Zentrum in seinem über alle Maßen überspannten Machtgefühl hat gar nicht für möglich gehalten, daß ein dem ihm befreundeten Fürsten Bülow untergeordneter Beamter es wagen könnte, in solchem Ton gegen es aufzubegehren. Das war sein ungeheurer Irrtum. Darüber kann man sich nicht täuschen: zu einem Bruch mit dem Zentrum kommt es, solange Fürst Bülow am Ruder ist, niemals. Die tröstliche Gewißheit aber hat das deutsche Volk fortan: es sind noch Männer zu finden, die vor diesem Bruch nicht zurückschenen würden.

8. Dezember. Die „Kölnische Volkszeitung" (Zentrum) bestätigt, daß Roeren am 3. Dezember seine Rede über Mißstände in den Kolonien im Namen und im Auftrage des Zentrums gehalten hat.

In den „Hamburgischen Nachrichten" wird, voll Mißtrauen gegen den Reichskanzler, ausgeführt:

Selten hat das Zentrum eine so große Angriffsfläche dargeboten wie durch seine Haltung in Sachen der Kolonialpolitik. Niemand zweifelt daran, daß die Schuld, die Roeren auf sich genommen hat, tatsächlich seine Partei trifft. Wir sollten meinen, eine solche Lage hätte selbst auf einen so wenig zum Kampf geneigten Reichskanzler, wie Fürst Bülow nun einmal einer ist, den Anreiz ausüben müssen, endlich wenigstens einmal den ernsthaften Versuch zu machen, die Herrschaft des Zentrums im Reichstage zu Falle zu bringen. Der erste Schritt, der immer am schwersten ist, war doch schon getan. Er hätte nur nötig gehabt, die törichte Fiktion, daß Roeren allein schuldig und das Zentrum an den unsaubern Machenschaften auf kolonialpolitischem Gebiete unbeteiligt sei, nicht annehmen zu brauchen — was er mit gutem Recht hätte tun können, ja hätte tun müssen —, und der entscheidende Kampf mit dem Zentrum wäre unter so günstigen Aussichten eröffnet gewesen, wie sie sich so leicht nicht wieder darbieten dürften. Fürst Bülow konnte nicht darüber im Zweifel sein, daß das ganze deutsche Volk, soweit es nicht ultramontan und sozialistisch war, wie ein Mann hinter ihm gestanden haben würde, wenn er mit fester Hand selbst das Banner ergriffen und den Kampf gegen das Zentrum mit der vollen Autorität der Regierung aufgenommen hätte. Die Rede des Kolonialdirektors vom 3. Dezember war wie ein erfrischender Lufthauch durch die Schwüle gegangen, die erstickend auf dem politischen Leben der Nation lag, es herrschte überall eine Kampfesstimmung, wie wir sie seit Bismarcks Zeiten leider nie mehr erlebt haben. Was aber tat Fürst Bülow? Er vermied sorgfältig, dem Zentrum als solchem zu nahe zu treten, er zog die Möglichkeit eines Bruches mit der regierenden Partei überhaupt gar nicht erst in Betracht, sondern er wagte es, dem allgemeinen Willen des Volkes zum Trotz auf ein durchsichtiges Manöver des Zentrums hin, ihm die Hand zum weitern Zusammenwirken zu bieten! In der Tat, es ist ein starkes Stück, was hier geleistet ist. Höher als die Interessen des deutschen Volkes hat Fürst Bülow sein Bedürfnis gestellt, mit dem Zentrum in Frieden zu leben. Was soll man davon denken?

II.

Zur Auflösung des Reichstags.

13. Dezember. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" begleitet halbamtlich den Vorgang mit folgenden Worten: „Der Reichstag ist der Auflösung verfallen, weil seine Mehrheit den verbündeten Regierungen die Mittel zur Erfüllung einer nationalen Aufgabe versagt hat. Durch die Ablehnung der für die Zukunft Südwestafrikas unerläßlichen Forderungen ist Deutschlands Stellung in der Welt empfindlich getroffen. Es handelt sich nicht bloß um Südwestafrika. Wie wir uns dort verhalten, ob wir mit zäher Opferwilligkeit vorwärts gehn oder nach kaum erreichter Beseitigung der größten Gefahr wieder ermatten, ist bei der heutigen politischen Gesamtlage uns selbst und unsern Mitbewerbern im überseeischen Wettkampfe zum Prüfstein dafür geworden, ob Deutschland überhaupt der Entwicklung aus einem europäischen Großstaat zur Weltmacht fähig ist. Wir erleben als Zeitgenossen einen Aufschwung des britischen, amerikanischen und japanischen Imperialismus. Frankreich gründet ohne Zaudern und Knausern ein riesiges Kolonialreich in Afrika, und Deutschland soll nicht einmal in energischer Behauptung und Verwertung des Erworbnen Schritt halten dürfen?"

Die „Nationalzeitung" schreibt zu dem allgemein überraschenden Vorgang:

Den Fürsten Bülow darf man zu seiner festen Haltung nur aufrichtig beglückwünschen. Das Wort: „nur keine innern Krisen", er hat es mannhaft durch die Tat widerlegt. Auch er hat empfunden, daß es Verwicklungen im Staatsleben gibt, aus denen ein Ausweg nur durch die Krise führt. Verhandeln und diplomatisieren ist gut, nach dem der Gegenstand ist, der auf dem Spiele steht. Geht aber das Spiel um Fragen, die dem modernen Verfassungsstaat an die Wurzeln seines Daseins rühren: dann ist ein frischer, fröhlicher Krieg zehnmal besser als ein fauler Frieden.

Die freikonservative „Post" spricht sich über den bisherigen Reichstag aus:

Der Reichstag ist immer mehr zu einer schleppend und verschleppend arbeitenden, zu praktischer Arbeit immer unfähiger gewordnen, in Sensationen und nichtswürdigem Klatsch ihren Lebenszweck suchenden Institution herabgesunken. Enthüller, Verleumder und Bloßsteller der nationalen Ehre der deutschen Nation machten sich in dem Hause am Königsplatz mit einer wahrhaft zynischen Dreistigkeit breit. Aber der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Endlich ist dem Unwesen, das wie ein entsetzlicher Alp auf den Gemütern aller wahrhaft national gesinnten Deutschen lastete, durch eine entschlossene, mannhafte Tat ein Ende gemacht worden.

Die „Tägliche Rundschau" betont folgende Gedanken:

Es handelte sich für das Zentrum nicht um die paar Millionen, sondern um seine Rache, um seine gekränkte Herrschsucht, die wir immer als die sterb-

liche Stelle dieses Parteigebildes bezeichnet haben. Die Regierung sollte gedemütigt werden, und da kein Windthorst in der Partei war, übersah man die Grenze, bis zu der man die Regierung zwingen konnte, vergaß man daher auch die Abkommandierungen und wird heute mit Betrübnis sehen, daß man das Spiel zu toll getrieben hat.

Die „Vossische Zeitung" spricht sich also aus:

Es geht wie ein Gefühl der Befreiung und Erlösung durch das Volk, daß dem Zentrum die Stirn geboten wird. Nur zu lange hat das schwarze Banner über dem Reichstag geweht, nur zu lange Gesetzgebung und Verwaltung sich dieser Partei dienstbar gemacht. Aber freilich, leicht wird auch dem freisinnigen Bürgertum der Wahlkampf nicht werden.

Im „Berliner Tageblatt" liest man:

Nicht bloß zwischen der Regierung und dem Zentrum ist ein vielleicht unheilbarer Riß eingetreten, sondern auch der Freisinn ist weiter als seit langen Jahren vom Zentrum abgerückt. Die Parole: Los vom Zentrum! hat sich zum erstenmal bewährt. Jetzt heißt es, die Folgerungen zu ziehn, damit nicht bloß der Freisinn, damit unsre ganze Politik im Reich wie in Preußen vom Zentrum loskommt. Das Zentrum hat wie ein Alpdruck auf dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben des deutschen Volkes gelastet. Gegen das Zentrum müssen sich die Wähler, soweit sie von liberalem Geiste erfüllt sind, mit aller Wucht wenden.

Der „Reichsbote" läßt sich unter anderm also vernehmen:

Lange genug, allzulange hat die Regierung unter dem Druck dieser römischen Nebenregierung gestanden, und wer weiß, welche Forderungen jetzt wieder hinter den Kulissen eine Rolle gespielt haben, sodaß die Regierung sich endlich zu dieser energischen Zurückweisung der Zentrumsforderungen ermannte! Schon lange empfinden alle patriotischen Kreise der Nation den Einfluß des Zentrums und die Hetzerei der Sozialdemokratie als unerträglich. Jetzt ist der Moment gekommen, wo diese Doppellast, die eine doppelte Gefahr darstellt, abgeschüttelt werden muß. Jetzt gilt es, wie in den ersten Jahren der Errichtung des Reiches, den nationalen Gedanken wieder leuchten lassen, unbeeinflußt von fremden Interessen im Sonnenglanze der nationalen Interessen des Reiches.

Auf ihre Weise mit der Auflösung des Reichstags einverstanden, behauptet die „Germania" (Zentrum):

Es konnte nicht so weiter gehn mit der Geldverschwendung, und die Wähler werden hoffentlich Verständnis haben für die Parole: Endlich eine gesunde Finanzpolitik! Das Zentrum hat immer auf eine solche hingedrängt, und jetzt nimmt man sein Bemühen um eine vernünftige Sparsamkeit zum Vorwande für die Auflösung. Daß nunmehr auch der gesamte konfessionelle Fanatismus auf das Zentrum losgelassen wird, dürfen wir mit Bestimmtheit erwarten. Nun, wir haben schon Schlimmres erduldet. Die Parole: eine gesunde Finanzpolitik und eine saubere Kolonialpolitik! wird ihren Eindruck, hoffen wir, nicht verfehlen.

In demselben Sinne sagt die „Kölnische Volkszeitung" (Zentrum):

Das deutsche Volk hat bei den Neuwahlen nicht lediglich darüber zu entscheiden, ob nach seiner Ansicht das Vorhandensein von ein paar hundert Räubern das Verweilen einer Truppenmacht von 6000 oder 7000 Mann auf

unabsehbare Zeit in Südwestafrika erfordert, sondern vielmehr darüber, ob die Volksvertretung unter allen Umständen verpflichtet sein soll, zu bewilligen, was die militärische Kommandogewalt oder die Gouverneure in den Kolonien von ihr fordern. Wenn es gelingen würde, das Zentrum wesentlich zu schwächen, so wäre das festeste Bollwerk der Volksrechte, die verfassungsmäßige Stellung des Reichstags und seine Grundlage, das allgemeine gleiche Wahlrecht gefallen. Hier Volksrecht und Volkswohl, dort zäsarischer Absolutismus und Pumpwirtschaft.

Der „Vorwärts" meint:

Auch die bürgerlichen Parteien werden vom Volke bei der Neuwahl den gebührenden Denkzettel erhalten. Voran das Zentrum. Seine verspätete Ablehnung der neuesten kolonialen Zumutungen vermag die Mitschuld des Zentrums an der abenteuerlichen Kolonialpolitik, die uns viele Hunderte von Millionen und Tausende von Menschenleben gekostet hat, nicht wieder gut zu machen.

Nach der „Kölnischen Zeitung" ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht jetzt berufen zu entscheiden, ob auch fernerhin Zentrum Trumpf sein soll in Deutschland, und ob in Zukunft der Ultramontanismus, unterstützt von der Sozialdemokratie, die allezeit für alle das Reich zersetzenden Maßnahmen zu haben ist, dem deutschen Volksleben den Fuß in den Nacken stellen darf. — Die „Magdeburgische Zeitung" bemerkt: Wahlparole muß für alle Nationalgesinnten sein, einen Reichstag nach Berlin zu schicken, der die Zeichen der Zeit versteht und die Eiterbeule ausbrennen hilft, die schon allzulange am nationalen Körper frißt. Die Liberalen sollten alle fest zusammenstehn, um das Doppeljoch des Zentrums und der Sozialdemokratie niederzubrechen. Ob die Wählermassen dazu die nötige Reife und Entschlußkraft haben werden, muß erprobt werden. — Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" schreibt: Das ist eine Tat, die in allen nationalen Kreisen Freude und Genugtuung auslösen wird, die mit Dankbarkeit und Begeisterung erfüllen wird all die Männer, die sich seit langem nicht mehr zurechtfinden konnten in dem Reiche, das Bismarck gegründet hatte, dessen Geschicke aber von Ultramontanen und Sozialdemokraten vor allem beeinflußt werden. Unmutig hatten sie sich in den Winkel zurückgezogen, jetzt ist es ihre Pflicht und Schuldigkeit, auf den Kampfplatz zu treten und mit bismarckischer Hingebung, Treue und Opferwilligkeit für Kaiser und Reich auf die Schanze zu treten. — Die „Münchner Neuesten Nachrichten" schreiben: Schande und Schmach wäre es, wenn das mächtige deutsche Volk nicht mehr den Mut und die Kraft hätte, die Folgen seiner Handlungen auf sich zu nehmen, wenn es sich weigerte, da B zu rufen, wo es vorher A sagte. Das deutsche Volk wird sich zu entscheiden haben, ob es gewillt ist, Treue um Treue zu tauschen.

15. Dezember. Die „Hamburgischen Nachrichten" äußern:

Jetzt ist die Bahn frei. Es kann jede Maßregel getroffen werden, die notwendig erscheint, um Deutschland aus der jetzigen Periode des politischen Niederganges, der Unzufriedenheit mit der Regierung und der allgemeinen Verstimmung gegen dieselbe herauszureißen. Wenn die Regierung ernstlich will, ist es möglich, eine ganz neue Aera unsrer gesamten Politik herbeizuführen, die der Misere, unter der wir in den letzten Jahren so schwer gelitten haben, nach jeder Richtung hin ein Ende machen und die Reichsfreudigkeit wieder aufleben lassen kann. Es muß ein für allemal mit dem System des Kuhhandels gebrochen werden.

16. Dezember. Es geht mitten in diesen weihnachtlichen Wochen wie ein Frühlingsbrausen durch das Land, sagt die „Tägliche Rundschau", die Reichsverdrossenheit, die in der Hauptsache Reichstagsverdrossenheit war, ist abgeschüttelt, und die Befehder des persönlichen Regiments müssen zugeben, daß der leitende Staatsmann und nicht der Kaiser das Erfordernis der Stunde erkannt und, durchdrungen von der Verantwortungspflicht des ihm anvertrauten Schutzes nationaler Ehre, das Wagnis unternommen und die Tat getan hat. Denn ein Wagnis bleibt die Auflösung bei der rein konfessionellen Verankerung der Zentrumspartei immerhin. Es ist möglich, daß es der Zentrumspartei gelingt, den konfessionellen Fanatismus bei dieser Gelegenheit zu entzünden.

III.

Bewegung für die Wahlen zu einem neuen Reichstage.

14. Dezember. Die Parteien zeigen sich sehr rasch mit den Vorbereitungen für die Wahlen bereit. — Die nationalliberale Reichstagsfraktion erscheint zuerst mit einem Aufrufe, in dem es heißt:

Endlich eine erlösende Tat, ein Aufatmen nach lang getragnem Druck, das war die uns allen gemeinsame Empfindung, als nach schwerem Ringen unsrer Reichstagsfraktion mit dem Zentrum der Reichskanzler eine kaiserliche Verordnung ankündigte. . . . Nicht kleine Parteiunterschiede sind in Frage, nicht untergeordnete Dinge. Auf unsre alte Waffenehre, auf unsre nationale Stellung unter den Völkern kommt es an. Auf die Opfer an Gut und Blut, die wir bisher gebracht haben, richtet die Blicke, damit sie nicht vergebens waren! Darum laßt euch im kommenden Wahlkampf durch kleinere Unterschiede nicht trennen. Halten wir alle zusammen gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie, als freie Deutsche, die in der Zukunft ihres Volkes die Zukunft für sich und ihre Kinder erkennen!

15. Dezember. Die Freisinnige Volkspartei, die Freisinnige Vereinigung und die Deutsche Volkspartei erlassen einen gemeinsamen Aufruf zur Wahl, in dem sie sagen:

Die Auflösung des Reichstags führt die liberalen Parteien in den Kampf gegen die Uebermacht des Zentrums, das bald im Bunde mit den Rechtsparteien, bald in der Mehrheit mit der Sozialdemokratie einen unheilvollen Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens im Reiche ausübt. In diesem Kampfe muß der Liberalismus den Einfluß erringen, der ihm nach seiner geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung gebührt. Zu gemeinsamer Arbeit für Freiheit und Kultur haben sich Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei zusammengefunden. Wir fordern alle Liberalen in Stadt und Land zu arbeitsfreudiger und opferwilliger Unterstützung auf.

16. Dezember. Der Bund der Landwirte sagt in seinem Wahlaufrufe:

Gebt dem Reiche, was das Reich gebraucht an Macht und Mitteln, um deutsche Ehre und deutschen Besitz zu wahren und zu verteidigen! Wählt aber nur solche Abgeordnete, die unerschütterlich gewillt sind, Mittelstand und Landwirtschaft und damit die Quelle deutscher Kraft dem Vaterlande zu erhalten.

In einem Aufrufe der nationalliberalen Jugend wird gesagt:

Von der Geburtsstunde unsrer Bewegung an haben wir den Kampf gegen das Zentrum als eine der wichtigsten Pflichten jedes nationalfühlenden Deutschen erkannt. Die Reichstagsauflösung hat uns Recht gegeben, und nun gilt es für uns, alle Kraft dafür einzusetzen, daß die Reichstagsmehrheit, die jetzt nach Hause geschickt ist, nicht wiederkehrt. Dieser Wahlkampf, der geführt wird, um einen Reichstag zu schaffen, der nicht feilscht, wo es die nationale Ehre Deutschlands gilt, muß unsrer Partei einen glänzenden Sieg bringen.

17. Dezember. Die freikonservative „Post" und der nationalliberale „Hannoversche Courier" fordern zur Bildung eines die Konservativen und die Liberalen umfassenden „nationalen Blocks" auf. — Im deutschsozialen Aufrufe heißt es:

Wir wollen dieses Vertrauen nicht täuschen, Deutschland darf sich nicht zum Gespött des Auslandes erniedrigen lassen. Wir dürfen nicht Neuland aufgeben, das mit Strömen deutschen Blutes getränkt ist. Wir können unsre kämpfenden Brüder nicht verhungern und verdursten lassen. Wir dürfen ihre Zahl nicht schwächen, bis der endgiltige Sieg errungen ist. Das schlachtenberühmte deutsche Volk darf nicht vor schwarzen Hottentotten und Herero das Kampffeld räumen!

Im Aufrufe der Zentrumspartei wird gesagt:

Die Auflösung des Reichstags ist ein Angriff auf dessen Stellung als selbständigen, in eigner Verantwortung handelnden gleichberechtigten Faktors der Gesetzgebung. Nicht die Kommandogewalt des Kaisers, sondern das Budgetrecht des Reichstags bildet den Gegenstand des Streites. Jeder von uns hat die Pflicht, für die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung einzustehn; seien wir des am Tage der Wahl eingedenk! Seien wir uns auch bewußt, daß bei einer anders gebildeten Mehrheit des Reichstags die Garantie entfällt, daß bei der Bewilligung der bereits angekündigten neuen Steuern die von uns immer festgehaltne Schonung der minderbemittelten Klassen aufrecht erhalten wird.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei sagt in seinem Wahlaufrufe: Als die größte unter den liberalen Parteien sind wir vor allem berufen, das Einvernehmen der Wählerschaft in Stadt und Land herzustellen, damit die künftige Entwicklung der deutschen Interessen daheim und in der Welt von dem Druck befreit werden, den das Machtbegehren des Klerikalismus immer unerträglicher geübt hat, und daß sie gegen die zersetzenden Umtriebe der Sozialdemokratie sichergestellt bleiben.

Die sozialdemokratische Fraktion des bisherigen Reichstags erläßt einen Aufruf, in dem sie die politische Lage als sehr ernst schildert, und der mit den Worten schließt: „Unsre und eure Wahlparole sei: Nieder mit allem, was uns hudelt und büttelt, was sich dem Fortschritt der Menschheit zur vollen Sonnenhöhe der Kultur entgegenstemmt!"

Der Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, erläßt einen Aufruf an die Mitglieder der Gesellschaft. Er sagt u. a.:

„Mit der Auflösung des Reichstags hat die Regierung zugleich anerkannt, daß unsre Kolonien einen sehr viel höhern Wert für die Weltstellung unsers Vaterlandes bedeuten, als bisher von weiten Kreisen des Volkes, ja scheinbar von ihr selbst zugestanden worden war. Koloniale Fragen sind keine Fragen der Partei; sie sind Fragen der Volkswirtschaft und der nationalen Politik: sie berühren alle Kreise unsers Volkes, jeder Partei und jedes Standes."

Die württembergische und die badische Regierung erlassen Ansprachen in nationalem Sinne.

18. Dezember. In einem Aufrufe des Alldeutschen Verbandes heißt es: „Der Kampf wird schwer sein, es kommt auf jeden Mann an. Vielleicht, daß der Sieg nicht im ersten Ansturm gewonnen wird. Aber die Regierung kann nicht mehr zurück, der Kampf wird durchgefochten werden müssen, und je festern Willen das Volk bei der Regierung sieht, desto größer wird die Zahl der Mitstreiter sein."

19. Dezember. Die „Kreuzzeitung" erklärt den vom „Hannoverschen Courier" empfohlnen nationalen Wahlblock für undurchführbar, statt dessen aber redet sie einem Zusammengehn bei den Stichwahlen insonderheit gegen die Sozialdemokratie um so entschiedner das Wort.

Im Wahlaufrufe der konservativen Partei wird gesagt:

„Wir lehnen unzulässige Eingriffe in diese Verantwortlichkeit, insbesondre in die Kriegführung und Kommandogewalt über die bewaffnete Macht ab und dulden eine Nebenregierung dabei nicht, von welcher Seite oder parlamentarischen Partei dies versucht werden möge. Wir wünschen eine kraftvolle Regierung und eine zielbewußte, klare Politik im Innern und nach außen." Vom Zentrum wird im übrigen in diesem Aufrufe nicht gesprochen.

Die christlich-soziale Partei sagt in ihrem Aufrufe von der Kolonialfrage nichts, sondern nur, was sie im übrigen bekämpfe (Mammonssinn, einseitigen Kapitalismus und dergleichen). — Im freikonservativen Wahlaufrufe heißt es: „Gilt der Wahlkampf der Abschüttelung des Zentrumsjoches und der Abwehr der Sozialdemokratie, so müssen alle Meinungsverschiedenheiten zurück-

treten vor der großen nationalen Pflicht." — Die halbamtliche „Nordd. Allgem. Zeitung" bekämpft eine Reihe irreführender Behauptungen im Aufrufe des Zentrums. Außerdem weist das Blatt darauf hin, daß die stärkste Partei im Reiche die der Nichtwähler sei. — In dem Aufrufe des Evangelischen Bundes wird gesagt: Ist erst der politische Ultramontanismus zurückgedrängt, dann können und werden wir mit unsern katholischen Mitbürgern in dem einen großen, deutschen Vaterlande einträchtig beieinander wohnen. — Der Aufruf des Vorstandes des Deutschen Kriegerbundes hebt besonders hervor: Wenn es je bei einer Reichstagswahl patriotische Pflicht war, das Wahlrecht auszuüben, so ist es bei dieser!

Ende Dezember. Die Wahlparole der Polen lautet:

1. Keine polnische Stimme einem Deutschen, gleichviel welcher Partei; 2. keine Stimme einem Polen, der mit dem Zentrum hält; 3. keine polnische Stimme einem Polen, der sich zur Sozialdemokratie bekennt. Wie die andern Deutschen, möchten auch Zentrum und Sozialdemokratie die Polen germanisieren. Die polnische Fahne ist nicht schwarz-weiß-rot, sondern weiß-rot für alle Zeiten.

Anderseits treten die deutschen Katholiken der Ostmark mit einem Wahlaufrufe hervor, der die Verbandsmitglieder an die nationalen Grundsätze erinnert, die zur Entstehung der Vereine der deutschen Ostmarkkatholiken führten:

„Jeder Sieg des Polentums würde den polnischen Fanatismus steigern, und jede Beihilfe von unsrer Seite würde eine große Kurzsichtigkeit und einen bedauerlichen Mangel deutschen Solidaritätsgefühls verraten. Es ist ihnen jeder andersgläubige Deutsche entschieden vorzuziehn, soweit derselbe kein grundsätzlicher Gegner der staatlichen und kirchlichen Ordnung ist."

Der Großherzog von Baden wendet sich in einer an die Jugend gerichteten Ansprache an das ganze deutsche Volk, um es auf die Notwendigkeit der Stärkung der deutschen Macht hinzuweisen und die Deutschen an die nationalen Pflichten zu erinnern.

Der Verband deutscher Hochschulen sagt in einem Aufrufe: „Hier handelt es sich um den Kampf aller national gesinnten Elemente gegen die innern Widersacher des Deutschen Reichs, deutscher Art und deutscher Sitte."

Es bildet sich ein „Antiultramontaner Reichsverband" mit dem Zweck: „Bekämpfung des Ultramontanismus durch Verbreitung von Aufklärung über ihn und durch Stellungnahme gegen ihn bei politischen und kommunalen Wahlen."

31. Dezember. Zur Wahlbewegung richtet der Reichskanzler Fürst v. Bülow an den Vorstand des „Reichsverbandes gegen die

Sozialdemokratie", den Generalleutnant v. Liebert, ein Schreiben als „aufklärende Kundgebung vor der Reichstagswahl". Er sagt im wesentlichen:

Eine andre Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Geschäfte zu erledigen, habe es seit 1893 nicht gegeben. Staatliche Hoheitsrechte habe er dem Zentrum zuliebe nicht preisgegeben, auch in religiösen und kulturellen Fragen sich ihm nicht schwach gezeigt; die wichtigsten Aufgaben seien mit Hilfe des Zentrums gelöst worden. Den bedauerlichen Zustand der Abhängigkeit der parlamentarischen Ergebnisse vom guten Willen zu ändern habe kein Grund vorgelegen, solange das Zentrum der Versuchung nicht nachgegeben habe, seine parlamentarische Stärke zu mißbrauchen; aber nach Ablehnung von drei nötigen Forderungen sei bei ihm der Entschluß gereift, einem neuen Versuche solcher Machtproben bei wichtigen Angelegenheiten mit aller Kraft entgegenzutreten. Daneben habe die Hoffnung auf einen gewissen Wandel in den doktrinären Anschauungen der Vertreter des liberalen Bürgertums gerechtfertigt geschienen, daß eine Aenderung der parlamentarischen Lage durch das Volk selbst möglich sei. In Deutschland gebe es keine einheitliche Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit hätte, positive Politik zu machen. Erst im letzten Jahrzehnt habe sich darin manches geändert. Er glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große geeinigte liberale Partei hervorgehn und etwa den Platz des Zentrums einnehmen könnte; wohl aber könnten die Parteien der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freisinnigen Gruppen bei zielbewußtem Vorgehn im Wahlkampfe so viel Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu bilden. Die wahre Gefahr der Reaktion liege bei der Sozialdemokratie. Die Abstimmung vom 13. Dezember sei ein Schlag gegen die Regierungen und die nationale Würde gewesen. Wo die großen nationalen Gesichtspunkte mißachtet werden, höre die Freundschaft auf. Niemand wolle ein persönliches Regiment, aber die Mehrheit des Volkes wolle auch kein Parteiregiment. Leider sei es deutsche Art, die politische Stellung lieber nach Gefühlen als nach realen Interessen zu nehmen. Ohne Grund sei im Aufrufe des rheinischen Zentrums vom Lauern eines neuen Kulturkampfes die Rede, der katholischen Kirche gehe es vielmehr im paritätischen Deutschland wohler als in manchen katholischen Ländern. Obwohl nirgends mehr für die Arbeiter getan werde als in Deutschland, hielten Millionen zu der Umsturzpartei. Von solchem Drucke müsse das deutsche Volk sich freimachen.

Achter Abschnitt.
Patriotische Kundgebungen.

26. August. In Braunau am Inn (Oesterreich) wird der Gedenktag an den vor hundert Jahren auf Befehl Napoleons dort erschossenen Buchhändler Palm aus Nürnberg aufs würdigste begangen.

23. September. Auf dem Galtgarben, dem Berge, der das Samland überragt, wird ein Bismarckturm feierlich geweiht.

10. Oktober. Zur Erinnerung an den am 10. Oktober 1806 bei Saalfeld gefallnen preußischen Prinzen Louis Ferdinand findet auf dem Schlachtfelde bei Wöhlsdorf unweit Saalfeld eine patriotische Gedenkfeier statt.

14. Oktober. Im Beisein des Großherzogs von Sachsen wird in Vierzehnheiligen die Einweihung eines Grabdenkmals für die 1806 in der Schlacht bei Jena Gefallnen feierlich vollzogen. Daran schließt sich die Feier einer Denkmalsenthüllung bei Hassenhausen für die 1806 bei Auerstädt Gefallnen.

16. Oktober. Enthüllung eines Denkmals Kaiser Wilhelms I. vor dem Universitätsgebäude in Bonn.

28. Oktober. Einweihung eines Bismarckdenkmals in Bergedorf.

6. November. In Lützen findet die feierliche Grundsteinlegung der vom Konsul Eckmann in Stockholm der Stadt Lützen zu schenkenden Votivkapelle zum Gedächtnis des am 6. November 1632 dort gefallnen Königs Gustav Adolf statt. Der schwedische Gesandte in Berlin weist in einer Rede hin auf die Gemeinsamkeit des deutschen und des schwedischen Volks in Abstammung, Kultur und Lebenszielen wie auf die in der Erinnerung wurzelnde Eintracht beider Nationen.

Neunter Abschnitt.
Katholische Kirche.

15. August. Der am 26. April neugewählte Bischof Bertram von Hildesheim wird feierlich eingeführt.

19. August. Der Erzbischof v. Stablewski von Posen und Gnesen erhält ein Schreiben des Papstes, der ihm Glückwünsche ausspricht wegen seines „ausgezeichneten Eifers“ (S. 66), mit dem er „so musterhaft“ seine Diözese leite. Weiter sagt der Papst:

Gott möge Deine Arbeiten im reichsten Maße segnen und Dir die Gnade verleihen, Standhaftigkeit im Glauben und Heiligkeit die Sitten unter Deinen Schäflein immer mehr zu fördern. Wir sind uns dessen wohl bewußt, daß Du in der Ausübung Deines bischöflichen Amts, wie es ja der Welt Lauf ist,

von Schwierigkeiten umringt wirst. Möge aber dessenungeachtet Dein Eifer hierdurch keine Einbuße erleiden, indem Du Dir beständig vor Augen hältst jenes Wort des Apostels: „Alles vermag ich in dem, der mich stark macht."

27. August. Konferenz der preußischen Bischöfe in Fulda.

7. September. Der König verleiht dem Kardinal-Fürstbischof Kopp in Breslau den Schwarzen Adlerorden.

27. September. Der König sendet dem Bischofe Thiel von Ermland in Frauenburg seinen „wärmsten Glückwunsch" zum achtzigsten Geburtstage.

2. Oktober. Bei der Einweihung der St. Michaeliskirche in Köln sagt der Erzbischof Fischer:

Auch unser Kaiser und König steht mit unsrer Kirche in engster Beziehung, wenn auch nicht direkt. Die Kirche ist nicht nur ein Haus des Gebets und des Segens, sondern auch ein Bollwerk zur Wahrung der sittlichen Güter, zum Schutze des Vaterlandes und der bürgerlichen Tugenden. In diesem Sinne steht unser erhabner Kaiser und König ebenfalls in Beziehung zu unsrer Kirche. Und wenn ich eben gesagt habe, daß unsre Kirche ein Bollwerk ist gegen die, die unsre sittliche Ordnung untergraben wollen, so freut es mich, aussprechen zu können, daß die Staatsregierung es versteht, uns immer entgegenzukommen, wenn es gilt, neue Kirchen zu bauen, besonders in den bedrohten industriellen Gegenden. Und das unter einem Kaiser, der durchdrungen ist von der hohen Bedeutung der Religion für Staat und Gemeinde, der ein warmes Herz hat für alle Untertanen, namentlich für die unsers katholischen Bekenntnisses. Ihm schlagen alle unsre Herzen entgegen.

24. November. Plötzlicher Tod des Erzbischofs von Posen und Gnesen, des Dr. Florian v. Stablewski, der diese Stelle 1891 eingenommen hatte. — Die „Germania" sagt in einem Nachrufe:

Darüber wird man, hüben wie drüben, sich keiner Täuschung hingeben dürfen, daß der Tod Stablewskis nach beiden Seiten hin einen schweren Verlust für Kirche und Vaterland darstellt. In den Stürmen der Zeit, wie der Hakatismus sie leider hat heraufbeschwören können, bot seine Person einen beruhigenden Einfluß und bedeutete seine Hand eine Mäßigung. Seine Feder ist nun erlahmt, sein Herz hat zu schlagen aufgehört. Möge ein andrer gleichen Sinnes und gleichen Herzens wie Erzbischof von Stablewski sein Nachfolger werden. Wir haben den aufrichtigen Wunsch, aber leider sehen wir heute noch keine Aussicht auf seine Erfüllung. Und dennoch: das muß sein! Andernfalls sehen wir weitere Stürme kommen, die für Kirche und Vaterland gleich gefährlich werden.

Dagegen sagt die „Kölnische Zeitung": Bei der Ernennung des Nachfolgers müsse darauf gehalten werden, daß in der preußischen Provinz Posen kein Platz für einen Erzbischof polnischen Namens und polnischer Nationalität sei, und daß die preußische Regierung nie wieder und unter keinen Umständen die Einwilligung dazu geben darf, daß ein Pole vom Stuhle des heiligen Adalbert Besitz ergreift. Wir vertrauen, daß die preußische Regierung, durch die Erfahrung gewitzigt, in diesem Punkte unerbittlich sein wird.

Zehnter Abschnitt.
Veränderungen im höhern Beamtentum.

Im Juli. An Stelle des Admirals v. Senden-Bibran übernimmt der Konteradmiral v. Müller die Leitung des Marinekabinetts.

Im August. Der Geheime Oberregierungsrat Dr. Kaufmann wird zum Präsidenten des Reichsversicherungsamts ernannt.

Im September. Prinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg wird auf seinen Antrag von der Stellung als stellvertretender Direktor des Kolonialamts des Auswärtigen Amts entbunden. An seine Stelle wird der Direktor der Bank für Handel und Industrie, Dernburg, ernannt, auch für den Fall der Behinderung des Reichskanzlers mit dessen Vertretung in den Kommandoangelegenheiten der Schutztruppen in den afrikanischen Schutzgebieten beauftragt. — v. Koester, Großadmiral, Generalinspekteur der Marine und Chef der aktiven Schlachtflotte, wird dieser Stellung enthoben; Heinrich, Prinz von Preußen, Admiral, Chef der Marinestation der Ostsee, wird zum Chef der aktiven Schlachtflotte ernannt. — Herzog Albrecht von Württemberg, General der Kavallerie und Kommandeur der 25. Division, wird zur Verwendung als kommandierender General des elften Armeekorps (Kassel) nach Preußen kommandiert. — Zum Präsidenten des Reichsmilitärgerichts wird, an General v. Massows Stelle, der bisherige kommandierende General des elften Korps, v. Linde, ernannt.

11. November. Der Minister für Landwirtschaft, v. Podbielski, wird auf sein Gesuch von diesem seit dem 6. Mai 1901 von ihm bekleideten Amt entbunden, nachdem er seit dem 1. Juli 1897 als Generalleutnant die Stelle des Staatssekretärs des Reichspostamts bekleidet hatte. Das Ministerium für Landwirtschaft wird vorläufig dem Minister des Innern, v. Bethmann-Hollweg, übertragen. Ersterm spricht der König seinen Dank aus „für die ausgezeichneten Dienste", die er ihm und dem Vaterlande geleistet, und die Art und Weise, wie er während seiner Amtsführung die Interessen der ihm besonders am Herzen liegenden heimischen Landwirtschaft wahrgenommen habe.

26. November. Der Ritterschaftsrat B. von Arnim, Besitzer des Ritterguts Kriewen bei Schwedt a. O., Mitglied des Herrenhauses, des Landesökonomiekollegs und des Landeseisenbahnrats, wird zum Minister für Landwirtschaft ernannt.

Elfter Abschnitt.

Totenliste.

3. Juli. O. Gaebel, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, seit 1897 Präsident des Reichsversicherungsamts, stirbt in Berlin.

13. Juli. K. Sattler, Geh. Regierungsrat, seit 1896 zweiter Direktor der Staatsarchive in Berlin, nationalliberaler Abgeordneter seit 1885 für Hannover im Abgeordnetenhause, im Reichstag seit 1884 für Melle-Diepholz, seit 1888 für Stade-Blumenthal, stirbt in Lankwitz bei Berlin.

25. Juli. Der Freiherr Herm. v. d. Goltz, Wirkl. Geh. Oberkonsistorialrat, seit 1892 Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats, früher Gesandtschaftsprediger, dann Professor in Basel und Bonn, seit 1876 Propst an der Berliner Petrikirche, stirbt in Berlin.

24. August. Der frühere konservative Reichs- und Landtagsabgeordnete v. Puttkamer-Plauth, 1881 bis 1884, 1887 bis 1890, 1893 bis 1902 Vertreter für Elbing-Marienburg im Reichstage, von 1885 bis 1902 im Abgeordnetenhause, stirbt in Groß-Plauth bei Freystadt in Westpreußen.

29. August. In Wildungen stirbt der preußische Abgeordnete Mooren, Vertreter des Wahlkreises Bergheim-Euskirchen seit 1879.

25. Oktober. Tod des Landesökonomierats Ring, der von 1893 bis 1903 den Kreis Teltow usw. im Abgeordnetenhause vertrat.

2. November. Dr. E. v. Eynern, Mitglied der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses für Remscheid-Lennep-Solingen seit 25 Jahren, stirbt, 69 Jahre alt, in Barmen.

10. November. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Lengerke, früher langjähriger Präsident des lippeschen Landtags, stirbt, 82 Jahre alt, auf dem Gute Steinbeck bei Salzuflen.

26. November. Tod des fünfundsechzigjährigen Erzbischofs v. Stablewski von Posen und Gnesen.

1. Dezember. Tod des frühern Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Nasse.

Bayern.

I.

Landtag.

1.

Militäretat.

10. Januar. Bei der allgemeinen Besprechung des Militäretats in der Abgeordnetenkammer des am 28. September 1905 eröffneten Landtags werden die Mißhandlungen der Soldaten durch Unteroffiziere zur Sprache gebracht, und wird Besserung durch Aufbesserung der Bezüge geraten. Der neue Kriegsminister v. Horn stellt dies in Aussicht und gibt Antwort auf mehrere sonstige Rügen. Das Militärverbot für die Wirtschaften, in denen die Sozialdemokraten verkehren, rechtfertige sich mit der Pflicht der Militärverwaltung, wenigstens die aktive Mannschaft von der Beeinflussung durch sozialistische Ideen fernzuhalten. Es sei das wohl begreiflich, wenn man sich einen Teil der Ausführungen auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Jena vor Augen halte, wo direkt ausgesprochen sei, daß den jungen Leuten schon vor ihrer Einstellung in die Armee der Abscheu vor dem Militär beigebracht werden müsse. Der Sozialist **Rollwagen** ruft durch Ausfälle gegen den Patriotismus und die Armee, unter anderm auch durch den Ausruf: „Unser Vaterland ist da, wo es uns gut geht!" den Widerspruch der andern Parteien hervor. **Nißler** stellt fest, daß gerade die streng und rücksichtslos gegen die Mannschaften vorgehenden Unteroffiziere, wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren, sich der Sozialdemokratie anschließen. Den Sozialdemokraten wirft er vor, daß sie während des chinesischen Kriegs für die Boxer, während des Kriegs in Südwestafrika für die Herero Partei genommen haben.

12. Januar. **Geiger**: Das Untergraben der Vaterlandsliebe gehöre zum Programm der Sozialdemokratie. Gegen die Abordnung bayrischer Truppen nach Preußen, um die Divisionsmanöver mitzumachen, sprächen staatsrechtliche Bedenken. Das bayrische Heer unterstehe im Frieden ausschließlich dem Könige von Bayern.

15. Januar. Der **Kriegsminister v. Horn** antwortet auf letztern Punkt:

Nach Paragraph 1 des Gesetzes ernennt der König von Bayern den Präsidenten, die Räte und den Militäranwalt. Diese Bestimmung wurde genau eingehalten, sämtliche Ernennungen sind ohne vorherige Zustimmung des Kaisers erfolgt. Mein Vorgänger im Amte hat sich geirrt,

als er sagte, der Militäranwalt werde vom Kaiser ernannt. Der tatsächliche Vorgang ist, daß etwa drei Monate vor jener Aeußerung ein Wechsel in der Person des Militäranwalts eingetreten ist. Wir haben das dem Obermilitäranwalt aus Höflichkeit mitgeteilt. Ferner erklärt der Kriegsminister gegenüber einer andern Anfrage, ob der Erlaß seines Vorgängers im Amte über den Verkehr mit den Abgeordneten noch giltig sei, er könne diesen Erlaß nicht aufrecht erhalten. Auf geltend gemachte Bedenken gegen die Verwendung bayrischer Truppen bei preußischen Manövern erwidert der Kriegsminister: Wenn ein bayrischer Truppenteil im Manöver unter einen preußischen Kommandeur gestellt werde, so handle es sich nicht um eine Unterstellung unter die Militärhoheit des Königs von Preußen. Die Militärhoheit umfasse ganz neue Dinge. Seit langer Zeit fänden derartige für die kriegsmäßige Ausbildung unentbehrliche gemeinsame Uebungen statt. Bayern schicke jährlich viele Artillerieoffiziere auf die größern preußischen Schießplätze, weil derartige Einrichtungen in Bayern fehlen. Gemeinsame Manöver seien unbedingt nötig.

2.

Etat des Auswärtigen.

13. Februar. Die Abgeordnetenkammer beginnt die Beratung des Etats des Aeußern. **Geiger** kommt auf die Ausführungen zurück, die bei der allgemeinen Budgetdebatte am 24. Oktober 1905 Ministerpräsident v. Podewils über die Frage machte, wie weit sich die auswärtige Politik zur Besprechung in den Einzellandtagen eigne.

14. Februar. Infolge dieser Anregung sagt der Ministerpräsident **v. Podewils**: Ich habe damals nicht gesagt, daß hier über auswärtige Reichspolitik nicht gesprochen werden dürfe. Die Regierung will die Zuständigkeit des Landtags nicht engherzig beschränken. Ebensowenig will sie sich in Fragen der auswärtigen Politik ihres verfassungsmäßigen Einflusses begeben. Wir fühlen uns zu sehr als Glieder des Reiches und empfinden alles, was das Reich anbetrifft, als unser eigenstes Interesse. Ueber die Fragen der auswärtigen Politik geht uns von Berlin immer ein reiches diplomatisches Material zu, und jedem Ersuchen um Ergänzung dieses Materials wird immer entsprochen. Der Bundesratausschuß für auswärtige Angelegenheiten tritt selten zusammen, weil dafür Ersatz durch die Uebermittlung der diplomatischen Akten geschaffen ist, aber in besondern Fällen und bei außerordentlichen Fragen hat jener Ausschuß sich als sehr wertvolle Einrichtung erwiesen. Ich halte daran fest, daß die auswärtige Politik kein geeignetes Thema für die Behandlung im Landtag ist, und daß das geeignete Forum der Reichstag bleibt. Nur dort steht der Volksvertretung derjenige gegenüber, der die Verantwortung für die auswärtige Politik trägt, der

dieſe Politik verteidigen kann und allein zu beurteilen vermag, wieweit in jedem Moment Aufſchlüſſe gegeben werden können. Das vermag der Miniſter eines Einzelſtaates nicht, und wenn deshalb aus den Einzellandtagen die Kritik unwiderſprochen hinausgeht, entſteht leicht ein falſches Bild, das unter andern Umſtänden unſre auswärtige Politik ſchädigt. — v. Vollmar führt aus: Das Recht des Landtags, über die auswärtige Politik zu ſprechen, müſſe noch vertieft werden. Er bekämpft die Anſichten des Miniſterpräſidenten über die perſönliche Stellung des Kaiſers, über den Einfluß des Bundesrats und über den diplomatiſchen Ausſchuß des Bundesrats, dem durch die Verfaſſung zweifellos ein gewiſſer Einfluß auf die auswärtige Politik zugedacht worden ſei.

3.

Verkehrsangelegenheiten.

31. Januar. In der Kammer der Reichsräte gibt bei Beratung des Etats der Mainkettenſchiffahrt Prinz Ludwig die Erklärung ab, daß er ein grundſätzlicher Gegner jeglicher Schiffahrtsabgaben ſei, auch auf künſtlichen Waſſerſtraßen. Wenn Deutſchland auf ſeinen Flüſſen Abgaben erhebe, ſo würden ſolche bald auch auf außerdeutſchen Flüſſen zur Einführung kommen, und dadurch wieder Zuſtände herbeigeführt werden, die erſt im vorigen Jahrhundert beſeitigt worden ſeien. — Miniſter v. Frauendorfer bemerkt hierauf, die ganze Mainkanaliſationsfrage werde wohl nur gelöſt werden können, wenn Bayern ſich mit der Einführung von Schiffahrtsabgaben befreunden werde. Wie die Verhältniſſe liegen, werde man nicht damit rechnen dürfen, daß der preußiſche Landtag die Mittel zur Fortführung der Mainkanaliſierung bis Aſchaffenburg, ſoweit ſie Preußen betreffen, bewilligen wird, bevor nicht der Vollzug des preußiſchen Geſetzes vom 1. April 1905, wonach die preußiſche Regierung verpflichtet ſei, auf die Einführung der Abgaben auf den im Intereſſe der Schiffahrt regulierten Flüſſen hinzuwirken, ſichergeſtellt ſei.

20. Juli. Von der Abgeordnetenkammer wird der am 21. April mit Preußen geſchloſſene, am 30. Mai vom preußiſchen Abgeordnetenhauſe genehmigte Vertrag wegen Fortſetzung der Mainkanaliſation genehmigt.

3. Auguſt. Beratung des Eiſenbahnetats in der Abgeordnetenkammer. Der Verkehrsminiſter v. Frauendorfer weiſt die Behauptung, daß zwiſchen Bayern und Württemberg in Eiſenbahnfragen

unfreundliche Beziehungen herrschten, zurück. Eisenbahngemeinschaften abzuschließen sei Bayern bereit, wenn sie Vorteil brächten, aber nicht auf Kosten der Selbständigkeit Bayerns. Die gemachte Bemerkung, Preußen sei ein sozialpolitisches Kamerun, bedaure er aufs tiefste; Bayern habe in Berlin das größte Entgegenkommen gefunden, besonders bei der Frage der Mainkanalisation. Zu einer Eisenbahngemeinschaft mit Bayern habe Preußen kaum ein Bedürfnis; Bayern würde durchaus nicht gleiche Vorteile erzielen wie Hessen, auch könne die bayrische Regierung sich nicht zu einer solchen Entäußerung ihrer Selbständigkeit entschließen.

27. Mai. Die Kammer der Reichsräte genehmigt eine Forderung, betreffend Grunderwerb zur Einrichtung eines Umschlagshafens in Aschaffenburg. Prinz Ludwig von Bayern führt aus, er teile nicht die Befürchtungen, daß die Landwirte von der Mainkanalisierung Nachteile haben würden.

4.

Finanzielle Angelegenheiten.

12. Februar. Die Abgeordnetenkammer genehmigt einen Antrag von Speck, die Regierung dringend zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei Neufestsetzung der Uebergangsabgabe für das in die norddeutsche Brausteuergemeinschaft eingehende Bier die Bestimmung des Artikels 33 Absatz 2 der Verfassung des Deutschen Reichs eingehalten werde.

6. März. In der Abgeordnetenkammer erklärt Finanzminister v. Pfaff, daß die Staatsregierung den Antrag auf Einführung einer Staatslotterie ablehne, weil diese nicht zweckmäßig sei. Bayern habe auch, ohne einen Finger zu rühren, sehr erheblichen Vorteil von der preußischen Staatslotterie, indem es am Reichsetat mit jährlich vier Millionen Einnahmen aus Lotterien teilnehme.

5.

Wahlgesetz.

12. Januar. Der am 30. November 1905 auf Antrag der Zentrumspartei von der Abgeordnetenkammer angenommne Entwurf eines die direkte Wahl einführenden Wahlgesetzes (Bd. 2 v. 1905, S. 161) wird vom ersten und dritten Ausschuß der Kammer

der Reichsräte beraten. Hier spricht sich Prinz Ludwig von Bayern also aus:

Man dürfe sich glücklich schätzen, daß für den deutschen Reichstag ein Wahlsystem bestehe, mit dem der größte Teil der Bevölkerung zufrieden sei. Man solle nur das Ausland ansehen und insbesondre diejenigen Staaten, in denen verkünstelte Wahlsysteme beständen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprechen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehn dürften, möchte er bezweifeln. Es sei leicht möglich, daß dieselben durch radikale Systeme ersetzt würden. Die Wahlen geben in der Regel ein getreues Bild von der Gesinnung der gesamten Bevölkerung, wenn sie ein gleiches, allgemeines, direktes und geheimes Wahlrecht besitze. In Bayern besteht es eigentlich jetzt schon. Das direkte Wahlrecht und die gesetzliche Wahlkreiseinteilung solle das neue Wahlgesetz bringen. Das Land habe bei den letzten Wahlen seine Ansicht darüber deutlich geäußert.

13. März. Die Kammer der Reichsräte nimmt dieses Wahlgesetz in dritter Beratung einstimmig an.

6.

Frage einer Nachsession.

31. Juli. In der Kammer der Reichsräte richtet Prinz Georg von Bayern die Frage an die Regierung, ob sie in der Tat gesonnen sei, den Landtag zu einer Nachsession einzuberufen. Minister Graf Feilitzsch wiederholt die in der Kammer abgegebne Erklärung, daß die Regierung aus rein sachlichen Gründen, ohne einer Partei nachzugeben, den Landtag zu einer ganz beschränkten Nachsession für die Erledigung des Wassergesetzes einberufen wolle. Prinz Georg erklärt sodann, die Haltung der Regierung in dieser Frage sei zu mißbilligen. Mit der Gewährung einer Nachsession schaffe die Regierung einen bedenklichen Präzedenzfall und eine Prämie für den schleppenden Gang der Landtagsverhandlungen. Das schrittweise Zurückweichen der Regierung sei ein Zeichen der Schwäche. Minister Graf Feilitzsch betont im Namen des Gesamtministeriums, daß er sich einer Inkonsequenz nicht schuldig fühle, und daß er eine Mißbilligung nicht für berechtigt halte.

18. August. Schluß des Landtags.

II.

Rede des Prinzen Ludwig von Bayern.

15. Juli. Bei dem aus Anlaß des „Deutschen Bundesschießens“ in München stattfindenden Festmahle hält Prinz Ludwig von Bayern eine politische Rede:

Seit vierzig Jahren ist Oesterreich nicht mehr im engern Verbande mit dem übrigen Deutschland. Gott sei Dank besteht aber ein inniges Freundschaftsverhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und der benachbarten österreichisch-ungarischen Monarchie. Und das erstemal, als es diese Freundschaft im Ernstfalle zu erproben galt, das war bei der Konferenz von Algeciras, da ist Oesterreich-Ungarn treu an der Seite des Deutschen Reichs gestanden, und kein geringerer als der Deutsche Kaiser selbst hat es anerkannt. Sie wissen, daß Sie in unsrer Nachbarmonarchie ja viel schwere Kämpfe mit andern Nationen zu bestehn haben. Da rufe ich Ihnen zu: „Bleiben Sie einig, vergessen sie die Differenzen und Parteiunterschiede in Ihrer eignen Nation. Solche wird es ja immer geben, aber seien Sie einig, und bleiben Sie vor allem österreichisch. Nehmen Sie sich das Beispiel der deutschen Schweizer zum Muster. Die sind seit dreieinhalb Jahrhunderten von dem alten Deutschen Reiche getrennt. Sie haben ihr Deutschtum bewahrt; aber sie haben verstanden, mit den andersprachigen Völkern, die in der Eidgenossenschaft vereinigt sind, in Frieden zu leben, mit französisch, italienisch und romanisch Redenden, und fühlten sich alle untereinander als Schweizer. So wünsche ich, daß das die Deutschösterreicher auch machen. Wenn man die deutsche Geschichte kennt, so fallen einem unwillkürlich die Worte ein, die in der Befreiungshalle bei Kelheim angeschrieben stehn, die König Ludwig I. fünfzig Jahre nach der Schlacht von Leipzig eröffnet hat; sie heißen: „Mögen die Deutschen nie vergessen, was die Befreiungskriege notwendig gemacht hat, und wodurch sie gesiegt haben.“ Notwendig gemacht hat sie die Uneinigkeit der deutschen Fürsten, und ich möchte eines dazusetzen, nicht am wenigsten das Streben der jeweiligen Kaiser, gleichviel welchem Hause sie angehört haben, ihre Hausmacht zu ihren Gunsten und zum Nachteil ihrer Mitfürsten zu stärken. Die Folge davon war mehr oder weniger die Anlehnung an das Ausland und die weitere Folge die Schwächung, die Zerreißung des Reiches, bis endlich vor hundert Jahren es verschwand. Gott sei Dank sind wir im neuen Deutschen Reiche in dieser Richtung in viel bessern Verhältnissen. Fürsten und Volk stehn zusammen, und die einzelnen Staaten stehn nicht gegeneinander, sondern miteinander, und es wird eine der schwersten, aber auch wichtigsten Aufgaben sein, die Interessen der einzelnen Staaten miteinander auszugleichen. Ich mache da insbesondre aufmerksam auf die nicht gleich gelegnen Verkehrsinteressen dieser Staaten.

Sachsen.

I.

Landtag.

15. Januar. In der zweiten Kammer antwortet der Finanzminister Rüger auf eine Anfrage bezüglich der etwaigen Einführung von Schiffahrtsabgaben, die Regierung sei keine Freundin von ihnen. Bei Fragen von solch hoher politischer und wirtschaftlicher Bedeutung spiele der fiskalische Gesichtspunkt keine Rolle. Ueber die

mit der preußischen Regierung gepflognen Besprechungen könne er noch keine Mitteilung machen.

23. Februar. Die erste Kammer genehmigt den am 14. Dezember 1905 dem Landtage vorgelegten Gesetzentwurf wegen Reform der ersten Kammer, wonach diese durch fünf Vertreter des Handels, der Industrie, des Gewerbestandes und einen Vertreter der technischen Hochschule zu Dresden verstärkt werden soll.

1. März. Die freie Wahlrechtsdeputation der zweiten Kammer einigt sich gegen eine Stimme dahin, daß als allgemeine Grundsätze für eine Wahlrechtsreform festzuhalten seien:

1. der Umstand, daß keinem, der nach dem geltenden Wahlrecht das Stimmrecht besitzt, dieses Recht zu entziehn sei; 2. daß den Angehörigen der dritten Wählerklasse der Zutritt zur Kammer in größerer, jedoch nicht solcher Anzahl zu ermöglichen sei, daß dadurch — angesichts des Uebergewichts der Sozialdemokratie in dieser Wählerklasse — eine gedeihliche Weiterführung der Staatsverwaltung erheblich erschwert oder gar unmöglich gemacht wird.

Unter diesen Voraussetzungen hält der Ausschuß die Einführung eines allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts mit Zusatzstimmen, bei denen mindestens das Alter, die Steuerleistung und die Bildung zu berücksichtigen sind, für das empfehlenswerteste. Für Wähler von 35 Jahren wird eine und von 45 Jahren ab werden zwei Zusatzstimmen befürwortet. Ebenso sollen je nach der Höhe der Steuerleistung bis zu zwei oder drei Zusatzstimmen gewährt werden. Bezüglich der Bildung soll nicht allein die abschließende Hochschulbildung, sondern auch die Erlangung des Einjährig-Freiwilligenzeugnisses eine höhere Wertung erfahren.

7. März. Die erste Kammer befürwortet einstimmig eine Eingabe, die wünscht, daß sämtliche Stimmen im Bundesrate für die Erhaltung der bestehenden, durch Reichsverfassung und Staatsvertrag gewährleisteten Abgabenfreiheit des Elbstromes abgegeben werden.

5. April. In der zweiten Kammer wird der Gesetzentwurf wegen Reform der ersten Kammer abgelehnt, indem für ihn nur 18 Stimmen abgegeben werden.

6. April. Schluß des Landtags durch eine Thronrede des Königs.

II.

Die königliche Familie.

18. Januar. Prinz Ludwig von Bayern ist zum Besuche beim König Friedrich August, der in seiner Begrüßung des Gastes beim Festmahle unter anderm den Wunsch äußert, daß „die schon vor längerer Zeit in

ernsten Tagen geknüpfte Waffenbrüderschaft unsrer beiden Armeen auch für die Zukunft neu gefestigt und, so Gott will, unzerreißbar hergestellt werde". — Prinz Ludwig hebt in seiner Erwiderung, auf die alten Beziehungen zwischen beiden Fürstenhäusern und Ländern übergehend, hervor, daß Sachsen und Bayern in vielen Fällen miteinander gekämpft hätten zum Wohle des Vaterlandes, und nicht am wenigsten im verflossenen Jahrhundert und in dankbare Würdigung des glorreichen Jahres 1870.

6. März. Besuch des Königs beim König von Württemberg in Stuttgart.

16. Mai. Festmahl des Königs zu Ehren des anwesenden Fürsten zur Lippe.

3. Juli. Der König Friedrich August wird in Hamburg festlich begrüßt.

29. Oktober. Prinz Johann Georg, Bruder des Königs, vermählt sich in Cannes mit der Prinzessin Maria Immaculata von Bourbon-Sizilien, Tochter des Grafen von Caserta, Bruders des verstorbnen Franz II., letzten Königs beider Sizilien.

Württemberg.

24. Januar. Die am 11. Januar zusammengetretne zweite Kammer beginnt, nach längern Kommissionsverhandlungen, die Beratung des von der Regierung am 15. Juli 1905 dem Landtage vorgelegten Entwurfs einer Verfassungsänderung und eines derselben entsprechenden Wahlgesetzes. Die Grundlinien des Entwurfs bestehn in der Beibehaltung des Zweikammersystems, in der Umwandlung der zweiten Kammer in eine ausschließlich aus Erwählten des allgemeinen Stimmrechts zusammengesetzte Volkskammer und in der zeitgemäßen Erneuerung und Verstärkung der ersten Kammer.

16. Juni. Nach längern Verhandlungen genehmigt die Abgeordnetenkammer ein neues Landtagswahlgesetz, demzufolge die neue Zusammensetzung der Ständeversammlung diese sein wird:

Die erste Kammer setzt sich zusammen: 1. Aus den Prinzen des Königlichen Hauses, deren es gegenwärtig vier sind, nämlich Herzog Philipp von Württemberg und seine drei Söhne: Herzog Albrecht, Herzog Robert und Herzog Ulrich (katholische Linie des Königshauses). 2. Aus den Häuptern der standesherrlichen Familien (einschließlich zweier erblich Ernannten), derzeit neunzehn Mitglieder. 3. Aus höchstens sechs vom König auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern. Diese Höchstzahl erhöht sich insoweit, als Landstandschaftsrechte standesherrlicher Familien auf andre Weise als durch freiwilligen Entschluß dauernd wegfallen. 4. Aus acht Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels, die von den immatrikulierten Besitzern oder Teilhabern der Rittergüter des Königreichs aus sämtlichen Mitgliedern ritterschaftlicher Familien gewählt werden. Dieser Wahlkörper umfaßt zurzeit etwa 180 Personen. 5. Aus den Vertretern der Kirchen, nämlich: a) der evangelischen Kirche: Präsident des Konsistoriums; Präsident der Evangelischen Landessynode, welch letzterer damit zum erstenmal zu einem Landstandschaftsrecht gelangt und auf diesem Wege indirekt eine verfassungsmäßige

Bestätigung gewinnt; zwei Generalsuperintendenten, die von der Gesamtheit der sechs Prälaten aus ihrer Mitte gewählt werden; b) der katholischen Kirche: Vertreter des bischöflichen Ordinariats (Landesbischof nebst Domkapitel), von dem Ordinariat gewählt, sowie ein katholischer Dekan, gewählt von seinen Amtsgenossen. 6. Aus je einem Vertreter der Landesuniversität in Tübingen und der Technischen Hochschule in Stuttgart, welch letztere damit erstmals Landstandschaftsrechte erlangt. 7. Aus zwei Vertretern des Handels und der Industrie, zwei Vertretern der Landwirtschaft und einem Vertreter des Handwerks, ernannt von der Krone auf Grund von Vorschlagswahlen. Alle diese Bestandteile zusammen ergeben eine Kammer von fünfzig Mitgliedern.

Die zweite Kammer besteht: 1. Aus je einem Abgeordneten der 63 Oberamtsbezirke. 2. Aus sechs Abgeordneten der Stadt Stuttgart und je einem Abgeordneten der sechs Städte Tübingen, Ludwigsburg, Ellwangen, Ulm, Heilbronn und Reutlingen. 3. Aus 17 Abgeordneten zweier Landeswahlkreise, von denen der eine (Neckarkreis und Jagstkreis) 9, der andre (Schwarzwaldkreis und Donaukreis) 8 Abgeordnete wählt, zusammen 92 Abgeordnete. Die sechs Abgeordneten der Stadt Stuttgart sowie die 17 Abgeordneten der zwei Landeswahlkreise werden nach dem Grundsatz der Listen- und Verhältniswahl gewählt, und zwar erfolgt die Proportionalwahl für die sechs Stuttgarter Abgeordneten am gleichen Wahltag wie die Wahl der Abgeordneten der übrigen Städte und der Oberamtsbezirke, die Proportionalwahl für die 17 Abgeordneten der zwei Landeswahlkreise dagegen, an der die Stuttgarter Wählerschaft auch wiederum teilnimmt, einige Wochen später. Zwischen hinein erfolgen die etwa notwendig werdenden zweiten Wahlgänge bei den Wahlen in den Oberamtsbezirken und Städten; dieser zweite Wahlgang ist eine völlig unbehinderte zweite Wahl, bei der auch neue Kandidaten auftreten können, aber nunmehr die relative Mehrheit entscheidet, während beim ersten Wahlgang absolute Mehrheit erfordert wird.

28. Juli. Rücktritt des Ministers v. Soden. An seine Stelle wird der bisherige Kultusminister v. Weizsäcker zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Verkehrsanstalten, der Wirkliche Staatsrat v. Fleischhauer zum Minister des Kirchen- und Schulwesens ernannt.

4. Dezember. Rücktritt des Ministerpräsidenten und Justizministers Breitling.

Baden.

I.

Landtag.

5. Februar. In der zweiten Kammer des am 15. Januar wieder zusammengetretnen Landtags wird bei der allgemeinen Beratung des Budgets der politischen Lage also gedacht:

Fehrenbach erörtert die Parteiverhältnisse des Landes, insbesondre das Wahlbündnis der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten, und fragt den

Minister des Innern, woher er die Berechtigung nehme zu den Erhebungen über das Verhalten der Geistlichen bei den Wahlen. Dazu seien doch wohl die Staatsanwälte vorhanden. Jetzt scheine die Zeit gekommen zu sein, wo ein Eintreten der Geistlichkeit für die Monarchie bestraft werde. In seiner Antwort erklärt der Staatsminister v. Dusch, daß die Regierung nach wie vor ausgleichend und versöhnend zu wirken bemüht sei. Dem Bündnis mit der Sozialdemokratie habe die Regierung vollkommen ferngestanden. Jedenfalls habe das Zentrum keinen Grund, einen Stein auf dieses Bündnis zu werfen, denn in Bayern sei doch seitens des Zentrums so ziemlich dasselbe geschehn. Schon das Verhalten vieler Geistlicher bei den letzten Reichstagswahlen hätte dazu führen können, gegen sie auf Grund des Kirchengesetzes vorzugehn. Die Regierung habe sich damals in dieser Angelegenheit an die Freiburger Kurie gewandt, ohne von ihr einer Antwort gewürdigt worden zu sein. Die sei sieben Monate später erfolgt, und zwar in der Gestalt des Wahlrundschreibens des Zentralkomitees der Zentrumspartei an die Geistlichen, in dem diese direkt aufgefordert wurden, als Agitatoren in den Wahlkampf einzutreten. Nun habe man auf Vorhalten der Regierung dieses Rundschreiben allerdings zurückgenommen, in der Tat aber sei es ganz erfüllt worden.

6. Februar. Minister Schenkel führt aus: Das Wahlbündnis hat die Regierung unterstützt, nicht eingesegnet. Man hat eben aus wahltaktischen Gründen der Regierung die Schuld in die Schuhe geschoben.

8. Februar. **Heimburger** meint, die vorgeschlagnen Reichssteuern seien für Baden unannehmbar. Das Wahlbündnis gegen das Zentrum sei notwendig gewesen und hätte auch den gewünschten Erfolg gehabt. Nicht darauf komme es an, daß der Liberalismus sich jetzt recht gemäßigt zeigt und den nationalen Standpunkt hervorkehrt, sondern er kann nur durch entschieden liberale Politik seinen Einfluß stärken und erweitern. Es ist doch keine nationale Politik, wenn man das deutsche Volk gewaltsam in zwei Teile auseinandersprengt und auf den einen Teil herabsieht und ihn gewissermaßen gebrandmarkt behandelt. Unser Bündnis mit der Sozialdemokratie sollte in andern Staaten nachgeahmt werden, dann wird man dort zur Erkenntnis kommen, daß es eine vaterländische Tat war, die zum Nutzen des Vaterlandes ausgeschlagen hat. — **Zehnter** (Zentr.): Schuld an der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze sind nicht wir. Hauptsache ist, daß man einen neuen Kulturkampf inszenieren wollte. — Minister v. Dusch fragt das Zentrum, wer denn in dieser Partei eigentlich maßgebend sei, und betont den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie. — **Wittum** führt aus, das Bündnis gegen das Zentrum sei nur für den besondern Zweck abgeschlossen. Die Begeisterung; mit der es aufgenommen, die im liberalen Lager beispiellose Disziplin, mit der es befolgt wurde, sollten dem Zentrum zu denken geben: das badische Volk habe befürchtet, daß unser seit fünfzig Jahren liberal regiertes Land in die Gewalt der Kleriker kommen könne, und habe das verhindern wollen. Daß das Zentrum der Versicherung der Liberalen, sie seien gegen Trennung des Staats von der Kirche und gegen Trennung des Religionsunterrichts von der Schule, Zweifel entgegensetze, sei gegenüber liberalen Männern eine Unanständigkeit. — **Binz** bemerkt: Durch die Politik des Zentrums ist es dahin gekommen, daß die Sozialdemokratie das Zünglein an der Wage spielt, und diese Lage wird sie ausnützen. Daran trägt das Zentrum weitaus die größte Schuld. Der Zeitpunkt, wo die bürgerlichen Parteien zusammen kämpfen gegen die revolutionäre Sozialdemokratie, wird kommen, wenn einmal das sozialdemokratische Messer den bürgerlichen Parteien gemeinsam an der Kehle steht. — Minister Schenkel erwidert auf den Vorwurf des Verbots der Straßenumzüge: Das Konstanzer Versammlungsverbot

erging, weil die Sozialdemokraten sich mit ausländischen Genossen verbunden haben, um über deutsche Regierungen loszuziehn. Es kamen die Führer der deutschen, österreichischen, italienischen und schweizerischen Sozialdemokratie zusammen, zu einer Zeit, wo die politische Lage sehr gespannt war. Wenn der Reichskanzler unter solchen Umständen an die badische Regierung sich mit der Bitte wandte, in Erwägung zu ziehn, ob die Reden der ausländischen Sozialdemokraten nicht zu untersagen seien, so hat die badische Regierung nur eine nationale Pflicht erfüllt, wenn sie dem Reichskanzler ihre Unterstützung lieh.

17. Februar. In der ersten Kammer kommt bei der allgemeinen Beratung des Budgets der Berichterstatter v. Göler auf die Reichsfinanzreform zu sprechen: „Entsetzt war ich über den fanatischen Jubel, den die Reichserbschaftssteuer hervorgerufen hat. Man glaubt, mit ihr wird ein neuer Morgen anbrechen. Es gibt nichts häßlicheres als die Erbschaftssteuer. Sie ist die häßlichste aller Steuern, weil sie ein Stück Konfiskation ist, das die Familien oft schwer trifft. Diese Steuer hat auch ein politisches Moment: unser germanisches Leben fundamentiert auf dem Vermögen und der Familie und der Verbindung zwischen beiden. Dieses Fundament wird durch die Erbschaftssteuer erschüttert. An der Steuer hat nur die Sozialdemokratie ihre Freude. Auf die Entwicklung der Finanzen hinweisend, hebt Redner hervor, daß nun die Vermögenssteuer kommen soll. Man erhofft von ihr alles mögliche und glaubt, daß der Steuerfuß herabgesetzt wird. Gegen diese Steuer bestehn manche Bedenken, und es werden, wenn sie eingeführt ist, die Schulden wie Pilze hervorschießen.

4. März. In der zweiten Kammer gibt der Finanzminister Becker eine Darlegung der Finanzlage, darin es heißt: Unsre Vorfahren hätten die außerordentlichen Ausgaben aus laufenden Mitteln bestritten, obwohl sie in viel ärmlichern Verhältnissen lebten als wir. Vermöge ihrer schweren Opfer hätten sie uns einen schuldenfreien Staat überliefert, deswegen sollten wir ebenso verfahren und nicht durch Anlehen die Schulden auf die Nachwelt schieben.

11. Juni. Die zweite Kammer beginnt die Beratung des Kultusetats. Obkircher begründet den Vorschlag der Kommission auf Streichung von 15000 Mark als Beitrag für das theologische Konvikt in Freiburg, von 20000 Mark für die Schuldentilgung des theologischen Konvikts und von 6000 Mark für Stipendien für die in Heidelberg studierenden Protestanten. Ferner begründet Obkircher eine Anfrage über die Wahlumtriebe katholischer Geistlichen. Diese Tätigkeit sei besonders bei den letzten Wahlen hervorgetreten, sie werde sogar von der Kirchenoberbehörde geduldet. Wohlwollende Mahnungen des Ministeriums an diese Behörde seien erfolglos gewesen. Festgestellt seien Mißbräuche auf der Kanzel, im Beichtstuhle und bei der Kommunion. — Minister v. Dusch antwortet mit einem Rückblick auf die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Disziplinargewalt über Geistliche seit 1860 und betont, daß das gewonnene Belastungsmaterial der Kirchenbehörde mitgeteilt sei.

12. Juni. Eichhorn begründet den Antrag auf Trennung von Kirche und Staat; diese bedeute Vertiefung der Religion und

habe die wahre Religion zur Voraussetzung. Fehrenbach antwortet, eine Trennung dieser beiden Faktoren sei für dieselben mit der größten Gefahr verbunden. Der Redner tadelt auch die Regierung wegen ihrer unentschlossenen Haltung der Klosterfrage gegenüber. — Minister v. Dusch erwidert:

Bei allem Wohlwollen der Regierung gegenüber der katholischen Kirche war es uns nicht möglich, dem Wunsche nach Zulassung der Männerklöster zu entsprechen. Zu meinem Bedauern muß ich sagen, daß, während bei den ersten Verhandlungen ein gewisses Entgegenkommen von seiten der Kurie vorlag, später, als eingehende Erörterungen über die Institution gepflogen wurden, die Kurie in einem Schreiben vom 20. Dezember 1905 einen Standpunkt eingenommen hat, der uns jedes weitere Entgegenkommen unmöglich machte. Insbesondre konnte hinsichtlich der wissenschaftlichen Vorbildung eine Einigung in keiner Weise erzielt werden. Diesbezügliche Versuche sind nach jeder Richtung gescheitert.

19. Juli. Die erste Kammer lehnt die Budgetforderung bezüglich des Heidelberger Schlosses ab und ersucht die Regierung, alles zu tun, um den Otto-Heinrichsbau in seiner jetzigen Gestalt zu erhalten. Finanzminister Becker erklärt, daß die Regierung sich den Beschlüssen des Landtags füge, aber an ihrem grundsätzlichen Standpunkte festhalten werde; er könne nur wiederholen, daß zur Erhaltung des Otto-Heinrichsbaus das Abtragen und Wiederaufbauen das beste Verfahren sei.

8. August. Schluß des Landtags, nachdem dieser den Entwurf wegen Einführung einer Vermögenssteuer angenommen hat.

II.

Großherzogliche Familie.

2. April. Geburt eines Sohnes des Prinzen Max von Baden, seit 1900 vermählt mit der Prinzessin Marie Luise, Herzogin zu Braunschweig-Lüneburg, Tochter des Herzogs von Cumberland. Hierdurch scheint die Erbfolge im Hause Zähringen gesichert, da die Ehe des Erbgroßherzogs Friedrich und der Prinzessin Hilda von Nassau kinderlos ist. Prinz Max ist der Sohn des mit der Herzogin Marie von Leuchtenberg vermählt gewesnen Prinzen Wilhelm, Bruders des Großherzogs.

9. September. Der achtzigste Geburtstag des Großherzogs Friedrich wird im ganzen Lande festlich begangen. Er richtet aus Schloß Badenweiler an das Volk einen Dankerlaß, worin er sagt:

In meiner langjährigen Wirksamkeit fand ich immer wieder von neuem, daß die richtige Beurteilung der Gegenwart von der genauen Kenntnis

der Vergangenheit abhängt, und es daher erforderlich ist, die Regierungstätigkeit der fürstlichen Vorgänger sehr genau ins Auge zu fassen, um die wahren Bedürfnisse, deren Pflege ihnen anvertraut ist, richtig zu erkennen. Da mir schon frühzeitig vergönnt war, die Pflichten des fürstlichen Berufs kennen zu lernen und mich der geschichtlichen Entwicklung des politischen Lebens zu widmen, mußte ich erkennen, daß Erfahrung das entscheidende Wort ist. Von dem Bewußtsein getragen, daß die Interessen eines Landes nur durch das Zusammenwirken aller berechtigten und verpflichteten Kräfte zum rechten Ziele geführt werden können, hoffe ich auf die Fortdauer des mir bisher erwiesnen Vertrauens.

13. September. Das großherzogliche Paar hält feierlichen Einzug in Konstanz, wo der Großherzog auf eine Ansprache antwortet, indem er der Stadt für die ein Jahrhundert lang dem Hause Baden bewahrte Treue dankt und auffordert, das im Einheitskriege Erworbne den künftigen Geschlechtern zu erhalten.

15. September. Das großherzogliche Paar hält in Verbindung mit dem schwedischen Kronprinzenpaare feierlichen Einzug in Karlsruhe.

20. September. Der Großherzog und seine Gemahlin feiern das Fest ihres goldnen Ehejubiläums, zu dem auch der König der Belgier und Prinz Heinrich von Preußen erscheinen.

23. Oktober. Der Großherzog ernennt den Oberbaudirektor Honsell zum Präsidenten des Finanzministeriums.

3. November. Prinz Karl, Bruder des Großherzogs, stirbt in Karlsruhe.

Hessen-Darmstadt.

1. März. In der zweiten Kammer erklärt der neue Minister Ewald bei Beratung des Etats, seine Berufung bedeute keinerlei Wechsel in der Politik der Regierung; vor allem werde die Regierung auch bestrebt sein, in der Frage der Wahlrechtsreform eine Verständigung herbeizuführen. An dem durch Verfassung festgesetzten Zweikammersystem müsse die Regierung festhalten.

2. März. In fortgesetzter Beratung des Etats sagt der Finanzminister Gnauth, daß die Finanzlage des Landes sich gebessert habe. Von einer Reichssteuerreform würden die Einzelstaaten nicht viel zu erwarten haben, wenn auch eine Klärung des Finanzwesens überhaupt sehr erwünscht sei.

7. März. In der zweiten Kammer behauptet Schmidt, bei der Berufung der Mitglieder der ersten Kammer wären Evangelische

und Nationalliberale bevorzugt worden. — Minister Ewald bestreitet dies.

9. März. Der Minister Braun sagt in der zweiten Kammer zur Beantwortung mehrerer Fragen, er erblicke in der Fortführung der Sozialreform eine sittliche Pflicht des heutigen Kulturstaats, einerlei, ob man Dank dafür ernte oder nicht. Die von der Regierung getroffnen Maßnahmen zur Ausführung des Kinderschutzgesetzes hätten sich bestens bewährt und seien von gutem Erfolge begleitet gewesen. Verhandlungen über Zentralisierung des Arbeitsnachweises seien eingeleitet worden.

19. Juni. Veröffentlichung eines Gesetzes über die Errichtung einer Landwirtschaftskammer.

5. November. Die nationalliberale Landespartei spricht sich scharf aus gegen das herrschende System, das den Kampf gegen die Sozialdemokratie erschwere.

7. November. Der Großherzog lehnt das Rücktrittsgesuch der Minister Ewald, Braun und Gnauth ab.

8. November. Geburt eines Thronfolgers, der auf die Namen Georg, Donatus, Wilhelm, Nikolaus, Eduard, Heinrich, Karl getauft wird.

29. November. In der zweiten Kammer verliest Minister Braun die Antwort auf eine Anfrage, betreffend die Bestätigung des sozialdemokratischen Beigeordneten Eißnert in Offenbach. Die Regierung sei sich des Gegensatzes zwischen Staat und Sozialdemokratie bewußt. Der Kampf gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen sei nur möglich auf dem Boden der bestehenden Gesetzgebung und unter Beobachtung der verfassungsmäßigen Gleichheit der Staatsangehörigen vor dem Gesetz. Für die Regierung seien bei der Bestätigung Eißnerts die Bestimmungen der Städteordnung maßgebend gewesend sowie die Tatsache, daß gegen Eißnert nur seine Parteistellung eingewandt werden konnte. Künftig werde die freie Entschließung der zuständigen Stelle nur unter der selbstverständlichen größten Rücksicht und auf Grund der Erfahrung in dem vorliegenden Fall ergehn.

11. Dezember. Die erste Kammer spricht sich gleichwohl gegen die Bestätigung des Sozialdemokraten aus.

Mecklenburg-Schwerin.

27. Februar. Der nach 35 Jahren wieder berufne Landtag des Fürstentums Ratzeburg in Schönberg berät einen Antrag, die Regierung aufzufordern, dem Landtage den Entwurf einer Verfassung vorzulegen, nach

dem die gesamte Gesetzgebung, soweit sie das Fürstentum betrifft, der Genehmigung der Landesvertretung unterliegt, daß ferner der Landtag Petitionen aus der Mitte der Bevölkerung entgegennehmen und diese zum Gegenstande der Erörterung und Beschlußfassung machen darf, daß ferner der Grundsatz anerkannt wird, daß die sämtlichen Domanialeinkünfte des Fürstentums sowohl zur Deckung der gesamten Landesverwaltung wie auch zur Deckung des fürstlichen Haushalts zu dienen haben, und daß nur beim Vermögen der Domanialeinkünfte eine weitere Besteuerung einzugreifen hat. Demzufolge soll die Zustimmung der Landesvertretung bei der Feststellung des Landeshaushalts erforderlich sein. — Diese Wünsche sollen zunächst dem Großherzoge vorgelegt werden.

S.-Weimar.

17. Januar. Tod der Großherzogin Karoline im 21. Lebensjahre. Sie war eine geborne Prinzessin von Reuß ä. L. und seit dem 30. April 1903 vermählt.

1. Februar. Der Landtag berät ein von der Regierung vorgeschlagnes neues Wahlgesetz. Redner aller Parteien, mit Ausnahme der extremen Agrarier, verlangen unbedingt das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht und bezeichnen die Vorlage als völlig unzureichend.

15. Februar. Der Landtag nimmt einen Nachtragsentwurf zum Landtagswahlgesetz an, durch den ein einfacherer Wahlmodus bei den Wahlen der Höchstbesteuerten eingeführt werden soll. Ein Antrag, die direkten Wahlen für die dreiundzwanzig Abgeordneten einzuführen, und ein Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den ganzen Landtag werden abgelehnt.

3. November. Die Landtagswahlen fallen für die bürgerlichen Parteien aus.

Oldenburg.

5. März. Der Landtag lehnt die Finanzgemeinschaft der drei Landesteile Oldenburg, Birkenfeld und Lübeck ab.

9. Juni. Der Großherzog Friedrich August hebt auf dem Festmahl bei der Eröffnung der Oldenburger Gewerbe-, Industrie- und Kunstausstellung das Aufblühen der oldenburgischen Industrie hervor und mahnt zu eifrigem Weiterstreben, insbesondre müsse das Augenmerk auf den Ausbau der Wasserstraßen gerichtet werden. Der jetzige untere Emskanal reiche für die Zwecke der Landeskultur nicht aus; der zu bauende oldenburgische Kanal könne ein großer Zubringer für den preußischen Kanal werden. Redner gedenkt sodann der erfolgreichen Tätigkeit des Kaisers zur Verabschiedung der wasserwirtschaftlichen Vorlage in Preußen.

17. Oktober. Die Wahlen zum Landtage erbringen dieselbe Mehrheit wie bisher, wobei die Sozialdemokraten unterliegen.

7. November. Eröffnung des Landtags. Die Thronrede betont, daß die Voranschläge zum erstenmal für ein Jahr aufgestellt worden sind. Die Finanzlage wird als sehr günstig bezeichnet, trotz größerer Aufwendungen. Die Steuerreform, die Neuordnung der Fürstentümer, die Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten und Volksschullehrer werden die hauptsächlichsten Aufgaben des neuen Landtags bilden.

Braunschweig.

13. September. Der Regent des Herzogtums, Prinz Albrecht von Preußen, stirbt zu Kamenz in Schlesien im siebzigsten Lebensjahre. Er hat die Regentschaft geführt, seit er auf Grund des Gesetzes vom 16. Februar 1879 von der Landesversammlung am 21. Oktober 1885 zum Regenten gewählt war. — Infolge des Todesfalls tritt in Gemäßheit des Paragraphen 2 des Regentschaftsgesetzes vom 20. Februar 1879, zur provisorischen Führung der Regierung, ein Regentschaftsrat zusammen, der aus den stimmführenden Mitgliedern des Staatsministeriums, dem Präsidenten der Landesversammlung und dem Präsidenten des Oberlandesgerichts besteht. Der Regentschaftsrat macht dies alsbald bekannt. Zugleich wird ein Aufruf der sogenannten Welfenpartei veröffentlicht, der unterzeichnet ist vom Vorstande der Braunschweigischen Landesrechtspartei (Grafen von der Schulenburg-Hehlen und H. Dedekind) und namens des Vorstandes der Braunschweigisch-Welfischen Partei von Richard Sollmann und Ludwig Kotté. — In dem Aufrufe heißt es:

Unerschütterlich halten wir daran fest, daß unser Herzog alle von ihm zu verlangenden Bedingungen zur Besteigung des Braunschweiger Thrones erfüllt hat. Er ist der nächste Agnat unsers hochseligen Herzogs Wilhelm. Ihn endlich in unsrer Mitte zu sehen, muß also unser ernstestes Bestreben sein. Wenn je, so muß es im Augenblick der gegenwärtigen Regentschaftserledigung als oberste Pflicht der maßgebenden Instanzen im Herzogtum wie im Reiche ausgesprochen werden, auf eine sofortige Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 hinzuwirken. Bis zu diesem hoffentlich nicht mehr fernen Zeitpunkt ist aber der zunächst stehende volljährige Agnat zur Regentschaft zu berufen, und dies ist zweifellos Prinz Georg Wilhelm, der älteste Sohn des Herzogs von Cumberland. Würde aber das Unrecht so weit getrieben werden, daß auch dem Prinzen Georg Wilhelm der Zutritt zur Regentschaft verwehrt würde, dann würde doch in der Person seines jüngern Bruders, des Prinzen Ernst August, ein berechtigter Agnat vorhanden sein, dem nach Verfassungs- und Regentschaftsgesetz auch nicht mit dem geringsten Schein einer Berechtigung eine Regentschaft des Herzogtums vorenthalten bleiben dürfte. Eine andre Regelung der Thronfolgefrage hält die welfische Partei für verfassungswidrig und würde sie auf jede Weise bekämpfen.

21. September. Der außerordentliche Landtag, der sich mit der Regentschaftsfrage zu befassen hat, wird durch eine vom Präsidenten des Regentschaftsrats, Staatsminister v. Otto, verlesne Rede eröffnet, in der zunächst dem Schmerz und der tiefen Trauer um den heimgegangnen Regenten, den Prinzen Albrecht von Preußen, und dem Dank des Landes für seine einundzwanzig Jahre mit nie ermüdendem Pflichtgefühl geführte Regierung Ausdruck gegeben wird. Treu zu Kaiser und Reich haltend, habe er, auf dem nie verlassenen Grunde der Verfassung stehend, die Förderung der Wohlfahrt des Landes in echt braunschweigischem Sinne sich immer angelegen sein lassen. — Dann heißt es weiter: Das Herzogtum ist, durch das tief beklagte Ableben seines Regenten, ohne daß in der Sache und Rechtslage, der das Bestehn der Regentschaft entsprang, eine Aenderung eingetreten wäre, wiederum verwaist. Nach dem Verfassungsgesetze hat das Staatsministerium zunächst die Mitglieder des Regentschaftsrats berufen, die sich einstimmig für dessen Konstituierung erklärt haben. Dem Gesetze gemäß ist die Konstituierung des Regentschaftsrats und die Uebernahme der provisorischen Regierung seitens desselben am 13. d. M. bekannt gegeben. Die Landesversammlung ist nach Paragraph 3 jenes Gesetzes behufs verfassungsmäßiger Mitwirkung bezüglich der durch die obwaltenden Umstände und weiter gebotnen Schritte einberufen worden.

25. September. Der Landtag beschließt folgende Erklärung:

Die Landesversammlung vermag sich der Ansicht nicht zu verschließen, daß eine längere ungewisse Fortdauer des im Gesetze vom 16. Februar 1879 vorgesehenen Provisoriums dem innern Frieden und damit der Wohlfahrt des Herzogtums nicht förderlich sein würde. Die Landesversammlung hält sich bei Abgabe dieser Erklärung des Einverständnisses der Einwohnerschaft des Landes für versichert, die durchweg von dem lebhaften Wunsche beseelt ist, baldigst eine endgiltige Ordnung der Regierungsverhältnisse herbeigeführt zu sehen. Die Erreichung dieses Zieles haben bisher die Gegensätze verhindert, die zwischen der Krone Preußens und dem derzeitigen Haupte der jüngern Linie des braunschweigischen Herzogshauses, deren Rechte in bezug auf den braunschweigischen Thron durch die neue Landschaftsordnung gewährleistet werden, bestehn und im Beschlusse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 zum Ausdruck gebracht sind. Es liegt der Landesversammlung fern, zu diesen Gegensätzen nach der einen oder andern Richtung hin Stellung zu nehmen; daß sie verschwinden, liegt jedoch ohne Frage im Interesse des Herzogtums, und die Landesversammlung hält daher für geboten und den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, daß nicht sofort zur Wahl eines neuen Regenten ge-

schritten, vielmehr zunächst an zuständiger Stelle der Versuch gemacht werde, auf eine Beseitigung der vorgedachten Gegensätze hinzuwirken. Die Landesversammlung richtet an den hohen Regentschaftsrat den Antrag: Den Reichskanzler als Vorsitzenden des Bundesrats zu ersuchen, die zur Beseitigung der bezeichneten Gegensätze geeigneten Schritte zu tun und zugleich diese Resolution zur Kenntnis der Königlich preußischen Staatsregierung und des Herzogs von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg zu zu bringen.

Es trifft beim Landtage ein Schreiben des Reichskanzlers ein, wonach der Kaiser von der Konstituierung des Regentschaftsrats Kenntnis genommen und befohlen habe, die Ordnung der Verhältnisse des Herzogtums während des Provisoriums einzuleiten.

Das braunschweigische Staatsministerium unterbreitet, nach Anordnung des Regentschaftsrats, dem Herzoge von Cumberland die obige Erklärung des Landtags und richtet an den Reichskanzler ein Schreiben, in dem es unter gleichfallsiger Mitteilung der Erklärung des Landtags sagt:

Wir können nicht umhin, auch unsrerseits anzuerkennen, daß die provisorische Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum schon jetzt nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die öffentlichen politischen Verhältnisse des Landes, namentlich auf die Parteibildungen in demselben gewesen sind. Wir können ferner die Befürchtung nicht abweisen, daß jeder nachteilige Einfluß zum Schaden des Landes und insbesondre auch einer neuen Regentschaft sich verschärfen und erweitern würde, wenn jetzt ohne weiteres der Regentschaftsrat und die Landesversammlung die Wahl eines neuen Regenten bewirkten, ohne zuvor alles, was ihnen nach der Landesverfassung und der Stellung des Herzogtums in und zum Reiche möglich, getan zu haben, um zu bewirken, daß auf dem Wege, den die Resolution, wie oben ausgeführt, im Auge hat, an die Stelle des Provisoriums ein Definitivum, das heißt die Uebernahme der Regierung seitens des zur Thronfolge im Herzogtum nach der in der Landesverfassung beurkundeten Thronfolgeordnung berufnen Agnaten gesetzt werde. In dem Augenblick jedoch, wo das Herzogtum vor der Neuwahl eines Regenten steht, die der Verlängerung des Provisoriums auf vermutlich lange Zeit gleichkommen würde, mußte dem Herzogtum daran liegen, demnächst an zuständiger Stelle des Reichs eine Erklärung darüber zu erhalten, ob in der Tat die Tatsachen, die in dem Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 bekundet wurden, auch im gegenwärtigen Augenblicke fortbestehn. Wird diese Frage bejaht, so knüpft sich daran für das Herzogtum die in der Resolution zum Ausdruck gebrachte weitere und wichtigste Frage, ob angesichts der schwerwiegendsten Interessen des Herzogtums, um die es sich handelt, eine Beseitigung jener Tatsachen nicht möglich sei.

Eure Durchlaucht bitten wir zunächst ganz ergebenst um eine Mitteilung darüber, ob die Tatsachen, auf die sich der Bundesratsbeschluß stützt, noch jetzt unverändert fortbestehn. Wenn dies der Fall, so erlauben wir uns ferner, der Lage des Herzogtums Rechnung tragend zu Eurer Durchlaucht geneigten Erwägung zu stellen, ob sich den Organen des Reichs Mittel und Wege bieten würden, auf die Ausgleichung der Gegensätze, die

zwischen der Krone Preußens und dem Herzoge von Cumberland bestehn, hinzuwirken.

Weiter wird in dem Schreiben gesagt, der Bundesrat werde ohnehin schon indirekt Anlaß zur Stellungnahme bekommen, wenn es sich um die demnächstige Prüfung der Legitimationen der braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten handelt. Da ferner die Behinderung des Herzogs von Cumberland in dessen Verhältnis zum Bundesstaat Preußen ihren Grund habe, mithin die Entschließungen der preußischen Staatsregierung in Betracht kämen, so habe das Ministerium die Resolution mit Abschrift dieses Schreibens auch dem preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit einem Begleitschreiben übermittelt.

3. Oktober. In der Antwort auf die obige ihm mitgeteilte Erklärung des Landtags erwidert der Reichskanzler aus Homburg v. d. H., daß er den Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885, durch den die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig für nicht vereinbar erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, für sich so lange als maßgebend behandeln müsse, als derselbe nicht durch einen neuen Beschluß des Bundesrats aufgehoben oder abgeändert worden ist. „Einen solchen aufhebenden oder abändernden Beschluß herbeizuführen, sehe ich mich nicht in der Lage. Demgemäß habe ich die Möglichkeit einer Uebernahme der Regierung von Braunschweig durch den Herzog von Cumberland unter der obwaltenden Sachlage außer Betracht zu lassen." Es ergebe sich aus dem Vorstehenden, daß er eine weitere Antwort auf die von dem Staatsministerium an ihn gestellten Fragen, die die Möglichkeit einer Regierung des Herzogs von Cumberland zur Voraussetzung haben, zurzeit nicht zu geben vermöge.

Auf das vom Staatsministerium an das preußische Ministerium des Aeußern gerichtete Schreiben vom 25. September wird mitgeteilt, „daß die in dem Bundesratsbeschlusse vom 2. Juli 1885 aufgeführten Gründe, aus denen damals die Regierung des Herzogs von Cumberland für nicht vereinbar erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, nach der Ueberzeugung der königlichen Staatsregierung noch heute Geltung haben. In dem durch den frühern Beschluß gekennzeichneten Verhältnis des Herzogs zu Preußen ist eine entscheidende Aenderung nicht eingetreten. Auch bestehn noch immer, und zwar unter mindestens stillschweigender Duldung des Herzogs, welfische Bestrebungen, die sich in ihrem Endziel auf die preußische Provinz Hannover erstrecken. Es kann Preußen nicht zugemutet werden, daß es in dem benachbarten Bundesstaat eine

welfische Regierung dulde, durch die der preußische, unter dem Schutze der Reichsverfassung stehende Besitzstand gefährdet werden würde. Die königliche Staatsregierung würde hiernach einem etwaigen Antrag auf Aufhebung oder Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 ihre Zustimmung versagen müssen. Sie glaubt auch zurzeit nicht in der Lage zu sein, ihrerseits Schritte zu unternehmen, um eine Aenderung des in dem Bundesratsbeschluß gekennzeichneten Verhältnisses des Herzogs zu Preußen herbeizuführen."

11. Oktober. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung" veröffentlicht halbamtlich einen zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Cumberland sowie einen zwischen dem letztern und dem Reichskanzler stattgehabten Briefwechsel. Der Herzog habe nämlich dem Kaiser in einem Briefe vom 2. Oktober aus Gmunden gesagt: „Es ist mein Wunsch, eine endgiltige Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum Braunschweig auf dem Wege herbeigeführt zu sehen, daß ich und mein ältester Sohn Prinz Georg Wilhelm unsre Rechte auf die Regierung im Herzogtum auf meinen jüngsten, nach braunschweigischem Hausgesetz volljährigen Sohn Prinzen Ernst August übertrage und daß dieser als Herzog die Regierung übernehme. Mir und meinem ältesten Sohne sowie dessen Deszendenz würde die Succession in Braunschweig für den Fall vorbehalten bleiben, daß die Linie meines jüngsten Sohnes erlöschen sollte. Die Verzichtleistung auf den braunschweigischen Thron würden ich und mein ältester Sohn aussprechen, sobald die Gewißheit besteht, daß der Regierungsübernahme meines jüngsten Sohnes keine Hindernisse entgegenstehn." Er bitte, diesen Wunsch dem Kaiser „empfehlen zu dürfen". — In dem Schreiben an den Reichskanzler teile der Herzog das Schreiben an den Kaiser mit und bitte, dem Bundesrate davon Mitteilung machen zu wollen.

Der Kaiser habe am 6. Oktober aus Rominten dem Herzoge erwidert: „Die Regierung in Braunschweig ist durch Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 in der, nach Lage der Verhältnisse, durch die Interessen des Reichs gebotnen Weise geregelt. Als berufner Hüter dieser Interessen muß Ich Anstand nehmen, zu einer Neuregelung die Hand zu bieten, solange die Sach- und Rechtslage, die zu dem gedachten Bundesratsbeschluß geführt hat, unverändert fortbesteht. Der Inhalt Eurer Königlichen Hoheit Schreiben bietet aber keinen Grund, diese Lage als verändert anzusehen. Ich sehe mich daher außerstande, der mir von Eurer Königlichen Hoheit ausgesprochnen Bitte näher zu treten." — Der Reichskanzler endlich habe am 7. Oktober aus Homburg erwidert, er könne die Unterstützung obigen Vorschlags nicht zusagen,

und er glaube, aus seinen schon öffentlich bekannt gegebnen Gründen, in dem Vorschlage „eine für die Reichsinteressen annehmbare Lösung nicht erblicken zu können".

12. Oktober. Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen" veröffentlichen ein am 9. Oktober vom Herzog von Cumberland an das braunschweigische Staatsministerium gerichtetes Schreiben, in dem er seinen obigen mit dem Kaiser und mit dem Reichskanzler gepflognen Briefwechsel und „die warme Freude" mitteilt, mit der er „als deutscher Fürst" die Erklärung des braunschweigischen Landtags begrüßt habe. Sodann sagt der Herzog in dem Schreiben:

„Nach meiner besten Ueberzeugung habe ich durch mein Schreiben an Seine Majestät den Deutschen Kaiser das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen. Zu meinem lebhaften Bedauern aber hat Seine kaiserliche und königliche Majestät Allerhöchstsich außerstande erklärt, der seinem Allergnädigsten Wohlwollen von mir empfohlnen Bitte näherzutreten; auch hat Seine Durchlaucht der Reichskanzler die von mir erbetne Unterstützung meines Seiner Majestät unterbreiteten Vorschlages nicht zusagen können. Die für die Ablehnung meines Vorschlags angeführten Gründe vermag ich in keiner Richtung anzuerkennen, denn durch die von mir vorgeschlagne Neuregelung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum wird meines Erachtens die Sach- und Rechtslage wesentlich verändert, und ganz unerfindlich ist es mir, inwiefern die Regierungsübernahme meines jüngsten Sohnes im Herzogtum Braunschweig die Interessen des mächtigen Deutschen Reichs sollte gefährden können." Der Bundesratsbeschluß von 1885 sei ja nur gegen ihn, nicht gegen Mitglieder seiner Familie gerichtet. Dieses Schreiben möge sofort dem Landtag vorgelegt und in den amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen" veröffentlicht werden.

17. Oktober. In einer dem Landtage zugehenden Vorlage des Regentschaftsrats wird der gesamte in der Thronfrage gepflogne Schriftwechsel mitgeteilt und sodann zur Begründung der ablehnenden Haltung des Kaisers gegenüber dem Vermittlungsvorschlage des Herzogs von Cumberland wie folgt Stellung genommen:

„Man wird nicht umhin können, dem zuzustimmen. Der wesentlichste Grund des mehrerwähnten Bundesratsbeschlusses ist nach dessen Wortlaut zweifellos in der Geltendmachung von Ansprüchen auf Gebietsteile des Bundesstaates Preußen seitens des Herzogs von Cumberland zu suchen. Von diesem Gesichtspunkt aus hat auch der Referent der staatsrechtlichen Kommission der Landesversammlung, soweit uns bekannt, in vollem Einverständnis mit dieser bei der Begründung der Resolution besonders hervorgehoben, daß auf die im Bundesratsbeschluß erwähnten Ansprüche in unzweideutiger Weise verzichtet werden müsse, ehe eine Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland oder einer seiner Söhne im Herzogtum erfolgen könne. Bei verschiednen Anlässen hat schon die herzogliche Landesregierung sich zu derselben Auffassung bekannt. Von einem solchen Verzicht des Herzogs von Cumber-

land für sich und seine Söhne enthalten aber die Aktenstücke nichts; er ist auch nicht zu erwarten, da aus dem Schreiben des Herzogs von Cumberland hervorgeht, daß derselbe die von ihm im Schreiben an Seine Majestät den Kaiser abgegebne Erklärung, betreffend den eventuellen Verzicht auf Braunschweig, als die Grenze des Entgegenkommens ansieht. Die Regierung sieht bei dieser Sachlage zurzeit keine Möglichkeit, zu einer Verständigung mit Preußen zu gelangen, und schlägt deshalb die Neuwahl eines Regenten vor."

23. Oktober. Hiernach beschließt der Landtag auf Antrag seiner Kommission einstimmig: „Erstens, die Landesversammlung spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß ohne einen endgiltigen und vorbehaltlosen Verzicht der sämtlichen Agnaten des Herzoglichen Hauses auf Hannover die im Interesse des Landes dringend wünschenswerte Verständigung zwischen der Krone Preußen und dem Herzog von Cumberland nicht zu erhoffen ist; zweitens, sie ersucht den Regentschaftsrat, diesen Beschluß zur Kenntnis des Herzogs von Cumberland sowie der Königlich preußischen Regierung zu bringen. Sie gibt ferner dem Regentschaftsrat anheim, einstweilen den Landtag zu vertagen und erst dann wieder zusammentreten zu lassen, wenn entweder eine die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen dem Regentschaftsrat und der Landesversammlung erfordernde Erklärung des Herzogs von Cumberland eingegangen ist, oder, ohne daß solches geschehen, eine Frist von drei Monaten verstrichen sein wird."

17. Dezember. Der Herzog antwortet dem Ministerium: Er habe allerdings seine Ansprüche auf die Krone Hannovers nicht aufgegeben, er halte aber diesen Anspruch mit der rückhaltlosen Anerkennung der Reichsverfassung für durchaus vereinbar. Dabei sei er sich seiner Pflicht bewußt, diesen niemals anders als auf reichsverfassungsmäßigem Wege geltend zu machen. Er erstrebe auch heute noch die Verwirklichung seiner Ansprüche auf die Krone Hannovers, und zwar allein durch eine freie Tat des Deutschen Kaisers und des Deutschen Reichs, nicht durch fremde Macht und Hilfe. Gleichwohl wolle man in seine Versicherungen kein Vertrauen setzen; es sei aber niemand gestattet, an seinen festen und sichern Worten zu drehen und zu deuteln. Aber eben deshalb dürfe er einen Verzicht auf die Krone Hannovers nicht aussprechen. Nicht durch Verleugnung und Selbsterniedrigung, nicht durch Verrat an Treu und Glauben wolle er sich den Einzug in die Stadt Heinrichs des Löwen erkaufen. Schließlich ersucht der Herzog, die Angelegenheit, einem Präzedenzfall aus jüngster Zeit folgend, der Entscheidung des Reichsgerichts als Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die übrigen deutschen Staaten.

30. Januar. Im Landesausschuß von Elsaß-Lothringen stellt der Minister v. Köller fest, daß die Anträge des Landesausschusses über die Reform der staatsrechtlichen Stellung des Reichslandes von der Reichsregierung dem Bundesrat zur Beschlußfassung überwiesen worden seien. Es sei zu hoffen, daß der Bundesrat den in den Anträgen ausgesprochnen Wünschen teilweise günstig gegenüberstehe.

31. Januar. Die Bürgerschaft von Hamburg nimmt den Antrag des Senats auf Abänderung der Verfassung in zweiter Lesung an. Damit ist die Einführung der Verhältniswahl und die Erteilung des passiven Wahlrechts an die Beamten beschlossen und die Wahlrechtsvorlage nach heftigem Kampf zum Sieg gelangt.

1. Februar. Der Abgeordnete Blumenthal behauptet im reichsländischen Landesausschusse, daß sogenannte Proskriptionslisten bestehn, daß sie nicht auf rechtlicher Grundlage beruhten, und daß ihr Vorhandensein große Unruhe im Lande veranlasse. Darauf antwortet der Unterstaatssekretär Mandel: Ja, es gibt solche Listen, und jede Macht führt sie für den Fall einer Versetzung in den Belagerungszustand. Es wäre eine schwere Versäumnis seitens der Regierung, sorgte sie im Kriegsfalle nicht dafür, daß Personen, von denen man weiß, daß sie mit ihrem Ansehen und mit ihrem Vermögen eine feindselige Beeinflussung der Bevölkerung zuwegebringen würden, sofort außer Landes kommen. Leider sei es richtig, was der Abgeordnete Wetterlé sagte, daß nämlich zwei Bevölkerungen in Elsaß-Lothringen nebeneinander hergehen. Die Tendenz der Regierung sei es immer gewesen, eine Verschmelzung dieser beiden Bevölkerungen zustandezubringen. Aber unleugbar sei noch so manches Auge starr nach Westen gerichtet, von dem die deutsche Regierung im Falle eines Krieges nichts Gutes zu erwarten hätte. Solcher Personen müsse sich die Regierung im Ernstfalle versichern, solche Personen kommen auf die Proskriptionsliste.

8. März. Der Landesausschuß stellt im Landeshaushalte die Einnahmen auf 58349113 Mark fest und ersucht die Regierung, auf eine reichsgesetzliche Regelung der Zigeunerfrage hinzuwirken.

20. Mai. Der Landtag in Rudolstadt verweigert die jährlichen Beiträge für Ausbesserung der fürstlichen Schlösser.

18. Oktober. Die Bürgerschaft von Bremen lehnt den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen Stimmrechts für die Bürgerschaftswahlen ab.

Im November. Die „Geraer Zeitung" berichtet: Der Regent unsers Landes (Reuß ä. L.) hat eine große Zahl der Broschüre des Jenenser Superintendenten Braasch „Was hat das nicht ultramontane Volk von der Annahme des Toleranzantrages zu erwarten?" ankaufen und sie den Kirchen- und Schulvorständen des Landes zugehn lassen, damit die Aufklärung über die wahren Ziele des Toleranzantrages der römischen Zentrumspartei in die weitesten Kreise dringe.

Oesterreich-Ungarn.

A.

Oesterreich.

I.

Reichsrat. Erste Tagung.

7. Juli. Im Abgeordnetenhause beantwortet der Ministerpräsident v. Beck die Anfrage von Kathrein und Genossen, betreffend das Vorgehn der ungarischen Regierung anläßlich der Beratung des schweizerischen Handelsvertrags im volkswirtschaftlichen Ausschusse des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Der Minister erklärt: Die Ausfertigung des deutschen und des schweizerischen Handelsvertrags sei gemäß der seitherigen Gepflogenheit in deutscher und in ungarischer Sprache erfolgt, jedoch unter einheitlicher Unterzeichnung durch einen Vertreter des Ministeriums des Aeußern. Er habe dagegen keinerlei staatsrechtliche Bedenken und halte diesen Teil der Angelegenheit für erledigt. Was dagegen die Zusätze bezüglich der Inartikulierung des Vertrags betreffe, die der ungarische Handelsminister, ohne sich vorher mit der österreichischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt zu haben, im ungarischen volkswirtschaftlichen Ausschusse aufgenommen habe, so erblicke die Regierung darin die Fortsetzung jenes bereits bei der Einbringung des autonomen ungarischen Zolltarifs seitens der ungarischen Regierung beobachteten Vorgehens, welches die österreichische Regierung schon wiederholt als mit den für die volkswirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staatsgebiete geltenden gesetzlichen Bestrebungen und mit dem bestehenden Gegenseitigkeitsverhältnisse nicht im Einklange stehend bezeichnet habe. Diese Zusätze, falls sie Gesetzeskraft erlangen sollten, würden sich als einseitige Auslegungen einzelner grundlegender Bestimmungen des Vertrags mit der Schweiz darstellen. Die Regierung sei sich ihrer Verpflichtung bewußt, jede Beeinträchtigung der Interessen Oesterreichs hintanhalten zu müssen. Zu diesem Zwecke, und um keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß sich die Regierung im Hinblick auf die bevorstehenden Ausgleichsverhandlungen freie Hand wahre, ziehe sie die noch vorliegenden Gesetzentwürfe über den wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn zurück.

11. Juli. Das Abgeordnetenhaus fordert die Regierung auf, die Verhandlungen mit Ungarn über die Feststellung des Verhältnisses beider Staatsgebiete zueinander zu beschleunigen und in die Verhandlungen auch die Frage der Aufteilung der aus Finanzzöllen fließenden Einkünfte Oesterreich-Ungarns nach Maßgabe des Verbrauchs einzubeziehen.

17. Juli. Im Abgeordnetenhause betont in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verstaatlichung der Nordbahn, Ellenbogen, man dürfe trotz mancher schweren Mängel der Vorlage auf die Verstaatlichung nicht verzichten und empfiehlt als Kampf-

mittel gegen Ungarn raschesste Verstaatlichung der Kaschau—Oberberger Bahn. Darauf führt der Eisenbahnminister Dcherschatta aus, die Verstaatlichung der Nordbahn entspringe dem dringendsten Bedürfnisse des Staatsbahnnetzes. Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn erkennt er an, daß die Staatseisenbahngesellschaft und die Kaschau—Oberberger Bahn in erster Linie stehn und betont die Notwendigkeit der Reorganisation des Staatsbahnwesens und seine Hinüberleitung in kaufmännische Führung und versichert, daß die Regierung bei der Neuorganisation den Schutz der nationalen Besitzstände gebührend berücksichtigen und den nationalen Streit nicht in ein rein wirtschaftliches Unternehmen tragen werde.

II.

Parteibewegung.

2. September. In Eger findet ein Katholikentag für Böhmen statt, der sich gegen die „Los von Rom-Bewegung" wendet, die mit der „Los von Oesterreich-Bewegung" gleichbedeutend sei, und gegen die „Freie Schule". Als Gegenkundgebung kommt es zu einer Gründungsversammlung der Ortsgruppe des Vereins „Freie Schule" und zu einer Huldigung am Kaiser-Joseph-Denkmal. Nach dem Festzuge des Katholikentages findet ein Zusammenstoß zwischen deutschnationalen und katholischen Studenten statt.

8. September. In einer Versammlung zu Fürstenfeld bei Graz führt der Obmann der parlamentarischen Deutschen Volkspartei, Hofmann von Wellenhof, aus, Ungarn sei für Oesterreich ein fremder Staat geworden, nur mit dem Unterschiede, daß Oesterreich zum großen Teil für die Kosten dieses fremden Reiches aufkommen müsse. Durch hochgespannte militärische Forderungen hätten die Magyaren die Axt an den letzten Rest der Gemeinsamkeit gelegt. Er sei überzeugt, daß Ungarn sich die Selbständigkeit erringen werde; aber es müsse sie aus eignen Mitteln bestreiten. Es müsse ein wirtschaftlicher modus vivendi geschaffen und die Zwangsehe Oesterreichs mit Ungarn aufgehoben werden. Redner warnt davor, den deutschen Ministern in den Rücken zu fallen; Vertrauen müsse mit Vertrauen vergolten werden.

10. September. In Ragusa werden tschechische Turner auf der Rückreise aus Cetinje vom Ragusaer Bürgermeister, an der Spitze sämtlicher kroatischer und serbischer Vereine, die mit Fahnen und Musik erschienen sind, feierlich begrüßt. In einer Verbrüderungs-

versammlung wird die Notwendigkeit des engen Zusammenschlusses aller Slawen betont.

20. September. In Triest kommt es zu stürmischen Kundgebungen gegen die italienischen Einwohner.

24. September. Der Abgeordnete Schönerer veröffentlicht eine Kundgebung bezüglich der Wahlreform. Er sagt:

Die Alldeutschen betrachten die Gesetzwerdung der vorliegenden Wahlreform als die Grundlage für die entschiedne und fortschreitende Slawisierungspolitik und betonen ihr Grundprogramm von 1901, das lautet:

„Wir streben solches bundesrechtliches Verhältnis der deutschösterreichischen Länder der ehemaligen deutschen Bundesländer mit dem Deutschen Reiche an, das die Erhaltung unsers Volkstums dauernd sichert. Wir bekämpfen daher jede Regierung, die diesem unserm Ziele entgegenwirkt, und können an Loyalitätskundgebungen nicht teilnehmen, solange eine derartige Regierungspolitik besteht. Unser Volkstum von jedem Fremden, daher auch von jüdischem Einflusse reinzuhalten und uns von Rom loszumachen, halten wir für selbstverständliche Pflicht.“ — Das Verhältnis zu Ungarn ist durch eine Personalunion zu ersetzen. Bis zur Errichtung eines bundesrechtlichen Verhältnisses zum Deutschen Reiche ist innerhalb und außerhalb der gesetzgebenden und selbstverwaltenden Körperschaften alles und mit allen Mitteln zu verhindern, was die Slawisierung und Entdeutschung Deutsch-Oesterreichs zu fördern bestimmt oder geeignet ist.

10. November. Eine Versammlung der Deutschen Volkspartei in Reichenberg regt an, daß alle Deutschen Oesterreichs sich zu einer einzigen großen Partei zusammenschließen.

III.

Reichsrat. Zweite Tagung.

1.

Die Wahlreform.

18. September. Nach Eröffnung der zweiten diesjährigen Tagung nimmt der Ausschuß des Abgeordnetenhauses seine am 29. März begonnene Beratung der Wahlreformvorlagen wieder auf, die am 23. Februar d. J. vom Ministerpräsidenten v. Gautsch gemacht waren (Bd. 1, S. 210).

5. Oktober. Der Ausschuß beschließt, die Einführung der Wahlpflicht der Landesgesetzgebung zu überlassen.

25. Oktober. Der Ausschuß verlangt bei Abstimmungen über Aenderung der Wahlkreisordnung nur die Anwesenheit von

343 Abgeordneten, das ist zwei Drittel des jetzigen neuen Bestandes von 516.

5. November. Im Plenum des Abgeordnetenhauses beginnt die zweite Lesung der Wahlreform, und zwar zunächst über die Frage der Dringlichkeit.

Dabei werden die Christlich-Sozialen von den Alldeutschen beschimpft. Schönerer beschuldigt die deutschen Parteien und die deutschen Minister des Verrats am deutschen Volke Oesterreichs. Die Deutschen, die unter Badeni die Schlacht gegen die Slawen gewonnen, brauchten sich auch jetzt nicht besiegt zu geben. Die Alldeutschen würden jedenfalls bis zum letzten Mann kämpfen. Schönerer rät den deutschen Ministern, anläßlich des Zustandekommens der Wahlreform die Schaffung eines Ordens für „deutsche Volksverräterei" zu beantragen, dessen Großkreuz die betreffenden Wahlreformminister zu tragen hätten, während den Orden selbst alle jene an einem Strick um den Hals tragen müßten, die als Deutsche für diese Wahlreform gestimmt hätten.

6. November. Bei Fortsetzung der Beratung der Dringlichkeitsfrage betont ein Slowene, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts auch im Interesse des Bauernstandes liege. Der Sozialist Pernerstorffer erklärt, die Sozialdemokraten nähmen die Vorlage mit allen Unzulänglichkeiten und Fehlern an, weil sie eine Etappe auf dem Wege der völligen Demokratisierung Oesterreichs sei.

7. November. Die eigentliche Beratung der Vorlage beginnt mit der Ausschußberichterstattung von Loecker, dessen Rede von ununterbrochnen lärmenden Schmährufen der Alldeutschen begleitet wird. Er betont den Kompromißcharakter der Vorlage. Schönerer gibt sodann eine Erklärung ab, in der diejenigen deutschen Abgeordneten, die für eine den Slawen zur dauernden Vorherrschaft verhelfende Vorlage eintreten, des schändlichsten Volksverrats geziehen werden. Die Alldeutschen sähen den einzigen Schutz und Schirm für das deutsche Volk im Deutschen Reiche, weshalb er mit dem Rufe schließe: Heil dem Hort unsrer Zukunft! Heil dem deutschen Hohenzollernreiche!

8. November. (Fortsetzung.) Breiter bekämpft die dem Polenklub gemachten Konzessionen. Adler erklärt, die Wahlreform bedeute einerseits ein Kompromiß zwischen den Völkern, anderseits sei sie jedoch nicht frei von Spuren der Vergewaltigung, insbesondre hinsichtlich der Behandlung der Ruthenen. Es wäre jedoch der größte politische Fehler, deswegen die Reform zu verwerfen. Er verweist ferner auf die die Sozialdemokraten schädigende Wahlkreiseinteilung. Die Sozialdemokraten würden trotz der der Vorlage anhaftenden Mängel mit Verbesserungsvorschlägen möglichst zurückhalten, aber unter keinen Umständen eine Verschlechterung der Vorlage, insbesondre die Einführung des Pluralwahlrechts zulassen.

Ministerpräsident v. Beck wirft einen Rückblick auf die Verfassungsentwicklung Oesterreichs und erinnert an die bedrohlichen Folgen, die der Mangel eines organischen Zusammenhangs zwischen den breiten Schichten der Bevölkerung und der parlamentarischen Vertretung der letzten vierzig Jahre gezeigt habe. Die jahrzehntelangen Kämpfe um das Wahlrecht müßten endlich abgeschlossen werden. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß die Großgrundbesitzer, wenn sie nur ernstlich wollten, auch im neuen Hause ohne Privileg, aber

darum mit verstärkter Autorität die ihnen gebührende Stellung würden wieder einnehmen können. Das einer weisen Mäßigung der Parteien entsprungne Wahlreformwerk sei durch einen der allerschwierigsten Kompromisse zustande gekommen, die die österreichische Verfassungsgeschichte kennt; es sei eine gute Vorbedeutung für das Werk, daß es auf den Grundlagen einer nationalen Verständigung ruht. „Mag die Schöpfung des Ausschusses mehr oder weniger vollkommen sein, erklärt Redner weiter, eins ist gewiß, wir haben keine andre Wahl, wir haben den Rubikon überschritten und können nicht mehr hinter den Rubikon zurückkehren, denn das Scheitern dieses Werkes wäre gleichbedeutend mit einem Trümmerfelde, das das Grab der kostbarsten und wertvollsten Interessen wäre.“ — Graf Stürgkh sagt, daß der verfassungstreue Großgrundbesitz nicht aus Klasseninteresse, sondern aus staatlichen und nationalen Bedenken an der bisherigen Haltung festhalten und alle Anträge loyal unterstützen werde, die bezwecken, an Stelle des gleichen ein billig abgestuftes Wahlrecht zu setzen, die die Vertretung der Deutschen verstärken und sie durch Schutzmaßregeln gegen jede weitere Erschütterung sichern werden.

21. November. Ein Antrag auf Einführung des Pluralwahlsystems wird abgelehnt.

26. November. Es wird beantragt, daß einer der beiden Delegierten Steiermarks jedes zweite Jahr von slawischen Abgeordneten und jedes fünfte Jahr ein Slowene in die Delegation entsendet werde. Dagegen weist Wolf auf die Gefahr einer zukünftigen slawischen Mehrheit hin, insbesondre für die Verrückung der gegenwärtigen Grundlage der äußern Politik und betont, die gesetzliche Festlegung des berechtigten Anspruchs der Deutschen auf ihre Delegationsmandate sei eine allgemein deutsche Frage von höchstem Staatsinteresse. Ebenso wichtig sei der Schutz der Zweidrittelmehrheit. Der Minister des Innern erwidert, im gerechten Vertrauen auf ihre Stellung im Staate und auf ihren imposanten Besitz an parlamentarischer Macht würden die Deutschen jeder gesetzlich festzulegenden Schutzmaßregel entraten können.

28. November. Bei Fortsetzung der Verhandlung über den die Wahlkreiseinteilung für Böhmen, Mähren, Schlesien betreffenden Teil der Wahlreform erklärt der Ministerpräsident v. Beck, daß die Regierung unbedingt an dem vom Ausschuß beschlossenen Kompromiß festhalten werde. Von allen Beschlüssen in der Wahlreform erreiche keiner annähernd die Bedeutung dieses Kompromisses, das gewissermaßen das Fundament des ganzen Aufbaues sei, und die dessen Last trage. Wer hieran rühre, rühre an der Wahlreform selbst, rühre an dem Schicksal des Reiches, dessen Los aufs engste mit dem Gesetze verknüpft sei.

30. November. Die Versammlung nimmt hierauf einen Antrag des Ausschusses an, nach dem von den 130 Mandaten für Böhmen 75 auf die Tschechen und 55 auf die Deutschen entfallen.

1. Dezember. Die Wahlrechtsreformvorlage wird mit 194 gegen 63 Stimmen angenommen, worauf der Ministerpräsident v. Beck das Haus beglückwünscht.

11. Dezember. Die Kommission des Herrenhauses zur Beratung der Wahlreformvorlage beschließt die Einführung des Pluralwahlrechts und die Feststellung des numerus clausus für das Herrenhaus im Wahlreformgesetz.

21. Dezember. Das Herrenhaus nimmt eine Vorlage an, wonach die Höchstzahl der Herrenhausmitglieder auf Lebenszeit auf 170, die Mindestzahl auf 150 gesetzt und bestimmt wird, daß das Grundgesetz über die Aenderung der Reichsvertretung nur gleichzeitig mit der vom Abgeordnetenhause erledigten numerus clausus-Vorlage erledigt werden dürfe. Hierauf wird der Gesetzentwurf über die Wahl der Mitglieder des Reichsrats und die Reichsratswahlordnung, unter Verzicht auf die Altersspluralität, in dritter Lesung angenommen. (Obwohl das Abgeordnetenhaus über die vom Herrenhaus beschlossenen Aenderungen in diesem Jahre nicht mehr beschließen kann, so gilt doch seine Zustimmung und somit das ganze Wahlreformgesetz als gesichert.)

2.

Artilleriefrage.

2. Oktober. Auf eine Anfrage von Steiner im Abgeordnetenhause antwortet der Landesverteidigungsminister **Schönaich**:

Die neuen als Ersatz für die dreißig Jahre alten Geschütze bestimmten Flachbahngeschütze und Haubitzen entsprächen allen Anforderungen, die an ein modernes Geschütz gestellt werden könnten. Sie lassen die Hoffnung zu, daß Oesterreich für lange Zeit vor der Wiederholung einer so kostspieligen Neuerung sicher sein werde. Mit der Erneuerung des Geschützmaterials müsse aber auch die Neuorganisation und die Ausgestaltung der Artillerietruppen Hand in Hand gehn. Die Vermehrung der Artillerie sei derart geplant, daß jede Infanteriedivision wie bisher je ein Feldartillerieregiment erhalte, während jedes Korpskommando künftig außerdem über zwei Kanonenregimenter und ein Haubitzenregiment verfügen soll, um im Bedarfsfall einzelnen Gefechtsgruppen stärkere Artilleriekräfte zuweisen zu können. Insgesamt sei daher die Aufstellung von fünfzehn neuen Kanonenregimentern und vierzehn Haubitzenregimentern notwendig; die erstern für die Landwehrinfanteriedivisionen. Die Aufstellung der neunundzwanzig Regimenter werde ohne Erhöhung des Rekrutenkontingents undurchführbar sein.

3.

Ueber den Wechsel im Reichsministerium des Aeußern.

24. Oktober. Im Abgeordnetenhause befragt Geßmann die Regierung über den Rücktritt des Grafen Goluchowski und seine vermutlichen Folgen.

Unter Hinweis darauf, daß der Rücktritt Goluchowskis in letzter Linie deshalb erfolgt sei, weil die Mehrheit des ungarischen Reichstags seine Entlassung verlangte, und unter Hinweis darauf, daß in dem österreichischen Gesetze eine Bestimmung über die Ausübung eines Einflusses von seiten der österreichischen Regierung auf die Führung der gemeinsamen auswärtigen Politik fehle, während im ungarischen Gesetz eine solche Bestimmung vorhanden sei, fragt Redner die Regierung, ob sie geneigt sei, dem Hause die Ursachen von Goluchowskis Rücktritt bekannt zu geben, ob sie in der Lage sei, auf die Ernennung eines neuen Ministers Einfluß zu nehmen, ob sie gewillt sei, bei der Festsetzung des Programms eines neuen Ministers dahin zu wirken, daß die Interessen der diesseitigen Reichshälfte vollkommen gewahrt würden und ihr Einfluß für die Zukunft gesichert werde, und ob sie endlich bereit sei, bei den Ausgleichsverhandlungen auch eine Aenderung des Gesetzes über die gemeinsamen Angelegenheiten in dem oben gekennzeichneten Sinne zur verfassungsmäßigen Erledigung zu bringen.

Der Ministerpräsident v. Beck erwidert, daß der Minister des Aeußern seine Entlassung in freier Entschließung und ausschließlich auf Grund seiner Beurteilung und Abschätzung der in Betracht kommenden Verhältnisse gegeben hat, und daß dabei keine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Regierungen und dem Ministerium des Aeußern in einer dem Gebiete der gemeinsamen Angelegenheiten angehörigen Frage im Spiele war. Die österreichische Regierung war in voller Kenntnis aller Begleitumstände, sie war auch im Sinne des durch die Ausgleichsgesetze grundsätzlich gewährleisteten Einflusses auf die gemeinsamen Angelegenheiten in der Lage, an maßgebender Stelle ihre Anschauungen darzulegen und ihren Standpunkt genau so zu vertreten wie die ungarische Regierung. Die Regierung zählt es zu ihren vornehmsten Pflichten, in allen gemeinsamen Angelegenheiten den ihr gebührenden Einfluß sachlich und zeitlich in vollem Umfange geltend zu machen, und wird in gleicher Weise auch in Zukunft vorgehn. Davon darf selbstverständlich die internationale Politik keine Ausnahme machen, die nur in vollem Einverständnisse mit der österreichischen Regierung geführt werden kann. In dieser Beziehung vermag ich zu versichern, daß der Kurs unsrer auswärtigen Politik keine neue Richtung einschlagen wird. Wir werden nach wie vor eine Friedensmonarchie sein, die ihre wichtigste Aufgabe darin erblickt, durch Förderung aller Friedensbestrebungen den materiellen und kulturellen Interessen, die unsre Zeit bewegen, Spielraum zu voller Entfaltung zu gewähren. Wenn schon aus

dieſem Grunde der Dreibund, dieſe vornehmſte Bürgſchaft des europäiſchen Friedens, auch fernerhin die tragende Säule unſrer auswärtigen Politik bleiben wird, ſo werden wir beſtrebt ſein, dazu noch weitere Friedensgarantien durch die Pflege freundſchaftlicher Beziehungen zu den andern Mächten wie auch zu den Balkanſtaaten zu ſchaffen. Allerdings muß erwartet werden, daß in dieſen Staaten das gewiß berechtigte Streben nach Förderung der eignen Wohlfahrt auch zur vollen Würdigung unſrer Intereſſen führen wird. Ich verhehle mir nicht, daß das Maß politiſcher Geltung, das die Monarchie im Schwergewichtsſyſtem der europäiſchen Staaten genießt, weſentlich von ihrer Befeſtigung abhängt; denn den ſtärkſten Einfluß nach außen gewährt die Zuſammenfaſſung der Kräfte im Innern.

B.

Ungarn.

I.

Reichstag.

7. Juli. Im Abgeordnetenhauſe beantwortet der Miniſterpräſident **Wekerle** eine die Urſachen der Grenzſperre gegen Serbien betreffende Anfrage. Es ſeien nur wirtſchaftliche Gründe beſtimmend geweſen. Oeſterreich-Ungarn habe für 71 Poſten des Zolltarifs Herabſetzungen verlangt, Serbien ſie aber nur bei 11 Sätzen eintreten laſſen. — Im Finanzausſchuß erklärt der Handelsminiſter **Koſſuth**, der öſterreichiſche Miniſterpräſident v. Beck ſei bei ſeinem Auftreten im öſterreichiſchen Abgeordnetenhauſe in dem Irrtum geweſen, daß das gemeinſame Zollgebiet zu Recht beſtehe; Ungarn befinde ſich ſeit 1899 auf der Grundlage eines ſelbſtändigen Zollgebiets und habe, indem es ſtatt eines Zollbündniſſes nur einen Zollvertrag annehmen wolle, ſein gutes Recht geübt und kein Recht verletzt.

10. Oktober. Im Abgeordnetenhauſe beantwortet der Miniſterpräſident **Wekerle** eine Anfrage betreffend die Preßkorruption: Die Zuſtände ſeien unhaltbar, daß ſowohl die Regierung als auch die finanziellen Anſtalten allzu große Opfer für die Erhaltung der Preſſe bringen müßten, durch die ſie gewiſſermaßen beſteuert ſeien. Die Regierung werde alles aufbieten, um die Preſſe von unlautern Elementen zu ſäubern, und unterhalte keine Zeitung als Regierungsorgan.

11. Oktober. Dem Parlamente wird der Staatshaushalt vorgelegt. Darin sind die ordentlichen Ausgaben auf 1134 Millionen Kronen, 48 mehr als im Vorjahre, angesetzt, die außerordentlichen auf 127 Millionen, 76 weniger als im Vorjahre, die Einnahmen auf 1180 Millionen, 55 mehr als im Vorjahre. — Minister **Kossuth** legt Gesetzentwürfe vor über die Förderung der Industrie durch Gewährung von Vergünstigungen, über die Unterstützung der freien Handelsschiffe durch Begünstigungen für den Schiffbau und betreffend eine Kranken- und Unfallversicherung der Arbeiter in der Industrie und dem Handelsgewerbe. Der Entwurf zur Förderung der Industrie ermächtigt die Regierung, neugegründeten Industrieunternehmungen Befreiung von der Gewerbesteuer und andern Gebühren für 15 Jahre zu gewähren. Ferner können solchen Industrieanlagen Beihilfen in einer Gesamthöhe von jährlich 20 Millionen Kronen gegeben, und es soll diesen Industrien eine Bevorzugung bei Lieferungen für Staats- und Gemeindebedürfnisse eingeräumt werden.

19. Oktober. Der Reichstag genehmigt einen Gesetzentwurf, betreffend die Heimbeförderung der Asche des in der Verbannung gestorbnen und in Konstantinopel begrabnen Franz Rakoczy.

Der Gesetzentwurf erklärt, König Franz Joseph, durchdrungen von dem Gefühle, daß die Gegensätze zwischen seinen Vorfahren und der ungarischen Nation gegenwärtig nur eine geschichtliche Erinnerung bilden, habe gestattet, daß der langgehegte Wunsch der Nation, betreffend die Ueberführung der Asche Rakoczys nach Ungarn, erfüllt werde, wofür dem König der Dank des Reichstags ausgedrückt werde. Die Ueberreste Rakoczys sollen an der Landesgrenze in Orsova feierlich empfangen, nach Ofen-Pest gebracht und darauf im Dom zu Kassa bestattet werden. Die gleichzeitig heimgebrachten Gebeine des Genossen Rakoczys, Tököly, sollen in der protestantischen Kirche zu Kesmark beigesetzt werden. Das Gesetz vom Jahre 1715, durch das Rakoczy als Vaterlandsverräter erklärt worden ist, wird abgeschafft.

Die Vorlage wird genehmigt.

26. November. Bei der Verhandlung des Budgets des Innern im Abgeordnetenhause sagt der Minister des Innern **Graf Andrassy**, er müsse den unablässigen ungerechten Anklagen betreffend Verfolgung der Nationalitäten und die gewaltsame Magyarisierung der Serben, Rumänen, Deutschen und Slowaken entschieden entgegentreten.

28. November. In der Budgetberatung des Abgeordnetenhauses erklärt der Minister **Kossuth**:

Ungarn wird mit Oesterreich einen Handelsvertrag, aber kein Handelsbündnis schließen. Die auswärtigen Handelsverträge haben Ungarn vor vollendete Tatsachen gestellt. Wenngleich wir gegenwärtig keine Zölle im Verkehr mit Oesterreich erheben, so ist Ungarn doch ein selbständiges Zoll-

gebiet. Die Erhebung von Zöllen ist nicht ein unbedingtes Merkmal für die Selbständigkeit des Zollgebiets. Unsre zollpolitische Selbständigkeit ist jetzt bloß auf dem Papier vorhanden, ich bin jedoch bestrebt, darauf hinzuwirken, daß 1917 wirkliche Zollselbständigkeit eintritt, welche Majorität auch immer zu jener Zeit im Abgeordnetenhause vorhanden sein wird. — Kossuth kündigt hierauf die Schaffung eines gesonderten, mit bedeutenden Mitteln ausgestatteten Fonds an zur Förderung der Industrie und zum weitern Ausbau der Wasserstraßen, damit Frachten über Fiume Galatz erreichen können, jene beiden Häfen, durch die Ungarn, ohne einen fremden Landweg berühren zu müssen, am Weltverkehr teilnimmt.

II.

Parteibewegung.

7. September. Bei seinem fünfundzwanzigjährigen Jubiläum als Abgeordneter hält der Unterrichtsminister **Graf Apponyi** eine Rede vor seinen Wählern.

Er widerlegt den Vorwurf, daß ehemalige Mitglieder der Kossuthpartei sich durch den Eintritt in die Regierung des Abfalles von ihren Grundsätzen schuldig gemacht hätten. Die Praxis beweise eindringlicher als jede theoretische Erörterung, daß die dualistische Basis ungenügend und nicht fähig sei, den Aspirationen des Volkes Genugtuung zu bieten. Sie hätten nur eine provisorische Regierung gebildet, weil sie auf der schmalen Grundlage, die zwischen der Koalition und der Krone vereinbart sei, Erfolge für die Dauer nicht erzielen könnten. Die Regierung werde alles aufbieten, die Kräftigung des Volkes und die Befestigung der Verhältnisse zu fördern, kein objektiver Grund, der Krone und den Grundsätzen der Unabhängigkeitspartei dauernd Widerstand zu leisten. Diese Grundsätze gefährdeten nicht das starke Band, das die Pragmatische Sanktion zwischen Oesterreich und Ungarn knüpfte. Das Band werde nur fester, wenn sowohl für Ungarn als auch für Oesterreich bei Aufrechterhaltung der Union die Möglichkeit freiester nationaler Entwicklung gegeben werde.

18. September. Der Minister des Innern **Graf Andrassy** hält vor seinen Wählern in Kaschau eine Rede, in der er über die Ausgleichsverhandlungen Ungarns mit Oesterreich folgendes ausführt:

Zwei Gesichtspunkte sind für uns maßgebend: Wir wollen mit Oesterreich einen Handelsvertrag und kein Handelsbündnis. Wir wollen ferner keine Verschlechterung des Szellschen Ausgleichs; falls wir von diesen Punkten abweichen würden, würde die Nation uns im Stiche lassen. Während der Periode, in der wir durch Verträge mit dem Auslande gebunden sind, ist es eine Forderung politischer Räson, zu einer Verständigung mit Oesterreich zu gelangen. Die Regierung werde ihr Versprechen bezüglich der Wahlreform einlösen.

15. Dezember. Ein vom Minister **Kossuth** an die Abgeordneten der Unabhängigkeitspartei gerichtetes vertrauliches Rundschreiben, worin

er sie auffordert, im ganzen Lande die Organisation der Partei in Angriff zu nehmen, selbst auf Kosten der übrigen Parteien, da ja die Unabhängigkeitspartei jetzt die Mehrheit habe und die Regierungspartei geworden sei, ruft unter den übrigen Parteien der Koalition begreifliche Mißstimmung und Unzufriedenheit hervor.

III.

Kundgebungen.

27. Oktober. Von Konstanza trifft in Orsova ein Zug mit den Gebeinen Franz Rakoczys und seiner Verbannungsgenossen ein.

Rakoczy stand im Jahre 1703 an der Spitze des Aufstandes der Ungarn gegen Oesterreich, wurde aber von Károlyi besiegt. Nach dessen Uebertritt zu den Aufständischen gestaltete sich der Aufstand zur nationalen Bewegung. 1707 wurde Rakoczy zum Fürsten von Siebenbürgen ausgerufen, durch den Frieden zu Szathmar 1711, der ohne Rakoczys Zutun zustande kam, war die Sache der Konföderierten verloren. Rakoczy verschmähte die Amnestie und starb in der Türkei. — Der König hatte schon 1904 die Heimbeförderung der Gebeine angeregt.

Ministerpräsident Wekerle gibt in einer Ansprache seiner tiefen Rührung darüber Ausdruck, daß die Nationalhelden wieder der Erde des Vaterlands übergeben werden können. Sie erwachen aus der Asche, sagt er, damit sie uns ein leuchtendes Beispiel für wahre Vaterlands- und Freiheitsliebe geben. Gesegnet sei das Andenken unsrer Helden, gesegnet sei das Volk, das mit dem Monarchen im Einvernehmen immer das Andenken und den Ruhm und die Lehren der Vergangenheit zu bewahren wußte.

3. Dezember. In Anwesenheit des Königs wird in Budapest ein Denkmal für den frühern Ministerpräsidenten Grafen Julius Andrassy feierlich enthüllt. Szell preist das Andenken Andrassys, der sich als ungarischer Diplomat unsterbliche Verdienste erworben und in den schwersten Zeiten König und Nation zur Einigkeit geführt habe. König Franz Joseph erwidert mit folgenden Worten: „Dankbar eingedenk der unvergänglichen Verdienste, die Andrassy sich um König, Vaterland und Monarchie erworben hat, drücke ich die Hoffnung aus, daß diese hervorragende Gestalt, die nicht bloß im ungarischen politischen Leben, sondern auch in der äußern Politik neue, heute bestehende Grundlagen geschaffen hat, noch kommenden Generationen zum Vorbilde dienen werde."

C.
Gemeinsame Angelegenheiten.
I.
Erste Tagung der Delegationen.

3. Juli. Die am 11. Juni begonnenen Beratungen (Bd. 1, S. 235) setzen sich im zweiten Halbjahre fort, zunächst in der österreichischen Delegation über die Heeresfrage. Bei der Beratung des ordentlichen Etats legt **Graf Schönborn** Verwahrung ein gegen Aeußerungen in vorhergehenden Sitzungen, die, sofern sie sich gegen den Patriotismus des österreichischen Volkes richteten, eine traurige Besonderheit des österreichischen Parlaments bildeten, und betont, daß die Versuche, das eigne Vaterland preiszugeben, sicherlich bei der königstreuen, vaterlandsliebenden Bevölkerung Preußens wenig Geschmack, vollends aber bei dem aufrichtigen und treuen Freunde des Kaisers, dem Kaiser Wilhelm, kaum freundlichen Widerhall finden würden. Redner richtet an den Reichskriegsminister und dessen Mitarbeiter die dringende Bitte, über der Einheit der Armee zu wachen, und betont, daß der Wert der Armee für die Monarchie und deren Allianzfähigkeit nicht nur in ihrer von allen Seiten anerkannten militärischen Eigenschaft, sondern auch in ihrer Einheit liege. Zwei Armeen zusammen bedeuteten noch lange nicht dasselbe wie eine einheitliche Armee, und deshalb wolle Redner an der einen Armee so lange wie möglich festhalten. Der Kriegsminister **v. Pitreich** erklärt gegenüber den aufgetauchten Besorgnissen, betreffend die Einheitlichkeit der Armee, daß er nach wie vor auf der Basis von 1867 stehe, und daß die maßgebenden Personen Mittel und Wege finden würden, die zu einem gedeihlichen Zusammenleben beider Staaten führten. Allen Idealen der die Monarchie bewohnenden Völker könne nicht Rechnung getragen werden, aber ein auskömmliches Verhältnis unter dem Schutze des Ganzen, das ihnen ermögliche, ihre Kräfte zu entwickeln, müsse gefunden werden.

Er habe überall die Erfahrung gemacht, daß in der Bevölkerung eine rührende, unverbrüchliche Anhänglichkeit an den Kaiser fortlebe, und daß auch in der Bevölkerung tiefe Sehnsucht danach herrsche, daß endlich der politische Widerstreit aufhöre, die Agitation und der Terrorismus ein Ende finden möchten. Der Minister protestiert gegen die Behauptung, daß die gemeinsame Armee nur noch zum Schein bestehe, und erklärt: Sie besteht nicht nur zu Recht, sondern sie arbeitet auf der ihr zukommenden Rechtsgrundlage mit ganzem Erfolge an ihrer Vervollkommnung. Aber auch die Armee darf die Augen nicht geschlossen halten gegenüber den Gegensätzen, die in den Völkern mächtigen Widerhall finden. Sie muß trachten, die Gegensätze in ihrem eignen Organismus auszusöhnen, und maßgebende Angehörige der

Armee sind der Meinung, daß der Organismus der Armee gesund und kräftig genug ist, um sich ohne Gefahr in der gedachten Weise den Zeitströmungen anzupassen. Wir sind nach der Größe des Raumes und nach der Zahl der Bewohner eine Großmacht, die unter dem habsburgischen Zepter ein für Europa unentbehrliches Staatengebilde darstellt. Es ist sehr leicht, in Friedenszeiten von Herabsetzung der Militärlasten zu sprechen. Wenn aber der schwere Augenblick kriegerischer Verwicklung kommt, dann wird es heißen: Warum ist dieses und jenes nicht geschehen? Warum hat der Kriegsminister nicht gesprochen? Wir hätten ihm ja das Militär bewilligt und dergleichen. Der Minister weist sodann zahlenmäßig nach, daß sowohl die Blut- als die Geldsteuer für Heereszwecke in Oesterreich-Ungarn geringer ist als in Deutschland und Frankreich, ja selbst als in Italien; daß Oesterreich-Ungarn an Militärlasten auf den Kopf ein Sechstel der Gesamtausgaben habe, während sie in Deutschland die Hälfte, in Frankreich ein Drittel, in Italien ein Viertel betrügen. Wenn gewisse Abrüstungspläne zur Ausführung kämen, würden die andern Staaten lange zu tun haben, bis sie auf den Standpunkt kommen, auf dem wir uns heute befinden. Andrerseits glaube ich, daß wir ein geschätzter Alliierter geblieben, obwohl in der Entwicklung des lebenden und toten Materials hinter andern Staaten zurückgeblieben sind.

Ferner spricht sich in derselben Delegation der gemeinsame Minister des Aeußern Graf Goluchowski über die auswärtige Politik der Monarchie also aus:

Was hat es für Nutzen, zu widerlegen, was gegen den Dreibund vorgebracht worden ist? Mit jedem Bündnis ist ein Risiko verknüpft, dieses ist aber nach beiden Seiten dasselbe. Wenn behauptet worden ist, daß der Dreibund so weit entwertet ist, daß kein Interesse mehr bestehe, an ihm festzuhalten, und daß die andern Bündniskonstellationen auch kein andres Ziel verfolgten wie der Dreibund, nämlich die Erhaltung des Friedens, so hat doch hier der Dreibund das Recht der Priorität zu beanspruchen, denn er bestand schon zu einer Zeit, in der von Bündniskonstellation keine Rede war. Der Dreibund hat in den achtziger Jahren die ernsteste Feuerprobe bestanden und sich als wirklicher Friedensfaktor erwiesen. Wenn man eine so bewährte Basis verlassen will, um einer unsichern Kombination nachzulaufen, so ist dies eine Politik der Unstetigkeit und des Abenteuers, zu der ich gewiß meine Hand nicht bieten werde. Ebenso zwecklos wäre es, unsre Politik in Algeciras neuerlich beleuchten zu wollen; die Anerkennung des Auslandes für unsre Vermittlung ist uns in so reichem Maße zuteil geworden, daß das, was hier vorgebracht wurde, vollständig widerlegt ist.

Auf die Abrüstungsfrage übergehend, bemerkt der Minister, die Sache sei an sich gewiß außerordentlich verlockend, die Regierung stelle sich ihr auch wohlwollend gegenüber, doch dürfte sie längere Zeit noch ein frommer Wunsch bleiben, der augenblicklich absolut keinen praktischen Nutzen habe. Der Minister kommt sodann auf den Streit mit Serbien zu sprechen und legt dar, daß Serbien durch Veränderung der Vertragsbasis einen Zustand geschaffen habe, der nicht widerspruchlos hingenommen werden konnte.

4. Juli. Bei der Beratung des außerordentlichen Heeresetats in der österreichischen Delegation spricht Graf Stürgkh die Ansicht aus, daß aus dem Zustandekommen der Wahlreform in

Oesterreich der Gemeinsamkeit vielleicht größere Gefahren drohen würden als von der jenseitigen Reichshälfte. Es sei fraglich, ob die aus dem neuen Hause entsandte Delegation das gemeinsame Budget bewilligen werde. — Zum Marinebudget betont der Marinekommandant **Graf Montecuculi**, daß sich das Stärkeverhältnis der österreichischen Marine gegenüber den Flotten der andern Großmächte fortdauernd verringere, da diese namentlich in den beiden letzten Jahrzehnten ihre Flotten rapid ausgestaltet hätten. Die österreichische Schlachtflotte bedürfe dringend der Erneuerung und des Ersatzes für untaugliche Schlachtschiffe. In dem nächsten Budget würden aus diesem Grunde Kredite für drei Schiffe zu 14000 Tonnen und mehrere schnelle Kreuzer angefordert werden. Die Erneuerung der Torpedoflottille dürfte 1908 beendet sein. Er betont sodann die Notwendigkeit, eine Flottenbasis im Zentrum Dalmatiens zu schaffen, und erklärt Sebenico hierfür am besten geeignet.

7. Juli. In der ungarischen Delegation wird eine Anfrage über den Grund der Einstellung der Handelsvertragsverhandlungen mit Serbien gestellt. Regierungsseitig wird erwidert, die Verhandlungen seien eingestellt, weil es sich herausgestellt habe, daß Serbien sich infolge der mit Bulgarien angeblich abgeschlossenen Zollunion auf ganz andrer Grundlage befand, als bei der Eröffnung angenommen wurde. Die baldige Beendigung des Zollkriegs hänge ganz von Serbien ab, da dessen Antwort die heutige Lage heraufbeschworen habe. — Die österreichische Delegation spricht den Wunsch aus, daß die Vertreter Oesterreich-Ungarns auf der nächsten Haager Konferenz angewiesen werden, sich in fördernder Weise an der Erörterung etwaiger Anträge auf eine allmähliche Einschränkung der militärischen Rüstungen sämtlicher Staaten zu beteiligen.

II.

Handelsvertragsfrage unter den Reichshälften.

8. September. In Pest beginnen die Ausgleichsverhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung. Die hauptsächlichsten Streitpunkte sind folgende:

Ungarn fordert, daß das Handelsbündnis durch einen Handelsvertrag ersetzt werde, sowie daß es über seine Verzehrungssteuern selbständig verfügen könne; Oesterreich verlangt Teilung der bisherigen gemeinsamen Zolleinnahmen nach dem Orte der Erhebung. Ungarn fühlt sich ferner durch die Handelsverträge geschädigt, da die Zollerhöhung auf die landwirtschaftlichen Produkte nicht zur Geltung komme, während die österreichischen

Industrieprodukte den Vorteil der Schutzzölle genössen. Ungarn hält jedoch an den Handelsverträgen fest. Ungarn will ferner den Beitrag zur gemeinsamen Staatsschuld durch Kapitalrückzahlung ablösen; strittig ist aber die Höhe des Zinsfußes, zu dem die Ablösung des Kapitals berechnet werden soll. Oesterreich fordert schließlich Erhöhung der ungarischen Quote.

III.

Wechsel von Reichsministern.

24. Oktober. Der Reichsminister des Aeußern Graf Goluchowski tritt von dem seit dem 18. Mai 1895 bekleideten Amte zurück und erhält zum Nachfolger den 52jährigen bisherigen Botschafter in Petersburg, Freiherrn v. Aehrenthal, Großgrundbesitzer in Böhmen. Gleichzeitig wird der Reichskriegsminister Feldzeugmeister Ritter v. Pitreich durch den bisherigen österreichischen Landesverteidigungsminister Schönaich ersetzt.

27. Oktober. An des letztern bisherige Stelle wird der Feldzeugmeister Latscher v. Lauendorf ernannt.

IV.

Zweite Tagung der Delegationen.

25. November. Der Monarch empfängt die Mitglieder der Delegationen in Ofen und erklärt auf die Begrüßung, daß auch künftighin das herzliche Verhältnis zu den Verbündeten und das stete Einvernehmen mit Rußland bezüglich des Balkangebiets sowie die Pflege von durchaus freundschaftlichen Beziehungen zu allen andern Mächten die Richtschnur für die österreichisch-ungarische Politik sei. — Das vorgelegte gemeinsame Budget für 1907 weist ein Reinerfordernis von 367677273 Kronen auf. Das Heeresordinarium fordert 291,1 Millionen, das Heeresextraordinarium 13,7 Millionen. Die Forderung im Ordinarium der Kriegsmarine beträgt 42,8, im Extraordinarium 2,5 Millionen.

In der ungarischen Delegation erklärt Hollo namens der Kossuthpartei, die Delegation sei eigentlich nur ein Ausschuß des Reichstags. Dessen Empfang durch den König unter Abhaltung einer Thronrede sei geeignet, den staatsrechtlichen Charakter dieses Ausschusses in falschem Lichte erscheinen zu lassen und die Delegation als eine Art Zentralparlament hinzustellen. Redner beanstandet ferner, daß der gemeinsame Minister des Aeußern mit dem ständigen Vorsitz im gemeinsamen Ministerrat betraut sei, was diesem einen unberechtigten Vorrang vor dem ungarischen Minister verleihe.

In der österreichischen Delegation spricht der Präsident Fürst Lobkowitz die Hoffnung aus, daß es dem staatsmännischen Geschick des neuen Ministers v. Aehrenthal gelingen werde, die Großmachtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht nur zu erhalten, sondern auch zu kräftigen. Der Präsident begrüßt den neuen Kriegsminister und sagt, die Delegierten hofften in ihm einen Hort zu besitzen für die große gemeinsame, ungeteilte Armee Oesterreich-Ungarns.

4. Dezember. Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation gibt der neue gemeinsame Minister des Aeußern v. Aehrenthal eine Auseinandersetzung über die auswärtige Lage des Reichs:

Dieses unterhalte mit allen Faktoren der europäischen Politik freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen. „Mit Deutschland verbindet uns enge Freundschaft. Diese bildet nicht allein eine der wesentlichsten Bürgschaften des Friedens seit mehr als 25 Jahren, sondern sie kommt überhaupt dem europäischen Staatssystem zugute und wird auch in Zukunft den günstigsten Einfluß ausüben. Mit Italien unterhalten wir die herzlichsten Beziehungen. Die aufrichtigste Freundschaft besteht auch seit mehr als einem Jahrzehnt mit Rußland. Wir können mit Beruhigung einem weitern Zusammenwirken der Mächte entgegenblicken, das neben der Erhaltung des Friedens die Verbesserung der Lage der Bevölkerungen in der europäischen Türkei anstrebt. Auch mit den Westmächten stehen wir in den besten Beziehungen. Die Beziehungen zu der Türkei haben von jeher die größte Aufmerksamkeit erfordert." Redner kommt auf das Mürzsteger Programm zu sprechen und stellt fest, daß im Vergleich zu 1902 die Lage immer weniger ungünstig werde. Das Reich habe zu Rumänien freundschaftliche Beziehungen und hege für Bulgarien, Griechenland, Montenegro und Serbien, getreu dem Balkanprogramm, herzlichste Sympathien und aufrichtiges Wohlwollen. Leider sei das wirtschaftliche Verhältnis zu Serbien nicht normal, doch sei Serbien Gelegenheit geboten, auch dieses Verhältnis wieder normal zu gestalten.

10. Dezember. Im Ausschusse der österreichischen Delegation spricht der Minister v. Aehrenthal sich also aus: Die politische Lage hat sich in Europa gebessert. Wiewohl die Spannung noch nicht ganz gewichen ist, können wir der Zukunft mit mehr Zuversicht entgegensehen als vor einigen Monaten.

18. Dezember. Im Ausschusse der ungarischen Delegation erörtert der Finanzminister v. Burian die Zustände Bosniens und der Herzegowina mit der Erklärung, die Einführung der autonomen Einrichtungen könne nur stufenweise erfolgen.

21. Dezember. In der ungarischen Delegation werden bei Beratung des Budgets des Aeußern die neuesten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers begrüßt, durch die gewisse Empfindlichkeiten in Ungarn beseitigt seien. Minister v. Burian hebt hervor, die Erklärungen des italienischen Ministers Tittoni bestärkten in prächtiger Weise die Erklärungen Aehrenthals, und daß zwischen

beiden Miniſtern des Aeußern vollſtändige Identität der Auffaſſungen hinſichtlich aller beide Mächte betreffenden Angelegenheiten beſtehe. Mit Recht habe Tittoni darauf hingewieſen, daß in Oeſterreich-Ungarn niemand ernſtlich an die Möglichkeit eines Zuſammenſtoßes zwiſchen Deutſchland und England denke.

Rußland.

I.

Die Reichsduma.

2. Juli. Die am 10. Mai d. J. feierlich eröffnete Volksvertretung, genannt Duma, nimmt in Fortſetzung ihrer Beratungen einen Antrag auf Abſchaffung der Todesſtrafe an, obwohl der Juſtizminiſter ſie wegen der Entwicklung des Anarchismus für unentbehrlich erklärt hat.

5. Juli. Auf die Mitteilung eines Abgeordneten, er ſei von Poliziſten geſchlagen, wird von Aladjin erklärt, im Wiederholungsfalle könne man für die Sicherheit der vor der Duma erſcheinenden Miniſter nicht aufkommen. — Zur Linderung der Hungersnot werden 15 Millionen Rubel bewilligt.

9. Juli. In einem Berichte über die in Bjeloſtok vorgekommnen Unruhen heißt es, Polizei und Truppen ſeien dabei untätig geblieben; es ſei Pflicht der Duma, eine Miliz zu ſchaffen und ein Geſetz zu beſchließen, das den Soldaten geſtatte, offenbar ungeſetzlichen Befehlen ihrer Vorgeſetzten den Gehorſam zu verweigern.

17. Juli. In der Duma beginnen Verhandlungen über eine an das Volk zu richtende Erklärung, die ſich geradezu gegen die Regierung wendet und die Agrarfrage betrifft.

Ein Abgeordneter gibt der Befürchtung Ausdruck, daß ein ſolcher Aufruf, der lediglich eine Streitſchrift gegen das Miniſterium darſtelle, das Anſehen der Duma vermindern werde. Andre Redner weiſen auf die Notwendigkeit hin, daß die Duma mit dem Volke in direkte Verbindung trete. Graf Heyden wirft der Linken Mangel an politiſchem Sinn vor. Lednitzky beantragt, an das Volk ein Manifeſt zu richten. Die Reichsduma dürfe nicht warten, bis Dörfer und Städte in Flammen ſtünden und das ganze Land der Anarchie verfalle. Mehrere Redner ſuchen nachzuweiſen, daß der Appell der Duma nichts Revolutionäres in ſich ſchließe. Sie wolle nur der amtlichen Mitteilung entgegentreten, daß die Regierung ſich weigere, dem Prinzip der Zwangsenteignung von Grund und Boden zuzuſtimmen.

19. Juli. Wohl infolge eines Artikels der „Rossija“ „Die ausländischen Mächte und die Lage in Rußland“, in dem von einer Einmischung des Auslands die Rede war, ist in der Duma nicht mehr von einem Aufrufe an das Volk die Rede.

Petrunkewitsch verliest namens der Partei der konstitutionellen Demokraten eine neue Fassung der von der Duma abzugebenden Erklärung über die Agrarfrage, die in sehr gemäßigtem Ton gehalten ist. Redner führt aus, daß die Erklärung nichts mit einem Aufrufe zu tun habe und nicht in revolutionärem Sinne gemeint sei. Die befänden sich im Irrtum, die da meinten, daß die Duma neue unkonstitutionelle Wege einschlage, sie knüpfe vielmehr Beziehungen unmittelbar mit dem Volke an. Die konstitutionellen Demokraten suchten durch ihre Reden die Leidenschaftlichkeit herabzumindern. Petrunkewitsch sagt, die Duma könne nur den Weg der Gesetzgebung beschreiten, sie könne keine Aufrufe an das Volk richten, die das Volk den Kanonen aussetzen, während die Abgeordneten Unverletzlichkeit der Person genießen. Die Redner der äußersten Linken sagen, die Geduld des Volks sei zu Ende, die friedlichen Mittel hätten versagt. Wenn die Duma sich fürchte, einen entscheidenden Schritt zu tun, wie es ihrer Würde entspreche, werde das Volk das Vertrauen zur Duma verlieren. Der Antrag der Arbeitergruppe, das Volk aufzufordern, die Duma in ihrem Kampfe gegen das bestehende Regime zu unterstützen, wird abgelehnt. Ein Antrag Petrunkewitsch, der die Hoffnung ausspricht, daß das Volk ruhig bleiben und das Ergebnis der Arbeiten der Duma abwarten werde, wird angenommen.

Sodann drückt die Duma bei nochmaliger Besprechung der Unruhen in Bjelostok dem Ministerium ihren Unwillen aus. — Bei der Beratung über die Frage der Aufhebung des Kriegszustandes führt der Professor Schtschepkin aus: Odessa erhebe Beschwerde darüber, daß der Kriegszustand in Odessa fortdaure, der die einst blühende Stadt zugrunde richte. Die Küsten des Schwarzen Meeres würden bald der Schauplatz fürchterlicher Ereignisse sein. Die Bevölkerung Odessas wünsche das Fehlschlagen aller Pläne des Ministers des Innern Stolypin, der eine Gefahr für die Stadt sei; sie hofften, Entschädigung für die ihnen durch Stolypin bereiteten Verluste erlangen zu können, wenn Rußland ein vor der Duma verantwortliches Ministerium besitzen werde.

21. Juli. Auflösung der Reichsduma.

Ein Erlaß des Kaisers lautet: „Wir haben durch unsern Willen die Vertreter der Nation zu einem Werke gesetzgeberischen Schaffens berufen. Indem wir fest auf die göttliche Gnade vertrauten und an eine glänzende und große Zukunft unsers Volks glaubten, erwarteten wir von ihren Arbeitern Gutes für das Land. Wir haben auf allen Gebieten des nationalen Lebens große Reformen in Vorschlag gebracht, und wir haben es immer unsre Hauptsorge sein lassen, die Unwissenheit des Volkes durch das Licht der Bildung und die Lasten des Volks durch eine Erleichterung der Arbeitsbedingungen und der Bedingungen für den Landbesitz zu be-

seitigen. Eine grausame Prüfung hat unsre Erwartungen getäuscht. Anstatt auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu schaffen, entfernten sich die Vertreter des Volks aus dem Bereich ihrer Zuständigkeit und beschäftigten sich mit Untersuchungen über die Handlungen der auf unsre Anweisung eingesetzten Lokalbehörden und über die Unvollkommenheiten der Grundgesetze, die nur durch unsern Kaiserlichen Willen abgeändert werden könnten. Endlich unternahmen die Vertreter des Volks wahrhaft ungesetzliche Handlungen, wie den Aufruf an das Volk seitens der Duma. Die Bauern, die durch derartige Ungesetzlichkeiten beunruhigt wurden und auf eine gesetzliche Besserung ihres Schicksals warteten, gingen in einer Reihe von Bezirken zur offnen Plünderung, zur Zerstörung fremden Eigentums und zum Ungehorsam gegen das Gesetz und gegen die rechtmäßigen Behörden über. Aber unsre Untertanen müssen sich erinnern, daß die Besserung des Loses des Volkes nur möglich ist unter der Bedingung voller Ordnung und Ruhe. Wir werden keine willkürlichen oder ungesetzlichen Handlungen zulassen, und mit allen Machtmitteln des Staats werden wir unsern Kaiserlichen Willen den Ungehorsamen aufzwingen. Wir fordern alle gutgesinnten Russen auf, sich zu einigen, um die gesetzliche Macht zu unterstützen und den Frieden unsers teuern Landes wiederherzustellen. Möge die Ruhe im russischen Lande wiederhergestellt werden, und möge Gott uns helfen, die wichtigste unsrer Aufgaben, die Besserung des Loses der Bauern, zu verwirklichen. Unser Wille in diesem Punkte ist unerschütterlich, und der russische Arbeiter wird, ohne fremdes Eigentum anzutasten, da, wo die ländlichen Besitzungen zu klein sind, ein gesetzliches und rechtschaffnes Mittel erhalten, um seinen Landbesitz zu erweitern. Die Vertreter der andern Klassen werden auf unsre Aufforderung alle ihre Bemühungen aufwenden, um diese große Aufgabe, die von der zukünftigen Duma endgiltig im Wege der Gesetzgebung gelöst werden muß, zu verwirklichen. Indem wir die Duma auflösen, bestätigen wir unsre unabänderliche Absicht, diese Institution zu bewahren. In Uebereinstimmung mit dieser Absicht haben wir durch einen an den vollziehenden Senat gerichteten Ukas die Einberufung einer neuen Reichsduma auf den 5. März 1907 festgesetzt. Treue Söhne Rußlands, euer Kaiser ruft euch, wie ein Vater seine Kinder, euch mit ihm zu vereinigen, um unser heiliges Vaterland wieder gesunden zu lassen. Wir glauben, daß Riesen des Gedankens und der Tat erscheinen werden, und daß dank ihrer emsigen Arbeiten der Ruhm Rußlands erstrahlen wird. Nikolaus."

II.

Revolutionäre Reformbewegung und Maßregeln der Regierung.

11. Juli. Admiral Tschuknin, Oberkommandierender der Flotte im Schwarzen Meere, wird in Sebastopol ermordet.

14. Juli. Generalmajor Koslow wird in Peterhof ermordet.

15. Juli. Die Kosaken der Garnison Moskau erklären das Verhalten der Offiziere zu den Mannschaften für ungerecht und verwerflich und verlangen die Wahl einer Kommission zur Untersuchung aller durch Vorgesetzte verübten Mißbräuche. Ferner treten sie für die Forderungen des Volkes ein und verlangen unverzügliche Dekretierung sämtlicher bürgerlichen Freiheiten, Einberufung einer konstituierenden Versammlung.

18. Juli. Auf den General Totleben, Flügeladjutanten des Kaisers, Befehlshaber der dritten Kompagnie der Leibgardesappeure, wird in Schlüsselburg ein Mordanfall verübt. — Im Garderegiment zu Pferde in Krasnoje Selo brechen Unruhen aus. Die erste Schwadron weigert sich, Dienst zu tun, und stellt eine Reihe Forderungen, darunter die Entfernung des Kommandeurs der Schwadron sowie des Feldwebels. — Meuterei im Militär zu Tula, im Wilnaschen Regiment zu Warschau, in der Artillerie zu Shitomir und bei den Kosaken in Werchne-Uralsk.

21. Juli. In Moskau tagt ein Kongreß von 500 Vertretern des Bauernbundes, des Verbandes der Eisenbahner, Telegraphisten und Postbeamten sowie andrer sozialdemokratischer und sozialrevolutionärer Organisationen. Der Kongreß beschließt, im Falle eines gewaltsamen Vorgehns der Regierung gegen die Reichsduma, die letztere durch eine allgemeine Erhebung und einen gleichzeitig in ganz Rußland organisierten politischen Generalstreik zu unterstützen, der friedlich und, ohne zu den Waffen zu greifen, verlaufen solle. Der Generalstreik habe in Moskau und Petersburg zu beginnen und solle erfolgen auf Antrieb der Arbeiter bei den kommunalen Betrieben und Eisenbahnen. Die Arbeitermassen würden aufgefordert werden, vor Proklamierung des Ausstandes keinerlei Kundgebungen zu veranstalten, im entscheidenden Moment aber auf Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf neuer Grundlage hinzuwirken. — Der Kaiser enthebt den Ministerpräsidenten Goremykin seines Postens. An seine Stelle tritt der bisherige Minister des Innern Stolypin, der zugleich das Portefeuille des Innern behält.

23. Juli. Durch kaiserlichen Erlaß wird auf Grund des Artikels 99 der Staatsgrundgesetze die Einstellung der Tätigkeit des Reichsrats bis zum 5. März 1907 verfügt. Ein andrer Erlaß verhängt den Kriegszustand über das Gebiet der Donschen Kosaken. — Zwei Drittel der Mitglieder der aufgelösten Duma sowie ihr Präsidium sind zu Wiborg in Finnland versammelt. Die der Arbeitsgruppe angehörigen Mitglieder behaupten, noch immer das Recht zu haben, sich Volksvertreter nennen zu können, und wollen nicht vor der Wahl eines neuen Parlaments auseinandergehn. Der Gouverneur in Wiborg duldet aber keinen Versuch zur Bildung eines Rumpfparlaments. Die Versammelten beschließen in Wiborg folgenden Erlaß:

An das Volk von den Volksvertretern! Bürger des gesamten Rußlands! Durch Ukas vom 8. Juli ist die Reichsduma aufgelöst worden. Ihr habt uns zu euern Vertretern gewählt und uns beauftragt, Land und Freiheit zu erkämpfen. In Erfüllung euers Auftrags und unsrer Pflicht verfaßten wir Gesetze, um dem Volk die Freiheit zu sichern. Wir forderten die Entfernung der der Verantwortlichkeit baren Minister, die, indem sie ungestraft die Gesetze verletzten, die Freiheit unterdrückten. Zu allererst jedoch wollten wir ein Gesetz erlassen, betreffend die Verteilung von Land an die arbeitenden Bauern, nach dem zu diesem Zwecke Ländereien, die der Krone, der Apanagenverwaltung, den Klöstern und den Kirchen gehören, angewiesen werden und die Zwangsenteignung von im Privatbesitz befindlichen Ländereien vorgenommen werden sollte. Die Regierung fand, daß ein solches Gesetz unzulässig sei, und als die Duma nochmals dringend ihren Beschluß betreffend die Zwangsenteignung betonte, erfolgte die Dumaauflösung. Die Regierung verspricht, eine neue Duma nach sieben Monaten einzuberufen. Um ganze sieben Monate muß Rußland ohne Volksvertretung bleiben, um eine Zeit, wo das Volk am Rande seines Ruins steht, wo Industrie und Handel untergraben sind, wo das gesamte Land von Unruhen erfaßt ist, wo das Ministerium endgiltig seine Unfähigkeit bewiesen hat, den Bedürfnissen des Volkes gerecht zu werden. Sieben Monate wird die Regierung voll Willkür handeln und gegen die Volksbewegung ankämpfen, um eine fügsame und dienstbeflissene Duma zu bekommen. Wenn es der Regierung jedoch gelingen sollte, die Volksbewegung vollständig zu unterdrücken, wird sie gar keine Duma einberufen. Bürger! Steht für die mit Füßen getretnen Rechte der Volksvertretung und für die Reichsduma ein! Nicht einen Tag darf Rußland ohne eine Volksvertretung bleiben! Ihr besitzt die Mittel, um dies zu erlangen. Die Regierung ist nicht berechtigt, ohne Einverständnis mit der Volksvertretung vom Volke Steuern zu erheben und das Volk zum Militärdienst einzuberufen. Daher seid ihr jetzt, wo die Regierung die Duma aufgelöst hat, berechtigt, weder Geld noch Soldaten zu geben. Wenn die Regierung jedoch, um sich Geld zu verschaffen, Anleihen machen sollte, so sind derartige ohne Zustimmung der Volksvertretung gemachte Anleihen ungiltig. Das russische Volk wird sie niemals anerkennen und braucht sie nicht zu bezahlen. Gebt also bis zur Berufung der Volksvertretung keine Kopeke der Krone und keinen Soldaten der Armee. Seid standhaft in eurer Weigerung; euerm einigen unbeugsamen Volkswillen kann keine Macht widerstehn. Bürger! In diesem erzwungnen, doch unumgänglichen Kampfe werden eure Vertreter mit euch sein.

Der Erlaß wird von sämtlichen Anwesenden unterzeichnet, mit Ausnahme des Grafen Heyden und Stachowitschs.

24. Juli. Der Vizepräsident der aufgelösten Duma, Grodeskul, richtet an eine Anzahl Unteroffiziere in Südrußland folgenden Brief:

Die Zeit ist nahe, wo die Regierung die Armee nicht auf ihrer Seite finden wird. Die Armee ist nicht mehr dieselbe wie vor dem Kriege mit Japan. Wir wissen jetzt, für wen wir all das Elend und die Unwissenheit ertragen, worin wir leben. Mögen der Kriegs-, der Justiz- und der Minister des Innern wissen, daß wir Soldaten jetzt bewußt ein Teil der Nation sind und seine Sorgen wie seine Hoffnungen teilen. Es wäre besser, wenn die Offiziere uns jetzt nicht befehlen wollten, auf unsre Familien zu schießen.

Der Präsident des Ministerrats, Minister des Innern Stolypin, richtet an die Generalgouverneure, die Gouverneure, die Präfekten und an den kaiserlichen Statthalter im Kaukasus folgendes Telegramm: Gemäß den vom Kaiser erteilten Weisungen und zum Zwecke einer vollen Vereinheitlichung der Tätigkeit der örtlichen Behörden mache ich Ihnen davon Mitteilung, daß die Regierung von Ihnen eine unverzügliche, bestimmte Unterweisung der Ihnen unterstellten Behörden verlangt, damit die Ordnung schnell und sicher und ohne Mißgriffe wiederhergestellt wird. Ruhestörungen müssen unterdrückt, revolutionäre Anwandlungen mit allen Mitteln niedergehalten werden. Die gesetzlichen Maßnahmen, die Sie ergreifen, sind genau zu erwägen. Der Kampf richtet sich gegen die Feinde der Gesellschaft, nicht gegen die Gesellschaft selbst. Infolgedessen sind Unterdrückungsmaßnahmen in großem Stile nicht zu billigen. Ungesetzliche und unkluge Handlungen, die Unzufriedenheit statt Beruhigung schaffen, dürfen nicht geduldet werden. Die Absichten des Kaisers sind unerschütterlich. Die Regierung ist fest entschlossen, durch Beseitigung und Aenderung der alten, ihrem Zweck nicht mehr entsprechenden Gesetze auf gesetzlichem Wege Hilfe zu schaffen. Das alte Regime wird eine Verjüngung erfahren, doch muß die Ordnung vollständig aufrechterhalten werden. Sie müssen also in dieser Hinsicht eigne Initiative zeigen, da auf Ihnen die Verantwortung ruht. Ein entschiedner und energischer Wille, der sich in dieser Weise betätigt, wird von dem bessern Teile der Gesellschaft zweifellos unterstützt werden.

25. Juli. Der auf einem Kongresse der Sozialrevolutionäre in Moskau durch ausführliche Beschlüsse vorbereitete Generalstreik gilt als aufgegeben infolge von Beschlüssen einer Konferenz von Angehörigen der extremen Parteien in Moskau und Petersburg.

27. Juli. Es wird ein von Graf Heyden, Lwow und Stachowitsch unterzeichneter Wahlaufruf der „Partei der friedlichen Erneuerung“ veröffentlicht, in dem es heißt:

Wir sind uns dessen bewußt, daß, als wir in der Reichsduma für die Vergrößerung des Areals des bäuerlichen Landbesitzes eintraten, für die Gleichheit aller vor dem Gesetz, wir dabei bestrebt waren, die uns auferlegten Vollmachten zu erfüllen. Allein seitens des am Ruder befindlichen Ministeriums haben wir keine Unterstützung, sondern ein Entgegenwirken erfahren, das uns in einen Kampf gegen dasselbe hineinriß, bei dem eine gemeinsame Arbeit unmöglich wurde. Dem Kaiser war es genehm, im Ministerium einen Wechsel vorzunehmen und auf dem Wege neuer Wahlen zu einem neuen Dumabestande zu prüfen, wie weit unsre Erklärungen mit den wirklichen Wünschen des Volkes übereinstimmen. Durch Manifest hat der Kaiser es noch einmal bekräftigt, daß die konstitutionelle Ordnung in der russischen Monarchie bewahrt bleibt, daß die Volksvertreter einberufen und ihre Rechte nicht verkleinert werden. Daher ist unser erstes Wort an unsre Wähler ein Aufruf zur Ruhe und zum Entgegenwirken gegen jegliche Gewalt. Jegliche Gewaltakte, Unordnungen und Gesetzverletzungen erscheinen uns nicht nur verbrecherisch, sondern in der Zeit der Wirren, die wir durchleben, geradezu wahnwitzig.

31. Juli. Die ehemaligen Dumaabgeordneten der verschiednen revolutionären Parteien erlassen gemeinsam mit der außerhalb des Parlaments stehenden revolutionären Organisation einen Aufruf an die Bauern, in dem sie diese auffordern, sich Land zu nehmen und eine gewaltsame Revolution zu beginnen. — Der frühere Moskauer Dumaabgeordnete, Professor der Volkswirtschaft, Herzenstein, wird zu Terijoki in Finnland ermordet. — Aufruhr der Pioniere und Artilleristen in der finnländischen See-Festung Sweaborg, wo die Aufrührer sich dreier vorgelagerter Forts bemächtigen und von dorther die Festung beschießen. Vier Kriegsschiffe in voller Kriegsrüstung gesellen sich zu den Aufrührern.

1. August. Unruhen in Reval und Kronstadt, wo die Meuterer das Fort besetzen. — In Petersburg verteilen die Revolutionäre geheime Ansprachen, die eine an die Bauernschaft, die andre an Heer und Flotte. Die revolutionäre Organisation strebt hiernach einen Aufstand des Heeres in sämtlichen Hafenplätzen an. In Helsingfors und Sweaborg ist der Anfang gemacht worden, in Abo, Reval, Sewastopol, Odessa und Batum ist der Aufstand in den nächsten Tagen zu erwarten. — Die Besatzung des Panzerkreuzers „Pamjatj Asowa“ tötet ihren Befehlshaber und vier Offiziere. — Bei Warschau wird der Gehilfe des Gouverneurs, Generalmajor Markgrafski getötet.

2. August. Den Truppen des Generals Adlerberg und einigen Kriegsschiffen gelingt die Besiegung der Meuterer zu Sweaborg und Helsingfors. — In Tiflis werden neun meuternde Kompagnien unterworfen.

3. August. Die Meuterei in Reval wird unterdrückt. Ueber die letzten Meutereien schreibt die „Petersburger Ztg.“:

Das Erschreckende dieser letzten Ereignisse liegt darin, daß zwei Seefestungen und Flottenteile zu gleicher Zeit beinahe revoltieren, wobei verschiedne Waffengattungen der Flotte und des Heeres sich zusammenschließen. Dies beweist deutlich, daß nicht etwa ökonomische Forderungen der Grund der Soldatenunruhen sind, nicht die schlechte Behandlung durch Offiziere oder die unleidlichen Dienstverhältnisse. All dieses kann wohl den Boden vorbereiten, auf dem der Samen des Aufruhrs gedeiht, ist aber nie und nimmer die Ursache des Aufruhrs. Dieser liegt augenblicklich in sozialistisch-revolutionären Einflüssen, die sich in Armee und Flotte geltend machen. Man könnte dies mit absoluter Sicherheit behaupten, auch wenn man keine Beweise in Händen hätte und nicht die Proklamation gelesen hätte „Von Soldaten an Soldaten!“ Im Anschluß an den Aufruf der Exduma entstanden eine ganze Reihe von Blättchen, die das „Steht auf wie ein Mann!“ dem Heer und der Flotte mundgerecht machten. — Der Aufruhr im Heer! Man müßte annehmen, das sei das Ende. Denn es braucht sich nur ein energischer Mann an die Spitze der meuternden Truppen zu stellen, um einen Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken zu entfesseln. Doch wenn man den eben zu Boden geschlagnen Aufruhr in seinen Einzelerscheinungen beobachtet, so sieht man, daß die Gefahr eines Bürgerkrieges noch fern liegt. Nach wie vor sind die Soldatenmeutereien nicht zielbewußte Aufstände des Heeres oder einzelner seiner Teile, sondern es sind ziellose Ausbrüche disziplinloser, verrohteter Bauern in Soldatenuniform. Wie die Bauern, von unklaren Ideen aufgestachelt, von verbrecherischen Agitatoren geführt, plötzlich losstürmen und die Gutshöfe niederbrennen, so haben es auch immer wieder unsre Soldaten und Matrosen getan. Wie die Bauern haben sie tierische Roheiten begangen: die Offiziere wurden in kannibalischer Weise niedergemetzelt, Frauen nicht geschont, Raub und sinnlose Verwüstung begangen, wenn nur die Möglichkeit da war. Das sind keine Soldaten, das sind unkultivierte Wilde. Wie die Bauern sich ducken, sobald die Kosakenknute schwirrt, so sind auch die Aufrührer in Heer und Flotte bisher äußerst feig gewesen. Sie kämpfen ja auch nicht für eine Idee; woher sollten sie Mut und Kraft nehmen? Hervorragende Persönlichkeiten, die ihre Führer sein konnten, fehlen gleichfalls. So sehen wir denn überall dasselbe Bild: kurzer Widerstand, feige Flucht und Kapitulation, sobald es ernst zu werden droht. Kronstadt ist ein bezeichnendes Beispiel.

5. August. 800 Meuterer werden in Kronstadt hingerichtet.

6. August. Sämtliche Arbeiter in Moskau und Petersburg treten in den allgemeinen Ausstand, der jedoch nur drei Tage andauert.

11. August. Graf Heyden veröffentlicht in der „Nowoje Wremja“ die Gründe, die ihn, Gutschow und den Fürsten Lwow bewogen, den Eintritt in das Ministerium Stolypin abzulehnen. Dieser habe sich zwar mit den gestellten Bedingungen einverstanden erklärt, nachher seien sie aber auf Hindernisse gestoßen. „Wenn wir keinen Erfolg gehabt haben, so geschah es, weil es uns nicht gelang, die Regierung zu überzeugen, daß der Plan, uns zu bureaukratischen Ministern zu machen, keinen Sinn habe.“

15. August. Der Petersburger „Reichsbote“ meldet: Infolge der andauernden revolutionären Bewegung, zahlreicher räuberischer Ueberfälle und blutiger Zusammenstöße zwischen den verschiednen Nationalitäten befindet sich der ganze Kaukasus mit Ausnahme einzelner Kreise im Kriegszustande.

18. August. Erfolgloser Mordanfall durch Bomben auf den Generalgouverneur Skalon in Warschau. — In Reval werden zwanzig Matrosen wegen Meuterei erschossen.

25. August. Mordanschlag auf den Ministerpräsidenten Stolypin in dessen Villa. Durch Bombenwurf werden 28 Personen getötet. — Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht verschärfte Strafbestimmungen für Staatsverbrechen, die von Personen begangen werden, die sich im Militärdienst befinden. Es wird auf die Mitteilung dienstlich anvertrauter wichtiger Pläne und Dokumente sowie auf die Auslieferung von deren Kopien die Todesstrafe gesetzt.

26. August. Durch kaiserlichen Befehl wird die Bauernagrarbank zum Zweck der Vergrößerung des bäuerlichen Grundbesitzes beauftragt, den Verkauf einer Reihe von Ländereien an Bauern zu vermitteln. Ausersehen sind für diesen Zweck die landwirtschaftlich genutzten Apanageländereien, die nicht an Waldreviere grenzen, sobald deren Pachtverträge abgelaufen sind, ferner die Waldungen, die streifenweise an andern Besitzungen liegen oder von solchen umgeben sind, endlich in den Gouvernements Archangelsk und Wologda die Waldbezirke, die zum Verkauf an die Bauern für geeignet befunden werden. Von den Apanageländereien, mit deren Verkauf die Bauernagrarbank beauftragt wird, sind ausgeschlossen die Bezirke, denen Fabriken, Werkstätten und bergbaulichen Unternehmungen überlassen sind, ferner solche Teile der Apanagegüter, die mit landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und andern wertvollen Baulichkeiten ausgestattet sind, solche mit Gärten von hoher Kultur und solche, die sich für den bäuerlichen Betrieb nicht eignen, endlich die Apanageländereien der Krim, Transkaukasiens und die zum Bjelowjescher Walde gehörigen Ländereien.

27. August. General Min, Kommandeur des Leibgarde-Semenowschen Regiments, wird auf dem Bahnhof von Neupeterhof erschossen. — In Warschau wird General Wonljarlsjarski von Kugeln tödlich getroffen.

29. August. Von 8 Millionen Deßjätinen Land, das dem Apanagenressort gehört, darunter 5 Millionen Deßjätinen Wald, werden zum Verkaufe an Bauern durch Vermittlung der Bauernagrarbank über 1800000, größtenteils in den Gouvernements Samara, Saratow und Simbirsk gelegen, angewiesen.

30. August. Ein kaiserlicher Erlaß verlängert die Wirkung der bestehenden Gesetze, betreffend den Schutz der öffentlichen Sicherheit und den verstärkten außerordentlichen Schutz, auf die Dauer eines Jahres. Ein andrer Erlaß bevollmächtigt den Finanzminister, zur Deckung der Ausgaben für die Unterstützung der von Mißernte betroffnen Bezirke vierprozentige Rente im nominalen Betrage von 50 Millionen Rubel auszugeben.

1. September. Infolge der Zuchtlosigkeit von Matrosen und der Machtlosigkeit der Stadtbehörde kommt es in Libau zu einem Straßenkampfe. — Eine im Bezirke von Tiflis stattfindende armenische Volksversammlung bezeichnet sich als gesetzliche Volksvertretung und erklärt, daß sie verpflichtet sei, die Forderungen des Volks zu befriedigen und alle mit der armenischen Kirche verbundnen schuldadministrativen, ökonomischen, Vermögens- und andern sozialen Fragen zu lösen.

6. September. In Petersburg erfolgt eine Kundgebung der Regierung. Einerseits wird von ihr erklärt, mit der Einführung liberaler Reformen fortzufahren, andrerseits verschärfte Strafbestimmungen gegen revolutionäre Umtriebe schaffen und zu diesem Zwecke Kriegsgerichte in allen Ortschaften bilden zu wollen, die sich im Kriegszustande oder im Zustande des verstärkten Schutzes befinden. Die für die Juden bestehenden einschränkenden Bestimmungen werden teilweise aufgehoben. Den Provinzen werden größere Selbstverwaltungsbefugnisse zugestanden, in Polen und den baltischen Provinzen werden die Semstwos eingeführt. Schließlich sollen eine Einkommensteuer eingeführt und der Polizeidienst und andre öffentliche Dienstzweige reformiert werden. — In der Begründung dieser Maßnahmen wird gesagt:

Seit zwei Jahren hat die revolutionäre Bewegung eine außerordentliche Stärke erreicht, besonders zugenommen hat sie seit dem Frühjahr dieses Jahres; fast kein Tag vergeht ohne irgendein neues Verbrechen. Die Polizei erleidet täglich ungeheure Verluste. Diese Verbrechen zeigen deutlich, daß die revolutionären Organisationen darauf hinarbeiten, das ruhige Werk der Regierung zu hindern. Die Ziele der Regierung können wegen verbrecherischer Anschläge nicht geändert werden. Man kann die eine oder die andre Person ermorden, man kann aber die Idee nicht töten, von der die Regierung erfüllt ist. Es ist unmöglich, den auf Wiederherstellung der Möglichkeit, zu leben und in Freiheit zu arbeiten, gerichteten Willen der Regierung zu brechen. Die Verbrechen machen die Erreichung des Endziels schwierig; da aber die Erreichung dieses Zieles nicht von Zufälligkeiten abhängen darf, ist es durch das Staatsinteresse geboten, die Hindernisse zu beseitigen und mit allen Kräften der Lösung der gestellten Aufgabe zuzustreben. Die Verbrechen müssen ohne Zögern unterdrückt werden; wenn der Staat sie nicht unterdrückt, hat die Existenz des Staats jeden Sinn verloren. Die Regierung wird infolgedessen der Gewalttätigkeit ihre Macht entgegenstellen.

10. September. Heftige Straßenkämpfe in Warschau und Siedlce im östlichen Teile von Polen.

11. September. In neun Westgouvernements und in Polen werden die Verfolgungen und Strafen wegen geheimen Unterrichts aufgehoben, die eine Folge des Verbots der polnischen Sprache bei dem katholischen Unterricht waren. Gegenwärtig ist für den Religionsunterricht die Muttersprache der Schüler und in den Vorschulen der polnische Sprachunterricht gestattet.

13. September. Die Abhaltung eines geplanten Kongresses der Kadettenpartei (kons.-demokr.) wird vom Ministerium verboten, weil während des Kongresses sicherlich revolutionäre Reden gehalten werden würden, was während der augenblicklichen aufregenden Lage unzulässig erscheine. Wenn dies verhindert werden könnte, wäre ein Kongreß nur wünschenswert. Das Zentralkomitee der Kadettenpartei will sich jedoch auf keine Bedingungen oder Vorschriften einlassen.

15. September. Tod des Generals Trepow in Peterhof, Palastkommandanten des dortigen kaiserlichen Palastes. Er war früher viel angefeindeter Oberpolizeimeister in Moskau, dann Generalgouverneur von Petersburg.

16. September. Ein kaiserlicher Befehl setzt für hartnäckige Weigerung, der Wehrpflicht zu genügen, als Strafen den Verlust der persönlichen und Standesrechte bei Einstellung in die Korrektions- und Arrestantenabteilungen auf vier bis sechs Jahre oder den Verlust der Standesrechte allein, verbunden mit vier- bis sechsjähriger Zwangsarbeit, fest.

17. September. Der Zar genehmigt sämtliche Lehrfreiheiten und gibt den Lehrerinnen das Recht, in Zukunft in den Unterklassen der männlichen Mittelschulen zu unterrichten. Das Verbot der geheimen Lehre der nichtrussischen Muttersprachen wird aufgehoben. — Das Mitglied des Kriegsgerichts, Generalmajor Doroschewsky in Warschau wird durch Revolverschüsse verwundet.

19. September. In Warschau wird ferner der Artillerieoberst Nikolajew durch Revolverschüsse getötet.

4. Oktober. Der Ministerrat beschließt, die der Krone gehörenden Ländereien im Altaigebiete von Staats wegen zu übernehmen, um auf diese Weise Land für abwandernde Bauern zu schaffen. Der Staat zahlt dafür 49 Jahre hindurch 22 Kopeken für die Deßjätine an die Krone, die alle Rechte auf die in jenen Gebieten vorhandnen Mineralien behält. — Die Universitäten werden wieder eröffnet.

8. Oktober. Mordanfall mittelst Bombenwurf auf den Leiter der Garnison in Sebastopol. — Ein Kongreß der sogenannten

Kadettenpartei wird in Helsingfors eröffnet. 171 Delegierte sind anwesend, die 43 Gouvernements und vier Gebiete vertreten. Fürst Dolgorukow führt den Vorsitz. Das Komitee des Kongresses legt den Entwurf einer Erklärung vor, in dem der obige am 23. Juli in Wiborg beschlossene Aufruf gutgeheißen, aber der gegenwärtige Augenblick zur Durchführung des passiven Widerstandes als nicht geeignet bezeichnet wird. Die nächste Aufgabe der Partei sei die Vorbereitung auf die Wahlkampagne, als deren Grundlage die Antwort der Duma auf die Thronrede dienen müsse. Ueber diesen Entwurf kommt es im Kongresse zu heftigen Erörterungen. Die Opposition gegen den Entwurf ist geteilter Ansicht. Der Redner Miljukow äußert, die Partei halte sich jetzt für berechtigt, zu bestätigen, daß sie die vor dem Zusammentritt der Duma aufgenommenen Auslandsanleihen nicht anerkenne.

11. Oktober. Der Kongreß der Kadettenpartei nimmt die von seinem Komitee beantragte Erklärung an, in der ein passiver Widerstand für unmöglich bezeichnet wird.

12. Oktober. Das vereinigte Moskauer und Petersburger Zentralkomitee des Oktoberverbandes veröffentlicht folgende Entschließungen:

Der Verband bleibt streng auf den Grundlagen des Manifestes vom 30. Oktober, stellt sich nicht unbedingt auf die Seite des Kabinetts, doch sieht er unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Vorgehn des Kabinetts nicht einen Verstoß gegen die Grundsätze der Partei. Der Verband ist gegenwärtig die einzige weiter organisierte konstitutionelle Partei. Die Kadetten haben in der Duma und nach ihrer Auflösung zu revolutionären Mitteln gegriffen. Einen Ausweg aus der gegenwärtigen bedrohlichen Lage des Landes sieht der Verband in der Wahl einer Volksvertretung, die nicht nur den Willen, sondern auch das Verständnis zur Schaffung und Festigung konstitutioneller Ordnung und bürgerlicher Freiheit besitze.

14. Oktober. Der in Kiew versammelte Kongreß des Verbands russischer Leute erklärt dem Kaiser telegraphisch, daß die Selbstherrschaft das einzige Unterpfand für die Festigkeit des russischen Reichs und für das Wohlergehn der Untertanen sei. In einem Telegramm an Stolypin betont der Kongreß, die Einführung des Standrechts und das Verbot der Beteiligung der Staatsbeamten an den Parteien der Opposition diene den „Russischen Leuten" zum Beweise, daß der Präsident des Ministerrats den Kampf gegen die Wirren energisch führen werde.

18. Oktober. Der Ministerpräsident teilt dem Stadthauptmann von Moskau mit, er habe es für möglich gefunden, die Universität wieder zu eröffnen im Vertrauen auf die moralische Autorität des Professorenkollegiums und darauf, daß dieses imstande sein werde, die

Jugend zu überzeugen, daß der Professorenrat der Wahrer ihrer Interessen sei.

20. Oktober. Ein kaiserlicher Erlaß verfügt, daß sofort allen russischen Bauern ohne Unterschied der Abstammung, jedoch mit Ausnahme der sibirischen Fremdvölker, hinsichtlich des Staatsdienstes gleiche Rechte zuerteilt werden. Ferner wird die Bestimmung aufgehoben, wonach Bauern beim Eintritt in höhere Schulen und den Staatsdienst aus der Bauerngemeinde ausgeschlossen werden; den Bauern wird freie Wahl ihres Wohnsitzes anheimgestellt, und sie erhalten unbefristete Pässe. Schließlich verfügt der Erlaß, daß vom 1./14. Januar 1907 an die Bestimmungen über die Seelensteuer, über die gegenseitige Haftung für die Steuerentrichtung, über die Teilung des Familiengutes und andre Sonderregeln des Bauernrechts aufgehoben werden.

29. Oktober. In Petersburg nimmt eine Versammlung von etwa 4000 Studenten, die durch Absingen der Marseillaise eingeleitet wurde, in der Universität eine in schroffen Ausdrücken verfaßte, von der sozialdemokratischen Gruppe in Vorschlag gebrachte Erklärung an. — Kaiserlicher Erlaß über die Ermäßigung der Zahlungen für die Darlehnsnehmer der Staats-, Bauern- und Agrarbank und für zum Verkauf an die Bauern bestimmte Kronländereien.

8. November. Die Partei der friedlichen Erneuerung veröffentlicht eine an die Reichsdumawähler gerichtete Kundgebung, in der es heißt:

Die Hauptaufgabe der Partei ist der entschiedne Kampf gegen die beiden zersetzenden Kräfte, die das Werk der Wiederaufrichtung des Vaterlands verhindern, nämlich die Ueberreste des alten Verwaltungssystems und die revolutionäre Anarchie der extremen Parteien. Die Partei unterscheidet sich dadurch von den andern Parteien, daß sie gegen jegliche Verständigung mit den extremen Parteien und ein unversöhnlicher Gegner jeder verfassungsfeindlichen Regierung ist. Wir müssen die Willkür durch das Recht ersetzen. Die gegenwärtige Regierung bekämpft die revolutionäre Bewegung durch revolutionäre Mittel. Deshalb besteht zwischen unsrer Partei und dem gegenwärtigen Ministerium völliger Gegensatz.

24. November. Zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die der nach dem 1. Januar 1907 bevorstehenden gänzlichen Beseitigung der Ablösungszahlungen dem freien Austritt von Bauern aus einer Dorfgemeinde und dem Erwerb ihres Landesteils als Privatbesitz entgegenstehn, ergänzt ein kaiserlicher Erlaß die Bauerngesetze durch einige neue Bestimmungen. Jeder Bauernwirt, der auf der Grundlage des Gemeindebesitzes Landanteile besitzt, ist nunmehr jederzeit berechtigt, seinen Landanteil als Privatbesitz zu erwerben. Die

Bauernwirte, die Landanteile als Privatbesitz erwerben, behalten das Nutznießungsrecht auf die Gemeindeheuschläge, Wald, Weiden usw.

26. November. Bombenangriff auf General Dawydow in Feodosia.

10. Dezember. In Petersburg wird eine von mehreren Tausend Personen besuchte Versammlung des Verbandes der „wahrhaft russischen Leute" abgehalten; hohe Geistliche weihen unter großer Begeisterung die Fahnen. Dem Weihakte folgen begeisterte Hochrufe auf den Kaiser und die kaiserliche Familie und feindliche Kundgebungen gegen die Revolutionäre, denen die Schuld an Rußlands Niederlage zugeschrieben wird. Ein Priester bezeichnet die Duma als Eiterbeule, die wieder zu wachsen drohe. Die Versammlung schließt mit Rufen: Nieder die Konstitution!

15. Dezember. Bombenangriff gegen den frühern Moskauer Generalgouverneur Dubassow. — Versammlung in Moskau zur Auseinandersetzung zwischen den Oktobristen und den antinationalen Kadetten.

19. Dezember. Der Oberpolizeimeister in Lodz wird durch Bombenwurf verwundet.

22. Dezember. Das Mitglied des Reichsrats Graf Ignatiew, früher Gouverneur von Kiew, Wolhynien und Podolien, wird in Twer aus politischen Gründen ermordet.

23. Dezember. Der Gouverneur des Bezirks Omsk, General Litwinow, wird ebenfalls aus politischen Gründen ermordet.

31. Dezember. Am Jahresschlusse urteilt eine der angesehensten Zeitungen, die „Nowoje Wremja", also: „Die Lage des Reiches nach außen ist seit dem Kriege überaus geschwächt, und in Wirklichkeit leben wir sozusagen von der Gnade der Nachbarn, die unsre Schwäche nicht dazu ausnutzen, unser Gebiet und die Herrschaft an sich zu reißen. Die innern Zustände im Lande bedrohen die Aufrechterhaltung der Einheit und Gesamtheit des Staates."

III.

Die baltischen Provinzen.

7. Juli. In Riga wird ein „Deutscher Verein in Livland" begründet, wozu 65 Vertreter der 12 Ortsgruppen anwesend sind. Es stellt sich heraus, daß die Errichtung eines ganzen Netzes von Elementar-, Bürger- und Mittelschulen als gesichert anzusehen ist.

Die Versammlung legt auch Gewicht auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß der baltischen Deutschen und faßt in dieser Hinsicht folgenden Beschluß:

In Ansehung der überaus bedrängten Lage der deutschen Bevölkerung in allen Zweigen des Erwerbslebens und namentlich auch des deutschen Handwerkerstandes und der deutschen Arbeiter und der großen Gefahr, die dem Fortbestande des Deutschtums durch die terroristische Unduldsamkeit der andern Nationalitäten erwächst, erkennt die Versammlung als eine der vornehmsten und dringendsten Aufgaben des Deutschen Vereins an, durch sofortige, auf breitester Grundlage durchzuführende Organisation der Stellenvermittlung eine materielle Sicherstellung und Stärkung der deutschen Bevölkerung ins Werk zu setzen. Dementsprechend beauftragt die Versammlung den Verwaltungsrat, von sich aus mit Hilfe der Ortsgruppen eine Kommission zu ernennen, die ungesäumt einen Organisationsplan auszuarbeiten und dem Verwaltungsrat zur Beschlußfassung vorzulegen habe. Der Verwaltungsrat soll dafür Sorge tragen, daß die Organisation der Stellenvermittlung hierauf sofort in Tätigkeit trete.

Im August. In Livland und Kurland mehren sich wieder die bewaffneten Raubüberfälle. Das Zentralkomitee der lettischen sozialrevolutionären Partei wendet sich in einer Ansprache gegen gewisse von der Polizei ergangne Verordnungen, die die friedliebende Bevölkerung vor den Gewalttaten der Revolutionäre schützen sollten:

Unter Todesdrohungen wird den Pastoren verboten, „die Freiheitskämpfer zu schmähen", den Lehrern, die Stellen der geflüchteten und entlassenen Kollegen einzunehmen, und den Arbeitern, an die Stelle der entlassenen Hofknechte zu treten. Strafen werden ferner den Pächtern angedroht, die ihre Arbeiter „vertrieben", das heißt wegen revolutionärer Umtriebe entlassen haben. Den Gemeindeältesten wird vorgeschrieben, die „Freiheitskämpfer", die vom Militär und der Polizei gesucht werden, zu verbergen usw.

3. September. In festlichen Weiheakten werden die Landesgymnasien Birkenruhe für Livland, die Domschule in Reval für Estland, das Gymnasium in Goldingen für Kurland neu eröffnet.

22. September. Bombenanfall auf den Generalgouverneur Sollohub in Riga.

Ende September. Trotz des Kriegszustandes und der Tätigkeit der Feldgerichte schreitet die revolutionäre Bewegung vorwärts. Ein Blatt in Mitau meldet die Vereinigung der lettischen Sozialdemokraten mit der russischen Arbeiterpartei. Eine Kommission in Riga leitet die Waffenverteilung. — Dagegen verbreiten die baltischen deutschen Blätter einen Aufruf an die deutsche baltische Jugend, in dem es heißt:

Deutsche Volksgenossen, die ihr in der Blüte der Jahre steht und einen wehrhaften Arm habt, sollen wir, diesem Abschaum der Menschheit weichend, das Land unsrer Väter verlassen oder uns wehrlos hinmorden lassen? Wir wenden uns an euch mit dem Ruf: Kommt und helft uns! Wir

wollen und können die Heimaterde, für die unsre Väter ihr Blut und ihren Schweiß vergossen, nicht aufgeben. Kommt und schützt Eltern und Geschwister, Volksgenossen und alle die, die für Gesetz und Ordnung in unserm Lande stehen!

22. November. Der neue baltische Generalgouverneur Baron Möller-Sakomelski erklärt durch Tagesbefehl, daß Titel und Rechte eines Generalgouverneurs in den baltischen Provinzen ihm allein zukämen. Er enthebe daher den General Boekmann der Pflichten des kurländischen, den General Pychatschew der des estländischen Generalgouverneurs, und verbietet auch das Anzünden von ländlichen Gebäuden als Strafe gegen aufrührerische Bauern.

IV.

Finnland.

23. Juli. Der Zar unterzeichnet einen Erlaß, durch den in Finnland das allgemeine Wahlrecht eingeführt und gleichzeitig den Frauen dasselbe Wahlrecht wie den Männern zugestanden wird.

Die neue Volksvertretung bildet ein Haus von 200 Abgeordneten, das auf Grund direkter und allgemeiner Wahl nach dem Proportionalsystem gewählt werden wird. Wahlberechtigt sind alle Finnländer, die das fünfundzwanzigste Lebensjahr erreicht haben, einschließlich der weiblichen Bevölkerung. Die Wählbarkeit ist durch keinerlei Vorschrift beschränkt. Eine Verletzung der Wahlfreiheit wird durch Gefängnisstrafe geahndet, und jede Beeinflussung seitens der Behörden zieht Amtsenthebung der entsprechenden Beamten nach sich. Den Volksvertretern ist auf die Dauer der Session Immunität zugesichert. Die übrigen parlamentarischen Einrichtungen sind konform mit denen andrer Länder mit liberaler Verfassung. Gesetzeskraft erlangen die Beschlüsse des Hauses durch die Sanktion des Zaren als Großfürsten von Finnland.

Ende Juli. Der Zar gewährt Amnestie für alle Vergehen, die von Stadtverwaltungen und Privatpersonen während der Russifizierungsperiode begangen wurden. Ein Erlaß hebt alle Strafen auf, die der frühere Generalgouverneur über die widerspenstigen Finnländer verhängte. Am meisten hatte das Wehrpflichtgesetz Anlaß zum Widerstand gegeben. Die Kommunen weigerten sich, Aushebungskommissionen zu ernennen, und viele Wehrpflichtige erschienen nicht zur Aushebung. Auch viele Beamte hielten an den finnischen Gesetzen fest und ließen die russischen Verordnungen unbeachtet. Gegen diese Beamten soll ebenfalls keine Strafverfolgung eintreten; ferner können die Finnländer, die ins Ausland geflüchtet sind, ungehindert zurückkehren.

5. August. Der finnische Senat befiehlt allen Gouverneuren des Großfürstentums, die sogenannte Rote Garde aufzuheben.

Diese Einrichtung hatte sich während der finnischen Revolution im Oktober vorigen Jahres gebildet und hatte die Aufgabe, für Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen, denn damals kam es den Finnländern nur auf Wiedergewinnung ihrer politischen Freiheiten an. Nach Wiedereintritt ruhiger Zustände wurde jedoch die aus Arbeitern bestehende Rote Garde nicht aufgelöst, sondern in ganz Finnland organisiert, angeblich immer noch, um für Ruhe zu sorgen. Aber nach Ausbruch der Militärmeuterei nahm sie für die Aufrührer Partei, vernichtete Eisenbahngeleise und forderte zum Generalstreik auf. Finnland hat längst kein einheimisches Militär mehr, und russische Truppen sind nur in geringer Zahl vorhanden. Die Rote Garde ist aber recht zahlreich; sie zählt allein in Helsingfors etwa 15000 Mann, und alle andern größern Plätze haben ebenfalls ihre Garde. Sie erklärte, daß sie das in Vorbereitung befindliche Gesetz über Versammlungsrecht nicht anerkennen würde. Ebenso wollte sie bei allen Veranstaltungen, bei denen die Rote Garde die Aufrechterhaltung der Ordnung übernimmt, keine Polizei dulden. Die gerichtliche Untersuchung der Vorgänge in Sweaborg hat ergeben, daß die Initiative zu dem Aufstand von russischen Revolutionären ausgegangen ist, und daß sich dann die Rote Garde an der Organisation beteiligt hat. Schon Anfang Mai war ein Geheimvertrag mit den Leitern des finnischen Umsturzes abgeschlossen, in dessen Verfolg dem „Hauptquartier" der Roten Garde mit besondrer Dringlichkeit ans Herz gelegt wurde, die Aufmerksamkeit ihrer Anhänger auf eine planmäßige Bearbeitung der nach Helsingfors und den übrigen Städten verlegten Truppenteilen hinzulenken.

6. August. Aus Anlaß des Militäraufstands in Sweaborg erlassen die finnländischen Volksvertreter eine Kundgebung. Sie sprechen ihre Ueberzeugung dahin aus, daß das finnländische Volk sich von jeder aktiven Einmischung in den jetzt in der russischen Gesellschaft stattfindenden Kampf auf das peinlichste enthalten muß. Der Kampf des russischen Volkes um seine Freiheit hat in unserm Volke die tiefsten Sympathien hervorgerufen, doch haben wir kein Recht, uns in denselben einzumischen. Unsre besondre Aufgabe verpflichtet uns, unsre selbständige nationale Entwicklung und unsre gesetzliche alte Freiheit zu beschützen, die eine unentbehrliche Bedingung für die erstere ist.

17. September. Der außerordentliche finnländische Landtag wird nach neunmonatlicher Dauer vom Generalgouverneur durch Verlesung einer Rede geschlossen, in der der Zar seinen Dank für die Mitberatung von Gesetzen ausspricht.

25. Dezember. Der Kaiser genehmigt ein Gesetz über die Beamten, wonach der Senat das Recht erhält, die in der Russifizierungszeit entlassenen Beamten in ihre Aemter wieder einzusetzen.

Frankreich.

I.

Erſte Tagung der Kammern.

1.

Amneſtiefrage.

10. Juli. Die Deputiertenkammer berät die Amneſtiefrage. **Berry** erklärt, daß die betreffenden Perſonen nicht eine Amneſtie wünſchten; die Regierung ſolle eingeſtehn, einen Scheinanſchlag angezettelt zu haben. **Pion** iſt für die Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens; eine Amneſtie könne nur Schuldigen zuteil werden, nicht Angeſchuldigten, die möglicherweiſe unſchuldig ſeien; die Kammer ſolle den Angeklagten geſtatten, ſich zu verteidigen. Redner erſucht um Berufung des Staatsgerichtshofes. Der Juſtizminiſter **Sarrien** erklärt, daß die Amneſtie, die gutes Einvernehmen zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herſtellen ſolle, ſich nicht auf die Briefträger, die einen Verſtoß gegen ihre Berufspflichten begangen hätten, erſtrecken dürfe. Der Sozialiſt **Conſtans** fordert Amneſtie für die entlaſſenen Briefträger. Miniſter **Barthou** erinnert an die Umſtände des Briefträgerſtreiks und ſagt, daß die Kammer nicht den Beamten, den Trägern eines öffentlichen Amtes, ein Recht zu ſtreiken einräumen könne; dadurch käme man zur Anarchie. Er übernähme die Verantwortung für die ergriffnen Maßnahmen und habe auf die entlaſſenen Beamten die wohlwollendſte Rückſicht genommen. Der Antrag Conſtans wird abgelehnt.

11. Juli. Berry zieht den Antrag, die wegen Verſchwörung Verurteilten von der Amneſtie auszuſchließen, zurück, nachdem Sarrien und Clemenceau dargelegt haben, daß wirklich eine Verſchwörung ſtattgefunden habe, die gerichtliche Feſtſtellung aber noch nicht abgeſchloſſen ſei.

12. Juli. Beratung der Amneſtievorlage im Senat. **Le Provoſt de Launay** bekämpft ſie, bringt die Tötung eines Leutnants durch Ausſtändige in Courrières zur Sprache und drückt ſein Erſtaunen aus, daß die Gerichte ſich mit der gar nicht beſtehenden Verſchwörung befaßt hätten. Miniſterpräſident **Sarrien** erklärt, daß die Gerichte ihre Schuldigkeit taten; er verſichert daß bedeutende Summen von politiſchen Parteien in der Komplottangelegenheit ausgegeben worden ſeien, und ſchließt mit der Erklärung: Durch die Amneſtie wollen wir die Ruhe im Lande wiederherſtellen. Der Senat erklärt darauf, daß die der Verſchwörung angeſchuldigten Perſonen von der Amneſtie ausgeſchloſſen werden ſollen, und nimmt die Vorlage an.

2.

Die direkten Steuern.

12. Juli. Die Deputiertenkammer berät über die vier direkten Steuern. Der Finanzminister Poincaré teilt mit, daß das Gleichgewicht des Haushalts dadurch hergestellt worden sei, daß er keinen Betrag für die Tilgung der Schuld eingesetzt habe. Das Budget für 1907 enthalte 91 Millionen neue Ausgaben, während die Einnahme 80 Millionen weniger als bisher aufweise, es mußten also neue Einnahmequellen erschlossen werden. Der Minister legt den Plan der Regierung betreffend die Einkommensteuer dar und erklärt, wenn die Kammer diesem Vorschlag nicht zustimme, werde er zurücktreten. Der Augenblick sei gekommen, wo die bisherigen vier direkten Steuern durch eine Steuer zu ersetzen seien, die alle Einkommen treffe.

13. Juli. Darauf spricht sich die Deputiertenkammer billigend über diesen Plan aus und genehmigt den Gesetzentwurf über die direkten Steuern.

3.

Gesetz über die Sonntagsruhe.

11. Juli. Die Deputiertenkammer genehmigt den vom Senat bereits angenommnen Gesetzentwurf über die obligatorische Arbeitsruhe für Arbeiter und Angestellte in Handel und Gewerbe.

Das Wesentlichste des Gesetzes besteht in folgendem:

Artikel 1 verbietet, ein und denselben Arbeiter oder Angestellten in gewerblichen oder kaufmännischen Betrieben länger als sechs Tage in der Woche zu beschäftigen, und zwar gleichviel, ob öffentliche oder private, weltliche oder religiöse Interessen in Betracht kommen, und selbst in dem Falle, daß es sich um Lehrlingsunterricht oder um wohltätige Veranstaltungen handelt. Die Mindestdauer des siebenten Ruhetages ist auf vierundzwanzig ununterbrochne Stunden festgesetzt. Artikel 2 bestimmt, daß der obligatorische Ruhetag grundsätzlich und in der Regel ein Sonntag sein soll. Nur wo das gleichzeitige Pausieren des gesamten Personals am Sonntag Nachteile für das Publikum oder Schädigung für den normalen Betriebsfortgang nach sich ziehn würde, kann die Ruhepause entweder ein für allemal oder nur zu gewissen Zeiten des Jahres in andrer Weise geregelt werden, und zwar durch Freigabe eines Wochentages an das ganze Personal oder durch Freigabe der Zeit von Sonntag Mittag bis Montag Mittag an das ganze Personal, oder auch durch Freigabe bloß des Sonntag nachmittags, aber mit Bewilligung eines ganztägigen Urlaubs in der Woche, der umschichtig alle vierzehn Tage außerdem noch zu erteilen ist; endlich durch umschichtige Beurlaubung entweder sämtlicher Betriebsangestellten oder nur eines bestimmten Teils des Personals.

4.

Rehabilitierung von Dreyfus und Picquart.

13. Juli. In der Deputiertenkammer legt der Kriegsminister **Etienne** die beiden Gesetzentwürfe vor, wonach **Dreyfus** und **Picquart** wieder ins Heer eingestellt werden sollen, und zwar Dreyfus als Major, Picquart als General, und wonach beide in die Liste der Anwärter auf den Orden der Ehrenlegion eingetragen werden sollen, nachdem der Kassationshof in seinem am 4. März d. J. begonnenen Revisionsprozesse ein freisprechendes Urteil gefällt hatte.

(Der frühere Hauptmann Dreyfus, dessen Angelegenheit lange Zeit in den öffentlichen Fragen des Landes vorherrschend gewesen war [s. Jahrg. 1898, Bd. 1, S. 328, Bd. 2, S. 225], hatte im Jahre 1899 nur eine halbe Rehabilitation erlangt. Am 22. Dezember 1894 vom Pariser Kriegsgerichte auf Grund von Beweisstücken, die sich nachher als gefälscht herausstellten, wegen Landesverrats zur Degradation und Deportation verurteilt, war er infolge der Ermittlungen des Obersten Picquart am 11. Januar 1898 von der Beschuldigung, das hauptsächlich belastende Schriftstück geschrieben zu haben, freigesprochen. Sodann war infolge des Auftretens des Schriftstellers **Zola** sowie von Verhandlungen der Deputiertenkammer, über die drei Kriegsminister zu Falle kamen, die Sache wieder an den Kassationshof gebracht, der am 3. Juni 1899 das Urteil des Pariser Kriegsgerichts von 1894 aufhob und sie zu anderweitiger Entscheidung an das Kriegsgericht in **Rennes** verwies. Dieses verurteilte den Dreyfus, der nach $4^1/_2$jähriger strenger Einzelhaft auf der Teufelsinsel an der Küste von Cayenne **zurückgeholt** war, am 9. September 1899 zu zehn Jahren Festungsgefängnis, worauf ihn Präsident Loubet **begnadigte**. Dreyfus aber wahrte sich das Recht, durch Wiederaufnahme des Verfahrens die **Anerkennung seiner Unschuld** zu erreichen, und erhob daher auch Einspruch gegen das 1900 von der Regierung vorgelegte Amnestiegesetz, durch das alle mit der Dreyfussache zusammenhängenden Prozesse niedergeschlagen und neue unmöglich gemacht werden sollten. Doch wurde dieser Einspruch zunächst nicht beachtet; vielmehr forderte die Kammer Ende Mai 1900 die Regierung auf, die Dreyfussache nicht wieder aufzunehmen. Das Amnestiegesetz wurde im Juni von beiden Kammern genehmigt. Hiernach aber hat doch wieder **die Abgeordnetenkammer** durch Einsetzung einer besondern Kommission dem erneuten Revisionsgesuch des Dreyfus die Wege geebnet und die **Wiederaufnahme** des gerichtlichen Verfahrens herbeigeführt. Darauf fällte am 6. März d. J. die Strafkammer des Kassationshofs das Urteil: Der Revision des Urteils gegen Dreyfus werde stattgegeben, und es werde die Eröffnung einer ergänzenden Untersuchung angeordnet, die von dem Kassationshofe selbst vorzunehmen sei. Vor diesem führte der Generalstaatsanwalt am 18. und 25. Juni d. J. aus, daß die Untersuchung von den dem Dreyfus zur Last gelegten Verbrechen nichts übrig gelassen habe, und daß sie zu dem Schlusse komme, die Verurteilung sei damals nur mittels ausgesprochner Verbrechen durchgesetzt worden, und am 12. Juli d. J. erfolgte die **Freisprechung**.)

Die Vorlage über die Wiedereinsetzung Picquarts wird darauf mit 477 gegen 37 Stimmen **angenommen**. — Hierauf nimmt die Kammer einen Beschlußantrag an, wonach den **Urhebern der Ur-**

teilsrevision Anerkennung ausgedrückt wird, die Urheber des Verbrechens, die durch den Spruch des Kassationshofs als solche öffentlich hingestellt seien, gebrandmarkt werden und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werde. — Vom Senate wird die Vorlage wegen der Rehabilitation des Dreyfus mit 183 gegen 80 Stimmen angenommen, worauf der Präsident sagt, er empfinde es als eine Ehre, daß er dies Ergebnis habe verkünden können, das das menschliche Gewissen befreie und einen schweren Mißgriff der Justiz wieder gut gemacht habe. Darauf wird mit 185 gegen 66 Stimmen der Entwurf über die Rehabilitation Picquarts angenommen. — Die Deputiertenkammer nimmt ferner einen Antrag Breton auf Ueberführung der Ueberreste Emil Zolas in das Pantheon mit 344 gegen 210 Stimmen an. — Schluß der Tagung.

II.

Der kirchenpolitische Streit.

Anfang August. Der Minister des Innern Clemenceau richtet an die Präfekten ein Rundschreiben:

Im Einvernehmen mit dem Kultusminister Briand weist er die Präfekten an, ihm Mitteilungen über Kongregationen und Kongreganistenschulen zu machen, die trotz der Gesetze von 1901 und 1905 fortbestehn, ohne dazu ermächtigt worden zu sein oder sich nach der Auflösung, was die Kongregationen betrifft, neu gebildet haben, und was die Schulen betrifft, unter einem andern Namen, aber in den gleichen Gebäuden wieder eröffnet, von den gleichen Personen, die ein andres Gewand tragen, im gleichen Geiste geleitet worden sind. Die Präfekten müssen dem Minister des Innern genauen Bericht über die in ihrem Amtskreise bestehenden religiösen Genossenschaften erstatten und auf Grund der Gesetze gegen die Kongregationen und die Kongreganistenschulen der Staatsanwaltschaft genaue Anzeige über Versäumnisse oder Ueberschreitungen machen, die zu ihrer Kenntnis gelangen.

3. September. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou hält bei der Einweihung der neuen Bahnlinie in Ribérac eine Rede, in der er sagt, das Trennungsgesetz gewähre ein sehr großes Maß von Freiheit und zugleich die besten Bürgschaften. In keinem Lande der Welt sei die Ausübung des Kultus in freierer, großartigerer Weise gesichert. „Als wir die Auflehnung der Geistlichkeit sahen, fragten wir das Land; dieses hat bei den letzten Wahlen einmütig die Antwort gegeben, indem es das Trennungsgesetz als eine vorzügliche Tat anerkannte und eine noch stärkere republikanische Mehr-

heit in die Kammer entsandte. Wie kann man da noch Zweifel hegen, ob wir das Gesetz, den Ausdruck des Willens der Nation, anwenden werden? Wir werden uns nie und nimmer zu irgendwelchen schimpflichen Verhandlungen herbeilassen, ebensowenig fürchten wir Drohungen; die republikanische Partei hat von uns weder Nachgiebigkeit noch Feigheit zu erwarten."

17. September. Zahlreiche französische Katholiken aller Gesellschaftsklassen erlassen einen Aufruf an die französischen Katholiken, in dem es heißt:

Frankreich sei in Gefahr, von dem Katholizismus in den Bann getan und eine Beute habgieriger Kongregationen zu werden, weil der Papst, an den die Klagen der französischen Katholiken und die Entscheidungen der Bischöfe nicht gelangen oder entstellt gelangen, den politischen Umtrieben fremder Parteien nachgegeben habe. Der Aufruf verlangt, daß die Katholiken sich zu einer Liga zusammenschließen, um gesetzliche Kultusvereinigungen zu gründen, denen keine geistliche Autorität religiöse Kultushandlungen zu versagen wagen werde, und die den Besitz der Kirchen und der Kirchengüter sicherstellen werden.

19. September. Veröffentlichung eines von den französischen Bischöfen in einer Konferenz vom 4. September in Paris beschlossenen, am 23. in allen Kirchen des Landes zu verlesenden Hirtenbriefs, in dem sie sagen:

Alle eure Bischöfe sind eng um den Heiligen Vater vereinigt inmitten der schmerzlichen Prüfung der Gegenwart und sind mit ihm nur ein Herz und eine Seele, um die Kirche und Frankreich zu lieben. Eure Priester stehn innig zu ihren Bischöfen in der vollständigen und hochherzigen Unterwerfung unter den Heiligen Vater und erklären sich offen zu allen Opfern bereit, um sich nach wie vor euern Seelen zu widmen. Der Heilige Vater hat, als er an uns eine Enzyklika richtete, die ihm von Gott zugewiesne Aufgabe erfüllt, die Wahrheit und die Verfassung der heiligen katholischen Kirche unversehrt zu erhalten. Diese Verfassung hat zur wesentlichen Grundlage die Autorität der mit göttlicher Kraft von Jesus Christus eingesetzten Hierarchie. Das Trennungsgesetz will der Kirche in Frankreich kraft der alleinigen Autorität der Zivilgewalt eine neue Organisation aufdrängen. Wenn auch in einem Artikel des Gesetzes der notwendige Grundsatz der katholischen Hierarchie enthalten zu sein scheint, so ist er doch nur in unbestimmten und dunkeln Ausdrücken angedeutet, während dieser Grundsatz in einem andern Artikel des Gesetzes, der im Fall eines Zwistes die oberste Entscheidung dem Staatsrat zuweist, das heißt der Zivilgewalt, dadurch völlig verkannt wird. Pius X. mußte das Gesetz notgedrungen verurteilen und anordnen, daß die Kultusvereinigungen, so wie das Gesetz verlangt, absolut nicht gebildet werden können, ohne die geheiligten Rechte, die mit dem Leben der Kirche selbst innig zusammenhängen, zu verletzen. Sodann wird darauf hingewiesen, daß der Papst gegen die Behauptung, er habe die Kultusvereinigungen abgelehnt, weil ihm die Republik verhaßt sei, mit Entrüstung protestiert habe, und fortgefahren: Wir schließen uns diesem Protest an. Wir haben keine politischen Interessen im Auge. Seit langen Jahren haben wir den Weisungen des Heiligen Stuhls entsprochen, der von uns verlangt hat, uns

in der Verteidigung der katholischen Kirche zu vereinigen, indem wir die Verfassung, die sich Frankreich gegeben hat, hinnahmen. Wir werden euch im entsprechenden Zeitpunkt die notwendige Weisung betreffend die Organisation des Gottesdienstes zukommen lassen gemäß den Umständen, die etwa eintreten werden. Wir wollen noch hoffen, daß Frankreich der religiöse Krieg erspart werden wird. Die französischen Katholiken verlangen, daß man ihnen nicht im Namen eines Gesetzes, das vorgibt, die Gewissensfreiheit und die freie Ausübung der Religion zu gewährleisten, eine ihrem Gewissen zuwiderlaufende Kirchenverfassung aufdrängt.

30. September. Der Minister des Innern Clemenceau erklärt in einer Rede zu Laroche sur Yonne: Das Trennungsgesetz, das aus der Notwendigkeit hervorging, die Gewissensfreiheit herzustellen, sei durch eine Kommission fremder Prälaten zurückgewiesen worden im Gegensatz zu der fast einstimmigen Ansicht des französischen Klerus. Die Kirche ziehe es vor, gegenüber dem Liberalismus der französischen Republik Aufruhr und Bürgerkrieg wiederaufleben zu lassen, während sie sich gleichzeitig den deutschen Härten unterwerfe. Die Regierung werde aber nicht zurückweichen und keinen fremden Eingriff in die Gesetzgebung dulden. — Der Ministerpräsident Sarrien hält in Louhans eine Rede, in der er auf die Vorteile hinweist, die das Trennungsgesetz der Kirche biete, Vorteile, die jedoch vom Klerus verkannt würden, der einem Einfluß gehorche, auf den er nicht näher eingehn wolle. Die Regierung werde das Gesetz ohne Bedrückung, aber auch ohne Schwäche anwenden, da sie nicht wolle, daß der Staat sich gebieterischen Forderungen der Kirche unterwerfe.

30. Oktober. Nachdem in einem Rundschreiben vom August bestimmt war, daß ein Pfarrer, wenn er ohne Auftrag einer Kultusgenossenschaft öffentlichen Gottesdienst abhalte, das Gesetz verletze und verhaftet werden müsse, so erklärt jetzt der Staatsrat, es sei das allgemeine Versammlungsrecht nach dem Gesetze von 1881 auch auf den Gottesdienst anzuwenden. Die einzige Formalität, die also die Priester, die keine Kultusgenossenschaft hinter sich haben, erfüllen müssen, besteht in einer einfachen Anzeige an die Behörde.

2. Dezember. Der Kultusminister Briand erläßt in einem Rundschreiben an die Präfekten Bestimmungen über die Kultusausübung in dem Falle, daß Kultusvereinigungen nicht gebildet worden sind.

Briand gesteht darin den loyalen Priestern das Recht zu, im Rahmen der Bestimmungen des Gesetzes von 1881 Gottesdienste abzuhalten, und erklärt sodann, daß die Kultusgebäude und das darin enthaltne Mobiliar ihrer frühern Bestimmung erhalten bleiben sollen, daß aber der Geistliche lediglich als ihr Inhaber ohne irgendein juristisch verfechtbares Besitzrecht anzusehen ist. Er soll keinerlei Verwaltungshandlungen vornehmen, noch auf Grund der Be-

nutzung der Kirchen oder der darin enthaltnen Gegenstände, die dem Staate oder Gemeinden gehören, eine Vergütung erhalten können. Dagegen darf er bei der Ausübung seines Amtes Spenden entgegennehmen. Die Gemeinden sollen unter gewissen Bedingungen sofort in den Besitz der Pfarrhäuser der Erzbistümer, der Bistümer und der großen Seminare und bedingungslos in den Besitz der kleinen Seminare treten.

8. Dezember. Die kirchlichen Blätter in Frankreich melden, daß eine Entscheidung des Papstes, wonach der Geistlichkeit untersagt wird, auf Grund des Versammlungsgesetzes von 1881 die Erklärung behufs Abhaltung des Gottesdienstes abzugeben, den Bischöfen übermittelt ist. Es heißt in der Mitteilung an die Bischöfe, der katholische Kultus sei schon lange genug in Frankreich bekannt, als daß es notwendig wäre, bei den Behörden eine Erklärung abzugeben. Die Geistlichkeit möge den Kultus wie bisher ausüben und geduldig die Maßnahmen abwarten, die die Regierung gegen die Katholiken ergreifen würde. Der Papst wolle vermeiden, daß durch Eindringen der Zivilgewalt in das religiöse Gebiet eine zweideutige Lage geschaffen werde. — Die Erzbischöfe von Bordeaux und Toulouse fordern ihre Geistlichen auf, behufs Ausübung des Gottesdienstes entsprechend dem Versammlungsgesetz von 1881 eine diesbezügliche Erklärung abzugeben.

11. Dezember. Das Trennungsgesetz tritt in Kraft. Die auf Grund desselben regierungsseitig geforderten Erklärungen abzugeben, wird von der Geistlichkeit auf Grund obigen Verbots des Papstes geweigert. — Der Kultusminister Briand richtet an die Präfekten ein Rundschreiben, wonach gegen Geistliche und andre Veranstalter von kulturellen Zusammenkünften, die die gesetzlich vorgeschriebne Erklärung nicht abgegeben oder eine ungenügende Erklärung gemacht haben, bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige zu erstatten ist. Die Regierung rechne auf die Festigkeit und die Wachsamkeit der Präfekten, damit dem Gesetze Achtung verschafft werde. — In allen Pariser Kirchen teilen die Pfarrer den Gläubigen mit, daß ihnen vom Erzbischof Weisung zugegangen sei, nach dem 11. Dezember Gottesdienst abzuhalten, ohne die vom Versammlungsgesetz vorgeschriebne Erklärung abzugeben, und daß Leichenfeiern und Hochzeiten so lange ohne jeden Zierat stattfinden würden, bis das staatliche Sequester auf den aus der Verwendung dieses Zierats herrührenden Nutzen verzichtet haben würde. — Der Erzbischof von Bordeaux verständigt die Geistlichen seiner Diözese mittels dringenden Rundschreibens, daß sie seinen Hirtenbrief, in dem ihnen die Abgabe der Erklärung empfohlen worden war, als null und nichtig anzusehen haben. — Die Staatsanwaltschaft in Paris sieht den päpstlichen Nuntius Montagnini als Mitschuldigen von Pfarrern der vier dortigen Kirchen an, gegen die Strafverfol-

gungen angestrengt sind, weil sie die Gläubigen zur Rebellion aufgefordert haben, indem sie am vergangnen Sonntag von der Kanzel herab den päpstlichen Anweisungen verschiedne Kommentare und Ratschläge hinzufügten. Der Nuntius protestiert als Italiener und Gesandter dagegen, wird aber genötigt, Frankreich sofort zu verlassen.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten der Republik genehmigt der Ministerrat folgende vom Kultusminister vorgeschlagne Maßnahmen: 1. Abschaffung der Pensionen und Unterstützungen der Geistlichen unter gewissen Bedingungen; 2. sofortige Liquidierung der Güter der öffentlichen Anstalten des katholischen Kultus; 3. Verfügung über die Pfarreien, bischöflichen Paläste und Seminargebäude; 4. die im Interesse der nationalen Sicherheit zu treffenden Anordnungen.

Der Kriegsminister teilt mit, daß sämtliche Seminaristen, die bis zum 29. d. M. nicht vorschriftsmäßig bestätigte Zeugnisse beigebracht haben, vom 7. Januar ab zu ihren Regimentern einberufen werden sollen. Diese Maßregel werde ungefähr 5500 Seminaristen betreffen.

12. Dezember. Die Bischöfe, die bisher in staatlichen Gebäuden wohnten, werden veranlaßt, sie zu verlassen, ohne daß besondres sich dabei ereignet, außer einigen Kundgebungen gegen die Regierung, worunter eine große Huldigung für den seine bisherige Wohnung verlassenden Erzbischof Richard zu Paris.

18. Dezember. Bis dahin sind 34 bischöfliche Paläste und 72 Seminargebäude geräumt worden.

III.

Ministerium Clemenceau.

20. Oktober. Der am 12. März d. J. ins Amt getretne Ministerpräsident Sarrien tritt aus Gesundheitsgründen und infolgedessen das gesamte Ministerium zurück.

24. Oktober. Der bisherige Minister des Innern Clemenceau bildet ein neues Ministerium, in dem er selbst das Präsidium und das Innere übernimmt. Im übrigen ist es also zusammengesetzt: Justiz: Guyot-Dessaigne. Auswärtiges: Pichon. Unterricht: Briand. Finanzen: Caillaux. Krieg: Picquart. Marine: Thomson. Oeffentliche Arbeiten: Barthou. Handel: Doumergue. Ackerbau: Ruau. Ministerium für Arbeit und Gesundheitspflege: Viviani. Das Ministerium hat einen entschieden radikalen

Charakter. Es gehören ihm an 6 Radikale und Sozialistisch-Radikale, 2 unabhängige Sozialisten, dann 2 Mitglieder der demokratischen Linken und das Mitglied der demokratischen Vereinigung Caillaux. — Clemenceau ist als ein Hasser Deutschlands und Bewunderer Englands bekannt.

(Vor einigen Jahren veröffentlichte er eine Sammlung von kleinern Aufsätzen, darunter einen Aufsatz über den Untergang des Deutschen Reichs und einen andern über Bismarck. Clemenceau hatte in diesen beiden Aufsätzen eine ganze Reihe von Schmähungen, Verdächtigungen und Unwahrheiten gegen das Deutsche Reich losgelassen. Bismarck habe Oesterreich betrogen und es schließlich zum Bündnis verlockt, er habe Frankreich Teile deutschen Gebiets angeboten, ohne sich beim Worte nehmen zu lassen, er habe Depeschen gefälscht, gelogen, seinen Kaiser zum Lügner gemacht, ihn hintergangen, um ihn in das große Blutbad zu werfen, ihm die Erfolge weggestohlen usw.)

IV.

Sozialistenkongreß.

2. November. Ein Parteitag der Sozialisten in Limoges ist von 69 Vereinen beschickt, die durch 289 Mandate vertreten sind. Bezüglich der der Regierung gegenüber einzunehmenden Haltung wird beschlossen:

Der Kongreß ist der Meinung, daß keine Aenderung im Personal der bürgerlichen Regierung imstande ist, die grundsätzliche Oppositionspolitik der Partei zu ändern, und warnt die Proletarier vor dem Programm der bürgerlichen Demokratie, das immer ungenügend sei, soweit es auch gehn möge. Er erinnert die Arbeiter daran, daß ihre Befreiung nur durch die Begründung des Kollektiveigentums möglich ist, und daß es außerhalb der organisierten und geeinten sozialistischen Partei keinen Sozialismus gibt.

Was das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften betrifft, so nimmt der Kongreß die Erklärungen des Kongresses von Amiens vom 9. Oktober zur Kenntnis, die die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften gegenüber allen politischen Parteien feststellen und gleichzeitig den Gewerkschaften ein Ziel anweisen, das der Sozialismus allein unter den politischen Parteien verfolgt. Gleichzeitig spricht sich die Erklärung dahin aus, daß die Befreiung der Arbeiterklasse bloß durch die gemeinsame Kraft der gewerkschaftlichen und der bis zum Generalstreik getriebnen politischen Arbeit der Gewerkschaften sowie des Sozialismus herbeigeführt werden könne.

V.

Die Kammern zurzeit des Ministeriums Clemenceau.

1.

Programm des Ministeriums.

5. November. In der Deputiertenkammer verliest **Clemenceau** eine Erklärung, die im wesentlichen folgendes besagt:

Wir stellen mit Stolz fest, daß es in den fünfunddreißig Jahren, die seit Gründung der Republik vergangen sind, auch nicht einen Augenblick in ihrer Geschichte gegeben hat, wo man sie mit Recht hätte beschuldigen können, daß sie den europäischen Frieden bedrohe. Wir werden so zu handeln wissen, daß unsre Absichten in dieser Beziehung nicht verkannt werden können. Wir müssen gleichzeitig die Bedingungen des internationalen Gleichgewichts, die die europäische Lage allen Völkern auferlegt, annehmen, denn der Frieden der zivilisierten Welt gründet sich auf die Stärke der Heere. Wie könnten wir also mit eignen Händen die höchste Garantie unsrer Unabhängigkeit zerstören? Bis zu dem glücklichen, aber unbestimmten Tage, wo das Regime, das jetzt die Beziehungen der Völker regelt, wird geändert werden können, muß es unsre erste Pflicht gegen das Vaterland sein, nicht zuzulassen, daß es in irgendeinem der Bestandteile seiner Verteidigungskraft geschwächt werde. Unsre internationalen Einverständnisse sind ein wichtiger Teil dieser Verteidigungskraft. Während wir es uns angelegen sein lassen werden, unsre Beziehungen zu allen Regierungen aufrecht zu erhalten und zu bessern, wird es unsre Sorge sein, eine Allianz, die von beiden Seiten im Interesse des Friedens geschlossen wurde, und ebenso die Freundschaften, die wir haben auf die Probe stellen können, aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln. Uebrigens wird unsre Diplomatie, von der wir wollen, daß sie republikanisch sei, sich der schwierigen Stunden erinnern. Die moralische Autorität einer offen befolgten Politik der Geradheit kann von entscheidendem Gewicht in der Wagschale der Meinung Europas sein, und keine Regierung wird sich künftig dem entziehn können, damit zu rechnen. — Im Innern wird unser Handeln nicht weniger klar sein. Die Demokratie in endgiltiger Weise in die Regierung einsetzen, sie organisieren, sie regeln dadurch, daß sie zu ihrer Konsolidation dahin gebracht wird, sich in der Ausübung der Gewalt selbst zu mäßigen, das ist nach unsrer Ansicht das Ziel, das alle Republikaner sich setzen müssen. — Durch die Schaffung eines Ministeriums der Arbeit erstrebt die Regierung Gerechtigkeit ohne Vorurteil; sie ist bereit, alle Theorien, die in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Stimmrecht und dem republikanischen Gesetz sind, zu prüfen. Die Regierung ist fest entschlossen, schnell die Altersversicherung für die Arbeiter durchzuführen. Sie wird das Gesetz über die Berufsvereinigungen verbessern und wird ferner für die Beamten die Vereinsfreiheit vorschlagen, sie aber zur Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten anhalten. Die Regierung wird die Abschaffung des Gesetzes Falloux beantragen und wird darauf hinarbeiten, durch Herbeiführung des Zustandes der vollzognen Trennung von Kirche und Staat dem Lande die volle, unbehinderte Ausübung der Gewissensfreiheit zu sichern. Etwaigen Wiedereroberungsangriffen des von einer fremden Autorität ausfließenden Geistes der Beherrschung werden wir den Weg versperren. Wir werden die Freiheit der Religionsausübung sichern, indem wir ohne Schwäche alle Verfügungen des Gesetzes zur Anwendung bringen

und, wenn es notwendig erscheinen sollte, uns zu neuen Maßnahmen ermächtigen lassen. Die Erklärung schließt mit dem Versprechen, daß die Regierung gewalttätigen Unternehmungen die Schranken des Gesetzes entgegenstellen werde, von dem Wunsche beseelt, eine Politik der Beruhigung zugleich mit einer Politik der Tat durchzuführen.

Bezüglich dieser Erklärung spricht die Kammer dem Ministerium mit 395 gegen 96 Stimmen ihr Vertrauen aus. Die Mehrheit umfaßt die unabhängigen Sozialisten, die Sozialistisch-Radikalen, die Radikalen, die Mitglieder der demokratischen Linken und der Republikanischen Vereinigung sowie 25 Gemäßigte Republikaner, 3 Nationalisten und einen Unabhängigen Radikalen. Die Minderheit besteht aus Konservativen, Nationalisten und Gemäßigten Republikanern. 100 Deputierte, darunter 51 Geeinigte Sozialisten und 34 Gemäßigte Republikaner, enthalten sich der Abstimmung. — Im Senate wird die Erklärung vom Justizminister verlesen.

2.

Ein neues Arbeitsministerium.

8. November. In der Deputiertenkammer steht die Kreditforderung für ein neues Arbeitsministerium zur Beratung. Mehrere Redner werfen dem Ministerpräsidenten vor, er habe mit der Schaffung dieses Ministeriums als Anarchist gehandelt. Arbeitsminister Viviani führt aus:

Das Arbeitsministerium sei gebildet worden, um die Gesetzgebung betreffend die Arbeiter zusammenhängender zu gestalten und um einen sozialen Akt, ein leuchtendes Symbol der sozialen Politik zu vollenden. Er werde durch Taten das Vertrauen der Arbeiter gewinnen. Seine Pflicht sei es, die Bedürfnisse der Arbeiter vorauszusehen und ihnen die Freiheit zu erhalten. Er werde den Wirkungskreis der Fachvereine erweitern. Auf jeden Fall sollten die Arbeiter wissen, daß ihre Emanzipation nicht durch Katastrophen, sondern durch ständiges Bemühen erreicht werde. Er werde vor dem Senat die Forderung der Arbeiter betreffend Einführung des Zehnstundentags befürworten. Er glaube, daß das Kollektivrecht das individuelle Recht nicht auflösen müsse. Der Kampf zwischen den vom Glücke begünstigten und denen, die ihr Glück suchen, wird weniger durch menschliches Handeln als durch die latente Macht der Dinge geschlichtet werden. Wir haben durch unser antiklerikales Werk die Lichter am Himmel, dessen Nichtigkeit wir zeigten, ausgelöscht. Doch das Werk ist damit noch nicht vollendet, wir stehn erst an seinem Anfang.

Die Vorlage wird mit 512 gegen 20 Stimmen genehmigt, und es wird beschlossen, Vivianis Rede anzuschlagen.

3.

Militärisches.

31. Oktober. Der Kriegsminister **Picquart** legt einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Kriegsgerichte vor.

Darin wird bestimmt, daß von Militärs begangne Verbrechen und Vergehn gegen das gemeine Recht von den gewöhnlichen Gerichten und nur Vergehn gegen die Disziplin von den militärischen Disziplinargerichten abgeurteilt werden sollen. Den Vorsitz bei diesen aus fünf Militärs zusammengesetzten Militärgerichten wird ein Rat des Appellationsgerichts führen. Die gerichtliche Untersuchung wird nicht mehr von einem Offizier der Militärjustiz, sondern von einem Zivilrichter geführt werden. Auch die militärischen Appellationsgerichte sollen aufgehoben und die Urteile der ersten Instanz im Falle der Berufung dem Kassationshofe unterbreitet werden.

19. November. In der Deputiertenkammer spricht **Michel** über den beabsichtigten gleichzeitigen Bau von sechs Panzerschiffen und meint, Unterseeboote seien nützlicher als Panzerschiffe.

Redner glaubt, im Falle eines Krieges mit England würde es für Frankreich von Vorteil sein, dem regulären Seekrieg mit Geschwadern den Kaperkrieg entgegenzustellen. Was einen Krieg mit Deutschland anlange, so genüge gesunder Menschenverstand, um einzusehen, daß ein solcher Kampf zu Lande ausgetragen werden würde. Admiral Bienaimé erklärt, im Jahre 1871 hätten die Marinetruppen die Ehre Frankreichs gerettet. **Michel** ruft: Ja, aber sie dienten zu Lande und nicht zur See. **Millevoye** ruft: Wir wollen weder ein Mukden noch ein Tsuschima erleben. **Michel** fährt fort: Nehmen Sie einmal an, das deutsche Geschwader sei vor einem unsrer Seehäfen; wenn Deutschland dann zu Lande gesiegt hat, kann es die Auslieferung des ganzen französischen Geschwaders verlangen. Weiter gibt Michel seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschlands Flottenrüstung nicht gegen Frankreich, sondern vielmehr gegen England gerichtet sei. Deutschland wisse, daß sein Handel und seine Kolonien den englischen Geschwadern auf Gnade und Ungnade preisgegeben seien, wenn es nicht über eine mächtige Flotte verfüge.

23. November. Marineminister **Thomson** legt dar, daß alle Vorsichtsmaßregeln beim Bau der Panzerschiffe beobachtet worden seien. Er verspricht, das Unterseebootswesen weiter zu entwickeln, ohne jedoch zu weitgehende Verpflichtungen übernehmen zu wollen, da die Unterseeboote noch nicht leistungsfähig genug seien. Die Marineverwaltung sei bestrebt, Tauchboote mit großem Aktionsradius und hoher Schnelligkeit zu erhalten. Das von der Kammer genehmigte Marineprogramm werde gewissenhaft in den Grenzen der vorhergesehenen Ausgaben ausgeführt werden. Darauf nimmt die Kammer eine Tagesordnung an, die die Erklärungen des Marineministers billigt und das Vertrauen zur Regierung ausspricht, daß sie die Flottenneubauten gemäß den Bestimmungen des Finanzgesetzes von 1905 ausführen werde.

14. Dezember. Im Senate spricht Monis das Bedauern aus, daß Schiffstypen gebaut werden, die so untauglich seien, wie beispielsweise die Panzerkreuzer. Frankreich lasse sich überholen auf der ganzen Linie. Es sei ein Fehler, unter solchen Bedingungen sechs Panzerschiffe zu bauen, die minderwertiger seien als die der Rivalen. Monis verlangt, daß die Marineverwaltung einschneidende Reformen vornehme, die alten Schiffe außer Gebrauch setze und die Artillerie verbessere. Die französischen Kanonen seien minderwertiger als die englischen.

18. Dezember. Der Minister Thomson weist dagegen darauf hin, in wie großem Umfange das Marinebudget Englands, das immer dahin gestrebt habe, eine Seemacht zu besitzen, die der zweier Mächte, die England angreifen könnten, gleich sei, in den letzten Jahren angewachsen sei. Dieses Programm Englands sei jetzt weit überschritten, und England könnte um so mehr ein wenig Halt machen, als es sich gegenwärtig in einer besondern Lage befinde. Die Anstrengungen, die im Auslande gemacht würden, seien viel beträchtlicher als die von Frankreich gemachten. Deutschland verfolge ein Flottenprogramm, das durch die Vermehrung der Zahl und des Tonnengehalts der Schiffe das Budget bis 1907 um mehr als 100 Millionen erhöhe. Gegenüber solchen Tatsachen sei man in Frankreich bescheiden und gebe man ein Beispiel der Mäßigung. Weniger tun, würde für Frankreich den Verlust seines Ranges als zweite Seemacht bedeuten. Frankreich werde eine Politik des Friedens verfolgen, es wolle aber gerüstet bleiben, um seine materielle und moralische Wohlfahrt zu sichern.

21. Dezember. Der Marineminister Thomson legt im Senate dar, daß die Aufstellung eines Flottenprogramms, die sich in einer bestimmten Zeit verwirklichen läßt, für die französische Flotte ebenso notwendig sei wie für die Flotten fremder Mächte. Er verteidigt das System eines Flottenprogramms, wie es Deutschland, England und die Vereinigten Staaten befolgen. Infolge dieses Systems würde Frankreich nicht mehr verschiedne Schiffstyps besitzen, sondern über eine vollkommen gleichartige Flotte verfügen. Das Programm vom Jahre 1900 sei jetzt fast ausgeführt; die Kreuzer Patrie und Republique, die zurzeit ihre Versuchsfahrten machen, könnten im Bedarfsfalle in die Flotte eingereiht werden. Frankreich würde Deutschland die Stirn bieten können. Der Minister führt alsdann aus, daß die Forderung von sechs Kreuzern das unentbehrliche Minimum darstelle, um die Lücken auszufüllen. Wir sind im Begriffe, Angriffsunterseeboote von 500 Tonnen zu bauen. Frankreich wird so einen Vorsprung ausnutzen können, um sich eine furchtbare Waffe zu verschaffen. — Der Senat stimmt diesen Erklärungen bei.

4.

Auswärtige Angelegenheiten.

20. November. Im Senate stellt **Gaudin de Villaine** eine Anfrage über die allgemeine Politik. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung es sich besonders angelegen sein lasse, gegen die Religion zu kämpfen, und wirft der Regierung vor, sie mache im Aeußern englische und im Innern antikatholische Politik. Es sei zu bedauern, daß die Katholiken nicht den Mut hätten, auf die gegen sie gerichteten Verfolgungen mit den Mitteln der russischen Terroristen zu erwidern. — In seiner Erwiderung erklärt der Ministerpräsident **Clemenceau** unter anderm, daß er über das französisch-englische Einvernehmen nichts sagen könne. Er glaube indessen nicht an das Bestehn einer militärischen Abrede. Was die Prophezeiung von Gefahren angehe, die daraus entstehn könnten, und was den Revanchegedanken betreffe, so sei er entrüstet darüber, daß ein Senator ihm eine Falle habe stellen wollen und ihm die Verpflichtung habe auferlegen können, entweder die Hoffnungen guter Franzosen zu enttäuschen oder kriegerische Erklärungen abzugeben. Er werde daher keinerlei Antwort geben. Darauf stellt **Gaudin de Villaine** fest, der Ministerpräsident wisse nicht, daß ein französisch-englisches Militärabkommen bestehe; das sei eine ungeheure Sache, und es sei unumgänglich notwendig, daß das Parlament endlich Aufklärung erhalte. Minister des Aeußern **Pichon** erklärt, man habe nicht das Recht, in der Weise, wie der Vorredner getan, zu sprechen, wenn man einer Partei angehöre, die nur verstanden habe, Frankreich an den Abgrund zu führen.

Der Senat nimmt darauf eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen des Hauses ausgesprochen wird und ihre Erklärungen gebilligt werden.

6. Dezember. In der Deputiertenkammer stellt **Jaurès** eine Anfrage über die Marokkopolitik Frankreichs.

Jaurès beklagt, daß die Regierung einen gefährlichen Schritt getan habe. Sie habe in Aufsehen erregender Weise ein Geschwader nach Tanger abgeschickt, der französische Admiral habe Zusammenkünfte mit dem König von Spanien, die gesamte Presse beschäftige sich mit diesen Vorgängen. Durch amtliche Depeschen erfahre man, daß die fremden Regierungen die französisch-spanische Note gut aufgenommen hätten; gleichwohl bleibe die Tatsache bestehn, daß die Regierung den ersten Schritt zu diesem laut verhallenden Vorgehn getan habe, ohne daß die Uebereinstimmung darüber gewiß gewesen wäre. „Es liegt in dieser Politik eine Ueberstürzung, eine Eilfertigkeit, ein Fieber, das nicht dazu angetan ist, uns Beruhigung zu gewähren. Diese Politik wird ihre Fortentwicklung erfahren, und die Sorge für die Sicherheit unsrer Landsleute wird auch für andre Häfen als Tanger erforderlich werden. Dann wird die Regierung dazu fortgerissen werden, nach dem

Innern vorzubringen, um die Ordnung bei der in Marokko herrschenden Anarchie wiederherzustellen. Wo wird diese Einmischung Halt machen? Welche Beziehung besteht zwischen dem uns durch diese Akte übertragnen Mandat und der Entsendung der französisch-spanischen Flotte? Und wie kommt die Regierung dazu, ihre durch die Algecirasakte vorgesehene Aufgabe willkürlich zu erweitern? Der Sultan kann sich an eine andre Macht wenden, wenn die Regierung ihr Mandat überschreitet, und sie überschreitet es. Die schlechteste Politik würde die sein, Deutschland nicht seinen Anteil an dem Vorgehn und der Verantwortlichkeit in dieser großen muselmanischen Frage zu lassen. Wie Franz I. sich auf den Türken stützte, so ist Deutschland, in der Besorgnis, durch die europäische Diplomatie isoliert zu werden, versucht, sich die muselmanischen Kräfte zu sichern. Bei den ersten Schwierigkeiten werden die betreffenden Mächte sich an Deutschland wenden. Die Muselmanen werden durch das Verhalten der Regierung dazu gebracht, das zu sagen: Es gibt nur einen Feind, das ist Frankreich; es gibt nur einen Beschützer: Deutschland. Nie hat die Welt der Weisheit aber mehr bedurft als heute. Deutschland ist ein Rätsel. Es ist ehemals durch die Reformationsbewegung zerrissen worden. Nach den Invasionen, die der Revolution folgten, hat Deutschland sich der Gewalt zugewandt, und das dumpfe Mißbehagen des Aufkommens des militärischen Deutschlands lastet auf Europa. Deutschlands Handel hat eine wunderbare Entwicklung erfahren, Deutschland beobachtet, reizbar und unruhig, alle Ereignisse. Es wäre Torheit, der deutschen Regierung einen Vorwand zum Mißbehagen, zur übeln Laune zu geben. Wenn uns ein Krieg aufgedrängt wird, habe Clemenceau gesagt, würden wir ihn anzunehmen wissen, eine Revanche höherer Art aber ist die Wiederaufrichtung der Republik. Frankreichs Werk ist das Werk der sozialen Gerechtigkeit, das nicht in der marokkanischen Intrigue in Frage gestellt werden darf."

Minister **Pichon** weist auf die Entscheidung der Konferenz hin, nach der die Vorzugsstellung Frankreichs und Spaniens anerkannt wird. Tanger ist in den Händen Raisulis, der abwechselnd Gefangner des Maghzen und Straßenräuber ist. Auf keinen Fall dürfen wir denen einen Vorwand geben, die uns beschuldigen, Absichten auf Marokko zu haben. Ein Zweifel daran, daß wir den Frieden nicht stören wollen, ist nicht gestattet. — Beschlossen wird hierauf: „Die Kammer hat das Vertrauen zu der Regierung, daß diese die Ausführung der Algecirasakte und die aus ihr entspringenden Rechte sichert und für die Sicherheit unsrer Staatsangehörigen bürgt; die Kammer weist jeden Zusatz zurück und geht zur Tagesordnung über." — Zum Schlusse wird die Algecirasakte genehmigt.

5.

Ueber das Trennungsgesetz.

6. November. In der Deputiertenkammer wird die Beratung über Anfragen bezüglich des sogenannten Trennungsgesetzes aufgenommen. **Grousseau** macht der Kammer und der Regierung den

Vorwurf, die Kirchen berauben zu wollen, und fügt hinzu, daß die Katholiken dem Auslande nicht unterworfen seien, denn der Papst sei weder ein Ausländer noch einer ausländischen Oberhoheit unterworfen. In seiner Antwort spricht Kultusminister Briand von dem Papst als einer ausländischen Macht. Grousseau verlangt für die Kirche das Recht der Vereinigung und eine Revision des Trennungsgesetzes und führt aus, das einzige Mittel, um den innern Frieden wiederherzustellen, sei eine Verständigung mit dem Papste.

9. November. Gegen das Trennungsgesetz erheben mehrere Redner Widerspruch. Darauf antwortet der Kultusminister Briand. Er verspricht, das Gesetz voll und ganz in demselben Sinne anzuwenden, in dem es angenommen worden sei. Er erklärt ferner, er kenne die Enzyklika des Papstes nicht, der seit Einführung des Trennungsgesetzes für die Regierung einfach ein angesehener Privatmann geworden sei. Er wiederholt, das Trennungsgesetz sei ein Gesetz der Neutralität, die Priester würden Bürger wie alle übrigen. Die protestantische und die israelitische Kirche habe das Gesetz angenommen, auch der Papst habe den Bruch des Konkordats angenommen, da er Bischöfe ernannt habe. Das Gesetz, das das Land durch die letzten Wahlen gutgeheißen habe, sei auch durch hervorragende katholische Laien und durch die Mehrheit der Bischöfe, die sich freiwillig versammelt hätten, für annehmbar erklärt worden. Die katholischen Volksvertreter hätten keinerlei Vorschlag gemacht, von dem sie versichern könnten, daß er vom Vatikan angenommen werden müsse. Er lehne es ab, den Papst für den König der Katholiken anzusehen. Der Minister vergleicht dann die deutschen Vereinigungen, die von Pius IX. trotz des Einspruchs der Bischöfe gebilligt worden seien, mit den französischen, die vom Papste, trotzdem die Bischöfe sie gebilligt hätten, abgelehnt worden seien. Nach der Ansicht eines katholischen Rechtsgelehrten sei das deutsche Regime härter als das französische. Nach 1906 würden die Kirchen noch geöffnet bleiben, nach 1907 aber könnten sie durch Dekret ihrem Zwecke entzogen werden. Er wolle den Katholiken Zeit zur Ueberlegung gewähren und von seinem Rechte, dieses Dekret zu erlassen, keinen Gebrauch machen zu dem Zwecke, eine Kirche in der katholischen Kirche zu schaffen. — Ministerpräsident Clemenceau erklärt, eine Annäherung an Rom würde einen reaktionären Akt bedeuten. — Hierauf beschließt das Haus den öffentlichen Anschlag der Rede Briands.

12. November. In weiterer Fortsetzung der Beratung der Anfragen betreffend die Politik in kirchlichen Fragen legt Piou (kons.) dar, daß der Streit leicht hätte vermieden werden können.

Er schildert die beklagenswerte Lage des Klerus, den man mit Unrecht beschuldige, er gehorche Befehlen aus dem Auslande. Weiter erhebt er gegen das Trennungsgesetz den Vorwurf, daß es eine neue Kirche ohne Hierarchie schaffe, eine von Laien regierte katholische Kirche. Der Papst habe das Gesetz, das zur Verweltlichung der Kirche führe, nicht annehmen können. Redner betont, daß die Bischofsversammlung der Errichtung von Kultusvereinen nicht zugestimmt und keineswegs Satzungen für solche Vereine in Uebereinstimmung mit dem Gesetz entworfen habe. — **Dumont** entgegnet dem Abgeordneten Piou, daß er den religiösen Krieg führe. — **Piou** fährt fort, man könne die deutschen Kultusvereine nicht mit den französischen vergleichen. In Deutschland sei alles, was sich auf den Gottesdienst beziehe, der Zuständigkeit dieser Vereinigungen unterworfen. Die Regierung habe das Recht, sich in die Vermögensverwaltung zu mischen, aber nicht in geistliche Dinge. Das sei der wesentlichste Unterschied zwischen den Vereinigungen hier und dort. Wenn die Regierung sich Abänderungen des Gesetzes widersetze, so sei sie es, die den Katholiken den Krieg erkläre. — **Buisson** erkennt an, daß von der Regierung eine Verfügung erlassen werden müsse, durch die die Kirchengüter an die Wohltätigkeitsanstalten nach dem 11. Dezember 1906 überwiesen werden, und erklärt die Entscheidung des Staatsrats für unannehmbar, durch die neue Berechtigungen geschaffen würden. — Kultusminister **Briand** erklärt, nach dem 11. Dezember 1906 könnten die Kirchengüter, nach dem 11. Dezember 1907 aber müßten sie den Wohltätigkeitsanstalten überwiesen werden. Die nach dem 11. Dezember 1906 gegründeten Kultusgemeinschaften könnten nur möglicherweise in den Besitz dieser Güter gesetzt werden.

13. November. Der Kultusminister Briand erklärt, er glaube nicht, daß der Papst das Gesetz abgelehnt habe wegen der finanziellen Kontrolle durch Laien, sondern weil er der Meinung sei, daß es einen Angriff auf die Lehre der Kirche bedeute. Briand wirft den Katholiken in heftiger Weise vor, daß sie gesagt hätten, es müsse Blut fließen, um die Kirche zu retten. „Welch abscheuliches Wort!“ Der Minister bittet die republikanische Mehrheit, sich um die Regierung zu scharen, der es obliege, das Gesetz anzuwenden. Seine äußersten Bemühungen würden auf Versöhnung gerichtet sein, dies sei eine Pflicht. Gegen die Rechte gewandt, sagt Briand: „Wir wollen nicht mit dem Papste wieder anknüpfen, auch nicht indirekt. Wenn Sie sich ruhig verhalten, wie der Papst es Ihnen rät, werden Sie Ihren Kultus ausüben können; an dem Tage aber, wo Sie den Rat des Papstes vergessen, werden Sie sich uns gegenüber sehen mit der ganzen Strenge des Gesetzes.“ — Gegenüber einer Behauptung des Kultusministers sagt der Erzbischof von Bordeaux,

Lecot, daß die von ihm gegründeten Diözesanvereinigungen nicht auf Grund des Trennungsgesetzes von 1905, sondern auf Grund des Vereinsgesetzes von 1901 gebildet seien; ferner, daß sie nicht die Kosten für den Gottesdienst aufbringen, sondern lediglich die unzulänglichen Gehälter der Geistlichen vervollständigen sollten. — **Briand** erwidert, daß gegen diese Priestervereinigungen nichts einzuwenden, sondern auch der Verkehr solcher in ganz Frankreich zu bildender Vereinigungen untereinander durchaus statthaft sei. — Die Kammer billigt hierauf schließlich mit 416 gegen 163 Stimmen die Erklärung der Regierung und bezeigt das Vertrauen, daß die Regierung die Festigkeit besitze, das Trennungsgesetz in seinem ganzen Umfange ohne jeden Zusatz zur Anwendung zu bringen.

11. Dezember. Auf eine Anfrage wegen der in der Nuntiatur vorgenommnen Haussuchung erwidert der Minister **Clemenceau**, die Haussuchung sei auf Anordnung der Justizbehörde durch den Untersuchungsrichter vorgenommen worden; seit dem Abbruche des Konkordats sei die Nuntiatur ein gewöhnliches Haus wie andre. Der Minister schließt: Wenn die Kirche will, so hat sie noch Zeit, den Kampf zu vermeiden. Wir bieten ihr das Gesetz von 1881, das für alle Franzosen gilt; sie wird den Frieden haben, wenn sie es annimmt. Andernfalls sollte sie uns suchen, dann wird sie uns finden!

21. Dezember. Die Kammer berät einen am 15. vorgelegten Gesetzentwurf zur Sicherung der Ausübung des katholischen Gottesdienstes.

Er spricht den Gemeinden, Departements und dem Staat das sofortige Eigentumsrecht an den Kirchen, Pfarrhäusern, bischöflichen Palästen und Seminargebäuden zu und ordnet die Ausübung des Gottesdienstes gemäß der neuen Form durch Vereinigung der Gesetze von 1881 und 1906, mit der besondern Bestimmung, daß die Kirchen auch fernerhin für den Gottesdienst zur Verfügung gestellt bleiben sollen. Die Pension wird den Priestern entzogen werden, die Gottesdienst halten, ohne das Gesetz anerkannt zu haben.

Der Ausschuß spricht sich für die Vorlage aus und beschließt, daß der 11. Dezember der letzte Zeitpunkt gewesen sein soll, bis zu dem Kirchengüter von einer konstituierten Kultusvereinigung für sich in Anspruch genommen werden konnten. — Der Kultusminister **Briand** sagt zur Begründung der Vorlage: Seit langem habe die Regierung vorausgesehen, was heute vorgehe, der Papst habe die französischen Katholiken in Abhängigkeit von sich gehalten, heute soll ihnen nun das Recht gegeben werden, sich frei zu organisieren. Unsre Politik der Mäßigung wird von der öffentlichen Meinung gut aufgenommen. Mehrere Bischöfe, sogar zwei Erzbischöfe haben gebeten, sie auszuweisen, damit beim Heiligen Stuhl nicht der Ver-

dacht gegen sie aufkomme, daß sie mit uns im Einverständnis seien. — Die Vorlage wird mit 338 gegen 146 Stimmen angenommen.

28. Dezember. Im Senate wird bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausübung des Kultus von Lamarzelle behauptet, die gegen den Willen des Papstes erfolgten Erklärungen von Kultusvereinigungen seien nichtig, die Haltung des Klerus zeige, daß die Regierung seinen Gehorsam gegenüber dem Papste nicht brechen werde. — Der Kultusminister Briand spricht sich also aus:

Nirgendwo anders sei die Gesetzgebung so liberal. Die kirchliche Hierarchie sei in keiner Weise geschädigt; Beweis dafür sei, daß Priester, Bischöfe und einflußreiche Katholiken das Gesetz für annehmbar erklärt hätten. Es gebe einen Grad von Gehorsam, der sklavischer Hingebung gleiche. Briand fährt fort, er habe zahlreiche Besuche von Priestern, Bischöfen und Erzbischöfen erhalten; daß dieselben sich nicht unterworfen hätten, sei ausschließlich auf den Befehl des Papstes zurückzuführen. Die Regierung habe der Kirche alles gewährt, was möglich sei, sie habe ihr die Freiheit angeboten, die sie, als ob es ihre schlimmste Feindin sei, ablehne. Die Kirche wolle, daß die Regierung ihr ihre Würde opfere, das werde sie aber niemals tun. Er werde sich mit Rom in keine Besprechungen einlassen, denn das monarchische Papsttum und die demokratische Republik seien miteinander unvereinbar. Uebrigens würde auch jede Verhandlung überflüssig sein.

29. Dezember. Im Senate antwortet der Kultusminister Briand auf eine Anfrage, die Güter der geistlichen Hilfsgesellschaften würden den Wohltätigkeitsinstituten anheimfallen, aber auch in Zukunft zur Zahlung der gegenwärtigen Pensionen an die Priester dienen. — Der Gesetzentwurf über die Ausübung des Kultus wird mit 190 gegen 100 Stimmen vom Senate angenommen. — Schluß der Tagung der Kammern.

VI.

Auswärtige Angelegenheiten.

1.

Streit mit der Türkei.

Anfang Juli. Die französische Gesandtschaft in dem unter Frankreichs Schutze stehenden Tripolis erhebt Vorstellungen gegen eine türkische militärische Unternehmung nach der im Saharagebiete, am 25. Grade nördlicher Breite und 9. Grade östlicher Länge wie auch an der einzigen Karawanenstraße nach dem Tschadsee liegenden Oase Dschanet, die zwar geographisch zum Hinterlande von Tripolis gehört, politisch aber innerhalb der Zone, die Frankreich auf Grund seines 1899 mit England getroffnen Abkommens als seine Interessensphäre nördlich vom Sudan in Anspruch nimmt, obwohl jenes

Abkommen dem türkischen Sultan als dem Oberherrn von Tripolis niemals mitgeteilt ist. Auf nochmaligen französischen Einspruch ist erwidert, Dschanet gehöre zu Tripolis.

23. Juli. Die französische Regierung legt in einer dritten Note der Pforte mit größtem Nachdrucke die Rechtmäßigkeit ihrer Ansprüche dar, indem sie insbesondre an das Abkommen vom 21. März 1899 erinnert, durch das diese Oase der französischen Interessensphäre zugewiesen sei, die auch schon 1905 französischerseits in Besitz genommen worden.

5. August. Der türkische Botschafter in Paris wird beauftragt, der französischen Regierung eine Erklärung in dem Sinne zu geben, daß Dschanet immer türkisch, und zwar ein Bezirk des Wilajets Tripolis mit organisierter Verwaltung gewesen sei, und daß es nicht einmal zum Hinterland von Tripolis gehört habe. Folglich seien die französischen Behauptungen grundlos. Auf das nunmehrige entschiedne Auftreten des Gesandten in Konstantinopel, Constans, beauftragt der Sultan seinen diplomatischen Vertreter in Paris, Munir Pascha, sich direkt mit dem französischen Minister des Aeußern in Verbindung zu setzen und zu diesem Zwecke die Akten des Falls Dschanet nach Paris gelangen lassen.

2.

Haltung in der Marokkofrage.

30. November. Wegen neuer Unruhen in Marokko geht eine vom Admiral Touchard befehligte Schiffsabteilung von Toulon nach Tanger ab.

5. Dezember. Die Botschafter Frankreichs und Spaniens übergeben den Regierungen der Großmächte, deren Vertreter an der Konferenz zu Algeciras teilgenommen haben, eine gemeinsame Note, in der sie mitteilen, daß sie infolge der Konferenzbeschlüsse über die in Marokko zu bildende Polizei beschlossen hätten, für den Fall einer Verschlimmerung der dortigen Lage Seestreitkräfte nach Tanger zu schicken, um jeder Gefahr für die Sicherheit der dortigen Fremden vorzubeugen. Beide Mächte legten Wert darauf, ihren Plan den Mächten von vornherein zur Kenntnis zu bringen, um so den Charakter ihres eventuellen Vorgehns außer Zweifel zu stellen.

Großbritannien und Irland.

I.

Parlament.

(1. Tagung: bis 4. August.)

1.

Militärische Angelegenheiten.

11. Juli. Im Oberhause ruft Lord Roberts eine längere Verhandlung über militärische Angelegenheiten hervor, indem er darlegt, die Nation sei für einen Krieg nicht vorbereitet, und die militärische Erziehung der Nation müsse so weit verstärkt werden, daß jeder Bürger an der Verteidigung des Landes Anteil nehmen könne. Der Unterstaatssekretär Earl of Portsmouth spricht sich entschieden gegen die allgemeine Wehrpflicht aus unter besondrer Hervorhebung der Kosten. Lord Milner befürwortet die allgemeine Wehrpflicht und führt insbesondre aus, daß das deutsche Volk seine Größe und seine Fortschritte auf dem Gebiete des Handels und der Industrie seinem Heerwesen verdanke, und daß die Völker, die die Mühen des allgemeinen Dienstes bereitwillig auf sich nähmen, die, die vor der allgemeinen Wehrpflicht zurückschrecken, nicht bloß im Kriege, sondern auch im friedlichen Wettbewerb überflügeln würden. Der Marquis of Ripon sagt, Lord Milner vergesse den durch die geographische Lage begründeten Unterschied zwischen England und den andern Staaten.

12. Juli. Im Unterhause gibt der Kriegsminister Haldane bei Beratung des Heeresetats eine Erklärung ab betreffend die Vorschläge der Regierung über die Reorganisation des Heeres und die Verminderung der Ausgaben. Das Ergebnis dieser Vorschläge ist, daß, während gewisse Verminderungen im Friedensetat möglich seien, England noch imstande sei, ein Expeditionskorps von 150000 Mann nach auswärts zu entsenden und die Effektivstärke dieser Streitmacht unvermindert während der ersten Stadien des Feldzugs aufrechtzuerhalten.

24. Juli. Im Oberhause sprechen sich Donoughmore und Lord Roberts gegen die Vorschläge Haldanes aus. Roberts sagt, die in Vorschlag gebrachte Verminderung der Heeresstärke erfülle ihn mit Besorgnis, besonders angesichts der gegenwärtigen Lage in Aegypten und Natal. Die englische Armee habe vor allen Dingen den Zweck, dem Lande Sicherheit zu gewähren, aber die Vorschläge des Kriegsministers würden keine nationale Streitmacht schaffen oder

eine Armee, die sich für Kriegszwecke eigne. — Unterstaatssekretär des Kriegs Earl of Portsmouth erwidert, die Regierung habe die wahrscheinlichen Erfordernisse der auswärtigen Angelegenheiten und die Lage der Finanzen berücksichtigt, und das Landesverteidigungskomitee habe sich dahin ausgesprochen, daß gewisse Aenderungen in der Landesverteidigung sehr wohl gesucht werden könnten; der Generalstab habe die geeignetsten Mittel und Wege hierfür ausgearbeitet. Außerdem habe die vorgeschlagne neue Organisation den einstimmigen Beifall des Heeres gefunden.

27. Juli. Bei der Beratung des Marinebudgets wird im Unterhause das Flottenprogramm besprochen.

Unterstaatssekretär Robertson macht Mitteilung von den Absichten der Regierung. Er erinnert daran, daß das ursprüngliche Programm vier Panzerschiffe, fünf Hochseetorpedobootszerstörer, zwölf Küstentorpedobootszerstörer und zwölf Unterseeboote vorsah, und daß beabsichtigt war, vier Panzerschiffe nach dem Dreadnoughttyp zu bauen. Dieses Programm sei im November aufgestellt und seitdem sorgfältig geprüft worden. Es sei die einstimmige Ueberzeugung der Admiralität, daß es in folgender Weise einzuschränken sei: Statt vier Panzerschiffen der Dreadnoughtklasse sollen nur drei gebaut werden, anstatt fünf Hochseetorpedobootszerstörern nur zwei und anstatt zwölf Unterseebooten nur acht. Die Zahl der Küstentorpedobootszerstörer solle unverändert bleiben. Die Gesamtausgabe hätte nach dem frühern Programm 9340000 Pfund Sterling betragen, während sie sich nach dem neuen Programm auf 6800000 Pfund Sterling stelle. Die Regierung wolle 1907/08, anstatt mit dem Bau von vier Panzerschiffen zu beginnen, wie beabsichtigt war, nur zwei auf den Voranschlag setzen, dabei sich aber vorbehalten, daß ein drittes erbaut werden solle, wenn die Haager Konferenz zu keinem Ergebnis führen sollte über die Einschränkung der Rüstungen. Die Prüfung der allgemeinen internationalen Flottenverhältnisse überzeugte sie, daß das Gleichgewicht der Machtverhältnisse zur See durch die Reduktion nicht werde erschüttert werden. Es sei Grund vorhanden zu glauben, daß jener Fortschritt in den neuen Flottenprogrammen der fremden Mächte nicht eingetreten sei, den die Admiralität voraussetzte, als sie das ursprüngliche Programm aufstellte.

Lee spricht sich gegen Einschränkung der Rüstungen aus. Seit dem ursprünglichen Programm sei eine Besserung in den internationalen Beziehungen Englands nicht eingetreten. Die Frage der Abrüstung sei von dem Programm der Haager Konferenz ausgeschlossen worden. Balfour ist der Meinung, daß der Weg, den die Regierung eingeschlagen habe, nicht der Weg sei, der zum Frieden führen werde, und stellt die Erklärungen der Regierung über die Vermehrung der Leistungsfähigkeit und die Stärke der Flotte und der Armee den Erklärungen der Regierungen über die Einschränkung der Rüstungen einander gegenüber. — Premierminister Campbell-Bannerman führt aus, daß England die einzige Macht sei, die Schiffe von der Dreadnoughtklasse habe, und zwar werde England deren vier besitzen, während andre Mächte erst mit dem Bau solcher Schiffe

beschäftigt sind. Weder Frankreich noch Deutschland noch irgendeine andre Macht sei England gleich, was Schnelligkeit und Billigkeit der Schiffsbauten anlangt. „Niemand hier wünscht, daß die Flotte schwach sei. Wir alle sind so bestrebt wie nur irgend jemand, die Leistungsfähigkeit der Flotte aufrechtzuerhalten.“ Der Minister gibt nochmals dem Wunsche der Regierung Ausdruck, dem Wettkampfe in den Rüstungen ein Ende zu machen, und tritt dafür ein, daß England seine Bereitwilligkeit dazu zeige. — Hierauf werden die Voranschläge vom Hause einstimmig angenommen.

31. Juli. Dieselbe Angelegenheit kommt im Oberhause zur Verhandlung. Der erste Lord der Admiralität, **Lord Tweedmouth**, führt aus:

Die Vorschläge der Regierung bergen keine Gefahr in sich und stehn vollkommen im Einklang mit den wahren Interessen des Landes. Die Admiralität ist mit Rücksicht auf die großen Aenderungen und die Aufschübe, die bei ausländischen Schiffsneubauten in diesem Jahre eingetreten sind, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es klug und richtig sei, unser Bauprogramm herabzusetzen. Als das ursprüngliche Programm aufgestellt wurde, glaubten wir, daß Frankreich mit dem Bau mehrerer sehr großer Linienschiffe beginnen wolle, die Vereinigten Staaten mit dem Bau von zwei neuen Linienschiffen, Rußland mit dem von einem Linienschiffe und zwei Panzerkreuzern sowie Deutschland mit dem von zwei sehr großen Linienschiffen und einem Panzerkreuzer; aber von Woche zu Woche haben wir Nachrichten über die Hinausschiebung des Baubeginns dieser Schiffe erhalten. Deutschland hat sein Bauprogramm nicht innegehalten; das erste der beiden deutschen Linienschiffe wird nicht vor September auf Stapel gelegt werden. Ebenso werden sechs neue Linienschiffe für die Vereinigten Staaten und Frankreich nicht vor dem Jahre 1912 fertiggestellt sein, in Rußland sind die Forderungen für Neubauten um $2^1/_2$ Millionen Pfd. St. herabgesetzt worden. Außerdem war für uns noch die Erwägung maßgebend, daß wir durch die Manöver dieses Jahres in schlagendster Weise die große und unmittelbare Wirksamkeit unsrer Flotte bewiesen haben.

Goschen gibt zu, daß eine französisch-deutsche Kombination sehr unwahrscheinlich sei; wenn aber England und Frankreich in einen Krieg geraten würden, würden Deutschland und seine Freunde unbequeme Neutrale sein. Bezüglich der Haager Konferenz erklärt Redner, die unglückseligen Rüstungsausgaben in Europa seien nicht auf Eitelkeit oder das Verlangen nach Ruhm zurückzuführen. Oesterreich zum Beispiel, für dessen Mißerfolge England immer großes Mitgefühl gehabt habe, unterhalte eine Armee zur Verteidigung seiner nationalen Existenz, während Deutschland seine Ausgaben für die Flotte vergrößere nicht zu Angriffszwecken, sondern weil es, wie auch andre im Wachsen befindliche Mächte, sich ausdehnen und eine entsprechende Seemacht haben müsse, um sich zu behaupten.

2. August. Bei der Fortsetzung dieser allgemeinen Besprechung des Etatsgesetzes erklärt **Seely** es für notwendig, daß Vertreter aller

politischen Parteien und der Kolonien der Landesverteidigungskommission angehören. Balfour bezweifelt die Durchführbarkeit dieses Vorschlags und kommt sodann auf die Verminderung der Flottenrüstungen und die neuerlichen Ausführungen des Premierministers zurück. Es sei höchst unwahrscheinlich, daß England innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre in einen Krieg mit Frankreich und Deutschland geraten werde, aber es sei ein Wahnsinn, zu sagen, daß England seine Seestreitkräfte so schwächen solle, daß, wenn eine so unwahrscheinliche Kombination eintreten sollte, England auf die Gnade eines Bündnisses angewiesen sei. Eine gefährlichere Politik als die der Regierung in der Flottenfrage sei niemals befolgt worden. — Premierminister Campbell-Bannerman ist gleichfalls der Ansicht, daß Seelys Vorschlag unzweckmäßig sei, und gibt auf die Rede Balfours folgende Erklärung: Ich behaupte nicht, daß dieser Standard nicht zuweilen eine sehr vernünftige Sache ist, aber wenn die als Beispiel angeführten Mächte zwei Mächte sind, die aller Wahrscheinlichkeit nach eher in Gegnerschaft geraten werden wie irgend andre zwei Mächte auf dem Kontinent, und wenn wir wissen, daß wir in engen Freundschaftsbeziehungen zu einer dieser Mächte stehn, die erst kürzlich hergestellt sind und das amtliche Siegel erhalten haben, und daß wir mit dem Volk und der Regierung der andern Macht auf dem besten Fuße stehn, und wenn wir ferner wissen, daß, wenn diese beiden Mächte schnell Schiffe bauen, sie das gegeneinander tun, so muß ich doch sagen, daß der Gedanke, die Stärke dieser Mächte als Standard für unsre Seestärke zu nehmen, ein überwundner Standpunkt ist. Aber selbst wenn wir dies täten, so würde eine Prüfung der Art und des Zuwachses ihrer Schiffe noch immer nicht die Ansicht derer unterstützen, die für eine stärkere Vermehrung unsrer Flotte eintreten. Die Regierung hat nichts getan, was die Leistungsfähigkeit des Heeres und der Marine bezüglich der Landesverteidigung schwächen könnte. Wenn Balfour behauptet, daß es möglich sei, daß Freundschaften und Bündnisse nicht lange dauern, und daß wir immer bereit sein sollten für jede Möglichkeit und für alle Umstände, so bin ich der Ansicht, daß solche Behauptung nicht dazu angetan ist, zum Besten des Landes oder zur Erhaltung des Friedens zu dienen.

Hiernach wird das Etatsgesetz in zweiter Lesung angenommen.

2.

Unterrichtsgesetz.

3. Juli. Im Unterhause wird die dritte Lesung des am 9. April vorgelegten Unterrichtsgesetzes (Bd. 1, S. 303) beendet, und zwar unter Genehmigung der sehr angegriffnen Bestimmung, daß die Dissidentenkinder künftig überhaupt erst nach Beendigung des Religionsunterrichts in der Schule zu erscheinen brauchen, während jetzt zwar sämtliche Schüler zur selben Zeit in die Schule kommen müssen, jedoch die, deren Eltern mit konfessionellem Unterricht nicht einverstanden sind, während dessen Dauer andern Unterricht, zum Beispiel in der Mathematik, erhalten.

3.

Ueber die Kolonien.

20. Juli. Im Unterhause hebt bei Einbringung des Etats für Indien der Staatssekretär John Morley die Bedeutung der indischen Politik hervor, wobei er erklärt: Wir haben nicht länger um die dynastischen Streitigkeiten und territorialen Zwistigkeiten in Europa bekümmert zu sein. Wohl oder übel sehen wir die Umwandlung unsrer Politik in eine asiatische Politik, und am meisten nehmen uns die unsrer auswärtigen Beziehungen in Anspruch, die uns mit China und Japan sowie mit Rußland in seiner Eigenschaft als asiatische Großmacht in Berührung bringen.

31. Juli. Im Unterhause teilt bei Beratung des Budgets des Kolonialamts der Staatssekretär Churchill den Plan der Regierung bezüglich der neuen Verfassung Transvaals mit:

Es solle dort eine gesetzgebende Versammlung von 69 Mitgliedern bestehn und eine aus fünfzehn ernannten Mitgliedern bestehende zweite Kammer. Fernere Bestimmungen: Jeder erwachsne Mann von einundzwanzig Jahren ist nach sechsmonatigem Aufenthalt in Transvaal wahlberechtigt, ohne Rücksicht darauf, ob er Brite oder Bur ist. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel. Die Wahlkreise sollen nur durch einen Abgeordneten vertreten sein. Jede Stimme hat gleichen Wert. In dem neuen Parlament soll sowohl englisch wie holländisch gesprochen werden können. Zwangsarbeit ist verboten.

1. August. Im Unterhause verurteilt Sir Alfred Lyttelton diese Vorschläge; er fordert dagegen die Regierung auf, ihr Augenmerk auf die allgemeine Lage in Südafrika und auf die Gefahr von Rassenkämpfen zu richten und weist sodann auf die Wahrscheinlichkeit einer holländischen Mehrheit in der Kapkolonie hin. Im Damaralande befänden sich außerdem 15000 Mann deutscher Truppen nebst einer beträchtlichen Anzahl von Burenfreiwilligen. Redner kommt auf die im Mai dieses Jahres im deutschen Reichstage

erfolgte Ablehnung des Eisenbahnbaues und auf das Anerbieten der deutschen Regierung zu sprechen, im Falle des Baues der Bahn 5000 Mann zurückzuziehn. Er führt aus, die Anhänger der Friedens- und Sparsamkeitspartei in Deutschland hätten hervorgehoben, daß jener Vorschlag der deutschen Regierung besage, daß 5000 Mann mehr an Truppen in Damaraland stünden, als zur Bekämpfung der Herero notwendig seien. Obgleich er jetzt nicht behaupten wolle, daß die Truppen dort zu unfreundlichen Zwecken wären, so wäre es doch wichtig, in Betracht zu ziehn, daß, falls Streitigkeiten in Europa entstehn sollten, die Anwesenheit einer derartigen Truppenmacht ein Faktor wäre, der nicht außer acht gelassen werden dürfte. Sir Charles Dilke bezeichnet die Rede Lytteltons als höchst gefährlich und spottet über den Gedanken an den Marsch einer deutschen Streitmacht durch Namaqualand. Balfour drückt seine Verwunderung darüber aus, daß eine Regierung es für wünschenswert hätte halten können, sich auf ein so gefährliches Wagnis einzulassen. Die Regierung habe das Bestreben, aus den Verlegenheiten herauszukommen, die mit den wirtschaftlichen und Arbeiterschwierigkeiten in Transvaal zusammenhingen, und in die sie durch unbedachte Wahlversprechungen hineingeraten sei. Ministerpräsident Campbell-Bannerman erklärt hierauf, daß er im Laufe seiner parlamentarischen Erfahrung noch nie eine unwürdigere, unheilvollere und unpatriotischere Rede gehört habe. — Endlich spricht sich das Haus für den Vorschlag aus.

4.

Ueber auswärtige Fragen.

1. Juli. Im Oberhause lenkt Lord Newton die Aufmerksamkeit auf die vorgeschlagne Erhöhung der türkischen Zölle und weist auf die Möglichkeit hin, daß die hier verfügbaren Summen dazu verwandt werden könnten, um die Gewährung der Kilometergarantie an die Bagdadeisenbahn zu erleichtern. Redner erklärt, die Aussicht auf eine Eisenbahn vom Bosporus nach Bagdad ganz unter deutscher Kontrolle und auf eine andre Linie nach Mekka teilweise unter deutscher Kontrolle wäre eine Möglichkeit, die England nicht mit völliger Gleichgiltigkeit betrachten könnte. Zurzeit bestehe eine günstige Gelegenheit, mit Deutschland und der Türkei einen Handel zu schließen, bevor England endgiltig in die Erhöhung der Abgaben willige. — Unterstaatssekretär Lord Fitzmaurice erwidert, die Regierung habe darauf bestanden, daß der Ertrag der Zollerhöhung ausschließlich für das mazedonische Budget verwandt

werde. Die Befürchtungen Lord Newtons seien verfrüht. Der Zustand der türkischen Finanzen sei verwirrt, und obgleich theoretisch gewisse Summen verfügbar werden könnten, so bestehe doch in Wirklichkeit nur ein entfernter Zusammenhang zwischen solchen Summen und der Bagdadbahn.

5. Juli. Bei der Beratung des Budgets des Auswärtigen Amts im Unterhause gibt der Staatssekretär des Aeußern, Edward Grey, über Englands Stellung zu den ihm verbündeten oder befreundeten Mächten Erklärungen ab. Er beginnt seine Ausführungen mit einer Darstellung der Schwierigkeiten, die sich dem englischen Einfluß in Aegypten durch das Anwachsen einer fanatischen Stimmung unter den Eingebornen entgegenstellen. Er betont das immer vorhandne Mißtrauen zwischen dem Osten und dem Westen und richtet die Mahnung an das Unterhaus, in Fragen, die die Zivilisation des Ostens berühren, äußerst sorgsam zu Werke zu gehn, um nicht durch eine Erörterung Kräfte in Bewegung zu setzen, die immer nahe unter der Oberfläche sind, und die, wenn sie einmal zum Durchbruch gelangen, zu Folgen führen, die alle beklagen würden. Das Bündnis mit Japan befinde sich in außerordentlich guter Verfassung. Der Staatssekretär geht sodann über zu den Beziehungen Englands zum befreundeten Frankreich:

Die frühere Regierung hat mit Frankreich ein Uebereinkommen getroffen, das seit langem zwischen England und Frankreich bestehende Schwierigkeiten beseitigt und unter gewissen Bedingungen diplomatische Unterstützung versprach. Mit der Beseitigung dieser Schwierigkeiten keimte eine Freundschaft zwischen den beiden Ländern auf und ist fortgesetzt gewachsen. Wenn immer sich Gelegenheit dazu bot, ist die in dem Uebereinkommen ausgesprochne diplomatische Unterstützung von seiten eines jeden der beiden Länder spontan eingetreten, ohne Einschränkung und ohne Vorbehalt. Unsre Verpflichtungen gegeneinander sind dem Buchstaben und dem Geiste nach auf beiden Seiten erfüllt worden. Dieses gute Einvernehmen ist nicht gegen irgendein andres Land gerichtet, und es muß allgemein anerkannt werden, daß dieses gute Einvernehmen nicht beeinträchtigt werden kann durch irgendwelche anderweitige Entfaltungen unsrer auswärtigen Politik. Je klarer diese zwei Dinge im Geiste zum Ausdruck kommen, desto klarer wird es in Erscheinung treten, daß weder für England noch für Frankreich dieses gute Einvernehmen zwischen uns eine Schranke oder ein Hindernis ist für gute und herzliche Beziehungen zu andern Mächten.

Zu den Kreuzfahrten der Flotte in der Ostsee bemerkt Sir Grey:

Ich weiß nicht, weswegen dieses Mißverständnis mit bezug auf die Flottenbesuche entstieht. Etwas ähnliches ereignete sich im vergangnen Jahre. Der Flottenbesuch in der Ostsee war zu Beginn des Jahres geplant, und einige deutsche Häfen sollten angelaufen werden. Zwischen der Entstehung des Plans und seiner Ausführung ereigneten sich gewisse Vorfälle, und es wurde die Nachricht verbreitet, daß der Besuch planmäßig als drohende

Erklärung beabsichtigt wäre zu den Ereignissen, die vorgekommen waren, lange nachdem die Anordnungen getroffen worden waren. Nichts derartiges lag in der Absicht der Regierung. Der Besuch fand statt und tat nichts als Gutes.

Bezüglich Aegyptens macht Lord Grey noch Mitteilungen betreffs der vor kurzem vollzognen Hinrichtung der vier wegen Ermordung eines englischen Offiziers zum Tode verurteilten Aegypter und über die Lage in Aegypten und fügt hinzu:

Das ganze letzte Jahr hindurch herrschte in Aegypten eine fanatische Stimmung, die in stetem Wachsen begriffen war. Diese Stimmung ist nicht auf Aegypten beschränkt gewesen, sondern hat sich die nördlichen Gebiete Afrikas entlang fortgepflanzt. Aus diesem Grunde ist es geschehen, daß vor kurzer Zeit die Besatzung Aegyptens hat verstärkt werden müssen. Wir sind möglicherweise am Vorabende weiterer Maßnahmen, die sich zum Schutze der Europäer in Aegypten notwendig erweisen. Wenn das Haus in diesem Augenblick irgendetwas tut, um die Autorität der Regierung in Aegypten zu schwächen oder zu zerstören, so werden Sie sich einer sehr ernsten Lage gegenübersehen; denn wenn das Gefühl des Fanatismus in Aegypten über die feststehende Autorität der ägyptischen Regierung die Oberhand gewinnt, werden Sie sich der Notwendigkeit zu extremen Maßnahmen gegenübersehen.

II.

Heeresreform und Flottenfragen.

12. Juli. Der Kriegsminister Haldane führt einen englischen Generalstab amtlich ein.

Er wird in den den allgemeinen Betrieb der Armee leitenden Großen Generalstab und den bei einzelnen Kommandostellen wirkenden Generalstab eingeteilt. Die Angehörigen des letztern sollen die Kommandeure, denen sie beigegeben sind, besonders bei der Ausbildung der Offiziere und Truppen unterstützen. In einer der Armeeorder beigegebnen Denkschrift betont Kriegsminister Haldane, daß es Pflicht des Generalstabs ist, dafür zu sorgen, daß das Militärsystem auf moderner Höhe steht und die Militärwissenschaft in all ihren Zweigen gebührende Berücksichtigung findet. Haldane nimmt Bezug auf den Erfolg des deutschen Generalstabs und führt Stellen aus den Schriften Bronsart von Schellendorffs an.

15. September. In der Antwort auf einen Brief, worin die Notwendigkeit einer Verringerung der Rüstungen betont war, billigt der Kriegsminister Haldane die ausgesprochnen Gefühle, doch sei es bei der bestehenden Lage der Dinge nötig, die nationalen Verteidigungsmittel aufrecht zu erhalten. Wenn irgendeine Verringerung der Rüstungen zustande gebracht werden solle, so müßten sich die großen Nationen zu ihrer Durchführung vereinigen, aber England könne sich nicht selbst in eine schwache Stellung begeben.

18. Oktober. Der Erste Lord der Admiralität Lord Tweedmouth macht in einer Rede zu Sheffield bekannt, daß die Schießübungen des großen Kriegsschiffs „Dreadnought“ im höchsten Maße erfolgreich seien. Die Admiralität glaube, daß die Zukunft den großen Schlachtschiffen mit schwerer Panzerung und großen Kanonen gehören werde. Lord Tweedmouth bittet weiter, die pessimistischen Prophezeiungen über die Ergebnisse der Herabsetzung des Flottenbauprogramms zu unterlassen. Die Stellung der englischen Flotte sowohl in Hinsicht auf die Anzahl der Schiffe, auf Panzerung, Ausrüstung und Tonnengehalt sei niemals stärker gewesen als im gegenwärtigen Augenblick.

23. Oktober. Die Admiralität beschließt, eine besondre Heimatsflotte mit Sheerneß als Hauptquartier zu errichten, die aus in Dienst befindlichen und aus in Reserve befindlichen Schiffen zusammengesetzt sein wird. Die Verteilung der Schiffe der Kanalflotte, der Mittelmeer- und der Atlantischen Reserveflotte wird geändert werden, um eine Verstärkung der Mannschaftsstämme und der Organisation der Heimatsflotte zu ermöglichen. Die Aenderungen sollen allmählich vorgenommen werden.

28. Oktober. Der Kriegsminister Haldane spendet in einer Rede im Birkbek College über Wesen und Aufgabe militärischer Führung dem deutschen Heere großes Lob.

5. November. Meuterei in der Flottenkaserne zu Portsmouth.

9. November. Beim Lordmayorsbankett in der Londoner Guildhall führt der Kriegsminister Haldane in Erwiderung des Trinkspruchs auf die englische Streitmacht folgendes aus:

Wenn es heißt, daß nur die fremden Nationen mit den wechselnden Erfordernissen der Zeit Schritt zu halten vermögen, so teile ich diese Ansicht nicht. Wenn unsre Flotte die vorzüglichste der Welt ist, so sehe ich nicht ein, warum unsre Armeeorganisation nicht auch die denkbar beste sein kann. Wir brauchen keine kontinentale Armee, für die wir gar keine Verwendung hätten, aber wir brauchen eine, die die beste in ihrer Art und in bezug auf ihre Wirksamkeit so stark wie möglich ist. Eine solche Streitmacht zu organisieren, ist unsre Aufgabe. Wir brauchen keine Armee nach ausländischem Muster, sondern eine Armee, wie sie unsern Erfordernissen angepaßt ist. Die Regierung wird diese Aufgabe nicht leicht nehmen und ist sich ihrer Pflicht und Verantwortung in dieser Beziehung im vollsten Maße bewußt.

24. November. Der Kriegsminister Haldane führt in einer öffentlichen Rede aus, daß er überhaupt gar kein kriegstüchtiges Heer aufstellen könne, wenn er nicht auf die tätige Anteilnahme und Unterstützung des Volks rechnen könne. Er scheint überzeugt zu sein, daß, wenn er das britische Volk nicht zu größerer Opferwilligkeit bewegen kann, sein ganzer Reformplan zusammenbrechen müsse.

29. November. In einer Rede zu Belford sagt der Kriegsminister **Haldane**, England sei wegen Mangels an Mannschaften bei der Artillerie unfähig, im Kriege mehr als die Hälfte der Geschütze ins Feld zu bringen; keine Waffengattung bedürfe so sehr der Reorganisation wie die Artillerie. Von der Infanterie mußten neun Bataillone aufgelöst werden, um die für die Mobilisierung der übrigen Bataillone erforderlichen Geldmittel zu beschaffen.

III

Auswärtige Angelegenheiten.

1.

Verhältnis zum Deutschen Reiche.

Mitte Juli. Die Londoner „Daily Mail" behauptet, die französischen Behörden in Tunis seien überzeugt, daß Deutschland Anstifter des panislamitischen Vorgehns zugunsten der Türkei in Nordafrika sei, eine Mitteilung, der die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sofort entgegentritt. — „Standard" sucht Belege dafür vorzubringen, daß bei den jüngsten innerpolitischen Vorgängen in Rußland Deutschland seine Hand im Spiele gehabt habe.

Im August. Die Zusammenkunft des Königs Eduard mit dem Deutschen Kaiser in Cronberg wird von dem größten Teil der englischen Presse mit Wohlwollen aufgenommen.

„Daily Graphic" schreibt, König Eduard wisse sehr wohl, daß seine Zusammenkunft mit seinem kaiserlichen Neffen in der ganzen Welt als Unterpfand dafür begrüßt werde, daß die Differenzen, die bis vor kurzem sein Land von Deutschland trennten, zum großen Teil beseitigt seien. — „Tribune" schreibt, die möglichst schnelle und vollständige Beseitigung der unsinnigen und unnötigen Verdächtigungen, die in den letzten Jahren die Beziehungen zu Deutschland trübten, sei einer der Programmpunkte der Liberalen gewesen für die Zeit, wo sie wieder ans Ruder kämen. Des Königs Besuch werde dazu beitragen, der Botschaft von dem Wohlwollen Nachdruck zu geben, das bei dem Empfang der deutschen Redakteure zum Ausdruck gelangte. — „Daily Chronicle" schreibt: Die Tatsache, daß König Eduard unterwegs ist, um mit dem Deutschen Kaiser zusammenzutreffen, zeigt ein gewisses Nachlassen dessen, was von Mangel an Sympathie, wenn nicht gar bösem Willen, zwischen den beiden Ländern bestanden habe. — „Pall Mall Gazette" dagegen bemerkt, das Wohlwollen, das der deutschen Presse auch von seiten des Souveräns geboten wurde, habe eine geradezu grobe Erwiderung gefunden. Dies sei jedoch nicht bedauerlich; im Gegenteil, es sei vorzuziehn, da es die Wirkung haben dürfte, dem Strome der öligen Sentimentalität Einhalt zu

tun, der sich anläßlich der Monarchenzusammenkunft in einem Teile der englischen Presse ergießen dürfte und viele Leute, die aufgerüttelt werden müssen, zur Erkenntnis der wirklichen gegenwärtigen und künftigen Beziehungen zwischen England und Deutschland bringen wird. Was die deutsche Regierung von dieser Zusammenkunft erwarte, sei unter anderm die Regulierung der Angelegenheiten Aegyptens. „Es fällt aber schwer, dieser schamlosen Unverschämtheit der deutschen Anmaßung gegenüber, daß es noch eine »ägyptische Frage« gäbe, die der Regelung mit Deutschland oder irgendeiner andern Macht bedürfe, nicht die Geduld zu verlieren. Seit dem Erfolg des deutschen Vetos in Marokko hat Deutschland offenbar immer dahin getrachtet, einen Grund zu Zwistigkeiten zu finden, und diesen Grund bietet Aegypten. Um seinen Zweck zu erreichen, hat es den Türken aufgehetzt, Rechte auf der Sinaihalbinsel geltend zu machen. So lange als Deutschland fortfährt, sein Erpressungsspiel zu spielen, solange ist es für uns unmöglich, mit Deutschland zu einem guten Einverständnis zu kommen, das hier von allen Parteien gewünscht wird."

Ende August. Der Kriegsminister **Haldane** trifft in Berlin ein, um als Gast des Kaisers an den kronprinzlichen Tauffestlichkeiten teilzunehmen und militärische Einrichtungen kennen zu lernen.

Anfang September. „Daily Graphic" stellt unwahre Behauptungen auf über die Einflußnahme des Deutschen Kaisers auf die Wahl des Jesuitengenerals Wernz.

Mitte September. „Daily Mail" bringt die unwahre Notiz, daß während der deutschen Seemanöver sechs Divisionen von Hochseetorpedobooten über die Nordsee bis an die britischen Küsten gekommen seien, ohne daß man sie britischerseits entdeckt habe.

13. September. Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium, McKenna, hält eine öffentliche Rede in seinem Wahlkreise in Pontypool, in der er ausführt:

„Daily Mail" versuche täglich, Deutschland und England gegeneinander zu hetzen. Die „Daily Mail" treibe ein geradezu gefährliches Spiel. Jeden Tag veröffentliche das Blatt Meldungen über deutsche Vorbereitungen, um gegen England loszuschlagen. Wenn sechs Deutsche irgendwo auf der Welt zusammenkommen, um auf das Wohl ihres Kaisers zu trinken, melde die „Daily Mail" sofort, daß die Deutschen gegen die Seemacht Englands eine Verschwörung anzettelten. Durch solche kleine, die Oeffentlichkeit aufstachelnde Nachrichten hoffe „Daily Mail" das englische Volk zu alarmieren und dadurch die Regierung zu zwingen, die Ausgaben für die Kriegsmarine zu vermehren. Die Regierung werde sich hüten, sich von den Treibereien der „Daily Mail" beeinflussen zu lassen.

16. September. In einer Rede zu Newcastle sagt der Kriegsminister **Haldane**:

Unsre Beziehungen zu Deutschland sind besser, als sie vor kurzem waren. Eines der Vorkommnisse, die auf die Neigung Englands und Deutschlands hindeuteten, sich zwar als Rivalen, aber doch als freundliche Rivalen zu betrachten, sei die Zurückziehung nahezu der Hälfte der deutschen Streitkräfte aus Südafrika seitens der Deutschen. Zu den Zwecken des

letzten Kriegs hätten die Deutschen 15000 Mann in Südwestafrika gehabt, was eine gewisse Mißstimmung bei zu nervösen Leuten in England habe entstehn lassen. Er sei keinen Augenblick darauf gekommen, zu denken, daß dabei irgend etwas Unnatürliches war; aber nun stelle es sich heraus, daß vom nächsten Monat beginnend 7000 Mann deutsche Truppen zurückgezogen werden sollen. Das müsse Englands Werk in Südafrika erleichtern.

28. September. Der Kriegsminister Haldane weist in einer Rede zu Haddington darauf hin, daß die militärische Abrüstung nicht weiter fortgesetzt werden dürfe. England könne seine Mittel zur Selbstverteidigung nicht noch weiter beschränken, solange nicht die übrigen Staaten seinem Beispiele folgten. Wenn England in der Abrüstung fortfahre, so würde eine Schwächung seiner diplomatischen Stellung die unausbleibliche Folge sein; das Volk würde darüber aufgebracht sein und sich erheben und unter Beiseitesetzung jeder Rücksichtnahme einen größern Aufwand für die Flotte verlangen. Unter einem Volk in Waffen verstehe ich ein Volk, das wisse, was der Krieg bedeutet. Die Armee sei jetzt weit besser als vor dem südafrikanischen Kriege und unvergleichlich besser als in den trüben Tagen des Krimkrieges, aber die Aufgabe sei erst angeschnitten; wenn es ihm vergönnt sein würde, sechs Jahre an ihr zu arbeiten, würde er noch nicht in ihr Herz dringen. Das erfordre eine Generation; Deutschland habe fast ein halbes Jahrhundert gebraucht, seine Armee zu reorganisieren. Als es ihm jüngst durch die Güte des Kaisers verstattet gewesen sei, die Einzelheiten der deutschen Heeresverwaltung kennen zu lernen, die in der Lage sei, eine ungeheuer viel größere Armee aufzustellen als England vermöge, und zwar für wenig mehr Geld als dieses ausgebe, da habe er den deutschen Kriegsminister gefragt: „Wie bekommen Sie so viel für so wenig Geld?“ Die Antwort sei gewesen: „Indem wir sorgfältig erwägen, was wir für jeden Pfennig bekommen, den wir ausgeben.“ Dies sei der Grundsatz, den er einführen möchte.

2.

Vertrag bezüglich der Neuen Hebriden.

20. Oktober. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, und der französische Botschafter Cambon unterzeichnen endgiltig die Konvention, nach der das am 27. Februar 1906 abgeschlossene Uebereinkommen betreffend die Inselgruppe der Neuen Hebriden im Stillen Ozean (Melanesien) genehmigt wird. Darin ist festgestellt, daß die Neuen Hebriden ein Gebiet einer gemein-

samen Einflußsphäre bilden. Frankreich und England ernennen je einen Oberkommissar. Den Oberkommissaren sind zwei stellvertretende Kommissare beigegeben, die erstere bei deren Abwesenheit vertreten.

3.

Betreffend den Kongostaat.

20. November. Der Staatssekretär des Aeußern, Sir Edward Grey, antwortet einer Abordnung, wenn Belgien den Kongostaat nicht übernehme, werde die englische Regierung die Mächte wegen einer internationalen Konferenz befragen. Nur im äußersten Notfalle würde England für sich allein vorgehn. Welches auch immer die Ansicht der übrigen Mächte sein möchte, es würde der britischen Regierung unmöglich sein, noch länger den gegenwärtigen Stand der Dinge auf unbestimmte Zeit anzuerkennen.

IV.

Kolonien.

1.

Südafrika.

20. Juli. Erneute Beschuldigungen wegen grausamer Kriegführung werden gegen die mit der Unterdrückung des Zuluaufstandes beschäftigten englischen Truppen in einem Briefe erhoben, den der britische Bischof von Zululand an den Premierminister von Natal gerichtet hat. Eine zur Untersuchung dieser behaupteten Tatsachen eingesetzte Kommission hält die vom Bischof erhobnen Beschuldigungen nicht für völlig begründet.

Mitte August. In Natal wird eine Bewegung eingeleitet, deren Zweck es ist, eine vollständige Vereinigung mit Transvaal herbeizuführen.

10. November. Der Transvaalbur Ferreira und mehrere andre Buren dringen im Nordwesten der Kapkolonie ein und versuchen einen Aufstand ins Werk zu setzen. Sie überraschen zwei Polizeistationen und bringen Waffen und Munition in ihren Besitz. Der Aufstand wird bald durch die Gefangennahme der Führer beendet.

12. Dezember. Der Transvaal- und der Oranjeflußkolonie wird eine Verfassung verliehen.

Danach besteht der Gesetzgebende Rat aus fünfzehn Mitgliedern, die vom Gouverneur ernannt werden. Bis ein Gesetz über die Festsetzung der Wahlen zu diesem Rat erlassen ist, soll er alle fünf Jahre neu zusammengesetzt werden. Die Gesetzgebende Versammlung besteht aus gewählten Mitgliedern, bei deren Verhandlungen sowohl die englische wie die holländische Sprache gebraucht werden dürfen. Die Urkunde behält der großbritannischen Regierung die Genehmigung von Gesetzen vor, durch die Personen europäischer Geburt oder Abstammung Beschränkungen auferlegt werden oder durch die über die Einführung fremder Arbeiter Bestimmungen getroffen werden. — Buren wie Briten erhalten volles Bürgerrecht und damit auch das Wahlrecht, sobald sie sechs Monate im Lande gelebt haben. Die Wahllisten sind nach der Anzahl der qualifizierten Wähler und nicht nach den Bevölkerungslisten anzufertigen. Qualifiziert ist jeder großjährige Bürger. Frauen, Offiziere und Soldaten allein sind vom Wahlrecht grundsätzlich ausgeschlossen. Das Parlament besteht aus neunundsechzig Abgeordneten, die je eine Jahresentschädigung von 200 Pfund (4000 Mark) erhalten, daneben gewisse Vergünstigungen. Jeder Wahlkreis erwählt nur einen Abgeordneten. Die Mandate verteilen sich wie folgt: 33 erhält der Rand, 6 die Hauptstadt Prätoria und das übrige Land deren 29. Das Swasiland bleibt vorläufig von der parlamentarischen Vertretung ausgeschlossen.

2.

Indien.

Anfang September. Unter den Eingebornen entsteht eine englandfeindliche Bewegung. Ein Hindu namens Banerjee wird in Kalkutta zum König von Bengalen gekrönt. Unter den Hindus und den Mohammedanern wird eine Schrift verbreitet, in der zur Erhebung und zur Vertreibung der Engländer aus dem Lande aufgefordert wird.

Im Oktober. In einem weit verbreiteten Aufruf werden alle Indier, Hindu, Muselmänner und Christen aufgefordert, sich gegen die Engländer zu erheben und Indien zu befreien, wenn auch drei Millionen Menschenleben dazu nötig seien. Der Führer der Selbständigkeitsbewegung hat einen Brief an eine japanische Zeitung veröffentlicht, der lautet:

Indien war schon im Altertum ein Land im Zenit der Kultur, als England in Europa noch lange um seine Zivilisation zu kämpfen hatte. England wurde eine zivilisierte Nation, indem Indien fiel. Indien ist an der Dämmerung seines Lebens angelangt und wird seine Erhebung durch die Hilfe eines asiatischen Volkes erreichen. Die Aufteilung Bengalens hat den Indiern die Augen geöffnet. Indiens Freiheit ist leider vernichtet. Jetzt erwacht es und trachtet danach, zurückzugewinnen, was es verloren hat. Falls Indien einig ist, wäre kein fremder Feind imstande, es zu überwältigen. Unser Banner

soll die Inschrift tragen: „Bande Mataram", was sagen will: sei einig, Indien, steh auf und tue deine Pflicht! Jetzt erwartet Indien die Hilfe eines asiatischen Volkes, das schon einen Erfolg in der Zivilisation aufzuweisen hat und durch seine Kraft und seine Tugenden den Völkern des Westens eine gute Lehre erteilt hat.

Ende Dezember. Indiens Selbständigkeitsstreben tritt in dem indischen Nationalkongresse stärker als im vorigen Jahre hervor:

Der Vorsitzende wendet sich gegen den Imperialismus, wie er während der letzten Jahre in England vorherrschend gewesen sei. Indien habe dieser bisher nur zum Schaden gereicht, und es sei keine Frage, daß, wenn dieser Geist fortbestehn sollte, aus Indien bald ein zweites Irland werden würde. Die Frage der Teilung Bengalens habe zur Genüge gezeigt, welche Stimmung im Lande herrsche. Indien müsse jetzt unter allen Umständen eine eigne Regierung verlangen. Dann erst könnten sich die Verhältnisse bessern, weil man das Geld, das die Indier aufbrächten, dann auch wirklich für Indien verwenden würde, und sobald dies geschehe, würden Hungersnot und Elend mit einem Schlage aufhören.

3000 Mohammedaner beschließen in einer Konferenz zu Dakka:

Eine über ganz Indien sich ausdehnende mohammedanische Liga zu gründen, die den Namen All India Moslem League erhalten und die folgenden Zwecke verfolgen solle: Unter allen Mohammedanern des indischen Reiches solle das Gefühl der Loyalität zum britischen Reiche verbreitet und gefördert und gesorgt werden für eine Förderung der politischen Rechte der Mohammedaner im indischen Reiche.

3.

Australien.

Im Oktober. Das australische Bundesparlament in Melbourne nimmt einen Gesetzentwurf an, wonach die englischen Waren, die in englischen Schiffen transportiert werden, eine Vorzugsbehandlung genießen sollen. Da aber diese Bestimmung gegen bestehende Verträge verstößt, so macht der englische Kolonialminister den Generalgouverneur darauf aufmerksam, worauf beide Kammern den Gesetzentwurf ändern.

4.

Neufundland.

10. Oktober. In Neufundland beginnt die Erregung gegen den zwischen der britischen Regierung und den Vereinigten Staaten in der Fischereifrage abgeschlossenen Modus vivendi ernsthaft zu werden. Die Neufundländer behaupten, England habe vor Amerika kapituliert, ohne die neufundländische

Regierung zu befragen, und die letztere droht, amerikanische Schiffe, die die Fischereigesetze verletzen, künftig zu konfiszieren, statt sie mit Geldstrafen zu belegen. Zwei Kolonialkreuzer erhalten Befehl, die Gewässer der Bay of Islands zu überwachen.

V.

Parlament.

(Zweite Tagung: seit 25. Oktober.)

1.

Auswärtige Fragen.

29. Oktober. Im Unterhause wird auf eine Anfrage vom Auswärtigen Amte erwidert, zwischen der englischen und der russischen Regierung sei bezüglich Persiens kein allgemeines Abkommen getroffen worden, aber die beiden Regierungen hätten die jüngsten Ereignisse in Persien erörtert zu dem Zwecke, jeglichen Interessenkonflikt zu vermeiden und möglichst gemeinsam vorzugehn, um den Status quo zu erhalten.

31. Oktober. Im Unterhause stellt Sir **Evans-Gordon** die Frage an die Regierung, ob man die Scharen fremder Arbeiter, hauptsächlich Russen, die von den Provinzialbehörden Westfalens aus Preußen ausgewiesen werden und nun nach Großbritannien kommen, und ob man überhaupt Personen, die aus ökonomischen Rücksichten aus Deutschland ausgewiesen werden, in England als politische Flüchtlinge ansehen, und ob man zulassen wolle, daß durch solche Leute der Minenarbeitsmarkt überschwemmt würde. Staatssekretär **Gladstone** antwortet, es mache sich zurzeit kein derartiger Zustrom bemerkbar.

1. November. Im Unterhause erwidert der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward **Grey**, auf eine Anfrage, die Giltigkeit des zwischen England, Frankreich und Italien bezüglich Abessiniens abgeschlossenen Uebereinkommens sei nicht abhängig von der Zustimmung des Kaisers Menelik. Das Uebereinkommen sei diesem mitgeteilt worden, um ihm zu zeigen, daß seine Interessen durch die Verabredungen, die die drei Mächte untereinander getroffen haben, nicht beeinträchtigt würden.

20. November. Im Unterhause richtet Ashley an den Staatssekretär des Auswärtigen die Frage, ob er bei der deutschen Regierung Vorstellungen machen wolle, um eine mehr entsprechende Ueberwachung der Südgrenze von Deutschsüdwestafrika zu sichern. **Grey** erwidert: Es ist sowohl von der Verwaltung der Kapkolonie

als der Deutschsüdwestafrikas anerkannt, daß die große Ausdehnung der Grenze in Berücksichtigung gezogen werden müsse, wie auch die Unmöglichkeit, genügend große Mannschaften auf beiden Seiten zu unterhalten, um jeder Möglichkeit von Bewegungen über die Grenze vorzubeugen.

6. Dezember. Im Unterhause stellt Gibson Bowles die Anfrage, ob eine Abmachung zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland bestehe darüber, daß im Falle einer kriegerischen Verwicklung Deutschlands die deutsche Handelsmarine unter die Flagge der Vereinigten Staaten treten solle, und ob die Regierung irgendwelche Mitteilungen über diese Angelegenheit von dem britischen Botschafter in Washington erhalten habe. Staatssekretär Sir Edward Grey verneint dies.

2.

Ueber die Kriegsflotte.

31. Oktober. Auf die im Unterhause gestellte Frage, ob nach der letzten Denkschrift der Admiralität über die Zusammensetzung der heimischen Flotte die Zahl der Linienschiffe in voller Dienstbereitschaft vermindert werden solle, antwortet Admiralitätssekretär Robertson, daß die Admiralität damit eine günstigere Verteilung der Linienschiffe in bezug auf ihre kriegerische Verwendung habe herbeiführen wollen, und daß die heimische Flotte um je zwei Linienschiffe von der Kanal-, der Mittelmeer- und der Atlantischen Flotte vermehrt werden solle.

5. November. Auf eine weitere Frage im Unterhause, ob die Admiralität glaube, daß die Schiffe, die aus der in Dienst gestellten Flotte zurückgezogen und in Reserve gestellt oder der heimischen Flotte eingereiht werden, im Kriegsfalle sofort als schlagführende Steitmacht wirksam seien, antwortet der Premierminister Campbell Bannerman: Ja; die Admiralität ist der Ansicht, daß die im Zuge befindliche Neueinteilung der Flotten die Schlagfertigkeit der Marine erhöhe.

19. Dezember. Im Unterhause bestätigt die Regierung, daß sie eine starke Flottenbasis für die Heimatflotte an der Ostküste zu schaffen beabsichtige, und daß die Arbeiten in Rosyth mit aller nur möglichen Schnelligkeit betrieben würden.

3.

Kolonialfragen.

12. November. Im Unterhause wird von der Regierung auf eine Anfrage erklärt, daß der Gouverneur der Kapkolonie den Gouverneur von Deutschsüdwestafrika ersucht habe, Maßnahmen zu treffen, um die Freibeuter einzufangen, wenn sie sich nach Deutschsüdwestafrika zurückziehn sollten, und sie dann auf Grund der Beschuldigung von Diebstahl und Mordversuchs auszuliefern.

15. November. Im Oberhause bringt Lord Milner den Wunsch vor, daß alle auf die Ansiedlungsfrage bezüglichen Rechtsverhältnisse dem Wirkungskreis der Parlamente in den Burenkolonien entzogen und seiner eignen Behörde unterstellt werden sollen.

18. Dezember. Im Unterhause fragt Rees, ob bei der Regierung Vorstellungen des Inhalts gemacht worden seien, daß die Aufständischen in Deutschsüdwestafrika aus britischem Gebiet Verstärkungen erhalten hätten. Unterstaatssekretär Runciman erwidert, es seien einige Klagen darüber vorgebracht worden, daß Eingeborne die Grenze nach dem deutschen Gebiet überschritten hätten, aber es seien keinerlei Vorstellungen über irgend etwas erhoben worden, was man mit Fug als Zuzug zu den Aufständischen vom britischen Gebiet her bezeichnen könnte. Es sei auch vorgekommen, daß die Grenze durch deutsche Truppen nach dem englischen Gebiet überschritten worden sei, aber keiner dieser Zwischenfälle sei von einer der beiden Regierungen als ein Zeichen einer unfreundlichen Gesinnung von seiten der Behörden des andern Landes behandelt worden.

4.

Unterrichtsgesetz.

22. November. Auch im Oberhause wird die Beratung beendet, in der nach Ansicht der Liberalen die Grundzüge der Vorlage ins Gegenteil verkehrt und sie aus einer unkonfessionellen in eine konfessionelle Maßnahme verändert sein soll.

11. Dezember. Alle vom Oberhause vorgenommnen Aenderungen werden vom Unterhause abgelehnt.

19. Dezember. Das Oberhaus hält alle von ihm beschlossenen Aenderungen aufrecht.

20. Dezember. Auf Antrag des Premierministers lehnt das Unterhaus ab, die Mitteilung des Oberhauses in Beratung zu ziehn, nachdem er zuvor sich dahin ausgesprochen hat:

Sollten die Ergebnisse der allgemeinen Wahlen für nichts gerechnet werden? Es ist schlechtweg ein unerträglicher Zustand, daß, wenn eine Partei die Macht im Oberhause hat, die zweite Kammer ihr willfähriger Diener sein sollte, und daß, wenn diese Partei vom Lande unzweideutig verurteilt worden

ist, das Haus der Lords imstande sein sollte, die Politik, zu deren Gunsten die Wähler sich erklärt haben, lahmzulegen und zu durchkreuzen. Das ist der gegenwärtige Zustand. Aber die Mittel der britischen Verfassung sind noch nicht ganz erschöpft.

5.

Thronrede.

21. Dezember. Die Rede zum Schluß der Tagung enthält nur eine Aufzählung der Vorgänge in den Beziehungen zum Auslande und ein Bedauern über das Scheitern des Schulgesetzes.

Italien.

I.

Parlament.

(Fortsetzung der ersten Tagung.)

4. Juli. In der Deputiertenkammer läßt die Regierung auf eine Anfrage erklären, die griechisch-rumänischen Meinungsverschiedenheiten könnten die Regierung nicht gleichgiltig lassen, da Italien mit beiden Völkern durch Bande aufrichtiger Freundschaft verknüpft sei und wünsche, daß nicht neue Verwicklungen zu denen kämen, die schon das Balkangebiet beunruhigen. Die Regierung habe in Athen wie in Bukarest Worte zur Versöhnung gesprochen, die sympathisch aufgenommen worden seien, aber die Tatsachen hätten den Hoffnungen der Regierung nicht entsprochen; sie wolle ein Urteil über den Zwist nicht abgeben. Das Vorgehn Italiens, den von Rumänien nachgesuchten Schutz seiner Staatsangehörigen zu übernehmen, sei von der griechischen Regierung gewürdigt, und hoffentlich werde dieser Auftrag eine günstige Gelegenheit geben, die Bedingungen für eine Aussöhnung der beiden Völker zu suchen und zu finden.

5. Juli. In der Deputiertenkammer wird der Kommissionsbericht zur Untersuchung der Zustände in der Kriegsmarine erstattet, worauf die Kammer ihr Vertrauen zur Marine ausdrückt.

6. Juli. Der Schatzminister erklärt in der Deputiertenkammer bezüglich der Rentenumwandlung:

Nach Ablauf der Frist für die Rückzahlungsforderungen stelle sich heraus, daß von 8 Milliarden und 100 Millionen Kapital nur Rückzahlungen von

ungefähr 1700000 Lire Kapital in Italien und von ungefähr 2 Millionen Lire Kapital im Auslande verlangt worden seien. In der Summe der in Italien verlangten Rückzahlungen sei indessen eine Million einbegriffen, die einem Fremden gehöre, sodaß italienische Inhaber italienischer Rente nur die Rückzahlung von 700000 Lire verlangt hätten. An den beiden wichtigsten Märkten für die italienische Rente, Paris und Berlin, sei keine Rückzahlung verlangt worden. Der italienische Schatz habe die große Finanzoperation ganz aus eigner Kraft übernommen und sich für alle Fälle die Unterstützung zweier mächtiger Finanzsyndikate gesichert, an deren Spitze das Haus Rothschild und die Banca d'Italia stünden. Aber diese Unterstützung müsse lediglich als eine moralische betrachtet werden, wie es auch die äußerst kleine Ziffer der geforderten Rückzahlungen beweise. Diese Nachrichten zeigten klar das große Vertrauen, deren sich die italienischen Finanzen im Auslande erfreuten, und die ständig wachsende Wohlhabenheit des Landes.

II.

Das parlamentarische Programm der Regierung.

8. November. Auf einem Bankett in Catania, dem die Minister Majorana, Tittoni, Massimini und zahlreiche Senatoren beiwohnen, hält der Schatzminister Majorana eine Rede, in der er das parlamentarische Programm der Regierung entwickelt.

Der Minister betont, daß die Bildung des Kabinetts in bemerkenswerter Weise zur sofortigen Herstellung des parlamentarischen Gleichgewichts und zu einer seit langem nicht in gleicher Weise erlebten, starken gesetzgeberischen Arbeit geführt habe. Unter den Ergebnissen der letztern hebt der Redner namentlich die Rentenkonversion hervor, die das größte seit der Einigung Italiens vollbrachte Werk sei. Vor allem sollen die Bewilligungen für die öffentlichen Dienstzweige erhöht und danach eine Herabsetzung der Verbrauchsabgaben erwogen werden. Die Gehälter der Gendarmen, Stadtpolizisten und Gefangnenaufseher sollen erhöht und auch eine Vorlage zugunsten der Unteroffiziere und Spezialwaffen der Marine eingebracht werden. „Was die Armee betrifft, so wird die Regierung beantragen, die gegenwärtigen außerordentlichen Ausgaben auf zehn weitere Jahre zu erstrecken und sie von 16 auf 20 Millionen jährlich zu erhöhen, um die Umwandlung der Artillerie zu vervollständigen. Die gegenwärtigen Grenzen der ordentlichen Ausgaben des Kriegsbudgets bleiben unverändert. Die erwähnte geringe Ausgabenvermehrung darf keinerlei Befürchtungen über die internationale Lage erwecken. Wir brauchten niemals den Gedanken einer Beschleunigung der militärischen Maßnahmen aus Besorgnis vor einem Kriege zu erwägen. Unsre Rüstungen zielen darauf ab, den technischen Fortschritten zu folgen, wie es die andern Nationen tun." Andre Vorlagen werden Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege zum Gegenstande haben. Der Staatseisenbahnbetrieb solle mit einer Ausgabe von fast einer halben Milliarde einer sofortigen Verbesserung unterzogen werden. Schließlich bemerkt der Schatzminister: Während das Budget von 1888/89 mit einem Fehlbetrag von 465 Millionen Lire abgeschlossen habe, weise das am 30. Juni d. J. abgeschlossene Budget von 1905/06 einen Aktivüberschuß von mehr

als 63 Millionen Lire auf. Dabei seien keine Steuern erhöht, vielmehr einige herabgesetzt oder aufgehoben und auch die Tarife mehrerer öffentlicher Dienstzweige herabgesetzt worden, und trotz der seit zehn Jahren um 272 Millionen gestiegnen Ausgaben sei keine neue Anleihe aufgenommen und die Zinsen der alten verringert worden. Dieses Wunder der Ueberwindung des Defizits sei den immer wachsenden Steuereingängen infolge der sich von Tag zu Tag hebenden wirtschaftlichen Tätigkeit des italienischen Volkes zu danken.

III.

Auswärtige Angelegenheiten.

Im August. Der Mullah, Führer im Somalilande, bricht den Vertrag, den die italienische Regierung, zugleich im Interesse Großbritanniens, im März 1905 mit ihm geschlossen hat, und wonach der Friede im ganzen Schutzgebiete wiederhergestellt sein sollte, wie auch der Mullah sich unter den Schutz der italienischen Regierung stellte. (Bd. 1 von 1905, S. 381.) Der Mullah führt wieder einen großen Raubzug an der Grenze des Somalilandes und Abessiniens gegen den Volksstamm in der Landschaft Ogaden aus.

IV.

Parteibewegung.

1.

Die christliche Demokratie.

15. bis 18. September. In Mailand findet der erste Kongreß der „Lega Democratica Nationale" statt.

Es hatte sich in Italien unter dem Namen Democrazia cristiana eine politisch-religöse Partei gebildet, der ein großer Teil der italienischen katholischen Jugend angehörte und die es verstand, in kurzer Zeit einen äußerst wohltätigen Einfluß, insbesondre auf das Landvolk, auszuüben, indem sie versuchte, kirchliches und praktisches Leben zu verbinden. Der junge Priester Don Romolo Murri war das anerkannte Haupt; „Il domani d'Italia" und „La coltura soziale" die Parteiblätter. Von vatikanischer Seite wurde diese Bewegung sehr befehdet. Am 6. März 1905 sagte der Papst in einem Briefe an den Erzbischof von Bologna, eine demokratisch-kirchliche Bewegung könne nur unter Aufsicht der Bischöfe stattfinden. Am 11. Juni v. J. richtete er an die Bischöfe Italiens ein Rundschreiben bezüglich der Teilnahme der Katholiken am politischen Leben Italiens, und im Oktober vorigen Jahres wurde vom Vatikan eine Organisation der politischen Vereine betrieben, die sich den Weisungen des Papstes fügen sollten. Hiergegen

erhob sich eine starke Widerstandsbewegung. Die Democrazia cristiana löste sich zwar auf, aber ihre Mitglieder lösten sich auch von der kirchlichen Autorität los, indem sie eine neue Partei Democrazia nationale mit absolut weltlichem Charakter gründeten.

Auf dem Kongresse in Mailand betont nun der Präsident Graf Gallarati-Scotti, daß die christlichen Demokraten sich dem päpstlichen Stuhle in allen rein religiösen Fragen vollständig unterwerfen, auf politischem und sozialem Gebiete jedoch ihre volle Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten beabsichtigen. Er hebt ferner den rein demokratischen Charakter der demokratisch-nationalen Liga, im Gegensatze zu der bürgerlichen und konservativen Tendenz der offiziellen katholischen Organisation, hervor. Diese Erklärungen des Grafen sind für alle andern Kongreßredner maßgebend, doch ist durch das Verhalten des Papstes eine Spaltung der Demokraten bewirkt. (Siehe unter Papst, S. 245.)

2.

Sozialistenkongreß.

10. Oktober. Der in Rom stattfindende Kongreß ist von den drei Gruppen der Sozialisten besucht, von den Reformisten oder Vertretern des Begriffs der Gleichheit und Brüderlichkeit, Begünstigern der allmählichen Emanzipation des Proletariats, ferner von den Syndikalisten mit dem Programme der Bekämpfung jeder sozialen Pflicht; sie haben ihren Namen von ihrem Eintreten für die Gewerkschaftsbildung; endlich den Integralisten, die revolutionäre Methoden nicht ausschließen, aber auch Reformen nicht zurückweisen, die dem Proletariat jetzt günstig sind; sie sind bestrebt, die Einigkeit der Partei um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Auf dem Kongresse sind 34083 Stimmen vertreten. Die Syndakalisten verlangen die vollständige Zerstörung der militärischen Einrichtungen durch die Revolte und Gehorsamsverweigerung von seiten der Soldaten. Sie nehmen ohne Vorbehalt den Grundsatz der antimilitaristischen Propaganda bei den Soldaten selbst und in den Kasernen an, betrieben durch die sozialistischen Jugendvereine, deren Propaganda gerade in jüngster Zeit die Behörden zu energischem Eingreifen veranlaßt hat. Labriola proklamiert, die Sozialisten müßten danach trachten, daß das nationale Heer vom Feinde geschlagen würde, weil nur dadurch die kapitalistische Gesellschaft vernichtet werden kann. Die integralistischen Redner weisen den anarchistischen Antimilitarismus zurück und vertreten eine Propaganda, durch die die Soldaten überredet werden sollten, bei Konflikten mit Arbeitern keinen Gebrauch von den Waffen zu machen und sich bei Ausständen nicht

als Ersatzleute gebrauchen zu lassen. Die militärischen Einrichtungen erkennen sie zur Verteidigung des Vaterlandes für notwendig an. Die Redner der Reformisten erklären die antimilitaristische Propaganda beim stehenden Heer für ein Verbrechen an den jungen Soldaten, die dafür in den Strafkompagnien und Zuchthäusern zu büßen hätten. Man erreiche den Zweck, dem Heer den Charakter eines Klasseninstruments zu nehmen, besser, wenn man unter der Jugend sozialistische Propaganda triebe, nicht jegliche Vaterlandsliebe und die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung verleugne. Der Wortführer der Syndikatsmänner, Labriola, führt aus, man müsse jede Staatsgewalt vernichten, damit die Proletarierklasse und das Individuum Raum bekommen und ihre „Impulse", die schon das Richtige treffen würden, sich ungehemmt Luft machen könnten. Um eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen durch schrittweise Reformen und auf dem bestehenden Boden ist es ihm nicht zu tun. „Ob einer eine Stunde mehr oder weniger arbeitet, ist ziemlich gleichgiltig." Diese Partei beantragt einen Beschluß, der als Zweck der sozialistischen Revolution angibt:

1. Expropriierung der Kapitalistenklasse, 2. Auflösung der Staatsgewalt, als Mittel dazu die Zusammenschließung und Organisierung aller Lohnarbeiter in Syndikaten und den proletarischen Klassenkampf gegen die übrige Gesellschaft, die durchaus als Gegnerin zu behandeln ist. Die sozialistische Partei habe lediglich proletarische Interessen zu vertreten, Nichtarbeiter von sich fern zu halten, der Regierung ganz fern zu bleiben und im Parlament ausschließlich für Ziele zu wirken, die den Zusammenbruch der bestehenden Gesellschaft und den Sieg des Proletariats näher rücken. Dazu gehört die Beseitigung der Monarchie und die Bekämpfung des Militarismus und Klerikalismus.

Die beiden gemäßigten Parteien, die Reformisten und die Integralisten gehn zusammen und bilden die Mehrheit des Kongresses, der, namentlich auf Ferris Betrieb, den Beschluß faßt, daß die Partei auf gesetzlichem Boden bleibe, aber Gewaltmittel zulasse, falls die herrschenden Klassen die gesetzliche Bewegungsfreiheit einschränken; der Beschluß befürwortet friedliche wirtschaftliche Auseinandersetzung, aber er zieht als äußerstes Mittel den Generalstreik in Betracht; er will von Zertrümmerung des Staats nichts wissen, aber er stellt die Aufhebung des Eigentums und der herrschenden Gesellschaftsordnung in Aussicht; er verwirft die Revolution, aber er rechtfertigt die Auflehnung des Proletariats behufs Ergänzung der Reformarbeit.

Bei der Unvereinbarkeit dieser drei Meinungen kommt es nicht zur Abstimmung, sondern zur Schließung des Kongresses.

V.

Parlament.

(Zweite Tagung.)

28. November. In der Deputiertenkammer spricht bei Beratung des Justizetats der Justizminister über die Kirchenpolitik und das Garantiegesetz: niemand stelle mehr den weltlichen Charakter des Staats in Zweifel, der seinem eignen Recht Achtung verschaffen müsse. In der Handhabung der Kirchenpolitik gebe es nur zwei Wege: Freiheit oder Gewalttätigkeit! Die Regierung sei, ohne irgendwie zu zögern, Anhängerin der Methode der Freiheit.

4. Dezember. Der Minister Majorana führt in der Kammer aus: Das Rechnungsjahr 1905/06 weist anstatt des vorgesehenen Ueberschusses von 10 Millionen einen solchen von 63 Millionen auf. Für das Rechnungsjahr 1906/07, das das erste ist, dem die Vorteile der Rentenkonversion zugute kommen, dürfe auf einen Ueberschuß von 30 Millionen gerechnet werden. Die Voranschläge für 1907/08 schließen mit einem Ueberschuß von 17 Millionen ab.

7. Dezember. In der Beratung der Kammer über die Mißstände im Eisenbahnbetrieb sagt der Schatzminister Majorana für künftig eine größere Kontrolle des Parlaments zu. Arbeitsminister Gianturco führt aus, in welchem Zustande die Bahnen und das Material waren, als der Staat sie übernahm:

Das Personal sei unzufrieden gewesen. Der Staat habe alle dem Personal gegebnen Versprechungen gehalten, und dafür habe dieses sich auch Anfeindungen gegenüber ablehnend verhalten und seine Pflicht immer getan. Zur Ermöglichung eines schnellen Dienstes seien 80 Millionen eingestellt, aber verschiedne Umstände, wie der ungeheure Andrang zur Simplonbahn, der Zufluß zur Ausstellung nach Mailand usw. hätten zusammengewirkt, um die Schwierigkeiten im Betrieb zu erhöhen. Die Zahl der Unfälle sei in Italien geringer als irgendwo, ausgenommen in Deutschland. Zur Deckung der notwendigen Bedürfnisse würden 910 Millionen genügen, die auf vier Jahre zu verteilen seien.

14. Dezember. In der Deputiertenkammer führt der Kriegsminister aus, die wichtigste Frage sei die Umgestaltung der Artillerie; diese Aufgabe sei schon technisch gelöst, er bitte die Kammer, ihn in dem Werke zugunsten des Heeres zu unterstützen.

18. Dezember. Der Minister des Aeußern, Tittoni, spricht sich über Italiens auswärtige Politik in der Deputiertenkammer aus. Er sagt u. a.:

Der Dreibund wird nach wie vor die Grundlage unsrer Politik sein, ihm wollen wir treu bleiben. Diese ausdrückliche Versicherung möge als Beweis dafür genügen, daß die sich täuschen, die von Zeit zu Zeit auf bloßen

Anschein hin die Schwächung des Dreibundes feststellen zu können behaupten und sein nahes Ende voraussagen. Man hat gesagt, der Dreibund habe sich geändert und in seinem Charakter gewandelt dadurch, daß er wesentlich friedlich geworden sei. Was mich betrifft, so glaube ich, daß er immer friedlich gewesen ist, wenn ich auch seine kostbare Eigenschaft, ein wirksames Werkzeug und ein sicheres Unterpfand des Friedens zu sein, besser offenbart hat, seitdem man zu der Erkenntnis gekommen ist, daß er in keiner Weise die freundschaftlichsten Beziehungen zwischen den Mächten, die den Dreibund bilden, und denen, die außerhalb des Bundes stehn, verhindert. Ich versichere, daß der Dreibund von heute das größte Lob verdient, weil er Europa lange Jahre des Friedens verschafft hat. Man hat die Vorteile, die der Dreibund gebracht hat, in Zweifel ziehn wollen. Er ist es aber, dem wir es zu verdanken haben, daß wir eine unabhängige Politik befolgen konnten. Auf irrtümliche Versicherungen hin hat man versucht, ein Märchen von indiskreten Einmischungen Deutschlands zum Schaden unsrer Würde und unsrer Interessen zu schaffen. Ich kann und muß diese Legende zerstören. Schon früher sei dargelegt, daß für Italien die Notwendigkeit bestehe, freundschaftliche Beziehungen mit England zu unterhalten. Wenn die Möglichkeit eines Streits Deutschlands mit England bestehe, so hätte sich nicht Italien allein damit zu beschäftigen, sondern zu gleichem Maße Oesterreich-Ungarn, dessen Beziehungen zu England nicht minder herzlich und sogar weit ältern Datums seien als die Italiens. Wenn man sich nun in Oesterreich über diese Frage nicht beunruhige, so liege das einfach daran, daß dort niemand ernstlich an einen deutsch-englischen Konflikt glaube.

VI.

Papst.

28. Juli. Papst Pius X. richtet an die Bischöfe Italiens ein Rundschreiben, das sich mit der Erziehung, der Bildung und der geistlichen Tätigkeit des italienischen Klerus befaßt und Klagen über den Geist der Unbotmäßigkeit und der Unabhängigkeit erhebt, der unter diesem Platz gegriffen haben soll. Das Schreiben ist aber im Grunde mehr eine abermalige Kriegserklärung gegen die christliche Demokratie. Diese italienische Partei ist zwar einst von Leo XIII. hervorgerufen, der damit eine soziale und politische Organisation nach dem Muster der deutschen Zentrumspartei zu schaffen gedachte; das Ziel scheiterte aber am Unabhängigkeitssinne des italienischen Volks, das von priesterlicher Bevormundung nichts wissen will. Wiederholt hatte der Papst Pius die Versammlungen der christlichen Demokraten verboten und die dabei beteiligten Geistlichen mit Zensuren bedroht, ohne etwas zu erreichen. Daher klagt er jetzt über die allgemeine Zuchtlosigkeit im italienischen Klerus und meint mit neuen Vorschriften über dessen Erziehung und Bildung die politische Unterwerfung der italienischen Katholiken zu erzielen. Er sagt u. a.:

Und es ist vornehmlich unter den jungen Priestern, daß ein so verhängnisvoller Geist seine Verwüstungen anrichtet, indem sich in ihrer Mitte neue und verwerfliche Theorien über die Natur des Gehorsams selbst ausbreiten. Und was noch schlimmer ist: wie um frühzeitig neue Rekruten für das entstehende Heer der Rebellen zu werben, wird mit solchen Maximen mehr oder weniger geheim Propaganda gemacht unter den Jünglingen, die innerhalb der Mauern der Seminare sich auf das Priestertum vorbereiten. — Das Rundschreiben beginnt daher mit den Vorschriften für die Erziehung der Knaben, die zum Priestertum bestimmt sind, in den kleinen Seminaren. In diesen Seminaren sollen nur solche junge Leute unterrichtet werden, die Priester werden wollen, damit sie von Jugend an vor aller Berührung mit der Welt bewahrt werden. In den großen Seminaren für die Studierenden der Theologie hat der Heilige Thomas von Aquino als Normaltheologe und Normalphilosoph zu gelten, und wenn ein Lehrer in diesen Seminaren sich gefährlichen Neuerungen hingibt, als die natürlich schon Abweichungen von der Lehre des Thomas gelten können, soll er vom Bischofe ohne weiteres seines Amtes enthoben werden. Nur in den seltensten Fällen und aus gewichtigen Gründen, unter Aufbietung aller Kautelen sollen die Bischöfe einem Theologen erlauben, an einer Staatsuniversität zu studieren. Damit endlich den Theologen in den Seminaren jede Anteilnahme am öffentlichen Leben der Nation unmöglich gemacht wird, dürfen Zeitungen in den Seminaren überhaupt nicht, Zeitschriften aber nur so weit gehalten werden, als der Bischof sie für einwandfrei erklärt hat. — Sodann wendet sich das Rundschreiben gegen falsche Prediger, die auf der Kanzel neue und gefährliche Ideen in reformkatholischem Sinne verbreiten. Ferner wird den Priestern eingeschärft, daß sie ohne Erlaubnis des Bischofs keine Zeitung oder Zeitschrift herausgeben dürfen. Kein Geistlicher darf irgendeinem Verein oder einer Gesellschaft angehören, deren Statuten nicht vom Bischof gutgeheißen worden sind, und er darf auch in einem solchen Verein keinen Vortrag halten. Zum Schluß wird allen Klerikern und Priestern der Beitritt zur christlichen Demokratie streng verboten, den niedern Klerikern unter Strafe der Verweigerung der Priesterweihe, den Priestern unter Strafe der Suspension vom Amte.

10. August. Der Papst erläßt ein an die Bischöfe Frankreichs gerichtetes Rundschreiben, das mit den Worten gravissimi officii beginnt. Es bezieht sich auf die religiöse Frage in Frankreich. Die hauptsächlichsten Stellen lauten wörtlich also:

Nun, da Wir eure (der Bischöfe) Anschauungen sowie die mehrerer Kardinäle kennen gelernt, alles reiflich erwogen und in heißen Gebeten den Vater des Lichtes angefleht haben, sind Wir zu der Erkenntnis gelangt, daß Wir die fast einstimmigen Erwägungen Eurer Versammlung kraft Unsrer apostolischen Autorität vollkommen bestätigen müssen. — Daher entscheiden Wir bezüglich der Kultusgemeinschaften, wie das Gesetz (das Separationsgesetz) sie vorschreibt, daß dieselben nimmermehr gebildet werden können ohne Verletzung geheiligter Rechte, die das Leben der Kirche unmittelbar berühren. — Während Wir also von diesen Gemeinschaften absehen, deren Zulassung das Bewußtsein Unsrer apostolischen Pflicht Uns verbietet, könnte es opportun erscheinen, zu erwägen, ob der Versuch statthaft sein möchte, an ihre Stelle eine andre Art von Gemeinschaften treten zu lassen, die zugleich gesetzlich und kanonisch wären, und auf diese Weise die Katholiken Frankreichs vor den schweren Verwicklungen zu bewahren, die sie bedrohen. — Nichts beschäftigt Uns in der Tat, und nichts beunruhigt Uns mehr als diese Even-

tualitäten. Wolle der Himmel, daß Uns die schwache Hoffnung bleibe, ohne Verstoß gegen die göttlichen Rechte jenen Versuch unternehmen und auf diese Weise Unsre geliebten Söhne von der Befürchtung so vieler und schwerer Heimsuchungen befreien zu können. — Aber da Wir diese Hoffnung angesichts des Gesetztextes kaum hegen können, so erklären Wir, daß auch der Versuch mit dieser andern Art von Gemeinschaften nur dann gemacht werden darf, wenn zuvor auf klare und gesetzliche Art festgestellt worden ist, daß die göttliche Verfassung der Kirche, die unabänderlichen Rechte des römischen Pontifex und der Bischöfe sowie ihr Verfügungsrecht gegenüber den notwendigen Kirchengütern und insbesondre den gottesdienstlichen Gebäuden durch diese Gemeinschaften unwiderruflich gesichert und geschützt sein werden. — Wir können zu etwas anderm Uns nicht verstehn, ohne Unsre heilige Pflicht zu verletzen und den Untergang der Kirche in Frankreich herbeizuführen.

Im weitern Verlaufe des Rundschreibens ermahnt der Papst die Bischöfe, alle Mittel anzuwenden, um die Bürger dahin zu einigen, daß sie Gottesdienste einrichten. Der Papst werde dazu seinen Beistand leihen und seinen Rat und seine Autorität zur Verfügung stellen. Das Rundschreiben weist sodann die Angriffe als unwahr zurück, die gegen den Papst erhoben werden wegen seines angeblichen Widerstands gegen die republikanische Regierungsform. Es widerlegt besonders die Anschuldigung, der Papst sei gegenüber Frankreich weniger entgegenkommend als gegenüber andern Staaten. Wenn ein Staat sich von der Kirche trenne, ihr aber die Freiheit für alle ihre Mitglieder und das freie Verfügungsrecht über ihre Güter belasse, so handle er ungerecht, aber er bereite der Kirche keine unerträgliche Lage. Das Trennungsgesetz in Frankreich aber sei ein Unterdrückungsgesetz. Dem Papst sei zugemutet worden, die letzten Grenzen seiner apostolischen Pflicht zu überschreiten; er wolle sie aber nicht überschreiten. Die volle Verantwortung treffe die, die aus Haß gegen den katholischen Namen bis zum äußersten gegangen seien.

30. Oktober. Der Papst Pius richtet, nach Angabe der „Kölnischen Volkszeitung", an den Kardinalerzbischof Fischer in Köln ein auf die Katholikenversammlung in Essen bezügliches Handschreiben.

Darin spricht der Papst seine Freude aus über den glücklichen Ausgang der Essener Katholikenversammlung, über die er durch die Berichte des Kardinals Vanutelli, der als Vertreter des Papsts in Essen anwesend war, unterrichtet worden sei. Er lobt den Eifer und die tatkräftige Klugheit der deutschen Katholiken, die in allen religiösen Dingen der Autorität des Papstes folgen. Dieser Gehorsam, so heißt es wörtlich in dem Schreiben, läßt, wie eine fortwährende Erfahrung zeigt, einem jeden vollständige und unbeschränkte Freiheit in Angelegenheiten, die die Religion nicht betreffen.

16. November. In einem Schreiben an den Kardinalvikar von Rom, Respighi, sagt der Papst, die betrübende Lage der Kirche, die von vielen ihrer Söhne, die ihre Feinde geworden seien, bekämpft und unterdrückt werde, zeige, daß der rechte Augenblick gekommen sei, zum Gebet seine Zuflucht zu nehmen. Der Kardinal solle daher alle Priester der Diözese Rom anweisen, beim Lesen der Messe bis zum Ende dieses Jahres das Gebet pro inimicis zu sprechen und die Gläubigen zu ermahnen, ihre Gebete mit denen der Priester zu vereinigen.

5. Dezember. Der Papst hält eine Ansprache an das Konsistorium, in der er auf den betrübenden Sturm der Ereignisse

hinweist, durch den die Kirche heimgesucht würde, und in der er dem innigen Vertrauen auf die wirksame Hilfe des Heilands Ausdruck gibt. Ein großer Trost sei die außerordentliche Eintracht, die in dem ganzen Episkopat herrsche, die mit dem päpstlichen Stuhle sich in vollkommenster Uebereinstimmung befinde.

21. Dezember. Der Papst läßt durch den Kardinal-Staatssekretär allen diplomatischen Vertretern mit dem Auftrage, sie den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, mitzuteilen, eine Protestnote gegen die von der französischen Regierung in dem Palais des Vertreters des päpstlichen Stuhls vorgenommne Haussuchung, gegen die Fortschaffung verschiedner Schriftstücke und die gewaltsame Austreibung des Nuntius Montagnini in Paris überreichen.

Die Note betont die Ungeheuerlichkeit eines solchen Vorgehns, das bisher bei den zivilisierten Nationen beispiellos dastehe. Denn selbst wenn die diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Staaten aufhören, so achte man doch nach wie vor den Wohnsitz und das Archiv der fremden Vertreter. Die Sequestrierung sei eine sehr schwere Beleidigung nicht nur für den Heiligen Stuhl, sondern für alle zivilisierten Mächte, die ein höchstes Interesse daran hätten, die diplomatischen Geheimnisse respektiert zu sehen.

Gleichzeitig mit dieser Note erhalten die Vertreter des päpstlichen Stuhls bei den auswärtigen Regierungen ein Rundschreiben, in dem die Gründe für die bis dahin vom päpstlichen Stuhle gegenüber der französischen Regierung beobachtete Haltung zum dortigen Trennungsgesetze dargelegt wird:

Dieses Gesetz verkenne die wesentlichen Rechte der Kirche. „Ohne andre Erwägungen anzustellen, konnte der Heilige Stuhl unter keiner Bedingung eine ungerechte und unerträgliche Lage zulassen, die dies Rundschreiben für die Diener des Kultus in der Ausübung ihres Amts schuf.“ Wenn die Regierung von billigern Empfindungen erfüllt wäre und der Kirche in Frankreich eine Lage schaffte, die zum mindesten nicht ihre wesentlichen Rechte antastete, so könnte der Heilige Stuhl, ohne den Grundsatz der Trennung im Prinzip anzuerkennen, doch eine solche Lage dulden, um schwere Uebelstände zu vermeiden, wie er es in andern Ländern getan habe.

24. Dezember. Der Papst empfängt das Kardinalskollegium. Er hebt ihm das schwere Geschick hervor, von dem gegenwärtig die Kirche getroffen sei, und legt das lebhafte Vertrauen in die Mission der Kirche, gegen die, nach der göttlichen Verheißung, die Pforten der Hölle niemals etwas würden ausrichten können, an den Tag. Weiter gedenkt der Papst des schweren religiösen Streits in Frankreich und gibt erneut seinem Wohlwollen für die französische Nation Ausdruck, für die er das heilige Kollegium auffordert, in diesen heiligen Tagen seine Gebete zu verdoppeln, um die unendliche göttliche Gnade auf sie herabzuflehen. Er erklärt, er werde getröstet durch die Einmütigkeit und die Eintracht des französischen Episkopats, das leuchtende Beispiele der apostolischen Glaubenstreue und des Geistes der Aufopferung gebe und in der ganzen katholischen Welt Bewunderung errege.

Spanien.

I.

Erstes Ministerium Moret.

6. Juli. Das erst am 16. Juni umgebildete Ministerium Moret tritt zurück. General Lopez Dominguez bildet ein neues liberales Ministerium. Die Minister erklären, ihr Programm werde dasselbe wie das des bisherigen Kabinetts sein, nur solle den die materiellen Bedürfnisse des Landes berührenden Fragen der Vorzug gegeben werden, besonders der Frage der Handelsverträge, dem Budget und den zur Erleichterung der Lasten nötigen Finanzmaßnahmen.

II.

Kirchliches.

17. September. Der Bischof von Tuy in Galicien erläßt einen heftigen Hirtenbrief gegen die Regierung. Er wendet sich gegen eine Verfügung des Justizministers Grafen Romanones, betreffend die bürgerliche Eheschließung.

20. September. Vier Bischöfe im Sprengel von Burgos erlassen ebenfalls Hirtenbriefe gegen die Zivilehe. Am heftigsten spricht sich der Bischof von Cordova aus. Sie alle stellen fest, daß man den bürgerlichen Gesetzen den Gehorsam verweigern müsse, sobald sie sich im Widerspruch mit den Rechten der Kirche befänden.

Anfang Oktober. Nachdem in der Frage der Zivilehe der Justizminister Graf Romanones dem klaren Recht zur Geltung verholfen hat, beschließt der Ministerrat, dem päpstlichen Stuhle mitzuteilen, daß er das im Jahre 1904 zwischen dem damaligen Konseilpräsidenten Maura und dem Vatikan vereinbarte Abkommen als ungiltig ansehe. — Der Bischof von Tuy schickt an den Justizminister eine Widerrufserklärung.

Ende Oktober. Der neue Botschafter beim päpstlichen Stuhle, Oseda, überreicht dem Papste sein Beglaubigungsschreiben in einer Weise, daß man sieht, die Regierung hege nicht die Absicht eines Streites mit der Kirche.

8. November. Der päpstliche Nuntius in Madrid überreicht dem Auswärtigen Amte eine Protestnote des Vatikans gegen das Rundschreiben, das der Justizminister vor einiger Zeit in der Frage der Zivilehe erlassen hatte.

III.

Cortes I.

23. Oktober. Den wieder eröffneten Kammern wird u. a. ein Gesetzentwurf über das Vereinswesen vorgelegt, in dem bestimmt ist:

Die religiösen Vereinigungen bedürfen der Genehmigung durch ein besondres Gesetz und können, wenn sie Gefahren für die öffentliche Ordnung oder die Sicherheit des Staates bieten, auf Beschluß des Ministerrats aufgelöst werden; Artikel 6 verbietet die Gründung von Zweigvereinen und von den einer Zentrale untergebnen Niederlassungen; nach Artikel 11 steht den Zivilbeamten der Besuch aller Vereinshäuser, auch der unter Klausur stehenden, zu, ohne daß vorher die Erlaubnis der kirchlichen Autorität einzuholen ist; Artikel 13 bis 19 handeln von der Befugnis, Besitztümer zu erwerben; sie sollen den Gütererwerb der Klöster geradezu unmöglich machen; nach Artikel 21 sind alle religiösen Ordensgesellschaften, die vor Inkrafttreten des Gesetzes zu Recht bestehn, einer Revision durch den Ministerrat zu unterwerfen; Artikel 23 bestimmt, daß alle Ordensgesellschaften, die vollständig oder zum Teil aus Ausländern bestehn oder von Ausländern geleitet werden, oder deren oberste Leitung sich im Auslande befindet, ohne weiteres aufzulösen sind; Artikel 25 enthält Bestimmungen über die Liquidation der Besitztümer einer Vereinigung und über die Beseitigung der „toten Hand".

Der Budgetanschlag für 1907 setzt die Einnahmen mit 1035006296, die Ausgaben 992842786 Pesetas an. — Zur religiösen Frage sagt der Ministerpräsident, die Lösung dieser Frage werde im weitestgehend liberalen Sinne angestrebt werden. Die Gesetzgebung verfolge allein den Zweck, die Freiheit der Interessen der Zivilgewalt zu bewahren, ohne die der Religion zu verletzen, soweit sie nicht mit denen des Staates in Berührung kommen.

9. November. In der Kammer bekämpft Maura die Politik der Regierung, besonders das Gesetz über die religiösen Vereinigungen. Die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen das Gesetz, dessen Anwendung für die öffentliche Ruhe schwere Folgen nach sich ziehn werde.

IV.

Fernere Ministerien.

Zweites Ministerium Moret.

29. November. An Stelle des erst am 6. Juli ins Amt getretnen Ministeriums Lopez Dominguez tritt wieder das damals verabschiedete Ministerium Moret, das eine Fortsetzung des vorhergegangnen Ministeriums sein will.

Ministerium Vega Armijo.

1. Dezember. Infolge von Erklärungen, die Moret im Senat über die Gründe des Rücktritts des Ministeriums Lopez Dominguez gab, tritt er zurück.

V.

Cortes II.

6. Dezember. Im Senat und in der Deputiertenkammer teilt der Minister des Aeußern Perez Caballero die den Mächten zugestellte französisch-spanische Note mit und bemerkt, daß die Erklärung des Einverständnisses seitens der Mächte erfolgt sei. Vor dem Senat setzt er hinzu, Frankreich und Spanien gingen nicht nach Marokko, um Abenteuer zu suchen, sondern um die in Algeciras übernommnen Verpflichtungen zu erfüllen und Leben und Eigentum der Ausländer zu schützen.

7. Dezember. In der Deputiertenkammer erklärt in Beantwortung mehrerer Anfragen der Minister des Aeußern Caballero, die Aktion Frankreichs und Spaniens sei gemeinsam und erfolge unter Zustimmung der andern Nationen. Die Polizei werde zunächst in den acht durch die Akte von Algeciras bestimmten Häfen errichtet werden. Wenn ihre Tätigkeit sich als vorteilhaft erweise, werde sie auch im Innern des Landes eingerichtet und eine Art von Bürgergarde gebildet werden. Die französisch-spanischen Streitkräfte erschienen als ungenügend, um die Sicherheit der Ausländer zu gewährleisten.

Portugal.

29. September. König Karl eröffnet die Cortes mit einer Botschaft, die die internationalen Beziehungen als ausgezeichnet bezeichnet und zahlreiche innerpolitische Gesetzentwürfe ankündigt. Unter den Vorlagen befindet sich eine, durch die die Tabakkontrolle genehmigt wird, und Entwürfe betreffend Regulierung der Wein- und Likörausfuhr und die Konversion der innern Schuld.

18. Oktober. Den Cortes wird vom Ministerium Franco das Budget für 1906/07 vorgelegt; es weist einen Fehlbetrag von 2635 Contos Reis auf.

20. November. Die Kammer nimmt ein Komptabilitätsgesetz an.

26. November. In der Kammer bringt der Führer der Mehrheit, Morecia, einen Antrag ein, der der spanischen Nation Gruß entbietet, zugleich aber gegen die Anmaßung fremder Elemente, sich in die Politik

Portugals einzumischen, protestiert. Der einstimmig angenommne Antrag ist dadurch veranlaßt, daß die republikanischen Mitglieder der Kammer ihre portugiesischen Kollegen zu ihren Angriffen auf die königliche Familie während der Beratung des Komptabilitätsgesetzes beglückwünscht hatten.

11. Dezember. Niederlage einer portugiesischen Unternehmung gegen den Häuptling Machemba in Ostafrika.

Belgien.

I.

Die flämische Sprachenfrage.

Anfang September. Es tagen flämisch-nationale Kongresse, die sich mit einer flämischen Sprachenfrage beschäftigen.

Im vorigen Jahre hat das Parlament einen Gesetzentwurf angenommen, wonach in den Volks- und Mittelschulen der flämischen Provinz die Unterrichtssprache die flämische sein soll. Diese Errungenschaft würde aber nur eine geringe Wirkung haben, wenn sie auf die staatlichen Volks- und Mittelschulen allein beschränkt bliebe. Denn drei Vierteile der bestehenden belgischen Volks- und Mittelschulen sind nicht staatlich, sondern werden von Klöstern und religiösen Gemeinschaften geleitet, beziehen jedoch vom Staat sehr erhebliche feste Geldunterstützungen. Nun weigern sich die Klöster, in ihren Volks- und Mittelschulen die flämische Unterrichtssprache an Stelle des Französischen einzuführen, und somit bleibt das vorerwähnte Gesetz auf nur 25 Prozent der belgischen Volks- und Mittelschulen beschränkt. Deshalb fordert die flämisch-nationale Partei, daß die Regierung die Klosterschulen zur Beobachtung des Gesetzes zwinge und im Weigerungsfall ihnen die Geldunterstützung und selbst das Oeffentlichkeitsrecht entziehe. Dazu will sich die Regierung aber nicht verstehen, weil sie es nicht wagt, ein Kloster zu maßregeln.

18. November. Die Liberalen, Radikalen und Sozialdemokraten veranstalten in Brüssel eine Straßenkundgebung zugunsten der Einführung des obligatorischen Volksschulunterrichts. Die Zahl der Teilnehmer der Straßenzüge beträgt 70000. Alle Städte und sonstigen Gemeinden sind vertreten, alle Bevölkerungsklassen stellen jene Forderung, weil eine enorme Zahl der Jugend und der Gestellungspflichtigen Analphabeten sind, wie die Regierung in der Kammer zugegeben hat.

II.

Das Parlament über die Kongofrage.

12. November. Das Parlament, dessen Deputiertenkammer zur Hälfte am 27. Mai d. J. neugewählt ist (Bd. 1, S. 340), wird ohne Thronrede eröffnet. — In Beantwortung einer Anfrage erklärt der

Minister des Aeußern, de Favereau, die belgische Regierung habe von der englischen Regierung keine Mitteilung betreffend die Beziehung zwischen Belgien und dem Kongostaat erhalten, und werde im Bewußtsein ihrer Rechte und der Rechte des unabhängigen Kongostaates bei völliger uneingeschränkter Freiheit des Handelns der Richtlinie folgen, die ihr die bestehenden Interessen vorschreiben.

Den Anstoß zur Wiederaufrollung der Kongofrage gibt die Antwort, die der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, am 20. November einer Abordnung gegeben hat, und in der er für den Fall der nochmaligen Ablehnung einer neuen Kongokonferenz und der Nichtübernahme des Kongostaates durch Belgien die Absicht einer selbständigen Intervention Englands durchblicken ließ. (S. 233.)

28. November. Der Ministerpräsident spricht sich in der Kammer also aus:

Vor zwanzig Jahren ermächtigte das Parlament den König der Belgier, die schwere Last eines Souveräns des Kongostaates auf sich zu nehmen. Durch diesen fast einstimmigen Beschluß gaben die Kammern ihrem Vertrauen Ausdruck, daß der König bei seiner Tätigkeit für die Ausbreitung der Zivilisation in Afrika die Interessen Belgiens im Auge behalten werde. Das Band zwischen dem neuen Staate und Belgien ist ausschließlich persönlich geblieben, und die von einer unabhängigen Gewalt vollzognen Regierungsakte dieses Staates sind niemals von einem außerhalb dieses Staates stehenden Rechte noch von der Genehmigung oder der Kritik irgendeiner außerhalb dieses Staates stehenden Behörde abhängig gewesen. Der König hat Vorkehrungen dafür getroffen, daß sein großes Werk von Belgien übernommen wird. Die Regierung versichert von neuem die Nützlichkeit der Uebernahme des Kongostaates durch Belgien. Eine Verständigung der Parteien über dieses patriotische Werk wird leicht sein, denn das belgische Volk ist sich des großen Werkes bewußt. Der Kongostaat läßt sich angelegen sein, Reformen einzuführen.

Darauf stellt Hymans eine Anfrage über die durch des Königs Botschaft vom 3. Juni geschaffne Lage. Er greift scharf die vom König formulierten Bedingungen für die Uebernahme des Kongostaats durch Belgien an, unter Darlegung von Belgiens Rechten an dem Staate. Belgien habe durch frühere Abmachungen das Uebernahmerecht bedingungslos erhalten; dies könne nicht durch nachträgliche Bedingungen beschränkt werden. Der Redner weist auf die im Annexionsfall entstehenden Schwierigkeiten angesichts der völligen Unkenntnis Belgiens über die Verpflichtungen des Kongostaats hin, kritisiert das System des Verheimlichens und erklärt: „Wir wissen nicht, was der Kongo wert ist. Des Königs Fehler war sein Mißtrauen gegen Belgien. Dieses kann das bestehende Regime nicht einfach übernehmen. War der Absolutismus anfangs nötig, so bedarf es jetzt verantwortlicher Behörden, vor allem aber voller Klarheit. Das Kabinett schuldet Belgien eine detaillierte Aufklärung über die Pflichten, Schulden, Recht und Besitz des Kongostaates."

14. Dezember. Bei weiterer Verhandlung über die Kongofrage wiederholt Hymans die Anfrage an die Regierung: „Bedeuten die Worte des Königs in seinem Briefe vom 3. Juni Bedingungen für Belgien oder nur Wünsche?" Unter großer Spannung verliest Smet de Naeyer folgende Regierungserklärung: „Die Worte des Königs

in seinem Briefe stellen feierliche Anempfehlungen dar. Zur Uebernahme des Kongos wird die Regierung die Volksvertretung zur Mitentscheidung heranziehn. Die Regierung verspricht vollen Beistand, um der Zentralsektion die geforderten Auskünfte über den Kongo zu verschaffen und nach Abschluß von deren Arbeiten in kürzester Frist die Uebernahmsfrage der Kammer vorlegen." — Hierauf spricht die Kammer den Wunsch aus, daß die Einverleibung zu Lebzeiten des Königs vollzogen werde, wobei den Bedürfnissen der Kolonie Rechnung getragen werden solle, und ferner einen besondern Ausschuß mit der Ausarbeitung eines Kolonialgesetzes zu betrauen, auf Grund dessen die künftige belgische Kolonie verwaltet werden soll. Dieser Ausschuß hat dann die Aufgabe, zu untersuchen, ob die Uebernahme des Kongostaats durch Belgien für das letztere ein gutes Geschäft darstellt. (Der Kongostaat hat eine Schuldenlast von 311 Millionen, wozu der König eben noch 150 Millionen aufgenommen hat.)

Niederlande.

I.

Die Kammern.

15. September. In der Thronrede zur Eröffnung der Generalstaaten heißt es, der Stand des Landes und der Kolonien ist sehr zufriedenstellend, die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind die freundschaftlichsten, die Lage der Gebiete auf Celebes erfordert viel Takt und Beharrlichkeit. Das militärische Vorgehn gegen die Insel Bali war unvermeidlich infolge der Weigerung der Häuptlinge, den sehr gemäßigten Forderungen Genüge zu tun. Die Thronrede kündet eine Revision der Gesetzgebung betreffend die Aktiengesellschaften und eine Revision des Strafgesetzbuchs sowie des Vereins- und Versammlungsrechts an. — Das Budget sieht einen Fehlbetrag von 8230000 Gulden vor.

5. Dezember. In der Kammer erwidert der Minister des Aeußern auf Anfragen, die Regierung beabsichtige weder die Aufnahme der allmählichen Abrüstung noch die der Neutralitätserklärung Hollands in das Programm der zweiten Haager Friedenskonferenz zu beantragen. Diese Frage müßte durch internationalen Vertrag geregelt werden, aber er sei der Ansicht, daß die Vorteile der Neutralitätserklärung für Holland geringer wären als die damit verbundnen Gefahren. Hollands Politik müsse zurückhaltend, aber unabhängig sein.

19. Dezember. In der zweiten Kammer verlangt der Kriegsminister, daß der verlängerte Dienst der Milizen nach den ersten Uebungen abgeschafft werden solle. Karnebeek greift den Kriegsminister heftig an, der sich von Leuten habe einschüchtern lassen, die im Kriegsbudget Sparsamkeit bis aufs äußerste forderten. Der Ministerpräsident erhebt hiergegen scharfen Widerspruch und erklärt, der Kriegsminister habe nicht kapituliert.

II.

Die Kolonien.

Im November. Niederlage einer holländischen Truppenabteilung durch den malaiischen Volksstamm der Alfuren auf Neuguinea. — Einnahme einer Verschanzung der Eingebornen auf Timor.

Dänemark.

I.

Reichstag.

21. September. Die Wahlen zur Ergänzung der Hälfte der gewählten, nicht vom König ernannten Mitglieder des Landsthings zeigen eine Verschiebung in radikaler Richtung auf Kosten der Regierungspartei.

1. Oktober. Der Reichstag wird vom König Friedrich VIII. mit einer Thronrede eröffnet, in der der Dank für die an den traurigen und freudigen Ereignissen, von denen der König betroffen wurde, bewiesene Teilnahme ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die vollzognen Wahlen den Willen, die Kraft und den Mut zu einem fruchtbaren und guten Zusammenarbeiten der beiden Kammern des Parlaments in den Aufgaben vermehrt haben mögen, deren Lösung das Volk erwarte. „Ferner muß ich", heißt es weiter, „noch mit Freude und Zufriedenheit an die erfolgte vielversprechende Zusammenkunft zwischen König, Reichstag und Althing erinnern und aussprechen, daß es meine Absicht ist, Schritte zu tun, um den Wünschen der Isländer nach Reformen in der Gesetzgebung und über Islands verfassungsmäßige Stellung im Reiche entgegenzukommen."

Der Staatsrechenschaftsbericht für das Finanzjahr vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 weist einen Ueberschuß von 3,2 Millionen Kronen auf.

2. Oktober. Der im Reichstag vorgelegte Zolltarifentwurf erleichtert den Zoll auf die großen Verbrauchsartikel, ferner werden darin die Zölle für alle hauptsächlichsten Roh- und Hilfsstoffe für Industrie und Landwirtschaft aufgehoben oder herabgesetzt, weiter werden die Schutzzollsätze für Manufakturwaren, Maschinen, grobe Eisenwaren, Glaswaren, Lehmwaren, Papier und Papierwaren u. a. herabgesetzt; Schiffe und Boote werden zollfrei; der Zoll für eine Reihe von Luxuswaren wird erhöht.

II.

Island.

Ende Juli. Eine Abordnung des isländischen Althings weilt in Kopenhagen.

Bei einer vom Reichstag gegebnen Festlichkeit kennzeichnet der isländische Minister Hafstein in einer Dankrede das Verhältnis der beiden Teile der Monarchie zueinander durch folgende Worte: Das Mißvergnügen zwischen Dänen und Isländern ist gegenseitig gewesen, aber es stammt von gegenseitigem Mißverstehen, weil wir einander zu wenig gekannt haben. Island hat die Dänen in früherer Zeit nur als ausbeutende Kaufleute und strenge Behörde gekannt, und Dänemark hat Island nur vom Hörensagen gekannt. Island hat in der Erinnerung an seine ehemalige Freiheit und Selbständigkeit gelebt, und dies Gefühl lebt noch. Island wird alles für seine Selbständigkeit opfern. Dies ist das stärkste Gefühl bei den Isländern.

Beim Empfange der Isländer beim König sagt dieser: „Viele Könige werden mich gewiß um diesen stolzen Augenblick beneiden, wo ich jetzt das Glück habe, mich von Vertretern des dänischen und des isländischen Volks umringt zu sehen. Gott sei Dank, dies zeugt davon, daß hier in Dänemark Volk und König einmütig zusammenstehn. Laßt uns hoffen, daß dieses Verhältnis mit Gottes Hilfe im Laufe der Jahre noch mehr gefestigt werden möge."

Ende November. Durch alle Blätter Islands geht ein Aufruf, der entschieden dafür auftritt, daß die Insel hinfort nur in Personalunion mit Dänemark bleibe und einen Bundesstaat im dänischen Reiche bilde.

Schweden.

6. Mai. Der Reichstag nimmt ein Gesetz an über staatliche Vermittlung bei Arbeitskonflikten. Damit will man den ersten Versuch machen, den verlustbringenden Streiks und Aussperrungen, von denen das Land in neuerer Zeit häufig heimgesucht worden, vorzubeugen. Namentlich der vorjährige, etwa fünf Monate dauernde Streik in der Maschinen- und Schiffbauindustrie hatte beiden Teilen gewaltigen Schaden zugefügt.

10. September. Bei einem Festmahl, das in Stockholm zu Ehren des dort eingetroffnen Königs Friedrich von Dänemark stattfindet, hält König Oskar eine Rede. Er dankt, daß Schweden das erste Land sei, das der König besuche, und hoffe, daß der vieljährige Freundschaftsbund zwischen ihnen beiden bestehn möge. König Friedrich erinnert in seiner Antwort daran, daß König Oskar vor 31 Jahren bei seinem Besuche in Kopenhagen gesagt habe: Als Erbe von unsern geliebten Eltern haben wir die Freundschaft erhalten, die die Könige des Nordens vereint, und diese Freundschaft will ich bewahren als das Beste, was ich erhalten habe.

Norwegen.

9. Juli. Zusammenkunft des Königs Haakon VII. mit dem Deutschen Kaiser in Drontheim.

22. Oktober. Das Storthing wird nach sehr lebhaften Wahlen, bei denen die in der Unionskrise hervorgetretne Einigung nicht mehr anhielt, vom König mit einer Thronrede eröffnet.

27. Oktober. Bei der Beratung über die Antwort auf die Thronrede sagt der Ministerpräsident Michelsen:

Als das nationale Befreiungswerk vollendet gewesen, sei die Mission der gegenwärtigen Regierung beendet gewesen; sie habe gewünscht, ihre Entlassung zu geben, aber bei der damaligen parlamentarischen Lage, nicht zum wenigsten mit Rücksicht auf den neuen König, habe die Regierung es für unverantwortlich gehalten, zurückzutreten. Nach seiner Meinung müßten sich die Linke und die Liberalen zu einer politischen und finanziellen Reformarbeit vereinigen. Es handle sich jetzt darum, in sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu kommen, das Land kulturell und ökonomisch zu heben und den politischen und sozialen Kampf zu mildern. Auf dieser Grundlage suche die Regierung die Mitwirkung zur Lösung ihrer Aufgaben. Falls es sich jedoch herausstellen sollte, daß die erforderliche parlamentarische Basis für ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und dem Storthing nicht bestehe, so werde die Mehrheit im Storthing die Verantwortung dafür tragen, eine neue Regierung bilden zu müssen.

Im November. Die Regierung geht auf Abschluß eines Vertrags mit den Großmächten zur völkerrechtlichen Neutralisierung des Landes aus.

Schweiz.

23. Juli. Im Kanton St. Gallen unterliegt bei der Volksabstimmung der Antrag auf Einführung der Verhältniswahlen, die gerade erst in Württemberg als zeitgemäße Neuerung eingeführt sind.

Im September. Trotz vieler Anstrengungen bringen die Sozialdemokraten nur den zehnten Teil der Stimmen zusammen, die erforderlich gewesen wären, um die Gesamtabstimmung des Schweizer Volkes gegen das Anarchistengesetz herbeizuführen; der Bundesrat hat darauf das neue Anarchistengesetz sofort in Kraft erklärt.

Anfang November. Der Züricher Kantonsrat verwirft mit Zweidrittelstimmen den Vorschlag der Regierung, für den Kantonsrat die Verhältniswahl einzuführen. (Solche Wahlen gibt es bis jetzt in den Kantonen Tessin, Genf, Neuenburg, Solothurn und Basel. Ueberall haben sie wohltätig gewirkt; im Kanton Tessin haben sie Ruhe und Ordnung geschaffen.)

21. Dezember. Der Nationalrat nimmt ein neues Militärorganisationsgesetz an, das unter anderm bestimmt, daß, wenn Kämpfe wirtschaftlicher Natur die Ruhe im Innern gefährden oder stören, das dadurch notwendig werdende Truppenaufgebot einzig zum Zweck der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung erfolgen darf.

Osmanisches Reich.

I.

Die Einfuhrzölle.

17. Mai. Die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel formulieren die Bedingungen, unter denen die Erhöhung der Einfuhrzölle, die acht Prozent betragen, um drei Prozent zugestanden werden soll, was auf 18 bis 20 Millionen Franken berechnet wird und für sieben Jahre gelten soll.

1. Oktober. Die Botschafter stellen der Pforte die Bedingungen für Annahme der Zollerhöhungen fest, die hauptsächlich für Mazedonien verwendet werden sollen.

8. November. Die Pforte nimmt diese Forderungen der Großmächte an.

II.

Bulgarien.

1.

Zollunion mit Serbien.

1. Januar. Abschluß eines Vertrags mit Serbien, der die Anbahnung einer wirtschaftlichen Annäherung beider Länder und das Bestreben nach völliger Zollvereinigung zum Ausdruck bringt. Beide Länder stellen im Sinn des Vertrags eine Zollunion dar für den Austausch der eignen Erzeugnisse, während für fremde Erzeugnisse bis 1. März 1917 der getrennte Zolltarif in Geltung bleibt. Ferner schließen beide Staaten bis zu diesem Zeitpunkt selbständig Handelsverträge mit andern Staaten ab; für die eignen Erzeugnisse werden zwischen beiden Ländern alle Zollschranken aufgehoben.

24. Januar. Die Regierung erhält eine Note der Pforte, in der unter Hinweis auf das 1904 abgeschlossene türkisch-bulgarische Abkommen das Befremden darüber ausgedrückt wird, daß die bulgarische Regierung den Unionsvertrag mit Serbien ohne vorherige Verständigung der Pforte abgeschlossen hat.

28. Januar. Hierauf antwortet die Regierung, Bulgarien sei ein selbständiges Land und habe das unumschränkte Recht zum Abschluß von Verträgen, die seinen wirtschaftlichen oder politischen Interessen förderlich seien. Keine Bestimmung des Berliner Vertrags gebe der Türkei die Berechtigung zur Einmischung in die Angelegenheiten des Fürstentums. Statt zu protestieren, sollte die Pforte alles unterstützen, was den Frieden auf dem Balkan zu festigen bezwecke.

2.

Griechenfeindliche Vorgänge.

30. Juli. Beginn einer längern Reihe bulgarischer Feindseligkeiten in den Balkanstaaten, namentlich in Bulgarien, gegen Griechenland.

31. Juli. Vorgänge in Burgas führen zur Zerstörung griechischer Kirchen und Schulen.

5. August. Eine große Versammlung in Sofia fordert den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Griechenland und Boykottierung des griechischen Handels.

12. August. Heftige Unruhen in Rustschuk und bulgarisch-griechische Schlacht in Anchialo am Schwarzen Meer.

16. August. Das ökumenische Patriarchat überreicht den Botschaftern der Großmächte eine Denkschrift über die antigriechischen Ereignisse in Bulgarien, in der ausgeführt wird, daß jene Ereignisse planmäßig vorbereitet seien. Bedauerlicherweise hätten die bulgarischen Behörden eine zu große Nachsicht an den Tag gelegt, ja ihre elementarsten Pflichten verabsäumt. Auch die Pforte protestiert entschieden gegen die barbarischen Akte der bulgarischen Banden und des Pöbels und erklärt, sie könne nicht mehr gleichgiltig bleiben und solche Gewalttaten dulden.

19. August. In Philippopel fordert ein aus Vertretern aller Städte und größern Dörfer Bulgariens bestehender Kongreß, daß die Regierung die Durchführung des Artikels 23 des Berliner Vertrags bei den Großmächten veranlasse, die diplomatischen Beziehungen zu Griechenland abbreche und gegen die Griechen die Repressalien anwende, die das Völkerrecht zuläßt, Ausweisung und Boykottierung des griechischen Handels.

22. August. Die Pforte drückt der bulgarischen Regierung ihr Mißfallen über die griechenfeindliche Bewegung in Bulgarien aus. Die bulgarische Regierung antwortet, sie betrachte die türkische Note als nicht eingegangen, da der Pforte nicht das Recht zustehe, in innere Angelegenheiten des Fürstentums einzugreifen. Die Verfolgungen, denen die griechischen Elemente in Bulgarien ausgesetzt seien, stellten nur die Rückwirkungen der Greueltaten dar, die in Mazedonien an Bulgaren verübt würden. Die Pforte sollte daher vor allem in der Türkei selbst geordnete Zustände herstellen.

9. Oktober. Die Regierung ordnet entschiedne Maßregeln zum Schutze der schwer bedrohten Griechen in Bulgarien an.

Anfang November. Beginn einer größern Auswanderung von Griechen aus Bulgarien, hauptsächlich infolge einer strengern Anwendung des Schulgesetzes, wonach die Griechen, die bulgarische Untertanen sind, verhalten werden, ihre Kinder in bulgarische Schulen zu schicken.

3.

Sobranje.

16. November. Der Ministerpräsident Petkow hebt der Sobranje gegenüber hervor, die Regierung habe die strengsten Maßnahmen getroffen, um weitere gegen die Griechen gerichtete Ausschreitungen zu verhüten. Trotz der antigriechischen Bewegung bestünden zu

Griechenland gute Beziehungen. Bulgarien habe keine feindseligen Absichten gegen die Türkei, keine Okkupations-, keine Vereinigungsgelüste; es verlange nur im Namen der Gegenseitigkeit und der Humanität, daß die mazedonische Bevölkerung das Recht erhalte, sich in nationaler und religiöser Hinsicht zu entwickeln.

III.

Samos.

Im Juli. Auf der Insel Samos setzt die Kammer den Gouverneur, den „Fürsten" Bithynos wegen Unfähigkeit ab und stellt gleichzeitig eine Reihe von Forderungen auf, die auf ein größeres Maß von Unabhängigkeit gegenüber dem türkischen Oberherrn abzielen und den Schutzmächten der Insel, England, Frankreich, Rußland, überreicht werden. (Nach dem griechischen Freiheitskriege kam Samos wieder an die Türkei zurück und wurde durch kaiserlichen Firman vom 10. Dezember 1832 als Vasallenfürstentum konstituiert. Eine gleichzeitig von den Schutzmächten unterzeichnete Akte garantierte der Insel volle Selbständigkeit. Die Pforte ernennt den Gouverneur [„Fürsten"], der im Hinblick auf die ausschließlich griechische Bevölkerung der Insel von griechischer Nationalität sein muß, und erhebt einen jährlichen Tribut von 3000 türkischen Pfund, der ungefähr zehn Prozent der Einnahmen der Insel ausmacht.)

Anfang August. Die Pforte willigt in die Absetzung des „Fürsten" Bithynos und ernennt zum Nachfolger den früher im türkischen Arbeitsministerium, dann Beamter der Zivilliste gewesenen Kostaki Karatheodory Effendi (Bruder des Mitunterzeichners des Berliner Vertrags von 1878).

IV.

Kreta.

13. Juli. Die zweite Nationalversammlung wird in Kanea vom türkischen Oberkommissar, Prinzen Georg von Griechenland, mit einer Rede eröffnet.

Darin weist er darauf hin, daß die Schutzmächte den Kretern neue Zugeständnisse zu machen beabsichtigen, und betont, daß von der Besonnenheit des kretischen Volks in hohem Grade dessen weiteres Schicksal in diesem kritischen Zeitpunkte abhänge. Er sei über die für Kreta freundlichen Dispositionen der Schutzmächte während seines letzten Athener Aufenthalts von den dortigen Gesandten der Schutzmächte unterrichtet worden. Ein gemäßigtes Verhalten des kretischen Volks werde sicherlich zur Verwirklichung des nationalen Ideals führen.

24. Juli. Dem Prinzen Georg wie auch dem König der Hellenen werden in Athen namens der kretischen Schutzmächte Beschlüsse derselben übermittelt, die auf Kreta mit Mißfallen aufgenommen werden. Sie erlauben zwar, daß nichtaktive griechische Offiziere allmählich die italienischen in der Gendarmerie ersetzen, aber eine

Anleihe von neun Millionen genehmigen sie nur unter Auferlegung von Kontrollen durch ihre Konsuln in Kanea. Die Mächte haben ferner beschlossen: Zurückziehung der internationalen Truppen, sobald die kretische Gendarmerie reorganisiert, die kretische Bürgerwehr errichtet und unter das Kommando des Oberkommissars gestellt sind und sobald wieder volle Ruhe und Ordnung auf Kreta herrscht und der Schutz der mohammedanischen Bevölkerung Kretas sichergestellt ist. Teilweise Verfassungsrevision.

8. September. Die Mehrheit der Nationalversammlung richtet einen Protest an die Schutzmächte, in dem sie betont, daß die Entfernung des Prinzen Georg die schwersten Folgen nach sich ziehn würde. Die Führer der Regierungspartei erklären öffentlich das Vorgehn der Generalkonsuln für einen Staatsstreich gegen die Gesetze Kretas. Die Regierungsmajorität beschließt, eine Abordnung an die Generalkonsuln zu entsenden, um die Freigabe des Kammergebäudes zu verlangen, da andernfalls die Mehrheit der Nationalversammlung keine Verantwortung für die weitern Ereignisse übernehmen könnte. Die Regierungspartei verpflichtet sich eidlich, alles aufzubieten, damit Prinz Georg bleibe, und das kretische Volk aufzuwiegeln, falls die Schutzmächte das Verbleiben des Prinzen nicht genehmigten.

14. September. Die Nationalversammlung wird eröffnet. Der Präsident spricht das Bedauern aus, daß die Hoffnungen des kretischen Volks auf Erfüllung seiner nationalen Sehnsucht enttäuscht seien.

16. September. Prinz Georg tritt von seiner seit 1898 bekleideten Stelle als Oberkommissar der Insel zurück und gibt in einer Ansprache bekannt, daß der Nachfolger den nationalen Erwartungen entsprechen werde.

18. September. Nachdem die Regierungspartei der Nationalversammlung den König der Hellenen für Verbleiben des Prinzen Georg angegangen hat, lassen die Schutzmächte der Nationalversammlung mitteilen, daß sie dem König das Recht, bei Erledigung der Stelle des Oberkommissars von Kreta eine geeignete Persönlichkeit nach getroffnem Einvernehmen mit den Gesandten der Schutzmächte in Athen in Vorschlag zu bringen, eingeräumt hätten, worauf der König den frühern griechischen Minister Zaimis benannt habe.

25. September. Prinz Georg erläßt beruhigende Ansprachen und verläßt die Insel, worauf hier blutige Kämpfe entstehn.

2. Oktober. Zaimis, auf Kreta angelangt, erläßt hier eine Ansprache, in der er die wohlwollenden Absichten der Schutzmächte hervorhebt. Er werde streng nach den liberalen Grundsätzen der

kretischen Verfassung regieren und volle Gleichheit walten lassen für alle Kreter ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens. Die Justiz werde durchaus unparteiisch sein und die Presse freie Bewegung haben.

Ende Dezember. Die Nationalversammlung beschließt eine Aenderung der Verfassung, worauf der Präsident zum Schluß der Tagung darauf hinweist, daß das eben beendete Verfassungswerk die Vorstufe zur nationalen Wiedergeburt, nämlich zur Union mit Griechenland bilde.

V.

Tunis.

Anfang Mai. Tod des Bei von Tunis, Sidi Alis. Ihm folgt El Mazar, dem ebenfalls die Zivilliste von 1712700 Franken von Frankreich gezahlt wird. Tatsächlicher Herr bleibt der französische Generalresident.

Serbien.

1. Januar. Abschluß eines Handelsvertrags mit Bulgarien (S. 258), in dem beide Regierungen sich auch verpflichten, bis Ende 1906 eine besondre Konvention über ein Eisenbahnbündnis abzuschließen.

8. Januar. Bulgarien besteht darauf, daß der Unionvertrag der Skupschtina vorgelegt werde.

15. Januar. Die Regierung lehnt das Verlangen Oesterreich-Ungarns ab, den Handelsvertrag mit Bulgarien fallen zu lassen.

18. Januar. Von Oesterreich-Ungarn wird mitgeteilt, daß es die Handelsvertragsverhandlungen vor der Zurücknahme der serbisch-bulgarischen Zollunion nicht fortsetzen werde.

22. Januar. Die serbische Grenze wird ungarischerseits für alle Gattungen von lebendem Vieh und serbischen Fleisches gesperrt. Dagegen erhebt Serbien Einspruch.

30. Januar. Die Regierung beschließt, von der Einbringung des serbisch-bulgarischen Handelsvertrags in der Skupschtina vorläufig abzusehen.

2. Februar. Die Skupschtina billigt das Verhalten der Regierung in dem Streite über den Handelsvertrag mit Bulgarien.

6. Februar. Oesterreich-Ungarn verlangt sofortige Einstellung der Repressalien bezüglich der österreichisch-ungarischen Herkünfte.

10. Februar. Die Skupschtina genehmigt einen Handelsvertrag mit dem Deutschen Reiche.

7. März. Neuere Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn ergeben, daß die Regierung die dortigen Vorschläge für den Abschluß eines handelspolitischen Provisoriums nicht annehmen kann. Infolgedessen tritt das Ministerium Stojanowitsch zurück, worauf ein Ministerium des Generals Gruitsch folgt.

25. April. Da dieses bereits zurücktritt, wird der Führer der Altradikalen, Paschitsch, an die Spitze berufen.

4. Juli. Die Regierung erklärt sich Oesterreich-Ungarn gegenüber bereit, die vorgeschlagne Grundlage für ein Handelsprovisorium anzunehmen,

und drückt dabei den Wunsch aus, daß ein solches bis zum Abschluß eines endgiltigen Handelsvertrags in Kraft bleibe. Sie hält ihre Zusage, bei der Industrie Oesterreich-Ungarns Staatsbestellungen im Betrage von 26 Millionen Franken machen zu wollen, aufrecht. Nur in bezug auf die Beschaffung von Artilleriematerial will die serbische Regierung freie Hand behalten.

Im August. Die seit dem Königsmorde unterbrochnen diplomatischen Beziehungen zwischen England und Serbien sind wiederhergestellt.

30. September. Die Regierung erhält eine österreichisch-ungarische Note, in der eine baldige Regelung der Handelsbeziehungen gewünscht, aber die Unmöglichkeit ausgedrückt wird, die letzten serbischen Anträge anzunehmen.

14. Oktober. Hierauf antwortet die serbische Regierung, daß sie in der Frage der Beschaffung von Geschützen und Munition auch fernerhin sich freie Hand vorbehalten müsse. Bezüglich sonstiger Staatsbestellungen sei sie bereit, in dem früher festgelegten Umfange die österreichisch-ungarische Industrie zu berücksichtigen, vorausgesetzt, daß ein Handelsvertrag zustande komme. Im entgegengesetzten Falle würde sie alle ihre Zusagen als nicht bestehend betrachten.

20. Oktober. Diese Antwort der Regierung wird in der Skupschtina vom Ministerpräsidenten als Serbiens letztes Wort bezeichnet. Die serbische Ausfuhr habe jetzt neue Wege eingeschlagen und werde hoffentlich neue Märkte gewinnen, und dann erst werde Serbien auch wirtschaftlich vollkommen unabhängig sein.

Rumänien.

I.

Die Kammern.

13. März. Die Deputiertenkammer genehmigt das Budget für 1906/07. Es stellt sich auf 237 Millionen Lei und schließt mit 30 Millionen Lei Ueberschuß. Der Finanzminister führt aus, daß auch die Budgets für 1907/08 und 1908/09 ohne Einführung neuer Steuern bedeutende Ueberschüsse aufweisen dürften.

21. Mai. Die Kammern erhalten eine Botschaft des Königs, weil ihnen sein erstes Wort bei seinem Jubiläum gewidmet sein solle. Er dankt allen Rumänen, die ihn „in der Erfüllung der großen schwierigen Aufgaben unterstützt haben, zu deren Durchführung ich vor vierzig Jahren in mein neues Vaterland gekommen bin, nämlich von Grund auf einen rumänischen Staat neu aufzubauen". Die Feier sei das Fest des gesamten Volks. — Das Parlament nimmt einen Gesetzentwurf an, mit dem den Landwirten der vierte Teil der Beträge nachgelassen wird, den sie dem Staat für den Mais schulden, der an sie anläßlich der vorjährigen Mißernte zur Verteilung gelangt war. Der Nachlaß beläuft sich auf $8^1/_2$ Millionen. — Die Kammern beschließen ein Unabhängigkeitsdenkmal.

II.

Jubiläum des Königs.

22. Mai. Das Land feiert den vierzigsten Jahrestag, seit König Karl die Regierung übernommen, und den fünfundzwanzigsten, seit ihm von der Volksvertretung seines Landes die Königskrone dargebracht worden, nachdem die rumänischen Truppen unter ihres Herrschers Führung in den blutigen Kämpfen des Russisch-türkischen Krieges auf bulgarischem Boden dem Staate die langersehnte Unabhängigkeit errungen hatten. Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung wird mit glänzendem Gepränge das Nationalfest in Bukarest gefeiert. In der Nationalausstellung hebt der Handelsminister hervor, mit welchem Vertrauen das rumänische Volk die Ankunft des Prinzen Karl im Jahre 1866 begrüßt habe, er weist auf die gegenwärtige blühende Lage des Landes hin und führt aus, die Regeneration, die 1839 ihren Anfang genommen, habe erst an dem Tage einen mächtigen Aufschwung genommen, wo die Begründung einer Erbmonarchie dem Lande die Stabilität der Einrichtungen, dem Volke Ordnung und Sicherheit und dem Bestreben des Herrschers Beharrlichkeit und Dauer gegeben habe. Regierung und Parlament hätten im Geiste der Gefühle und Wünsche der Nation geglaubt, das Jubiläum des ersten Königs nicht würdiger feiern zu können als durch Veranstaltung einer Nationalausstellung, die ein getreues Bild der durch die Arbeit und das Schaffen des rumänischen Volks verwirklichten Fortschritte gebe. — Der König antwortet mit einer längern Rede. Er sagt u. a.:

Mit Recht haben Sie die Erinnerung an die Legionäre Trajans und an die Einverleibung unsers Landes in das große römische Reich wachgerufen. Denn dieses historische Ereignis beherrscht unser ganzes nationales Leben. Für Rumänien ist sein vornehmer Ursprung in Wahrheit ein Sporn und ein Schutz gewesen. Dieses Erwachen des Rassenbewußtseins, das sich in den kriegerischen Tugenden des Rumänen in einem jahrhundertelangen Streben nach einem Eigenleben kundgegeben hat, hat seine endgiltige Weihe in dem unabhängigen rumänischen Königreiche gefunden.

III.

Streit mit Griechenland.

13. Februar. In Bukarest wird bei einem Mitgliede der griechischen Gesellschaft „Hellenismus" der Beweis erbracht, daß eine Sektion dieser Gesellschaft seit dem Jahre 1903 in Bukarest besteht, und daß in ihr das Losungswort „Haß gegen Bulgarien, Serbien und Rumänien" ausgegeben ist.

16. Juni. Die Regierung antwortet halbamtlich auf die Vorgänge in der griechischen Kammer, in der amtlich der Abbruch der Beziehungen mit Rumänien mitgeteilt ist. Darin wird gesagt:

Gleich nachdem die Pforte den im ottomanischen Reiche wohnenden Stämmen rumänischer Nationalität Gleichheit der Rechte und Anerkennung ihrer Nationalität gewährt hatte, unternahm die griechische Regierung eine gewalttätige Aktion, die vor keinem Mittel zurückschreckte. Auf griechischem Gebiet organisierte, von dem in Athen bestehenden Verein gebildete und besoldete Banden überschritten die Grenzen, ohne von den griechischen Behörden daran gehindert zu werden, und begingen abscheuliche Gewalttaten, um die rumänischen Völkerschaften durch Brandstiftungen, Plünderungen ihrer Güter und Mordtaten zu terrorisieren. Die rumänische Regierung antwortete auf eine so gewaltsame Aktion, die sich in abscheuliche Untaten umsetzte, mit der Kündigung des Handelsvertrags und mit der Ausweisung einiger auf rumänischem Gebiete etablierter Griechen, deren Anwesenheit sie mit der Sorge um die Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit für unvereinbar hielt.

22. Juli. Dekret, durch das jede Einfuhr aus Griechenland verboten wird und die griechischen Untertanen einer doppelten Grundsteuer und dreifachen Gewerbesteuer unterworfen werden.

Griechenland.

14. Februar. Das Ministerium Theotokis löst die Kammer auf, weil sie das Zustandekommen eines Gesetzentwurfs hinderte, durch den die aktiven Offiziere bis zum Grade des Obersten aus der Kammer ausgeschlossen werden sollten, um dem Zustande ein Ende zu machen, daß die Abgeordnetenzeit den Offizieren als Dienstzeit voll angerechnet wird. (Die Kammer enthält jetzt 69 Offiziere des Heeres, 12 der Marine.)

9. April. Die Wahlen für eine neue Kammer fallen ganz im Sinne des Ministeriums Theotokis aus.

26. Mai. Zum Streite mit Rumänien erklärt der Ministerpräsident, die gesamte Nation bekämpfe gewiß das Treiben der mazedonischen Banden, das im Gegensatz stehe zu den angebornen Gefühlen der Humanität und der Zivilisation, die das griechische Volk charakterisierten. Unmöglich könne zugestanden werden, daß die griechische Regierung für Handlungen verantwortlich gemacht werde, die sich auf fremdem Gebiete zugetragen hätten, und noch weniger, daß die Regierung einer zivilisierten Nation in ihrem Staate griechische Staatsangehörige verfolge und sich erlaube, sie zu bestrafen für Taten, die auf fremdem Gebiete begangen seien, und für die sie in keiner Weise verantwortlich seien.

14. Juni. Der Minister des Aeußern teilt der Kammer mit, die ungerechtfertigte Haltung Rumäniens habe die griechische Regierung bewogen, die Beziehungen mit Rumänien abzubrechen.

22. Juli. Eine große Versammlung in Athen spricht den Wunsch aus, daß durch die Großmächte den derzeitigen Zuständen in Mazedonien ein Ende bereitet und dem griechischen Volksstamme im Lande Alexanders des Großen sein historisch und tatsächlich begründetes Recht zurückgegeben werde.

20. Dezember. In der Kammer spricht Ministerpräsident Theotokis seine Freude über die von den Mächten betreffend die kretische Frage getroffne Entscheidung aus, die er als vornehmlich auf eine Vereinigung Kretas mit Griechenland hinzielend hält. Ferner führt er aus, Griechenland sei nicht an dem Konflikt mit Bulgarien schuld und werde auch nichts tun, um eine Versöhnung herbeizuführen.

Montenegro.

8. November. Fürst Nikolaus eröffnet eine Skupschtina und sagt in der Thronrede, daß er stets von dem Wunsche beseelt gewesen sei, die bürgerlichen Freiheiten durch eine Verfassung zu gewährleisten, und daß er bis zum letzten Augenblick ihr Verteidiger sein werde. Der Fürst weist sodann auf die erfolgreiche Tätigkeit der gegenwärtigen Regierung auf volkswirtschaftlichem Gebiet hin und erwähnt die guten Beziehungen Montenegros zu den Mächten. Kaiser Wilhelm habe zum erstenmal einen Gesandten nach Cettinje gesandt.

Marokko.

15. August. Ein französisches Geschwader mit 7000 Mann Besatzung trifft vor Tanger ein, wenngleich der Mord eines dortigen Franzosen schon gesühnt worden ist. Auch Régnault trifft als Vertreter Frankreichs dort ein und spricht in einer Rede die Befriedigung darüber aus, daß infolge des Vertrags von Algeciras der Schutz der Ausländer allen Vertretern der Vertragsmächte anvertraut sei.

Anfang September. Untertanen europäischer Mächte in Mogador werden durch eingedrungne Berber schwer bedrängt.

3. Oktober. Das diplomatische Korps in Tanger einigt sich dahin, zum Schutze der Fremden bereits so zu handeln, als ob die Ratifikation der Algecirasakte schon überall erfolgt sei. — In Marrakesch werden Europäer, darunter ein Deutscher, schwer bedrängt.

22. Oktober. Leute vom Stamme der Beniaros, zum Teil in Gemeinschaft mit dem Räuberhauptmann Raisuli, setzen sich in Besitz der Stadt Arzila.

26. Oktober. Raisuli wird vom Sultan als Pascha in Arzila eingesetzt. — In Verbindung mit einer den Europäern feindlichen Bewegung im südlichen Marokko kommt es zu einem für französische Truppen verlustreichen Kampfe mit Eingebornen in der Saharalandschaft Mauretanien in der Richtung auf das Senegalgebiet. — Der marokkanische Prätendent unternimmt einen Raubzug gegen die Kabylenstämme bei Melilla.

22. November. Wegen der unsichern Verhältnisse in Marokko geht das spanische Linienschiff „Pelayo" mit Landungstruppen dahin ab.

8. Dezember. Auch eine französische Schiffsdivision unter Admiral Touchard trifft vor Tanger ein.

10. Dezember. Raisuli läßt in Tanger und allen Moscheen im Umkreise von 30 Meilen durch Ausrufer verkünden, daß eine christliche Invasion bevorstehe, und das Volk ermahnen, sich auf den heiligen Krieg vorzubereiten.

27. Dezember. Der Kriegsminister Gebbas zieht mit seinen Truppen in Tanger ein und läßt in der Moschee feierlich ein Schreiben des Sultans verlesen, durch das Raisuli wegen des vielen Schadens, den er dem Lande zugefügt habe, seines Amtes enthoben und an seiner Stelle Ghazi Pascha, der Gouverneur von Tanger, zugleich zum Gouverneur von Fez ernannt wird. Raisuli zieht sich in die Feste Zinat zurück. (Sie wird Anfang Januar von den Truppen des Sultans eingenommen.)

Kongostaat.

18. März. Die vom Könige der Belgier als Souverän des Kongostaats ernannte Kommission überreicht ihm folgende Reformvorschläge:

Den Eingebornen soll das ihnen weggenommne Land fast vollständig zurückgegeben und die Gesellschaften sollen dafür entschädigt werden. Der Tauschhandel wird allmählich durch Geldverkehr ersetzt, der Kautschukhandel oberhalb der Stanleyfälle wird frei. Zwangsarbeit Eingeborner wird nur bedingt und bis zur Uebernahme des Kongostaats durch Belgien gestattet werden, und zwar gegen entsprechende Bezahlung. Die Kautschukabgabe wird verringert, bei gutwilligen Arbeitern ganz beseitigt. Strenge Kontrolle regelt die Zwangsarbeit, die Anwendung der Peitsche und der Geiseln wird verboten, der Landkauf wird jedermann freigegeben, die Kaufkontrakte

werden staatlich kontrolliert, neue Landkonzessionen werden nicht erteilt, herrenloses Land stellt der Staat zum Verkauf; er beteiligt sich auch nicht mehr an privaten Unternehmen. Der drohenden Entvölkerung soll durch hygienische Maßnahmen vorgebeugt werden. Justiz und Verwaltung werden getrennt und endlich zwei neue Appellgerichte geschaffen.

9. Mai. Abkommen des Kongostaats mit Großbritannien, das die Schwierigkeiten zwischen England und dem Kongostaate wegen der Gebiete am obern Nil beseitigt.

9. Juni. König Leopold begleitet seine Zustimmung zu obigen Vorschlägen mit einem Briefe, der eine Art von Vermächtnis darstellt:

Er nimmt den Kongostaat als seinen Besitz in Anspruch, da er durch ihn und mit seinen eignen Mitteln geschaffen sei; eine Einmischung Fremder würde eine Usurpation sein, und er spricht den Wunsch aus, daß Belgien den Kongostaat mit allen seinen Lasten und Vorteilen übernehmen solle, sobald der geeignete Zeitpunkt gekommen sei; bekämpft den Gedanken, eine verantwortliche Regierung oder ein Parlament für den Kongostaat zu schaffen. Ferner wird eine Erhöhung der Geldmittel zur Bekämpfung der Schlafkrankheit gefordert und an die Abschaffung der Sklaverei und das Verbot der Einfuhr von Alkohol erinnert. Schließlich wird eine Anleihe angekündigt, die je nach Bedarf ausgegeben werden soll.

Anfang Dezember. Durch Dekret des Königs wird ein aus neun vom König ernannten Mitgliedern bestehender Kongo-Rat geschaffen, der die ihm vom König als Souverän des Kongostaats zugewiesnen Fragen der Politik und der Regierung zu prüfen hat.

Abessinien.

13. Dezember. Zwischen den Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens wird ein Uebereinkommen unterzeichnet, durch das die Integrität Abessiniens auf Grund des status quo und des Prinzips der offnen Tür garantiert wird.

Die drei Mächte sind dahin übereingekommen, bei allen zukünftigen Zwischenfällen in jenem Lande gemeinsam vorzugehn. In diesem Uebereinkommen wird auch die Weiterführung der Eisenbahn von Dschibuti bis Addis-Abeba durch eine französische Gesellschaft, in deren Verwaltungsrat auch englische, italienische und abessinische Vertreter sitzen, vorgesehen. Auf der Dschibutilinie soll die Gleichberechtigung im Transitverkehr auf die Angehörigen aller Nationen ausgedehnt und keinerlei Transitabgaben sollen erhoben werden. In der Angelegenheit der Unterdrückung des Schmuggels und der Waffeneinfuhr nach den ostafrikanischen Besitzungen der drei Mächte wird ein besondres Uebereinkommen unterzeichnet.

Persien.

10. September. Erlaß des Schahs wegen Bildung einer Nationalversammlung, die aus 156 Mitgliedern bestehn soll. Das Aktivwahlrecht sollen alle männlichen Staatsangehörigen im Alter von dreißig bis siebzig Jahren haben, die lesen und schreiben können, unbestraft sind und nicht im Staatsdienste stehn.

7. Oktober. Der Schah eröffnet feierlich die Nationalversammlung. In der Thronrede wird ausgeführt, daß der Schah sich schon acht Jahre mit dem Plan getragen habe, Persien eine Verfassung zu geben. Gegenwärtig halte er das Volk für reif für die Selbstverwaltung, und er sei von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Bevölkerung die ihr gewährte Freiheit nicht mißbrauchen, und daß das Parlament die Regierung bei ihren auf den Fortschritt gerichteten Bestrebungen unterstützen werde.

30. Dezember. Der Schah und der Kronprinz-Regent unterzeichnen die mit der Nationalversammlung vereinbarte Verfassung, die unter anderm die Errichtung eines zum Teil aus gewählten Mitgliedern bestehenden Senats und die Kontrolle der Finanzen durch das Unterhaus vorsieht.

China.

12. Februar. In Peking findet eine Konferenz der Vertreter der Mächte statt, um Deutschlands Vorschlag der Zurückziehung aller Garnisonen aus Nordchina nochmals zu erwägen. Nach einigen Meinungsverschiedenheiten wird beschlossen, daß die Lage nicht derart sei, um die Fortnahme der Truppen aus Peking und Tientsin zu rechtfertigen; die übrigen Posten von geringerer Wichtigkeit sollen aufgegeben werden.

Ende Februar. In Nantschang werden sechs französische Jesuitenmissionare und zwei Amerikaner ermordet. Die Unruhen greifen weiter um sich und berühren auch die Provinz Schantung. Die Regierung schickt Militär dorthin. Frankreich erhält 200000 Franks Entschädigung.

Anfang März. In einem Erlasse sagt die Regierung, das freundschaftliche Verhältnis zwischen China und dem Auslande trage einen durchaus wahrhaften Charakter und beruhe auf vollständig fester Grundlage. Diese freundschaftlichen Gesinnungen entwickelten sich immer mehr. Es sei daher sehr zu bedauern, daß in der jüngsten

Zeit grundlose Gerüchte über fremdenfeindliche Bewegungen in China verbreitet seien.

2. September. Ein kaiserlicher Erlaß bestimmt die Einführung eines parlamentarischen Regierungssystems in China, sobald das Volk dafür reif sei.

Anfang November. Ein kaiserlicher Erlaß betreffend die Reorganisation der Regierung und der Verwaltung schafft für fast sämtliche Verwaltungszweige eine neue Gestaltung oder neue Bezeichnung: es wird ein Marineamt und ein Generalstab errichtet, ferner ein umfassendes Verkehrsamt, dem die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung unterstellt werden. Diese Aenderungen sollten nur die Grundlage für eine Verfassung bilden.

Nordamerikanische Union.

I.

Tagung des Kongresses.

15. Januar. Der Vorsitzende der Handelsmarinekommission des Senats legt diesem den Bericht des Sonderausschusses des Generalstabs vor, aus dem erhellt, daß für den Fall eines auswärtigen Krieges der für Truppentransporte geeignete Teil der Handelsflotte auf das Zweieinhalbfache seines jetzigen Bestandes vermehrt werden müßte, um die Vereinigten Staaten zu befähigen, den ersten Schlag zu führen, was im Kriege immer wichtiger würde. Der Bericht spricht sich dafür aus, zur Erbauung von 12 Knoten die Stunde laufenden Schiffen zwischen 6500 und 5500 Tonnen zu ermutigen.

29. Januar. Der Kriegsminister unterbreitet dem Kongreß eine Vorlage, worin die Schaffung einer aus gedienten Leuten bestehenden Reserve von 50000 Mann für das stehende Heer und die Trennung von Fuß- und Feldartillerie gefordert wird. Die Feldartillerie soll in sechs Regimenter zu sechs Batterien formiert werden.

14. Februar. Der Senat genehmigt ein Schiffssubsidiengesetz, das dazu bestimmt ist, die nationale Verteidigung zu fördern, ein See-Volunteerkorps zu schaffen, einen Postdienst nach ausländischen Märkten ins Leben zu rufen und den Handel zu unterstützen.

Der Teil des Gesetzes, der sich auf das See-Volunteerkorps bezieht, sieht vor, daß Offiziere und Mannschaften der Handelsmarine und der Fischerflotten angeworben werden können. Sie können für einen Zeitraum von vier Jahren in die Listen aufgenommen werden und sind dann während dieser Zeit verpflichtet, einem Aufruf zum Kriegsdienst Folge zu leisten. Sie erhalten dafür eine jährliche Zahlung. Der Staatssekretär wird ermächtigt, nach dem 1. Juli 1907 gewissen Kauffahrtei- und Fischereifahrzeugen zum Zwecke gewisser staatlicher Dienstleistungen Subsidien zu zahlen. Diese Dienstleistungen umfassen unter anderm Verwendung der Schiffe für die nationale Verteidigung und zur Postbeförderung. Wenigstens ein Sechstel der Mannschaft derartiger Schiffe muß aus Leuten bestehn, die Staatsbürger sind oder sich verpflichten, Staatsbürger zu werden. Die Reparaturen derartiger Schiffe haben in gewöhnlichen Fällen in den Vereinigten Staaten stattzufinden. Ein Paragraph ermächtigt den Generalpostmeister, mit Bürgern der Vereinigten Staaten Kontrakte für die Postbeförderung auf Dampfern einzugehn, die in Amerika gebaut und registriert sind und nach Brasilien, Uruguay, Argentinien, Südafrika, Kuba, Zentralamerika, dem Isthmus von Panama, Mexiko, China, Japan, den Philippinen und Australasien gehn. Die zur Verfügung gestellte Summe beläuft sich auf 52 Millionen Dollars, die auf zwanzig Jahre zu verteilen sind.

Anfang März. Präsident Roosevelt richtet mit dem von dem Kriegs- und Marineamt über die Küstenverteidigung erstatteten Bericht eine Botschaft an den Kongreß, in dem er empfiehlt, besondre Aufmerksamkeit der Verteidigung der Einfahrt in die Chesapeakebai zuzuwenden. Der Präsident sagt weiter, die insularen Besitzungen der Vereinigten Staaten dürften nicht länger vernachlässigt werden, wenn sie beabsichtigten, sie zu halten. Der Bericht des Kriegs- und Marinerats empfiehlt, die Einfahrt der Manilabai, ferner den Hafen von Pearl, Guantanamo, Guam, San Juan und Honolulu sowie die Zugänge zum Panamakanal in Verteidigungszustand zu setzen; ebenso wird eine verstärkte Befestigung mehrerer Häfen der Vereinigten Staaten empfohlen. Die Kosten für diese Arbeiten werden auf 50 Millionen Dollars veranschlagt.

Ende März. Die Marinekommission des Repräsentantenhauses beschließt den Bau eines Linienschiffs von größtem Typ, dessen Tonnengehalt der Marinesekretär bestimmen soll, und den Bau von drei Torpedobootszerstörern zu befürworten sowie die Verausgabung von 1 Million Dollars, nach Ermessen des Marinedepartements, für Unterseeboote, sodann von 1250000 Dollars für ein Trockendock in Bremerton am Pugetsound und von 1400000 Dollars für ein Schwimmdock an der atlantischen Küste.

6. März. Im Repräsentantenhause verlangt Lacey dringend, daß Amerika seinen Handel mit England nicht opfern dürfe, um die deutschen Märkte durch Zollzugeständnisse zu gewinnen; er sucht nachzuweisen, wie wenig Amerika an Deutschland verkaufte im Verhältnis zu England als Abnehmer.

Ende März. Präsident Roosevelt empfiehlt dem Kongreß in einer Botschaft, das Gesetz über die Erhaltung der Niagarafälle in Kraft zu setzen, ohne daß der Abschluß eines Vertrags der in Betracht kommenden Staaten abgewartet wird.

Mitte April. Der Kongreß erhält vom Präsidenten Roosevelt eine Botschaft mit der Erklärung, der jüngst stattgehabte Prozeß gegen die Fleischkonservenfabrikanten von Chicago sei ein Mißgriff der Rechtspflege, durch den der Wille des Kongresses vereitelt werde, und der das Gesetz zu einer Farce mache. Der Präsident fordert den Kongreß auf, eine Erklärung mit Gesetzeskraft zu erlassen, die die wirkliche Absicht des Kongresses feststelle und der Regierung dasselbe Recht, in Strafsachen Berufung zu ergreifen, verleihe, das jetzt der Beklagte genießt.

17. April. Der Kongreß erhält eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt, in der er die Bedeutung der gesetzgeberischen Maßnahmen hervorhebt zur Verhütung von Versicherungsskandalen, wie sie in jüngster Zeit enthüllt worden sind.

21. April. Der Kongreß erhält eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt, in der er die Bewilligung von noch $1^1/_2$ Millionen Dollar zur Unterstützung der vom Erdbeben in San Francisco betroffnen Bevölkerung empfiehlt. Die Botschaft ist begleitet von einer Mitteilung des Kabinettssekretärs für Handel und Industrie, aus der hervorgeht, daß der Unfall schrecklicher ist als irgendeiner in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Anfang Juni. Der Kongreß erhält vom Präsidenten Roosevelt einen Bericht der für die Untersuchung der Mißstände in der Fleischwarenindustrie eingesetzten besondern Kommissionen übersandt.

Der Bericht bestätigt die Berichte der Zeitungen über die unhygienischen Verhältnisse auf den Chicagoer Vieh- und Packhöfen und erklärt, es werde dort unter Verhältnissen gearbeitet, die empörenden Schmutz zeigen. Gleichzeitig wird aber die peinliche Sorgfalt hervorgehoben, die bezüglich des für den deutschen Konsum bestimmten Schweinefleisches beobachtet wird, und es wird festgestellt, daß im allgemeinen weniger Mißstände bei der Zubereitung von Fleisch für den Export obwalten als bei der für den heimischen Verbrauch. Es heißt in dieser Beziehung in dem Bericht wörtlich: „Die mikroskopische Untersuchung der nach Deutschland zu exportierenden Schweine scheint mit großer Vorsicht zu geschehn, und es kann gerechterweise gefragt werden, warum die für den amerikanischen Markt geschlachteten Schweine nicht ebenso untersucht werden.“ In einer Begleitbotschaft zu diesem Bericht erklärt Präsident Roosevelt, die empörenden Verhältnisse in den Chicagoer Schlachthäusern müßten im Interesse der Volksgesundheit und der Schicklichkeit von Grund aus geändert werden. Er empfehle gesetzgeberische Maßnahmen, nach denen die Regierung zur Beaufsichtigung und Superrevision der Fleischverarbeitung in allen ihren Stadien ermächtigt werde.

4. Mai. Der Kongreß erhält eine Botschaft des Präsidenten Roosevelt über die Geschäftsmethoden der Standard Oil Company.

Er sagt in der Botschaft, der Bericht des Bevollmächtigten Garfield zeige, in welch ungeheuerm Maße die Standard Oil Company aus ihren geheimen Eisenbahnraten Nutzen ziehe, wovon einige offenbar ungesetzlich seien. Der Gewinn betrage jährlich mindestens 750000 Dollars. Der Vorteil, den die Gesellschaft aber auf Kosten des Publikums erzielte, übertreffe noch diesen Gewinn, der auf Kosten der Eisenbahn erzielt werde. Das Justizdepartement werde sich mit der Frage beschäftigen, ob eine Verfolgung, wenigstens in gewissen Fällen, einzuleiten sei. Präsident Roosevelt empfiehlt, eine besondre Gesetzgebung einzuführen, um die Auslegung des Urteils des Richters Humphrey in der Angelegenheit des Fleischtrusts über die Steuerfreiheit von Provisionen richtigzustellen, indem er hervorhebt, daß andre große Gesellschaften sich ähnlicher Praktiken schuldig gemacht hätten, wie beispielsweise der Zuckertrust. Die Botschaft führt aus, daß durch die Betrauung einer Behörde mit der Ueberwachung und Kontrolle des Handels von Staat zu Staat die Initiative des Einzelnen nicht geschwächt werde, sondern daß sie vielmehr durch eine Beschränkung solcher Monopole, die die Unternehmungslust des Einzelnen unterdrückten, gehoben werde. Die Eisenbahnen sollten ermächtigt werden, sich zu vereinigen, um sich gegen die großen Korporationen zu schützen, und die Bedingungen dafür vom Kongresse festgelegt werden.

21. Juni. Der Senat beschließt die Erbauung des Panamakanals als Schleusenkanal.

22. Juni. Der Senat erklärt, das Volk der Vereinigten Staaten sei entsetzt über die Berichte von Metzeleien, die an Juden in Rußland wegen ihrer Rasse und Religion verübt seien. Alle die, die davon betroffen seien, hätten die herzliche Sympathie des Volks der Vereinigten Staaten. — Präsident Roosevelt erklärt sich damit einverstanden, daß diese Erklärung dem Staatsdepartement übermittelt und amtlich bekanntgegeben werde.

29. Juni. Durch Kompromiß zwischen beiden Häusern des Kongresses kommt ein Naturalisationsgesetz zustande.

Die Kontrolle über die Ausführung dieses Gesetzes wird den Bundesbehörden übertragen, wozu ein Einwanderungs- und Naturalisationsbureau in Washington eingesetzt wird, dem auch sämtliche zur Erteilung des Bürgerbriefs berechtigten Gerichte in dieser Beziehung unterstehn. Nach wie vor kann der Ausländer zu irgendeiner Zeit vor dem zuständigen Gerichte seine Erklärung abgeben, Bürger werden zu wollen; wenn der betreffende Ausländer dann fünf Jahre im Lande und zwei Jahre im Besitze des „ersten Papiers" ist, kann er um Verleihung des Bürgerrechts ansuchen; unterläßt er dies aber innerhalb weiterer zwei Jahre, so hat er sein Recht, Bürger werden zu können, verwirkt, da das „erste Papier" eines Ausländers sieben Jahre vom Tage der Ausstellung an null und nichtig wird, wenn der Erwerber innerhalb dieser Zeit nicht um Verleihung des Bürgerrechts ersucht hat. — Zur Verleihung des Bürgerrechts sind alle Bundesgerichte des Landes einschließlich der Territorialgerichte und des Obergerichts des Distrikts Columbia, ferner alle jene Staatsgerichte zuständig, die unbegrenzte Jurisdiktion haben. Der die Verleihung des Bürgerrechts Nachsuchende muß sein

Gesuch schriftlich unter Vorlage seines „ersten Papiers“ anbringen, sein vollständiges Nationale, eventuell auch jenes von Frau und minderjährigen Kindern mitteilen sowie sonstige Daten betreffend Ankunft im Lande, Wohnort und je zwei Leumunds- und Aufenthaltszeugen, die Bürger der Vereinigten Staaten sein müssen, namhaft machen. Die letztern müssen beschwören können, daß sie den Gesuchsteller durch mindestens fünf Jahre „ununterbrochen im Lande“ gekannt haben. Der Gerichtsschreiber gibt Kenntnis von dem Ansuchen durch Anschlag an der Gerichtstafel, mit der Aufforderung an solche, die gegen die angesuchte Naturalisation Einwendung zu machen wünschen, zu dem auf innerhalb neunzig Tage vom Datum des Gesuchs festgesetzten Verhandlungstermin zu erscheinen. Wird das Ansuchen bewilligt, so übermittelt der Gerichtsschreiber ein Exemplar des Gesuchs, mit dem entsprechenden Vermerk versehen, an das Naturalisationsbureau in Washington zur Kontrolle, das andre Exemplar bleibt bei den Gerichtsakten. Das Gesetz schreibt vor, daß der Bürgerrechtskandidat der englischen Sprache vollkommen mächtig sein muß, und daß, wenn ein Ausländer, der unter dem neuen Gesetz das Bürgerrecht der Vereinigten Staaten erworben hat, diese innerhalb fünf Jahren nach seiner erfolgten Naturalisation verläßt und entweder in seiner frühern Heimat oder in einem andern fremden Lande Aufenthalt nimmt, dies als voller Beweis dafür gelten soll, daß der betreffende sein Bürgerrecht nicht im guten Glauben erworben hat, und verordnet, daß sein Bürgerschein als null und nichtig erklärt werden soll.

Ein Einwanderungsgesetz verschärft die Bestimmungen von 1903:

Jeder erwachsne Mann muß 25 Dollars und jede erwachsne Frau 15 Dollars besitzen. Familien sollen zugelassen werden, jedoch muß das Familienoberhaupt 50 Dollars besitzen. Mehr als sechzehn Jahre zählende Einwandrer müssen in irgendeiner Sprache lesen können. Geistig minderwertige Personen oder körperlich schwache Arbeiter sollen von der Einwanderung ausgeschlossen sein. — Da der Süden wegen großen Arbeitermangels nach Einwanderung verlangt, wird ein Auskunftsbureau im Einwanderungsdienst des Departements für Handel und Arbeit geschaffen, das den Ankommenden die Vorteile des Südens klarmachen soll. Auch soll es den Einwandrungsbehörden der einzelnen Staaten gestattet sein, in den Einwanderungsdepots Agenten zu unterhalten, die es versuchen können, den Strom der Einwandrer nach ihren Landesteilen zu lenken.

II.

Soziales.

30. März. Ausgedehnter Streik der Bergarbeiter in den östlichen Kohlenbezirken.

16. April. Der Gegensatz zwischen der weißen und der farbigen Bevölkerung in der Union führt zu Springfield im Staate Missouri zu blutigen Gewalttaten.

22. September. Auch in Atlanta, der Hauptstadt von Georgia, kommt es zu einer heftigen Verfolgung der Neger.

III.

Parteiwesen.

Anfang März. Dritte Jahreshauptversammlung des Deutsch-amerikanischen Nationalbundes. Der amtliche Bericht darüber liefert ein Bild vom Stande der jungen deutschen Bewegung in den Vereinigten Staaten. Dem Nationalbunde sind danach bis jetzt in 12 Staaten der Union Staatsverbände und Städtevereinigungen angegliedert, außerdem 91 Einzelverbände aus 18 weitern Staaten. Im ganzen hat der Bund bis jetzt also in 30 Staaten festen Fuß gefaßt. Dem Protokoll ist eine Zusammenfassung der Grundsätze des Nationalbundes beigefügt. Es heißt darin:

Der Bund erstrebt, das Einheitsgefühl in der Bevölkerung deutschen Ursprungs in Amerika zu wecken und zu fördern, zu nützlicher, gesunder Entwicklung der ihr innewohnenden Macht, zum gemeinsamen, energischen Schutze solcher berechtigter Wünsche und Interessen, die dem Gemeinwohle des Landes und den Rechten und Pflichten guter Bürger nicht zuwider sind; zur Abwehr nativistischer Uebergriffe; zur Pflege und Sicherung guter, freundschaftlicher Beziehungen Amerikas zu dem alten deutschen Vaterlande. Er beabsichtigt keine Gründung eines Staats im Staate, erblickt aber in der Zentralisierung der Bevölkerung deutschen Ursprungs den kürzesten Weg und die beste Gewähr für die Erreichung seiner in dieser Verfassung klargelegten Ziele. Der Bund empfiehlt die Einführung des Unterrichts der deutschen Sprache in öffentlichen Schulen auf der folgenden breiten Grundlage: Neben der englischen bildet die deutsche Zunge die Weltsprache in den entferntesten Winkeln der Erde; wohin die Pioniere der Zivilisation, des Handels und des Verkehrs gedrungen, finden wir die Völker beider Zungen vertreten; wo allgemeinere, eigne Kenntnis herrscht, bildet sich leichter selbständiges, klares und vorurteilsfreies Verständnis und fördert so wechselseitige freundschaftliche Beziehungen. Der Bund fordert alle Deutschen auf, das Bürgerrecht zu erwerben, die Gründung von Fortbildungsvereinen als Pflegestätten der deutschen Sprache und Literatur und eine systematische Erforschung der deutschen Mithilfe an der Entwicklung des Adoptivvaterlandes in Krieg und Frieden auf allen Gebieten deutsch-amerikanischen Wirkens.

20. Mai. Die deutschen Verbände in den Neuenglandstaaten schließen sich dem Nationalbunde an.

31. August. Der demokratische Kandidat bei der vorigen Präsidentenwahl, Bryan, hält in Newyork nach der Rückkehr von einer längern Reise nach Europa eine Rede folgenden Inhalts:

Die Stimmung zugunsten einer friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten sei im Wachsen begriffen. Wenn Amerika den Abschluß eines allgemeinen Vertrags, Streitigkeiten der Haager Konferenz oder einem andern Schiedsgerichtshof zu unterbreiten, vorschlagen würde, so werde es eine Reihe von Staaten geneigt finden, dem Vertrage beizutreten. Redner bezeichnet die Trustfrage als die brennendste und schlägt als Mittel zur Besserung der augenblicklichen Lage vor, daß die Gesellschaften durch die

Bundesregierung zu konzessionieren seien, und daß der Präsident ermächtigt sein solle, auf die Freiliste die Waren zu setzen, die mit den von Trusts beherrschten konkurrieren. Er drückt die Hoffnung aus, daß die Trusts mit der Wurzel ausgerottet würden. In der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen macht Bryan den Vorschlag, die Bundesregierung solle die Hauptlinien und die Einzelstaaten die lokalen Linien übernehmen. Zum Schlusse erklärt er, die Zeit sei gekommen, um die Plutokratie zu stürzen, die die Kraft des Volks aussauge.

Anfang September. Zum erstenmal wieder seit 1893 findet in Cincinnati der sogenannte Deutsche Tag, und zwar unter gewaltig großer Beteiligung, statt. Hauptredner ist der Rechtsanwalt Vocke, der in längerer Rede auf die Pflichten der Deutschen in Amerika und auf den Segen der deutschen Einwanderung für Amerika hinweist.

Redner tritt entschieden der Ansicht entgegen, daß die deutsche Einwanderung durch Trennung von der Heimat dem deutschen Stamme verloren gehe. Er gedenkt der gespannten Beziehungen, die vor acht Jahren durch die systematisch fortgesetzten, böswilligen Verunglimpfungen einer Rotte gewissenloser ausländischer Hetzer zwischen beiden Regierungen entstanden seien, bis die Demonstrationen der Deutschamerikaner diesem schändlichen Treiben ein Ende gemacht hätten. Für diese Tat sowie für alles, was der Deutsche hier vollbracht habe, nicht zum geringsten für seinen Anteil an der Niederwerfung der Rebellion, gebühre den Deutschamerikanern die Achtung des amerikanischen Volkes. Die Deutschamerikaner erkennten das Richtige in der Politik, und mehr als einmal hätten sie in wichtigen Fragen die Entscheidung zum Heil des ganzen Landes herbeigeführt. Auch die Annäherung zwischen beiden Ländern durch Geist und Bildung zieht der Redner in den Bereich seiner Betrachtungen und schließt mit den Worten: „Die beiden tüchtigsten, lebenskräftigsten und am mächtigsten aufstrebenden Nationen der Neuzeit sind die amerikanische und die deutsche; möge das Band gegenseitiger Liebe und Achtung zwischen ihnen zum Segen der ganzen Menschheit auf ewig unlösbar sein. Das walte Gott."

Ende Oktober. Nachdem Professor Burgeß am 27. Oktober in seiner Vorlesung zu Berlin sich unter anderm dahin ausgesprochen hat, daß nicht nur das Dogma der Hochschutzzöllnerei, sondern auch das der Monroedoktrin unter Umständen Gegenstand einer objektiv-kritischen Diskussion sein könnten, erklärt die Newyorker „Sun", Burgeß habe durchaus nicht die Anschauungen des amerikanischen Volkes wiedergegeben; jede Diskussion der Monroedoktrin sei unmöglich, da sie durch Clevelands Botschaft betreffs Großbritanniens und Venezuelas res judicata geworden sei. Die europäische Kolonisation in Amerika könne keinenfalls geduldet werden.

7. November. Es finden die Wahlen zum Kongreß und die Gouvernementswahlen in 23 Staaten statt. Die Republikaner behalten hiernach die Mehrheit im Kongresse, sie ist aber kleiner geworden.

21. November. In Newyork findet eine Feier statt, die dem am 14. Mai verstorbnen Senator Karl Schurz als ausgezeichnetem Staatsmann und Schriftsteller gilt. Sie gestaltet sich zu einer noch nie dagewesnen Kundgebung für die hohe Bedeutung, die deutsches Geistesleben und besonders deutscher Idealismus für amerikanische Kultur gewonnen haben.

Präsident Choate, früher Gesandter der Vereinigten Staaten in England, führt aus, daß Schurzens Lebensauffassung sich in die vier Worte zusammenfassen ließe: Wahrheit, Pflicht, Recht und Freiheit. — Expräsident Cleveland würdigt die Unabhängigkeit der Politik, wie sie gewissermaßen in Schurz personifiziert wurde. Für die amerikanische Republik, so führt er aus, bedeutet der Tod von Schurz einen nationalen Verlust, der unersetzlicher ist als der Verlust eines nahen Verwandten, einen tiefern Schmerz als ihn persönlicher Kummer verursachen kann. Es folgt eine Rede des Präsidenten der Harwarduniversität, Eliot, der Schurz als Enthusiasten und Philosophen schildert. Dann reden die Professoren Kühnemann von Breslau und Schumacher von Bonn. Endlich hebt der Staatssekretär der Marine, Bonaparte, die Verdienste hervor, die sich Schurz um die Verbesserungen in der Zivilverwaltung erworben hat.

IV.

Präsident Roosevelt.

27. Februar. Der Präsident richtet, um die Notwendigkeit zu betonen, das Personal der Armee und Marine in Friedenszeiten auf der höchsten Stufe der Leistungsfähigkeit zu erhalten, um für den Fall des Kriegs gerüstet zu sein, ein Schreiben an den Kriegssekretär, in dem er die Heldentaten Togos aufzählt und zu Nutz und Frommen der amerikanischen Soldaten und Seeleute Togos Armeebefehl bei Beendigung des russisch-japanischen Kriegs wiedergibt. Dieser Brief wird als allgemeiner Armeebefehl verbreitet.

Mitte April. Bei der Grundsteinlegung des neuen Kongreßgebäudes in Washington führt der Präsident aus, es müsse etwas Ernstliches gegen die Ansammlung von so gewaltigen Vermögen, wie sie jetzt beständen, unternommen werden. Er sei überzeugt, es sei durchaus notwendig, die Annahme eines nationalen Systems für eine progressive Steuer zu erwägen, die bei der Uebertragung von Vermögen zu erheben sei, die über eine vernünftige Grenze angeschwollen seien, und ferner zu verhindern, daß irgend jemand über einen gewissen Betrag hinaus erben könne.

14. Mai. Roosevelt sendet dem Sohne von Karl Schurz ein Beileidstelegramm, das damit schließt, die Dienste von Schurz in Krieg und Frieden würden nicht vergessen werden, solange die Geschichte der Republik bestehe.

20. Juni. In der Synagoge von Newyork wird eine jüdische Trauerversammlung aus Anlaß der Metzeleien in Bjelostok abgehalten, an der 3000 Personen teilnehmen. Es wird hier ein Schreiben des Präsidenten Roosevelt verlesen, in dem es heißt: Ich werde mich über die Angelegenheit mit dem Staatssekretär Root besprechen. Sie wissen, wie sehr wir Ihre Gefühle teilen, wie ergriffen und entsetzt wir über die Vorgänge in Rußland sind. Sie wissen aber auch, daß es nahezu unmöglich ist, durch eine Einmischung etwas andres als Unheil anzurichten.

21. August. Roosevelt richtet an Watson, Kongreßmitglied für Indiana, ein Schreiben, das einen Ueberblick über die nationalen Interessen und über die Trusts enthält. Es heißt darin:

Der gegenwärtige Kongreß werde Gesetze erlassen, durch die verhindert werden würde, daß eine Gesellschaft Beiträge zu politischen Zwecken zahle. Ferner sollen die Tarifsätze auf Güter, die von den Philippinen stammen, ermäßigt und die Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten herabgesetzt werden. Er, der Präsident, stehe unerschütterlich auf dem Boden des Schutzzolls, da er der Ansicht sei, daß das außerordentliche Gedeihen, dessen sich die Industrie gegenwärtig erfreue, nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfe. Roosevelt gibt die Erklärung ab, daß die Frage der Revision der Zölle von dem Verfahren gegen die Trusts gänzlich zu trennen sei. Der einzige Weg, mit den Monopolen des großen korporativen Reichtums aufzuräumen, sei eine Wirksamkeit auf Grund der vom gegenwärtigen Kongreß und seinen unmittelbaren Vorgängern erlassenen Gesetze. Das Land sei unwiderruflich verpflichtet, die Monroedoktrin und das Prinzip der Verteidigung und Ueberwachung der Kanalstraße aufrechtzuerhalten, aber seine Vorkämpferschaft in der Frage der Monroedoktrin und die Kundgebung seiner Absichten bezüglich des Kanals würden absurd sein, wenn das Volk es unterlasse, eine starke Flotte auf der höchstmöglichen Stufe der Vollendung zu unterhalten.

17. September. Roosevelt empfängt in Osterbay eine Abordnung deutscher Fabrikanten, die ihm Beschwerden über das Zollverfahren der Vereinigten Staaten unterbreiten. Roosevelt erklärt, die Abordnung solle ihre Beschwerden den Beamten des Schatzamts und der Staatsdepartements eingehend unterbreiten, die ihm dann darüber berichten würden.

4. Oktober. Präsident Roosevelt hält bei der Einweihung des neuen Parlamentsgebäudes in Harrisburg (Pennsylvanien) eine Rede, in der er ausführt, die genaue Darstellung der Befugnisse der Regierung sei das Hauptbollwerk gegen die großen Geldinteressenten, die sich dem Versuch widersetzten, sie unter eine wirksame Staatskontrolle zu stellen. Dem Einfluß der Erwerbsgier müsse ein Riegel vorgeschoben werden, um der Arbeit, dem Kapital und dem Publikum ihr Recht zu sichern. Pflicht der Amerikaner sei es, nach der rechten Art von Zivilisation zu streben, die nicht eine bloße Plutokratie eines Bank- und Wallstreetssyndikats sein dürfe.

7. November. Präsident Roosevelt ordnet die Auflösung des Negerbataillons des 25. Regiments an, weil es sich weigert, die Schuldigen an dem Aufruhr in Brownsville (Texas) am 13. August v. J., durch den der Tod von Bürgern veranlaßt worden ist, anzugeben. Ebenso bestimmt er, daß die Neger, die im Heer oder in der Flotte in Zivilstellungen beschäftigt werden, keine Waffen tragen dürfen.

13. November. Roosevelt trifft zur Besichtigung der Arbeiten am Panamakanal in Colon ein.

V.

Die Philippineninseln.

6. März. Die Ruhe ist unter den Eingebornen noch nicht ganz hergestellt. In der Nähe der Bucht von Tolon findet ein Gefecht zwischen Aufständischen und amerikanischen Truppen statt, wobei die erstern 600 Mann verlieren. Der befehligende General Wood erstattet hierüber einen Bericht, infolgedessen dem Heere Grausamkeiten vorgeworfen werden.

VI.

Auswärtige Angelegenheiten.

1.

Beziehungen zum Deutschen Reiche.

12. April. Dem Präsidenten der Union wird vom deutschen Botschafter Freiherrn Speck von Sternburg eine Abordnung des Zentralverbandes deutscher Kriegerbundsmitglieder von Nordamerika vorgestellt.

Bei dieser Gelegenheit hält der Präsident eine Ansprache, in der er zunächst den herzlichsten persönlichen Empfindungen für Kaiser Wilhelm Ausdruck gibt und sodann den deutschen Kaiser und das deutsche Volk zu dem in Algeciras vollbrachten Werk beglückwünscht. Er glaube, sagt der Präsident, daß das Ergebnis der Konferenz die Beziehungen zwischen den beiden mächtigen Staaten Frankreich und Deutschland freundlicher gestalten werde. Es ist meine Hoffnung und mein Wunsch, setzt er hinzu, wie es die Hoffnung und der Wunsch eines jeden sein muß, der es gut mit der Menschheit meint, daß diese freundlichen Beziehungen nicht allein ungebrochen fortdauern, sondern stets an Stärke zunehmen möchten. Was die Konferenz in Algeciras angehe, so hätten die Amerikaner als Nation daran nur wenig Interesse, außer daß

es immer ihre Sorge sei, überall Gerechtigkeit walten zu sehen, und daß sie, soweit sie es angemessenerweise tun können, für die Sache des internationalen Friedens und internationaler Freundschaft wirken wollen. Keine Rasse habe den Amerikanern bessere Eigenschaften gegeben als die Männer deutschen Stammes und Bluts. Er widmet dann besonders warme Worte dem Botschafter v. Sternburg, der sich durch seine herzliche Freundschaft für Amerika die Zuneigung der Amerikaner gewonnen habe. „Die Bande, die Deutschland und die Vereinigten Staaten vereinen, sind viele und enge, und es muß eins der vornehmsten Ziele unsrer Politik sein, die beiden Nationen immer enger aneinander zu knüpfen. In keinem Lande besteht eine wärmere Bewunderung für Deutschland und Deutschlands erhabnen Herrscher Kaiser Wilhelm als hier in Amerika."

Mitte Juni. Bei der Abiturientenfeier der Universität des Staats Illinois bespricht der deutsche Botschafter Speck v. Sternburg die Beziehungen zwischen einer guten Bildung und einer guten Regierung. Die geistigen Bande zwischen Deutschland und Amerika seien in den letzten dreißig Jahren ein mächtiger Faktor gewesen. Der Botschafter weist auf die großen Leistungen der amerikanischen und der deutschen Universitäten zur Förderung eines engern Einvernehmens zwischen diesen beiden Ländern hin, in denen das Verlangen nach einer höhern Bildung mächtiger als anderswo sei. Das deutsche und das amerikanische Volk hätten die Notwendigkeit der Erziehung in wissenschaftlichem Geiste für den nationalen Erfolg erkannt. Redner betont ferner den amerikanischen Idealismus.

23. November. Auf dem Jahresbankett der Newyorker Handelskammer, an dem der deutsche Botschafter Speck v. Sternburg als Ehrengast teilnimmt, führt dieser in Erwiderung eines auf die Gegenseitigkeit der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika ausgebrachten Trinkspruchs folgendes aus: „Die Worte des Präsidenten Roosevelt an die deutschen Veteranen am 12. April d. J. zeigten am besten die jetzigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern." Indem der Botschafter dann auf die historische Freundschaft zwischen Preußen und Amerika hinweist, die unter dem Präsidenten Roosevelt und dem Kaiser ihren Höhepunkt erreicht habe, äußert er wörtlich:

Während der Jahre, die ich in Amerika zugebracht habe, beobachtete ich häufig, daß, wenn Gott und die Natur jemals drei Nationen für dauernden Frieden und Freundschaft miteinander bestimmten, dies Deutschland, Großbritannien und Amerika sind. Deutschland vergesse nicht die durch Professor Burgeß übermittelte Botschaft Roosevelts und des Kaisers Antwort. In den weitestgehenden diplomatischen Aktionen sehe man den Kaiser und Roosevelt dieselben Wege gehen, eine Politik, die den vollen Beifall des amerikanischen Volks gefunden habe, weil sie eine Politik des Friedens und auf Vertrauen gegründet sei. Wenn man frage, wo Deutschland und Amerika getrennt seien, so sei dies doch nicht etwa in Handelsbeziehungen der Fall.

Amerikas Aufschwung bedeute auch den Deutschlands, und die Handelsbeziehungen beider Länder wüchsen täglich. Wenn nun ein Handelszuwachs stattfinde bei Unebenheiten in den beiderseitigen Zollsystemen, wieviel größer noch würde der Handelszuwachs sein nach Beseitigung dieser Unebenheiten. Deutschland befürworte die offne Tür überall und suche einen Ausgang für seine wirtschaftlichen Kräfte, wo immer das innerhalb der zulässigen Grenzen des kommerziellen Wettbewerbs möglich sei. Deutschland lade Amerika zu engern Handelsbeziehungen ein, es erblicke in der Entsendung der Tarifkommission ein aufrichtiges Bemühen der Regierung in Washington, eine Besserung der Handelsbeziehungen herbeizuführen.

2.

Verhältnis zur Republik Panama.

10. Mai. Der Kriegssekretär Taft sendet an den Gouverneur der Kanalzone in Panama Mogoon Verhaltungsanweisungen, zusammen mit einem Schreiben des Staatssekretärs Root, in dem die Bedingungen bezeichnet werden, die ein Einschreiten der Vereinigten Staaten im Falle von revolutionären Bewegungen oder Wahlunruhen, die die Arbeiten in der Kanalzone beeinträchtigen, rechtfertigen würden. Diese Anweisungen werden der Regierung der Republik Panama mitgeteilt. Staatssekretär Root erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht zögern würden, mit Waffenmacht Beistand zu leisten, um einen in irgendeinem Teile Panamas ausgebrochnen Aufstand zu unterdrücken.

3.

Beziehungen zu China.

18. April. Bei der Vollendung der Legung des Kabels von Manila nach Schanghai, das das letzte Glied der den Amerikanern gehörenden Kabelverbindung zwischen Amerika und China bildet, übersendet Präsident Roosevelt der Kaiserinwitwe und dem Kaiser von China eine Depesche, worin er zur Vollendung des Werks, das die beiden Völker näher aneinander führen werde, seine Glückwünsche ausspricht, und in der er die freundlichen Gesinnungen der Amerikaner für China zum Ausdruck bringt. Der Kaiser erwidert, er hoffe, daß durch die Vollendung des Kabels der Handel zwischen China und Amerika sich immer mehr entwickeln werde.

4.

Beziehungen zu Japan.

26. Oktober. Diese Beziehungen fangen an sich zu trüben, nachdem im Staate Kalifornien ein Gesetz in Kraft getreten ist, das gegen die Vertragsrechte der Japaner verstößt, da dadurch japanische Kinder von den öffentlichen Schulen ausgeschlossen werden. Das Staatsdepartement beauftragt den amerikanischen Botschafter in Tokio, der japanischen Regierung mitzuteilen, daß die amerikanische Regierung feindliche Agitation weder ermutige, noch die in ihr zum Ausdruck kommenden Gefühle teile. Sodann sendet die Regierung den Handelssekretär Metcalf nach San Francisco, um die Frage der Berechtigung der Klagen der dortigen Japaner zu untersuchen.

(Metcalf berichtet, er finde, daß die in San Francisco vorherrschende Meinung allgemein den Beschluß der Unterrichtsverwaltung auf Trennung der japanischen Kinder von den übrigen gutheiße, er meine aber, daß es Pflicht der Bundesregierungen sei, den Japanern Schutz zu gewähren, wenn die Macht der Polizei in San Francisco dazu nicht ausreiche.)

5.

Verhältnis zu den Republiken Südamerikas.

20. November. Der Staatssekretär Root hält in Kansas City eine Rede, in der er unter anderm Schiffahrtssubsidien zur Förderung des amerikanischen Außenhandels nach Südamerika befürwortet und sagt, die Vereinigten Staaten könnten den Schutzzolltarif nicht aufheben; keine politische Partei denke daran, ihn aufzuheben. Root sagt ferner:

Zurzeit des südamerikanischen Unabhängigkeitskampfes sympathisierten die Vereinigten Staaten mit dieser Bewegung und führten ein völliges Einvernehmen mit Großbritannien bezüglich eines gegen die Heilige Allianz gerichteten Vorgehns herbei, die eine Teilung Südamerikas plante. Die bekannte Erklärung des Präsidenten Monroe stellte es für immer klar, daß die Kosten eines europäischen Angriffs größer sein würden als irgend ein Vorteil, der durch einen Angriff, selbst wenn er erfolgreich sein sollte, gewonnen werden könnte. Keine Heilige Allianz droht jetzt mit einer Teilung Südamerikas, keine europische Kolonisation an der Westküste droht uns jetzt von dem Stillen Ozean abzuschließen, aber es bedarf keiner prophetischen Gabe, um zu sehen, daß andre Gelegenheiten zur Anwendung der Lehre Monroes noch entstehn können. Der Grundsatz der Monroedoktrin ist ein ebenso weiser Ausdruck des heute geltenden gesunden politischen Urteils und eine ebenso wahre Kundgebung der Gefühle und Instinkte des amerikanischen Volks; er ist noch ebenso lebenskräftig, wie es am 2. Dezember 1823 der Fall gewesen ist.

Root geht sodann in seiner Rede auf die Möglichkeiten zur Ausdehnung des Handelsverkehrs ein und erklärt, obwohl England, Deutschland, Frankreich und Spanien bereits dort tätig seien, so böte Südamerika doch ein so reiches und ausgedehntes Gebiet dar, daß es mit zunehmender Einwanderung und Entwicklung einen Markt für den Handel der Welt liefern würde wie der Orient. Tausende von Deutschen ließen sich schon in Südbrasilien nieder. Die Deutschen seien in Brasilien höchst willkommen und dort ebenso nützliche und gute Bürger wie in Nordamerika; er hoffe, daß noch viele Deutsche nach Brasilien gehn und mit ihren Bürgertugenden an dem Aufbau ihres Adoptivvaterlandes weiterarbeiten werden. Die Nordamerikaner sollten sich über die Bedürfnisse der Südamerikaner unterrichten und ein Kreditsystem einrichten, das zu den besondern Verhältnissen der in Frage kommenden Gebiete passe. Sie sollten in jeder Hauptstadt, wo Kapital in größerm Umfange nötig wäre, eine amerikanische Bank gründen und Kapital zur Verbesserung der Verkehrsmittel anlegen, wofür er die Hilfe des Staats empfehlen würde.

VII.

Neue Tagung des Kongresses.

4. Dezember. Die letzte Tagung des Kongresses wird mit einer umfangreichen Botschaft des Präsidenten Roosevelt eröffnet.

„Als Nation, sagt Roosevelt, erfreuen wir uns nach wie vor eines buchstäblich noch nicht dagewesnen Gedeihens; und es ist wahrscheinlich, daß nur rücksichtslose Spekulation und Mißachtung rechtmäßiger Geschäftsmethoden diesem Gedeihen wesentlich Abbruch tun können.“ Im Anschluß daran empfiehlt die Botschaft die Annahme mehrerer Vorlagen, deren Spitze gegen die Auswüchse des Trustunwesens gerichtet ist. Sodann wendet sich die Botschaft der Erörterung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu.

Sie verurteilt das verderbliche Wirken der Agitatoren, die den Klassenhaß predigen, und betont, daß der Triumph des Mobs ein ebenso großes Uebel als der Triumph der Plutokratie sein würde. Im einzelnen erklärt der Präsident für notwendig ein Gesetz betreffend die Begrenzung der Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten. Das Ziel der Gesetzgebung im allgemeinen müsse, soweit angängig, die allgemeine Einführung des Achtstundentags sein. Die Botschaft empfiehlt weiter eine eingehende Untersuchung über die Verhältnisse der Frauen- und Kinderarbeit, eine wesentliche Erweiterung des Arbeitgeber-Haftpflichtgesetzes und Verabschiedung der Vorlage betreffend obligatorische behördliche Untersuchung von Bundes wegen bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

nach Art des letzten Kohlenarbeiterausstandes. In den Jahren 1880 bis 1900 seien 450 Millionen Dollars direkt und mehr noch indirekt durch Ausstände und Aussperrungen verloren gegangen, von denen viele durch die Tätigkeit eines Einigungsausschusses hätten vermieden werden können. Ferner befürwortet der Präsident gesetzliche Zurückhaltung aller noch nicht besiedelten kohlenhaltigen Ländereien als Staatseigentum, nicht zum Zwecke des Staatsbetriebs, sondern zur Ausbeutung durch die Privatindustrie nach einem Realsystem unter Kontrolle des Bundes über die Förderung und die Frachtsätze zur Verhinderung einer Ueberteuerung des Verbrauchs.

Nicht die Kapitalskonzentration als solche, so heißt es dann im weitern, sondern nur die daraus für das Volksganze entspringenden Schäden seien zu bekämpfen. Das sei kein Schritt zum Sozialismus; durch bessernde Maßnahmen der erwähnten Art werde gerade sozialistischen Bestrebungen, wie der durchaus nicht wünschenswerten Maßregel der Eisenbahnverstaatlichung, der Boden entzogen.

Die Botschaft befürwortet sodann bei der demnächstigen Revision des Bundessteuersystems die Einführung einer vor allem die Riesenvermögen treffenden progressiven Erbschaftssteuer und einer progressiven Einkommensteuer als Bundeseinnahmen, ferner schleunige Verabschiedung der Vorlage zur Förderung der Handelsschiffahrt, zum mindesten Schaffung von Schnelldampferlinien nach Südamerika.

Nachdem die Botschaft sodann Einführung eines Vorzugstarifs oder gänzlichen Freihandel in Erzeugnissen der Philippinen und Erteilung des amerikanischen Bürgerrechts an die Bewohner von Puertorico vorgeschlagen hat, bespricht sie das Verhältnis zu den ostasiatischen Völkern. Sie verwirft jede unterschiedliche Behandlung der den gesetzlichen Anforderungen entsprechenden Einwandrer und tadelt namentlich aufs schärfste die in jüngster Zeit sporadisch aufgetretne Feindseligkeit gegen die Japaner, die der Nation Schande bringe und von den schwersten Folgen für das Land begleitet sein könne. Der Präsident betont, daß Amerika eine beständig steigende Rolle im Pazifischen Ozean zu spielen und eine große Handelsentwicklung im Verkehr mit Asien zu erreichen hoffe. Er bespricht den wunderbaren Aufschwung Japans, das jetzt durch eigne Kraft als eine der größten der zivilisierten Nationen dastehe, schlägt vor, daß durch ein besondres Gesetz allen Japanern die Naturalisierung in Amerika ermöglicht werde, und fordert die Erteilung gesetzlicher Befugnis an den Präsidenten, die Beachtung der Vertragsrechte der Ausländer in den Einzelstaaten von Bundes wegen durchzusetzen.

Die jüngste Einmischung der Vereinigten Staaten in Kuba, fährt die Botschaft fort, sei erfolgt, als die Unordnung schon so groß geworden war, daß die Wahrscheinlichkeit bestand, daß die europäischen Vertreter, wenn nicht die Vereinigten Staaten die Ordnung wiederherstellten, bewaffnete Intervention ihrer Regierungen zum Schutz von Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen nachsuchen würden. Jetzt sei der Friede wiedergekehrt. Nach den bevorstehenden Wahlen solle die provisorische Regierung ihr Ende erreichen. Die Vereinigten Staaten wollten nichts von Kuba als dessen Gedeihen; doch wenn die Wahlen eine Farce würden und Aufruhr im Lande nicht aufhöre, könne nicht davon die Rede sein, daß die Insel unabhängig bleibe.

Ausführlich verweilt die Botschaft bei dem im Sommer in Rio de Janeiro stattgehabten Kongreß der amerikanischen Republiken und der südamerikanischen Reise des Staatssekretärs Root. Diese habe dazu beigetragen, die im Süden vielfach herrschende, von der Wahrheit weit entfernte Auffassung

zu beseitigen, als ob die Monroelehre eine Art Vorherrschaft oder eine Art Protektoratsrecht der Vereinigten Staaten über die andern Republiken in sich schließe.

Es muß immer im Auge behalten werden, daß ein Krieg, wo der Friede nur durch das Opfer der Gewissensüberzeugung oder der nationalen Wohlfahrt erlangt werden kann, nicht nur zu rechtfertigen ist, sondern für ehrenhafte Männer und für jede ehrenhafte Nation zum Gebot wird. Ein gerechter Krieg ist auf die Dauer für die Seele einer Nation weit besser als der blühendste Friede, der durch das Dulden von Unbill oder Ungerechtigkeit erlangt ist; ja es kann selbst weit besser sein, im Kriege geschlagen zu werden, als überhaupt nicht gekämpft zu haben. Die Vereinigten Staaten, heißt es dann weiter, sollten alles tun, um die Herbeiführung des Friedens unter den Völkern zu beschleunigen; solange aber eine internationale Macht, die jedes Unrecht wirksam verhindern kann, fehle, könne keine große und freie Nation sich selbst der Macht berauben, ihre Rechte zu schützen und in Ausnahmefällen selbst für die Rechte andrer einzustehn. Die Flotte sei der sicherste Bürge des Friedens, den das Land besitze. Er verlange nicht, daß die Flotte weiter vergrößert werde, aber ihre gegenwärtige Stärke müsse aufrechterhalten werden dadurch, daß die veralteten und verbrauchten Schiffe durch neue, gute, die denen jeder andern Flotte gleichkommen, ersetzt werden.

An diese Hauptbotschaft des Präsidenten schließen sich noch drei Sonderbotschaften. In der ersten fordert er die Umgestaltung der auf Staatsländereien bezüglichen Gesetze. Die zweite bezieht sich auf die Flotte. In der dritten berichtet Roosevelt über seine Reise nach Panama, die er absichtlich in der regnerischsten Zeit unternommen habe, um das Kanalgebiet unter den ungünstigsten Verhältnissen zu sehen. Roosevelt drückt die Ueberzeugung aus, der Kongreß habe klug daran getan, die jetzt zur Ausführung kommende Linie für den Panamakanal gewählt zu haben, und zollt den sanitären Verbesserungen im Kanalgebiet Anerkennung. Die Ausschachtung mache sehr schnelle Fortschritte.

5. Dezember. Der Schatzsekretär Shaw legt dem Kongreß den Jahresbericht vor.

Hier wird mitgeteilt, daß sich die Gesamteinnahmen des am 30. Juni zu Ende gegangnen Rechnungsjahres auf 762386904 Dollars, die Gesamtausgaben auf 736717582 Dollars beliefen und somit ein Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben von 25669322 Dollars verblieb, gegen einen Fehlbetrag von 23004228 Dollars im Rechnungsjahr 1905. Die Einnahmen des Rechnungsjahres 1906 weisen gegen das Vorjahr eine Zunahme um 65285634 Dollars, die Ausgaben eine solche um 16612083 Dollars auf. Die Staatsschuld hat sich um 10165875 Dollars erhöht.

Kuba.

21. August. Seit die Insel infolge des nordamerikanisch-spanischen Friedensvertrags vom 27. Juli 1898 selbständig geworden ist, brechen zum erstenmal ernste Unruhen aus. Innere Streitigkeiten führen zu einem Aufstande gegen die Regierung des Präsidenten der Republik, Estrado Palma. Die Aufständischen unter General Bandera stoßen mit den Regierungstruppen unter General Munez zusammen und zerstören bei der Hauptstadt La Habana Zuckerplantagen, die Nordamerikanern gehören.

22. August. Die Aufständischen bemächtigen sich der Stadt San Luis in der Provinz Pinar de Rio und ziehn von mehreren Seiten auf die Hauptstadt los. Die Regierung entwickelt großen Eifer, um den Aufstand so schnell wie möglich zu unterdrücken und so ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu vermeiden. Der frühere Präsidentschaftskandidat General Gomez wird verhaftet, General Bandera getötet.

24. August. Bei La Habana kommt es wiederum zu Kämpfen mit 5000 Aufständischen unter dem Befehlshaber Gerra.

25. August. Die Regierungstruppen nehmen den Aufständischen die Stadt San Juan Martinez wieder ab.

26. August. Aguiro, das Haupt der kubanischen Junta in Newyork, erläßt folgende Ankündigung: Wir werden Estrado Palma vom Präsidentenstuhl reißen, und wenn wir Kuba mit Strömen von Blut überschwemmen müssen. Wir dulden keinen Diktator, ebensowenig wie ihr Amerikaner einen dulden würdet. Die Vereinigten Staaten können diesen Aufstand selbst mit einem Heer von 100000 Mann nicht ersticken. Wir würden kämpfen, wie wir gegen die Spanier kämpften, in den Bergen und in Dschungeln von Früchten und Kräutern leben und aus Guano und altem Eisen Munition fabrizieren. Wir können nicht unterjocht werden, solange noch ein Tropfen Blut in unsern Adern ist.

27. August. Die Regierung weist die Provinzialbehörden an, den Aufständischen die Rückkehr nach ihren Heimstätten zu gestatten, unter der Zusicherung, daß ihnen seitens der Regierung wegen ihrer Teilnahme am Aufstande nichts geschehn soll. Mehrere Anführer der Aufständischen gehn hierauf ein, andre machen bekannt, sie hätten genug Leute, um auf unbestimmte Zeit zu kämpfen, ihr einziges Bestreben sei, Gesetz und Recht zur Geltung zu bringen, die unter Palmas Regierung unterdrückt worden seien. Die Regierung bezieht viele Waffen aus der Union, Palma erläßt einen Aufruf zur Bildung einer freiwilligen Infanterie- und Kavallerielandwehr, die mit den Regierungstruppen unter dem Befehl der Ruralesanführer tätig sein soll. Die Aufständischen werden bei Cienfuegos an der Südküste geschlagen.

12. September. Die Regierung der Republik verhängt den Kriegszustand über die Hauptstadt. Die Regierung der Vereinigten Staaten beordert zwei Kreuzer und ein Kanonenboot nach Kuba.

13. September. Die Zahl der Aufständischen mehrt sich. Die kleinen Städte in der Provinz Santa Clara sprechen sich für den Aufstand aus. Die Kaufleute und die Zuckerplantagenbesitzer der Insel erklären sich für eine Einmischung der Vereinigten Staaten.

14. September. Auf Grund des Artikels 3 des am 23. Mai 1903 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der der kubanischen Republik geschlossenen Vertrags, wodurch der erstern das Recht erteilt ist, zur Erhaltung der Unabhängigkeit Kubas sich in dessen Angelegenheiten einzumischen, werden Mannschaften eines nordamerikanischen Kreuzers gelandet, insbesondre nachdem der Präsident Palma auf die Frage, ob die kubanische Regierung imstande sei, die Sicherheit der den Amerikanern gehörenden Eisenbahnen und des sonstigen amerikanischen Eigentums zu gewährleisten, geantwortet hatte, er hoffe es zu können, halte es aber für ratsam, vorsichtshalber zum Schutze der Amerikaner und überhaupt zur Aufrechterhaltung der Ordnung Seesoldaten an Land zu schicken.

15. September. In der kubanischen Volksvertretung herrscht Streit über das nunmehr einzuschlagende Verfahren. Die Feindseligkeiten sind wieder in vollem Gang. Die Zahl der nordamerikanischen Kriegsschiffe in den kubanischen Gewässern wird vermehrt.

21. September. Vermittlungsversuche zwischen der Regierung und den Aufständischen, angestellt von einer besondern amerikanischen Kommission, namentlich vom Kriegssekretär der Union, Taft, bleiben erfolglos.

27. September. Taft stellt ein Ultimatum, wonach, wenn die Parteien nicht der Vernunft Gehör schenken würden, die Vereinigten Staaten durch Proklamation eine Militärregierung einsetzen würden, die so lange bestehn bleiben sollte, bis die Ordnung wiederhergestellt und eine unbeeinflußte Wahl gesichert sei. Trotzdem wollen die Gemäßigten sich auf nichts einlassen, wenn nicht zuvor die Aufständischen die Waffen niedergelegt haben würden.

29. September. Palmas tritt von der Präsidentenschaft der Republik zurück, worauf der Kongreß die Wahl eines Nachfolgers verweigert. Der nordamerikanische Kriegssekretär Taft verkündigt eine Ansprache mit der Erklärung, daß die Einsetzung einer provisorischen Regierung nur wegen des dringenden Erfordernisses der Lage und zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung

und des öffentlichen Vertrauens erfolgt sei, bis eine ständige Regierung geschaffen sei. Alle Exekutiv-, Stadt- und Provinzialbehörden bleiben bestehn; die Gerichte sprechen Recht wie bisher, und alle Gesetze, soweit sie nicht ihrer Natur nach zeitweilig unanwendbar sind, bleiben in Kraft. Zugleich verlangt Taft in Washington die Sendung eines Expeditionskorps.

10. Oktober. Der amerikanische Kriegssekretär Taft erläßt eine Amnestie für alle Vergehen, die im Zusammenhang mit dem Aufstande stehn.

13. Oktober. Taft setzt Charles Magoon als vorläufigen Gouverneur von Kuba ein, nachdem er erklärt hat, wann die Neuwahlen zum Kongresse stattfinden würden, hänge von den Kubanern selbst ab. Amerika wolle Kuba ebenso schnell wieder verlassen, wie die Kubaner es wünschen. Magoon sagt in einem Aufruf, er werde Tafts Zusicherungen erfüllen und seine Vollmachten im Dienste der Erhaltung der kubanischen Unabhängigkeit ausüben.

Im Dezember. In einem Bericht über diese Vorgänge an den nordamerikanischen Kongreß sagt Taft: Wenn der Hang zum Aufstande weiter bestehn bleibt, wenn die Kubaner wieder bewaffnete Banden bilden, dann wird die starke Hand unsrer Regierung auf Leben und Eigentum gelegt werden, koste es, was es wolle; und ein dauernder Friede wird dann sicherlich die Folge sein, da es ein Friede unter unsrer Obhut sein würde.

Mexiko.

Anfang Januar. In Orizaba entsteht ein Ausstand in der Textilfabrikation, der durch Militär blutig unterdrückt wird.

1. Juni. Im Grubenorte La Cananna entstehn heftige Rassenkämpfe. Der Aufruhr der Grubenarbeiter wird kräftig niedergeschlagen.

9. November. Der Präsident der Republik, Porfirio Diaz, wird vom Deutschen Kaiser zu seinem Feste der silbernen Hochzeit beglückwünscht.

Im Dezember. Der Finanzminister teilt mit, daß der Abschluß des Staatsfinanzjahres 1905/06 einen Ueberschuß von netto 20 Millionen ergeben habe; im Anschluß daran werden vom Kongreß 24 Millionen aus den vorhandnen Reserven bewilligt, um die Tehuantepecbahn auszubauen und sonstige öffentliche Bauten für Wasserzufuhr und Schulen auszuführen.

Mittelamerika.

21. Juli. Durch Vermittlung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und Mexikos wird ein Krieg der Republik Guatemala gegen die Republiken San Salvador und Honduras mittelst Friedensschlusses beigelegt.

28. September. Abschluß eines Freundschafts-, Handels und Schiffahrtsvertrags zwischen den Staaten Costarica, Guatemala, Honduras und San Salvador.

Haiti.

1905. Im Juli. Der Präsident der Negerrepublik macht die Entdeckung, daß von der im letzten Jahr erhobnen Anleihe von 12 Millionen Dollars 5 Millionen Dollars in Gold fehlen. Der Präsident macht Meldung von dieser Entdeckung und beantragt eine Untersuchung. Dadurch entsteht jedoch ein solcher Sturm gegen ihn, daß er sich genötigt sieht, sich unter den Schutz der amerikanischen Gesandtschaft in Port au Prince zu stellen.

Ecuador.

Mitte Dezember. Ein gegen die Präsidentschaft des Generals Alfaro erhobner Aufstand wird, unter Beihilfe des Präsidenten Reyes von Colombia, vom General Paez niedergeschlagen.

Venezuela.

1905. 23. Mai. Der Präsident der Republik Cipriano Castro erläßt eine Ansprache mit der Erklärung, er habe an sein Vaterland ein Anerbieten gerichtet, in dem mitgeteilt sei, daß er sich entschlossen habe, sich dauernd ins Privatleben zurückzuziehn und seine Person zum Opfer zu bringen, um seine Partei und die Nation vor den unglücklichen Folgen zu bewahren, die aus den angezettelten Eifersüchteleien und Leidenschaften entstehn könnten. Er werde jederzeit dem Lande im Falle unerwarteter internationaler Verwicklungen zu Diensten sein.

1906. 11. Januar. Die Regierung der Republik verharrt bei ihrer ablehnenden Haltung, die abgebrochnen diplomatischen Beziehungen mit Frankreich wieder aufzunehmen. Infolgedessen überreicht der französische Geschäftsträger Taigny dem amerikanischen Gesandten in Caracas Russell eine Note betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Frankreichs, übergibt ihm die französischen Archive und betraut ihn mit der Wahrnehmung der französischen Interessen. Als der abberufne Gesandte Taigny auf der Fahrt von La Guaira nach Colon mit dem Dampfer den Hafen von Puerto Cabello berührt, wird dem französischen Geschäftsträger dort die Landung verboten. Er fährt nach Willemstad weiter, wo er die Ankunft eines französischen Kreuzers erwarten will, um sich nach Fort de France zu begeben.

20. Januar. Infolge dieser Vorgänge nimmt das Verhältnis nicht bloß Frankreichs, sondern auch Nordamerikas zu Venezuela eine drohende Gestalt an. Dem Präsidenten Castro wird zu verstehn gegeben, daß es nicht geduldet werden würde, wenn der englische Vertreter Russell ähnlich behandelt würde, wie Taigny. In Frankreichs Programm ist die Forderung einer umgehenden bündigen Abbitte wegen der Behandlung Taignys vorgesehen. Die Erledigung der übrigen Beschwerden Frankreichs soll so lange vertagt werden, bis die Abbitte geleistet ist. Frankreich erblickt darin, daß Taigny die Erlaubnis verweigert wurde, wieder in La Guaira an Land zu gehn, eine kriegerische Handlung. Das diplomatische Korps in Caracas protestiert gegen die Behandlung Taignys.

Ende Februar. Präsident Castro fährt fort, fremdenfeindliche Maßregeln vorzubereiten.

Peru.

Ende Juli. Der Präsident von Peru, Pardo, richtet eine Botschaft an den Kongreß, in der er den wirtschaftlichen Fortschritt der Republik feststellt und versichert, die peruanische Politik sei von dem Bestreben beseelt, die internationalen Streitfragen zu beenden. Die Botschaft spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß der panamerikanische Kongreß zur Aufrechterhaltung der Harmonie unter den Staaten Südamerikas beitragen werde. Weiter wird in der Botschaft die gute finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes betont.

Brasilien.

Im Mai. Der Präsident Alves richtet eine Botschaft an den Kongreß. Darin gibt er der Meinung Ausdruck, daß die Krise im Kaffeehandel sich ihrem Ende nähere. Er empfiehlt den Pflanzern, durch zugkräftige Propaganda auf die Ausdehnung des Kaffeekonsums und auf die Schaffung gesunder landwirtschaftlicher Kreditverhältnisse hinzuarbeiten. Er erklärt die Ansicht, daß der Kaffeebau nur bei niedrigem Wechselkurse prosperieren könne, als durch Tatsachen widerlegt und meint, daß es sehr unklug sein würde, die bisher befolgte Politik der Aufrechterhaltung des hohen Wechselkurses aufzugeben.

3. Juni. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Brasilien weist zur Eröffnung des Bundeskongresses auf die Sanierung der Hauptstadt hin, in der das gelbe Fieber fast ausgerottet sei, auf die Förderung des Eisenbahnbaues, auf die Verbesserung der Häfen, auf das neue Wahlgesetz und schließlich auf die Projekte der Festlegung des Kursus für die Auslandswechsel und der Stabilisierung der Kaffeepreise. Der Präsident meint, es sei irrig, anzunehmen, daß die brasilische Landwirtschaft nur bei niedrigem Kurse gedeihen könne. Die Statistik beweise im Gegenteil, daß bei höherm Kurse als dem gegenwärtigen die Kaffeepreise teils hoch, teils niedrig waren, und daß die Landwirtschaft trotzdem gedieh.

Im Juli. Der Präsident des Staats Matto Grosso wird von Revolutionären ermordet.

15. November. Die Regierungsgewalt geht auf den neuen Präsidenten Penna über, der in seiner Ansprache für die sogenannte Konversionskasse auftritt, die gegründet werden soll, um den Kurs auf 15 Pence (1 Mark gleich 785 Reis) festzulegen. Ferner befaßt er sich mit der Frage der Einwanderung. Er weist auf die schon bestehenden blühenden Kolonien hin und hält eine starke europäische Einwanderung für unerläßlich. Den Kolonisten soll der Erwerb von Grundeigentum erleichtert werden, damit sie seßhaft werden. Das seither vielfach gebräuchliche System, Landarbeiter auf Staatskosten einzuführen, hält er für verkehrt, da diese Leute meist wieder zurückwandern, wenn sie einige Ersparnisse gemacht haben. Viele Millionen würden dadurch dem Lande entzogen. Der Präsident will mit den Staatsregierungen Vereinbarungen treffen, um die Besiedlung des Landes mit geeigneten Elementen herbeizuführen.

Argentinien.

Im März. Nach dem Tode des Präsidenten Quintana tritt an seine Stelle Alcorta, bisher Senator.

Mitte April. Alcorta eröffnet den Kongreß durch eine Botschaft, in der es heißt, die Finanzlage sei ausgezeichnet. Der Konversionsfonds habe die Höhe von 14 607 000 Pesos Gold erreicht, ohne daß die Regierung die Einzahlungen erhöht habe. Dieser Fonds ermögliche es, das Münzgesetz vom Jahre 1871 wieder in Kraft zu setzen. Am 31. Dezember 1905 betrug die innere Schuld 88 Millionen Pesos Papier und 16 Millionen Pesos Gold. Die auswärtige Schuld betrug 366 Millionen Pesos Gold. Die Regierung wird endgiltig das Gleichgewicht im Budget herstellen, sie wird einen nationalen Reservefonds ansammeln, moderne Artillerie und das nötige Kriegsmaterial anschaffen.

Im September. Es findet der erste deutsche Lehrertag in Argentinien statt. Hier wird mit Dank der Fortschritt begrüßt, daß die deutsche Regierung neuerdings den Lehrern Beurlaubung gewährt habe mit Anrechnung der auswärtigen Dienstzeit und ferner auch die deutschen Lehrer zum Auslandsdienst ermutige. Ferner wird hervorgehoben, daß der kaiserliche Gesandte v. Waldthausen sich um die Hebung der deutschen Schulen große Verdienste erworben habe. Es wird unter anderm beschlossen, daß die von Deutschland geschickten Lehrer erst ein Jahr an einer der größern deutschen Schulen in Buenos Aires oder Rosario unterrichten sollen.

Paraguay.

26. August. Durch Beschluß beider Kammern des Kongresses wird der Präsident der Republik, Gaona, abgesetzt, weil er angesichts der traurigen Finanzlage der vom Vereine El Circulo gewünschten Verwendung einer hohen Summe für Festlichkeiten sowie der Verdopplung der Tagegelder der Abgeordneten nicht zustimmen wollte, und weil er angeblich den Friedensvertrag gebrochen habe, den die Parteien der Roten und der Blauen am 12. Dezember 1904 geschlossen hatten.

1. Oktober. Die Präsidentschaft wird dem Kriegsminister Ferreira übertragen, worüber alsbald allgemeine Unzufriedenheit entsteht.

Chile.

19. September. Präsident Riesco übergibt die Präsidentschaft der Republik an den neugewählten Präsidenten Montt, von dem man Maßregeln zur Herbeiführung einer bessern Finanzlage erwartet.

Panamerikanischer Kongreß.

21. Juli. In Rio de Janeiro wird der dritte panamerikanische Kongreß eröffnet.

Der erste dieser Kongresse hatte in Washington getagt, ein „Bureau der amerikanischen Republiken" gegründet und die Monroedoktrin als den leitenden Grundgedanken des Panamerikanismus aufgestellt. Nachher hatte es Zwistigkeiten gegeben, sodaß es beinahe schien, als ob die Bewegung, von der man eine politische und wirtschaftliche Ueberflügelung Europas erträumt hatte, im Sande verlaufen würde. Im Jahre 1902 fand ein von der nordamerikanischen Regierung veranlaßter zweiter Kongreß dieser Art, und zwar in Mexiko, statt, dabei kam jedoch nicht viel mehr heraus als der Beschluß, daß alle teilnehmenden Staaten der Friedenskonferenz im Haag beitreten sollten. Der nunmehr wieder von der nordamerikanischen Regierung berufne Kongreß hat zum Hauptzweck die Gründung eines „Panamerikanischen Zollvereins".

Nicht erschienen sind diesmal die Vertreter der Republiken Venezuela, Haiti und San Domingo. Der Grund der Fernhaltung Venezuelas liegt in dem Umstande, daß auf dem zweiten Kongreß in Mexiko die Hauptstadt von Venezuela, Caracas, als Sitz des dritten Kongresses in Aussicht genommen worden war, daß aber infolge der etwas gespannten Beziehungen zwischen Venezuela mit den Vereinigten Staaten von Amerika und andern Mächten dieser Plan aufgegeben wurde. — Der Kongreß wählt den brasilianischen Gesandten bei den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Rabuco, zum Präsidenten.

30. Juli. Im Kongresse weist der nordamerikanische Staatssekretär Root darauf hin, daß der Kongreß die gegenseitige Unterstützung der amerikanischen Republiken organisieren und allein nach Siegen auf friedlichem Gebiete streben solle. Niemand solle ein andres Land begehren als das seinige und eine andre Herrschaft als die über sich selbst. Die Unabhängigkeit und die Rechte der Kleinen müßten ebenso geachtet werden wie die der Großen. Die Amerikaner trachteten wohl danach, ihre Reichtümer auf kommerziellem Gebiete zu vermehren, wünschten aber dabei nicht, andrer Leute Eigentum zu vernichten, sondern wollten jedermann helfen zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt. Root spricht

sodann die Hoffnung aus, in einigen Monaten auf der Friedenskonferenz im Haag alle amerikanischen Staaten vertreten zu sehen, und schließt damit, daß er die Gründung einer reinamerikanischen Union empfiehlt, um so Mißstimmungen zu vermeiden, Kriegsursachen zu beseitigen, die freien amerikanischen Staaten vor den Lasten kriegerischer Rüstungen zu bewahren und den Anbruch der wahren Freiheit zu beschleunigen.

14. August. Der Kongreß erklärt sich für eine Umbildung des internationalen Bureaus der amerikanischen Republiken und setzt fest, daß naturalisierte Staatsangehörige, die in ihre Heimat zurückkehren und dort länger als zwei Jahre sich aufhalten, ihrer durch die Naturalisation in dem Aufnahmestaate erworbnen Rechte verlustig gehn; endlich wird eine Verlängerung der Geltungsdauer des über die Geldforderungen zwischen den amerikanischen Republiken bestehenden Vertrags beschlossen. — Im Anschluß an den Kongreß hält der Staatssekretär Root in Montevideo eine Rede, in der er sagt:

In der wachsenden Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und dem lateinischen Amerika liegt nichts, was die Interessen der Alten Welt gefährden könnte, deren Länder mehr Nutzen haben von der Unabhängigkeit der amerikanischen Republiken, als es der Fall wäre, wenn das unkluge koloniale Regierungssystem jener Länder fortgedauert hätte. Durch die Schaffung freier Nationen in Amerika hat die Alte Welt einen wertvollen Abzugskanal für ihren Gewerbefleiß, Beschäftigung für ihren Handel, Nahrungsmittel für ihr Volk und eine Zuflucht für ihre Armen und ihren Bevölkerungsüberschuß erhalten. Jetzt fördert unsre Wohlfahrt die ihrige, und wir sind dabei, in reichem Maße mit Zinsen das zurückzugeben, was wir von der Alten Welt erhalten haben.

Ende August. Beendigung des Kongresses, nachdem er die Entscheidung über die sogenannte Dragodoktrin der Haager Friedenskonferenz überlassen hat. Hiernach soll, in Erweiterung der Grundsätze der Monroepolitik, in Zukunft den europäischen Gläubigerstaaten jedwede Gewaltmaßregel zur Eintreibung der von amerikanischen Staaten kontrahierten Schulden verwehrt sein. (Auf diese Weise könnten sich die amerikanischen Kleinstaaten gegebnenfalls ihren Verbindlichkeiten gegenüber europäischen Gläubigern entziehn; sie würden aber voraussichtlich gerade dadurch in eine Lage geraten, die sie unter allen Umständen vermeiden wollen, nämlich in die Lage, in steigendem Grade von den Vereinigten Staaten abhängig zu werden.)

Internationale Kongresse im Jahre 1905.

I.

Landwirtschaftliches Institut.

10. Februar. Veröffentlichung eines vom Könige Viktor Emanuel III. von Italien an seinen Ministerpräsidenten gerichteten Schreibens betreffend die Errichtung eines Internationalen Instituts zum Schutze der Interessen des Ackerbaus. Der König nimmt bezug auf die Unterredung, die er am 23. Oktober 1904 bezüglich dieser Idee mit einem Amerikaner David Lubin gehabt hat. In dem Schreiben heißt es:

Die ackerbauende Bevölkerung, die im allgemeinen die zahlreichste ist, hat überall großen Einfluß auf das Geschick der Völker, kann aber, da sie ohne gemeinsames Band lebt, weder auf die Besserung der Kulturen und ihre Verteilung gemäß den Erfordernissen des Konsums hinwirken, noch auf den Schutz ihrer Interessen auf den Märkten, die für die wichtigsten Bodenprodukte mehr und mehr Weltmärkte werden. Ein internationales Institut könnte deshalb von großer Wichtigkeit werden, wenn es, frei von allen politischen Zwecken, das Studium der Lage der Landwirtschaft in den verschiednen Ländern als Aufgabe hat und periodisch über Quantität und Qualität der Ernten Bericht erstattet; ferner über die Art und Weise, wie die Produktion erleichtert werden kann, über Marktverhältnisse und über geeignetste Preisfestsetzung. Das Institut könnte auch Angaben beschaffen über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter aller Gegenden und so für Auswandrer ein nützlicher und sichrer Führer werden; ferner könnte es Abkommen treffen zum gemeinsamen Schutze gegen Pflanzen- und Viehkrankheiten, und es würde auch heilsamen Einfluß üben auf die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wie des landwirtschaftlichen Versicherungs- und Kreditwesens. Die wohltätigen Wirkungen eines solchen Instituts, das ein mächtiges Element des Friedens sein würde, würden sich bald vervielfachen.

5. April. Ein Generalkomitee, das die Vorbereitungen für die Konferenz zur Schaffung eines internationalen landwirtschaftlichen Instituts treffen soll, hält in Rom eine Sitzung ab. Darauf macht der Präsident Mitteilung von den Leitsätzen, die einer zu berufenden Konferenz zur Beratung unterbreitet werden. Es sind folgende Leitsätze:

1. Bildung und Organisation des Instituts. 2. Aufgaben des Instituts, nämlich: Periodische Veröffentlichung von Nachrichten über die landwirtschaftliche Produktion, über Arbeitskräfte und über Pflanzen- und Viehkrankheiten. Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, des landwirtschaftlichen Versicherungs- und Kreditwesens, und zwar in internationaler Beziehung. Vorschläge über internationale Maßregeln und Einrichtungen zum Schutze der den Landwirten aller Länder gemeinsamen Interessen unter Berücksichtigung der von internationalen Landwirtschaftskongressen gefaßten Beschlüsse. Ausübung von Funktionen, die schon zu den Aufgaben der großen landwirt-

schaftlichen Vereinigungen gehören und die das Institut, unabhängig von der Tätigkeit der verschiednen Regierungen, übernehmen könnte. 3. Finanzielle Mittel des Instituts.

28. Mai. In Rom findet die feierliche Eröffnung der Konferenz für das internationale Ackerbauinstitut in Gegenwart des Königs und der Königin statt. Der Feier wohnen ferner bei: die Minister, die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer, zahlreiche Senatoren und Deputierte, das diplomatische Korps, sämtliche Delegierte der fremden Regierungen sowie der italienischen und auswärtigen landwirtschaftlichen Vereinigungen, der Sindaco und zahlreiche Gäste. Ackerbauminister Rava hält eine Rede, in der er zunächst die Vertreter der zivilisierten Nationen begrüßt, die zu diesem Parlament eingeladen seien. Alle Nationen hätten mit Genugtuung die Initiative des Königs begrüßt. Italien rufe die landwirtschaftlichen Traditionen, die in dem Lande durch alle Zeiten bestanden hätten, wach; der König habe die Gründung des internationalen Ackerbauinstituts veranlaßt. Redner schließt, indem er darauf hinweist, daß die Zeit der Beruhigung und der Arbeit nicht mehr fern sei, indem von den bestellten Feldern in die durch Fabriken und Arbeitsstätten lärmenden Städte die Stimmen dringen, die die Eintracht und Solidarität der Menschen preisen. Der Botschafter der Türkei Reschid Bei bringt dem König und der Königin Huldigung und den Dank der fremden Abordnungen dar. Die Ideen, die den Beratungen zugrunde liegen, seien edel und fruchtbringend. Redner hebt hervor, mit welchem Eifer sämtliche Länder dem Rufe des Königs gefolgt seien, und schließt mit Dankesworten an die Regierung für deren Teilnahme an der Einberufung der Konferenz.

29. Mai. Erste Sitzung der Konferenz. Minister Tittoni übernimmt den Vorsitz und begrüßt die Delegierten, die sich zur Aufgabe gemacht hätten, zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt beizutragen. Die Versammlung spricht dem König ihre Huldigung aus und bestätigt Tittoni als Präsidenten.

6. Juni. Die Konferenz beendigt ihre Arbeiten und genehmigt die Beschlüsse, die von den Kommissionen angenommen waren. Sie bilden einen organischen Plan für die Tätigkeit des Instituts. Dieses wird einen dauernden Charakter und seinen Sitz in Rom haben und wird durch finanzielle Beisteuern der daran beteiligten Mächte unterhalten werden. Tittoni teilt mit, daß der König von Italien sich persönlich an der Gründung und Unterhaltung des Instituts zu beteiligen wünsche und ihm die Einkünfte aus zwei Krondomänen, d. i. 300000 Lire jährlich, aussetzen werde. Der Ministerpräsident Fortis sagt in einem Gruße an die Mitglieder der Konferenz, er glaube der Anregung seines Herrschers einen tiefen Sinn unterlegen

zu dürfen, den des Friedens unter den Völkern. Was man jetzt geschaffen habe, sei ein Uebereinkommen zur Entwicklung der Landwirtschaft; was dann zu schaffen wäre, sei ein Uebereinkommen zum besten der Zivilisation und des Fortschritts, der einen dauernden fruchtbringenden Frieden sichern werde unter der Herrschaft der Gerechtigkeit.

II.

Eisenbahnkongreß.

4. Mai. In Washington wird ein internationaler Eisenbahnkongreß eröffnet, auf dem das Deutsche Reich durch den Präsidenten des Reichseisenbahnamts, Wirklichen Geheimen Rat Schulz, und andre, vertreten ist.

Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Fairbanks heißt in seiner Eröffnungsansprache die Delegierten, insbesondre die ausländischen, herzlich willkommen und sagt, die Verhandlungen des Kongresses seien geeignet, die internationalen Beziehungen zu erweitern und die internationale Freundschaft zu festigen. Er hoffe, daß der Kongreß nicht nur die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen erhöhen, sondern auch mittelbar dazu beitragen werde, die schiedsrichterliche Beilegung von schwierigen Streitfragen, wie sie bisweilen entstehn und den Weltfrieden bedrohen, soweit es mit den internationalen Ehrbegriffen vereinbar sei, zu fördern. Hiernach ergreift der Chef des Kabinetts des belgischen Eisenbahnministeriums Gerard das Wort zu einer Ansprache, in der er den Eisenbahnbetrieb in den Vereinigten Staaten rühmt und auf den immer nach technischen Fortschritten strebenden Sinn hinweist, der die amerikanischen Ingenieure auszeichne. Stuyvesant-Fish, Präsident der Illinois Zentralbahn, der den Vorsitz führt, heißt die Delegierten, deren Zahl mit Einschluß von 300 Ausländern bisher 450 beträgt, willkommen.

14. Mai. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung" in Berlin spricht sich, anscheinend halbamtlich, also aus:

In dem Telegramm des Kaisers an den internationalen Eisenbahnkongreß zu Washington gibt unser Herrscher dem Gedanken Ausdruck, daß der internationale Verkehr das wirksamste Mittel sei, das gegenseitige Verständnis unter den Völkern zu fördern und sie friedlich einander näher zu bringen. Ein sprechenderer Beleg für die Richtigkeit dieser Auffassung ist wohl kaum zu finden, als die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ihn bietet. Solange diese beiden großen Nationen der unmittelbaren Fühlung so gut wie ganz entbehrten und sich damit begnügten, einander im wesentlichen durch Ver-

mittlung dritter beurteilen zu lernen, standen sie sich fremd gegenüber, da es naturgemäß keiner von ihnen gelingen konnte, auf diesem Wege klares Verständnis für das Wesen der andern zu gewinnen. Wohl fehlte es in Deutschland wie in Amerika niemals an einzelnen guten Kennern amerikanischer beziehungsweise deutscher Verhältnisse, doch vermochten diese die weitverbreiteten Vorurteile nicht zu überwinden. Mit Genugtuung darf man jetzt feststellen, daß hierein ein sehr erfreulicher Wandel angebahnt ist. Ein tieferes Eindringen in die Eigenart der beiden Nationen hat auch weitere Kreise der Einsicht zugänglich gemacht, daß man es hier wie dort mit berechtigten nationalen Individualitäten zu tun hat, aus deren unrichtiger Einschätzung für die eigne Nation nur Schaden entstehn kann. Die eingehendere Beschäftigung mit den Verhältnissen in Amerika hat in Deutschland der Erkenntnis die Wege geebnet, daß es irrig gewesen ist, den Amerikanern, an denen man im allgemeinen nur den unternehmenden Erwerbssinn sah, ideale Bestrebungen völlig abzusprechen. Ernste deutsche Beobachter amerikanischen Lebens und Wesens haben diesen Irrtum berichtigt und nachgewiesen, daß jenseits des Ozeans auch auf geistigem und sittlichem Gebiete Leistungen hervorragender Art zu verzeichnen sind. Nachdrücklicher als umfangreiche Darlegungen wirken indessen auf weitere Kreise Persönlichkeiten ein, die, wie Präsident Roosevelt, an jedes Tun oder Lassen den ethischen Wertmaßstab legen und nur solchem Schaffen die Berechtigung zuerkennen, das von idealen Motiven getragen wird. Der von ihm dieser Tage im Klub der Kaufleute in Chicago getane Ausspruch, ohne höhere Ideale sei ein Erfolg im Geschäftsleben nicht möglich, zeigt deutlich, daß der Präsident dem Einzelnen wie der ganzen Nation sehr hohe Ziele setzt, ohne die materielle Erfolge ungeachtet ihres blendenden Scheines nichtig wären. Was aber Roosevelt dort äußerte, erfüllt sicherlich in Amerika selbst das Empfinden weiter Kreise, deren Bedeutung für das öffentliche Leben der Union unablässig zunimmt. So unzweifelhaft in Amerika die Geltung idealer Werte wächst, ebenso unbestreitbar hat in Deutschland das Verständnis für die realen Erfordernisse des nationalen Daseins an Boden gewonnen, sodaß die Entwicklung der beiden Nationen nicht auseinander führt, sondern sie ganz entschieden nähert. Auf die eine aber wie auf die andre kann es nur von ersprießlichen Folgewirkungen sein, wenn sie durch regen Austausch unmittelbarer Eindrücke in ihrem Streben und Schaffen einander befruchten.

10. Juni. Der Kongreß wird geschlossen. Nach fünf Jahren soll er in Bern wieder tagen. Es wird zu Ehren der Teilnehmer ein Festmahl gegeben, bei dem der Schatzsekretär darauf hinweist, daß die Aufgabe der Eisenbahnleute auf den Frieden gerichtet sei, und erklärt, die Vereinigten Staaten seien eifrigst auf Erhaltung des Friedens bedacht. Der Schatzsekretär kommt dann auf die Handelspolitik zu sprechen und sagt, die Vereinigten Staaten tadelten keine Nation deswegen, weil sie Zölle erhebe, um ihre Einnahmen zu sichern, vorausgesetzt, daß diese Zölle nicht schwerer auf Amerika lasteten als auf andern Nationen. Amerika verlange nur das Recht, zu denselben Bedingungen auf fremden Märkten zu kaufen wie seine Wettbewerber im Handel, sowie das Recht, auf irgendeinem Markte unter ebenso günstigen Bedingungen zu verkaufen wie andre. Amerika wie die übrigen Mächte würden niemals in Zoll-

kriege verwickelt oder zu einer Vergeltungsgesetzgebung gezwungen werden, solange die Vereinigten Staaten ihre gegenwärtige Politik verfolgen und solange die übrigen Mächte die nicht unterschiedlich behandeln, die gegenüber ihnen selbst keine Unterschiede machen.

III.

Arbeiterschutzkonferenz.

8. Mai. In Bern wird eine vom schweizerischen Bundesrate durch Rundschreiben an die Vertreter des Auslands eingeladne Konferenz berufen zur Regelung folgender Arbeiterschutzfragen: 1. Verbot der Verwendung weißen Phosphors bei Herstellung von Zündhölzchen, 2. Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen mit gewissen Einschränkungen für die Verarbeitung von leicht verderblichen Rohmaterialien.

17. Mai. Die Konferenz stellt Grundzüge eines internationalen Uebereinkommens betreffend das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen fest.

Artikel 1 lautet: Die industrielle Nachtarbeit der Frauen soll verboten sein. Dieses Uebereinkommen erstreckt sich auf alle industriellen Unternehmungen, in denen mehr als zehn Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind; es findet keine Anwendung auf Anlagen, in denen nur Familienglieder tätig sind. Jeder der vertragschließenden Teile hat den Begriff der industriellen Unternehmungen festzustellen; unter allen Umständen sind aber hierzu zu rechnen Bergwerke und Steinbrüche sowie Bearbeitung und Verarbeitung von Gegenständen. Dabei sind die Grenzen zwischen Industrie einerseits, Handel und Landwirtschaft andrerseits durch die Gesetzgebung jedes Staats zu bestimmen. Artikel 2: Die Nachtruhe hat eine Dauer von mindestens elf aufeinanderfolgenden Stunden; in diesen elf Stunden soll in allen Staaten der Zeitraum von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens einbegriffen sein; in den Staaten jedoch, in denen die Nachtarbeit von erwachsnen industriellen Arbeiterinnen gegenwärtig nicht geregelt ist, darf die Dauer der ununterbrochnen Nachtruhe während einer Uebergangsfrist von höchstens drei Jahren auf zehn Stunden beschränkt werden. Das Verbot der Nachtarbeit kann in bestimmten Fällen außer Kraft treten.

IV.

Schiedsgerichte.

22. Mai. Ein Spruch des Schiedsgerichts im Haag in einer Streitfrage zwischen Japan einerseits und Deutschland, Frankreich und England andrerseits wegen der in den ehemaligen

Fremdenniederlassungen erhobnen Gebäudesteuern fällt zugunsten der europäischen Mächte aus. Der Schiedsspruch besagt:

Die Bestimmungen der Verträge und der andern in Protokollen des Schiedsgerichts aufgeführten Vereinbarungen befreien nicht nur den auf Grund dauernder Pachtverträge von der japanischen Regierung oder in ihrem Namen abgetretnen Grundbesitz, sondern sie befreien außer den Grundstücken auch die Gebäude jeder Art, die auf diesen Grundstücken errichtet worden sind und noch errichtet werden könnten, von allen Steuern, Abgaben, Lasten, Kontributionen oder irgendwelchen Verpflichtungen andrer Art als denen, die in den in Frage stehenden Pachtverträgen ausdrücklich festgelegt worden sind.

8. August. Das Schiedsgericht im Haag fällt das Urteil in einer zwischen England und Frankreich streitigen Frage, ob die Untertanen des Sultans von Maskat das Recht haben sollten, unter französischer Flagge Handel zu treiben; die englische Regierung sah darin eine Verletzung des zwischen ihr und Frankreich abgeschlossenen Vertrags der gegenseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit des Sultans von Maskat.

Das Urteil erklärt nach dem französisch-maskatischen Vertrage von 1844 maskatische Schiffe, die unter französischer Flagge segeln, für unverletzlich, aber das Recht, die französische Flagge zu führen, dürfe nicht von dem einen Schiffe auf ein andres übertragen werden, selbst wenn es dem gleichen Eigentümer gehört. Das Urteil erklärt also Frankreichs Anschauung als die unrichtige.

Mitte August. Schiedsrichterliche Entscheidung eines Streits Frankreichs mit Venezuela.

Die gemischten Kommissionen von Caracas, die über die französischen Schadenersatzansprüche aus der Revolution von 1901 zu entscheiden hatten, konnten sich über acht dieser Reklamationen nicht einigen, bei denen es sich um 40 Millionen Franken handelte. Man einigte sich dahin, diese Reklamationen einem dritten Schiedsrichter zu endgiltiger Entscheidung zu übergeben. Sie wandten sich an Herrn Frank Plumley, amerikanischen Rechtsgelehrten zu Northfield in Vermont. Dieser fällt seinen Schiedsspruch, in dem er für fünf der Schadenersatzforderungen eine Gesamtsumme von 5 Millionen Franken bewilligt. Drei von den Reklamierenden werden zurückgewiesen.

V.

Internationales Privatrecht.

17. Juli. Zum Schluß der vierten Konferenz dieser Art im Haag werden vier Verträge unterzeichnet, die sich beziehn auf 1. die Revision der Uebereinkunft über das Prozeßrecht vom 14. November 1896 und des dazu gehörigen Ergänzungsprotokolls vom 22. Mai 1897; 2. auf das Erbrecht; 3. auf das eheliche Güterrecht und 4. auf die Vormundschaft. Deutschland, Frank-

reich, Italien, die Niederlande, Portugal, Rumänien und Schweden unterzeichnen sie, während der Vertrag behufs Revision der Konvention über das Prozeßrecht überdies von den Bevollmächtigten von Spanien, Luxemburg und Rußland unterzeichnet wird. Zugleich erklären Italien und die Schweiz ihren nachträglichen Beitritt zu den am 12. Juni 1902 im Haag unterzeichneten Verträgen über Eheschließung, Ehescheidung und Scheidung von Tisch und Bett und Vormundschaft über Minderjährige. An diesen Beratungen hat zum erstenmal der Vertreter eines nichteuropäischen Staats teilgenommen, nachdem die Bitte Japans, in die Reihe der Konferenzstaaten aufgenommen zu werden, genehmigt worden ist.

VI.

Friedenskongreß.

19.—23. September. In Luzern tagt der vierte internationale Friedenskongreß, auf dem Deutschland durch Dr. Quidde aus München vertreten ist. Der Kongreß beschließt folgende Erklärung zur Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich:

In der Erwägung, daß jeder Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland, sei er dauernd oder nur vorübergehend, sowohl für die Friedenssache wie auch für jeden Fortschritt der materiellen und der moralischen Interessen von größtem Nachteil ist, nicht allein für diese beiden Mächte, sondern für die ganze zivilisierte Welt, und daß es daher im allgemeinen Interesse liegt, die Ursachen eines solchen Gegensatzes wegzuräumen oder zu vermeiden, drückt der Friedenskongreß allen Bestrebungen, die eine Annäherung und ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen beiden Nationen zum Gegenstand und Ziel haben, seine wärmsten Sympathien aus. Er fordert die Anerkennung eines auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und der Freiheit beruhenden internationalen Rechtssystems, das eine Regelung aller internationalen Streitfälle auf dem Rechtswege gewährleistet. Als einen der wesentlichsten Bestandteile dieses Rechtssystems erkennt er den Grundsatz an, daß über die staatliche Zugehörigkeit eines Gebiets nur mit der freien Zustimmung der Einwohner verfügt werden kann. Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß, sobald dieses System fest begründet sein wird, die jetzt so brennenden nationalen Fragen viel von ihrer Schärfe verlieren werden, und daß es dann möglich sein wird, die Grundsätze des so anerkannten Rechts auch auf die Ergebnisse früherer Eroberungen anzuwenden. Der Kongreß drückt den Wunsch aus, daß die deutsche und die französische Regierung Verhandlungen anbahnen und sich bemühen, durch gegenseitige Zugeständnisse und etwaige Ausgleiche einen Friedens- und Rechtszustand zwischen beiden Ländern herbeizuführen, der ihrem eignen Interesse entspricht wie dem der ganzen zivilisierten Welt.

VII.

Verein für Sozialpolitik.

25. September. Die vom Professor Schmoller aus Berlin in Mannheim eröffnete 33. Generalversammlung wählt den preußischen Minister a. D. v. Berlepsch zum Vorsitzenden. Unter den Begrüßungsreden tritt die des badischen Ministers Schenkel hervor, der sich über die sozialen Bestrebungen in Baden verbreitet.

26. September. Ueber die Frage des Arbeitsverhältnisses in den privaten Riesenbetrieben entspinnt sich eine längere Verhandlung, an der Professor Brentano aus München, Regierungsrat a. D. Leydig aus Berlin, Kurator v. Rottenburg aus Bonn, Arbeitersekretär Giesberts aus München-Gladbach, Pfarrer Naumann teilnehmen, wonach Professor Philippovich aus Wien feststellt, daß eine Aenderung der Gesetzgebung nicht nötig erscheine.

27. u. 28. September. Die Frage des Verhältnisses der Kartelle zum Staate beschäftigt die Versammlung in ausgedehntem Maße. Professor Schmoller leitet die Verhandlung ein und faßt sodann seine Ausführungen in Leitsätzen zusammen. Einer derselben fordert:

Das Deutsche Reich hat die Pflicht, sofort eine Aenderung der Aktiengesetzgebung in dem Sinne eintreten zu lassen, daß die Aktiengesellschaften mit 75 und mehr Millionen Mark Aktien- und Obligationskapital verpflichtet werden, in ihrem Aufsichtsrat ein Viertel der Stimmen Personen zu übertragen, die der Reichskanzler und die Landesregierung (je zur Hälfte) als solche bezeichnen, daß sie geeignet und verpflichtet seien, die politischen und wirtschaftlichen Interessen von Reich und Staat zugleich mit denen der Gesellschaft wahrzunehmen. Ebenso sind von einem Viertel der Direktoren dieselben Eigenschaften zu fordern. Das Gesetz hat ferner zu bestimmen, daß diese Gesellschaften die Hälfte ihres zehn Prozent überschreitenden Gewinns an Reich und Staat (je hälftig) abgeben müssen. Auch auf andre Rechtsformen, Korporationen, Privatgeschäfte von gleichem Umfang, die als Geschäftsunternehmungen erscheinen, haben die Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden.

Die übrigen hauptsächlichsten Redner sind: Generaldirektor des Bergwerksvereins Kirdorf in Gelsenkirchen, Bergrat Gothein von Breslau, Kurator v. Rottenburg, Professor Weber aus Prag, Pfarrer Naumann, Arbeitersekretär Giesberts, Fischer, Erkelenz. Zum Schluß stellt Professor Schmoller fest: „Fast alle Redner haben anerkannt, daß die Kartelle eine wirtschaftliche Macht bilden, die nicht mißbraucht werden darf. Es herrscht auch Uebereinstimmung, daß an die Spitze von Industriegesellschaften nicht Leute gehören, die nur eine Kurstreiberei und Dividendenerhöhung im Auge haben."

VIII.

Seerechtskonferenz.

17. Oktober. In Brüssel findet unter dem Vorsitze des belgischen Ministers a. D. Beernaert eine zweite diplomatische Konferenz zur internationalen Vereinheitlichung des Seerechts statt.

Neben Großbritannien und Oesterreich-Ungarn ist das Deutsche Reich durch seinen Gesandten in Brüssel, Grafen v. Wallwitz, und den Geheimen Oberregierungsrat Dungs vom Reichsjustizamt vertreten. Es handelt sich um die Bestimmung der Rechte und Pflichten der Parteien bei Schiffszusammenstößen und bei Bergungen. Der Entwurf war schon 1902 in Hamburg auf einer Konferenz, woran sich England, Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht beteiligten, angenommen worden. Dann hatte die belgische Regierung eine erste amtliche Konferenz für den 25. Juli d. J. nach Brüssel einberufen, an der jedoch die genannten Staaten ebenfalls nicht teilnahmen. Sobald dann England und Deutschland ihre Beteiligung zugesagt hatten, berief die belgische Regierung diese zweite Konferenz.

20. Oktober. Die Konferenz einigt sich über die endgiltigen Bestimmungen, die bei Zusammenstößen und für Hilfeleistungen auf See Anwendung finden sollen.

Internationale Kongresse im Jahre 1906.

I.

Internationales sozialistisches Bureau.

4. März. In Brüssel wird auf Antrag von Vaillant beschlossen, die sozialistischen Parteien aller Länder sollten sich ins Benehmen setzen, um den Krieg zu verhindern. Im sozialistischen Volkshause redet Jaurès aus Paris vor einer Volksversammlung über die Pflicht des internationalen Sozialismus, alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens einzusetzen. Die französischen Sozialisten hätten die Intrigue in der marokkanischen Frage rechtzeitig erkannt, öffentlich aufgedeckt und so den Krieg zwischen Frankreich nnd Deutschland vereitelt, den eine politisch-finanzielle Clique hätte heraufbeschwören wollen, um die Fortschritte der Demokratie im Kriegstaumel zu ersticken, wie Napoleon im Jahre 1870 seine Dynastie durch den Krieg mit Deutschland retten wollte. Jaurès läßt die Versammlung schwören, daß sie alle Kräfte aufbieten werde, um Kriege zu vereiteln.

II.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

5. Juni. Vertreter sind aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten in London erschienen. Das Parlamentsmitglied Edwards führt den Vorsitz und spricht in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung aus, die Beratungen des Kongresses würden zur Erreichung des angestrebten Zieles, der Hebung der Klasse, der die Versammelten angehören, beitragen. Er weist auf die großen Fortschritte hin, die die Bestrebungen der Arbeiter namentlich seit dem letzten Jahreskongresse gemacht haben. Die Macht der Vereinigung habe sie in den Stand gesetzt, an der Regierung der Nationen, zu denen sie gehörten, teilzunehmen. Er erinnert an den vor kurzem stattgehabten freundschaftlichen Verkehr bedeutender Vertretungen aus Deutschland und Frankreich mit den britischen Behörden, der ein Zeichen der herrschenden wohlwollenden Gesinnung sei. Der deutsche Reichstagsabgeordnete Sachse betont die Notwendigkeit, daß die internationale Bewegung unter den Arbeitern weitere Ausdehnung erfahre. Es wird eine von Walsh aus England eingebrachte Erklärung angenommen, die eine Verbesserung der Berggesetzgebungen in der Richtung verlangt, daß Leben und Gesundheit der Arbeiter unter Tage besser gesichert werden; ferner wird eine Erklärung angenommen, die besagt, zur Verhütung von Unglücksfällen, namentlich solcher wie der in Courrières vorgekommnen, sollten die Arbeiter aus ihrer Mitte Inspektoren wählen dürfen, die vom Staate zu besolden wären.

6. Juni. Der Kongreß nimmt einen Antrag der deutschen Vertreter an, wonach die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren im Bergwerksbetriebe gesetzlich verboten werden soll.

III.

Interparlamentarische Konferenz.

23. Juli. In London tritt die vierzehnte Konferenz der Vereinigung unter dem Vorsitze von Lord Weardale zusammen. 600 Vertreter aus 21 Ländern mit parlamentarischen Staatseinrichtungen sind erschienen, insbesondre aus dem Deutschen Reiche und aus Oesterreich je 36, aus Italien 119. Der englische Premierminister Campbell Bannerman heißt die Abgeordneten willkommen. Er sei stolz darauf, daß er ihnen die Hand zum Willkomm bieten könne im Namen der Regierung des Volkes und im Namen der „Mutter

aller Parlamente". Er erklärt, der König ermächtigte ihn, die Versammlung seiner Teilnahme zu versichern. Die englische Regierung sei sich der Aufgabe der Konferenz bewußt und schließe sich der Konferenz rückhaltlos an. Das Friedenswerk sei erst in Angriff genommen, und schon hätte das allgemeine Verlangen nach Frieden Gestalt gewonnen. Viel zu lange schon sei die Welt nichts als ein Kriegslager gewesen. Ganz besonders bewillkommne er die Abgesandten der russischen Duma. Er nehme auch die Gelegenheit wahr, des russischen Kaisers zu gedenken, der so viel zur Belebung des Friedensgedankens beigetragen habe, er könne wohl sagen, daß, wenn auch die Duma gerade aufgelöst worden sei, sie doch von neuem ins Leben treten werde. Bannerman drückt die Hoffnung aus, daß der Gedanke der Schiedsgerichte schnell an Ausdehnung gewinnen werde; er erinnert an die Beilegung der Doggerbankangelegenheit (Bd. 2 von 1904, S. 201). Die Worte des russischen Kaisers seien damals, als er die Haager Konferenz berief, ebenso zutreffend gewesen wie jetzt. Er habe gesagt, Hunderte von Millionen, die für Zerstörungsmaschinen ausgegeben würden, seien eine schwere Last. Das treffe auch heute zu. Auf der einen Seite werde die Ansicht vertreten, daß Europa immer mehr dem Frieden geneigt sei, auf der andern fahre man mit Kriegsrüstungen fort. Ein derartiger Zustand tue der Würde der europäischen Staaten Abbruch und sei für gebildete Menschen erniedrigend. Niemand könne behaupten, daß der Erfolg dieser Rüstungen größere Sicherheit sei; eine Gewalttat löse die andre Gewalttat aus, eine Panik die andre. Das Volk sei für den Frieden; es werde eine Zeit kommen, in der sich die Demokratien klar darüber würden, daß sie die Opfer des Militarismus sind, der ihre Entwicklung aufhält. Redner fährt fort: Ich sehe die Zeit kommen, wo die Abgesandten der verschiednen Länder wieder im Haag versammelt sein werden. Ich wünsche Ihren Arbeiten den größten Erfolg. Sagen Sie, wenn Sie nach Hause kommen, Ihren Regierungen, was mir einmal gesagt wurde: Taten sprechen deutlicher als Worte! Bestehen Sie im Namen der Menschlichkeit auf der Herabsetzung des Kriegsbudgets. — Graf Apponyi sagt, Bannermans Rede sei ein geschichtliches Ereignis, weil sie eine direkte Botschaft König Eduards enthalten habe, der nicht gewartet habe, bis die Konferenz ihm ihre Ehrfurcht aussprach, sondern aus eigner Initiative dem Vorhaben der Konferenz seine vollste Sympathie und den Wunsch zu erkennen gegeben habe, sich an ihrem die ganze Welt berührenden Werk zu beteiligen. Weiter hebt Apponyi rühmend hervor, daß der englische Premierminister die Herabminderung der militärischen Lasten in Anregung gebracht habe. Sein Appell könne nicht fruchtlos bleiben. Die Parlamente würden nicht umhin können,

ihm zu folgen. — Professor Kowalewski, bisher Mitglied der Duma, erklärt, daß er und seine anwesenden fünf russischen Kollegen infolge des Petersburger Auflösungsukases aufgehört hätten, Parlamentarier und berufne Konferenzmitglieder zu sein. Sie würden daher den weitern Beratungen fern bleiben und sofort zum Kampf für die Freiheit nach Rußland zurückkehren. Sie werden jedoch von der Versammlung als berechtigte Mitglieder anerkannt.

24. Juli. Vom Kongreß wird die Erklärung beschlossen, daß der Haager Konferenz bei ihrem Werk der Friedensstiftung eine dauernde Tätigkeit ermöglicht werden möge und die Mächte sich über den periodischen Zusammentritt der Konferenz einigen sollten. — v. Plener aus Oesterreich wirft einen Rückblick auf die Fortschritte des Schiedsgerichtsgedankens in England in den letzten Jahren und sagt, der 1904 von Rußland mit Schweden und Norwegen abgeschlossene Schiedsvertrag sei das beste Muster für den internationalen Gebrauch. — Bryan aus Amerika bringt einen von den deutschen Kongreßmitgliedern unterstützten Antrag ein, der besagt: Wenn ein Streitfall zwischen Vertragsstaaten entstehn sollte, der nicht derart ist, daß er einem Schiedsgericht vorzulegen ist, so sollen die Staaten nicht zu irgendwelchen Feindseligkeiten schreiten, sondern zuvor einzeln oder gemeinsam, je nachdem es der Fall erfordert, um die Bildung einer internationalen Untersuchungskommission oder um die Vermittlung seitens einer oder mehrerer befreundeter Mächte nachsuchen. Ein solches Ersuchen soll gegebnenfalls gemäß Art. 8 der Haager Uebereinkunft für die friedliche Regelung der internationalen Streitigkeiten erfolgen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

25. Juli. Auf Antrag des französischen Senators Destournelles de Constant wird beschlossen: „Im Hinblick darauf, daß die Vermehrung der Ausgaben für Heer und Marine, die so schwer auf der Welt lasten, allerseits als unerträglich empfunden wird, spricht die Konferenz den dringenden Wunsch aus, daß die Frage einer Einschränkung der Rüstungen auf das Programm der Haager Konferenz gesetzt werde. Jede Gruppe der Union soll deshalb im eignen Lande ihren Einfluß dahin geltend machen, daß die Abrüstungsfrage zum Gegenstande nationalen Studiums gemacht wird, ohne das eine internationale Erörterung darüber ergebnislos bleiben muß." Sodann gelangt ein von Dr. Eickhoff und Graf Apponyi unterstützter Antrag des Belgiers Franck zur Annahme, der dem Wunsche Ausdruck gibt, die nächste Haager Friedenskonferenz möge den Begriff Kriegskonterbande vertraglich dahin begrenzen, daß darunter nur Waffen, Munition und Explosionsstoffe zu verstehn seien. Ferner möge die Haager Friedenskonferenz als Grundsatz festlegen, daß weder ein Schiff, das Konterbande führt, noch Güter, die sich an Bord

befinden und nicht unter den Begriff Konterbande fallen, zerstört werden dürfen. Die Konferenz solle des weitern die Bestimmung treffen, daß privates Eigentum auch der kriegführenden Parteien sowohl zur See als auf dem Lande unantastbar sei. — Hierauf wird die Konferenz geschlossen.

IV.

Genfer Konvention.

11. Juni. In Genf beginnt die Konferenz zur Durchsicht der Genfer Konvention. Bundespräsident Forrer begrüßt die Abgesandten und gibt einen historischen Ueberblick über die Geschichte der Genfer Konvention, die seit 1874 nicht mehr geändert worden sei. Die Haager Friedenskonferenz habe die Revision der Genfer Konvention nicht vornehmen können, aber den Wunsch nach einer Durchsicht ausgesprochen, dem der schweizerische Bundesrat hiermit nachkomme. Zum Vorsitzenden wird der schweizerische Gesandte in Petersburg, Odier, gewählt. Deutschland ist durch den deutschen Gesandten in Bern, v. Bülow, den Geh. Justizrat Professor Zorn aus Bonn, den Kommandeur der 14. Inf.-Brig., Generalmajor v. Manteuffel, und den Generalarzt und Sanitätsinspektor Villaret vertreten.

15. Juni. Im Kongresse wird die Notwendigkeit anerkannt, die Nachforschungen und die Feststellungen bezüglich der Toten auf den Schlachtfeldern zu erleichtern. Zu diesem Zwecke soll jeder Kombattant ein Erkennungszeichen erhalten. Weiterhin prüft die Kommission die Frage der Aufstellung einer Liste der gegen Mißhandlung zu schützenden Personen.

19. Juni. Der Kongreß berät den Grundsatz, wonach Verwundete und Kranke, die in Feindeshand fallen, wie Kriegsgefangne behandelt werden sollen, sowie die mildernden Einschränkungen dieses Grundsatzes, insbesondre gewisse Freiheiten für die Militärbehörden hinsichtlich der Anwendung dieser Regeln. Die Lehren der neuen Kriege führten die Kommission dazu, die fakultative Rücksendung Verwundeter, die einer der kriegführenden Teile nicht behalten will, näher zu prüfen, ebenso die Frage der Freilassung von Gefangnen gegen die ehrenwörtliche Verpflichtung, nicht mehr zu den Waffen zu greifen.

20. Juni. Der Kongreß kommt auf die Fragen der militärischen und sanitären Formationen und stellt das Wesen und den Unterschied namentlich der mobilen und der immobilen Formationen fest. Er bestimmt ferner die bezüglich der mobilen

Formationen zu beachtenden Bestimmungen und stellt genaue Regeln für die Rückgabe des Personals und des Materials gefangner mobiler Formationen fest. Er unterzieht die Behandlung des Materials anerkannter und autorisierter Privathilfsgesellschaften einer eingehenden Prüfung und behandelt die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Unterdrückung der widerrechtlichen Aneignung und des Mißbrauchs von Abzeichen und Benennungen des Roten Kreuzes. Er behandelt ferner die Frage der Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die Genfer Konvention, das Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten in bezug auf die Anwendung und über die besten Mittel zur Verbreitung der Konvention. Schließlich stellt er die Grundregeln für die Behandlung der Bewohner des Kriegsschauplatzes fest, die Verwundeten Hilfe bringen oder Unterkunft gewähren. Auch wird eine einheitliche Regel, betreffend das Tragen der Binde am linken Arm, angenommen.

6. Juli. Ueber Schiedsgerichte gemäß Paragraph 16 der Haager Konvention wird folgender Wunsch formuliert: „Die Konferenz äußert den Wunsch, daß, um zu einer möglichst genauen Auslegung und Handhabung der Genfer Konvention zu gelangen, die vertragschließenden Mächte dem ständigen Schiedsgerichtshofe im Haag die Differenzen, die in Friedenszeiten hinsichtlich der Auslegung der Genfer Konvention sich ergeben könnten, unterbreiten." Dieser Wunsch wird von allen Staaten angenommen, außer Japan, Korea und Großbritannien. — Die neue Konvention wird unterzeichnet und trägt das Datum dieses Tages.

V.

Institut für internationales Recht.

20. September. Das in Gent tagende Institut beschäftigt sich mit der Ausarbeitung des Entwurfs eines Reglements über die Neutralität. Allgemein tritt die Ansicht zutage, daß die einfache moralische Unterstützung eines der Kriegführenden nicht als Verletzung der Neutralität betrachtet werden könne, auch sollen die Verpflichtungen der Neutralen erst in dem Augenblicke beginnen, in dem sie Kenntnis von einer formellen Kriegserklärung haben.

21. September. Das Institut nimmt einen Beschlußantrag an, in dem es als den Forderungen des Völkerrechts, den Forderungen von Treue und Glauben und dem gemeinsamen Interesse aller Völker entsprechend bezeichnet wird, daß Feindseligkeiten nicht beginnen

dürfen ohne vorherige bestimmte Ankündigung in Form einer Kriegserklärung oder eines Ultimatums, und daß die Feindseligkeiten erst nach Ablauf einer gewissen Frist beginnen dürfen. Weiter beschäftigt sich das Institut mit den Rechten und Pflichten der Neutralen.

VI.

Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

27. September. Die vierte Generalversammlung tritt in Genf zusammen. Vorsitzende sind die frühern schweizerischen Bundesratsmitglieder Frey und Lachenal. Die von hundert Vertretern besuchte Versammlung steht unter dem Eindruck der tags zuvor in Bern vollzognen internationalen Staatsverträge über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen in industriellen Betrieben und der Verwendung von weißem Phosphor in der Zündholzindustrie, Verträge, deren Anbahnung das Werk der Vereinigung ist.

28. September. Es wird beschlossen die Veranstaltung einer Enquete über Fabrikaufsicht und von Erhebungen über Kinderarbeit, die Fortsetzung der Erhebungen über die mit der Verwendung von Blei verbundnen Gefahren bei Farben-, Töpferei- und graphischen Gewerben sowie die Einsetzung von Kommissionen zur Beratung des Verbots von Bleifarben und Aufstellung einer Liste der gewerblichen Gifte. Ferner tritt die Versammlung für ein allgemeines Verbot der Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter bis zum achtzehnten Lebensjahre mit gewissen Ausnahmen ein.

29. September. Der Kongreß befürwortet auf Anregung von Sombart aus Breslau und Jay aus Paris die Festsetzung eines allgemeinen gesetzlichen Maximalarbeitstages. Ferner wird beschlossen, daß das internationale Arbeitsamt über die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwachsnen Arbeiter und über die Wirkungen der schon erzielten Einschränkung des Maximalarbeitstages Bericht erstatten soll. Anträge für Heimarbeit, wonach die Landessektionen ersucht werden sollen, von ihren Regierungen gesetzliche Verpflichtungen für die Arbeitgeber zu erlangen, werden angenommen, ebenso Anträge über Ausdehnung der Gewerbeinspektion sowie der sozialen Versicherung auf die Heimarbeiter sowie Anträge über die strengste Anwendung der gesundheitlichen Vorschriften auf ungesunde Heimarbeitsräume. Ein Antrag, demzufolge die Bildung von Berufsverbänden und Käufer-Ligen angeregt und gefördert werden soll, und ein Antrag, wonach eine Verständigung der Staaten über die Gleichberechtigung der In- und Ausländer bezüglich der Versicherungsleistungen für durchführbar erachtet und ein solcher Vertrag zunächst für die Unfallversicherung vorgelegt werden solle, werden angenommen.

Personen-Verzeichnis.

Ablaß, d. R.-T.-Abg. 115.
v. Aerenthal, österr.-ung. Minister des Aeußern 94. 182. 183.
Albrecht, Regent von Braunschweig 160.
Albrecht, Herzog von Württemberg 143.
Alcorta, Präsident der Republik Argentinien 291.
Alves, Präsident von Brasilien 290.
Andrassy, Graf, ung. Minister des Innern 176. 177.
Apponyi, Graf, ungar. Unterr.-Minister 177. 304.
v. Arnim, preuß. Landw.-Minister 143.
August Wilhelm, preuß. Prinz 3.

Balfour, brit. Abg. 222. 226.
Barthou, franz. Minister 201. 204. 208.
Bassermann, d. R.-T.-Abg. 14. 40. 57. 86. 88. 96. 105.
Bebel, d. R.-T.-Abg. 46. 48. 114.
v. Beck, österr. Ministerpräs. 168. 171. 172. 174.
Beernaert, belg. Minister a. D. 302.
Bender, Oberbürgermstr. v. Breslau 7.
v. Berlepsch, preuß. Minister a. D. 29. 301.
Berry, franz. Abg. 201.
Bertram, Bischof von Hildesheim 141.
Beumer, d. R.-T.-Abg. 90.
v. Breitling, württemb. Ministerpräs. 153.
Brentano, Prof. in München 301.
Briand, franz. Kultusminister 206. 208. 216. 217. 218. 219.
Bryan, nordam. Politiker 275. 305.
Buisson, franz. Abg. 217.
v. Bülow, Fürst, deutsch. Reichskanzler 97. 102. 111. 115. 116. 140. 162. 163.
Burgeß, amerik. Professor 95. 276.
v. Burian, ung. Minister 183.

Caballero, span. Minister 251.
Caillaux, französ. Finanzminister 208.
Campbell-Bannerman, brit. Ministerpräsident 222. 224. 226. 237. 303.
Castro, Präs. der Republik Venezuela 289. 290.
Churchill, Staatssekr. des brit. Kolonialamts 225.
Claß, Rechtsanwalt 88.
Clemenceau, französischer Minister des Innern 204. 206. Ministerpräsident 208. 209. 210. 218.
Constans, franz. Abg. 201.
Cortis, italien. Ministerpräsident 295.

Dernburg, stellvertret. Kolonialdirektor 112. 113. 114. 143.
Diaz, Präs. der Republik Mexiko 288.
Doumergue, franz. Handelsmin. 208.
Dreyfus, franz. Major 203.
Dumont, franz. Abg. 217.

Eduard VII., König v. Großbritannien und Irland 4. 92. 230.
Ernst August, Herzog v. Cumberland 41. 162. 164. 165. 166.
Erzberger, d. R.-T.-Abg. 113.
Etienne, franz. Kriegsminister 208.
Evans-Gordon, engl. Abg. 236.
v. Eynern, preuß. Abg. 144.

Fairbanks, Vizepräs. der nordamerik. Union 296.
Favereau, de, belgischer Minister des Aeußern 253.
Feilitzsch, Graf, bayr. Minister 149.
Ferreira, Präs. der Republik Paraguay 291.
Fischer, Kardinal-Erzbischof von Köln 30. 36. 38. 142. 247.
Fitzmaurice, Lord, engl. Abg. 226.
Fleischhauer, württ. Minister 153.
Fortis, ital. Ministerpräsident 295.

Franz Joseph, Kaiser v. Oesterreich 19. 178.
Frauendorfer, bayr. Minister 147. 148.
Friedrich, Großherzog von Baden 13. 139. 156.
Friedrich August, Großherzog von Oldenburg 159.
Friedrich VIII., König von Dänemark 17. 94. 255. 256.

Gaebel, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat 144.
Ganghofer, Schriftsteller in München 17. 123. 127.
Gaudin de Villaine, französ. Abg. 214.
Geiger, bayr. Abg. 143. 144.
Georg, Prinz von Bayern 149.
Georg, Prinz von Griechenland, Oberkommissar von Kreta 260. 261. 262.
Giesberts, d. R.-T.-Abg. 27. 34.
Gladstone, engl. Staatssekr. 236.
v. d. Goltz, Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat 144.
v. Goluchowski, Graf, österr.-ungar. Minister des Aeußern 180. 182.
Goremykin, russ. Ministerpräsident 187.
Goschen, brit. Abg. 223.
Grey, Sir A., brit. Staatssekretär des Aeußern 227. 228. 232. 233. 236. 237. 253.
Gröber, d. R.-T.-Abg. 30. 31. 32. 62.
Grousseau, franz. Abg. 215. 216.
Guyot-Desjaigne, franz. Justizmin. 208.

Hakon VII., König v. Norwegen 1. 20. 257.
Haldane, britischer Kriegsminister 221. 228. 229. 230. 231. 232.
Heinrich, Prinz von Preußen 143.
Heyden, Graf, russ. Abg. 191.
Hieber, d. R.-T.-Abg. 57.
v. Hodenberg, d. R.-T.-Abg. 41.
Hofmann v. Wellenhof, österr. Abg. 169.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Philipp zu 13. Prinz Alexander 83.
v. Hohenlohe-Langenburg, Prinz Ernst 143.
v. Hompesch, Graf, d. R.-T.-Abg. 116.
Honsell, bad. Finanzminister 157.
v. Horn, bayrischer Kriegsminister 145.
Hymans, belg. Abg. 253.

Jaurès, franz. Abg. 214.
v. Jazdzewski, d. R.-T.-Abg. 109.
Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg 138.
v. Iswolsky, russischer Minister 94.

v. Kardorff, d. R.-T.-Abg. 62.
Karl, König von Rumänien 264.
Karl, König von Portugal 251.
Karl, Prinz von Baden 157.
Karoline, Großherzogin von Sachsen 159.
Kaufmann, Geh. Ober-Reg.-Rat 143.
Klinke, Domherr in Posen 66.
Koester, Großadmiral 143.
Kopp, Kardinal, Fürstbischof von Breslau 73. 74. 142.
Koffuth, ungar. Handelsminister 176. 177.

Laguiche, Marquis, franz. Militärbevollm. 14.
Latscher v. Lauendorf, österr. Feldzeugmeister, Landesverteidigungsminister 182.
Lattmann, d. R.-T.-Abg. 113.
Lecot, Erzbischof von Bordeaux 218.
Ledebour, d. R.-T.-Abg. 113.
Lee, engl. Abg. 222.
v. Lengerke, d. R.-T.-Abg. 144.
Leopold, Souverän des Kongostaats 267. 268.
Le Prevost de Launay, franz. Senator 201.
Liebermann, d. R.-T.-Abg. 104.
v. Liebert, preuß. Generalleutnant 39. 50. 140.
v. Linde, Präs. des Reichsmilitärgerichts 143.
v. Lindequist, Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika 2.
v. Lobkowitz, Fürst, Präs. der österr. Delegation 183.
v. Loebell, Chef der Reichskanzlei 115.
Loecker, österr. Abg. 171.
Lopez Dominguez, span. General und Ministerpräs. 249. 250.
Ludwig, Prinz von Bayern 147. 148. 149. 151.
Lyttleton, Sir A. 225.

Magoon, nordamerik. Gouverneur von Kuba 288.
Majorana, ital. Schatzmeister 240. 244.
v. Manteuffel, Landesdirektor 91.

Maura, span. Abg. 250.
Mc Kenna, engl. Unterstaatssekr. 231.
Menier, franz. Abg. u. Fabrikant 76.
Michel, franz. Abg. 212.
Michelsen, norweg. Ministerpräsident 257.
Milner, Lord 221. 238.
v. Möller-Sakomelski, Gen.-Gouv. der Ostseeprovinzen 199.
Montagnini, päpstl. Nuntius in Paris 207. 248.
Montecuculi, österr. Marinekommandant 181.
Montt, Präs. der Republik Chile 292.
Mooren, preuß. Abg. 144.
Moret, span. Ministerpräs. 249. 250.
Morley, John, brit. Staatssekretär für Indien 225.
Müller, Kontreadmiral 143.
Muzaffer ed-Din, Schah von Persien 269.

Nasse, Oberpräsident 144.
Newton, Lord 226.
Nieberding, deutscher Staatssekretär 109.
Niemöller, Pfarrer 60.
Nikolaus, Fürst von Montenegro 266.

Oskar II., König von Schweden 256.
v. Otto, braunschw. Minister 161.

Palma, Präsident der Republik Kuba 286. 287.
Penna, Präs. von Brasilien 291.
Petkow, bulgar. Ministerpräsident 259.
v. Pfaff, bayr. Minister 149.
Pichon, französ. Unterrichtsminister 208. 214. 215.
Picquart, französ. Kriegsminister 203. 208. 212.
Piou, franz. Abg. 201. 216. 217.
v. Pitreich, österr.-ung. Kriegsminister 179. 182.
Pius X., Papst 245—248.
v. Plener, österr. Abg. 305.
v. Podbielski, preuß. Landw.-Min. 143.
v. Podewils, bayr. Ministerpräs. 146.
Poincarré, franz. Finanzminister 202.
Portsmouth, Earl of 221. 222.
Porsch, d R.-T.-Abg. 31. 32.
v. Posadowsky, Graf, deutsch. Staatssekretär 107. 108. 110.
Prado, Präs. der Rep. Peru 290.
v. Puttkamer-Plauth, d. R.-T.-Abg. 144.

Rabuco, amerik. Diplomat 292.
Raisuli, marokk. Pascha von Arzila 267.
Rava, ital. Ackerbauminister 295.
Régnault, franz. Diplomat 266.
Reventlow, Graf 39.
v. Rheinbaben, preuß. Finanzminister 2.
Ring, preuß. Landtagsabg. 144.
Ripon, Marquis of 221.
Roberts, Lord, brit. Feldmarschall 221.
Robertson, engl. Unterstaatssekretär 222. 237.
Roeren, d. R.-T.-Abg. 114. 115. 117. 128.
Roosevelt, Präsident der nordamerikan. Union 95. 96. 271. 272. 278. 279. 283.
Root, nordamerikan. Staatssekr. 281. 282. 292. 293.
Ruau, franz. Ackerbauminister 208.
Rüger, sächs. Finanzminister 150.

Sailer, Jesuitenpater 33.
Sarrien, französ. Justizminister 201. 206. 208.
Sattler, d. R.-T.-Abg. 144.
Schädler, d. R.-T.-Abg. 113.
Schenkel, bad. Minister 301.
v. Schönaich, österr.-ung. Minister 173. 182.
Schönborn, Graf v., österr. Minister 179.
Schönerer, österr. Abg. 170. 171.
Schmoller, Prof. in Berlin 301.
Scholz, Prediger in Berlin 59.
Schrader, d. R.-T.-Abg. 113.
Schurz, Karl 277.
Semler, d. R.-T.-Abg. 113.
v. Senden-Bibran, Admiral 143.
Shaw, nordamerik. Schatzsekretär 285.
Singer, d. R.-T.-Abg. 46. 49.
v. Soden, württemb. Minister 153.
Speck v. Sternburg, deutscher Botsch. in Washington 107. 279. 280.
v. Stablewski, Erzb. v. Posen u. Gnesen 66. 68. 69. 70. 74. 75. 141. 142. 144.
Stöcker, d. R.-T.-Abg. 27. 53.
Stolypin, russ. Ministerpräsident 187. 189.
Struckmann, Oberbürgermeister 58.